
3 1761 04132 3635
Geschichte.
791




VELUT
ÆVO
ARBOR



AUS

DREI VIERTEL-JAHRHUNDERTEN

ZWEITER BAND



AUS

DREI VIERTEL-JAHRHUNDERTEN

ERINNERUNGEN UND AUFZEICHNUNGEN

VON

Friedrich Ferdinand Graf von Beust

IN ZWEI BÄNDEN

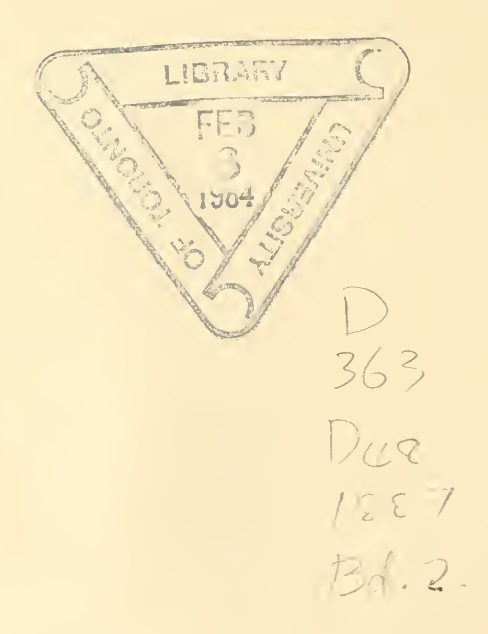
II. BAND

1866–1885





STUTTGART
VERLAG DER J. G. COTTA'SCHEN BUCHHANDLUNG
1887



Druck von Gebrüder Kröner in Stuttgart.

Inhalt
des zweiten Bandes.

Zweiter Abschnitt.

1866—1871.



I. Kapitel.

1866.

Meine Berufung in den österreichischen Dienst. — Noch einmal die vorhergehende Zeit in Wien. — Meine Pariser Mission. — Nikolsburger Präliminarien. — Die Vergessenheit des Exils.

In meinem ganzen Leben gab es vielleicht für mich keinen Tag grösserer Ueberraschung als jener war, an dem ich meine Berufung in den österreichischen Dienst vernahm. Ueberraschend war diese Berufung allerdings vorzugsweise in Folge der Umstände, unter denen sie erfolgte, denn lange zuvor hatte ich davon mehr als einmal gehört, aber nie daran geglaubt, und, in voller Aufrichtigkeit darf ich es sagen, nie hatte ich mich in einen solchen Wechsel meines Geschickes hineingeträumt. Ich hing mit ganzer Seele an meinem Geburtslande und mit ausschliesslicher Treue an dessen Herrscherhaus. Kühn darf ich jeden herausfordern, der mir ein geschriebenes oder gesprochenes Wort nachweisen wollte, als habe ich einen andern Ehrgeiz gehabt, als beiden zu dienen. Das von meinem unvergesslichen Könige einst zu einer mir befreundeten Person gesprochene Wort: „Ich möchte ihn, wenn's ginge, wohl auf ein Jahr ausleihen,“ konnte mich nur in dieser Denkungsweise bestärken. In dem nachsichts- und verständnisvollen Vertrauen dieses trefflichen Fürsten fühlte ich mich glücklich: die Rolle, die mir in den Verhandlungen der deutschen Bundesangelegenheiten vergönnt war,

genügte meinem Gedankenflug vollständig, und wenn ich mir Komplimente wie das des Kaisers Napoleon: *„C'est un aigle en cage“* gern gefallen liess, so störten sie mich nicht in meiner Gemüthsruhe.

An meine Berufung in österreichische Dienste war inzwischen lange Zeit, bevor sie stattfand, gedacht worden. Ich weiss, dass der mir persönlich sehr befreundete russische Reichskanzler, Graf Nesselrode, welchem die Verheirathung seiner Tochter mit dem sächsischen Gesandten Baron Seebach wiederholt zu längerem Aufenthalt in Dresden Veranlassung gegeben hatte, alsbald nach dem plötzlichen Dahinscheiden des Fürsten Schwarzenberg den Gedanken in Wien anregte. Obschon dies in einer Zeit geschah, wo die Beziehungen zwischen Wien und Petersburg die intimsten waren, hatte doch, wie ich ebenfalls von sicherer Hand in Erfahrung gebracht habe, dieser Schritt den seinem Zweck entgegengesetzten Effekt, indem derselbe mehr beargwöhnend als empfehlend wirkte. Dass in späteren Momenten, insbesondere nach dem italienischen Kriege und gelegentlich des Frankfurter Fürstentages, der Gedanke in Wien aufgetaucht sei, wurde behauptet, indess, wie ich zu glauben Ursache habe, ohne Grund.

Ich treibe die Bescheidenheit nicht so weit, bestreiten zu wollen, dass meine Berufung in früherer Zeit weit nützlicher sich erwiesen hätte, als dies nach 1866 der Fall sein konnte. Namentlich gilt dies in Bezug auf die Verhältnisse zu Deutschland, wo ich mir wohl zugetraut hätte, Oesterreich seine alte Stellung zu erhalten, und Ereignisse wie die von 1866 unmöglich zu machen. Dass ich in den deutschen Mittelstaaten bei deren Regenten und Regierungen entschieden Ansehen genoss, können selbst meine politischen Feinde nicht in Abrede stellen, denn wie hätten sie sonst unaufhörlich mich als den Leiter der mittelstaatlichen Opposition verschrieen! Was meinen Einfluss im mittelstaatlichen Lager beengte und meine Aktion lähmte, war die ganz begreifliche Eifersucht auf den sächsischen Minister. Dieser Nachtheil wäre dem österreichischen Minister erspart ge-

blieben, ich hätte die dritte Gruppe fest geschlossen für Oesterreich gewonnen, zugleich aber auch besser, als dies meine Vorgänger in Wien gethan, Oesterreich diese Gruppe schützen und achten gelehrt, und derselben die oft gemachte Erfahrung erspart, für Oesterreich ins Treffen geschickt und dann durch eine plötzliche Verständigung mit Preussen überrascht zu werden. War ich sonach in der Lage, Oesterreich ein nicht zu verachtendes Hülfscorps in Deutschland zuzuführen, so ist andererseits nichts weniger zutreffend als die Voraussetzung, dass meine Person für eine Verständigung mit Preussen ein Hindernis gewesen wäre. Ich war während meiner Dresdener Ministerschaft wohl mehrmals in Berlin übel notirt, aber auch mehrmals *persona gratissima*, wie insbesondere während des ganzen Verlaufs des Krimkrieges, und später bei Gelegenheit der zweiten, durch den preussisch-französischen Handels-Vertrag veranlassten Zollvereinskrise. Wer sich die Mühe nehmen wollte, die preussischen Zeitungen aller Farben aus den Jahren 1854, 1855 und 1862 nachzulesen, würde dafür zahlreiche Belege finden. Allein auch auf Berlin fand das oben angeführte Moment Anwendung. Was dem sächsischen Minister dort als Ueberhebung und unberufene Wortführung übelgenommen wurde, wäre dem österreichischen Minister nur als berechtigtes Auftreten angerechnet worden, und Versöhnlichkeit im geschäftlichen wie im geselligen Verkehr haben mir selbst meine Gegner jederzeit zugestanden. Dabei kommt in Betracht, dass ich mit den Vorgängern Bismarck's, dessen hochfliegende Pläne noch ausser dem Bereich der Wirklichkeit lagen, zu thun gehabt hätte. Und selbst was den eisernen Kanzler betrifft, so will ich hier daran erinnern, dass er wenige Tage nach seinem Eintritt 1862 an mich schrieb und mir die Hoffnung eines einverständlichen Zusammengehens aussprach. Aber auch in Fragen europäischer Natur würde ich mir haben schmeicheln dürfen, es nicht schlecht zu treffen. Ich darf dies deshalb sagen, weil man sowohl in dem Wiener als in dem Dresdener Archiv die Beweise dafür finden kann, dass ich das,

was ich als österreichischer Minister in früheren Zeiten gethan haben würde, als sächsischer Minister gesagt und geschrieben habe. Ich komme auf dieses Thema später zurück.

Dass ich zu wiederholten Malen in Wien ein wohlgenannter deutscher Minister war, ist gewiss. In den Jahren 1849 und 1850 nannte mich Fürst Felix Schwarzenberg: „*son meilleur lieutenant*“. Beim Ausbruch des italienischen Krieges kämpfte ich für Oesterreich in den vordersten Reihen, und die Bundestreue der sächsischen Regierung nahm naturgemäss mit dem dem Bundesverhältnis befreundeten Oesterreich die meiste Fühlung. Allein man soll nicht vergessen, dass ich der Unabhänigkeit meiner Regierung nie etwas vergab und mich nicht scheute, nach Massgabe der eigenen Ueberzeugung der österreichischen Regierung mit derselben Entschiedenheit entgegenzutreten, wie dies der preussischen gegenüber in anderen Fällen geschah. So, wie schon erwähnt, während des Krimkrieges und bei der Zollvereins-Krise 1862. Das von mir im Jahre 1861 vorgelegte Bundesreform-Projekt, wodurch zum ersten Male das Alternat mit Preussen im Bundes-Präsidium vorgeschlagen wurde, fand in Wien grössere Anfechtung als in Berlin. Endlich trat ich in der schleswig-holsteinischen Frage beiden Regierungen gleichzeitig entgegen. Diese Vorgänge dienen, wie es scheint, zum Beweise, dass man auch in meinen Handlungen nichts finden könnte, was den Wunsch und die Hoffnung eines Uebertrittes in österreichische Dienste verrathen hätte.

Nach diesem Rückblick komme ich zu der Erklärung, warum mich diese Berufung, als sie wirklich erfolgte, im höchsten Grade überraschte. Dabei muss ich wieder um einige Monate zurückgreifen.

Der für Oesterreich und für Sachsen so unglückliche Ausgang der Kämpfe in Böhmen hatte mich an der Seite des Königs nach Wien geführt. Wie ich dies bereits im ersten Abschnitte erzählte, war der König bei der ersten kriegerischen Begegnung seiner unter den Befehlen des Kronprinzen stehenden Truppen gegenwärtig, gab jedoch, wiewohl ungern der Bitte des Feldzeug-

meisters Benedek nach, den Kriegsschauplatz zu verlassen. Ich habe an derselben Stelle des ersten Abschnitts den erschütternden Moment unserer Ankunft in Wien geschildert. Es war um 2 Uhr in der Nacht, als der Extrazug in den Nordbahnhof einfuhr. Glänzende Beleuchtung, Teppiche und Blumen und der Kaiser, der den König empfing, wie immer in straffer militärischer Haltung, aber weiss wie die Uniform, die er trug. Der Willkomm war die verlorene Schlacht. Der Kaiser sah mich und reichte mir in herzlicher Weise die Hand. Beide Monarchen fuhren nach Schönbrunn; ich begab mich in den ‚Oesterreichischen Hof'. Schon in früher Morgenstunde erschien der dienstthuende kaiserliche Flügel-Adjutant und überbrachte mir den Befehl, um 9 Uhr mich zu einer Konferenz in Schönbrunn einzufinden. Dort fand ich nächst dem Kaiser und dem König den Grafen Moritz Esterházy. Graf Mensdorff war von Seiner Majestät zur Armee geschickt.

Der Gegenstand der nun abgehaltenen Konferenz war die Frage der Abtretung Venetiens und zwar an Frankreich, welche Massregel denn auch beschlossen wurde. Dieser Entschluss wurde damals sowohl als später noch in vielen Kreisen, namentlich denen des Hofes, beklagt und getadelt. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass ich dafür und insbesondere für die rascheste Ausführung gestimmt habe, und zwar ohne zu wissen, was ich erst später erfuhr, dass die Abtretung Venetiens schon vor dem Kriege für den Fall eines österreichischen S i e g e s in Deutschland in Aussicht stand. Die Massregel war durch die Umstände indizirt und sie hat entschieden genützt. Sie war angezeigt durch die Nothwendigkeit, die Südarmee heranzuziehen, und durch die Hoffnung, von Frankreich eine Unterstützung zu erlangen. Der erstere Zweck konnte durch eine direkte Abtretung nicht erreicht werden, da Italien gegen Preussen verpflichtet gewesen wäre, den Krieg trotzdem fortzuführen, was ihm, sobald Venetien französisches Gebiet wurde, schwer gemacht war; der zweite aber ist nicht verfehlt worden. Ich habe die vermeintliche Ungeheuer-

lichkeit der Procedur nie begriffen, eben so wenig die Entrüstung der Italiener darüber. An einen eben besiegten Feind ein Land abzutreten, ist doch noch nicht vorgekommen; die Abtretung an Frankreich dagegen hatte den Vorgang der Lombardei, freilich nur mit dem Unterschied, dass die Cession diesmal nicht an den Sieger geschah, und der Benefizierende der Besiegte war. Dass, wie ich eben bemerkte, dieser Akt in Bezug auf die gehoffte Unterstützung Frankreichs nicht ohne Nutzen blieb, war indessen einer an sich nicht ganz rühmlichen Zufälligkeit zu danken. Ich war nach der Konferenz nach Wien zurückgekehrt, begab mich aber nach Verlauf mehrerer Stunden auf die Staatskanzlei, wo ich zu meinem grössten Erstaunen vernahm, dass das von Seiner Majestät beschlossene Telegramm noch nicht nach Paris abgegangen sei. Das Letztere erfolgte erst in den späteren Nachmittagsstunden. Diese Verspätung war von den heilsamsten Folgen. Fürst Metternich empfing das Telegramm Abends 9 Uhr, und begab sich damit sofort in die Tuilerien. Kaiser Napoleon war entzückt über die Botschaft, und gab sofort den Befehl, dieselbe im „Moniteur" erscheinen zu lassen. Am nächsten Tage kamen Prinz Napoleon, Lavalette und Rouher und machten dem Kaiser die lebhaftesten Vorstellungen gegen die Annahme eines Darbietens, womit Italien verfeindet und für Frankreich eine moralische Verpflichtung gegen Oesterreich begründet werde. Zu spät, denn der Moniteur hatte die Annahme schon verkündet. Wäre, wie dies in der Ordnung gewesen sein würde, das Telegramm in den Vormittagsstunden nach Paris gelangt, so hätten ohne Zweifel jene Vorstellungen noch zu rechter Zeit Eingang gefunden. Der von den Opponenten befürchteten moralischen Verpflichtung konnte sich aber Kaiser Napoleon nicht entschlagen; ich selbst war, wie ich gleich weiter erzählen werde, in der Lage, darauf zu dringen, und es ist nachweislich begründet, dass für die den Umständen nach gemässigten Friedens-Bedingungen für Oesterreich die Intervention Benedetti's wesentlich entscheidend war. Hatte ich doch vom Kaiser Wilhelm in Gastein 1871 die

Worte zu vernehmen (siehe meine Aufzeichnung): „Ich bin grossmüthig gegen Oesterreich gewesen; freilich wollte ich keinen Krieg mit Frankreich haben.“

Während des ganzen Verlaufs der folgenden Woche hatte ich keinerlei weitere Berührung mit dem Ballplatze, und nur einmal wurde ich im Gefolge des Königs in die Burg berufen, als dort der plötzliche Aufbruch des Bundestages gemeldet wurde, worüber ich die verlangte Auskunft zu geben nicht in der Lage war. Es war am 9. Juli, in sehr später Abendstunde, als Graf Moritz Esterházy in mein Zimmer trat, um mir zu sagen, der Kaiser wünsche mich zu sprechen, und zwar handle es sich darum, mich nach Paris zu senden, um vom Kaiser Napoleon ein kräftigeres Eingreifen zu erlangen. Diese Mission, so wenig ich darauf vorbereitet war, überraschte mich gleichwohl nicht. Man mochte in Wien wissen, dass ich zu verschiedenen Malen mit dem Kaiser Napoleon in persönlichem Verkehr gestanden und mich seinerseits immer einer sympathischen Aufnahme zu erfreuen gehabt hatte. Dass die Mission eine wenig aussichtsvolle sei, verhehlte ich mir nicht; eben so wenig, dass ich mir durch deren Uebernahme die letzte Brücke zur Rückkehr auf meinen Dresdener Posten abbrach. Diese Betrachtungen konnten mich nicht abhalten, den Versuch zu wagen und dahin zu gehen, wohin man mich stellen wollte. Vielleicht gelang er doch, und vielleicht konnte ich wenigstens für mein armes Sachsen etwas erreichen — was auch wirklich zur Wahrheit wurde.

Graf Esterházy führte mich zum Kaiser, bei welcher Gelegenheit ich zum ersten Male die später so oft und in den verschiedensten Stimmungen durchschrittenen Gänge der Burg kennen lernte, denn ich hatte bisher nur die grosse Stiege gegenüber der Hauptwache betreten. Ich nahm nicht Anstand, meine Bereitwilligkeit zur Uebernahme der Mission unter Voraussetzung der Erlaubnis des Königs zu erklären, ohne meine Zweifel über die Chancen des Gelingens zu verschweigen. Instruktionen erhielt ich weder mündlich noch schriftlich. Alles wurde meinem Er-

messen überlassen. Ein Allerhöchstes kaiserliches Handschreiben erhielt ich zu meiner Legitimation.

Wie oft habe ich in den nationalliberalen Blättern lesen müssen: „Beust hatte inzwischen seinen Freund Napoleon aufgesucht,“ „Beust amüsirte sich in Paris“ u. s. w. In einem Feuilleton der „Neuen freien Presse“ schrieb noch in späteren Jahren Herr Braun-Wiesbaden in gewählten Worten: „Es war eine grosse Dummheit von ihm, nach Paris zu laufen.“

Ich habe zu alledem geschwiegen. Heute wo ich Geschichte schreibe, darf ich der Sache, nicht meiner Person wegen, auch jenes treu bewahrten kaiserlichen Handschreibens gedenken.

Am nächsten Tage Abends reiste ich ohne Aufenthalt nach Paris und kam daselbst nach der zweiten Nacht an. Kaiser Napoleon empfing mich einige Stunden nach meiner Ankunft. Vorher hatte ich Fürst Metternich und Graf Seebach, den sächsischen Gesandten, gesprochen und durch sie erfahren, dass das „Zu spät“ bereits *in optima forma* vollzogen sei. Prinz Reuss, damals preussischer Gesandter in München, zuvor aber lange Zeit erster Botschaftsrath in Paris und in den Tuilerien *persona gratissima,* war in geheimer Mission nach Paris gesendet worden und verliess es im Augenblick, wo ich dort eintraf. Hätte man mich am Tage nach Königgrätz geschickt, wäre vielleicht mehr zu erlangen möglich gewesen.

Meine ohnedies schwachen Hoffnungen wurden aber noch mehr herabgestimmt, als ich des Kaisers ansichtig wurde und seine Rede vernahm. Es war ein neues österreichisches Missgeschick, dass der Kaiser gerade zu jener Zeit an der vielgenannten Prostata im höchsten Grade litt, was sich nicht allein in seiner äusseren Erscheinung, sondern auch in seiner intellektuellen Verfassung kundgab — ein Jahr darauf sahen wir ihn in Salzburg körperlich und geistig frisch wie sonst. Aber 1866! Wie ein Kind lallte er fortwährend: *„Je ne suis pas prêt à la guerre.“* Es war vergeblich, dass ich die folgenden Worte an ihn

richtete, deren er sich vielleicht später erinnert haben mag: „*Je ne demande pas, Sire, que vous fassiez la guerre, je suis malgré tout assez bon Allemand pour ne pas même le désirer, mais il ne s'agit pas de cela. Vous avez cent milles hommes à Châlons, dirigez-les sur la frontière, faites partir une escadre pour la mer du Nord, c'est tout ce qu'il faut. La ligne d'opération de l'armée prussienne est déjà trop étendue pour que celle-ci ne soit pas obligée de faire halte; à Vienne, à Munic, à Stuttgart on reprend courage et l'Allemagne vous accepte avec reconnaissance comme médiateur. Si vous ne faites pas cela, vous aurez peut-être vous-même la guerre avec la Prusse, dans cinq ou six ans, et alors je vous promets que toute l'Allemagne marchera avec elle.*"

Ich sprach Drouyn de l'Huys; obschon mehr österreichisch als preussisch gesinnt, zeigte er sich schwach, rieth zu baldigem Friedensschluss und setzte sich, als ich die obigen Worte auch an ihn richtete, aufs hohe Pferd: „*Si on nous attaque, nous, nous saurons bien nous défendre.*"

Drouyn de l'Huys hat in späteren Jahren, als ich Botschafter in Paris war, sich über die damaligen Vorgänge ausführlich gegen mich ausgesprochen und dabei hervorgehoben, wie auf seinen Rath energische Eingriffe beschlossen gewesen, durch entgegengesetzte Einflüsse aber die Vollziehung verhindert worden sei. In gleicher Weise spricht sich Graf d'Harcourt in seiner Schrift über Drouyn de l'Huys aus. Ich widerspreche weder dem Einen noch dem Andern, kann jedoch nicht verschweigen, dass mir gegenüber jedenfalls in jenen entscheidenden Tagen Drouyn de l'Huys nicht die unterlegene, sondern die zur Geltung gelangte Ansicht vertreten hat.

Indessen gelang mir doch zweierlei: Für Oesterreich, dass der Kaiser die moralische Verpflichtung anerkennen musste, in Folge der acceptirten Cession von Venetien bei den Friedensverhandlungen für Oesterreich einzutreten, wozu mir der mir persönlich befreundete und dem Kaiser nahestehende damalige Präsident des Corps législatif, Graf Walewski, in der loyalsten

und entschiedensten Weise zur Hand ging [1]); und für Sachsen, dass Frankreich die Integrität Sachsens verlangte. Ich darf sagen, dass ich damals Sachsen vor der gänzlichen Vernichtung gerettet, denn so warm man auch österreichischerseits dafür eintrat, wer wie ich am Tage der Nikolsburger Verhandlung die beiden Leiter des Ministeriums des Aeussern auf dem Ballplatze gesehen und die Persönlichkeiten und Dispositionen der Unterhändler in Nikolsburg kannte, der darf wohl darüber Zweifel hegen, ob ohne die französische Nachhülfe man fest geblieben wäre [2]).

---

[1]) Im Verlauf der Delegations-Verhandlungen 1870/1871 machte Giskra die Mittheilung, nach der Besetzung Brünns 1866 habe Bismarck ihn, den damaligen Bürgermeister von Brünn, zu sich beschieden und ihn aufgefordert, in Wien wissen zu lassen, dass Preussen in Brünn, wenn es sofort geschehe und ehe eine französische Vermittlung eintrete, zu sehr mässigen Bedingungen, insbesondere ohne Kriegsentschädigung und unter Ueberlassung des südlichen Deutschlands an Oesterreich, Frieden zu schliessen bereit sei. In dem Kapitel XXXVIII des ersten Abschnitts habe ich des Weiteren ausgeführt, warum ich dieser auf offenbaren Missverständnissen beruhenden Darstellung damals nicht widersprechen wollte. Die französische Mediation, weit entfernt zu schaden, war von entschiedenem Vortheil.

[2]) An diese Pariser Mission knüpft sich die Erinnerung an eine mir unvergessliche Verhandlung mit dem Baron James Rothschild. Es war in Dresden dafür gesorgt worden, dass Alles was an werthvollen Dingen transportabel war, nach München geschafft werde, wo man ein feuerfestes Gewölbe in einem der Staatsgebäude uns angewiesen hatte. Wie dem General Rabenhorst die pünktlich fertige Ausrüstung der Armee, so war dem Finanzminister von Friesen die rechtzeitige Abführung dieses Schatzes zu danken, welcher mehrere Tage vor dem Einmarsch der Preussen seinen Weg über Prag nach München nahm. Es fand sich dabei ein Theil des Grünen Gewölbes, Staatspapiere und baares Geld. Für die Sicherheit war nichts zu besorgen, da dafür ein erprobter alter sächsischer Beamter, der Geheimrath von Weissenbach, bürgte; allein nach dem unglücklichen Ausgang der Kämpfe in Nordbayern kam die Gefahr eines Vorrückens der Preussen bis München näher, und ich hatte die ministerielle Verfügung und Verantwortung für einen Schatz von über 40 Millionen Thaler im Werth. Mein Augenmerk war zunächst auf die Entfernung des Baarschatzes gerichtet, der in Fässern verpackt war. Es kam mir der Gedanke, bei Rothschild in Paris denselben anzulegen, und Rothschild machte das unter den gegebenen Umständen

Nach einem Aufenthalt von wenigen Tagen erstattete ich schriftlichen Bericht an Graf Mensdorff und verliess Paris. Bei meiner Rückkehr nach Wien fand ich eine gehobene Stimmung. Erzherzog Albrecht war mit der Südarmee angekommen. Alles sprach von energischem Widerstand und Fortführung des Krieges. Es fand gerade zu Ehren des eben angekommenen Königs von Hannover ein grosses Diner in Schönbrunn statt, zu dem ich auch geladen wurde. Der Kaiser, dem ich überhaupt stets nachrühmen werde, dass ich das „Dank vom Hause Oesterreich“ nicht an ihm, sondern nur zeitweise an seinen lieben Unterthanen zu erfahren hatte, sprach mir dankend und anerkennend über meine Pariser Mission. Graf Mensdorff und Graf Esterházy ignorirten dieselbe vollständig; ich erhielt aus dem Ministerium weder ein Wort des Dankes, noch einen Gulden Entschädigung für die Reise. Es unterhielt mich später, als ich auf dem Ballplatze eingezogen war, diese Schuld ungetilgt zu lassen, so dass ich noch heute die Reisekosten von 1866 beanspruchen könnte.

Jene gehobene Stimmung war von kurzer Dauer; die letzten Kämpfe auf ungarischem Boden und die Erscheinungen, die dort auch sonst zu Tage traten, hatten niederschlagend gewirkt. Der

---

annehmbare Erbieten einer zweiprozentigen Verzinsung. Als Alles zum Abschluss fertig war, liess auf einmal der alte Baron James seine bekannten schwimmenden Augen auf mich fallen, und richtete an mich die Worte: „Aber sagen Sie einmal, die Preussen sind in Dresden?“ — „Allerdings,“ erwiderte ich, „sonst wäre ich nicht hier.“ — „Ja aber,“ versetzte Baron James, „wenn die Preussen das Geld verlangen, gebe ich es heraus.“ — „Dann,“ entgegnete ich, „ist allerdings das Geschäft kein schlechtes für Sie, aber ein unmögliches für mich.“ — Ich trat sofort mit dem schweizerischen Gesandten in Paris in Verbindung, und dieser vermittelte die Zustimmung des Kantons Zürich zur eventuellen Beherbergung des Schatzes, worauf ich telegraphischen Befehl nach München erliess, bei der Nachricht von dem Uebergang der ersten Preussen über die Donau den Extrazug in Bereitschaft zu halten. Der Waffenstillstand machte bald darauf die Ausführung dieser Massregel überflüssig.

Geist der Wiener Bevölkerung, der in den ersten Tagen nach Königgrätz noch ein patriotischer und begeisterter war, war der vollständigsten Muthlosigkeit und stumpfsten Gleichgiltigkeit gewichen. Der Tag von Nikolsburg kam daher nicht überraschend. Ich ward eines Morgens zum Kaiser befohlen. Ich fand dort die Grafen Mensdorff und Esterházy. Der Kaiser eröffnete mir: Er sei entschlossen, Frieden zu schliessen, werde jedoch den Krieg fortsetzen, falls der König es verlange. Ich hatte mit dem König Alles und wiederholt besprochen und konnte ohne Zögern antworten. „Wenn umgekehrt," sagte ich, „Eure Majestät erklärten, den Krieg fortführen, jedoch Frieden schliessen zu wollen, falls der König es verlange, würde mein Herr erwidern, er sei bereit, bis auf das Aeusserste im Kampfe auszuharren. Aber auf dem Krieg zu bestehen, da Eure Majestät Frieden schliessen wollen, hiesse eine Verantwortung übernehmen, die der König nicht übernehmen kann." — Der Kaiser verlangte dann zu wissen, welche Bedingungen der König stelle; ich erwiderte: „Integrität Sachsens und dessen Beitritt zum Süddeutschen Bunde." Beides wurde mir zugesagt.

Ich begab mich dann mit den beiden Herren Ministern in die Staatskanzlei, um bei Entwerfung der entsprechenden Instruktion mich zu betheiligen. Eine kurze Charakteristik jener beiden Männer fliesst mir unwillkürlich in die Feder.

Selten ist mir eine psychologisch so widerspruchsvolle Persönlichkeit vorgekommen wie der verstorbene Graf Mensdorff. Allgemein gekannt und gewürdigt war seine ritterliche Ehrenhaftigkeit und Hingebung an seinen kaiserlichen Herrn, gleichwie seine nur zu weit gehende Bescheidenheit und Anspruchslosigkeit. Weniger vielleicht wusste man von seiner Befähigung, die eine bedeutende zu nennen war, welcher aber eine absolute Unfähigkeit gegenüberstand, die eigene Ansicht zur Geltung zu bringen. Ich begegnete in meiner Unterhaltung mit ihm stets einem scharfen und treffenden Urtheil, allein dies wurde stets anderer unsichtbarer Einsicht untergeordnet. Dass Mensdorff sich

auf kaiserlichen Befehl entschloss, das Ministerium des Aeussern zu übernehmen, nachdem er wiederholt erklärt hatte, dazu nicht die Befähigung zu besitzen, mag der militärischen Disciplin zu gute gerechnet werden; allein diese Entschuldigung fällt bei Beurtheilung seines Verhaltens im Jahre 1866 weg, wo er, hätte er seine gesunden Anschauungen über die Aussichten des Krieges mit einer entschiedenen und unwiderruflichen Demission unterstützt, wahrscheinlich den Krieg verhindert haben würde. Diese Neigung zur Unterorduung wurde nun, während Mensdorff Minister war, auf eine fast komische Weise in Bezug auf die von ihm acceptirte Beigebung des Grafen Moritz Esterházy illustrirt. Wenn ich, was nur einige Male geschah, mich bei Graf Mensdorff einfand und ich ihm gegenüber, der am Schreibtisch sass, Platz genommen hatte, that sich die Thür auf, der kleine Graf Esterházy trat ein, rückte sich einen Sessel neben den des Ministers und setzte sich zu ihm, gerade so wie ein Musiklehrer sich zu seinem Zögling ans Klavier setzt. So konnte ich mich auch davon überzeugen, dass Graf Mensdorff alle die Depeschen, welche die Lage verschärften und den Krieg vorbereiteten, entschieden missbilligte, sie aber dennoch unterschrieb.

Graf Moritz Esterházy war das gerade Gegentheil. Traf Graf Mensdorff mit seinem eigenen Urtheil das praktisch Richtige, so gipfelte jenes des Grafen Esterházy in der reinen Negation; vermochte jener nie seine positive Ansicht zur Geltung zu bringen, so verstand dieser es um so besser, seiner Kritik Eingang zu verschaffen. Wir hatten in Dresden lange Zeit bei der österreichischen Gesandtschaft einen Ragusaner, einen Mann von originеller und oft sehr witziger Auffassungsgabe. Ganz richtig charakterisirte er den Grafen Esterházy dahin, er bringe sein Leben damit zu, mit dem Mikroskop in einen Tropfen Wasser zu sehen, um allerhand Viehzeug zu entdecken, von welchem der Schöpfer gewollt habe, dass wir es nie zu Gesicht bekommen sollten. Diese Loupe hatte auch, wie zu vermuthen ich gerechte Ursache habe, verhindert, dass der gute Rath befolgt wurde, den ich

als sächsischer Minister 1865, kurz vor der Gasteiner Konvention gab, und der Oesterreich vor dem Kriege von 1866 vielleicht bewahren konnte. Im ersten Abschnitt findet sich das Nähere.

Den Grafen Mensdorff sprach meine Idee an und in Folge dessen überreichte ich ihm, als ich bei ihm in Weidlingau speiste, ein Mémoire. Er stellte es dem Grafen Esterházy zu, welcher es durchflog und in die Tasche steckte. An der Kritik wird es nicht gefehlt haben, wohl aber fehlte, als ich auf dem Ballplatz einzog, das Mémoire.

An jenem Tage traurigsten Andenkens der Nikolsburger Verhandlung wetteiferten beide Herren in Betheurungen, dass sie den unglücklichen Krieg nie gewollt hätten, was keinen von Beiden rechtfertigen konnte, am wenigsten den Grafen Esterházy; denn mehr noch als die Nachgiebigkeit des Grafen Mensdorff hatte er dadurch verschuldet, dass seine kritischen Einwürfe zur Ablehnung der bereits von Oesterreich angenommenen Pariser Konferenz führten, welche unter allen Umständen drei Wochen mehr Zeit zu Rüstungen verschafft hätten. Sein geheimer Gedanke, wie mir von Eingeweihten versichert wurde, wäre kein anderer gewesen, als ein zwischen Oesterreich und Preussen der Ehre halber unvermeidliches Duell, nach dessen für beide Theile zweifelhaftem Ausgang die unzweifelhafte Theilung Deutschlands zwischen beiden erfolgen sollte, unter gemeinsamer Anwendung des von Bismarck in Preussen bis dahin befolgten politischen Systems im Innern. Diesem geheimen aber nicht geheim gebliebenen Gedanken ist zum Theil die schlaffe Haltung Bayerns beim Ausbruch des Krieges und damit der traurige Ausgang des letzteren zu danken, denn hätte Bayern besser gerüstet, hätte Bayern nur, worum von Prag aus der König den Prinzen Karl und ich den Minister Pfordten beschworen, die marschbereiten 30000 Mann nach Böhmen geschickt, so wäre Königgrätz, was an der Schwäche des linken Flügels verloren ging, gewonnen worden. Die zögernde Haltung Bayerns war freilich darum nicht minder unverantwortlich, denn nach den mit General von der Tann

in Wien getroffenen Verabredungen war die Entschuldigung Pfordten's, man habe das eigene Land nicht preisgeben können. eine völlig unzulässige.

Die Integrität Sachsens wurde in Nikolsburg zugestanden: was dagegen den Eintritt in den Süddeutschen Bund betrifft, so war Bismarck beim ersten darauf hindeutenden Wort aufgesprungen und hatte mit Abbruch der Verhandlungen gedroht Auf diese Zurückweisung war ich gefasst und hatte das Postulat mehr als Mittel eines theilweisen Fallenlassens betrachtet.

Ich verweise hier nochmals auf den ersten Abschnitt, wo ich ausführlich die Ursachen darlegte, welche meine eigene Betheiligung an den Nikolsburger Verhandlungen nicht zuliessen. Dagegen konnte nunmehr mit der Anknüpfung direkter Friedens-Verhandlungen mit Preussen nicht länger gezögert werden. Sobald man der Geneigtheit der preussischen Regierung dazu versichert war, machte ich dem König den Vorschlag, mich mit der Verhandlung zu betrauen. Für den mir allerdings sehr unwahrscheinlichen Fall, dass von Berlin kein Widerspruch gegen meine Wahl erfolgen sollte, konnte ich durch meine genaue Kenntnis aller dem Krieg vorausgegangenen Episoden und in Folge dessen durch Aufklärung manches bedauerlichen Irrthums über die sächsische Politik nützen. Meine Zulassung war aber sehr unwahrscheinlich, und dies war ein Grund mehr, einen Refus zu provoziren, der meinem Austritt die beste Form gab und dem König die Entlassung erleichterte.

Die vier Wochen, die von der Unterzeichnung der Nikolsburger Präliminarien bis zu meiner Entlassung verstrichen, haben mir die trübsten Erinnerungen hinterlassen. Die Vereinsamung des Exils machte sich mehr und mehr fühlbar; ich empfand sie viel mehr in der Seele des Königs als in der meinigen. Für die Oesterreicher war ich ein ungern gesehener Bewohner des „Römischen Kaiser", sonst nichts. Derselbe Mann, dessen energisches Auftreten die Wiener Blätter in den Himmel erhoben hatten, den man noch in Prag als einen „echten Mann" begrüsst

und gefeiert hatte, wurde als vermeintlicher Urheber des Krieges mit scheelen Augen betrachtet. Beiläufig war diese Urheberschaft der stärkste Irrthum. Wohl hatte ich Oesterreich stets auf dem Bundesboden festzuhalten gesucht, aber meine Rathschläge hatten nur den alten Fehler, nicht befolgt zu werden. Vergeblich hatte ich Oestereich aufgefordert, sich in der Herzogthümer-Frage an die Spitze der Regierungen der Mittel- und Kleinstaaten zu stellen, deren Haltung mit der ganzen nationalen Strömung identisch war: vergeblich hatte ich nach Proklamirung des Augustenburgers auf der Londoner Konferenz Graf Rechberg durch Graf Apponyi beschworen, sofort die Sache durch einen Bundesbeschluss perfekt zu machen; vergeblich hatte ich einen befriedigenden Ausgang der Konferenz durch eine Abstimmung der Bevölkerung empfohlen, vergeblich darauf gedrungen, dass Oesterreich sich dem Abzug der Bundestruppen aus Holstein widersetze. Und unmittelbar vor Ausbruch des Krieges hatte ich die Annahme der Pariser Konferenz dringend befürwortet, und von der Einbringung des Mobilisirungs-Antrages in der Bundesversammlung vom 14. Juni abgerathen.

Sachsen war der einzige Mittelstaat, der vollständig gerüstet hatte, aber nicht in der Absicht des Krieges. Ich hoffte dessen Abwendung so sehr, dass, als die preussische Kriegserklärung erfolgt war, ich zwei Nächte mit Aufräumung und Verbrennung meiner Papiere zubrachte.

Indessen in Wien war man froh, einen Sündenbock zur Hand zu haben. Solcher Stimmungswechsel ist in der menschlichen Natur, und mein Unrecht war es, dass ich diese Erfahrung im gleich darauf folgenden Jahre der Verherrlichung mir nicht vor Augen hielt. Was mich aber tief verletzte, war der gänzliche Mangel der dem Freunde und Bundesgenossen schuldigen Gastfreundschaft. Graf Mensdorff hatte meine Anwesenheit vergessen. Erst zwei Tage vor meiner Abreise erhielt ich eine Einladung, die ich natürlich ablehnte. Damals schrieb ich an einen Freund in Sachsen: — „Morgen verlasse ich Wien. Ich werde den Staub

von meinen Füssen schütteln. In diese Stadt kehre ich so bald nicht wieder." Ich verliess Wien nicht, ohne mich beim Kaiser abzumelden. Seine Majestät empfing mich gnädig, jedoch stehend, ohne mich zum Sitzen einzuladen, und die Audienz dauerte kaum einige Minuten.

Wie gross musste also meine Ueberraschung sein, als acht Tage später der damalige Kanzleidirektor Ritter von Braun eines Abends in Gastein in mein Zimmer trat und mir mittheilte, der Kaiser trage mir das Ministerium des Aeussern an!

II. Kapitel.

1866.

1866 Incognito-Minister in Gastein. — Erste Aufwartung beim Kaiser in Ischl. — Brief des Königs. — Reise nach der Schweiz und nach dem Rhein. — Aufwartung und Verpflichtung in Prag. — Kardinal Fürst Schwarzenberg und Graf Belcredi. — Die drei Brüder Thun. — Einzug auf dem Ballplatz und Ansprache an das Personal.

Es hätte einer meinem ganzen Wesen fremden Ziererei bedurft, um mit der Annahme der an mich gelangten Berufung zu zögern. Gleichwohl würde es ein grober Irrthum sein zu glauben, es sei mir keine Wahl geblieben und ich hätte nur allzu froh sein müssen, von so tiefem Fall mit solchem Glanz aufgerichtet zu werden. Wohl war ich in diesem Augenblicke ein Geächteter in meinem Heimathlande, aber wie viel der unglaublichsten Wandlungen hatte ich nicht erlebt! Meine Anhänglichkeit an dieses Heimathland war ein tief in mir wurzelndes Gefühl, dem allein der mir so oft vorgeworfene Partikularismus entsprang, denn mein Ehrgeiz hätte viel leichter Befriedigung finden können, hätte er andere Bahnen betreten, die ihm weit offen standen. Elasticität und Talent haben meine Feinde mir nie bestritten, ich konnte daher sehr wohl daheim eine Zukunft unter leichten Verhältnissen

gewinnen, anstatt sie unter den allerschwierigsten zu wagen. Allein auch hier entschied das Gefühl. Für den Augenblick bot mir die Rückkehr nach Deutschland nur die Alternative zwischen Defektion und Konspiration. Für Beides war ich nicht gemacht. —

Ich nahm also dankbar an. Staatsrath Braun war noch beauftragt, mich nach besonderen Wünschen zu befragen. Ich hatte deren keinen. Später als ich Herrn von Braun wiedersah und er mir mittheilte, dass der Kaiser um 5 Uhr früh aufstehe und die Minister zuweilen um 7 Uhr rufen lasse, formulirte ich den einzigen Wunsch, Seine Majestät möge mich nie vor 9 Uhr rufen lassen, indem ich gewohnt sei, spät mich zu Bett zu legen und nicht früh aufzustehen. Dieser Wunsch wurde vom Kaiser nie aus den Augen gelassen.

So war ich denn nach nicht viel mehr als 14 Tagen nach meiner Entlassung wieder Minister. Ich sage die Wahrheit, wenn ich versichere, dass neben einem begreiflichen Gefühl von Stolz und Befriedigung doch der Verzicht auf die oft zuvor ersehnte und nach langen Jahren endlich gewonnene Unabhängigkeit mich mit Bedauern erfüllte. Jene mir oft zuerkannte elastische Natur hatte sich schnell in die neue Lage gefunden. Bereits hatte ich Verbindungen angeknüpft, um von meiner Feder Nutzen zu ziehen und mich ihres unbeschränkten Gebrauches zu erfreuen, was mir bis dahin verboten war, und diese ungewohnte Existenz hatte für mich einen grossen Reiz. Allein eben so schnell hatte ich mich mit dem für mich beginnenden neuen Leben befreundet.

Ein einziges Verlangen hatte ich bei der Annahme zu stellen, dass nämlich meine Berufung bis zum Abschluss der sächsisch-preussischen Friedensverhandlungen geheimgehalten werde, denn ich wusste nur zu gut, dass eine Verlautbarung meinem Heimathlande zum Nachtheil gereichen würde. Ich meinestheils beobachtete das strengste Schweigen; in Wien war man weniger vorsichtig, aber glücklicherweise hielt man mich in Berlin für so gründlich todt, dass an eine Auferstehung nicht geglaubt wurde.

Ich befand mich noch in Korrespondenz mit dem k. sächsischen Gesandten in Wien, Baron Könneritz, und dadurch indirekt mit dem König. Mein unablässiger Rath war, unter jeder Bedingung nach Sachsen zurückzukehren, und vor Allem sich der Grenze zu nähern. Dies geschah auch bald darauf, indem der König sich nach Teplitz begab.

Ich brachte noch einige Wochen in Gastein zu, und es war ein eigenthümliches Verhältnis, als ungekannter österreichischer Minister in der Eigenschaft des entlassenen sächsischen Ministers unter den dortigen Oesterreichern zu leben. Ermuthigend war es dabei, dass ich wiederholt den Wunsch vernahm, ich möchte in österreichische Dienste treten. In Salzburg erhielt ich den Befehl des Kaisers, mich in Ischl einzufinden: dort sah ich den Kaiser zum ersten Mal als meinen Herrn, was aber noch immer Geheimnis blieb oder wenigstens bleiben sollte. Der Kaiser eröffnete mir, nächst Graf Mensdorff werde Graf Esterházy aus dem Amte scheiden, und bemerkte zugleich, dass, was den Grafen Belcredi betreffe, er in diesen grosses Vertrauen setze und sich ungern von ihm trennen würde. Meine Entgegnung war, dass ich es für vermessen halten würde, als ein Fremder, der sich erst einbürgern soll, *tabula rasa* zu verlangen, während meine Aufgabe darin bestehe, mich vor Allem mit Personen und Dingen bekannt zu machen, bevor es mir zukomme, über Personalveränderungen eine Meinung abzugeben. Ich erwähne dieser eigentlich selbstverständlichen Aeusserung nur deshalb, weil, wie ich es später erwähne, mir im Anfang mit Rücksicht auf das Eintreten neben Graf Belcredi mehr Misstrauen als Vertrauen entgegengebracht wurde. Der Kaiser sprach die Erwartung aus, dass ich stets ungescheut meine Ansichten äussern werde, was ich aus vollem Herzen versprach, und was je unterlassen zu haben ich mir nicht vorwerfen darf.

Dass das Verhältnis zwischen dem Monarchen und seinem neuen Diener sich augenblicklich zu einem glücklichen gestaltete, war leicht erklärlich, denn ich war für den Kaiser ein alter Be-

kannter, der ihm in vielen vorausgegangenen Fällen nahe gestanden hatte, und vielleicht hatte sein Vertrauen zu mir dadurch gewonnen, dass mancher von mir ertheilte Rath nicht befolgt worden war und die Erfahrung mir Recht gab. Er hatte mich liebgewonnen, wie ich längst zuvor für ihn die Gefühle innigster Verehrung empfunden hatte. Den höchsten Orden des Kaiserstaates hatte ich bereits vierzehn Jahre früher aus der Hand des Kaisers empfangen, daher es kam, dass ich beim nächsten Fronleichnamsfest als Doyen des Stefans-Ordens dem Kaiser zur Seite ging. Ich war in der That für Oesterreich etwas mehr als ein irrender Ritter.

In Ischl erhielt ich auch den ersten Beglückwünschungsbrief — er kam vom König. — Der herrliche Fürst sprach ungetheilte Freude über meine Berufung und unbedingtes Vertrauen in meine Leistungen aus. Daran knüpften sich weise Rathschläge, die mit folgenden Worten schlossen: „Noch Eins! Sie schreiben sehr schön — nicht kalligraphisch! — aber vergessen Sie nicht, dass Nadelstiche oft mehr Weh und mehr Zorn verursachen als Prügel.“

Jene Audienz in Ischl war von mir nicht gesucht worden; sie war mir eine Beruhigung, insofern sie mir ein gewisses Gefühl der Sicherheit verlieh, allein sie konnte nicht verfehlen, bekannt zu werden und die ersten Anklänge in der Presse hervorzurufen. Ich beeilte mich, Ischl zu verlassen, und begab mich zunächst nach der Schweiz. Hätte mich nicht die Sorge um das endliche Schicksal meines Heimathlandes bekümmert, diese Zeit wäre eine der glücklichsten meines Lebens gewesen. Ich hatte meinen Diener, der in einem pensionsfähigen Verhältnis zum Ministerium in Dresden stand, zurückgeschickt und war froh, mit geringem Gepäck allein in der Welt herumzufahren. Der Einladung eines bewährten, wahren Freundes folgend kam ich nach Darmstadt. Nächst mir ist vielleicht niemand mehr angefeindet worden als Baron Dalwigk, doch hat er auch insofern mein Schicksal getheilt, als die Angriffe gegen ihn sich im gleichen Verhältnis mehrten

oder minderten, je nachdem seine Stellung gesichert oder gefährdet erschien, und das Verdammungsurtheil erst dann über ihn gefällt wurde, als man sicher sein konnte, dass er nicht wieder ans Ruder kommen werde. Dalwigk's Administrations-Talent wurde auch von seinen Gegnern anerkannt, in der deutschen Politik schloss er sich mir an und verlor nie die Fühlung mit mir. Hätte ich in allen deutschen Mittelstaaten Dalwigks zur Seite gehabt, die Organisirung Deutschlands auf Grund der Trias wäre thatsächlich ins Leben getreten, und — dies ist meine innigste Ueberzeugung — wir hätten keinen der drei Kriege von 1859, 1866 und 1870 erlebt.

Inzwischen neigten sich die sächsisch-preussischen Verhandlungen ihrem Abschluss zu; ich begab mich nach München und von dort nach Prag, wohin mich abermals ein kaiserlicher Befehl beschied. — Der Kaiser durchreiste damals Böhmen in Begleitung des Staatsministers Graf Belcredi. Bei meiner Ankunft fand ich Seine Majestät noch nicht in Prag und ich begab mich deshalb auf einige Tage auf das dem Grafen Chotek gehörige Gut Grosspriesen, nahe der sächsischen Grenze gelegen, um mit meiner Familie eine Zusammenkunft zu haben. Ein von gut unterrichteter Seite kommender Wink warnte mich, der Grenze mich nicht zu sehr zu nähern, da nichts leichter sei, als dass eine preussische Patrouille dieselbe aus Versehen überschreite.

Endlich war der sächsisch-preussische Friede geschlossen und der Moment meines Amtsantrittes gekommen. Ich bezog wieder denselben „Englischen Hof", den ich im Juni bewohnt hatte, und die Erinnerungen an die Tage der Hoffnungen und Enttäuschungen, an die falschen Siegesbulletins und den plötzlichen Aufbruch waren Mahnungen zum ernsten Denken. Ich fand in Prag drei alte Jugendfreunde, mit denen ich beinahe aufgewachsen war, indem unsere Mütter intime Freundinnen gewesen waren: die drei Grafen Thun von Tetschen. Diese meine einzigen Duzbrüder in Oesterreich wurden binnen Jahresfrist die einzigen Menschen in Oesterreich, mit denen ich kein Wort mehr wechselte — ein Umschwung,

den ich bei meinem nur allzu versöhnlichen Charakter bis dahin noch nie erlebt hatte.

Die drei Brüder Thun, die ich schon als Kind kannte, waren öfters von Tetschen aus in Dresden, und ich hatte sie in den dreissiger Jahren als sehr liberal gekannt. Zum Czechenthum neigten sie von früh an, obschon die Familie damit historisch nicht verwebt war, und oft hörte ich Leo sagen: „Ich bin kein Deutscher, ich bin ein Böhme.“ Der älteste, Franz, eine edle, unendlich sympathische Künstlernatur, bewegte sich in grosser Freiheit der Ansichten und Anschauungen, wovon auch seine standesungemässe Ehe Zeugnis gab. Der zweite, Fritz, erschien uns immer als der praktischeste. Wir hatten von ihm in den deutschen Mittelstaaten, namentlich zu der Zeit, wo er Bundes-Präsidial-Gesandter war, eine sehr vortheilhafte Meinung, und bedauerten lebhaft, dass nicht er, sondern Graf Buol den Fürsten Schwarzenberg ersetzte. Namentlich würdigte ihn von der Pfordten. Die von ihm auf dem böhmischen Landtag im Jahre 1867 gehaltenen Reden waren allerdings, ganz objektiv und von jedem Parteistandpunkt abgesehen betrachtet, nicht geeignet, jene gute Meinung von seiner staatlichen Befähigung zu bestärken. Ganz entschieden war aber Fritz Thun auf mehreren Posten ganz an seinem Platz, namentlich als Gesandter in Berlin. Hätte man ihn dort gelassen, so wäre manche verderbliche Reibung vermieden worden. — Der dritte Bruder, Leo, wurde schon in seiner frühen Jugend als der bedeutendste erkannt. Das düstere Feuer seiner Augen und die schroffe Ausdrucksweise verrieth aber stets bei ihm grosse Leidenschaftlichkeit und Hartköpfigkeit, wodurch er allerdings den oben citirten Ausspruch über seine Nationalität vollständig rechtfertigte.

Von diesen Duzbrüdern bewillkommte mich Franz mit herzlicher Freude, Leo dagegen empfing mich, wie der Franzose zu sagen pflegt, gleich einem Hund im Kegelschub. Für ihn war die Berufung des Fremden ein Greuel und er liess es mich deutlich erkennen. Fritz endlich, das muss ich ihm nachrühmen,

wusste dieses ihm nicht fremde Gefühl zu überwinden und erbot sich, bei seinen böhmischen Standesgenossen mein Recht zu vertreten. Meine Absicht war es, ihn der sich aus dem Dienste zurückgezogen hatte, wieder in die Carriere zu bringen, und es war gut gemeint, dass ich, um einen Anfang zu machen, mit Rücksicht auf die von ihm geltend gemachte Nothwendigkeit, seiner Güter-Verwaltung nicht entrückt zu werden, das Anerbieten stellte, den Posten in München, wo er im besten Andenken stand, und von wo aus er jener Thätigkeit leicht obliegen konnte, zu übernehmen. Nichtsdestoweniger wurde das Anerbieten schlecht aufgenommen; indessen blieb ich noch einige Zeit mit Fritz Thun im freundlichen Verkehr. Die Erkaltung, die sich in kurzer Zeit zu völliger Entfremdung gestaltete, datirte vom böhmischen Landtag 1867, als ich ihn, der mit anderen Mitgliedern des Landtages nach Wien reiste, um dem Kaiser Aufklärung über die oppositionelle Haltung der Majorität zu geben, in Böhmisch-Trübau mit dem Telegramm aufhielt, das Auflösungs-Patent sei unterwegs. Mit Leo hatte ich ein Scharmützel im Herrenhause, die Konkordatsfrage machte ihn zu meinem erbittertsten Gegner, und die politische Differenz artete zu meinem Bedauern in eine soziale Entfremdung aus.

Eine andere Begegnung in Prag ist mir unvergesslich geblieben. Ich machte dem Kardinal Fürst Schwarzenberg meine Aufwartung, da ich ihn früher, zur Zeit als sein mir befreundeter Bruder Minister war, gekannt hatte. Der Kardinal, welcher von meiner Berufung nichts wusste und dem ich an dem Tage, wo ich ihn sah, nichts davon sagen durfte, zog mich darüber zu Rathe, welcher unter den österreichischen Diplomaten sich wohl am besten zum Nachfolger des Grafen Mensdorff eignen werde? Ich gab mein objektives Urtheil über die verschiedenen Persönlichkeiten ab. Einige Tage darauf speiste er mit dem neuen Minister beim Kaiser. Ich beeilte mich, ihm meine Zurückhaltung zu erklären, allein ohne Einfluss auf die spätere Abneigung des Kardinals mag der Zwischenfall nicht geblieben sein. Seinen

Vorstellungen wurde es zugeschrieben, dass ich anfangs nur Minister des Aeussern, nicht aber Minister des kaiserlichen Hauses würde. Hiezu ernannte mich jedoch der Kaiser zwei Wochen später in Wien.

Endlich kam der Tag der Ernennung und meiner Verpflichtung durch Graf Belcredi. Vorher hatte ich nach dem Wunsch des Kaisers eine Unterredung mit dem damaligen Staatsminister. Graf Belcredi begrüsste mich mit dem wenig ermunternden Bemerken, meine Ernennung werde einen sehr schlechten Eindruck machen, „denn," sagte er, „Sie sind ein Fremder, Deutscher und Protestant." Ich beschränkte mich, darauf zu erwidern, dass ich die auf mich gefallene Wahl nicht gesucht habe, ihr aber Ehre zu machen mich bestreben werde. Dann sprach Graf Belcredi die Befürchtung aus, ich werde Oesterreich in einen neuen Krieg stürzen, worüber ich ihn vollkommen beruhigte. Das Gespräch endete besser als es begonnen. Ein Eingehen auf innere Fragen vermied ich mit dem Hinweis darauf, dass ich mich erst orientiren müsse. Was den Grafen Belcredi gewann, war meine entschiedene Erklärung gegen die Opportunität eines von dem Gesamt-Ministerium nach der Rückkehr des Kaisers nach Wien zu erlassenden Programmes, eine Erklärung die ihn erleichterte, die aber freilich mir allein durch den Gedanken eingegeben war, dass ich mir in unvollständiger Kenntnis der Dinge nicht die Hände binden wollte. Graf Belcredi führte mich dann zu den eigens versammelten Kollegen, vor denen ich wie ein Wahl-Kandidat vor seinen Wählern erschien und einige Interpellationen zu beantworten hatte; die eingehendste war jene des ungarischen Hofkanzlers Majláth, der mir für Ungarn ein sehr geringes Mass von Sympathie zuzutrauen schien und meine Germanisirungsgelüste beargwöhnte. Ich bin mit diesem eben so liebenswürdigen wie intelligenten Mann, dessen Ende ein so schreckliches sein sollte, in den besten Beziehungen geblieben und wir haben später, als ich ihm, dem Altkonservativen, eher zu weit ging, oft seiner Besorgnisse wegen meiner Ungarnfeindlichkeit gedacht. Eine andere

seiner Befürchtungen fand eben so wenig in der Folge Bestätigung. Er erwartete einen Aufschrei wegen der Auslieferung des Grafen Teleki, allein nie ist dieser Vorgang, so lange ich Minister in Oesterreich war, zur Sprache gebracht worden [1], und auch die Behauptung, ich sei durch anonyme Briefe an Teleki's Auslieferung erinnert worden, war vollkommen grundlos, wie ich es überhaupt rühmend anzuerkennen habe, dass die feige Manipulation der anonymen Briefe, die anderwärts stark im Schwung ist, mich in Wien bis auf einen oder zwei Fälle ganz verschont hatte [2].

---

[1]) Ueber die Auslieferung des Grafen Teleki ist seiner Zeit des Gehässigen viel ohne alle Begründung geschrieben worden. Teleki war mit falschem englischem Pass nach Dresden gekommen, und ich hatte, nach erfolgter Einsicht dieses Dokumentes, die nöthige Anweisung gegeben, damit man dem betreffenden Individuum den Rath baldiger Abreise ertheile. Dieser Wink hatte keine Folge, wozu die Anwesenheit einer ungarischen Familie Anlass geben mochte. So kam es denn endlich zu einer durch Teleki selbst verschuldeten Haussuchung und Verhaftung. Von diesem Augenblick war eine Entfernung Teleki's durch Ausweisung, angesichts der bestehenden Verträge, eben so wenig als die Unterlassung der Auslieferung möglich. Diese geschah aber gegen das ausdrückliche Versprechen, dass das Leben Teleki's nicht gefährdet sein werde, und während die englischen Zeitungen von Misshandlungen im Kerker schrieben, bewohnte Teleki unter bester Bewirthung ein Beamtenquartier und wurde für die Reise noch mit Pelzen versehen. Was ich erwartete, und was in der That in Aussicht stand, war, dass Teleki für die Zeit, während gerade in Ungarn brennende Fragen auf der Tagesordnung standen, Josephstadt bewohnen, dann aber freigelassen werden sollte. Anstatt dessen fand man sich in Wien bemüssigt, ihn gegen Seiner Majestät gegebenes Versprechen der Abstinenz sofort freizulassen, und damit die sächsische Regierung, bei der man die Auslieferung beantragt hatte, in der schmählichsten Weise bloszustellen. Bekanntlich wurde behauptet, Teleki habe sich im Gefühl, jenes Versprechen gebrochen zu haben, erschossen; nach dem, was ich in Ungarn zu vernehmen hatte, war der Grund des Selbstmordes vielmehr in getäuschtem Ehrgeiz zu suchen.

[2]) Bald nach meinem Amtsantritt erhielt ich von Zeit zu Zeit Briefe, auf deren Couvert die Adresse von einer Damenhand geschrieben war, während die Inlage ein grober Bogen mit guten Rathschlägen in österreichischer Mundart war. Ich entsinne mich des einen, den ich oft zum

Hatte ich mich gegen ein Programm des Gesamt-Ministeriums erklärt, so fand ich es dagegen angezeigt, in meiner Eigenschaft als Minister des Aeussern ein zu veröffentlichendes Cirkular an die kaiserlichen Missionen zu erlassen. Ich setzte es sofort auf. Der Kaiser war sowohl mit dem Inhalt als der raschen Lieferung sehr zufrieden. Das Cirkular war in französcher Sprache geschrieben. erschien aber einige Tage nach meiner Ankunft in Wien in deutscher Uebersetzung in der „Wiener Zeitung". Ich hebe daraus folgende Stellen hervor:

„So sehr es mein Wunsch ist, die auf einem anderen Felde der Thätigkeit gesammelten Erfahrungen dem kaiserlichen Dienste nutzbar zu machen, so betrachte ich mich gleichwohl als von meiner politischen Vergangenheit von dem Tag an getrennt, wo ich nach dem Willen Seiner K. K. Apostol. Majestät Oesterreicher werde, und ich will davon in meine neue Stellung nur das Zeugnis eines tiefverehrten Fürsten hinübernehmen, dem ich mit Eifer und Treue gedient zu haben mir bewusst bin. Namentlich würde es heissen, mir bei dem Beginn meiner neuen Laufbahn ein seltsames Vergessen meiner Pflichten zuzutrauen, wollte man mich für fähig halten, Vorliebe oder Groll hineinzutragen, wovon ich mich übrigens frei fühle.

„Die kaiserliche Regierung die heute alle ihre Anstrengungen dahin richten muss, die Spuren eines unheilvollen Krieges verschwinden zu machen, wird — daran möge man nicht zweifeln — jener Politik des Friedens und der Vermittlung treu bleiben, die sie jederzeit geübt hat. Wenn aber der unglückliche Ausgang eines jüngst bestandenen Kampfes ihr daraus eine Nothwendigkeit macht, so legt ihr derselbe zugleich die Pflicht auf, mehr als je sich auf ihre Würde eifersüchtig zu zeigen. Die kaiserlichen Missionen, dessen bin ich gewiss, werden dieselbe jederzeit in Achtung zu setzen wissen, und sie werden an mir eine Stütze finden, die ihnen nie fehlen wird."

Ich hoffe, im Laufe der gegenwärtigen Aufzeichnungen den Beweis zu liefern, dass ich keinem der damals geschriebenen Worte untreu wurde.

Der Kaiser bereiste noch einige Theile Böhmens, während

Besten gab: „Alle österreichischen Sprachen erlernen, damit Sie einem jeden in seiner Muttersprach sagen können: ‚Se san an Esel.'"

ich in Gesellschaft des eben so unterrichteten als liebenswürdigen Vice-Admirals Baron Wüllerstorff, damaligen Handels-Ministers, mich nach Wien begab, woselbst ich wie früher im „Römischen Kaiser“ abstieg. Welche Gefühle meine Brust bei dem Wiederbetreten der in so verschiedener Stimmung vor wenigen Monaten verlassenen Räume durchzogen, kann sich jeder leicht denken.

Am nächsten Tage machte ich Graf Mensdorff meinen Besuch, der mich, noch im alten Metternich'schen Fauteuil sitzend, auf das Freundlichste empfing und mich nur um wenige Tage Aufschub für seinen Auszug bat. Natürlich fand er mich sehr anspruchslos; er räumte die nach der Bellaria gelegenen zwei Zimmer, und noch vierzehn Tage bewohnte ich mit ihm und seiner Familie das Haus gemeinsam. In der That war auch kein Grund zu einer Dissonanz vorhanden. Graf Mensdorff wusste, dass ich nichts gethan hatte, um seinen Austritt zu beschleunigen, und mir war das nicht immer einem Nachfolger mögliche Gefühl vorbehalten, nicht einmal in Gedanken den Sturz meines Vorgängers gewollt zu haben.

Man hat sogar behauptet, Graf Mensdorff habe selbst mich dem Kaiser als Nachfolger vorgeschlagen, indem man erzählte, er habe sich dazu dadurch bestimmt gefunden, dass ein damals in Disponibilität befindlicher Diplomat in merklicher Weise nach der Verlassenschaft getrachtet und es ihn unterhalten habe, dieses Spiel zu durchkreuzen. Ich habe diese Version stets angezweifelt, indem eine solche kleine Bosheit nicht im Charakter des Grafen Mensdorff lag. Viel wahrscheinlicher ist, was man mir versicherte, dass er meine Wahl widerrathen habe, nicht aus irgend einer persönlichen Abneigung, sondern aus Furcht vor meinen vermeintlichen Revanche-Gelüsten. Ueber die Genesis meiner Berufung ist überhaupt viel verfehlte Konjektural-Politik getrieben worden. Man schrieb sie dem König Johann und dann dem Kronprinzen Albert zu. Beide hohe Herren haben es in Abrede gestellt, und ich kannte sie zu gut, um zu glauben, dass sie bei ihrer ängstlichen Gewissenhaftigkeit die Verantwortung für eine

nicht in ihre Kompetenz fallende Massregel hätten auf sich nehmen wollen. Dass Beide auf Befragen sich anerkennend über mich geäussert und solchergestalt die Wahl befürwortet haben mögen, glaube ich gern; allein der Gedanke dürfte dem Kaiser allein angehört haben.

Sofort nach meiner Installation versammelten sich sämtliche Beamte des Ministeriums in dem grossen Empfangssaal und ich richtete an dieselben eine warme Ansprache, worin ich ihnen ans Herz legte, gegen mich selbst stets den grössten Freimuth zu zeigen, wogegen ich in meiner Abwesenheit die Unterlassung jeder Kritik erwarte. Graf Mensdorff erzählte mir an demselben Tage mit grosser Heiterkeit, wie ein Offizial, der ihm die letzte Unterschrift abzuverlangen gekommen war, zu ihm geäussert habe: „Das war einmal eine gute Rede.“

III. Kapitel.

1866.

Ein Rückblick.

Bevor ich jetzt zu der Aufzeichnung meiner Erinnerungen aus der Zeit der fünf Jahre schreite, während deren ich die Ehre hatte, Minister in Oesterreich zu sein, darf ich — wie ich es damals bei meinem Eintritt in Gedanken that — noch einen Rückblick auf den meiner Ministerschaft vorausgegangenen Zeitraum werfen, auf meine Vergangenheit als sächsischer Minister.

Gross war das Erstaunen, gross war trotz zur Schau getragener Gleichgiltigkeit das Missvergnügen darüber, dass der Mann, welchem, als er auf dem Kampfplatz gefallen war, die nationalliberalen Blätter mit einigen tüchtigen Kolbenstössen den letzten Rest gegeben zu haben meinten, plötzlich wieder als Minister eines Grossstaates auflebte. Allein auch ausserhalb der

mir feindlich gewesenen Kreise gab sich im ersten Augenblick keine entschiedene Sympathie kund, vielmehr machte sich ein Gefühl des Zweifels bemerkbar. Ein damaliger Botschafter in Paris — es war nicht der österreichische — hatte die Worte fallen lassen: „*Il a enterré la Saxe, il a enterré la Confédération, il va enterrer l'Autriche*", und ein mir späterhin sehr befreundeter hervorragender Mitarbeiter der „Revue des deux mondes" schrieb einem meiner Bekannten: „*Il est fâcheux qu'il n'ait pas la main heureuse.*"

An diese Aussprüche knüpfe ich an.

Wenn die Zeit für mein mir so theuer gebliebenes Sachsenland nicht damals eine so traurige gewesen wäre, nichts hätte mich mehr unterhalten als der wehmütige Nachruf der nationalliberalen Blätter über meine für Sachsen so „verhängnisvolle" Thätigkeit. Die welche dies zu verkünden nicht müde wurden, hatten ja ihr Ideal erreicht und keinen Grund mehr zur Klage, und es fragte sich nur, ob der Zustand der Dinge, für deren Erhaltung ich gestritten, ein solcher war, dass ein gewissenhafter Minister, selbst auf die Gefahr eines Krieges hin, dafür einzustehen die Pflicht hatte oder nicht?

War denn wirklich der Deutsche Bund etwas so Unerträgliches? Fünfzig Jahre lang hat er Deutschland den inneren Frieden gesichert und Europa vor Kriegen bewahrt, und dass Deutschland in den ersten grösseren europäischen Krieg, den Krim-Krieg, nicht verwickelt wurde, hat es ganz allein dem Deutschen Bund zu verdanken, und der den Krieg von 1866 vorbereitende italienische Krieg wäre vermieden worden, hätte man den Bund in Wien mehr zu schätzen und in Berlin mehr zu achten gewusst.

Und wie hat man die Idee der Trias, deren Vorfechter ich war, verketzert? Merkwürdig dass diese Kombination, die man sogar mit Rheinbundsplänen identifizirte, im Auslande, insbesondere in Frankreich, nie einer ausgesprochenen Sympathie begegnete! Man erkannte dort sehr wohl, was man in Deutschland blind genug

war, nicht einzusehen, dass mit der dritten Gruppe, nichts anzufangen, dass sie das beste Bollwerk gegen Sonderbündnisse mit dem Ausland sein werde, wie beispielsweise gegen das preussisch-italienische, weil dann die dritte Gruppe sofort auf die Seite der anderen Grossmacht trat. Man hat die Analogie mit Italien ausgebeutet auf der ganz falschen Grundlage, dass gleiche Ursachen gleiche Wirkungen haben müssten.

Die Verhältnisse in Italien lagen ganz anders als in Deutschland; dort war kein Einigungsbund unter den einzelnen Staaten, jeder derselben hing mehr oder weniger vom Ausland ab, selbst Piemont war bis 1847 von Oesterreich abhängig, die Secundogenituren natürlich, Neapel bald von Oesterreich bald von Frankreich.

Und wie sah es in den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes aus? Gab es einen, an welchem Gladstone sich hätte versuchen können? In den siebziger Jahren befand ich mich einmal in Sachsen zu kurzem Besuch — es war der Moment, wo Fürst Bismarck den ersten Anlauf zur Uebernahme der in den einzelnen Staaten vorhandenen Staatseisenbahnen auf das Reich unternommen hatte. Dagegen regte sich starke Opposition, und ein nationalliberales Blatt klagte darüber mit den Worten: „dieser Partikularismus gemahne an die schlimmsten Beust'schen Zeiten.“ — „Beleuchte“ — sagte ich zu einem alten Freunde — „die schlimmsten Beust'schen Zeiten. Damals hatte der Sachse noch nicht das Hochgefühl, Elsass erobert zu haben, dagegen machte die elsässische Industrie der sächsischen nicht Konkurrenz; ferner hatte der Sachse nicht das Hochgefühl, eine Kriegsflotte zu besitzen, dagegen schwammen die Erzeugnisse seiner Industrie bei Weitem mehr auf den Meeren als jetzt, und sie hatten unter der Abwesenheit der Kriegsflotte eben so wenig als die schweizerischen zu leiden; er hatte auch nicht das Hochgefühl, ein Angehöriger der ersten Militärmacht zu sein, dagegen war für ihn die harmlose Befriedigung, wenn Sachsens Stimme einmal sich vernehmen liess oder sein Minister Mitglied einer europäischen

Konferenz wurde, weniger kostspielig, während er jetzt 60000 Mann zu stellen hat, damals nicht viel mehr als ein Dritttheil dieser Anzahl von ihm verlangt wurde, ohne Beeinträchtigung der Sicherheit und des Friedens im Lande. Endlich hatte der Sachse noch nicht das Hochgefühl, dass, wenn er in Buenos-Ayres etwa gemisshandelt werden sollte, ein Panzerschiff erscheinen werde, um seine Peiniger zu züchtigen; indessen widerfuhr ihm solches Abenteuer selten, wogegen er sehr oft in den Fall kam, in Paris, London und Petersburg Unterstützung und Hülfe zu bedürfen, in welchem Fall er früher bei der sächsischen Gesandtschaft stets das grösste Entgegenkommen schon aus dem doppelten Grunde fand, weil diese Gesandtschaften Zeit und Mittel für ihn hatten, während er jetzt bei der Deutschen Botschaft in den allgemeinen Topf geworfen wird, wobei, angesichts der grossen Anzahl der Hülfesuchenden, für den Einzelnen wenig übrig bleibt, und weil die kleinen Gesandtschaften daran zu denken hatten, dass das Budget des Auswärtigen in den Kammern unangefochten bleibt[1]. !!

Ich wiederhole, was ich an der betreffenden Stelle im ersten Abschnitt sagte. Wenn ich die guten Seiten der früheren Zustände, ja deren Vorzüge hervorhebe, so geschieht es nicht, um den deutschen Zeitgenossen die neue Ordnung der Dinge zu verkümmern oder gar zu verleiden. Ich beantworte mir nur die Frage: Hatte ich Recht, für die Erhaltung des Bestehenden siebzehn Jahre lang zu kämpfen? und diese Frage glaube ich dann bejahen zu dürfen, wenn ich darthue, wie das Vergangene etwas Erträgliches und etwas Gesichertes, das an die Stelle zu Setzende aber etwas Unsicheres, etwas erst zu Gewinnendes war, im Fall

[1]) Sagt man heute, der Krieg von 1870 habe die Nothwendigkeit einer strafferen Zusammenfassung der deutschen Kräfte erwiesen, so ist zu entgegnen, dass ohne 1866 nachweislich nicht 1870 gekommen wäre. An einen Krieg gegen den Deutschen Bund hatte kein Mensch gedacht, und bei einem Angriffskrieg Frankreichs wäre Alles einig gewesen, wie man es 1840 war.

des Misslingens aber etwas tief Schädigendes werden konnte. Dem Fürsten Bismarck standen zwei mächtige Hebel zur Seite: ein seltenes Genie und ein beispielloses Glück; das Erste hatte er in der Gewalt, das Zweite nicht. — Kehrte es ihm 1866 den Rücken, und man sagt, der Gedanke daran habe sich bei ihm in der Gestalt eines eventuellen Revolvers verkörpert, so hätte er Deutschland eine Zukunft bereitet, von der man sich vielleicht kaum eine Rechenschaft zu geben weiss. Diesmal war nicht wie 1850 ein Kaiser Nikolaus da, um Halt zu gebieten, und ohne schwere Gebietsverluste wäre es für Preussen nicht abgegangen. Hat man dort das harmlose Olmütz nicht zu verwinden vermocht, wie hätte man eine solche Neugestaltung aufrichtig dahingenommen, und damit hatte Deutschland den Bruderkrieg in Permanenz. Wie oft habe ich von Oesterreichern die grundfalsche Ansicht aussprechen hören, der von Bismarck von Haus aus eingenommene Standpunkt sei der vollkommen richtige gewesen, nämlich dass früher oder später es zwischen Oesterreich und Preussen zum Entscheidungskampf kommen und entweder das Eine oder das Andere der Herr werden müsse. Die, welche so sprechen, übersehen, dass die Partie keine gleiche war. Preussen als Sieger konnte den Besiegten aus Deutschland entfernen, Oesterreich als Sieger konnte es nicht. Nach alledem durfte man sagen, dass ich unterlegen sei, nicht aber, dass ich geirrt habe.

IV. Kapitel.

1866 (letzte Monate).

Ministerium und diplomatisches Corps. — Die damalige antipreussische Stimmung in Wien.

Wie überhaupt meine Stellung als neu ernannter Minister in einem fremden Lande eine anormale und daher schwierige war, so galt dies insbesondere mit Rücksicht auf den Umstand,

dass ich in einem hervorragenden Departement Vorgesetzter einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Personen wurde, welche, den aristokratischen Kreisen angehörend, voraussichtlich dem fremden Eindringling nicht ohne Widerwillen sich fügen mochten. — Im Allgemeinen habe ich es dankbar anzuerkennen, dass das mir untergebene Personal nicht allein mit dem Seiner Majestät schuldigen Gehorsam, sondern auch mit Entgegenkommen in das neue Verhältnis eintrat. Ein Einziger verhehlte nicht seine Verstimmung. Seine Antwort auf mein Cirkular unterschied sich von allen übrigen durch selbstbewusste Wendungen.

Dagegen kam mir der Umstand zu statten, dass ich mit mehreren und zwar hervorragenden Mitgliedern der österreichischen Diplomatie seit Jahren nicht allein bekannt, sondern auch befreundet war.

Ich rechne dahin vor Allem den Fürsten Richard Metternich. Dieser war drei Jahre lang österreichischer Gesandter in Dresden, wo er noch als sehr jung debütirte. Auch später hatten wir uns oft begegnet und geschäftliche Beziehungen gehabt, namentlich im Jahre 1866 gelegentlich meiner im ersten Kapitel erwähnten Mission. Unser gegenseitiges Verhältnis war daher ein kameradschaftliches zu nennen und ich habe mich seiner nur zu beloben gehabt, denn auch im kritischen Jahre 1870 hatte ich ihm in keiner Weise üblen Willen, sondern nur Befangenheit in zu optimistischer Anschauung vorzuwerfen; Fürst Metternich ist vielfach falsch beurtheilt und nicht, wie er es verdiente, gewürdigt worden. Es gebrach ihm keineswegs an richtiger Auffassung und ebenso wenig an geschäftlicher Routine und geschäftlichem Fleiss, als an nüchternem und treffendem Urtheil. Seine grosse Leichtigkeit in Behandlung der französischen Feder war mir in hohem Grade angenehm, wie überhaupt ich über die Formen nicht zu klagen hatte. Sein Fehler war angeborne Indolenz, welche ihn verhinderte, über die Grenze der unmittelbar vorliegenden Aufgabe hinauszusehen und sich ausserhalb der offiziellen Kreise zu orientiren. So ist es gekommen, dass die Haltung

Frankreichs 1866 und die Schwäche Frankreichs 1870 für ihn Ueberraschungen sein konnten. Und dann, nicht zu vergessen! Diese sociale Selbstbeschränkung war ja „korrekt“. Ich selbst habe später als Botschafter in Paris erfahren, dass man nicht ungestraft freieren Anschauungen folgt.

Auch der Botschafter in London, Graf Apponyi, war ein langjähriger Bekannter. In jungen Jahren hatten wir uns in Paris begegnet, später oft wieder zusammengefunden, namentlich aber in London, wohin 1859 eine Mission und 1864 meine Mitgliedschaft an der damaligen dänischen Konferenz mich geführt hatten. Trotz unvermeidlicher Reibungen, welche die augenblickliche Dissonanz zwischen den Auffassungen des österreichischen Kabinets und der von mir vertretenen Strömung der öffentlichen Meinung in Deutschland im Gefolge haben musste, blieben wir gute Freunde. Graf Apponyi gehörte der alten österreichischen Schule an, welche es als erstes Gebot einer korrekten Diplomatie betrachtete, sich jeder nicht von oben vorgeschriebenen Initiative zu enthalten und sich grundsätzlich zu effaciren. Wäre es ihm 1864 möglich gewesen, meinen von ihm persönlich gewürdigten Rathschlägen in Wien Nachdruck zu geben, so würde nicht möglicherweise, sondern ganz sicherlich der Krieg von 1866 vermieden worden sein. Ich verbreite mich darüber im ersten Abschnitt.

Den stärksten Beweis der oben erwähnten diplomatischen Tradition lieferte Graf Apponyi, zu meiner nicht geringen Ueberraschung, nachdem er mein Untergebener geworden war, gelegentlich der Luxemburger Affaire im Jahre 1867 und des damaligen Londoner Protokolles. Kein Kabinet war für die friedliche Beilegung des damaligen Konflikts thätiger gewesen als das österreichische, und die aus dem Protokoll ersichtliche Lösung war, wie dies die Veröffentlichungen im Rothbuch bezeugten, vornehmlich sein Werk. Graf Apponyi aber machte es möglich, dass im Protokolle von allen Mächten die Rede war, nur nicht von Oesterreich.

Ein dritter, mir wohlbekannter und auch befreundeter österreichischer Diplomat war Baron Kübeck, bisheriger Bundes-Präsidial-Gesandter in Frankfurt. Auch ihn hatte ich vor längeren Jahren, als er Legations-Sekretär und ich sächsischer Minister-Resident in London war, gekannt. Später waren der Frankfurter Fürsten-Kongress von 1863 und meine Beglaubigung als Bevollmächtigter des Deutschen Bundes in London wiederholte Berührungspunkte, wobei ich die geschäftliche Coulanz und das verbindliche Entgegenkommen des österreichischen Vertreters zu rühmen hatte. Auch Baron Kübeck, obwohl äusserst thätig und pflichteifrig, huldigte dem alten Grundsatze, dass es besser sei, zu wenig als zu viel zu thun.

Mehr als einmal aber überraschte er mich durch einen Optimismus, welcher mit seinen Klagen über Preussen wenig im Einklange stand. Ich machte fast jährlich bei der Rückkehr von Gastein einen Abstecher nach Süddeutschland und dem Rhein und besuchte jedesmal Baron Kübeck in Frankfurt. Unsere Unterredung beschloss er regelmässig mit den Worten: „Man muss sagen, es ist besser geworden,“ während die Dinge sich täglich verschlimmerten. Als nun im Jahre 1866 des Bundestag von Frankfurt versprengt in Augsburg sich wieder zusammengefunden, nach Nikolsburg jedoch sein Aufhören protokollirt hatte, kam Baron Kübeck nach Wien und suchte mich auf, um sein Weh mit dem meinigen zu verschmelzen. „Lieber Kübeck“ — sagte ich — „Eines ist gewonnen, Sie können nicht mehr sagen: ‚Es ist besser geworden‘.“

Es war mir eine wahre Freude, ihn Seiner Majestät zum ersten Vertreter Oesterreichs bei der italienischen Regierung vorschlagen zu können. Auf diesem Posten hat er den Erwartungen vollständig entsprochen. Er wusste sich eine angenehme Stellung zu machen, ohne der Würde etwas zu vergeben. Die guten Beziehungen zwischen Italien und Oesterreich, wobei ich mir vielleicht einiges Verdienst zuschreiben kann, traten nicht erst nach meinem Ausscheiden ein, sondern längst zuvor, und die italie-

nischen Vertreter in Wien, Marquis Pepoli und Graf Robilant, wussten sich meiner nicht genug zu beloben. Auch die Missionen Möring und Sonnaz fielen in meine Zeit. Im Jahre 1870 wurde dem Baron Kübeck die Uebersiedelung nach Rom schwer und da gleichzeitig, in Folge der Wahl des Grafen Karolyi zum ersten Botschafter in Berlin, die Versetzung des Grafen Wimpffen auf einen anderen Gesandtschaftsposten nothwendig wurde, so erhielt Baron Kübeck auf meinen Vorschlag den durch den Rücktritt des Baron Prokesch vakant gewordenen Posten in Konstantinopel.

Baron Kübeck passte dahin unter den damaligen Verhältnissen vollständig — ein arbeitsamer, ruhiger und jede Störung vermeidender, aber tüchtiger Geschäftsmann. Ich habe nie erfahren, warum Graf Andrassy die Ernennung rückgängig machte. (Die Ernennung des Grafen Franz Zichy erfolgte erst einige Jahre später, nachdem dem Grafen Ludolf ein Interim übertragen worden war.) Gewiss ist, dass die Folge davon Kübeck's früher Tod war. Man übertrug ihm den Botschaftsposten beim heiligen Stuhl und er ist dem römischen Klima erlegen.

Ich komme zum letzten meiner alten österreichischen Bekannten, dem Baron, späteren Grafen Prokesch. Mit ihm hatte ich, als er Gesandter in Berlin war, viel zu thun gehabt und in seiner Genialität viel Anziehendes gefunden, wenn auch unsere Ansichten sich nicht immer begegneten. Unser Verhältnis war ein durchaus freundschaftliches und meine Ernennung ihm wahrhaft sympathisch. In den ersten Jahren blieben auch unsere Beziehungen die besten; später trübten sich dieselben etwas, da sich sein Türkenthum *quand-même* mit meinen modernen Ansichten nicht befreunden konnte. Ein grosses Unrecht aber hat er an mir begangen, indem er bis zu seinem Tode mir seine Pensionirung zum Vorwurfe machte. Als ich 1869 mit dem Kaiser in Konstantinopel war, fanden wir ihn, der schon nahe an die achtzig war, sehr verändert, und dem Kaiser mehr noch als mir fiel seine geschwächte Geisteskraft auf, so zwar, dass Seine

Majestät mir die Nothwendigkeit einer Ersetzung nahe legte. Ich war es, welcher sich dagegen aussprach, mit Hinweisung auf das grosse Vertrauen, dessen Prokesch bei dem damals noch lebenden Aali Pascha genoss. So wurde seine Pensionirung noch um zwei Jahre hinausgezogen.

Im Ministerium selbst fand ich nicht minder alte Bekannte, worunter ich namentlich Baron Meysenbug und Baron Biegeleben nenne. Gerade gegen diese beiden Persönlichkeiten richteten sich vielfache Anfeindungen, theils wegen der ihnen beigemessenen ultramontanen Richtung, theils wegen der nicht mit Unrecht beiden, namentlich Herrn von Biegeleben, vorgeworfenen Schärfe des Ausdrucks gegen Preussen, was viel zu dem endlichen Bruch beigetragen hatte. Es wäre mir ein Leichtes gewesen, die Genehmigung zu einer gründlichen Personal-Reform zu erlangen. Ich wies aber jede darauf hinzielende Suggestion zurück, nicht aus persönlicher Vorliebe, sondern weil es meinen Grundsätzen und Neigungen stets zuwider gewesen ist, aus Voreingenommenheit gegen irgend jemand zu entscheiden und zu irgend etwas die Hand zu bieten, was einer Verfolgung ähnlich sieht. Man hat mir diesen Charakterzug oft als Schwäche vorgeworfen und er hat mir auch in der That mehr Verdruss als Gewinn, mehr Undank als Dank eingetragen; dennoch empfinde ich deshalb keine Reue, denn wenn ich im hohen Alter mich eines heiteren Sinnes erfreue, so danke ich dies hauptsächlich dem Bewusstsein, keinem Menschen, und selbst nicht meinen Feinden, absichtlich Böses zugefügt zu haben.

Uebrigens muss ich auch hier anerkennen, dass im Hause auf dem Ballplatz mir keine Schwierigkeiten bereitet wurden, was ich auch bei meinem Scheiden in meiner Abschiedsrede betonte.

Der Minister des Aeussern hat inzwischen noch mit einem anderen Personale zu thun, dessen Ernennung nicht von ihm abhängt, nämlich dem diplomatischen Corps. Glücklicherweise fand ich auch hier alte Bekannte: Lord Bloomfield, Herzog von

Gramont, Graf Stackelberg und Freiherr von Werther und verschiedene Vertreter der kleineren Staaten. Das diplomatische Corps fand sich beim ersten Empfang vollzählig ein, und ich erinnere mich, dass Baron Meysenbug, zu dem sich Alles nach dem Empfang begeben hatte, mit den Worten bei mir eintrat: „*Grand succès sur toute la ligne.*“

Nicht unbemerkt darf ich lassen, dass Derjenige, welcher mir am meisten Sympathie und Vertrauen entgegenbrachte, kein Anderer war, als der päpstliche Nuntius! Zu einer mir bekannten Dame hatte er gesagt: „*Che caro uomo!*“ und mir sagte er: „*Je le dis à tout le monde: Ayez confiance dans le Barone di Beust*“. Als die Konkordatsfrage in ihre unvermeidlichen Entwicklungsstadien getreten war, sagte mir Monsignore Falcinelli halb erzürnt halb betrübt: „*Savez-vous ce que me disent mes amis? Ils me répètent sous cesse: qu'est-ce que vous nous avez chanté avec le Barone di Beust?*“ Inmitten der schweren Konflikte hat jedoch dieser enttäuschte Gönner sich nie über meine *procédés* zu beklagen gehabt, und ich weiss, dass er es in seinen Berichten wiederholt gerühmt hat.

Begreiflicherweise war es der Vertreter Preussens, welcher nach meinen Antecedentien meine Aufmerksamkeit besonders in Anspruch nehmen musste. Es traf sich, dass Baron Werther ein leiblicher Vetter meiner Frau, also ein naher Verwandter war. Ich suchte ihn am Tage meiner Ankunft auf und hatte mit ihm eine ganz befriedigende Auseinandersetzung. Baron Werther war ernannt, hatte aber seine neuen Beglaubigungsschreiben noch nicht übergeben. Er bat mich, aufrichtig zu sagen, ob vielleicht eine andere Wahl gewünscht werde; ich liess diesen Gedanken gar nicht aufkommen. Nichts desto weniger war die Wiederbeglaubigung des Baron Werther nach den Ereignissen des Jahres 1866 keine glückliche Eingebung. Man war in Berlin von der wohlmeinenden aber verfehlten Ansicht ausgegangen, dass ein Gesandter, dessen conciliantes Wesen man in Wien kenne, dort genehm sein müsse, dabei hatte man ver-

gessen, dass unter den gegebenen Umständen jedes neue Gesicht angenehmer sein musste, als dasjenige des Mannes, mit dem man vor der erlittenen Niederlage zu thun gehabt hatte. Baron Werther hat die ebenso ungerechte als begreifliche Behandlung seiner Person, worüber er sich, was mich anbetrifft, nicht zu beklagen gehabt hat, nie zu überwinden vermocht, und eine daraus entstandene ebenso erklärliche Verbitterung hat nicht wenig zu den in den nächsten Jahren eingetretenen Irrungen beigetragen, zu denen der erste Anlass durch ihn, nämlich durch die berufene Pester Krönungs-Depesche, gegeben wurde, während von meiner Seite alles Mögliche geschah, um das Vergangene vergessen zu machen und ein gutes Verhältnis herzustellen. Ich verbreite mich über die Einzelnheiten an einer späteren Stelle. Hier will ich nur das Eine aufzeichnen, dass, als im Sommer 1867 Graf Wimpffen seinen Urlaub antrat, Graf Bismarck ihm beim Abschied sagte: „Grüssen Sie Baron Beust herzlich von mir!“

In Berlin war damals das Nämliche geschehen, was zwölf Jahre später gelegentlich meiner Ernennung zum Botschafter in Paris vor sich gehen sollte — zuerst grosser Aufschrei über meine Ernennung und sodann vornehm herablassende Gleichgiltigkeit. Ich meinestheils liess sofort den offiziösen Blättern die Weisung ertheilen, in keine Polemik mit in- und ausländischen Blättern in Folge von gehässigen Artikeln einzugehen, welche meine Person zum Gegenstande hätten. Während aber solchergestalt mein Debüt jeder nur irgend aggressiven Handlung oder Kundgebung gegen Preussen fremd blieb, war es im Gegentheil die unabhängige Presse und gerade diejenige, deren Richtung die deutschfreundliche war, welche nicht selten ein herbes Wort für Berlin hatte und zuweilen einen scharfen Ton anschlug.

Beispielsweise brachte die „Neue freie Presse“ vom 27. Dezember einen Artikel, welcher, nach Citirung preussischer Blätter, worin das korrekte Vorgehen Oesterreichs belobt wurde, die Be-

merkung sich erlaubte, in Preussen nehme man es mit dem Prager Frieden nicht so genau und spekulire bereits auf die Ausdehnung über die Main-Linie.

Nicht minder verdient ein späterer Artikel der „Neuen freien Presse“ vom 19. Januar 1867 Erwähnung, welcher die Ueberschrift „Oesterreich und Preussen“ trug und worin des Weiteren behauptet wurde, Preussen sinne auf die Eroberung Böhmens. Tags darauf besprach dasselbe Blatt das preussenfreundliche Programm des neuernannten bayrischen Minister-Präsidenten Fürsten Hohenlohe in sehr bitterem Tone, und schloss mit den Worten: „Seine Durchlaucht möge sich trösten: in den Hintergrund gedrängt sind wir Deutsche in Oesterreich für den Augenblick und wir werden hoffentlich unsere alte Stellung so bald wieder zurückerobert haben, dass der nationale Staatsmann in München bedauern dürfte, uns von vornhinein ausserhalb seines Kalküls der Kapitulations-Bedingungen Bayerns gelassen zu haben.“

Hierbei ist noch hervorzuheben, dass in einem früheren Artikel der „Neuen freien Presse“ vom 25. November eine Wiener Korrespondenz der „Kölnischen Zeitung“ reproduzirt und gebilligt wurde, welche als Basis des guten Vernehmens mit Preussen die Konsolidirung der Selbstständigkeit Süddeutschlands hingestellt hatte.

Endlich ist auch ein Artikel der „Neuen freien Presse“ vom 15. Dezember 1866 zu nennen, welcher unter dem Titel: „Rückschritte der preussischen Fortschrittspartei“ Ausfälle von beispielloser Heftigkeit gegen Bismarck und die Reaktion enthielt mit namentlicher Anwendung auf die eroberten Länder.

Wer sich aber nur immer der damaligen Zeit erinnert, wird nicht behaupten wollen, dass diese Enunziationen von mir inspirirt worden sein konnten, denn wer sich die Mühe nehmen wollte, die „Neue freie Presse“ jener Monate nachzulesen, würde finden, dass der Ton des Blattes und dessen ganze Haltung mir gegenüber damals eine kühle, zuweilen sogar gegnerische war. Wenn

ich aber auf jene Artikel der „Neuen freien Presse“ zurückgreife, so geschieht es nicht, um an diesem Blatt, dessen Bedeutung ich nie verkannt und dessen ich mich in späteren Zeiten oft zu beloben hatte, Ausstellungen zu machen. Ein Blick in die übrigen Wiener Blätter jener Tage würde sicherlich viel Aehnliches entdecken. Es beweist dies nur Eines, welches anschaulich zu machen ich Interesse habe: die entschiedene Hinneigung zu Preussen und Deutschland; die leichte Hingabe des Prager Friedens, die Verherrlichung Bismarck's, Alles das kam bei Weitem später. — Unmittelbar nach Königgrätz und Nikolsburg war die vorwiegende Strömung wohl friedlich und resignirt, aber keineswegs sympathisch und frei von Rankűne und von Misstrauen. Soweit es damals Hetzereien gegen Preussen gab, vom Ballplatz gingen sie nicht aus.

Eine gleich falsche Vorstellung war die, dass meine Ernennung von französischer Seite willkommen geheissen, ja sogar patronirt worden sei. Im Gegentheil war der erste Eindruck in Paris ein eher ungünstiger. Kaiser Napoleon befürchtete Revanche-Gelüste und möglicherweise daraus entstehende Verwicklungen, die ihm damals ungelegen gekommen und Verlegenheiten gewesen wären. Das gute Verhältnis der nächsten Jahre gewann erst allmählich Gestalt.

V. Kapitel.

1866.

Der Kaiser. — Graf Belcredi. — Die österreichische Politik in Deutschland, Italien und dem Orient.

Bevor ich von meinen damaligen Kollegen spreche, darf ich einer höherstehenden Persönlichkeit nicht vergessen, des Kaisers. Ich habe einmal in einer viel späteren Zeit, nämlich in der Rede, welche ich gelegentlich des Festbanketts der österreichischen Kolonie in Paris aus Anlass der kaiserlichen silbernen Hochzeits-

feier hielt, meinen Erinnerungen aus dem Jahre 1866 Ausdruck gegeben und ich kann nur meine damaligen Worte wiederholen. „Fast täglich," sagte ich, „hatte ich Gelegenheit, die ungebrochene Berufstreue des Monarchen nach den harten Schlägen des Schicksals zu beobachten, und knüpften mich nicht zehnfache Bande dankbarer Ergebenheit an den hohen Herrn, die Erinnerung an jene Tage würde hinreichen, mich mit der tiefsten Bewunderung zu erfüllen."

Was nun meine Kollegen betrifft, so habe ich mich vorzugsweise mit einem derselben, dem Staatsminister Grafen Belcredi, zu beschäftigen, denn mit den übrigen hatte ich wenig direkte Berührungspunkte. Meine Beziehungen zu ihnen waren angenehme und ich kann mich keiner Störung derselben erinnern.

Von Graf Belcredi sprach ich schon im zweiten Kapitel. Meine Ernennung war ihm unlieb gewesen; wenn es aber schliesslich zwischen uns zum Bruch kam, so war dies eben so wenig Folge von Unternehmungen, die seinerseits gegen mich gerichtet gewesen wären, als von Intriguen die ich gegen ihn betrieben hätte. An Hetzereien fehlte es auf beiden Seiten nicht, und ich zweifle nicht, dass er ebenso gegen mich bearbeitet wurde, als dies bei mir in Bezug auf ihn der Fall war. In der liberalen Presse sprach sich einstimmig die grösste Verwunderung und eine Art von Verdammungsurtheil darüber aus, dass ich überhaupt mich entschlossen habe, neben Graf Belcredi in das Kabinet zu treten. Als es geschehen war, drang man von verschiedenen Seiten in mich, damit ich mich von dieser mich im vorhinein lahmlegenden Fessel befreie. Ein mir befreundeter Abgeordneter, dem ich die Bemerkung machte, Graf Belcredi sei bedeutend als Dialektiker, erwiderte mir: „Sagen Sie ausgezeichnet, gerade darum muss er fort!" Hat es überhaupt *vor* dem Eintritt der Krise, welche mit Graf Belcredi's Austritt endigte, Reibungen gegeben, so sind diese das Werk von Untergebenen gewesen, und ich mache ihn für die seinigen ebenso wenig verantwortlich, als ich für die meinigen verantwortlich gemacht werden darf. So halte ich auch nicht für Ausfluss einer Anordnung, sondern

für ein Werk gewöhnlichster Liebedienerei, dass die von Ritter von Mayer im Ministerrath geführten Protokolle regelmässig das von mir Gesagte wenig oder gar nicht erwähnten [1]). Was zwischen uns zum Bruche führte, waren sehr konkrete Fragen, nämlich ausserordentlicher Reichstag und Ausgleich mit Ungarn. Bevor ich jedoch die damit zusammenhängenden Momente beleuchte, welche zum Februar 1867 und zu meiner Minister-Präsidentschaft führen, will ich über das Rechenschaft geben, was ich in dem mir anvertrauten Departement, nämlich in jenem des Aeussern, bis dahin gethan hatte. Ich bin dies mir selbst um so mehr schuldig, als Diejenigen in grossem Irrthume sich befinden, welche gemeint, ich habe nur der durch die Niederlage von Königgrätz gebotenen Ruhe gepflogen oder habe auf unbekanntem Terrain gewandelt. Mein erstes Bemühen war, mir von den Aufgaben Oesterreichs Rechenschaft zu geben. Dabei war es freilich damals unvermeidlich, auf die Vergangenheit zu blicken und in eine kritische Beleuchtung derselben einzugehen, welche diesmal über meine unmittelbaren Vorgänger hinaus und bis auf die Metternich'sche Zeit zurückgriff.

Man hat es seiner Zeit in den Tagen des ersten orientalischen Kriegs dem Grafen Buol zum Vorwurf gemacht, nach drei Seiten Oesterreichs Machtstellung behaupten zu wollen, nämlich in Deutschland, in Italien und im Orient, und damit eine neue Bewahrheitung des Spruches: „*qui trop embrasse mal étreint*“ geliefert zu haben. Dieser Vorwurf hat mir stets sehr unerlaubt geschienen, so weit es sich um die Berechtigung und um die Möglichkeit jener dreifachen Stellung handelte, wogegen er aller-

---

[1]) Dieser Ritter von Mayer war eines der hervorragendsten Beispiele des Undankes, den ich mit einer im letzten Kapitel erwähnten Charaktereigenschaft erntete. Trotz obigen Umstandes, trotzdem dass seine sofortige Ersetzung verlangt wurde, liess ich ihn im Amte. Erst nach dem Eintritt des Bürgerministeriums schied er aus. Zum Dank dafür hat er in seinen Memoiren eine Verleumdung aufgenommen und zwar in Bezug auf das sogenannte Pfandschein-Anlehen, mit welchem ich nichts zu thun hatte.

dings zu einer schweren und verdienten Anklage wird, sobald es sich um das handelt, was zur Wahrung jener Stellung geschah.

Wohl war jene grossartige Rolle durchführbar, wenn man einiges Verständnis für deren Bedingungen hatte. Wenige Bemerkungen genügen, um zu zeigen, wie wenig dies der Fall war.

Beginnen wir mit Italien. Der Ausspruch Metternich's: „*L'Italie est un mot géographique*", konnte zu der Zeit, wo er bekannt wurde, nämlich 1847, einen Aufschrei zur Folge haben; dreissig, zwanzig, ja zehn Jahre früher hätte er den Eindruck einer bekannten unangefochtenen Thatsache gemacht. Es gab kein politisches Italien, Oesterreich war im Besitz eines bedeutenden Theiles des Territoriums, ein nicht unbedeutender in den Händen von Nebenzweigen des Kaiserhauses, und zwei Königreiche — ich rede von den älteren Zeiten — existirten nur im Anschluss an die dominirende Macht, und der Kirchenstaat erkannte in ihr seinen besten Schutz. Dass eine solche Machtstellung verloren gehen konnte, dazu hätte es nicht genügt, dass nationale Erhebungen stattfanden, welche siegreich niedergeworfen wurden, dass einer der italienischen Herrscher einen feindlichen Einfall in Friedenszeit begann, der mit seiner Niederlage endete, dass endlich ein Krieg mit einer Grossmacht einen für Oesterreich unglücklichen Ausgang hatte. Die Kette dieser Begebenheiten konnte nie zur Wirklichkeit werden, wenn man in Wien die Dinge nicht mit olympischer Ruhe behandelt, sondern sich gesagt hätte, dass, um jene dominirende Stellung zu behaupten, es mehr braucht als polizeiliche Aufsicht und militärisches Einschreiten. Als die Könige von Sardinien und von Neapel sich noch in der Abhängigkeit von Oesterreich fühlten, konnte man und musste man sie entschieden bevormunden, nicht mit bloser Abwehr revolutionärer Tendenzen, sondern durch rechtzeitige Verhinderung von Regierungssystemen, welche diesen Tendenzen mit der Zeit zum thatsächlichen Ausbruch verhalfen. Es geschah das gerade Gegentheil — nicht blos in Neapel und Sardinien, sogar in den Secundogenituren liess man die Fürsten

gewähren. Man liess den Herzog von Modena als kleinen Despoten, den Grossherzog von Toscana als liberalen Dilettanten schalten und walten, und wenn dann die Dinge mit deren Vertreibung endigten, war Oesterreich gut genug, seine Truppen herzugeben und neben den Opfern an Blut und Geld das ganze Odium auf sich zu nehmen. Und wie merkwürdig, wie man durch Erfahrungen nie gewitzigt wurde! Der Grossmuth von Olmütz kann man die Grossmuth von Novara zur Seite stellen. Welche Macht hätte damals Oesterreich an der Ausbeutung seines Sieges gehindert? Doch nicht Preussen, wo man — ich war Zeuge — für Radetzki schwärmte und an Radetzki zehrte? Fast lächerlich erscheinen heute die 75 Millionen Kriegsentschädigung. Und das war Alles, was man sich nahm! Damals war der Moment, das zu thun was Bismarck 1866 mit den süddeutschen Regierungen that — schonende Behandlung, aber Feststellung eines vertragsmässigen Abhängigkeits-Verhältnisses.

Man halte mir nicht ein, dass in Italien für Oesterreich das fehlte, was Preussens Macht in Deutschland begründen half. das nationale Element. Freilich wenn man mit diesem Faktor vom Jahre 1848 an rechnen will, dann hat jener Einwurf Berechtigung. Es handelt sich aber darum, was in den zwanziger, dreissiger und sogar vierziger Jahren geschehen konnte. Die Aufgabe war, den Ländern und Bevölkerungen in Italien für gerechte Ansprüche Befriedigung zu gewähren und dem Aufkommen der nationalen Idee, welche in Italien wie in Deutschland ursprünglich ein Hebel für alle Missvergnügte und für alle Streber war, vorzubeugen. Wie aber verfahren wurde, war Oesterreich nur der Korporal und der Polizeimeister, und während die österreichische Verwaltung in der Lombardei eine so musterhafte war, dass noch heute die Mailänder — selbstverständlich unter Deprezirung jeder Rückkehr zum Alten — an die österreichischen Zeiten des Wohlstandes mit stillem Schmerz denken, blieb Oesterreich verhasst.

Noch im Jahre 1849, nach Novara, war es Zeit, in andere Bahnen einzulenken — Oesterreich hatte fast gleichzeitig eine

Verfassung octroyirt. Hätte man, anstatt dass sie zuerst suspendirt und zwei Jahre später desoctroyirt wurde, diese Verfassung in Wirksamkeit gesetzt, so wäre den piemontesischen Wühlereien die Spitze abgebrochen und der Kontrast zwischen dem Konstitutionalismus in Piemont und der Wiederkehr des Absolutismus in Oesterreich vermieden worden. Anstatt dessen wurde das Konkordat abgeschlossen und damit Cavour die stärkste Waffe gegen Oesterreich in die Hand gegeben.

Nun zu Deutschland! — Hier konnte es nicht heissen: *„Fuori i Tedeschi,“* denn der Kern der österreichischen Monarchie war ein deutscher, ihre Residenz eine vorwiegend deutsche Stadt. Wer das Gedächtnis für Vergangenes nicht ganz verloren hat, der muss zugestehen, dass die Zeit nicht allzufern ist, wo der Oesterreicher dem Süd- und Mitteldeutschen, ja bis hinauf zur Nordsee, weit sympathischer war als der Preusse. Wie viel liess sich mit diesem Kapital ausrichten? Und wie wenig gehörte dazu? Eine passive Haltung. Man zog es vor, auch hier die oberste Polizeileitung zu übernehmen und so in zwei Richtungen *de travailler pour le Roi de Prusse.* Unter der Regierung Friedrich Wilhelm's III. wollte man in Preussen jede konstitutionelle Regung fernhalten, um so mehr als die Verheissung einer Verfassung dort vorlag, und Oesterreich, welches nichts verheissen hatte, welches einen Rückschlag aus den deutschen Mittelstaaten auf sich selbst weit weniger zu befürchten hatte, that Preussen den Gefallen, sich am Bundestag in dieser Frage der Einmischung in die vorderste Reihe zu stellen, damit aber das Odium in so prägnanter Weise auf sich zu nehmen, dass, als die Zeiten in den vierziger Jahren bewegter wurden, dem deutschen Volk Oesterreich als der Hauptmotor der Reaktion, Preussen nur als ein gezwungener und widerwilliger Genosse erschien und deshalb als der Messias der Zukunft begrüsst wurde. Ich erinnere mich noch aus meinen ersten Dienstjahren in der äusseren Diplomatie, was jener Metternich'sche Wauwau war. Man fürchtete sich, im Gespräch ein liberales Wort fallen zu lassen, welches

nach Wien berichtet werden und die Carriere im Voraus vernichten konnte.

Es ist merkwürdig, wie man das Bundespräsidium in Frankfurt in Wien als eine Art Fortsetzung der alten Reichsvorstandschaft des deutschen Kaiserthums betrachtete und mit Eifersucht daran festhielt, und wie wenig man that, um dieses Ehrenrecht zu einem nutzbringenden zu machen. In dem Reformvorschlag, welchen ich 1861 vorlegte, beantragte ich das Alternat. Ich war bald nach dessen Vorlage in Wien und hatte darüber Vortrag beim Kaiser und Graf Rechberg. Der Kaiser war dafür, Graf Rechberg schwankte. Baron von Biegeleben, welcher krank lag und erst später befragt wurde, sprach entschieden dagegen, und bei seinem Veto hatte es sein Bewenden. In einer Antwortnote des Wiener Kabinets nach Dresden hiess es: es sei gerade so, als wenn es zwei Präsidenten in den Vereinigten Staaten geben solle. Man vergass, dass Oesterreich das Präsidium des Bundestages aber nicht dasjenige des Bundes hatte.

War aber das Präsidium des Bundestages eine solche Perle in der österreichischen Kaiserkrone, so hätte man denken sollen, der Hüter dieser Perle müsse Gegenstand einer besonderen sorgfältigen Wahl sein und in der ganzen Monarchie der allerbefähigteste Mann gesucht werden, um die Leitung des Deutschen Bundes zu übernehmen. Ich will keiner Person zu nahe treten, aber die Frage ist erlaubt, ob unter den Bundes-Präsidialgesandten, unbeschadet deren Tüchtigkeit, sich ein einziger befunden habe, der einer solchen Aufgabe gewachsen gewesen wäre, den einzigen Schmerling ausgenommen, welcher nur kam, um den Bundestag zu schliessen.

In Wien aber wurde die Angelegenheit des Bundes nebensächlich behandelt. Hatte man ungarische, böhmische, kroatische Hofkanzler, so hätte es einen Minister für deutsche Angelegenheiten geben müssen, gleichwie einen Minister für italienische Angelegenheiten, beide berufen, in stetem Kontakt mit dem Lande, welches in ihr spezielles Ressort fiel, zu bleiben.

Es bleibt der Orient. — Hier liegen die Dinge anders. Hier hatte Oesterreich nicht Aufgaben wie in Italien und Deutschland. Es war sicherlich ein richtiger Standpunkt in der Metternich'schen Politik, dass die Türkei nie mehr ein bedrohlicher Nachbar werden könne, sondern besser sei als Alles, was an die Stelle treten könnte. Unnütz aber war es auch hier, die gehässige Rolle Oesterreich zuzutheilen. Seine Haltung gegenüber den griechischen Befreiungskriegen hat diese nicht aufgehalten, hat das Königreich Griechenland unter die Schutzmächte mit Ausschluss Oesterreichs gestellt, und für lange Zeit hinaus und bis in die jüngsten Tage Oesterreich in der europäischen Meinung geschadet.

Allein schon damals wurde die Gepflogenheit geübt, dass gleichwie man in Italien aus Rücksicht auf das Legitimitätsprinzip die italienischen Fürsten gewähren liess, so auch aus Rücksicht auf das Prinzip man den Sultan gewähren liess. Dies war bei und nach dem Pariser Frieden noch mehr der Fall, was mich dahin führte, bald nach meinem Eintritte in Oesterreich zu sagen: „Wir haben uns in Italien mit dem Legitimitätsprinzip identifizirt — eines schönen Tages wird dies hinausgeworfen und wir mit; in Deutschland haben wir uns mit dem Bundestag identifizirt, auch er wurde eines schönen Morgens hinausgeworfen und wir mit; wollen wir vielleicht abwarten, bis einmal der Türke, mit dem wir uns ebenfalls identifiziren, hinausgeworfen wird und wir dann ebenfalls dort nichts mehr zu sagen haben?“

VI. Kapitel.

1866.

Oesterreichs Aufgaben im Orient. — Mein Programm enthalten im ersten Rothbuch. — Meine Depesche vom 1. Januar 1867. — Revision des Pariser Vertrags. — Räumung der Citadelle von Belgrad.

Bei dem gewohnten Lord-Mayors-Diner, welches 1878 nach dem Berliner Kongress stattfand, hielt Lord Beaconsfield eine

glänzende Rede zur Verherrlichung des Berliner Vertrages und hob unter Anderem hervor, wie man die Türkei gestärkt, indem man sie der Sorgen um Bulgarien und Bosnien enthoben habe. Nach Tisch bemerkte ich dem Premier: „Der Gedanke, den Sie da ausgesprochen, ist genial aber nicht neu; man hat uns das Nämliche gesagt, nachdem man uns der italienischen Sorgen enthoben; freilich war die Folge, dass wir einige Zeit darauf der deutschen Sorgen enthoben wurden, indem beide Sorgen sich zu unserer Befreiung verbanden."

Diese zweite Entlastung war der Augenblick meines Eintritts. Das Gebiet, wo wir noch nicht sorgenfrei geworden waren, blieb der Orient, und auf diesen richtete ich meine Aufmerksamkeit.

Bevor ich noch in österreichische Dienste trat, hatte ich vielfach Gelegenheit gehabt, mich mit den einschlagenden Fragen zu beschäftigen, ja sogar eingreifend dabei mitzumachen. In dem betreffenden Kapitel des ersten Abschnittes (XVI) habe ich mich ausführlich über die Umstände verbreitet, welche ungeachtet meiner damaligen bescheidenen Stellung mir mehr als anderen mittelstaatlichen Ministern einen Einblick in die schwebenden Verhandlungen, zeitweise eine Betheiligung daran gewährten, woran sich eingehende Betrachtungen sowohl über den Verlauf des Krieges als über den Pariser Frieden anschlossen. Namentlich was den letztgenannten Gegenstand betrifft, halte ich für nothwendig, an meine damaligen Betrachtungen anzuknüpfen, und zwar deshalb, weil die von mir bald nach meiner Ernennung zum österreichischen Minister des Aeussern in der Orientfrage unternommenen Schritte mir durch meine vorausgegangenen Beobachtungen eingegeben waren und in ihnen ihre Erklärung finden. Dem geneigten Leser kann ich die Zumuthung nicht ersparen, das im ersten Abschnitte darüber Gesagte einer nochmaligen Aufmerksamkeit zu würdigen; um so mehr glaube ich ihn der Mühe des Nachschlagens dadurch entheben zu sollen, dass ich eine Wiederholung an dieser Stelle aufnehme. Folgendes findet sich im Kapitel XVI des ersten Abschnitts:

„Dass diese Mission von entscheidendem Erfolge gewesen, wurde damals allseits anerkannt. Mit ihr endigte meine Betheiligung an den dem Orientkriege angehörenden Verhandlungen. Dass der Pariser Frieden eine für mich nicht erreichbare Höhe geblieben ist, konnte für mich kein Gegenstand des Bedauerns sein. Dieses Friedensinstrument wird in den Annalen der Diplomatie als ein Meisterstück gelten, wie man es anzufangen hat, um den Verlauf des vorausgegangenen Krieges als das Gegentheil dessen darzustellen, was geschehen ist und um für die Zukunft das Gegentheil von dem zu erreichen, was Zweck des Vertrages sein sollte.

„Einer der thätigsten Mitarbeiter bei dem Vertrag, der französische Botschafter in Wien, Baron Bourqueney, besuchte mich auf der Rückreise nach Wien und gab seiner innersten Befriedigung mit den Worten Ausdruck: *„Quand vous lisez ce traité vous vous demandez quel est le vaincu, quel est le vainqueur?* Hiemit hatte es seine volle Richtigkeit. Wer, ohne die Ereignisse zu kennen, den Pariser Vertrag liesst, muss in der That glauben, Russland habe eben so viel gesiegt als die Westmächte, und die Türkei habe mit eigenen Kräften und ohne fremde Hülfe sich des russischen Angriffes erwehrt. Dies mag als Akt humanitärer Einkleidung gepriesen werden, politisch war es ein Missgriff von nicht geringer Tragweite. Nachdem man es unterlassen hatte, in Betracht der der Türkei geleisteten Hülfe das Loos der Christen und die damit in Verbindung stehenden Reformen zum Gegenstande vertragsmässiger Stipulationen zu machen, nachdem man sich begnügt hatte, von den diesbezüglichen gnädigen Absichten des Sultans Akt zu nehmen, musste man wenigstens darauf denken, die Bethätigung dieser wohlwollenden Absichten im Auge behalten und sicherstellen zu können. Nun war aber gerade das Eigenthümliche dieses Vertrages, dass man allseitig die Erhaltung des ottomanischen Reiches als eine europäische Nothwendigkeit erkannte und sich für dessen Fortbestand verbürgte — (England, Frankreich und Oesterreich thaten es noch durch

Spezialvertrag), während man gleichzeitig sich gegenseitig anheischig machte, sich in die inneren Angelegenheiten dieses Reiches nicht einzumischen. Die unausbleibliche Folge war, dass, als im Jahre 1877 die Eventualität der Bedrohung dieses Reiches durch einen der Paciscenten sich verwirklichte, die anderen Paciscenten für dessen Vertheidigung nichts zu thun für gut befanden oder, richtiger gesagt, nichts thun konnten, und zwar mit Rücksicht auf die Aufführung des Garantirten, welcher die für die christlichen Unterthanen ertheilten Verheissungen nicht eingehalten und die Zinsenzahlungen für die europäischen Anleihen eingestellt hatte, was Beides zu verhindern gewesen wäre, wenn man der von mir als österreichischem Minister 1867 gemachten Anregung Folge gegeben und sich zu einer Revision des Pariser Vertrages im Sinne europäischer Kontrole entschlossen hätte.

„Der zweite Abschnitt meiner Erinnerungen verbreitet sich darüber ausführlicher.

„Habe ich einen Gutsnachbar und es ist mir daran gelegen, dass sein Besitz nicht in andere Hände komme, so kann es geschehen, dass ich für ihn eintrete; was aber in gleichem Falle wohl niemals vorgekommen sein wird, ist, dass der, welcher dem bedrängten Nachbar Hülfe bringt, sich selbst die Einsicht in seine Geschäfte verbietet und ihn wirthschaften lässt, wie es ihm gefällt. Dies hat der vielberufene Artikel IX des Pariser Friedens geleistet, und was sich vorhersagen liess, was erfolgte und nicht geahnt wurde, war, dass, während alle Mächte ausser Russland diesen Artikel IX gewissenhaft beobachteten, Russland, welchem hundert Wege zu Gebote standen, um es unbemerkt zu unterlassen, noch ungestörter als früher seine Fäden spinnen konnte.“

So weit die Wiederholung des im ersten Abschnitt bereits Gesagten!

Aus den daraus sich ergebenden Betrachtungen entwickelte sich für mich das nachstehende Programm: Revision des Pariser

Vertrages in dem Sinne, dass der Verpflichtung zum Schutz auch das Recht zur Kontrole zur Seite gestellt werde.

Unbeschadet prinzipieller und faktischer Aufrechterhaltung der Integrität des türkischen Reiches, eine den christlichen Bevölkerungen in den türkischen Nachbarländern wohlwollende Haltung, Bekämpfung des russischen Monopols unter den slavischen Bevölkerungen durch diese Haltung, Herbeiziehung Russlands zu obigem Programm durch ein billiges und gefahrloses Zugeständnis, nämlich die Aufhebung der sogenannten, eine russische Kriegsmarine ausschliessenden Neutralisation des Schwarzen Meeres.

Man wolle sich meiner im ersten Abschnitt erwähnten Korrespondenz mit dem Reichskanzler Graf Nesselrode aus dem Jahre 1855 erinnern, wo ich schrieb, dass eine so unnatürliche Beschränkung nicht von Dauer sein könne, und dass nicht zehn oder zwölf Jahre vergehen würden, ohne dass Einer sich fände, um deren Zurücknahme zu befürworten, nicht ahnend, dass ich selbst es sein werde. In der That konnte diese Beschränkung praktisch nur den einen Erfolg haben, in Russland eine schwere Kränkung des Nationalgefühls und deshalb eine tiefe und bleibende Verbitterung zu hinterlassen, welche dadurch noch begreiflicher wurde, dass das angeblich neutralisirte Schwarze Meer das Vorhandensein einer russischen Kriegsflotte im Schwarzen Meer, nicht aber die Ausrüstung der türkischen und andern Kriegsflotten *neben* dem Schwarzen Meer ausschloss, damit aber die anscheinende Parität zu Ungunsten des einen Theiles illusorisch wurde.

Wie gering aber der praktische sachliche Nutzen anzuschlagen war, das wurde mir noch anschaulicher durch die Anfangs 1867 in Folge meiner Anregung mit London und Paris gepflogenen Vernehmungen. An beiden Orten bäumte man sich bei dem Gedanken an das im Krimkrieg vergossene Blut; als ich aber die Frage stellte, ob man einen zweiten Krimkrieg anfangen werde, falls Russland eine ansehnliche Kriegsflotte in Nikolajeff,

also nicht im eigentlichen Schwarzen Meer, allmählich erbaue, erhielt ich ein entschiedenes Nein zur Antwort. —

In Ausführung meines Programms erfolgten zwei thatsächliche Schritte: die Entfernung der türkischen Garnison aus der Citadelle in Belgrad, und die Depesche an den Fürsten Metternich am 1. Januar 1867.

Wie oft hat man mir die Befürwortung der Räumung Belgrads zum Vorwurf gemacht! Und doch war nie ein gerechter Grund, es zu beklagen. Im Gegentheil; wäre die verschwindend kleine türkische Garnison noch 1868 in Belgrad gewesen, so ist es mehr als wahrscheinlich, dass gelegentlich der Ermordung des Fürsten Michael es zu einem blutigen Konflikt gekommen sein würde. Uebrigens hatten mir alle mit der Lokalität vertrauten Personen gesagt, dass die sogenannte Citadelle ein vollkommen vertheidigungsunfähiger Steinhaufen sei, daher die kleine Garnison nur dazu diente, die türkische Armee zu kompromittiren oder eine unnöthige Provokation in Szene zu setzen.

Was dagegen die Anregung wegen einer Revision des Pariser Vertrages betrifft, so ist der Gedanke umständlich in der ersten Beilage des gegenwärtigen Kapitels entwickelt, nämlich in der an den Fürsten Metternich am 1. Januar 1867 ergangenen Depesche, während die von dem k. und k. Kabinet zu den inneren Fragen des türkischen Reiches in Zukunft einzunehmende Haltung in der zweiten Beilage, nämlich dem die Orientfrage betreffenden Theil der Einleitung zum ersten Rothbuch, behandelt wird. Beide Aktenstücke sind nicht ohne geschichtliches Interesse, und für mich sind dieselben zu Rechtfertigungsschriften geworden, denn in jener Einleitung des ersten Rothbuchs finden sich die Lineamente der seitdem auch nach meinem Ausscheiden eingeschlagenen Orientpolitik, und die Ereignisse haben der Depesche vom 1. Januar 1867 in doppelter Richtung Recht gegeben — einestheils indem der russisch-türkische Krieg von 1877 die Hohlheit der dem ottomanischen Reich durch den Pariser Frieden zugesagten Vertheidigung veranschaulichte, andererseits das eigenmächtige Vor-

gehen Russlands im Jahre 1870 bezüglich des Schwarzen Meeres dasjenige verschwinden machte, was man in Paris und London nicht preisgeben wollte, was aber, wenn man zur rechten Zeit sich damit beschäftigte, nach meinem Vorschlag als Kompensationsobjekt sich verwerthen liess.

Das Misslingen meines damaligen Unternehmens, an welchem die Kritik sich mehrfach geübt hat — Dr. Busch in seinem „Reichskanzler“ macht es sogar möglich, darin eine Intrigue gegen Preussen und Deutschland zu erkennen —, war übrigens grossentheils einem zufälligen Umstande zu verdanken, nämlich dem vorzeitigen Bekanntwerden der streng vertraulichen, zu einer vorgängigen Sondirung bestimmten Depesche in Folge einer unaufgeklärten Indiskretion oder auch einer Unachtsamkeit, die aber wahrscheinlich dem Pariser Ministerium angehörte. Eine der merklichsten Folgen war, dass die Anregung, von der man ganz irrigerweise geglaubt hatte, sie sei im Einvernehmen mit Russland geschehen, in Petersburg keineswegs in einer entgegenkommenden Weise aufgenommen wurde, was dadurch begreiflich wird, dass Fürst Gortschakow wohl auf die Beseitigung der Russland im Schwarzen Meer beengenden Bedingung des Pariser Vertrages bedacht war, die ausführende That aber sich selbst vorbehalten wollte. Man hat mir sogar gesagt, er habe es mir nicht verziehen, dass ich ihn um diesen Ruhm zu bringen bemüht gewesen sei. Natürlich konnte dadurch die in Paris und London schon vorhandene Abneigung nur gesteigert werden.

Beilage I zu Kapitel VI.

Le Baron de Beust au Prince de Metternich à Paris.

Vienne, le 1er janvier 1867.

Pendant le séjour que vous venez de faire à Vienne, je vous ai entretenu, mon Prince, de nos graves préoccupations par rapport aux affaires d'Orient et de notre intention de nous ouvrir à ce sujet en toute confiance au Cabinet de Tuileries.

La situation où se trouve en ce moment la Turquie mérite en

effet l'attention sérieuse des Cabinets. Toutes les nouvelles s'accordent à faire présentir que l'insurrection de Candie, bien que comprimée dans la majeure partie de l'île, n'en continuera pas moins à couver jusqu'au printemps. Dans la plupart des autres parties de l'Empire ottoman habitées par des chrétiens tout est préparé pour une levée de boucliers; les excitations venant de Grèce alimentent sans cesse la fermentation dans les provinces limitrophes et il est tel point du territoire turc où l'agitation s'est déjà, à l'heure qu'il est, traduite en lutte ouverte.

Nous n'avons pas à analyser ici les causes qui ont déterminé cet entraînement soudain des esprits, ni à examiner les fautes qui peuvent avoir contribué à l'accélérer ou les moyens par lesquels il eût été possible d'arrêter les progrès du mal.

Ce qu'il y a de certain, c'est que cet état de choses est de nature à faire surgir de graves dangers pour la paix de l'Europe, si les Puissances ne s'appliquent, en temps opportun, à prendre des mesures efficaces pour les prévenir.

Il est impossible de se dissimuler que les remèdes à l'aide desquels on a cherché, dans le cours des dernières années, à maintenir le *status quo* en Orient, se sont montrés insuffisants à maîtriser des difficultés qui chaque jour est venu accroître.

En effet, la marche des événements qui ont ensanglanté l'île de Crète semble dénoter un certain amoindrissement dans la force de résistance dont dispose le Gouvernement du Sultan, puisqu'un territoire d'une étendue peu considérable dont, il est vrai, la position insulaire augmente l'importance, est en état de tenir si longtemps en échec la puissance muselmane.

D'un autre côté, depuis la signature du traité de Paris de 1856, la condition générale des Etats européens a subi des modifications notables et, grâce aux succès remportés par le principe de nationalité en déhors de la Turquie, le désir d'obtenir des triomphes pareils a dû se faire jour avec un redoublement de vivacité au sein des populations chrétiennes de cet Empire même indépendamment de toute impulsion de l'étranger.

La physionomie de l'Orient prise dans son ensemble se présente donc aujourd'hui sous un aspect essentiellement différent de celui qu'elle avait en 1856, et les stipulations de cette époque, aussi bien que les conventions spéciales dont elles furent suivies, dépassées qu'elles sont, sur plus d'un point important, par les événements survenus depuis, ne suffisent plus aux nécessités de la situation actuelle.

Ajoutons que, tout en reconnaissant la Conférence de Paris comme virtuellement existante, l'on ne saurait disconvenir qu'elle s'est montrée au-dessous de sa tâche ou, tout au moins, que les circonstances ont tourné de façon à lui en rendre l'accomplissement impossible. La Conférence a été amenée, par la force des choses, à enterrer plus d'une des dispositions capitales de l'Acte de 1856. C'est ainsi qu'elle a donné le coup de grâce à celle qui consacrait la séparation des Principautés danubiennes, en autorisant l'établissement d'un corps politique unitaire. C'est ainsi que, tout récemment encore, à la chute du dernier Hospodar, elle n'a pu faire respecter les traités pour la nomination de son successeur. En plus d'une occassion le rôle de la Conférence de Paris s'est borné à donner, après coup, sa sanction à des faits accomplis en déhors de son action et qui étaient en désaccord avec les conventions placées sous sa sauvegarde.

Il y a là plus de motifs qu'il n'en faut pour faire aux Cabinets de sérieuses réflexions et pour les engager à se demander ce qu'il y aurait à faire dans le but de préserver l'Europe des convulsions où la jetterait l'écroulement subit de la domination ottomane, et si le moment n'est pas venu de procéder à une révision du traité de Paris du 30 mars 1856 et des actes subséquents, à opérer de commun accord par les Puissances qui les ont conclus, le Royaume d'Italie prenant aujourd'hui la place du Royaume de Sardaigne.

Cette révision aurait, ce nous semble, à se proposer un double but.

Le traité de Paris a laissé dans le vague la pensée de ses auteurs en ce qui concerne les droits des populations chrétiennes sujettes du Sultan. En mentionnant expressément le Hat-houmaïoum, le traité a donné, il est vrai, une consécration indirecte aux dispositions de cet acte; mais les généralités dans lesquelles se renferme le firman, qui ne fait qu'ébaucher les institutions destinées à protéger les raïah, sont loin de leur offrir des garanties sérieuses. La première tâche de la Conférence de révision consisterait donc à dissiper ces incertitudes, cause incessante de mécontentement pour les chrétiens de la Turquie. Toutes les Puissances intéressées auraient à s'occuper soigneusement de cette question, chacune d'elles mettant en lumière le point de vue auquel elle est portée à l'envisager suivant sa position particulière, et ces points de vue divers seraient ensuite discutés en Conférence. Cette manière de procéder nous paraît offrir le meilleur moyen d'arriver à un résultat qui, une fois obtenu, serait présenté à la Sublime Porte, avec toute l'autorité qui appartient à un avis unanime de l'Europe.

En nous prononçant dans des termes aussi positifs nous n'entendons nullement anticiper sur la forme qu'on jugerait convenable d'adopter pour faire agréer au Gouvernement ottoman les propositions de la Conférence. Il va sans dire que cette forme devrait être de nature à ménager autant que possible l'autorité de la Porte et à faciliter son consentement. Mais en présence du danger qu'il s'agit de conjurer, le but qu'on se propose d'atteindre serait manqué d'avance si le moindre doute devait subsister sur l'efficacité de cette intervention de l'Europe.

Le travail que les Puissances assumeraient de cette manière est, nous le savons, loin d'être facile; il l'est d'autant moins qu'elles devraient se garder surtout de tailler sur un seul et même patron des combinaisons qui auraient à s'appliquer à des contrées si diverses entre elles sous le rapport de la religion, de la race, du degré de civilisation et des intérêts matériels.

Pour cette même raison, il faudrait examiner mûrement la question de savoir quelle serait la marche la plus convenable à suivre pour s'enquérir des besoins de chaque province. Selon nous, le mode qui se recommanderait de préférence serait d'en charger des organes de chacun des Gouvernements intéressés, lesquels, afin d'être bien renseignés, devraient consulter des hommes spéciaux appartenant au pays et dont l'impartialité et la rectitude de jugement leur seraient connues.

A côté de cet objet principal qu'une révision du traité de Paris doit avoir en vue, il en est un autre, non moins important à nos yeux: celui de s'assurer du concours loyal et sincère de toutes les parties intervenantes. A ce point de vue on ne saurait nier que le traité de 1856 n'a pas atteint complètement son but. Comme ce traité était destiné à terminer une guerre que la Porte et ses Alliés avaient soutenue avec succès contre la Russie, il devait paraître indispensable d'y introduire des clauses restrictives de la libre disposition d'une partie des moyens d'action que cette dernière Puissance pourrait, dans un cas donné, vouloir diriger contre l'Empire ottoman. On s'y sentait d'autant plus disposé que, pour tout le reste, on entendait épargner à la Cour de St. Pétersbourg des conditions trop onéreuses. Aussi fut-elle ménagée en ce qu'on ne lui demanda qu'une cession de territoire de peu d'importance, et le prix de la lutte se résuma dans les entraves imposées aux mouvements de la Russie du côté de la Turquie. On espérait, par là, garantir l'Europe, pendant un long délai, des complications dont la menaçait la question d'Orient.

Tout en rendant justice aux motifs qui, à cette époque, ont dicté les déterminations de l'Europe, on ne saurait se dissimuler que c'est aller contre la nature des choses que d'interdire à un Etat d'une étendue et d'une population aussi immense sa liberté d'allures dans le cercle de son action légitime. Un pareille interdiction était peu propre à détourner, à la longue, les complications que l'on avait à cœur d'éviter. Toute compression excessive a pour effet de provoquer l'expansion de la force comprimée dans une autre direction et, de toute manière, en agissant comme on l'a fait, on a rendu difficile au Gouvernement russe de prendre de bon cœur sa position dans le concert européen nouvellement établi pour les affaires d'Orient.

Autant qu'il s'agit donc des restrictions dont nous venons de parler, il importe de distinguer ce qui est possible de ce qui ne l'est pas. A notre avis, il y a lieu de tenir compte, dans une mesure convenable, du rôle naturel qu'assure à la Russie en Orient la communauté des institutions religieuses, et de se ménager, par une attitude conciliante, le concours sincère de cette Puissance dans les affaires du Levant.

La question que nous traitons ici mérite, croyons-nous, d'être prise en considération le plus promptement possible. Il serait à désirer, selon nous, qu'un concert nouveau pût s'établir dans des formes différentes de celles qui ont présidé jusqu'ici à l'action de la Conférence de Paris. Des dissentiments regrettables ont trop souvent paralysé cette action et il nous semble préférable d'entrer, sans hésiter, dans une voie nouvelle pour assurer l'entente des Puissances.

Si les Cabinets partageaient les vues que nous venons d'exposer, nous proposerions que chacun d'eux voulût bien, par les moyens indiqués plus haut, se procurer les informations nécessaires au sujet des vœux et des besoins des différentes populations chrétiennes soumises à la Porte et que les matériaux ainsi recueillis fissent l'objet des délibérations d'une Conférence composée des plénipotentiaires de toutes les Cours garantes.

Une question à examiner serait celle de savoir s'il conviendrait d'admettre à cette Conférence un Représentant de la Sublime Porte. Nous sommes loin de méconnaître que le respect dû à l'indépendance de la Turquie conseillerait de le faire intervenir dans ces délibérations. Mais, plus les dangers qu'il s'agit de conjurer sont graves et imminents, et plus on doit être pénétré de l'urgence qu'il y a d'avoir recours aux moyens les plus efficaces; or, l'on ne saurait disconvenir que la participation de la Porte rendrait on ne peut plus difficile aux

Puissances d'arriver à une entente avec toute la promptitude commandée par les circonstances. On devrait donc, ce nous semble, s'attacher à démontrer au Gouvernement ottoman que son propre intérêt, loin de souffrir de son absence de la Conférence, exigerait aux contraire qu'il restât étranger à ses travaux. L'attitude d'abstention pleine d'égard dont toutes les Cours ont fait preuve dans la question des Principautés, dans celle de Candie et même dans celle de Servie doit éclairer la Porte sur les véritables intentions de l'Europe à son égard. D'un autre côté, elle ne peut fermer les yeux aux sinistres lueurs qui traversent aujourd'hui son Empire et doivent lui faire craindre un embrasement général. Nous ne mettons donc point en doute que les Cabinets réussiront à la convaincre de l'impossibilité de conserver désormais, sans modification, le régime d'administration actuel, et à lui donner confiance dans les vues aussi désintéressées que bienveillantes qui inspireront leurs propositions. Nous pensons aussi que la Porte accueillera avec reconnaissance les mesures que les Puissances garantes jugeront propres à créer un ordre de choses durable dans la presqu'île des Balkans.

En revanche, et c'est par là que nous complétons l'expression de notre pensée, il nous reste à énoncer un vœu dont l'accomplissement aurait, à notre avis, pour le Gouvernement ottoman infiniment plus de valeur que sa participation aux travaux de la Conférence. Dans notre opinion, il serait aussi injuste qu'imprudent d'imposer une pareille intervention à la Turquie sans la mettre à l'abri des mouvements insurrectionnels qui la menacent. Si les Puissances s'engagent dans la voie que nous venons d'indiquer, elles doivent le faire connaître aussitôt à l'Europe entière et partant aux populations chrétiennes de la Turquie, mais en même temps elles doivent hautement manifester l'intention de ne pas souffrir que la révolte vienne traverser leurs délibérations. Ces populations doivent être prévenues que ce n'est qu'en rentrant dans l'ordre et en gardant une attitude parfaitement calme qu'elles peuvent compter sur une intervention en leur faveur et qu'autrement l'Europe avisera aux moyens de les contenir.

Veuillez, mon Prince, donner lecture de la présente dépêche à Monsieur le Marquis de Moustier et lui faire connaître notre intention de transmettre une communication analogue aux Cabinet de Berlin, de Florence, de Londres et de Saint-Pétersbourg. Mais, avant de faire cette dernière démarche, nous serions heureux que le Gouvernement de Sa Majesté l'Empereur des Français voulût bien nous communiquer

sa manière de voir, disposés que nous sommes à tenir compte des modifications qui lui sembleraient utiles.

Recevez etc. etc.

(signé) Beust.

Beilage II zu Kapitel VI.

Einleitung zum Rothbuche vom Jahre 1868.

III. Orientalische Angelegenheiten.

Der Grundsatz der Unabhängigkeit und Integrität des ottomanischen Reiches, im allgemeinen Friedensbedürfnisse Europas wie in den Interessen des politischen Gleichgewichtes begründet, war durch den Pariser Vertrag vom 30. März 1856 von Oesterreich, Frankreich, Grossbritannien, Preussen, Sardinien und Russland feierlich anerkannt worden. Die genannten Mächte hatten die Verpflichtung, diesen Grundsatz zu achten, unter ihre gemeinsame Garantie gestellt, und jede Gefährdung des Territorialbestandes der Türkei für einen Gegenstand ihres gemeinsamen Interesses erklärt. Im Artikel 9 des genannten Vertrages hatten sie ihre Theilnahme an der Verbesserung des Looses der christlichen Bevölkerungen im Oriente bekundet, zugleich aber anerkannt, dass ihnen ein Recht nicht zustehe, sich in die Beziehungen des Sultans zu seinen Unterthanen oder in die innere Administration seines Reiches einzumischen. Bis hieher auf gleicher Linie stehend, waren die Mächte jedoch in anderer Hinsicht nicht in gleichartiger Stellung aus den Verhandlungen von 1856 hervorgegangen. Während die Artikel 13 und 14 des Pariser Traktates der Entfaltung der Seemacht Russlands im Schwarzen Meere gewisse Beschränkungen auferlegten, schlossen Oesterreich, Frankreich und Grossbritannien am 15. April 1856 einen weiteren Vertrag, um sich für den Fall einer Verletzung der Bestimmungen des Friedenspaktes noch besonders zu aktivem Einschreiten zu verpflichten.

Angesichts der hiemit in den Hauptzügen bezeichneten Situation liess die Regierung der an den Ereignissen auf der Balkanhalbinsel so nahe betheiligten Nachbarmacht Oesterreich sich von den nachfolgenden Gesichtspunkten leiten.

Die eingegangenen völkerrechtlichen Verbindlichkeiten, die bestehenden guten Beziehungen zur Regierung des Sultans, die Pflicht, weitreichenden und für den Frieden gefährlichen Verwicklungen vorzubeugen, alle diese Beweggründe mussten die Regierung Seiner Majestät

entschieden abhalten, dem kandiotischen Aufstande materielle oder moralische Unterstützung zu gewähren. Sie ermächtigte übrigens den Kommandanten der kaiserlichen Escadre, sich an dem Transporte der kretensischen Flüchtlinge nach Griechenland zu betheiligen, so lange dies sich ihr als ein Werk der Menschlichkeit darstellte.

Andererseits durfte das Wiener Kabinet die Verpflichtung der Mächte, in die inneren Angelegenheiten der Pforte sich nicht einzumischen, nicht in dem absoluten Sinne auffassen, als ob die Mächte darauf verzichtet hätten, an der Gestaltung der Verhältnisse zwischen der ottomanischen Regierung und den christlichen Bevölkerungen der Türkei ein tiefes Interesse zu nehmen. Wenn dieses Interesse schon auf dem Standpunkte jeder anderen europäischen Macht gerechtfertigt ist, so gewinnt dasselbe für die österreichische Monarchie noch erhöhte Geltung durch die begreifliche Theilnahme, welche den christlichen Bevölkerungen des türkischen Reiches in den benachbarten Ländern Seiner Majestät gewidmet wird und die es in gewissem Grade selbst als einen Ehrenpunkt erscheinen lässt, dass den Ansprüchen der Stammesgenossen auf fortschreitende, dem Gange der europäischen Civilisation folgende Entwicklung ihrer materiellen und moralischen Wohlfahrt eine gerechte Befriedigung nicht versagt werde. Wenn die Brudervölker jenseit unserer Grenzen Wünsche hegen, deren Erfüllung zu ihrer Beruhigung beitragen kann, ohne die wirkliche Macht der Pforte zu vermindern, so kann die Regierung des Kaisers und Königs Franz Joseph es sich nicht versagen, solchen Wünschen bei der Pforte mit aller Achtung der Unabhängigkeit der Türkei freundschaftlich das Wort zu reden. Und so gewiss anerkannt werden muss, dass der Sultan und seine Rathgeber mit Ernst und Aufrichtigkeit bestrebt sind, alle Aufgaben einer erleuchteten und wohlwollenden Regierung zu erfüllen, so erlaubt ist es, in den Rathschlägen der europäischen Mächte einen doppelten Vortheil zu erblicken, sofern diese Rathschläge einerseits den Reformbestrebungen der Pforte einen mächtigen moralischen Rückhalt gewähren, andererseits die christlichen Bevölkerungen, deren Europa sich erinnert, von Akten der Selbsthülfe zurückhalten.

So bethätigte die Regierung Seiner Majestät ihre rege Theilnahme an den Geschicken des Berglandes Montenegro durch die wirksame Vermittlung, welche die k. k. Internuntiatur in Konstantinopel bei Schlichtung der zwischen dem Fürsten Nikolaus und der Pfortenregierung entstandenen Streitfragen zu üben veranlasst war.

In solchem Sinne hat sich auch das Wiener Kabinet, im Vereine

mit anderen Mächten, erfolgreich für die Zurückziehung der türkischen Garnisonen aus den Festungen Serbiens verwendet, ja hiezu sogar den entschiedensten Impuls gegeben.

Der wichtige Zweck, Reformen im Innern des ottomanischen Reiches zu begünstigen, ohne die unermesslichen Schwierigkeiten zu wecken, die man in dem Worte „orientalische Frage" zusammenfasst — dieser Zweck schien ferner der Regierung Seiner Majestät höchst wesentlich dadurch bedingt zu sein, dass derselbe von sämtlichen europäischen Grossstaaten übereinstimmend und mit gleicher Entschiedenheit festgehalten, nicht aber durch die Sonderinteressen einzelner Mächte durchkreuzt werde. In dieser Hinsicht glaubte die k. k. Regierung in unbefangenster Erwägung der Sachlage eine Verstärkung der Friedensbürgschaften darin zu erkennen, wenn die Stellung des russischen Kaiserhofs gegenüber der Türkei von den obenerwähnten einschränkenden und doch mehr oder weniger illusorischen Bestimmungen befreit würde, um sie derjenigen der übrigen Mächte anzunähern. Dieser lästigen Bedingungen ledig, konnte Russland seine Politik mit dem allgemeinen europäischen Interesse, welches die Erhaltung der Integrität des türkischen Reiches fordert, um so leichter und vollständiger im Einklange erhalten. Um endlich jedem Auseinandergehen der Mächte so viel als möglich vorzubeugen und die Schwankungen und Ungleichheiten zu vermeiden, die selbst bei vorhandener Uebereinstimmung in den Grundsätzen von den vereinzelten Auffassungen und individuellen Einwirkungen so vieler Kabinette unzertrennlich sind, erschien es nützlich, dass angesichts der Ereignisse im Orient ein Mittelpunkt der Verständigung über die Entschlüsse der europäischen Mächte existire.

Die entsprechenden Anschauungen haben zunächst durch eine am Anfang des Jahres 1867 an die kaiserlich französische Regierung gerichtete vertrauliche Mittheilung Ausdruck gefunden.

Diese Mittheilung hatte lediglich den Zweck, die Grundanschauungen der Regierung Seiner Majestät über die Aufgaben der europäischen Mächte gegenüber den Verhältnissen des Orients vorläufig der Würdigung des kaiserlich-französischen Kabinets zu unterziehen. Als später eine entstellte Kunde von dem geschehenen Schritte in die Oeffentlichkeit drang, ward den k. k. Missionen eine Analyse der am 1. Jänner v. J. nach Paris erlassenen vertraulichen Depesche zugesendet, um sie in Stand zu setzen, ihre Sprache hienach einzurichten.

Es soll nicht geleugnet werden, dass dieses Schriftstück eine neue Stellung der k. k. Regierung in den orientalischen Dingen bezeichnete,

sofern sie an die Stelle des früher häufig und nicht immer mit Unrecht beklagten Systems, welches über lästige Fragen durch deren Hinausschieben oder durch Anwendung von ungenügenden Palliativmitteln hinwegzukommen trachtete, nun ein entschlossenes und vorbeugendes Verfahren treten zu lassen bestrebt war.

Dem Kabinete Seiner Majestät erschien es nicht nur als eine würdevollere, sondern auch als eine wirksamere Politik, bedrohlichen Zuständen, wie sie im osmanischen Reiche sich offenbarten, fest ins Angesicht zu blicken und zur Abwendung der durch sie geschaffenen Gefahren eine rechtzeitige und umfassende Initiative zu ergreifen, als den Ereignissen Schritt nach Schritt zu folgen und allmählich aufbrechenden Wunden gegenüber seine Kraft in vereinzelten Heilversuchen zu vergeuden, durch deren Hülfe es zuweilen gelingt, augenblickliche Linderung zu schaffen, die aber unvermögend sind, eine dauernde Besserung zu begründen. Eine solche Besserung glaubte die Regierung Seiner Majestät nur von dem Zusammenwirken aller Grossstaaten erwarten zu können, und dieses zu ermöglichen, war die eben angeführte Denkschrift bestimmt.

Die gemeinsame Aktion der europäischen Mächte, wie sie darin ins Auge gefasst ist, müsste allerdings, wenn auch in ihren letzten Zielen auf die Befestigung des osmanischen Thrones gerichtet, vorübergehend auf die Pforte einen zwar freundschaftlichen, aber immerhin unbequemen Druck üben; allein die Beschwerlichkeit einer solchen anscheinenden Bevormundung wäre durch das Gefühl erhöhter Sicherheit reichlich aufgewogen, welches für die grossherrliche Regierung daraus entspränge, dass sie von Seiten ihrer nichtmohamedanischen Unterthanen irgend welche gewaltthätige Unternehmungen nicht zu besorgen hätte, da ihnen für solche, bei der ernst abmahnenden Haltung aller zur Förderung ihres Wohles tagenden Mächte, jeder Anreiz wie jeder Vorwand fehlen würde.

Der Erfolg der österreichischen Anregung entsprach den gehegten Erwartungen leider nicht in dem erwünschten Masse. Bemerkenswerth ist, dass die hauptsächlichsten Einwendungen, denen sie bei den westlichen Höfen begegnete, sich auf die Vortheile bezogen, durch welche Russlands Zustimmung gewonnen werden sollte; ja es darf erwähnt werden, dass sogar der seltsame und durchaus unbegründete Verdacht durchblickte, der Plan des Wiener Kabinets möchte wohl in einem vorgängigen Einverständnisse mit Russland seinen Ursprung haben.

Angesichts der Bedenken, auf welche der Gedanke stiess, ver-

zichtete denn auch die Regierung Seiner Majestät darauf, die Durchführung desselben weiter zu betreiben. Dass sie aber allen Grund gehabt, auf die Mängel und Nachtheile vereinzelter Aktionen in orientalischen Fragen hinzuweisen, und dass ein Vorschlag, der zur Lösung dieser so schwierigen Fragen die Gesamtkraft europäischer Solidarität aufbot, einer weniger zurückhaltenden Aufnahme würdig gewesen wäre, dafür spricht die von da an ununterbrochen sich hinziehende bunte Reihe von Verhandlungen und Schritten, welche in stets wechselnder Gestaltung und stets vergeblich die diplomatische Geschichte des Jahres 1867 in Bezug auf den Orient bilden.

VII. Kapitel.

1866.

Liberal oder reaktionär? — Der aufgeklärte Despotismus. — Der Ausgleich mit Ungarn.

War ich in den auswärtigen Fragen kein Neuling, so war ich es um so mehr in den inneren Angelegenheiten. Wohl hatte ich in Sachsen auch an der Spitze der inneren Verwaltung gestanden, mich an der Reorganisation der Verwaltung betheiligt und in Verfassungsfragen manchen harten Kampf in der Kammer bestanden; allein ich durfte nicht verkennen, dass ich mich in Oesterreich grundverschiedenen Elementen und Zuständen gegenüber befand und mich vor nichts mehr zu hüten hatte als vor unüberlegter Anwendung ausländischer Rezepte. Meine erste Aufgabe war Informirung. Deshalb, wie schon gesagt, wies ich jede Suggestion einer Veränderung in den anderen Departements zurück, deshalb bekämpfte ich die Aufstellung eines Programmes. Dies hinderte mich nicht, im Verkehr mit Graf Belcredi die schwebenden inneren Fragen zum Gegenstand fortgesetzten Meinungs-Austausches zu machen.

Ein alter Onkel, welcher langjähriger Gesandter der ernestinischen sächsichen Höfe am Bunde gewesen, sagte mir einmal:

„Wer in seiner Jugend nicht einmal liberal gewesen ist, bei dem hat es entweder am Kopf oder am Herz gefehlt.“ Ich glaube an beiden keinen absoluten Mangel verrathen zu haben, und ich bekenne auch in der That, dass ich in meiner Jugend, in einer Zeit, wo Liberalismus ganz sicher so viel bedeutete als heutzutage Sozialismus, sehr stark zu demselben hinneigte. Dies dankte ich besonders dem Besuch der Göttinger Universität und der englischen Schule, die damals durch Heeren und Sartorius in glänzender Weise vertreten war. Die Juli-Revolution, ihre Rückwirkung auf die deutschen Länder, insbesondere Sachsen, welches 1831 in die Reihe der konstitutionellen Staaten trat, die polnische Insurrektion, Alles dies fiel in die Zeit nach absolvirter Universität, und prägte sich tief in mein Gemüth. Mit dem reiferen Alter klärten sich wohl meine Ansichten, aber illiberal bin ich nie geworden. Wenn ich während der ersten Hälfte meiner sächsischen Ministerschaft als reaktionär verschrieen war, so war dies Folge der Zeitereignisse. Ich fand 1849 ein mehr als andere deutsche Länder von demokratischen Vereinen unterwühltes, in halber Anarchie befindliches Land, und ich und meine Kollegen hatten in den ersten Jahren nichts Anderes zu thun, als wieder Ordnung zu machen und der Wiederkehr ähnlicher Zustände vorzubeugen. Wenn indessen der blutige und lang dauernde Maiaufstand die Vollziehung keines einzigen Todesurtheils zur Folge hatte, so rechne ich mir das zwar nicht als Verdienst an, aber die Thatsache zeugt laut gegen die landläufig gewesene Charakterisirung der damaligen sächsischen Regierung als „ultrareaktionäre“. Dass ich in der zweiten Hälfte meiner sächsischen Ministerschaft wegen Liberalismus und Popularität in Berlin schlecht notirt war, dafür zeugt eine im ersten Abschnitt aufgenommene Depesche, welche 1865 dahin abging.

Als ich nach Oesterreich kam, hatte ich oft das Wort zu vernehmen: „Was man in Oesterreich braucht, das ist der aufgeklärte Despotismus.“ — „Recht,“ entgegnete ich, „das Schlimme ist nur, dass, wenn der Despotismus kommt, er nicht aufgeklärt

zu sein pflegt noch zu sein wünscht, und daher glaube ich, dass mit dem konstitutionellen System immer noch mehr anzufangen ist.“ Der Anlass zu Bethätigung dessen liess nicht auf sich warten.

So wie ich überhaupt nicht sagen kann, dass ich während der fünf Jahre meiner Wiener Ministerzeit auf einem Ruhepolster gebettet gewesen sei, was auch meinen Neigungen gar nicht entsprochen haben würde, so traf es sich denn auch, dass ich, kaum eingetreten, obschon damals nur Minister des Aeussern, in den Fall kam, einer inneren Frage der weittragendsten Bedeutung meine Aufmerksamkeit zuwenden zu müssen, einer Frage allerdings, die für das Ansehen und die Machtstellung der Monarchie nach aussen von entschiedenem Gewicht war. Ich meine die Frage des ungarischen Ausgleichs.

In Oesterreich, mehr aber noch ausserhalb Oesterreichs, hatte ich oft bald im Sinne des Lobes, bald im Sinne des Tadels das Wort zu vernehmen, ich sei der Schöpfer des Ausgleichs, der Urheber des Dualismus, um nicht zu sagen dessen Erfinder gewesen.

Diese Ehre beanspruche ich nicht; aber dass ohne mich der Ausgleich noch lange auf sich warten hätte lassen, hat seiner Zeit kein Geringerer gesagt als Graf Andrassy. Was ich gethan, bereue ich nicht, und dessen Verantwortung wäre mir leicht, so undankbar auch die übernommene Aufgabe war. Bei jener noch immer sehr verbreiteten Auffassung der Sache werden die nachstehenden Momente übersehen:

1. die gesonderte Stellung Ungarns in der Monarchie vor 1848,

2. der Zustand Ungarns nach der Revolution,

3. die Verabsäumung rechtzeitiger Verständigung bei mässigen Ansprüchen,

4. die vor 1866 bereits gemachten Zugeständnisse,

5. die gesteigerten Ansprüche Ungarns nach 1866.

So viel die Verhältnisse vor 1848 betrifft, kann ich mich auf keine bessere Autorität berufen als den Dr. Herbst, denselben Dr. Herbst, welcher 1867 im Reichsrath mein Vorgehen

mit Ungarn am schärfsten angriff. In einer seiner letzten Reden vor den Wählern eines böhmischen Bezirks (siehe „Neue freie Presse", 30. Mai 1885) sprach derselbe folgende der historischen Wahrheit vollständig genügenden Worte:

„Das Prinzip der Staatseinheit ist von dem Dualismus nur scheinbar alterirt worden. Ungarn hat nie Oesterreich angehört wie Böhmen und Niederösterreich. Die ungarische Verfassung hatte sich durch lange Jahre lebenskräftig erwiesen, und als sie 1867 revidirt und aufgerichtet wurde, ist nur wiedererstanden, was ehedem gelebt und wirklich gewesen ist[1]). Der Dualismus war also nicht eine „importirte Neuerung" des „importirten Staatsmannes".

Ueber die Verhältnisse, wie sie in Ungarn in den ersten Jahren nach Besiegung des Aufstandes bis zum italienischen Krieg und dessen Rückwirkungen auf die inneren Fragen sich gestalteten, habe ich an dieser Stelle mich zu äussern keinen Beruf. Was darüber bis in die neueste Zeit meist von Kossuthscher Seite geschrieben wurde, leidet an arger Uebertreibung, welchen Eindruck man erst neuerlich bei dem Lesen von Madame Adam's „*Patrie Hongroise*" [2]) empfinden musste, wo man die Schreckensherrschaft eines zweiten Alba und gleich der Guillotine unter der Revolution den Galgen in Permanenz zu sehen glaubte. Mir ist nicht erst aus den späteren Jahren, sondern aus dem Jahre 1852 die Rundreise erinnerlich, welche damals der Kaiser in Ungarn unternahm, und wo man nur von Banderien und weissgekleideten Jungfrauen zu lesen hatte. In den Briefen, welche in demselben Jahre Fürst Bismarck, damals mit einer Spezial-Mission nach Wien betraut, von der Ofener Burg aus, wo

---

[1]) Die vorstehend und nachstehend ersichtlichen respektiven Betrachtungen habe ich erst bei der letzten Durchsicht eingeschaltet, wodurch sich das Erscheinen eines Datums aus 1885 in dem viele Jahre zuvor geschriebenen Kapitel erklärt.

[2]) Ueber Madame Adam und meine Beziehungen zu derselben verbreite ich mich im dritten Abschnitt der Erinnerungen.

er dem Kaiser seine Aufwartung gemacht hatte, an seine Gemahlin schrieb, findet sich auch die Schilderung eines Seiner Majestät zu Ehren in der Nähe von Ofen stattgefundenen Volksfestes. Ich erinnere mich ferner der volksfreundlichen Anwandlungen Haynau's in Pest. — Um gerecht zu sein, muss man einerseits der Wahrheit die Ehre geben und die damalige kaiserliche Regierung in Ungarn, bei welcher einige Zweige der Verwaltung, wie beispielsweise der Strassenbau, sich nicht schlecht befanden, nicht als eine Zeit arger Bedrückung und Misshandlung gelten lassen [1], andererseits aber um so bereitwilliger anerkennen, dass trotz der Erträglichkeit dieses Zustandes die Ungarn ihre Verfassung über alles Andere stellten und für dieselbe zu leiden wussten. Es werden wenige Fälle zu nennen sein, wo Ungarn kaiserliche Dienste, namentlich ausserhalb Ungarns genommen haben, während ein anderer Volksstamm, der nicht weniger über Vorenthaltung der alten Verfassung seines Landes klagt, ohne sich auf deren Kontinuität berufen zu können, den kaiserlichen Dienst zu keiner Zeit verschmähte. Sowohl die zeitweise Anwesenheit des Erzherzogs Albrecht als die spätere Einsetzung des Grafen Palffy als Gouverneur waren versöhnende Schritte, allein die Kluft blieb.

So viel nun die Verabsäumung rechtzeitiger Verständigung bei mässigen Ansprüchen betrifft, so ist vielleicht hier ein Theil der Rede am Platz, welche ich 1867 im Herrenhaus hielt, woselbst der Centralismus stärker als im Abgeordnetenhaus vertreten war, und in der Person des Präsidenten des Staatsraths, Baron Lichtenfels, einen wuchtigen Kämpfer stellte. Ich lasse den letzten Theil derselben folgen:

„Gewiss ist das, was von sehr gelehrter und sehr erfahrener Seite gesagt wurde, in hohem Grade beherzigenswerth, und wie sollte nicht

---

[1]) Die relative Zufriedenheit illustrirte der Wiener „Figaro" 1860 in dem fingirten Schreiben eines ungarischen Vagabunden. „Was hob' ich von Oktober-Diplom und von Stuhlrichter? Unter Bach, wenn ich gestohlen hatte Gans, bekam ich sechs Wochen Gefängnis, hatt' ich freie Kost und Unterkunft. Jetzt krieg' ich fünfundzwanzig aufgezählt, hob' ich gar nix."

die Regierung, wenn ihr irgend dazu das Mittel zu Gebote stünde, mit Eifer den Rathschlägen der Wissenschaft und der Erfahrung ein williges Ohr leihen? Allein, meine Herren, Alles was in der Richtung gesagt wurde, das hat mir doch nur den Eindruck machen können, als ob man zur Regierung sagt: ‚Du betrittst einen Weg, den ich für sehr verderblich halten muss, verlasse ihn, wenn es möglich ist; kannst du ihn nicht verlassen, sieh', dass du möglichst wenig zu Schaden kommst, und jedenfalls will ich nicht dafür verantwortlich sein, wenn du ihn betrittst!' — So freilich, meine hohen Herren, liegt die Sache nicht. Sollte vielmehr der Weg, den die Regierung betreten hat, nicht betreten werden, dann müsste eben auch ein anderer Weg offen stehen, um denjenigen Forderungen gerecht zu werden, welche die geehrten Redner im Interesse der einheitlichen Gestaltung des Reiches als Bedingung hinstellten. Es haben solche Wege offen gestanden: es stand ein Weg offen, wo nur die Regierung allein in absoluter Unumschränktheit dem ungarischen Landtage ihre Propositionen machen konnte in einer die anderen Länder im höchsten Grade schonenden Weise, und mit voller Aussicht des Gelingens. An diesem Wege steht heute geschrieben: ‚Zu spät!' Es gab einen andern Weg, wo die Aufgabe schon nicht mehr so leicht, aber doch lösbar war, wo die Regierung nicht mehr in unbeschränkter Willensfreiheit verfahren konnte, sondern wo ein in Wien versammeltes Parlament hineinzureden hatte, wo die Regierung diesem, dem Reichsrathe, bestimmte Grenzlinien zur Annahme vorlegen konnte, über welche bei einem Ausgleiche mit Ungarn nicht hinausgegangen werden sollte, wo der Reichsrath allerdings dann im Interesse und unter Mitwirkung aller vertretenen Länder der Regierung die Zusicherung geben konnte, dass, wenn unerfüllbare Bedingungen von der andern Seite verlangt würden, auch alle geeigneten Mittel angewendet werden müssten, um das, was gegeben und nicht überschritten werden konnte, zur Ausführung und Annahme zu bringen. Auch am Eingange dieses Weges steht heute das ‚Zu spät!' Und es war ein dritter Weg offen, und auf diesem Wege war allerdings schon die Aufgabe noch schwieriger geworden, den die Regierung immer noch mehr in einem den Anforderungen der geehrten Sprecher zusagenden Sinne betreten und verfolgen konnte. Da sollte umgekehrt die erste Verhandlung nicht mit der diesseitigen Vertretung erfolgen, sondern mit der dortseitigen, mit der ungarischen. Dieser Weg hätte gewiss auch zum Ziele führen können, wenn nur — dass es nicht geschehen, beklage ich, ohne es zu tadeln — das Mittel in der Hand behalten worden wäre, um nicht

dem einseitigen Verlangen die alleinstehende Regierung gegenüber zu stellen, sondern zugleich die mitberathende und eingreifende Vertretung der anderen Theile des Reichs. Spricht man nun, dass das Wort des Zugeständnisses des gleichgewichtigen Votums nicht eingelöst sei — so haben eben die Vorbedingungen gefehlt, damit dieses Votum ein gleichgewichtiges werde. Man durfte das Gesamt-Schwergewicht des Reichsrathes nicht aus einer Wagschale herausnehmen und in der andern Schale ein gleichstarkes Gewicht lassen, und dies thun in der ungewissen Hoffnung, dass dieses herausgenommene Schwergewicht sich durch das allmähliche Hinzutragen kleinerer Gewichte ersetzen werde. Aber so geschah es anders, und nachdem jene Verhandlung ohne diesen Rückhalt fortgeführt wurde über Jahr und Tag und unter Hinzutritt äusserer im höchsten Grade ungünstiger Umstände und Ereignisse, ist es denn gekommen, dass auch am Eingange dieses Weges gestanden ist: ‚Zu spät!‘ So ist denn eine Lage eingetreten, wo allerdings die Alternative gegeben war: Abschluss der Verhandlungen oder Abbruch; aber ein Abbruch ohne Aussicht auf Wiederaufnahme . . .

„Es ist darauf hingewiesen worden, man rechne zu sehr mit den Thatsachen. Es ist, wenn man so sagen darf, die sittliche Grundlage des Regierungssystemes damit angegriffen, dass man ihm zum Vorwurf macht, auf Thatsachen sein Augenmerk zu richten und nicht auf Grundsätze. Nun, gewiss allen Respekt vor den Grundsätzen, aber dass die Thatsachen auch ihre Berechtigung haben, das kann ich mit ruhigem Gewissen hier aussprechen, nachdem in diesem Saale ein hochgestellter Kirchenfürst diese Nothwendigkeit selbst betont hat; und so sehr ich den Grundsätzen alle Ehre erweise, so sehr ich anerkenne, dass die Grundsätze, welche früher die Regierung geleitet haben, auf einer gewissenhaften und tadellosen Basis beruhten, so wird man uns, die wir jetzt an dieser Stelle stehen, doch wieder nicht verargen, wenn wir die Erfahrungen zu Rathe ziehen und überblicken, wie es mit den Geschicken Oesterreichs gegangen ist, so lange eben die Grundsätze allein entschieden und die Thatsachen sehr übersehen wurden“ . . . (Tiefe Bewegung.)

So weit meine damalige Rede. Ich nannte nicht Namen, an welche das „Zu spät!“ sich knüpfte, sondern nur die drei Epochen, an welche dasselbe erinnert: 1850—1860, 1861—1865, 1865—1867. An einer andern Stelle derselben hatte ich denen zu antworten, welche vor übereilter Verfolgung des betretenen

Wegs warnten, an dessen Stelle aber keinen andern vorzuschlagen wussten. Dieser Weg war nicht erst von mir, sondern schon vor mir betreten, so zwar, dass man bereits eine beträchtliche Strecke darauf zurückgelegt hatte und es sich darum handelte, ob vorwärts oder rückwärts. Was ich vorfand, war ein fortgesetztes Vorwärts und Rückwärts. Dass ich einem solchen Gang der Dinge ein Ende machte, das war, wie man es will, mein Verschulden oder mein Verdienst.

Um den Ausspruch zu rechtfertigen, man sei vor meinem Eintritt bereits ziemlich weit auf dem betretenen Wege der Verständigung vorgeschritten, genügen die nachstehenden Daten:

Sowohl die Thronrede vom 14. Dezember 1865 als das königliche Reskript vom 3. März 1866 waren voll Entgegenkommens für den ungarischen Standpunkt, und ein Hauptgewicht wurde darauf gelegt, den ungarischen Landtag dazu zu bewegen, für die gemeinsamen Angelegenheiten und deren Behandlungsweise Vorsorge zu treffen. Beide Dokumente enthalten positive Zugeständnisse wichtiger Art, welche das Verlassen des früher behaupteten Standpunktes involviren. In der Thronrede wurde selbst bezüglich jenes Theiles der 1848er Gesetze, welche auf die Wirksamkeit der Herrscherrechte und die Begrenzung der Regierungs-Attributionen Bezug haben, offen zugegeben, dass die formelle Gesetzlichkeit derselben keinem Einwande unterliege. Die Thronrede kündigte ferner an, dass die Krone das Hindernis des Ausgleiches selbst beseitige, indem sie, den Standpunkt der starren Rechts-Kontinuität verlassend, den gemeinschaftlich anerkannten Rechtsboden bis zur pragmatischen Sanktion zurückverlegt, wobei ausdrücklich anerkannt wird, dass dieses Staatsgrundgesetz die Selbstständigkeit der inneren Rechtsgestaltung und Verwaltung des Königreichs Ungarn und seiner Nebenländer gewährleistet hat. Die Berechtigung der Selbstständigkeit Ungarns innerhalb dieser Grenzen wurde ohne allen Rückhalt anerkannt. In der Thronrede war ausdrücklich die Krönung in Aussicht gestellt. Es wurde dies an die

Bedingung geknüpft, dass die Bestimmungen der 1848er Gesetze sorgsam geprüft und zweckmässig geändert werden.

Es erübrigt das letzte der von mir genannten fünf Momente: „Ungarn nach Königgrätz“. Hier genügt ein einziger Rückblick. Als im Jahre 1868 die viel berufene Usedom'sche „Stoss-ins-Herz-Depesche“ bekannt wurde, vernahm ich in Wiener Kreisen einen Aufschrei der Entrüstung. Was in der Depesche steht, erlaubte ich mir zu sagen, das meine Herren, war für mich nichts Neues und auch für Sie war es nichts Neues. Zu einem strengeren Urtheil über preussische Politik ist daher kein Anlass, wohl aber zu einer milderen Beurtheilung meines Vorgehens in Ungarn.

Endlich aber füge ich jenen fünf Momenten noch Eines hinzu — die Stimmen, welche sich innerhalb Oesterreichs für die Nothwendigkeit eines Abschlusses erhoben.

Im steiermärkischen Landtag — „Neue freie Presse“ vom 11. Dezember — sprach Kaisersfeld folgende Worte: „Der Friede mit Ungarn bedeutet die Frage von Sein und Nichtsein für Oesterreich, und dieser Friede muss rasch abgeschlossen werden. Der weitere Reichsrath würde nur nationale und keine politischen Parteien aufweisen und daher eine parlamentarische Regierung unmöglich machen. Diese wird nur durch den engern Reichsrath und durch den ungarischen Landtag ermöglicht. Nur ein konstitutionelles Oesterreich ist möglich.“

So hatte im mährischen Landtag Giskra gesagt: „Den Ausgleich mit Ungarn halte ich für die Machtstellung und Entwickelung Oesterreichs als absolut nothwendig.“ („Neue freie Presse“ vom 16. Januar.)

In der Presse fanden sich ähnliche Aussprüche, ich erinnere nur an den *leader* der „Neuen freien Presse“ vom 12. Februar 1867, wo es heisst: „Der Ausgleich, sogar der nachtheilige Ausgleich ist, mit einem Worte gesagt, das kleinere Uebel.“

Nach diesen mehr modernen und aktenmässigen Darlegungen wird der geneigte Leser vielleicht nicht ungern von einer warmen Ansprache Kenntnis nehmen, die ich an das Haus der Abgeord-

neten richtete, und zwar in der Sitzung vom 5. Juni 1867. Sie folgt nachstehend. Dass sie keine vergebliche war, beweisen die in Parenthese eingeschalteten Schlussworte, die selbstverständlich nicht mir, sondern dem Stenographen angehören.

Rede im Abgeordnetenhause vom 5. Juni 1867.

Meine hochgeehrten Herren!

Ich wurde in dies grosse und schöne Reich berufen, um dessen auswärtige Politik zu leiten. Dass ich bei der Verfolgung dieser Aufgabe bald zur Ueberzeugung gelangen musste, Oesterreichs Stellung nach aussen, sein Einfluss, sein Kredit sei nur dann wieder zu gewinnen und zu befestigen, wenn die angebahnte, aber noch aussichtslose Verständigung mit Ungarn zu einem entschiedenen Abschlusse gebracht, gleichzeitig aber in den übrigen Ländern der Monarchie ein gesicherter verfassungsmässiger Zustand wieder hergestellt und ein freisinniges Regiment zur Geltung gebracht wird — das, meine Herren, hat wesentlich zu der Wendung beigetragen, die seitdem eingetreten ist, einer Wendung, die Europa mit achtungsvollem Beifall begrüsst hat, und welche der Entwurf der Adresse im Grossen und Ganzen als eine durch die Umstände gebotene und keineswegs aussichtslose annimmt.

Denn, meine Herren, wenn das hohe Haus, wie der Entwurf der Adresse ihm anräth, Tadel über Geschehenes verhängt, ernste Ermahnungen und Forderungen für die Zukunft stellt, so erblicke ich hierin ein Programm, welches lautet: „Nicht rückwärts, sondern vorwärts!" (Lebhafter Beifall von allen Seiten.)

Meine Herren! Die Regierung weist dieses Programm nicht von sich. Es wird darauf wesentlich ankommen, dass die Regierung und die Reichsvertretung über die Art und Weise, wie es zur Ausführung zu bringen sei, sich verständigen, wozu vor Allem die Herstellung eines vollständigen Ministeriums gehört, eine Vorbedingung, für deren Verwirklichung es an aufrichtigen Bestrebungen nicht gefehlt hat.

Es ist dies eine Bemerkung, womit ich den Einreden eines der heutigen geehrten Vorredner entgegnen zu sollen glaube. Aber, meine Herren, jedenfalls liegt hier ein Programm vor, und das hohe Haus würde ein solches Programm nicht aufstellen können, wäre nicht ein verfassungsmässiger Boden da, auf welchem es in Angriff ge-

nommen werden kann. Und dass dieser verfassungsmässige Boden wiedergewonnen ist, dafür darf ich allerdings für das jetzige Ministerium einen Antheil beanspruchen. Ich darf namentlich an das hohe Haus Berufung darüber einlegen, ob die konstitutionelle Frage, wie das jetzige Ministerium sie herbeigeführt hat, den Namen verdient, den gestern ein geehrter Sprecher ihr beilegte, nämlich den einer steigenden Konfusion. (Bewegung.)

Nun werden mir allerdings verschiedene der geehrten Mitglieder einwenden, ich hebe nur die Lichtseiten der Lage heraus und verschweige die Schattenseiten. Sie werden fragen: Um welchen Preis ist denn die Wiederherstellung der Februar-Verfassung gewonnen?

Nun, meine Herren, ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, der Preis ist der Ausgleich mit Ungarn, und ich erinnere mich sehr wohl, dass zu der Zeit, wo die neueste Wandlung in Oesterreich vorging, man diesen Preis nicht zu hoch fand, und doch kannte man das siebenundsechziger Elaborat, man wusste, dass das ungarische Ministerium ernannt sei, man wusste, dass die ungarische Verfassung hergestellt werde.

Damals — ich erinnere mich dessen sehr wohl — herrschte in den Kreisen, welchen die Mehrheit des hohen Hauses angehört, mehr Freude als Schmerz, mehr Hoffnung als Besorgnis.

Ich beklage mich nicht darüber, dass diese Stimmung sich geändert hat; es liegt im natürlichen Laufe der Dinge, dass das Gute bald vergessen und das Lästige mit jedem Tage mehr empfunden wird; allein was ich beanspruche, das ist ein unbefangenes Urtheil darüber, was geschehen ist, eine unbefangene Inbetrachtnahme der Umstände und Verhältnisse, unter denen es geschehen ist.

Ich vernahm gestern mehrmals das Wort von Programm und Experimenten der Regierung. Als ob in der ungarischen Frage es sich darum gehandelt hätte! Wir haben von zwei sehr geehrten Vorsprechern eine sehr beredte Darstellung über die Vorzüge einer einheitlichen Gestaltung des Reiches, über die Nothwendigkeit einer alle Theile des Reiches umfassenden Exekutive, über das Bedürfniss einer strafferen Zusammenfassung aller Kräfte des Reiches vernommen.

Das ist gewiss Alles sehr beachtenswerth und verwirklicht in der vollendetsten Weise das Ideal einer solchen Organisation, wie sie Oesterreich anempfohlen wird, um seinen einheitlich gestalteten, mächtigen Nachbarn ebenbürtig zur Seite zu treten. Allein die geehrten Herren scheinen mir dabei nur zu vergessen, dass Oesterreich anders zusammengestellt und gestaltet ist, als diese mächtigen Nachbarn.

(Bravo rechts.) Es ist bemerkenswerth, dass dieselben Stimmen, welche immer und immer als böse Propheten auf die zusammengepresste, eingeengte geographische Lage Oesterreichs hinweisen, zugleich verlangen, Oesterreich solle so vorgehen, wie jene Staaten, die zum Nachbar das Weltmeer haben, und es werden jene geehrten Sprecher mir erlauben, auf den Unterschied hinzuweisen, der in der geographischen Lage zwischen Ungarn und Irland und den Südstaaten der amerikanischen Union besteht. (Bravo!)

Also, meine Herren, es handelt sich, wie ich schon vorhin sagte, für uns nicht darum, nach einer gut ausgedachten Theorie das Beste zu thun, was überhaupt geschehen könnte, — hier waren die Verhältnisse gegeben.

Ich habe gewiss am wenigsten den Beruf, mich über das auszusprechen, was in früheren Zeiten in Oesterreich geschehen ist; aber wenn ich Rechenschaft ablegen soll von dem, was ich selbst gethan habe oder habe thun helfen, so kann ich die Beweggründe, die mich bestimmten, eben so wenig als die Umstände übergehen, unter denen ich handelte, ich kann mit einem Worte den historischen Lauf nicht ignoriren.

Und so darf ich denn fragen: War es meine oder des jetzigen Ministeriums Schuld, wenn zehn Jahre, welche nach der Niederwerfung des ungarischen Aufstandes verstrichen und in welchen die Einberufung eines ungarischen Landtages genügt hätte, um Ungarn in einer für die übrigen Theile der Monarchie allervortheilhaftesten Weise zu befriedigen, unbenützt gelassen wurden? (Rufe: Sehr gut! Sehr wahr!)

Bin ich dafür verantwortlich zu machen, wenn vier Jahre frischen konstitutionellen Lebens in Oesterreich in der ungarischen Frage nur dazu führten, dass jener jetzt so verpönte Dualismus in der Weise schon damals hervortrat, dass der eine Theil, nämlich der diesseitige, verfassungsmässig, und der andere — der ungarische — verfassungslos lebte? (Beifall rechts.)

Und endlich, ist es mir beizumessen, wenn nach all' Diesem der allerdings, wie ich glaube, unvermeidliche Schritt einer direkten, gesonderten Verständigung mit Ungarn erfolgte und erfolgen musste, wenn man den Hauptthebel aus den Händen gab, um das diesseitige Interesse zu wahren, und den Reichsrath, der allein das gleichgewichtige Votum zu gewährleisten vermochte, ausser Wirksamkeit treten liess? (Beifall rechts.)

Meine Herren! Es haben sich allerdings die Daten in der Ver-

fassungsgeschichte dieses Reiches so gehäuft, dass sie manchmal sich unmerklich verschieben. Ich hatte gestern die Ueberraschung zu vernehmen, dass das jetzige Ministerium eigentlich auch am Verluste der Schlacht bei Königgrätz mitschuldig sei (Heiterkeit); denn ein geehrter Herr Redner sagte: nicht die Sistirung sei an dieser Niederlage schuld, sondern das Abgehen von der Sistirung. (Grosse Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, nach diesen drei Stadien, die ich eben hervorgehoben habe, war keine Wahl gegeben; nach diesen drei Stadien konnten die Sachen nicht anders kommen, als sie gekommen sind, und ich darf es noch immer als eine glückliche Wendung, und ohne Anmassung darf ich hinzufügen, ich kann es noch als ein Verdienst der Regierung bezeichnen, dass die Sache so gemacht worden ist, dass der Krone der Vortheil der freien Initiative gelassen wurde, und dass die neue Ordnung der Dinge in Ungarn mit einem Ministerium begonnen werden konnte, welches, gestützt auf die grosse und nationale Majorität, ein gemässigtes, ein dynastisch gesinntes (Bravo! rechts), ein gut ungarisch, aber auch gut österreichisch gesinntes ist. (Beifall.)

Wenn ich hier von der Unvermeidlichkeit des endlichen Ausganges spreche, will ich ganz absehen von den unglücklichen Zwischenfällen, die sich zutrugen; ich sehe ab von dem unheilvollen Kriege und dessen traurigem Ausgange, von einem Frieden welcher Oesterreich die Anlehnung an Deutschland benahm, von der Schwäche die daraus hervorging, von der allgemeinen Muthlosigkeit die sich dann verbreitete; von dem Allem sehe ich ab. Was mir aber damals besonders entgegentrat und mir anschaulich wurde, das war Eines, das nämlich: wenn man mit einem Volke und einem Lande, welches seit Jahrhunderten Verfassung und Verfassungsleben mit der Muttermilch eingesogen hat, über Jahr und Tag über die Frage verhandelt, dass ihm und wie ihm seine Verfassung zurückzugeben sei, in diesem Lande, von dem Obersten bis zum Untersten herab — wie es auch der Fall war — die Ueberzeugung und Gewissheit Platz greifen musste, dass ihm seine Verfassung nicht vorenthalten werden könne und unverkümmert zurückgestellt werden müsse; und unter solchen Umständen ist es etwas nicht ganz Geringes, dass diese Sache sich so gestaltete, dass der ungarische Landtag nach Königgrätz mehr zugestanden hat, als er vor Königgrätz gethan hat.

Es mögen manche Details in diesen Verhandlungen wesentliche Lücken zeigen und gerechten Anfechtungen unterliegen; ich hatte, was die Details betrifft, damals diese Verhandlung nicht in erster,

sondern in zweiter Linie zu leiten. Ich lehne deshalb durchaus keine Verantwortung von mir ab, aber ich bewahre aus dieser Zeit die Anschauung und Ueberzeugung, dass eine spröde Haltung von unseren Seiten bessere Erfolge nicht erzielt, sondern den Abbruch zur Folge gehabt haben würde. Nach diesem Abbruch aber, meine Herren, hätte unvermeidlich ein Zustand eintreten müssen, zu dessen Aufrechterhaltung es noch anderer Mittel bedurft hätte, vielleicht, ja wahrscheinlicherweise, als Verfügungen der Central-Regierung und Beschlüsse der Reichsvertretung, wenn diese einberufen worden wäre. Ich bin gewiss kein Schwarzseher; Sie werden diese Eigenschaft noch nicht an mir bemerkt haben — wäre ich es, ich stünde gewiss nicht an diesem Platze; ich habe auch in anderen Verhältnissen des öffentlichen Lebens gezeigt, dass ich vor äussersten Extremen und Eventualitäten nicht zurücktrete und sie aufnehme; aber jede gewissenhafte Regierung muss in solchen Lagen danach fragen, ob eine extreme und anormale Lage zu vermeiden sei, und welche Kräfte sie habe, um ihr gegenüberzutreten? und wenn sie die Frage dahin beantwortet, dass die Lage zu vermeiden möglich sei und dass sie erstarken werde oder zu erstarken habe, so bleibt ihr keine andere Wahl zu treffen übrig, als diejenige, welche die Regierung getroffen hat.

Meine hochgeehrten Herren! Ich kann nur lebhaft wünschen, dass Sie auf das Gewissenhafteste und Strengste den Aufgaben nachkommen, welche die Adresse sich selbst gestellt hat, dass auf der Grundlage der eingetretenen neuen Verhältnisse die diesseitigen Interessen gewahrt werden, so viel es immer geschehen kann, aber treten Sie nicht wieder auf das Terrain des Wartens! Damit ist wenig zu erreichen! (Bravo! Sehr gut!)

Der europäische „Umgestaltungs-Prozess“, der wartet nicht, und die Reiche, die gegenüber ihm ihren Platz behaupten und befestigen wollen, sie müssen mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, nicht mit blossen Theorien und Wünschen. (Bravo! Gut!)

Und noch eine Bitte, meine Herren! Lassen Sie nicht etwas in Ihre Berathungen und in die Behandlung dieser Angelegenheiten eintreten, was ich so oft früher aus der Ferne in dem Vorgehen der kaiserlichen Regierung mit Schmerz beobachtete, weil ich wahrnehmen musste, dass die besten und edelsten Absichten damit vereitelt werden, und das ist das zum Prinzipe und zur Regel erhobene Misstrauen.

Misstrauen ist ein Gebot der Nothwendigkeit, aber als solches muss es erkannt werden, nicht aber die Basis sein des Vorgehens im

öffentlichen Leben. Und glauben Sie mir, nach meinen Erfahrungen werden Sie mit einem vorsichtigen, auf Reciprocität basirten Vertrauen gegenüber der ungarischen Regierung und dem ungarischen Landtage weiter kommen als mit einem zersetzenden Misstrauen.

Und lassen Sie mich noch eine Betrachtung daran knüpfen, die gewiss nicht unpraktisch ist und die nicht nur der Regierung die Absolution für die Vergangenheit erleichtern, sondern auch für diese Zukunft eine praktische Lehre sein soll.

Bald nachdem das Abkommen mit Ungarn getroffen war, ist bekanntlich der Luxemburger Konflikt ausgebrochen. Ich darf es wohl dankbar annehmen, dass selbst der Adressentwurf für die kaiserliche Regierung ein anerkennendes Wort enthält, ich darf diesen freundlichen Ausspruch als nicht ganz unverdient bezeichnen.

Nun aber, meine Herren, glauben Sie wirklich, dass eine vermittelnde Macht in einer solchen Frage ihren Zweck damit erreicht, dass sie in mehr oder weniger gelungenen Noten den streitenden Theilen die Vorzüge des Friedens und die Nachtheile des Krieges zu Gemüthe führt, oder dass sie den Zweck damit erreicht, dass sie vielleicht eine glückliche Form für den strittigen Punkt aufzustellen weiss? Nein, der Haupthebel liegt darin, ob der Staat, der vermittelt, ein Faktor in den Berechnungen des Krieges und Friedens für die streitenden Theile ist. (Bravo! Sehr richtig.)

Das hätten wir nun und nimmer erreichen können, wenn wir eine brennende, offene, innere Frage gehabt hätten, wie es noch vor wenigen Monaten die ungarische war. Und diesen Vortheil des getroffenen Ausgleiches bitte ich nicht gering anzuschlagen.

Ja, ich gehe weiter: ich muss aus vollster Ueberzeugung die Meinung aussprechen, dass, wenn die Sachen in der ungarischen Frage nicht so gestanden wären, wie sie eben gestanden sind, Oesterreich nicht nur nicht das dankbare Geschäft des Vermittlers überkommen hätte, sondern auch dass wahrscheinlich heute der Krieg schon ausgebrochen wäre, weil es eben hier als Faktor für die Berechnung des Krieges und nimmer in die des Friedens eingezogen worden wäre. Ich erlaube mir daher noch einige Worte der Entgegnung auf die Aeusserungen der geehrten Mitglieder aus Krain.

Es haben diese geehrten Herren in verschiedenen Richtungen sich zu Vertheidigern des gefallenen Systems gemacht. Ich erlaubte mir schon vorhin zu sagen, dass es nicht mein Beruf sei, das anzugreifen, was vor mir geschehen ist, also um so weniger einer Vertheidigung dessen, was vorher geschehen ist, entgegenzutreten, allein ich muss

doch entschieden widersprechen, wenn diese geehrten Herren zugleich darauf hindeuten, es bestehe auf Seite der Regierung gegen das slavische Element in Oesterreich, gegen die slavische Nationalität eine sehr fühlbare Abneigung, die sich als Tendenz dokumentire. Ich weiss sehr wohl, dass ich selbst nicht eine sehr beliebte Persönlichkeit beim slavischen Elemente für den Augenblick bin. (Heiterkeit.)

Ich beklage das sehr ernstlich, kann aber auch zugleich versichern, dass, was auch von dieser Seite geschehen möge, um diese Abneigung vielleicht hie und da zu dokumentiren, mich nie in der Objektivität meines Urtheils stören wird (Bravo! Bravo!); allein meine Herren, nur soll man nicht behaupten, dass umgekehrt auf Seite der Regierung oder irgend einer Persönlichkeit eine vorgefasste Meinung oder gar eine Abneigung besteht.

Man nannte die Auflösung der Landtage als Beweis dafür, dass man das slavische Element hätte entfernen wollen. Ja, meine Herren, wenn das der Gedanke der Regierung gewesen wäre, so hätte dieselbe den ersten Tag, wo das neue Regiment eingetreten war, anfangen müssen, die Landtage aufzulösen, um das zu thun; allein im Gegentheile, man liess die Landtage bestehen, und es war dem slavischen Elemente vollste Chance gegeben, hier in Wien zu erscheinen und eine Majorität zu bilden; dass es nicht davon Nutzen gezogen hat — ich habe es vielleicht nicht zu beklagen, oder wenigstens habe ich es Ihnen gegenüber nicht zu verantworten. (Bravo! Bravo! — Links grosse Heiterkeit.) Einer der geehrten Herren sprach davon, die Regierung habe Scheidewasser ausgegossen über den böhmischen Landtag. Ich weiss nicht, ob dies der richtige Ausdruck für Massregeln ist, die verfassungsmässig von der Regierung innerhalb der gesetzlichen Grenzen getroffen werden; das aber weiss ich, dass die Adresse, welche der Landtag an die Regierung brachte, ein Scheide*brief* war, nicht ein Scheide*wasser* (Bravo!), und die Regierung glaubte, es sei gut, diesen Scheidebrief den Landtagen aus den Händen zu nehmen. (Sehr gut! Bravo links.) Ich möchte aber recht sehr die geehrten Herren von dieser Seite (der Minister wendet sich zur Rechten) darauf aufmerksam machen, wie denn auch hier die thatsächlichen Verhältnisse liegen. Man hat lange geschrieben und gesprochen über die Art und Weise, wie sich schliesslich die Dinge gestalten würden; es wurde darüber viel geschrieben und gezweifelt, ob der sogenannte verfassungsmässige oder namenlose Reichsrath zu Stande kommen werde; er hat sich konstituirt, er wird sich konsolidiren und es wird sich eine konstitutionelle Regierung konsolidiren. (Bravo! links.) Das sollten die geehrten

Herren nicht vergessen und sollten weiter nicht vergessen, dass Wünsche und Hoffnungen, die sehr begreiflich sind, die aber nur entstanden, weil man sich von diesen verfassungsmässigen Zuständen entfernt hatte (Oho! rechts), dass diese Hoffnungen und Bestrebungen, denen ich eine gewisse Berechtigung ja nicht abspreche, nur dann allein Befriedigung finden können, wenn diese Elemente sich den verfassungsmässigen Zuständen wieder nähern, wenn sie hier in diesem Hause den Platz suchen, wo in offener loyaler Weise der Kampf ausgekämpft werden kann, wo jede Beschwerde vorgebracht werden kann. (Sehr wahr! im Centrum!) und, meine Herren, Sie haben erst heute einen Redner von dieser Seite (links) gehört, der auf das Wärmste für Ihre Rechte sich ausgelassen hat — wenn dieser Weg eingeschlagen wird, bin ich überzeugt, dass gleichwie die Regierung, was ich verbürgen kann, auch der hohe Reichsrath und das Haus der Abgeordneten namentlich Ihren Wünschen in der möglichsten Weise gerecht würde und jedenfalls mit Unparteilichkeit die vorgebrachten Beschwerden und Wünsche beurtheilen wird. (Bravo! links.)

Meine Herren! Ich muss Ihnen noch Eines zu Gemüthe führen. Für jede Beunruhigung der Gemüther, wenn sie von innen heraus kommt, wird die Regierung wie der Reichsrath ein aufmerksames, wohlwollendes Auge haben; für eine Beunruhigung der Gemüther aber, die von aussen hinein getragen wird, für diese wird die Regierung und die Reichsvertretung auch ein aufmerksames, aber ein strenges Auge haben. (Stürmischer Beifall von allen Seiten, Händeklatschen.)

Es hat einer der geehrten Redner gesagt: Soll denn die Nationalitätenfrage, die ganz Europa bewegt, an Oesterreich spurlos vorübergehen? Nun, meine Herren, ich glaube, dafür brauchen wir nicht zu sorgen (Heiterkeit); aber sorgen wir dafür, dass sie gefahrlos an Oesterreich vorübergehe!

Reichen wir die Hand der Versöhnung nach allen Seiten hin (Bravo links und im Centrum), und Europa wird uns danken, dass vielleicht Oesterreich es ist, welches die Nationalitätenfrage ihrer Hauptgefahr entkleidet und bewirkt, dass sie nicht mehr eine bewaffnete Beunruhigung, sondern ein Element der Beruhigung werde. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Zwei andere Reden, welche ich gegen Ende des Jahres 1867 in der ungarischen Frage gehalten und womit ich insbesondere einen scharfen Angriff Herbst's zu pariren hatte, befinden sich als Beilagen des Kapitels XIII. demselben angeschlossen. Ich möchte sie dem geneigten Leser empfehlen.

VIII. Kapitel.

1867.

Der Ausgleich mit Ungarn. — Fortsetzung des ausserordentlichen Reichsraths. — Konflikt mit Graf Belcredi. — Dessen Rücktritt. — Wiederinkraftsetzung der Februar-Verfassung.

Ich muss dem vorliegenden Kapitel die Bemerkung vorausschicken, dass ich dasselbe schon in den siebziger Jahren geschrieben, dasselbe aber später vervollständigt habe und darum für die volle Thatsächlichkeit des darin Erzählten einstehen kann.

Der ungarische Reichstag war am 19. November zusammengetreten und durch ein kaiserliches Schreiben benachrichtigt worden, dass Se. k. k. apostolische Majestät entschlossen sei, den Forderungen und Ansprüchen des Reichstages gerecht zu werden. Es waren demselben, wie im vorigen Kapitel erwähnt, die zu erledigenden gemeinsamen Angelegenheiten der Gesamtmonarchie bezeichnet und der Wunsch des Monarchen nahe gelegt worden, der Reichstag möge diese Vorschläge mit Unbefangenheit prüfen und den Mahnruf der Zeit nicht überhören. Die kaiserliche Regierung hoffte mit ziemlicher Zuversicht darauf, dass Déak und die Mehrheit zu einem Entgegenkommen geneigt seien, dagegen schienen Tisza und die Linke mit den Anerbietungen Sr. Majestät und des Staatsministeriums noch nicht zufrieden, weil noch nicht klar abzusehen war, ob der Föderalismus des Grafen Belcredi oder der von mir vertretene Gedanke des Dualismus die Oberhand gewinnen werde. Um aber beide Parteien möglichst zufriedenzustellen und die Vereinbarung mit der Landesvertretung in Ungarn zu einem möglichst baldigen Abschluss zu bringen, wurde unterm 17. November 1866 im Ministerrath unter Vorsitz des Kaisers und auf Antrag des Staatsministers, sowie des ungarischen Hofkanzlers ein Reskript beschlossen, welches auf die Wünsche des ungarischen Landtags noch weiter einging und nur vorbehielt Einheit der Armee und der auswärtigen Fragen, Gemeinsamkeit des Zollwesens und der Behandlung des Staatskredits und

die Wiederherstellung der Komitate u. s. w. Zugleich wurde die Errichtung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums in Aussicht gestellt. Wie bisher geschehen, acceptirte man das Dargebotene, ohne sich zufrieden zu geben.

Es war um Mitte Dezembers, als der Hofkanzler Majláth sich bei mir einfand, um mir zu eröffnen, der Kaiser wünsche, dass ich mich nach Pest begebe; Graf Belcredi sei damit nicht einverstanden und es sei für diesen eine Bürgschaft, wenn er, Majláth, mich begleite. Ich hatte dagegen keine Einwendung, um so weniger, als mir der Verkehr mit dem ebenso unterrichteten als liebenswürdigen Hofkanzler ein sehr angenehmer war, und ich nahm daran keinen Anstoss, dass ich mich gewissermassen unter polizeilicher Aufsicht fühlte. Wir verliessen Wien Abends und kamen früh in Ofen an, wo wir bei dem Tavernicus, Baron Senyey, abstiegen. Nach einigen Stunden brachen wir auf, um uns zu Fuss nach Pest zu begeben. Beim Verlassen des Zimmers bemerkte mir Majláth: „Ich sehe, Sie haben Ihren Hut genommen." — „Das pflege ich gewöhnlich zu thun," erwiderte ich, „wenn ich ausgehe." — „Ja, aber der Cylinder? Ich habe gesehen, dass Sie eine sehr schöne Pelzmütze besitzen." — „Mit Vergnügen," sagte ich, „wenn Ihnen diese lieber ist!" und so trat ich meinen Rundgang bei den Pester hochstehenden Persönlichkeiten mit einer Pelzkappe an. Majláth seinerseits war sofort nach der Ankunft in enge Hosen geschlüpft. Es war ein herrlicher Wintertag, der Ofener Berg aber mit Schnee und Eis bedeckt, so dass ich Gelegenheit hatte, mich an den glatten Boden zu gewöhnen.

Wir besuchten die Koryphäen der verschiedenen Nüancen, neben Eötvös auch Cziraki und Georg Apponyi, zuletzt auch Déak. Ich kann nicht sagen, dass ich dort einen sehr entgegenkommenden Empfang fand, seine Ausdrucksweise war eher schroff, aber er war nicht abstossend in seinem Benehmen und sehr offen in seinen Ausführungen. Im Fortgehen sagte mir Majláth: „Sie werden ihn nicht allzu artig gefunden haben." — „Doch," er-

widerte ich, „er hat mir selbst meinen Paletot angezogen.“ — „O,“ entgegnete Majláth, „das ist sehr viel.“

Abends war Diner bei Senyey. — Andrassy, Lonyay und Eötvös sassen mir gegenüber und ich merkte, dass ich Gegenstand scharfer Beobachtung war. Ich bestand darauf, dass wir noch mit dem Nachtzuge nach Wien zurückkehrten und unser Aufenthalt sich nicht über den einen Tag hinaus erstrecke, damit nicht in den Blättern von Verhandlungen gefaselt werde. Wir verliessen daher nach dem Diner das Haus des Tavernicus, dessen durch die Liebenswürdigkeit der schönen Hausfrau erhöhte Gastlichkeit mir unvergesslich geblieben ist.

Im Allgemeinen gesprochen, hatte mir die Aufnahme bei meinem ersten Erscheinen in Ungarn die Besorgnisse Majláth's wegen Teleki nicht bestätigt. Zuvor war im „Pesti Napló“ ein bemerkenswerther Artikel erschienen, welcher erklärte, „das letzte Reskript deshalb mit Vertrauen aufnehmen zu wollen, weil ich eingetreten sei, ein Mann, an dessen Namen die Sympathien und Hoffnungen der Völker sich knüpften.“

Am nächsten Morgen, alsbald nach unserer Rückkehr, wurde ich zum Kaiser berufen. Seine Majestät war ungeduldig, meine Eindrücke zu vernehmen. Ich erlaubte mir, dieselben in folgende Worte zu fassen: „Ich sehe, seit ich hier bin,“ sagte ich dem Kaiser, „nichts als einen vergeblichen Wechsel von Reskripten, die nach Pest gehen, und von Resolutionen und Adressen, die von Pest kommen. Auf diesem Wege kommen Eure Majestät nicht vorwärts. Eure Majestät sind entschlossen und haben es ausgesprochen, unter gewissen Voraussetzungen ein ungarisches Ministerium zu ernennen. Auch die Männer, die es bilden sollen, haben Eure Majestät bereits gewählt. So lassen Eure Majestät diese Männer kommen, damit wir mit ihnen hier unterhandeln.“ Diesem Rath gab der Kaiser Folge und so wurden Andrassy, Eötvös und Lonyay nach Wien eingeladen. Dies war der Anfang, ich darf sagen, der entscheidende Anfang des endlichen Ausgleichs, und in den Jahren 1867 und 1868 hat mir Andrassy

mehr als einmal gesagt: „Wären Sie nicht gekommen, hätten wir nie den Ausgleich zu Stande gebracht.“

Es fanden nun die Unterhandlungen mit den genannten ungarischen Persönlichkeiten statt; sie wurden abwechselnd im Ministerium des Aeussern und jenem des Innern abgehalten. Ich, welcher erst zwei Monate früher nach Oesterreich gekommen war, konnte wohl gewissermassen als diplomatisches Mitglied der Konferenz den Abschluss der Verhandlungen durch mein Eingreifen fördern, allein die Hauptaufgabe dabei fiel dem Staatsminister zu. Ich sprach mich dafür aus, dass der Handelsminister Baron Wüllersdorff und der Vertreter des Finanzministeriums, Baron Becke — damals war er noch nicht Minister — zugezogen würden. Graf Belcredi wollte es nicht. Wir kamen zu einem Abschluss und es wurde das Abkommen getroffen, dass, wenn das Elaborat der Fünfzehner-Kommission in entsprechender Weise modifizirt und dann in der Siebenundsechziger-Kommission angenommen wurde, das ungarische Ministerium ernannt und sobald dasselbe Seitens des Plenums angenommen sei, die Krönung folgen werde.

Während solchergestalt am ungarischen Ausgleich gearbeitet wurde, hatten die Dinge in der westlichen Reichshälfte ebenfalls eine neue Wendung genommen.

Der Zustand der Verfassungs-Sistirung, den ich vorfand, war mir in der That in hohem Grade zuwider; parlamentarisches Leben war mir wie Licht und Luft. — Unerträglich aber wurde mir dieser Zustand, als noch im Laufe des November 1866 die 17 Landtage zusammentraten. Das „Charivari“, welches die gleichzeitige Diskussion der allgemeinen politischen Fragen in Wien, Prag, Brünn und Innsbruck zum Besten gab, war für mich mehr belehrend als verstimmend[1]), wogegen ein Vorkommnis

[1]) Der „Figaro“ hatte eine sehr hübsche Zeichnung. Auf dem Ballplatz spielten 17 Leiermänner, unter denen Palacky und Kuranda erkennbar waren. Am Fenster aber stand ich, hielt mir die Ohren zu und rief: „Ei Herrjeses, so was is mer doch in Dräsen nich vorgekommen!“

im niederösterreichischen Landtag, als der verstorbene Mühlfeld ganz unmotivirte und gewissermassen anticipirte Ausfälle gegen mich wagte, mir ein geduldiges Zusehen unmöglich machte. Ich selbst hatte nicht die Möglichkeit gehabt zu repliziren, der Statthalter dagegen hatte die grossartige Antwort, „er könne nichts sagen, da es sich um Abwesende handle." Nach diesem Vorgang erklärte ich Graf Belcredi sehr bestimmt, dass ich an Angriffe gewöhnt, aber auch gewöhnt sei, nicht Andere für mich eintreten zu lassen und ich auf die Einberufung des Reichsrathes dringen müsse und nicht gewillt sei, dieses Verhältnis zu ertragen.

Es reihten sich hieran wiederholte Besprechungen und das Endresultat war die Einberufung eines ausserordentlichen Reichsrathes. Man hat diesen als Verfassungs-Verletzung bezeichnet, ich meinestheils zog einen anfechtbaren Reichsrath einem abwesenden vor.

In aller Aufrichtigkeit gesprochen, hatte ich anfangs den damaligen Vorwurf der Verfassungsverletzung nicht zu verstehen vermocht. Nachdem einmal die Sistirung seit Jahr und Tag der faktische Zustand war, und zwar, wie dies der Name andeutete, ein provisorischer Zustand, der einer definitiven Lösung weichen sollte, konnte ein zur Berathung hierüber einberufener Reichsrath — denn so nur hatte ich ihn verstanden — doch nicht einem Staatsstreich gleichgeachtet werden. Allerdings war diese Auffassung durch eine Enunziation der Regierung verstärkt worden, nämlich durch einen Artikel, der in der „Wiener Zeitung" ohne mein Vorwissen erschienen war; ich sage nicht etwa, hinter meinem Rücken, denn ich war in jenen Tagen, wo er geschrieben wurde, in Dresden, wohin ich zum ersten Mal wieder nach dem Aufbruch von 1866 auf kurze Zeit gekommen war. Dieser Artikel führte meines Erachtens in ziemlich spitzfindiger Weise das Thema aus, dass nur der weitere Reichsrath der kompetente sein würde, derselbe weitere Reichsrath welchen man selbst durch die Verhandlung mit der renitenten ungarischen Vertretung zu einer Unmöglichkeit gemacht hatte, und dass in Folge dessen nicht, wie man hätte folgern können, der engere Reichsrath der zu be-

rufende, sondern der nicht zu berufende sei, wobei zugleich der Wahlmodus für nicht obligatorisch nach dem „Februar-Statut", sondern für fakultativ erklärt wurde. So kam es denn, dass die Stimmung mit jedem Tage entschiedener gegen den ausserordentlichen Reichsrath laut wurde. Sie gab sich in der Wiener Bevölkerung so vernehmlich zu erkennen, dass, wie ich mich dessen sehr wohl entsinne, einer der Koryphäen des böhmischen Landtags mir erklärte: „man müsse sich sehr besinnen, ob man unter solchen Umständen nach Wien kommen und sich Skandalen aussetzen solle." Inzwischen waren es nicht Erscheinungen dieser Art, welche mich veranlassten, für die Einberufung des engeren Reichsrathes einzutreten. Es lag nicht in meinen Gewohnheiten, mich vor einer Aktion zurückzuziehen, sobald dieselbe Widerstand findet; wäre dies der Fall gewesen, würde ich im Mai 1849 angesichts des Aufstandes und eben so wenig in der Zollvereins-Krise von 1852 Stand gehalten haben, und die sächsische Armee würde nicht 1850 die Avantgarde der österreichischen gewesen sein und nicht 1866 an deren Seite gefochten haben. Was mich dazu bestimmte, war das Gefühl der Verpflichtung gegen die ungarischen Abgesandten, welche das getroffene Uebereinkommen in Ungarn durchzubringen übernommen hatten und es unter dem heilsamen Druck Déak's auch erreichten.

Graf Belcredi nahm einen anderen Standpunkt ein als ich; für ihn war das von ihm gegengezeichnete Manifest vom 20. September 1865 massgebend, welches das gleichgewichtige Votum der übrigen Königreiche und Länder vorbehalten hatte. Nun konnte freilich dieses gleichgewichtige Votum dem schwerwiegenden Votum des ungarischen Landtags am wirksamsten das Gleichgewicht halten, wenn die Verfassung nicht sistirt und der Reichsrath nicht in zeitlichen Ruhestand versetzt worden wäre — was in meiner oben citirten Rede in schonender Form angedeutet war — denn das war ja gerade die bedenklichste Seite der Sistirung, dass man während der Verhandlungen den Reichsrath in Wien verschwinden liess, welcher für die Regierung das beste

Pressionsmittel gegen Ungarn war. Hätte man ihn nicht entfernt, so wäre es gar nicht möglich gewesen, 1865 so weit zu gehen, als man ging — prinzipielle Anerkennung der 1848er Verfassung und Verweisung der Staatsschuldfrage auf den Weg der Verhandlung anstatt der pragmatischen Theilung.

Der nun in Aussicht stehende ausserordentliche Reichsrath, welcher für Böhmen, Mähren und Krain aus nationalen Majoritäten hervorgehen musste, liess die unbedingte Annahme schon deshalb nicht erwarten, weil der reine Dualismus den vorwiegenden Aspirationen nicht zusagen konnte.

Ich bin weit entfernt zu glauben, dass es der Hintergedanke Graf Belcredi's bei dem Abschluss mit den ungarischen Delegirten gewesen sei, sich mit dem ausserordentlichen Reichsrath eine Hinterthür offen zu halten; dagegen war ihm der Reichsrath eine Beruhigung, und man wusste dies recht gut in den Kreisen, von wo die Verwerfung oder bedingte Annahme zu erwarten stand.

Ich meinestheils ging davon aus, dass die Regierung, nachdem die ungarischen Abgesandten die Aufgabe der Durchführung übernommen hatten, was unter dem heilsamen Druck Déak's auch gelang, verpflichtet sei, die unbedingte Annahme ebenfalls durchzusetzen und dies mit dem engeren Reichsrath möglich sei, indem man an seine Billigkeit appellire und sich darauf stütze, dass mit dem Ausgleich zugleich die Verfassung wieder in Wirksamkeit trete, eine Berechnung, die auch nicht getäuscht hat.

Zwischen mir und Graf Belcredi hat, wie mir erst gelegentlich einer späteren Korrespondenz anschaulich wurde, damals offenbar ein Missverständnis obgewaltet, wobei ich die *bona fides* eben so für mich beanspruche, wie ich sie ihm zuerkenne. Seiner Auffassung zu Folge wäre der Vorbehalt der reichsräthlichen Amendirung ein *Sous-entendu* und von den ungarischen Herren gekannt und acceptirt gewesen. Mir gegenüber haben die ungarischen Herren und insbesondere Graf Andrassy sich im umgekehrten Sinne geäussert. Man muss sich inzwischen den nicht nur wahrscheinlichen sondern sicheren Verlauf vergegenwärtigen,

welchen die Dinge bei der Verwirklichung der ersteren jener beiden Auffassungen genommen haben würden. Sehen wir davon ab, dass Déak sich wohl schwerlich dazu verstanden hätte, eine alsdann so unreife und unsichere Proposition durchzubringen; betrachten wir die Lage der Dinge diesseit der Leitha. Dass *a priori* nur die bedingte Annahme vom ausserordentlichen Reichsrath zu hoffen war, erwähnte ich bereits. In diesem Fall gab es zwei Auswege: entweder erneute Verhandlungen mit Ungarn oder Schliessung des ausserordentlichen Reichsraths und Aufforderung der Landtage, neue Wahlen vorzunehmen und neue Delegirte zu entsenden, denn der Begriff der Auflösung war bei einer Versammlung, die verfassungsmässig nur eine berathende, nicht aber eine beschliessende sein konnte, nicht anwendbar. Bei der Agitation, die nicht ausbleiben konnte, hätte diese Berufung an die Wähler zu dem Zweck unbedingter Annahme nichts genützt, während andererseits es wohl niemand geben wird, welcher eine nochmalige, die ursprüngliche Vorlage ändernde Proposition von Seiten des ungarischen Landtags (Reichstags) für möglich gehalten haben würde. So wäre man dann glücklich wieder bei dem Zustand angelangt, welchem seit meiner Pester Reise ein Ziel gesetzt war — Reskript hinunter, Adresse und Beschlüsse herauf und Aussichtslosigkeit in Permanenz.

Meine Auffassung gelangte schliesslich zur Geltung, und das war der zweite Ruck, mit dem ich dem Ausgleich zur Wirklichkeit verhalf. Die Annehmlichkeiten, die mir persönlich daraus erblühten, dürften die dem gegenwärtigen Kapitel angefügten Beilagen anschaulich zu machen geeignet sein.

Die übrigen Minister, mit denen ich Rücksprache hielt, theilten vollkommen meine Anschauung der Dinge, und doch waren zwei derselben, der Justizminister und der Handelsminister, bei dem September-Manifest betheiligt. Am entschiedensten trat der Kriegsminister Baron John auf meine Seite [1].

[1] Zu den Erfindungen, welche sich in den Memoiren des Ritters von Meyer finden, gehört auch die Erzählung, Baron John, den ich aus dem

Weit entfernt aber, das Ausscheiden des Grafen Belcredi zu wollen oder zu wünschen, habe ich mich in Vorträgen an Seine Majestät bemüht, die Möglichkeit seines Verbleibens bei Einberufung des engeren Reichsrathes darzulegen. Die Dinge mussten endlich zur Entscheidung kommen. In einem unter Vorsitz des Kaisers stattfindenden Ministerrath, welcher vier Stunden währte, hatte ich allein — denn meine verehrten Kollegen widersprachen mir nicht, thaten aber auch nicht mehr — dem mir überlegenen Grafen Belcredi Stand zu halten; ich sage überlegen, denn nicht allein hatte er den Vortheil genauer Detailkenntnis, sein Plaidoyer war auch eines der brillantesten, die ich je gehört. Als der Kaiser ohne sich auszusprechen uns entliess, war mein Eindruck der der Niederlage. Ich begab mich in mein Arbeitszimmer ins Ministerium zurück und überliess mich meinen Gedanken, welche sich in die wenigen Worte fassen liessen: „Also auch mit dem österreichischen Dienste ist es vorbei," denn die Dinge waren so weit auf die Spitze getrieben, dass ich im Fall des Unterliegens unmöglich wurde. So blieb ich lange Zeit sinnend, als der Thürhüter ein kaiserliches Schreiben überbrachte; es lautete: „Setzen Sie den Erlass an die Landtage nach Ihren Vorschlägen auf."

Am nächsten Tage war ich Ministerpräsident. Das Reskript an die Landtage, mit dessen Abfassung ich betraut war, hatte seine Schwierigkeiten, denn es war nicht leicht, eine solche Einkleidung der Motivirung zu finden, wobei die Umkehr unter Schonung des kaiserlichen Ansehens sich vollzog. Ich glaubte dieser Aufgabe am besten zu genügen, indem ich neben dem Reskript, das im Namen der Regierung erfolgte, eine persönliche Mittheilung an die Statthalter richtete. Ersteres schloss mit der

---

Ministerium gedrängt, habe mir beim Abschied gesagt: „Ich gehe, aber Sie werden gegangen werden." Unser Verhältniss hat nie aufgehört, dasjenige des besten Einvernehmens zu sein. Mit seiner Ersetzung durch Baron Kuhn hatte ich nicht das Mindeste zu thun gehabt, wie er es wohl wusste; die Veranlassung waren Differenzen, die mich gar nicht angingen.

Erklärung. dass Seine k. k. apostol. Majestät zu verordnen geruht haben, dass von der Einberufung eines ausserordentlichen Reichsrathes abzukommen sei, der verfassungsmässige Reichsrath am 18. März in Wien zusammentrete und dass demselben diejenigen Verfassungsänderungen, welche mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn sich als nothwendig herausstellen, zur Annahme vorgelegt werden.

Zugleich wurden Gesetzentwürfe über die Entsendung von Abgeordneten in den Berathungskörper für die gemeinsamen Angelegenheiten, nicht minder über die Fortbildung der konstitutionellen Befugnisse der Westhälfte des Reichs durch ein Gesetz über Ministerverantwortlichkeit und Modifizirung des § 13 des Februar-Patents, sowie auch in Folge der wiederholt in den einzelnen Landtagen laut gewordenen Wünsche durch eine Vorlage zur Erweiterung der verfassungsmässigen Autonomie der Länder, endlich der Entwurf eines Gesetzes über die neue Wehrverfassung angekündigt.

Der von mir persönlich ausgehende und von mir selbst konzipirte, in der „Wiener Abendpost“ publizirte Erlass an die Statthalter lautete wie folgt:

Der Minister-Präsident an die Statthalter!

Euer ...... Die an den Landtag gerichtete Mittheilung der königlichen Regierung, welche ich Euer ...... in der Anlage zugehen lasse und welche Sie zur Kenntnis des ...... Landtages zu bringen haben, spricht sich über die Auffassungen und Absichten der Regierung in so unzweideutiger Weise aus, dass es wohl kaum einer besonderen Instruktion bedarf, um Sie in den Stand zu setzen, sich bei den Verhandlungen des Landtages in ihrem Sinne zu äussern.

Euer ...... werden in meiner wichtigen Würdigung des Inhalts dieses Erlasses die Ueberzeugung schöpfen und Sie werden die Ueberzeugung zur Geltung bringen, dass der von der Regierung eingeschlagene Weg nicht die Bedeutung einer Schwenkung im gewöhnlichen Sinne des Wortes hat, sondern dass die Regierung, in gewissenhafter Erkenntnis der aus der Entwicklung der Dinge hervorgehenden Lage, den Anforderungen und Konsequenzen derselben gerecht wird.

Sie verleugnet nicht die Vergangenheit, aber sie will dieselbe nicht zur unabänderlichen Richtschnur für die Behandlung der Gegenwart gemacht wissen. Die Frucht der Sistirung ist der Ausgleich mit Ungarn; dieser soll festgehalten, durch die Zustimmung der übrigen Theile der Monarchie besiegelt und beiderseits durch loyale und verständige Ausführung zu einem nutzbringenden werden. Zugleich aber soll der mit der Sistirung verbunden gewesene Nachtheil der Unterbrechung verfassungsmässiger Zustände in den cisleithanischen Ländern fortan schwinden. Die Regierung geht von der Ansicht aus, dass sie nicht einseitig darüber urtheilen darf, ob und in wie weit die Verfassung durch Schwierigkeiten, die ihre Entwicklung im Gefolge hatte, in ihrem Bestande gelitten hat oder nicht. Sie kann keinen andern Weg einschlagen, als die durch die Verfassung eingesetzte Vertretung einzuberufen und in Gemeinschaft mit ihr die Verfassungsfrage endgiltig zu regeln.

Wissen die Landtage diesen Standpunkt zu würdigen, so werden sie auch anerkennen, dass dem Vorgehen der Regierung auf dem jetzt betretenen Wege jede Parteilichkeit ferne liegt, dass weder eine Bevorzugung noch eine Beeinträchtigung irgend welcher Art in ihrer Absicht gefunden werden kann. Ihr Bestreben ist ein nach allen Seiten versöhnliches, aber sie wird sich mit Festigkeit auf den gegebenen verfassungsmässigen Boden stellen und nur auf diesem jenem Gedanken der Versöhnung Folge geben. Indem die Regierung dem Reichsrathe die mit Rücksicht auf den Ausgleich mit Ungarn nothwendig werdenden Verfassungsänderungen zur Annahme vorlegt, weist sie die Voraussetzung zurück, dass sie demselben das Recht der freien Zustimmung verkümmern wolle. Aber sie vertraut dem patriotischen und einsichtsvollen Geiste der berufenen Vertretung, welche sich der Erkenntnis nicht verschliessen wird, wie viel Oesterreich bei einem Abschlusse der bisherigen unsicheren und schwankenden Zustände zu gewinnen, und wie viel es bei einer Fortsetzung und einer Vermehrung dieser Unsicherheit zu verlieren und zu befürchten hat, dass jeder gerechte Anspruch nur in einem wiedererstarkten Oesterreich seine Befriedigung finden kann.

Empfangen Euer etc.

Wien am 11. Februar 1867.

Beust m. p.

So und nicht anders war der Verlauf der Dinge bei der Rückkehr zum verfassungsmässigen Reichsrathe. Es gab der

Mühen, der Sorgen und der Kämpfe nicht wenig, und, wohl darf ich es sagen, denn es ist die geschichtliche Wahrheit, ich war es, der allein sich mühen, der sorgen und der kämpfen musste und der kämpfte mit Einsatz seiner Stellung. Und heute! Wie schnell doch in unseren Tagen das Vergessen und — ungern spreche ich das harte Wort aus — das Verleugnen dahinschreitet!

Zu Anfang des gegenwärtigen Kapitels habe ich hervorgehoben, dass ich dasselbe bereits in den siebziger Jahren niederschrieb, es aber später noch vervollständigte. So geschieht es auch, dass ich den Schluss des Kapitels erst jetzt unmittelbar nach der Feier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Februarverfassung hinzufüge. Liest man nicht nur die Zeitungsartikel, sondern auch die Reden, zu welchen diese Feier Anlass gab, liest man dort von der Episode der Rückkehr zu dieser Verfassung, sollte man da nicht meinen, ich sei zu jener Zeit gar nicht in Oesterreich, oder ich sei ein unsichtbarer unthätiger Zuschauer gewesen? Ich beschränke mich auf Erwähnung dessen, was in der grossen und schwungvollen Rede gesagt war, welche ein ausgezeichnetes Mitglied des Abgeordnetenhauses bei der von dem Wiener Bürgerverein veranstalteten Feier hielt. Dort lese ich: „Da aber erwachte der Widerstand der Verfassungspartei, sie lehnte die Mitwirkung an dieser ungesetzlichen Körperschaft ab (dem ausserordentlichen Reichsrath),“ und weiterhin: „Die Sistirungspolitik hatte die schmählichste Niederlage erfahren und die Rückkehr zu verfassungsmässigen Zuständen war wieder der einzige Weg. So trat 1867 der legal gewählte Reichsrath wieder zusammen.“

Diese Darstellung bietet nicht allein ein unvollständiges, sie bietet sogar ein nicht treues Bild dessen, was damals vor sich ging. Wohl regte sich der Widerstand der Verfassungspartei, und diese Regung wurde für mich der Impuls zum Handeln; von einer Ablehnung der Beschickung des ausserordentlichen Reichsrathes, welche gewiss in der Absicht der Mehrheit in der Verfassungspartei lag, konnte inzwischen erst beim Zusammen-

tritt des ausserordentlichen Reichsrathes die Rede sein, welcher bekanntlich unterblieb. Dass für das Ministerium die Rückkehr zu verfassungsmässigen Zuständen der einzige Ausweg sei, kann ich eben so wenig zugeben. Graf Belcredi war durchaus nicht gesonnen, sich von der Einberufung des ausserordentlichen Reichsrathes abhalten zu lassen, um so weniger als er den Widerstand der Deutschen auf meine Rechnung stellte. In dem Ministerrath, dessen ich gedachte, machte er die Mittheilung, dass er in der allerletzten Zeit von verlässiger Seite vernommen, die Deutschen würden doch kommen, und dass in dieser Richtung vereinzelte Anknüpfungen stattgefunden hatten, ist mir damals auch zu Ohren gekommen. Gewiss ist, dass Graf Belcredi nicht seine Sache, nämlich den Zusammentritt des ausserordentlichen Reichsrathes, in dem am Tage vor seinem Rücktritt abgehaltenen Ministerrathe mit solcher Entschiedenheit und dem Aufgebot solcher Kraft vertreten haben würde, wenn es seine Absicht gewesen wäre, denselben aufzugeben. Vielmehr ging diese, wenn ich ihn recht verstanden habe, dahin, in den Fällen der Weigerung die Landtage zu nochmaliger Entsendung von Delegirten aufzufordern und es selbst auf einen anfangs unvollständigen Reichsrath ankommen zu lassen. Ob in diesem Fall ein allmähliches Nachrücken der augenblicklich Ferngebliebenen ausser aller Wahrscheinlichkeit gelegen haben würde, möchte ich stark bezweifeln, zumal Eines dabei nicht zu übersehen ist: Die dem ausserordentlichen Reichsrathe, wie weiter oben ausgeführt wurde, stillschweigend zugewiesene Aufgabe, die an Ungarn gemachten Zugeständnisse einzuschränken, wäre selbst für die Deutschen ein mächtiger Magnet gewesen. Dass dieser Weg mich nicht zum Ziele führen konnte, dass solchenfalls die Verständigung mit Ungarn auf lange Zeit hinausgeschoben, ja vielleicht unmöglich geworden sein würde, die Verfassungsfragen in der Westhälfte des Reiches aber dann nicht nach dem Geschmack der Verfassungspartei ihre schliessliche Lösung gefunden hätten, ist auch meine Meinung, und ich habe sie weiter oben umständlich entwickelt; aber nur sage man

nicht, es sei kein anderer Ausweg geblieben, als sofort zur Februarverfassung zurückzukehren.

Dass dies geschah, war mein Werk, denn mit dem Erwachen des Widerstandes der Verfassungspartei war man nicht über den Berg.

Wie oft aber musste ich den Vorwurf vernehmen, dass mein vorzeitiges Dazwischentreten eine erfolgversprechende Aktion gestört habe.

Der Redner, von dem ich soeben gesprochen, ist ein mir nicht allein wohlwollend gesinnter, er ist ein mir befreundeter Mann, und um so deutlicher zeigt sich, dass er, der, wie ich nicht unerwähnt lassen darf, zur Zeit als jene Wandlung sich vollzog, gar nicht in Wien, sondern im Ausland sich befand, daher die damaligen Vorgänge nicht aus eigener Anschauung kennen konnte, in seinen jetzigen Aeusserungen nur jener Auffassung Worte lieh, die sich allmählich in der Verfassungspartei eingebürgert hat — *in majorem gloriam.*

Man glaube nicht, dass Bitterkeit meine Feder leitet. Wenn ich von Erlebtem spreche, kann ich nur das berichten, was ich erlebte, nicht das was ich nicht erlebte. Am wenigsten möchte ich mit den letzten Bemerkungen zu der Missdeutung Anlass gegeben haben, als seien die gelegentlich jener fünfundzwanzigjährigen Gedächtnisfeier Schmerling dargebrachten Huldigungen für mich ein Gegenstand der Missgunst gewesen. Niemand kann sich ihnen aufrichtiger angeschlossen haben als ich. Es gibt in Oesterreich Keinen, den ich höher schätzte und mehr verehrte als ihn. Nie konnte ich, was ich so gern gethan hätte, ihm einen Dienst erweisen; in politischer Beziehung habe ich wohl seiner Schöpfung wieder aufgeholfen, aber auch mit dem Ausgleich seine Sympathien auf harte Probe gestellt, und gleichwohl habe ich zu allen Zeiten in ihm den gleichen treuen und theilnehmenden Freund gefunden und seine Anerkennung hat mich für manches Verkanntwerden entschädigt.

Beilage zu Kapitel VIII.

Ausserordentlichen Reichsrath und Ausgleich mit Ungarn betreffend.

In der Zeit als ich Botschafter in London war, es war bald nachdem Herr von Tisza die Leitung der Regierung in Ungarn übernommen hatte, geschah es, dass ein etwas vorlauter Legations-Sekretär ein in ungarischer Sprache abgefasstes, an die Botschaft gelangtes Schriftstück mit der Aufschrift „unverständlich" zurückleitete. Es befand sich zu jener Zeit kein Ungar bei der Botschaft. Im Verfolg dessen richtete der ungarische Minister-Präsident an das gemeinsame Ministerium des Aeussern einen Erlass, dessen ungemeine Schärfe mit der Bedeutung der Sache ausser Verhältnis stand, sich aber ganz besonders gegen meine Person zuspitzte. Dieser Erlass wurde mir zugefertigt und gab mir Anlass zu der nachstehenden Replik:

Euer Excellenz bekenne ich den Empfang der hohen Depesche vom 4. d. M., die stattgefundene Zurücksendung eines in ungarischer Sprache an diese k. u. k. Botschaft gerichteten Schreibens betreffend.

Es scheint, dass ein ausführlicher Bericht, welchen ich in Folge hohen Reskriptes Eurer Excellenz vom 15. v. M. zur Erklärung und Entschuldigung dieses Vorganges unterm 21. v. M. zu erstatten die Ehre hatte, Hochdenselben nicht vorgelegen hat. Ich muss dies insbesondere daraus entnehmen, dass Euer Excellenz mich zu Einsendung der vermissten literarischen Werke anweisen, während ich zu melden gehabt hatte, dass diese Werke gar nicht bei der Botschaft sich befinden. Der erwähnte Bericht kann nicht wohl in Verlust gerathen sein, da er mit periodischem Kurier befördert wurde. Ich darf hoffen, dass Euer Excellenz nach dessen Einsicht den fraglichen Vorgang in einem mildern Lichte ansehen dürften. Der genaue Wortlaut des bei der Zurücksendung von Graf Montgelas erlassenen Schreibens ist, wie ich bereits in jenem Berichte bemerkte, weder ihm noch mir gegenwärtig. Sollte in der Form gefehlt worden sein, so hat der genannte Beamte dies aufrichtig zu beklagen, zur Entschuldigung dürften jedoch die in dem Berichte angeführten Umstände gereichen.

Wie aber nach Inhalt der hohen Depesche eine Ausserachtlassung der Gleichberechtigung der ungarischen Behörden daraus hat gefolgert werden mögen, ist mir nicht erfindlich. Denn abgesehen davon, dass, wie dies in meinem Berichte vom 21. Mai hervorgehoben wurde, es

für den der ungarischen Sprache nicht Mächtigen schwer war, den Charakter einer behördlichen Zuschrift zu entdecken, so würde ja Gleiches geschehen sein, wäre eine Zuschrift in polnischer, czechischer oder slovenischer Sprache an die Botschaft gelangt. Das durfte doch jedenfalls angenommen werden, dass der betreffende Beamte aus keinem andern Grunde die Zuschrift zurücksandte, als weil sie ihm eben unverständlich war, nicht aber deshalb, um eine demonstrative Handlung zu begehen.

Kann es endlich mir selbst nur zu tiefem Bedauern gereichen, wenn, wie die hohe Depesche es mir zu erkennen gibt, eine von der Botschafts-Kanzlei ausgegangene Expedition bei dem königlich ungarischen Ministerium einen peinlichen Eindruck hervorgebracht hat und das Ansehen der gemeinsamen Organe zu schädigen geeignet gewesen ist, so wollen Euer Excellenz mir die gehorsamste Aeusserung nachsehen, dass die Art und Weise, wie der ganze Vorgang Seitens des königlich ungarischen Ministeriums behandelt wurde, unter den schmerzlichen Erfahrungen meines Lebens nicht die letzte Stelle einnimmt.

Bei der Begründung jener staatsrechtlichen Formen, gegen welche ein Verstoss in so herber Weise gerügt wurde, beanspruche ich keinen andern Antheil, als den, welchen man mir zuzusprechen geneigt ist, und ich bescheide mich, wenn die Ansichten darüber, die acht Jahre früher in Wort, Schrift und That Ausdruck fanden, heute vielleicht anderen Anschauungen gewichen sind. Was aber mir gegenwärtig geblieben ist, das sind die Anfechtungen und Anfeindungen, die ich wegen dieses Antheils zu ertragen hatte; das sind die Mühen und Sorgen, die mich die Erfüllung der von mir in loyaler Weise eingegangenen und gehaltenen Verpflichtung kostete, den Ausgleich in der westlichen Hälfte der Monarchie zur gesetzlichen Annahme zu bringen; das sind die Kämpfe in den Reichsraths-Ausschüssen, die mit einer Plenar-Sitzung endigten, in der ich die Opposition des stärksten Debattors im Abgeordnetenhause mit Erfolg zu bestehen so glücklich war.

Gestatten mir aber Euer Excellenz diesen Rückblick, dann werden Hochdieselben auch den Gedanken nicht vermessen finden, dass für das königlich ungarische Ministerium der Name dessen, der an der Spitze der Botschaft steht, eine genügende Bürgschaft für die Unabsichtlichkeit und Zufälligkeit, ja ich darf sagen Bedeutungslosigkeit des ganzen Vorganges darbot, und dass um dieses Namens willen man wohl Anlass hatte, damit weniger streng umzugehen. Wenn die königlich ungarischen Herren Minister einen Blick in das seiner Zeit

auch im ungarischen Amtsblatt veröffentlichte Allerhöchste Handbillet vom 24. Dezember 1867 werfen wollten, so würden dieselben finden, dass ich mit Obigem nicht zu viel gesagt habe, und darin die beste Antwort auf eine mögliche Interpellation erkenne.

Zur Erledigung der hohen Depesche habe ich sofort den k. u. k. Konsul in Edinburgh aufgefordert, Nachforschungen über die behauptete Absendung anzustellen, und werde ich unvergessen sein, deren Ergebnis einzuberichten.

Nicht minder wird die Botschaft sich die Weisung gegenwärtig halten, welcher zu Folge künftighin Zuschriften ungarischer Behörden in ungarischer Sprache behufs Ermittlung des Inhalts an das königlich ungarische Ministerium am Allerhöchsten Hoflager geleitet werden sollen. Ich gestatte mir jedoch zu bemerken, dass einige befreundete Mitglieder der hiesigen ungarischen Kolonie sich mir zu Besorgung einer Uebersetzung im eintretenden Bedarfsfall zur Verfügung gestellt haben und, sofern Euer Excellenz mich zur Benützung dieses Anerbietens ermächtigen wollten, hiemit ein kürzerer Weg gewählt werden könnte.

Hatte ich in solcher Gestalt den ungarischen Dank für meine Ausgleichsfreundlichkeit zu quittiren, so sollte sie mir bald darauf auf österreichischer Seite heimgezahlt werden. Im Jahre 1877 hielt Baron Kellersperg[1]) im Reichsrath eine fulminante Rede gegen den Ausgleich, in welcher auch die Worte vorkamen: „Es ist vor einem Jahre ein Mann aus den Reihen der Vertretungen geschieden, es ist dies Anton Graf Auersperg, und erinnern Sie sich noch jener Rede, wo er in echt österreichischem Patriotismus den Völkern Oesterreichs zurief, dass es nur einem Fremden möglich gewesen war, Oesterreich zu zerreissen, und dass sich ein Oesterreicher nie und nimmer gefunden haben würde, um dieses Werk zu vollführen."

Giskra liess diesen Ausfall in seiner Schlussrede als Berichterstatter nicht ohne Entgegnung, wie ich denn auch im späteren Verlauf meiner Aufzeichnungen nicht unerwähnt lassen werde, dass er es war, der nach meinem Scheiden aus der Gewalt für

[1]) Auf meine Beziehungen zu Baron Kellersperg komme ich in einem der nächsten Kapitel zurück.

mich eintrat, wo Andere angriffen oder schwiegen. Ich lasse seine damalige Replik nach dem Wortlaut der stenographischen Aufzeichnung folgen:

„Die Rekriminationen gegen Personen sind vielleicht weniger am Platze gewesen, sie sind vielleicht nach zehn Jahren nicht mehr an der Zeit gewesen, und es würde vielleicht den verehrten Vertreter des Grossgrundbesitzes der Steiermark, der den damaligen Verhandlungen nicht beigewohnt hat, der sich auf die Verhandlungen im anderen hohen Hause bezog, besser gedünkt haben, bei sorgfältiger Ueberlegung der Dinge das Citat anders zu wählen, oder das Citat, wie er es angeführt hat, richtiger zu geben und im Zusammenhange mit weiteren Ausführungen des von ihm citirten hochgefeierten Dichters und österreichischen Patrioten vorzubringen.

„Der Wortlaut jener Rede, in welcher Graf Auersperg im Herrenhause bezüglich des Ausgleiches und bezüglich der Thätigkeit eines damals an der Spitze der Geschäfte stehenden Ministers sich geäussert hat, ist folgender (liesst):

> ‚Es ist von meinem Herrn Vorredner bereits ausgesprochen worden, wie der Ausgleich mit Ungarn zu Stande gekommen ist, welche Folgen er hat; es ist aber auch betont worden, dass wir eben dieses Abkommen, diesen Ausgleich, so wehe uns er in manchen Dingen thut, gewissenhaft und ehrlich und fest aufrecht halten wollen. Ich habe zu jener Zeit den beabsichtigten Ausgleich eine Operation auf Tod und Leben genannt, welche den Ungarn gegenüber nothwendig gewesen ist; sie ist vollbracht und hat den Ruhm des Mannes vermehrt, aber der eigene Sohn hätte nicht die ruhige Hand gehabt, jene Operation vorzunehmen, es musste zu einer andern sicheren Hand, die nicht zittert, gegriffen werden.‘

„So lautet wörtlich die Aeusserung des Grafen Auersperg.“

Ausführlicher erging ich mich selbst über den Vorgang in einem Schreiben, welches ich an den Freiherrn von Hye, meinen Kollegen des Jahres 1867, bald darauf zu richten Veranlassung nahm, und welches hier nachfolgt:

Sr. Excellenz Freiherrn von Hye,
k. k. Geheimen Rath. Wien.

Mein verehrter Freund und Gönner!

Als wir uns das letzte Mal sahen — es war im vorigen Jahre in Gastein —, sprachen wir von den im Reichsrathe bevorstehenden Debatten über den Ausgleich, und Sie bemerkten, einer meiner heftigsten Gegner sei inmittelst ins Grab gesunken, nämlich Graf Anton Auersperg.

Man hat, wie Sie gelesen haben, den Schatten des Verstorbenen heraufbeschworen und gewissermassen vom Jenseits den Ruf entlehnt, nur ein Fremder habe Oesterreich zerreissen können, und es würde sich kein Oesterreicher gefunden haben, um es zu thun. Ich lasse anheimgestellt, ob es ganz edel war, einen Abwesenden in solcher Weise in die Diskussion zu ziehen, nothwendig war es sicherlich nicht, sofern es sich nicht darum handelte, mit einem gleich anfangs losgelassenen Knalleffekt die Zuhörerschaft zu gewinnen. Dass es Baron Kellersperg war, nahm mich nicht Wunder. Ich wusste längst, dass er zu meinen erbittertsten Feinden gehört, obschon er, als ich die Ehre hatte, sein Vorgesetzter zu sein, nicht Ursache gehabt hat, sich über mich zu beklagen [1]) und ich eben so wenig vergessen kann, wie er, als er im November 1871 berufen wurde, an die Spitze des cisleithanischen Ministeriums zu treten und noch nichts von meinem Rücktritt wusste, mir in einer Weise gegenübertrat, die von nichts weniger als feindseliger Gesinnung zeugte. Was mich weniger gleichgiltig liess, das war die Aufnahme, die jener Ausfall im Hause fand, aber, ganz aufrichtig gesprochen, weniger meiner selbst willen. Ich bin durch viele und schmerzliche Erfahrungen gegen Kränkungen gestählt und ich habe dafür hier so reichen Ersatz gefunden, dass ich einmal aus voller Ueberzeugung schreiben konnte: „Die Steine, die mir nachgeworfen werden, zerschellen an den Felsriffen von Dover, bevor sie London erreichen.“ Wäre es nicht eine Profanation, ich möchte ausrufen: „Weint nicht über mich, weint über Euch selbst.“ Könnten doch meine lieben Oesterreicher — von Landsleuten darf ja der Fremde trotz seiner siebzig Ehrenbürgerdiplome nicht reden — zuweilen sich davon überzeugen, wie sie dem Auslande erscheinen, und sich so gewissermassen im Spiegel sehen. Am ersten Tage der De-

[1]) Bekanntlich erfolgte sein Austritt aus dem Staatsdienst 1868 nicht in Folge eines Zerwürfnisses mit mir, sondern in Folge eines Konflikts mit Herbst.

batte ruft ein Redner mit Pathos der Versammlung entgegen, der Dualismus sei die Zerreissung Oesterreichs, nur ein Fremder konnte die schnöde That begehen, deren kein Oesterreicher fähig gewesen wäre, und lauter Beifall antwortet dem Redner; am Schluss der Debatte sagt ein Minister und sagt ein Parteiführer, der Ausgleich sei nicht allein etwas Unvermeidliches, sondern etwas Nützliches und Segenbringendes, und die Versammlung hat abermals laute Zeichen des Beifalls. Aber trotz dieser Rechtfertigung der Sache kein Wort der Genugthuung für den als alleinigen Urheber geschmähten Mann. Ich kann es Ihnen sagen, verehrter Freund, man hat nur davon hier gesprochen und ich kann Sie versichern, es geschah in einem für mich nicht abträglichen Sinn. Hier hat man noch nicht vergessen, wie man zu der Zeit, wo der Ausgleich vollzogen wurde, mich in den dritten Himmel erhob und nicht genug des Lobes und Preises finden konnte, und man fragt natürlich, wie es möglich sein soll, dass alle Welt dermassen mit Blindheit geschlagen gewesen sein sollte, sei es jetzt oder sei es damals.

Ich bin nicht gemeint, mich irgend einer Verantwortung zu entziehen, allein so wie man früher mein Verdienst übertrieben, so schmälert man es jetzt in ungerechter Weise und ladet Alles mir auf die Schultern, wo Andere mitzutragen hätten. Man vergisst stets, dass ich den Ausgleich nicht aus dem Aermel geschüttelt habe, sondern dass mehr als der halbe Weg zurückgelegt war, als ich kam, dass schon 1865 die Basis der 1848er Gesetze acceptirt war, wodurch insbesondere die Betheiligung an der Staatsschuld dem guten Willen der Ungarn preisgegeben wurde, dass die Verhandlungen mit Andrassy, Lonyay und Eötvös von Belcredi, der damals Staatsminister war, in erster Linie, von mir, der Minister des Aeussern war, in zweiter Linie geführt wurden. Mein Verdienst, wenn ich überhaupt eines hatte, bestand darin, dass ich einem Zustande aussichtslosen, die Monarchie nach aussen und innen schwächenden Schwankens ein Ende machte, dass ich nach der in Pest Mitte Dezembers 1866 mit Déak gepflogenen Unterredung Seiner Majestät rieth, anstatt des vergeblichen Austausches von Reskripten und Resolutionen, die ein unausgesetztes Ja, Nein — Ja, Nein darstellten, diejenigen Männer, welche bereits — dies war nicht mein Werk — als ungarische Minister in Aussicht genommen waren, nach Wien zu berufen und mit ihnen in direktes Vernehmen zu treten, und dass ich, nachdem man mit ihnen zu einer Verständigung gelangt war, es durchsetzte, dass der ausserordentliche Reichsrath, welcher voraussichtlich das getroffene Abkommen ver-

worfen, aber auch zugleich die Sistirung der Verfassung in Permanenz erklärt hätte, aufgegeben und der engere Reichsrath einberufen wurde, mit dem ich Aussicht hatte, das den ungarischen Abgesandten gegenüber gegebene Wort einzulösen und gleichzeitig diesseit der Leitha geordnete verfassungsmässige Zustände herzustellen. Man darf nicht vergessen, dass die ungarischen Abgesandten die damals gar nicht leichte Aufgabe hatten, die Wiener Stipulationen im ungarischen Reichstag unverändert durchzusetzen und ein entsprechendes Elaborat der Siebenundsechziger-Kommission zu erlangen, was ihnen doch unmöglich zugemuthet werden konnte, wenn diesseit der Leitha man nicht das Gleiche mit Feuer und Aufrichtigkeit unternahm oder darauf ausgehen wollte, diesseits Amendirungen zuzulassen, die man jenseits nicht zugestehen wollte. Bitte lesen Sie meine erste Rede im Herrenhaus, Mai 1867, nach und was ich dort von den drei Wegen sagte, auf denen man früher Besseres erreichen konnte und an welchen überall gestanden habe „Zu spät".

Ich wende mich noch speziell zu dem Citat der Auersperg'schen Aeusserung und demjenigen, was Baron Kellersperg über seinen gewünschten Eintritt in das Ministerium im Jahre 1867 gesagt hat.

Jener Ausspruch des Grafen Anton Auersperg war mir wohl erinnerlich; aber warum ist er geschehen? Es war nicht damals, wo der Reichsrath berufen war sich über den Ausgleich zu erklären, nein, sondern drei Jahre später, nachdem er angenommen war, angenommen ohne Widerspruch des Grafen Anton Auersperg. Ich habe leider die Verhandlungen des Reichsrathes hier nicht zur Hand, aber lesen Sie doch dieselben nach. Berichterstatter war derselbe Graf Anton Auersperg, und in seiner Schlussrede finden Sie sicherlich kein Wort der Anspielung auf den Fremden, der etwas Ungeheuerliches gethan habe; im Gegentheile ist mir erinnerlich, dass darin meine eigenen Worte, die ich im Abgeordnetenhause gesprochen, anerkennend citirt wurden. Damals hatte man eben ein Verständnis dafür, wofür man heute kein Gedächtnis mehr haben will, dafür, dass es der Fremde war, welcher die Verfassung wieder in ihre Rechte einsetzte. Dazu war der Fremde gut genug, gut genug auch, um die Aufhebung des Konkordates zu vermitteln, denn ich darf dies ohne Ueberhebung sagen: ohne mich wäre die letztere dem Ministerium Auersperg nicht möglich geworden, und wenn es irgend etwas gibt, was ich nicht bereue, so ist es jenes mein Eintreten, denn ich frage, welche Zustände wären in Oesterreich gekommen, wenn der deutsche Kulturkampf noch das Konkordat in Oesterreich gefunden hätte?

Ich habe mich nicht gescheut, diese Ueberzeugung in meinem Enthebungsgesuche vom 5. November 1871 auszusprechen, obschon damals vom Kulturkampf noch nicht die Rede war. Wie die alten Zeiten mir lebhaft vor die Seele treten! Erinnern Sie sich, wie ich *séance tenante* den Entwurf zu der kaiserlichen Antwort auf die Adresse der 25 Bischöfe aufsetzte, und erinnern Sie sich meines Schreibens an Kardinal Rauscher in Erwiderung seiner Strafpredigt?

Was nun endlich die Verhandlungen mit Baron Kellersperg betrifft, so ist es mir allerdings erinnerlich, dass er ohne Zögern ablehnte, und zwar mit Hinweisung auf seine dem Dualismus entgegenstehenden centralistischen Grundsätze. Dass er die Bedingung gestellt, den Ausgleich dem Parlamente vorzulegen, ist mir nicht gegenwärtig; möglich dass mein Gedächtnis mir in diesem Punkt untreu geworden ist, allein zu bedenken ist, dass es nie die Absicht gewesen ist, das Abkommen mit Ungarn nicht dem Parlamente vorzulegen, und wenn man die sogenannte Zwangslage dem Reichsrath nahe gelegt hat, so ist dies weder in dem Tone des *sic volo, sic jubeo*, noch in der Gestalt des *c'est à prendre ou à laisser* geschehen, sondern die Regierung hat in vollkommen parlamentarischer Weise Berufung an die Einsicht und den Patriotismus des Reichsraths eingelegt. Eine unerlaubte Pression fand nicht statt, eben so wenig als es wahr ist, was Pater Greuter einmal seinen Oberinnthalern erzählte, dass ich nämlich dem Kaiser mit einer Revolution gedroht habe, sofern Seine Majestät nicht die konfessionellen Gesetze sanktionire.

Wie sehr ich von der Bedeutung der Frage durchdrungen war, beweist der Ihnen gewiss erinnerliche Umstand, dass ich, mehrfachen Aufforderungen aus dem deutschen Lager entgegen, die unter Belcredi mit slavischer Majorität gewählten Landtage von Böhmen und Mähren zuerst nicht und erst dann auflöste, als sie den vorbehaltlosen Eintritt in den Reichsrath verweigerten, weil ich an dem vom Reichsrath zu ertheilenden Ausspruch auch den slavischen Theil der Bevölkerung betheiligt zu sehen wünschte.

Baron Kellersperg hat gesagt, er habe nicht Gevatter beim Ausgleich stehen wollen. Sie, verehrter Freund, haben es nicht verschmäht, und wenn die Rücksichten, die Baron Kellersperg abhielten, alle Achtung verdienen, so verdient Ihre damalige Hingebung mindestens gleiche Achtung. Die kurze Zeit unseres gemeinsamen Wirkens gehört zu der besten meines Wiener Ministeriums und zu den schönsten meines Lebens. Darum konnte ich es mir nicht versagen, gerade

Ihnen gegenüber mein Herz auszuschütten, und ich bin gewiss, von Ihnen verstanden zu werden.

London, Oktober 1877. Beust.

IX. Kapitel.

1867.

Bildung des Ministeriums. — Baron Becke, Baron Kellersperg, Ritter von Hasner, Graf Taaffe, Ritter von Hye. — Auflösung der Landtage von Böhmen, Mähren und Krain. — Erfolgreiche Neuwahlen. — Thronrede. — Die Adressdebatte. — Die Galizianer. — Meine Reden in beiden Häusern. — Das Polizeiministerium.

Wenn ich bedachte und bedenken musste, dass Graf Belcredi dem Kaiser eine angenehme Persönlichkeit war, die seine volle Achtung und sein volles Vertrauen genoss, so durfte ich nicht wohl an einen Sieg meiner Beredsamkeit glauben, sondern mich davon überzeugt halten, dass der Kaiser mein Verbleiben im Amte aus Gründen für nothwendig befunden hatte, welche mit der diskutirten Frage in keinem Zusammenhange standen und die auswärtige Lage weit mehr berührten als die innere. Es war inzwischen diese letztere, deren ganze Last und Verantwortung nun auf mich fiel. Für das, was auf diese Weise der Verfassungspartei und den Deutschen zu gute kam, fehlte damals nicht das Verständnis, wohl aber später das Gedächtnis. Schon am nächsten Tage reichte Graf Belcredi sein Entlassungsgesuch ein, und es erfolgte meine Ernennung zum Ministerpräsidenten unter Uebertragung sämtlicher von Graf Belcredi innegehabten drei Departements, denen des Innern, des Kultus und Unterrichts und der Polizei. So hatte ich denn während einiger Monate vier Portefeuilles zu versehen.

Meine nächste und nicht leichte Aufgabe war jetzt, Minister zu finden. Die bisherigen Kollegen des Grafen Belcredi blieben zwar im Amt, von Komers für die Justiz, Vice-Admiral Baron

Wüllerstorf für den Handel, Feldmarschall-Lieutenant Baron John für den Krieg. Der bisherige Sektionschef und Leiter des Finanzministeriums nach dem Ausscheiden des Grafen Larisch, Baron Becke, wurde zum Finanzminister ernannt. Dieser Letztere hat in jener Zeit sich grosse Verdienste bei den Ausführungs-Verhandlungen mit Ungarn erworben. Er war ein vollendeter Geschäftsmann, der Arbeitskraft, Gewandtheit und Ausdauer in seltenem Grade vereinigte. Auf beiden Delegationen hat sein Eintreten dem Kriegsbudget mehr als einmal durchgeholfen. Ich habe ihn jederzeit hochgehalten und ich kann mich nicht erinnern, dass er je über mich zu klagen hatte. Um so ungerechter waren die gegen mich gerichteten Anfeindungen seiner Wittwe [1]).

Nun aber blieb das Ministerium des Innern und jenes des Kultus und Unterrichts. Das Polizeiministerium nahm nicht viel Zeit in Anspruch und interessirte mich speziell.

Bei meiner begreiflichen Unbekanntschaft mit den für Uebernahmen geeigneten Persönlichkeiten war mir der Beistand des damaligen Hofraths, späteren Sektionschefs von Hofmann [2]), der

---

[1]) Frau von Becke, eine Polin, welche Becke als thatsächlich, aber nicht formell genug geschiedene Frau geheirathet hatte, war durch ihre Lächerlichkeiten und Prätensionen für ihn eine schwere Zugabe. Sie muss dem Irrsinn nicht ganz fremd sein, denn ich vernehme, dass sie bei ihren Besuchen in den Bädern mich für den Mörder ihres Mannes ausgab, zunächst nur indirekt, indem ich ihn nicht zum Botschafter in Konstantinopel gemacht, wo er genehm wäre, sodann aber direkt, indem ich ihn durch Professor Standhardtner, unsern gemeinschaftlichen Arzt, vergiften liess.

[2]) Als nach dem Tode Hofmann's in den Wiener Blättern eben so wohlverdiente als bei den ausgedehnten Beziehungen des Verstorbenen zu der Wiener Presse begreifliche Lobeshymnen angestimmt wurden, sagte unter Anderem ein Artikel der „Neuen freien Presse“: Hofmann sei mir bei meinem Eintritt in das Ministerium als Hülfskraft beigegeben worden. Man muss es mit der Wahrheit dessen, was die Blätter bringen, nicht zu streng nehmen, da ihnen meist die Zeit gebricht, das Vernommene zu kontroliren; was ich ihnen aber weniger vergebe, ist wenn sie Unwahrscheinliches verbreiten. Nun kann man sich doch nichts Unwahrscheinlicheres ausdenken,

zu seiner Zeit noch in ziemlich untergeordneter Stellung im Ministerium des Aeussern sich befand, von grossem Nutzen. Er hatte als Protokollant im Herrenhause fungirt und hatte in Folge dessen vielseitige Personalkenntnis. Hofmann lenkte nun meine Aufmerksamkeit auf den Statthalter in Triest, Baron Kellersperg. Diesen berief ich nach Wien und bot ihm das Ministerium des Innern an. Baron Kellersperg lehnte ab, unter Hinweisung auf seine centralistischen Ansichten, mit denen der Dualismus sich nicht vertrage. Ich zog die Aufrichtigkeit dieser Aeusserung nicht in Zweifel[1]), obschon ich ihm entgegenhalten konnte, dass der Ausgleich gemacht sei, und der cisleithanische Minister des Innern bei dessen Verwirklichung sich zu betheiligen wenig Gelegenheit haben werde. Ich nahm auch keinen Anstand, wenige

---

als dass der Kaiser aus dem Auslande einen Minister würde haben kommen lassen, den er einer Hülfskraft für bedürftig gehalten hätte. Hofmann war wie gesagt damals in ziemlich untergeordneter Stellung und hatte keines der grossen Referate wie Deutschland, Frankreich, Italien, Russland und Orient, sondern hatte das Pressreferat. Gerade dieses Referat gab mir Gelegenheit, seine reichen Kenntnisse sowohl als seine Geschäftsroutine kennen zu lernen. Er hat mir gute Dienste geleistet und er hat sich über mich nicht zu beklagen Ursache gehabt, ohne vielleicht immer dessen eingedenk zu bleiben, wie viel seine Bevorzugung Zurücksetzungen Aelterer und stille Feindschaften für mich zur Folge haben musste. Dass er gerne den Vicekanzler spielte, habe ich gewusst, aber stets ignorirt. Auch guten Rathes hatte ich seinerseits mich mehr als einmal zu beloben und nahm eben so wenig Anstoss daran, dass die gewöhnliche Eigenschaft des Rathgebers auch ihm nicht fehlte, die nämlich, sich des ertheilten Rathes zu erinnern, wenn er von gutem Erfolg war, nicht aber im umgekehrten Fall. Sehr verdienstlich war seine Thätigkeit während der Delegationsverhandlungen.

[1]) Ohne dem Betreffenden zu nahe zu treten, halte ich es für wahrscheinlicher, dass er weniger den Dualismus, als die kurze Amtsdauer seines Schöpfers im Auge hatte. In derselben Zeit suchte mich ein ziemlich marquanter Mann des Wiener öffentlichen Lebens, mit dem ich wiederholt in Gastein zusammen gewesen, auf, um sich für eine Beförderung eines Neffen zu verwenden. „Aber,“ setzte er hinzu, „wenn ich bitten darf, bald, man weiss ja nicht, wie lange es dauert.“

Wochen später ihn dem Kaiser als Statthalter von Böhmen vorzuschlagen, in welcher Stellung ich ihn schätzen lernte.

Für den Unterricht fiel meine Wahl auf Hasner, der mir von liberaler Seite, aber auch gleichzeitig von dem damals noch mit mir befreundeten Grafen Leo Thun empfohlen war. Hasner nahm nach einigen Unterredungen an, und sein Eintritt war so feststehend, dass bereits der Tag zur Verpflichtung bei Seiner Majestät anberaumt war, als er mich mit einem Brief überraschte, worin er seinen Eintritt — ebenfalls wegen centralistischer Vergangenheit — für Unthunlichkeit erklärte. Einige Monate später erneuerte ich die Verhandlung und Hasner nahm diesmal unter der Bedingung an, dass nämlich die von dem Gemeinderath nachgesuchte, bis dahin beanstandete Genehmigung zur Errichtung eines städtischen Pädagogiums ertheilt werde. Dies begegnete entschiedenem Widerspruch. Als Ende des Jahres Hasner mit dem Bürger-Ministerium eintrat, erfolgte die Genehmigung anstandslos.

Der Erste, welcher sich zum Eintritt bereit zeigte, war Graf Taaffe, Statthalter in Linz, wohin sich in meinem Auftrag Herr von Hofmann verfügt hatte. Graf Taaffe war noch ziemlich jung und seine Ernennung ein bedeutendes Avancement, dennoch hatte ich Ursache, für seine Annahme erkenntlich zu sein, denn nicht allein wusste ich, dass ihm gründliches Wissen, namentlich genaue Gesetzkenntnis nicht fehle, ich wusste auch, dass in den aristokratischen Kreisen, denen er angehörte, man seinen Eintritt bedauere, weil man fürchtete, er werde eine Zukunft, die ihm nicht entgehen könne, kompromittiren. Graf Taaffe wurde für mich nicht nur ein in hohem Grade angenehmer und liebenswürdiger Kollege, sondern auch ein mir in vieler Hinsicht sehr nützlicher und, ich kann nicht anders sagen, mir ergebener Mitarbeiter. Am grünen Tisch war er mustergiltig, und Herbst selbst hat mir, nachdem schon die „Hetze“ gegen Taaffe losgegangen war, mehr als einmal gesagt, das Präsidium im Ministerrath sei nie besser geleitet worden als durch Graf Taaffe. Es gab bei ihm zwei Schattenseiten: er war nicht allein kein Redner,

die Gabe der Improvisation ging ihm eben so sehr ab als die Eignung zur einstudirten Rede; er war auch nicht glücklich in dem Ausdruck kurzer Erklärungen. Alsdann hatte er in der Wahl der Mitarbeiter keinen glücklichen Griff. Dies zeigte sich bei seinem zweiten ephemeren Ministerium von 1870, welches längeren Bestand gehabt hätte, falls an Stelle zweier dem Abgeordnetenhause angehöriger Mitglieder zwei farblose Beamte eingetreten wären. In beiden Beziehungen hat Graf Taaffe bei seinem letzten länger währenden Ministerpräsidium vortheilhafte Aenderung erkennen lassen.

Durch Taaffe's Vermittlung gelang es nun auch einen Minister für den Unterricht zu finden. — Herr von Komers, dessen Stellung, gleich der des Admiral Wüllerstorf, als Sistirungs-Minister dem Reichsrath gegenüber eine peinliche blieb, vertauschte das Portefeuille der Justiz mit dem Präsidium des Oberlandesgerichts in Lemberg, während Wüllerstorff gleichzeitig aus dem Handels-Ministerium ausschied. Letzteres übernahm Becke provisorisch, der eigentlich faktische Handelsminister aber wurde der Sektionschef Baron Pretis.

Es trat nun der damalige Ritter von Hye als Justizminister ein, indem er provisorisch die Leitung des Unterrichts-Ministeriums übernahm. Hye war der Kammer nicht sympathisch, aber er war gründlicher Jurist und guter Redner und wusste sich Ansehen zu verschaffen.

Ich habe inzwischen durch das einmal angefangene Thema der Besetzungen der Minister-Portefeuilles mich weit bis in den Sommer 1867 hineinreissen lassen und ich kehre zu dem Beginn meiner eigenen Thätigkeit nach der Uebernahme der inneren Angelegenheiten zurück.

Es war natürlich, dass zu dieser Zeit es mir an Besuchern nicht fehlte, vor Allem kamen die Koryphäen der liberalen, sogenannten Verfassungspartei, aber auch aus dem föderalistischen Lager erhielt ich Besuche. So erschienen Prazak und Rieger, die sich indessen wenig befriedigt zeigten.

Von deutscher Seite wurde mir nun nahegelegt, die unter Belcredi gewählten Landtage, welche in Böhmen, Mähren und Krain nationale Majoritäten hatten, alsbald wieder aufzulösen, um die Majoritäten zu verändern. Ich lehnte dies entschieden und aus Ueberzeugung ab. Auch über die Handhabung des konstitutionellen Systems in Oesterreich hatte ich mir sehr bestimmte Ansichten gebildet. Die einzigen Länder, wo das konstitutionelle System ohne Unterbrechung mit Wahrheit in Wirksamkeit sich gezeigt hat, sind England und Belgien, und zwar darum, weil in beiden zwei streng gesonderte und regierungsfähige Parteien bestanden, welche jederzeit sich ablösen können. In Oesterreich besonders, wo der Nationalitätenhader vorherrscht, ist die Herstellung dieser Grundbedingung nothwendig, und sie erschien mir keineswegs ausserhalb der Möglichkeit, aber nur in der Voraussetzung allseitiger Beschickung des Reichsrathes. Ich dachte mir die Möglichkeit einer konservativen und einer liberalen Partei. In der ersteren würde das slavische Element das vorwiegende sein, aber in Gemeinsamkeit mit einem grossen Theil des deutschen Grossgrundbesitzes sich befinden; in der liberalen Partei wäre das deutsche Element das vorwiegende, aber auch das slavische (Jungczechen) nicht ausgeschlossen. Auch heute noch halte ich die Verwirklichung dieses Gedankens nicht für unerreichbar.

Die Landtage wurden also, wie ich es gewollt, belassen und zur Wahl in den Reichsrath aufgefordert. Hätte man in Böhmen und in Mähren nur das geringste Verständnis dafür gehabt, so hätten die oppositionellen Elemente allen Spielraum gefunden, an der Dezember-Verfassung mitzuwirken. Vielleicht gebrach es nicht an Verständnis, aber wohl an gutem Willen. Hier überwog die Abneigung gegen den fremden Eindringling die ruhige Ueberlegung. In Böhmen prophezeiten Graf Heinrich Clam und Fürst Georg Lobkowitz mir sechs Wochen Lebensdauer. Zwar wählten die Landtage von Böhmen und Mähren, aber unter einer Verwahrung, welche die Regierung nicht acceptiren konnte. Eine Deputation wurde nach Wien entsendet, um den Protest zu er-

läutern, und Graf Friedrich Thun kündigte sie mir an. Er erhielt umgehend das Telegramm, dass der Landtag aufgelöst sei. Gleiches geschah für Mähren und Krain. Dass Gleiches für Tyrol unterlassen wurde, ist mir vielfach zum Vorwurf gemacht worden; der Grund der Unterlassung war die Gewissheit, dass die Wahlen kein anderes Resultat als das bisherige liefern würden. Einen entschiedenen Erfolg erzielte ich mit dem galizischen Landtag, welchem ich durch Graf Goluchowsky bedeuten liess, dass Ablehnung der Wahl oder Wahl mit Vorbehalt sofortige Auflösung zur Folge habe, ich dagegen nach der Beschickung des Reichsrathes mich billigen Wünschen geneigt zeigen werde.

Nach der Auflösung des böhmischen Landtages wurde nun an den Neuwahlen mit Hochdruck gearbeitet, denn jetzt handelte es sich um das Ansehen der Regierung und um die Zukunft der eingeschlagenen Richtung. — Hier entwickelte nun Fürst Carlos Auersperg eine sehr erfolgreiche Thätigkeit. Der Kaiser unterstützte mich in loyalster Weise, indem er den böhmischen Adel nicht darüber in Zweifel liess, dass er einen der Regierung genehmen Ausfall der Wahlen wünsche. Erzherzog Karl Ludwig verhehlte es nicht bei einem kurzen Aufenthalte in Prag. Es gibt nichts Konstitutionelleres, als wenn der Souverän die von ihm gewählte Regierung unterstützt; nur im feudalen Lager nannte man es unerlaubte Pression. Der Ausfall der Wahlen ergab indessen eine starke verfassungstreue Majorität.

Im Verlauf dieser Wahlen erlangte auch ich ein Mandat, indem die Reichenberger Handelskammer mich wählte. Ich kann dabei eines charakteristischen Zwischenfalls nicht unerwähnt lassen. Graf Hartig — einer der edelsten Menschen, die ich gekannt, der es vergessen mochte, dass ich früher einmal seiner Ernennung für den Dresdener Gesandtschaftsposten entgegen gewesen war, weil ich den allerdings bei weitem bedeutenderen Baron Werner dahin wünschte — hatte meine Kandidatur in Nimes eingeleitet. Sie musste aufgegeben werden, weil — weil Dr. Herbst einen abrathenden Brief schrieb, also (ich nehme gern an, dass es aus

objektiven Gründen geschah) den Mann beanstandete, welcher seine Partei aus dem Wasser gezogen hatte. Die Reichenberger Handelskammer trug mir darauf ein Mandat an, welches ich dankbar annahm, und der Landtag ertheilte mir das Mandat für den Reichsrath, in den als Abgeordneter einzutreten ich nun den Vorzug hatte.

Es kam nun der Tag der Eröffnung. Nach den damals noch bestehenden Verfassungs-Bestimmungen hatte der Kaiser beide Präsidenten der Häuser zu ernennen. Für das Herrenhaus war Fürst Carlos Auersperg die angezeigte Wahl, für das Abgeordnetenhaus schlug ich den Bürgermeister von Brünn, Dr. Giskra, vor. — Meine erste Bekanntschaft mit diesem mir später befreundeten und, wie ich anerkennen muss, im Gegensatze zu Vielen, die mir mehr schuldeten, treu gebliebenen Mann, datirt von der im ersten Kapitel erwähnten Nacht von Königgrätz, wo er sich bei der Ankunft des Königs Johann am Brünner Bahnhof eingefunden hatte, offenbar mehr, um mich zu sprechen, als um dem König aufzuwarten, denn er trug Oberrock und kleinen Hut. Nach Belcredi's Ausscheiden war er wiederholt nach Wien gekommen und ich hatte ihn näher kennen gelernt und viel Intelligenz, Klarheit und Entschiedenheit gefunden. Seine Wahl machte auch unverkennbar den besten Eindruck.

Die Thronrede hatte ich selbst verfasst und jedes Wort wohl erwogen. Dies war meine Pflicht und deshalb die Kritik der Blätter, welche einen Genz'schen Schwung vermissten, ein ungerechter; doch schlugen die Schlusssätze sehr ein. Die Feierlichkeit der Eröffnung im grossen Rittersaal war ein erhebender Eindruck, nur das für mich ungewohnte und meiner Ansicht nach unschickliche Bravorufen — in England, wo allerdings das Haus der Gemeinen nur durch Delegirte der im Oberhaus sich vollziehenden Eröffnung beiwohnt, würde man es skandalös finden — wollte mir trotz der daraus resultirenden Befriedigung nicht wohl gefallen.

Die Vertretung der Regierung in der Adressdebatte und den

derselben vorausgehenden zahlreichen Ausschusssitzungen fiel ausschliesslich mir zu, und ich hatte mich dieser Aufgabe allein zu entledigen. Es gelang mir, die sehr weit reichenden Bestrebungen der Deutsch-Liberalen einzudämmen, und es war vielleicht kein unglücklicher, jedenfalls aber ein aufrichtiger Gedanke, wenn ich bei der Beleuchtung der Adresse im Abgeordnetenhause sie mit drei Worten resumirte, welche die Regierung nicht zurückweise, sondern acceptire: nämlich „vorwärts, nicht rückwärts". Die Annahme des Adress-Entwurfes unterlag keinem Zweifel; es war indessen wünschenswerth, dass sich keine allzu grosse Minorität herausstelle. In dieser Beziehung war die Haltung der Galizier besorgniserregend, und dieselben drohten zum mindesten mit Abstimmung. Ich erreichte die Vertagung der Abstimmung auf einer Abendsitzung, welche in Abwesenheit der Polen begann. Unterdessen unterhandelte ich unter Zuziehung des Grafen Goluchowsky mit den Abgeordneten Grafen Adam Potocki, Ziemialkowski und Zibliakiewitz, und um halb zwölf erschien ich im Reichsrath, gefolgt von den dreissig Abgeordneten, welche ihre Sitze wieder einnahmen. Die Adresse wurde beinahe einstimmig votirt. Es war eine dramatische Szene. Von Ofen her erhielt ich ein Telegramm des Staatsraths Braun des Inhalts, dass Seine Majestät mich zu meiner Rede beglückwünsche. Dieselbe findet sich im vorangehenden Kapitel.

Nicht mit Bangigkeit, wohl aber mit weniger Sicherheit des Erfolgs trat ich in die Adressdebatte des Herrenhauses ein. Der Unterschied zwischen beiden Häusern lag für mich darin, dass einestheils im Abgeordnetenhause kein Reflex einer persönlichen Rivalität vorhanden war, andererseits aber im Herrenhause der Centralismus und die Abneigung gegen den Dualismus sich stärker ausprägte. Meiner damáligen Rede im Herrenhause habe ich bereits im Kapitel VII eingehend gedacht.

Die Aufnahme der Rede war eine gute, und Fürst Auersperg schickte den damaligen Protokollanten Hofrath von Hofmann zu der Ministerbank, um mich zu beglückwünschen.

Ich war jetzt mit beiden Häusern in gutem Fahrwasser. Ehe ich die weiteren parlamentarischen Episoden in Erinnerung bringe, scheint es mir nicht ganz uninteressant, einen Rückblick auf meinen Aufenthalt im damaligen Polizeiministerium zu werfen.

Was ich bei Gelegenheit des Bundestages erwähnte, galt in der vormärzlichen Zeit und später noch von der Polizei. Als ich aber jene erste Rede im Herrenhause hielt, hatte ich als speziellen Gegner den Grafen Leo Thun, welcher unter Anderem der Regierung vorwarf, sie vernachlässige das Dringendere und solle ein wachsames Auge für die europäische Revolution haben. Ich hatte mir meine Replik notirt; da es aber im Saal düster war und ich kurzsichtig bin, übersah ich das Notat und so entging mir ein Wort, das damals nicht anders als zünden konnte. Was ich sagen wollte, war Folgendes: „Ich war zwar Minister eines kleinen Königreichs, aber dessen centrale Lage und andere zufällige Umstände brachten es mit sich, dass ich mit den Bewegungen der Polizei in den grossen Staaten nicht unbekannt blieb, und da hat sich mir mehr als einmal eine Ueberzeugung aufgedrängt. Hätte sich die österreichische Polizei etwas weniger um die europäische Revolution gekümmert, so würde die europäische Revolution Oesterreich mehr in Ruhe gelassen haben, und das hätte wahrlich nicht geschadet.“ Nun aber hielt ich mich für berechtigt, vorauszusetzen, dass eine Polizei, die so weit ihre Fühler ausstrecke und das Schreckbild der europäischen Bewegungspartei war, grosse Polizeigenies in ihrem Schooss berge, dass das Odium sich wenigstens mit den Leistungen kompensiren müsse. Wie gross war in dieser Beziehung meine Enttäuschung. Nicht die ersten Elemente polizeilichen Metiers, wie man es in Paris und in Berlin findet, kamen zum Vorschein. Dagegen wurde mir eine Masse werthloser Konfidenten-Berichte, welche zum grösseren Theile persönlichen Klatsch zum Gegenstand hatten, unterbreitet. Ich drang auf Abstellung dieses Missbrauches; man machte mir bemerklich, dass viele dieser Konfidenten in Folge

hoher Verwendungen gebraucht würden, weil für dieselben irgend eine Verwendung gewünscht wurde. Ich fand jedoch eine solche Unterstützung Hülfsbedürftiger bei einem Staat, der ein Defizit aufweist, nicht am Platz und entschloss mich, einen recht ansehnlichen Abstrich vorzunehmen, was mir zwar keinen Dank, aber um so mehr geheime Feindschaften eintrug.

Als ein Beispiel der Gewandtheit der so lange Zeit gefürchteten und verschrieenen Wiener Polizei noch eine Erzählung. Es war in einem späteren Jahre, wo ich nicht mehr Polizeiminister war. Mir war aufgefallen, dass auf der Strasse ein grosser Mann mit blondem Vollbart, so oft er mich begegnete, stehen blieb und mir nachblickte. Eines Tages war ich Abends im Volksgarten, und als ich denselben — es war ungefähr elf Uhr — verliess und mich nach der damals noch bestehenden Brücke begab, die von der Bastei in das Ministerium führte, bemerkte ich, dass derselbe Mann mir folgte und in dem Augenblick, wo ich ungefähr noch um zweihundert Schritte von dem Palais entfernt war, einen Bogen beschrieb, um mir in den Weg zu treten. In demselben Moment aber that sich die Thür an der Brücke auf, und zwei Diener traten heraus, worauf das betreffende Individuum sich schleunigst entfernte. Die Sache war zu auffällig, um sie unbeachtet zu lassen; ich liess den Polizeidirektor kommen und sagte ihm, ich werde am Abend wiederum in den Volksgarten gehen und zu gleicher Stunde herauskommen, er möge doch zwei Personen in der Nähe postiren, um zu beobachten. Als es nun am Abend dunkel wurde, stürzt der Thürhüter zu mir ins Zimmer, um zu melden, dass das Publikum sich auf der Bellaria ansammle, weil zwei Polizisten in Uniform auf und ab spazierten.

Eine nachhaltige Unannehmlichkeit aber hatte ich einem früheren Polizeidirektor zu danken, welcher es ganz unbedenklich und in der Ordnung gefunden hatte, für die hannöverischen Legionäre, selbst für die, welche sich gar nicht in Wien befanden, Pässe auszustellen, weil, wie er sich zu rechtfertigen glaubte: ein hoher Befehl vorlag. Als ich ihn befragte, von wo

dieser hohe Befehl gekommen, erwiderte er in voller Unschuld seines Herzens: „Von Hietzing.“

Ich darf die vorstehenden Bemerkungen nicht ohne den Zusatz abschliessen, dass in späterer Zeit, wo ich längst aufgehört hatte, Minister zu sein, ich wiederholt die erfreuliche Wahrnehmung entschiedener Vervollkommnung des Wiener Polizeidienstes zu machen hatte. Diese Fortschritte waren namentlich gelegentlich der Sozialisten-Umtriebe und der Anarchisten-Verbrechen bemerkbar.

X. Kapitel.

1867.

Die geheimen Verträge Preussens mit den süddeutschen Staaten. — Die Tauffkirchen'sche Mission. — Dr. Busch im „Unser Reichskanzler“. — Eine nicht bekannte Depesche. — Luxemburger Streit. — Der Sultan in Wien. — Mein hoher Rang. — Tod des Kaisers Maximilian.

In der äusseren Politik war ich während dieser Zeit, wo die ganze Last der innern Rekonstruktion auf meinen Schultern lag, keineswegs zur Unthätigkeit verurtheilt, sondern sehr ungesuchterweise zum Eingreifen veranlasst. In diesen Zeitabschnitt fiel ein *„untoward event“*, die Luxemburger Komplikation, und es traten gleichzeitige zum Theil konnexe Episoden ein, Verhandlungen zwischen Paris und Wien, die Tauffkirchen'sche Mission und die Verlautbarung der geheimen Verträge Preussens mit den süddeutschen Staaten vom Jahre 1866.

Wenn mein Verhalten — ohne die verdiente Würdigung zu finden — je geeignet war, die Anschuldigung prinzipiell preussenfeindlicher oder deutschfeindlicher Politik, die mir so oft ins Gesicht geschleudert wurde, zu entkräften, so gilt das von eben jener Zeit.

Von den süddeutschen Militär-Verträgen hatte man wohl in

den Regierungskreisen Wiens eine Ahnung, aber keine Gewissheit, für das grosse Publikum waren sie eine vollständige Ueberraschung. Will und soll man die Sache beim rechten Namen nennen, so waren sie ein Meisterstück deloyaler Handlungsweise. Der Fall ist in der Geschichte nicht selten, dass Verträge nicht gehalten werden, aber dass ein Vertrag *anticipando* verletzt wird, das war eine Neuerung, die dem Genie des Fürsten Bismarck vorbehalten blieb. Verträge mit den süddeutschen Staaten zeichnen, welche diese in ein dauerndes Abhängigkeitsverhältnis zu Preussen brachten, und wenige Tage darauf einen Vertrag mit Oesterreich unterzeichnen, welcher für den Verein dieser Staaten eine unabhängige internationale Existenz stipulirt, das war wohl das Aeusserste, was an Macchiavellismus geleistet werden konnte [1]. Nun lese man die Antwort, die ich der unfreiwilligen Kundgebung der süddeutschen Verträge ertheilte, und sage, ob es möglich war, die Verwerflichkeit der Procedur und damit die Berechtigung Oesterreichs zur Beschwerde klarer ins Licht zu stellen, und zugleich den Verzicht darauf in würdigerer und versöhnlicherer Sprache zu formuliren. Ich lasse den Text hier folgen, weil es sich für die Zukunft nicht um meine Person, sondern um die geschichtliche Wahrheit handelt:

Freiherr von Beust an Graf Wimpffen
in Berlin.

Wien, den 28. März 1867.

Die Veröffentlichung der seither geheim gehaltenen preussisch-süddeutschen Allianzverträge vom August 1866 hat nicht erfolgen können, ohne in der gesamten politischen Welt einen tiefen Eindruck zurückzulassen.

Was jedoch uns betrifft, so war unsere Empfindung weder die

[1]) Der von mir sonst und wiederholt in anerkennender Weise citirte Herausgeber des „Europäischen Geschichtskalenders", Schultess, hat dafür eine köstliche Umschreibung, indem er sagt: „Durch die mit den süddeutschen Staaten abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse sei die süddeutsche Unabhängigkeit schon vor dem Prager Frieden illudirt worden."

der Ueberraschung, noch einer Verstärkung jenes natürlichen Bedauerns, welches der Verlust unserer früheren vertragsmässigen Stellung in Deutschland nach den Katastrophen des vergangenen Sommers uns einflössen musste. Wir kennen und acceptiren die politische Lage, deren Folgen sich vor unseren Augen entwickeln. Es ändert sich an derselben nichts, seitdem es offenkundig geworden ist, dass Preussen sich der Bundesgenossen, welche ehemals diejenigen der beiden Mächte waren, förmlich für sich allein versichert hat, noch ehe es seine Aussöhnung mit uns besiegelte. Eben so wenig ändert sich unser Wunsch, uns in dem neuen Verhältnisse unter Wahrung unserer Interessen friedlich und in gutem Einverständnisse mit Preussen zurecht zu finden.

Es ist im Allgemeinen wohl nicht leicht, Allianzen welche über defensive Verpflichtungen hinausgehen, als Bürgschaften des Friedens zu charakterisiren. Wir unsererseits sind indessen bereit zu glauben und werden uns jedenfalls gerne überzeugen lassen, dass im Grunde wirklich nur der Entschluss gemeinsamer Vertheidigung gegen fremde Angriffe durch die erwähnten Verträge beurkundet werden sollte. Das Kabinet von Berlin hat sonach eine eigentliche Einsprache von uns nicht zu gewärtigen. Nur sind wir uns andererseits vollkommen bewusst, dass uns die Berechtigung zu einer solchen nicht fehle, und wir möchten nicht den Schein entstehen lassen, als würde der Widerspruch nicht von uns erkannt, welcher zwischen dem Artikel IV des Prager Friedensvertrages und den Schutz- und Trutzbündnissen Preussens mit Bayern, Württemberg, Baden und Hessen unleugbar besteht. Eine nicht auf bestimmte Zwecke beschränkte, sondern permanent für jeden Kriegsfall abgeschlossene Allianz zweier Staaten, namentlich eines schwächeren Staates mit einem stärkeren, hebt ohne Zweifel zum Nachtheile des ersteren den Begriff einer unabhängigen internationalen Existenz fast völlig auf, und in dem Prager Traktate konnte daher, nachdem ihm die Berliner Bündnisse vorausgegangen waren, die Bestimmung, dass ein süddeutscher Staatenverein in völkerrechtlicher Unabhängigkeit bestehen werde, nicht mehr mit Fug eine Stelle finden.

Die vorstehenden Bemerkungen bezeichnen Ew. den Standpunkt, welchen wir gegenüber den preussisch-süddeutschen Allianzverträgen einnehmen. Wir formuliren keinen Protest, und wir ziehen aus der Sachlage keine Konsequenzen, aber wir können nicht einräumen, dass zwischen den Bedingungen unseres Friedensvertrages mit Preussen und dem Zustande, den die mehrerwähnten Bündnisse geschaffen, eine

wahre Uebereinstimmung obwalte. Wir haben keinen Grund, unsere Ansicht zu verschweigen, aber wir beabsichtigen nicht, unfruchtbare Diskussionen zu veranlassen, die unserem aufrichtigen Wunsche freundlicher und erspriesslicher Beziehungen zu Preussen und den übrigen deutschen Staaten Eintrag thun könnten. Von dem Geiste dieser Betrachtungen wollen Ew. sich durchdringen, so oft Sie in dem Falle sein werden, den Gegenstand, von welchem ich spreche, in Ihren vertraulichen Unterredungen zu berühren. Auch habe ich kein Bedenken dagegen, dass Ew. von gegenwärtigem Erlasse durch Vorlesen Kenntnis geben.

Empfangen etc. etc.

Der Tauffkirchen'schen Mission gegenüber verhielt ich mich allerdings abwehrend. Ganz abgesehen von dem Umstand, dass der bayrische Diplomat nicht als Abgesandter des Grafen Bismarck, sondern als bayrischer, von der preussischen Regierung ihrem Gesandten in Wien empfohlener Agent sich bei mir einführte, was allein hinreichte, mir eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, so war auch virtuell der damalige Anwurf für Oesterreich nicht annehmbar.

Nachdem die kühle Aufnahme jenes vermeintlichen Entgegenkommens wiederholt zu einer meiner ärgsten Sünden gemacht worden ist, so erscheint es nicht überflüssig, die bezügliche von mir an den Grafen Wimpffen, k. k. Gesandten in Berllin, gerichtete Depesche an dieser Stelle vollinhaltlich aufzunehmen:

Freiherr von Beust an Graf Wimpffen
in Berlin.

Wien, den 19. April 1867.

Die politische Reise des Grafen Tauffkirchen nach Berlin und Wien hat bereits vielseitige Aufmerksamkeit erregt und sie wird voraussichtlich den Gegenstand noch mancher mehr oder weniger gewagter Kommentare bilden. Ich halte um so mehr für nöthig, Ew. ausführlich und genau von dem Verlaufe der Unterredungen zu benachrichtigen, welche ich mit dem genannten Vertrauensboten des Münchner Kabinets und aus Anlass seiner Sendung mit dem königlich preussischen Gesandten Freiherrn von Werther gepflogen habe.

Graf Tauffkirchen führte sich bei mir nicht nur als Beauftragter seiner Regierung, sondern auch als Ueberbringer wichtiger Vorschläge

Preussens ein. Als den Zweck seines Erscheinens in Berlin bezeichnete er den Wunsch des Fürsten Hohenlohe, über die Eventualitäten der Luxemburgischen Frage ins Klare zu kommen, das Interesse des Friedens im Einverständnisse mit Preussen zu wahren, und in diesem Interesse namentlich auch zu versuchen, ob es der Einwirkung Bayerns gelingen könne, zu einer Annäherung zwischen Oesterreich und Preussen beizutragen. Was er bei dem Grafen Bismarck erreicht habe, sei von grosser Tragweite. Er sei in den Stand gesetzt, den Abschluss einer Allianz zwischen den beiden Mächten zu bevorworten, einer Allianz welche sich auf sämtliche deutsche Staaten erstrecken würde. Die Erhaltung des Friedens werde durch einen solchen Bund gesichert. Man verkenne nicht in Berlin, dass Oesterreich berechtigt sei, für die Verpflichtungen, die es übernehmen würde, Kompensationen zu verlangen, man sei aber auch bereit, hierin so weit zu gehen, als nur irgend möglich.

Was Graf Tauffkirchen über diesen letzteren Punkt weiter verlauten liess, war jedoch leider nicht der klarste Theil seiner Eröffnungen.

Er sprach von einer Garantie unserer deutschen Besitzungen. Er gab zu verstehen, dass wohl auch für unsere nicht-deutschen Provinzen temporär uns jede wünschenswerthe Sicherheit gegen mögliche Gefährdungen geboten werden könnte. Er erwähnte Russlands als des Dritten im Bunde, und meinte, in der Erneuerung eines Bundes der drei Mächte bestehe diese Sicherheit von selbst. Er wies endlich darauf hin — wie dies bereits früher von München aus geschehen war —, dass ein Freundschaftsbündnis Preussens mit Oesterreich den süddeutschen Staaten die Möglichkeit gewähre, ein grösseres Mass von Selbstständigkeit zu behaupten, und dass eine völkerrechtliche Allianz Oesterreichs mit dem Norddeutschen und dem Süddeutschen Bunde doch zuletzt den Uebergang bilden könnte zu bleibenden engeren Vertragsverhältnissen, welche mit Vortheil für Oesterreich wie für die deutsche Nation den früheren Staatenbund ersetzen könnten.

Ich glaube hiemit die Essenz der Anerbietungen des Grafen Tauffkirchen wiedergegeben und sie durchaus nicht abgeschwächt zu haben.

Durch die Aeusserungen des Freiherrn von Werther und durch eine vertrauliche Depesche, die er mir vorlas, wurde mir sodann bestätigt, dass Graf Bismarck den Abgesandten der königlich bayrischen Regierung allerdings legitimirt hatte, derartige Eröffnungen nach

Wien zu bringen. Baron Werther unterstützte die Bemühungen des Grafen Tauffkirchen, doch muss ich bemerken, dass die Aussprüche des Ersteren nicht von bindendem Charakter waren, und dass wir daher den erwähnten Allianzvorschlägen immerhin nur auf die Gefahr hin hätten Gehör leihen können, sie in Berlin nicht im Voraus genehmigt zu wissen.

Ich werde mich nunmehr beehren, Ew. das Wesentliche meiner Erwiderungen mitzutheilen.

Wenn mehrere Interessenten über wichtige Gegenstände zu verhandeln haben, so kann es bisweilen nur nützen, die Rollen in Gedanken zu vertauschen, um zu einem unbefangenen und billigen Urtheile zu gelangen. Dies war meine erste Bemerkung gegenüber dem Grafen Tauffkirchen. „Erlauben Sie," sagte ich ihm, „dass ich eine Kombination erfinde, in welcher Sie nicht von Berlin nach Wien, sondern umgekehrt aus der österreichischen Hauptstadt in die preussische einen Allianzantrag zu bringen hätten. Unterstellen Sie den Fall, Oesterreich hätte nach dem Krimkriege ein Garnisonsrecht in einer moldauischen Festung — von der russischen Grenze so weit entfernt wie Luxemburg von der französischen — behalten. Nehmen Sie weiter an, die kaiserliche Regierung hätte in Galizien eine Reihe von Massregeln ergriffen, durch welche sie eine so grosse Aufregung in Russland hervorgerufen hätte, wie Preussen in Frankreich durch seine Schritte seit den Nikolsburger Friedenspräliminarien. Russland fände unsere Nachbarschaft in der Moldau gefährlich, ein Krieg stünde in Aussicht, und Sie hätten in Berlin im Namen Bayerns und in unserem Namen eine Allianz anzubieten. Wenn Sie dort geltend machten, dass Oesterreich im Grunde doch deutsche Interessen gegen Russland vertrete, dass der Wiener Hof ein Bündnis mit Preussen zeitgemäss finde, dass er Preussens deutsche Besitzungen zu garantiren bereit sei, und dass Preussen im Bunde mit Oesterreich wohl auch für Posen vorerst nicht viel zu besorgen habe — glauben Sie, dass man in Berlin diese Motive genügend finden würde, um sich mit uns gegen Russland zu verbinden?"

Ich wollte mich jedoch durch dieses Gleichnis keineswegs der Aufforderung entziehen, mich offen über den heute wirklich vorliegenden Fall auszusprechen. Vielmehr lehnte ich es nicht ab, in die freimüthigste Prüfung der Vorschläge des Grafen Tauffkirchen einzugehen. Ich war dies schon den Gefühlen schuldig, welche der Gedanke an die natürliche Solidarität mit Deutschland jederzeit in uns erweckt.

„Sie versprechen sich,“ bemerkte ich, „von der Allianz Oesterreichs mit Preussen die Erhaltung des gefährdeten Friedens. Nehmen wir zunächst diese Rechnung als eine richtige an. Aber in welcher Lage würde Oesterreich, welches seinerseits jetzt gar nicht bedroht ist, in die neue Friedensepoche eintreten? Es hätte sie zu bezahlen durch die Feindschaft Frankreichs, die ihm doppelt gefährlich sein würde, weil sie zugleich in Deutschland eine so gut als unbedingte Abhängigkeit von dem guten Willen Preusens im Gefolge hätte. Wir bezweifeln diesen guten Willen nicht, aber können Sie leugnen, dass die Verhältnisse manchmal stärker sind, als die Intentionen der leitenden Männer, und dass Oesterreich, um angesichts der Einheitsbestrebungen in Deutschland und der noch immer möglichen Konflikte mit Italien den Hass Frankreichs auf sich zu laden, soliderer Garantien bedürfte, als des Versprechens, dass es in seinem Besitze nicht — oder doch nicht zu frühe — gestört werden solle?

„Aber es sei auch nicht einmal bewiesen,“ fuhr ich fort, „dass das beantragte Bündnis wirklich die Erhaltung des Friedens zu bedeuten haben würde.

„Man sei bei uns belehrt, unsere Macht und die Furcht vor ihr nicht zu hoch zu schätzen, und darum würde, wenigstens in der nächsten Zeit, die Aussicht auf eine Theilnahme Oesterreichs am Kriege Frankreich nicht abhalten, den letzteren zu wagen, wenn es einmal den nöthigen Einsatz an materiellen und moralischen Mitteln aufwenden wolle, um ihn gegen Preussen und Deutschland zu unternehmen. Dagegen würde das Wort Koalition, jetzt nach Frankreich geworfen, weit weniger geeignet sein, die erwachten Leidenschaften zu dämpfen, als sie bis zum heftigsten Ausbruche zu entflammen. Selbst einer neuen nordischen Koalition gegenüber fühle sich Frankreich nicht vollkommen isolirt. Es habe dem Königreiche Italien noch manches, es habe der Revolution in den Ländern seiner Gegner noch mehr zu versprechen, und es sei sich der wirklichen oder vermeintlichen Macht dieser Bundesgenossenschaft zu sehr bewusst, um nicht vielleicht heute oder morgen den Krieg einem den Nationalstolz verletzenden und für die Dynastie gefährlichen Zurückweichen vorzuziehen.

„Nun aber vergegenwärtige man sich endlich die verschiedenen möglichen Ausgänge eines Krieges. Sie werden mir zugeben, dass es kein erfreuliches Schicksal sein würde, gemeinsam mit Preussen zu unterliegen und am Rhein, unter den Alpen, am Adriatischen Meere das Gesetz des Siegers annehmen zu müssen. Lassen wir aber diesen Fall

als unwahrscheinlich bei Seite, denken wir uns Frankreich als überwunden — können wir es darauf ankommen lassen, dass man uns alsdann das Prager Friedensinstrument in die Hand drücke und uns für dessen erfolgreiche Vertheidigung danke? Ferne sei es von mir, die Erinnerungen des gemeinsamen Sieges über Dänemark wachzurufen, aber Sie begreifen, dass wir auch für jenen günstigsten der möglichen Fälle unsere Sicherheiten vorher nehmen müssten."

Graf Tauffkirchen hat in der That sich nicht für vorbereitet erklären können, auf alle diese Fragen zu antworten oder die ihm vor Augen gestellten Bedenken und Einwendungen zu entkräften. Er äusserte nur sein Bedauern, nach meinen Worten annehmen zu müssen, dass Oesterreich die von ihm aus Berlin mitgebrachten Vorschläge ablehne. Auch Freiherr von Werther seinerseits wiederholte mir diesen Ausdruck. Ich warnte jedoch sehr vor demselben und ich bat, nicht von einer Ablehnung preussischer Vorschläge durch Oesterreich zu sprechen, da die Erläuterungen, die dies nöthig machen würde, nicht anders als nachtheilig wirken könnten, die Zukunft zu schonen sei, und es Thatsache bleibe, dass Oesterreich stets den Wunsch hegen werde, zu einer Wiederannäherung an Preussen und Deutschland die Hand bieten zu können.

Ich zweifle nicht, dass, was ich hier in den Hauptzügen kurz wiederholt habe, dem königlich preussischen Kabinete durch die Berichte seines Gesandten vollständig zur Kenntnis gelangen werde. Es wird jedoch auch zu Ihrer Aufgabe gehören, dafür zu sorgen, dass in der Auffassung meiner Aeusserungen keine Abweichung stattfinden könne. Ja es wird, wie ich glaube, der Aufrichtigkeit und Loyalität, die man stets bei uns finden wird, würdig, dem Interesse der Annäherung aber nicht abträglich sein, wenn ich Ew. ermächtige, dem Herrn Grafen von Bismarck den gegenwärtigen Erlass vollständig vorzulesen.

Empfangen etc. etc.

Als diese Depesche Anfang 1868 im ersten Rothbuch abgedruckt wurde, fand sie in der Wiener Presse ungetheilten Beifall und ich erinnere mich einer nur mündlichen aber sehr zustimmenden Aeusserung des Grafen Andrassy.

Ich habe an einer Stelle des ersten Abschnittes dem Dr. Busch meinen Dank dafür abgestattet, dass er durch sein Buch „Unser Reichskanzler" mir sehr schätzenswerthes Material geboten habe;

um so mehr bin ich berufen, gegenüber seinen mir geltenden Ausfällen es an der nöthigen Zurückweisung nicht fehlen zu lassen. Ich fühle mich dabei um so freier, als von autoritativer deutscher Seite mir erklärt worden ist, Dr. Busch habe die Genehmigung zur Herausgabe des gedachten Buches nachgesucht, jedoch nicht erhalten, worauf er mit dem Bekenntnis hervorgetreten sei, dass das Geschäft mit dem Buchhändler nicht allein abgeschlossen, sondern bereits in der Ausführung begriffen sei. Meine Replik kann sich daher nur gegen ihn und nicht an eine höhere Stelle richten.

Herr Dr. Busch findet, dass ich dem Grafen Bismarck für sein Entgegenkommen „Sottisen" gesagt habe. Ich will nicht in den gleichen Ton verfallen, allein mit mehr Recht liesse sich behaupten, dass das Tauffkirchen'sche Angebot ein angenehmer Scherz gewesen sei. „Garantie der d e u t s c h e n Provinzen Oesterreichs!" Aber wer konnte diese erwerben wollen? Weder Frankreich noch Russland noch Italien. Die Garantie der deutschen Provinzen durch Deutschland hatte also eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der Garantie, welche der italienische Räuberhauptmann dem Reisenden gegenüber, der sich mit ihm verständigen will, übernimmt. Erwägt man dieses sehr einfache Verhältnis, so wird die Einkleidung meiner damaligen Antwort sicherlich nicht als eine Sottise erscheinen. Ich nehme gern an, dass man in Berlin eben so wenig an dieses so einfache Verhältnis bei der Tauffkirchen'schen Mission gedacht hat, als man räuberische Gedanken gegenüber Oesterreich hegte. Das ändert aber nichts an der Seltsamkeit des Angebots und an der Begreiflichkeit der Ablehnung. Herr Dr. Busch citirt noch eine 1883 erschienene ungarische Broschüre, worin viel Ergänzendes zu finden sei, wie z. B. dass der preussische Gesandte Baron Werther die Note seines Kanzlers mit wichtigen Erklärungen begleitet habe, wobei g a n z z u t r e f f e n d bemerkt worden sei, dass Wien nie die Hauptstadt Deutschlands werden könne, weil es an der Grenze des deutschen Sprachgebietes liege und in Oesterreich überhaupt

ein anderer Geist als in Deutschland herrsche. Sollte Baron Werther wirklich derartige Instruktionen erhalten haben, was ich bezweifle, so könnte ich ihm nur als Beweis von Takt nachrühmen, dass er solche oder ähnliche Andeutungen mir gegenüber nie gemacht hat.

Allein die Logik des Dr. Busch erkennt in der Aeusserung, dass Oesterreich kein Interesse habe, sich Frankreich zum Feind zu machen, eine „halbverhüllte Drohung", in welcher Ansicht ihn das gleichzeitige „Suchen nach Gelegenheit zur Revanche im Bündnis mit einer andern Macht" bestärkt. Worin bestand diese Handlung? In dem Vorschlag einer Revision des Pariser Vertrags, eines Vertrags welcher Deutschland wenig oder gar nicht berührte. Warum Revanche? Weil Russland durch die Aufhebung der Bestimmungen über das Schwarze Meer, die ich zu dem Zweck vorgeschlagen hatte, damit Russland sich mit den andern Mächten in den Fragen des Orients vereinige, zu Gegendiensten gestimmt werden sollte und diese nur gegen Deutschland gerichtet sein konnten! Sowohl die Verhandlungen mit Russland, als jene mit Frankreich und Italien waren „Intriguen". Als Preussen, zur Zeit als der Deutsche Bund noch bestand, mit Italien eine Offensiv-Defensiv-Allianz gegen ein Mitglied des Bundes schloss, war dies ein Akt erlaubter Vorsicht; wenn aber Oesterreich, nachdem es aus dem Deutschen Bund entfernt worden war und vollkommene Freiheit der Allianzen gewonnen hatte, mit einer andern Macht verhandelte, war es eine Intrigue! Als Preussen 1851 mit Hintansetzung seiner Zollverbündeten mit Hannover abschloss, war das ein Akt selbstständigen Vorgehens; als aber die dadurch betroffenen Zollverbündeten deshalb in Berathung traten, war dies eine Koalition gegen Preussen. Immer das nämliche doppelte Mass. Eine Bestätigung dessen, was ich an einer früheren Stelle gesagt: das scharfe preussische Auge für den Splitter und das verschleierte preussische Auge für den Balken.

So und nicht anders war die deutschfeindliche, rachedürstige und unruhige Politik des Baron Beust beschaffen.

Bei den dem Londoner Protokoll wegen Luxemburg vorausgehenden Vernehmungen zwischen den Kabinetten betheiligte sich Oesterreich in thätiger aber durchaus objektiver und konzilianter Weise. Mein Vorschlag war ein alternativer: entweder die Lösung, welche schliesslich acceptirt wurde, oder dass Luxemburg, welches der König von Holland abtreten wollte, an Belgien komme und dieses jene kleinen Grenzdistrikte und Festungen, welche 1814 bei Frankreich belassen und erst 1815 an das Königreich der Niederlande abgetreten wurden, an Frankreich restituire. Ueber diesen letzten Vorschlag, welcher in Berlin günstige Aufnahme fand (bestätigt es doch sogar mein Ankläger, Dr. Busch) hat man sich in Belgien, wie mir dünkt, sehr ungerechterweise entrüstet gezeigt: Wenn der König von Italien das vielhundertjährige Stammland seines Hauses opfern konnte, um Italiens Grösse und Zukunft zu sichern, so scheint mir, war es dem König der Belgier nicht zu viel zugemuthet, gegen den Eintausch eines viermal grösseren Territoriums einige Distrikte zurückzugeben, welche sein Land erst vor weniger als einem halben Jahrhundert erworben hatte. Der Gedanke war für Preussen und Europa nicht unannehmbar, denn eine einzige Neutralität entspricht mehr als deren zwei, und die Zurückziehung der preussischen Besatzung aus Luxemburg, welche Bismarck als *reculade* vorgeworfen wurde, war viel leichter, sobald es sich nicht mehr um deutsches Land handelte. Erheiternd war die Motivirung der französischen Ablehnung mit der Betheuerung, dass der Kaiser keine Gebietsvermehrung wolle, nachdem man soeben einen Handel abgeschlossen hatte, um ein Grossherzogthum in die Tasche zu stecken.

Immerhin fand unsere vermittelnde Thätigkeit in Paris sowohl als in Berlin Anerkennung. Die Publikationen des französischen Diplomaten Herrn von Rothan begegnen sich mit den vorstehenden Aufzeichnungen und lassen mir alle Gerechtigkeit widerfahren.

Bald darauf gaben zwei hohe Besuche dem Minister des Aeussern zu erneuter Thätigkeit Anlass.

Der Sultan beschloss seine aus Anlass der Pariser Ausstellung unternommene europäische Rundfahrt mit der Aufwartung, welche er dem Kaiser in Schönbrunn machte. Abdul Aziz war des Französischen nicht im Geringsten mächtig, mit ihm selbst war daher von eingehender Besprechung nicht die Rede, um so mehr galt es von dem in seiner Begleitung befindlichen Fuad Pascha. Ich rechne es zu meinen interessantesten Erinnerungen, dass mir Gelegenheit geboten wurde, mit den beiden grossen türkischen Staatsmännern, welche nie wieder ersetzt wurden, nämlich Ali und Fuad zu verkehren. Fuad, damals Minister des Aeussern, kam mir in der gewinnendsten Weise entgegen und es gelang mir, ihn davon zu überzeugen, dass meine Absichten bei der Depesche vom 1. Januar 1867 keineswegs gegen die Türkei sondern in deren Interesse gedacht waren. Eine im Rothbuch 1868 abgedruckte Depesche Fuad's gibt dafür Zeugnis. Er schien an meiner Unterhaltung Gefallen zu finden, und ein zufälliger guter Einfall eroberte sein und des Sultans Herz. Als ich eines Tags in Schönbrunn in einer Fensternische stand, erschien der Sultan mit Fuad. Ersterer redete mich Türkisch an, Fuad übersetzte: „*Le Sultan dit que l'Empereur a daigné lui conférer le grand cordon de St. Etienne mais que vu sa rotondité le ruban est insuffisant.*“ (Bekanntlich war Abdul Aziz sehr korpulent.) — „*Cela prouve, Sire,*“ entgegnete ich, „*combien les liens sont étroits.*“ Als ich zwei Jahre später Konstantinopel besuchte, war Fuad leider nicht mehr unter den Lebenden.

Fuad war in dem später von mir und dann von meinem Nachfolger bewohnten Hietzinger Stöckel etablirt und wegen der ziemlich grossen Entfernung vom Schönbrunner Schloss wurden die Frühstücke von Dommayer geliefert. Eines Tages kommt Prokesch in grösster Aufregung zu mir: „Denken Sie, was geschieht, man hat ihm Schinken vorgesetzt.“ Sein Unmuth steigerte sich, als ich ihm entgegnete: „Nun, er findet bereits meine von Ihnen verworfene Januar-Depesche gar nicht ungeniessbar; vielleicht trifft es der Schinken auch.“

Die Anwesenheit des Sultans wurde die Veranlassung einer hohen Auszeichnung, die ein neuer Beweis kaiserlicher Huld und Gnade war, die ich aber nicht nachgesucht und die mir manche stille Feindschaft eintrug. Es war grosse Tafel in Schönbrunn und ich als einer der jüngsten Geheimräthe wurde — obschon ich bereits Reichskanzler war — ans Ende der Tafel und so placirt, dass meine anwesenden Untergebenen, insbesondere auch Prokesch, über mir gesetzt wurden. Letzterer gab darüber seiner Missbilligung lauten Ausdruck. Ich höre ihn noch, wie er mir zurief: „Es ist zum Lachen, so etwas geschieht nur im Occident, im Orient wäre es nicht möglich.“ Nach der Tafel suchte ich den ersten Obersthofmeister Fürsten Hohenlohe auf, dem ich befreundet war, und sagte: „Ich mache keinerlei Ansprüche und verlange gar nichts, aber ich bitte nur um das Eine, dass ich bei ähnlichen Gelegenheiten keine Einladung erhalte.“ — Am nächsten Tage schon erhielt ich ein kaiserliches Handschreiben, welches mir denselben Rang verlieh, wie ihn der alte Fürst Metternich hatte, nämlich den ersten Platz nach dem ersten Obersthofmeister, so dass ich auch vor den österreichischen Fürsten den Vortritt hatte.

Der dem Fürsten Hohenlohe reservirte Vortritt vor mir hatte für das diplomatische Corps eine Verlegenheit im Gefolge, indem es allgemeiner Grundsatz ist, dass der Minister des Aeussern in einem diplomatischen Hause ausnahmslos den ersten Platz einzunehmen hat. Natürlich richtete man sich so ein, um uns nicht beide gleichzeitig einzuladen, und bei Gelegenheit grosser Ceremonialdiners, wie z. B. bei dem Bankett Lord Bloomfield's am Geburtstag der Königin, trat ich freiwillig zurück. Ein guter Einfall eines der amerikanischen Gesandten war es aber, mir eines Tags offenbar in der freundlichsten Absicht zu schreiben: „Fürst Hohenlohe sollte heute bei mir speisen. Er lässt absagen: wollen Sie nicht von der guten Gelegenheit profitiren?“

Den Erinnerungen an den zweiten hohen Besuch muss ich

einen schmerzlichen Rückblick auf ein trauriges Ereignis vorausschicken, welches den hauptsächlichen Anstoss dazu gegeben hatte. Es war der einzige Schatten des für mich so licht- und glanzvollen Jahres 1867.

Wenige Tage nach meinem Eintritt in österreichische Dienste erhielt ich ein sehr verbindliches Schreiben des Kaisers Maximilian von Mexiko.

Der hohe Herr begrüsste meine Ernennung mit den schönsten Hoffnungen und verlieh mir sogleich seinen höchsten Orden, den mexikanischen Adler. Man war schon so nahe der Katastrophe und doch hatte man davon keine Ahnung, obschon der Rückzug der Franzosen und die Gemüthskrankheit der Kaiserin Charlotte bereits wie Grabgeläute vorhallten. Da kam plötzlich die niederschmetternde Nachricht von der Gefangennahme des Kaisers. Es erfolgten ohne Verzug die nöthigen diplomatischen Schritte. Nicht allein unser Gesandter in Washington suchte die Verwendung der Unionsregierung nach, auch Graf Apponyi wurde angewiesen, die Vermittlung der englischen Regierung zu gleichem Zweck nachzusuchen, und diese wurde von Lord Stanley — dem jetzigen Lord Derby — auf das Bereitwilligste und mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, dass das Leben des Kaisers geschont werden würde, zugesichert. Ich erlaubte mir inzwischen darauf aufmerksam zu machen, dass man in Mexiko eine Garantie gegen die Rückkehr des Kaisers Maximilian verlangen und diese vielleicht dann als genügend ansehen werde, wenn der Kaiser Maximilian seiner vor der Kronannahme abgelegten Renunziation auf seine Agnatenrechte in Oesterreich entbunden und in diese förmlich wieder eingesetzt werde. Hierzu bedurfte es nach den Hausgesetzen der Zustimmung des Familienraths, welchen der Kaiser auch sofort zusammenberief. Mir ist diese Episode besonders darum so lebhaft in der Erinnerung, weil ich dabei das edle Herz des Kaisers in vollem Masse schätzen lernte.

Es ist vielleicht dem Erzherzog Maximilian Unrecht geschehen, und man mag ihn manchen ehrgeizigen Plans geziehen

haben, der seinen Gedanken fern lag. So viel war aber gewiss, dass in seiner Umgebung es nicht an gefährlichen Rathgebern fehlte (ich erinnere nur an einen bekannten belgischen Namen) und dass von einer eventuellen Rolle des Erzherzogs in Oesterreich bis in die höchsten Kreise gesprochen wurde. Dem Kaiser Franz Joseph konnte es nicht entgangen sein, dass nach dem Unglückstage von Königgrätz einmal, als der Monarch von Schönbrunn nach Wien fuhr, der Ruf „vivat Maximilian!" sich vernehmen liess. Manches unvorsichtige Wort des Erzherzogs blieb eben so wenig verborgen. Ich erwähne das Alles, um darüber keinen Zweifel zu lassen, dass dem Kaiser zehnfache Ursache zum Argwohn und zur Verstimmung gegen seinen Bruder gegeben war. Niemand aber mehr als ich war in jenen Tagen in der Lage sich davon zu überzeugen, dass der Kaiser nur einen Gedanken, den der Rettung seines Bruders, hatte und dass nach dem Eintritt des Tags von Queretaro sein Schmerz ein tiefer und aufrichtiger war. In dem eben erwähnten Familienrath, dem ich beiwohnte, gab einer der Herren Erzherzöge mit einem Freimuth, der seinem Charakter Ehre machte, der aber das brüderliche Gefühl des Kaisers nicht unverletzt liess, den politischen Besorgnissen, welche sich an den Wiedereintritt des Erzherzogs Max in seine Rechte knüpften, entschieden Ausdruck. „Es handelt sich um ein Menschenleben," erklärte der Kaiser, „und das allein schon wäre für mich bestimmend."

Der Telegraph brachte auch die Nachricht der kaiserlichen Entschliessung rechtzeitig nach Washington, allein das Geschick sollte sich vollziehen. Eines Tags wurde mir in frühester Morgenstunde ein Telegramm gebracht: *„Emperor Maximilian condemned and shot."* Der Kaiser befand sich in Regensburg, ich sandte eine geeignete Persönlichkeit, um die schreckliche Botschaft sowohl Seiner Majestät als der Frau Erzherzogin Sophie zu überbringen. Es waren furchtbare Augenblicke. Noch einmal, einige Jahre später, hatte ich eine gleich harte Aufgabe: es war, als ich selbst den schweren Gang that, um den Fürsten Peter Aremberg von

der Ermordung seines hoffnungsvollen Sohnes, der Militär-Attaché in Petersburg war, in schonender Weise zu unterrichten.

XI. Kapitel.

1867.

Besuch des Kaisers Napoleon und der Kaiserin Eugenie in Salzburg. — Die wirklichen Abmachungen. — Reise des Kaisers nach Paris. — Begegnung mit dem König von Preussen in Oos. — Der Kaiser in Paris. — Meine Unterredung mit Erzbischof Darbois. — Bankett im Hôtel de ville.

Das Drama von Queretaro fiel in die Zeit der grossen Pariser Ausstellung, welche durch die Gegenwart des Kaisers Alexander von Russland und des Königs Wilhelm von Preussen verherrlicht, zugleich auch zu einem europäischen Rendez-vous geworden war.

Es war von Anfang an die Ansicht, dass der Kaiser ebenfalls die Reise nach Paris unternehmen sollte. Nach dem tragischen Ende des Kaisers Max erhoben sich Bedenken begreiflicher Art, und der Kaiser erblickte mehr noch als in der tiefen Familientrauer einen Grund der Absage darin, dass Kaiser Napoleon, nachdem er seinen Bruder zur Annahme der Krone veranlasst, ihn durch Zurückziehung seiner Truppen im Stich gelassen habe. Als der Kaiser in diesem Sinne sich gegen mich äusserte, erinnerte ich mich des gnädigen Wortes, ich solle ihm stets die Wahrheit sagen. So hatte ich denn den Muth zu dem Einwurf: „und Hannover!“ Der Kaiser Napoleon konnte es nicht auf einen Bruch mit den Vereinigten Staaten ankommen lassen, eben so war es für den Kaiser eine Unmöglichkeit, nach Königgrätz für den König von Hannover einzutreten, trotzdem dass Georg V. aufgefordert worden war das zu thun, was das Ende seines Königreichs im Gefolge hatte. Der Kaiser war gross genug, um mir diese Aufrichtigkeit nicht zu verübeln. Ich meinerseits jedoch

war darauf bedacht, dass der Würde des Kaisers unter solchen Umständen volle Genüge geschehe und erklärte es für eine Nothwendigkeit, dass der Kaiser, wenn er nach Paris gehe, dies in Gestalt eines Gegenbesuches thue. In diesem Sinne schrieb ich an den Botschafter in Paris, und Fürst Metternich vermittelte den Besuch des Kaisers Napoleon in Salzburg. So wurde dem Kaiser die Genugthuung, der einzige Monarch in Europa zu sein, welcher nicht nach Paris kam, ohne vorher den Besuch des Kaisers Napoleon empfangen zu haben (die Königin Viktoria hatte als Dame natürlich eine Ausnahme gemacht).

Die Tage von Salzburg waren szenisch schön. Diese Stadt hat vermöge der die Dächer verhüllenden und daher gewissermassen flache Dächer simulirenden Bauart der Häuser einen südlichen Anstrich. Es fehlt aber gewöhnlich dazu zweierlei: ein tief blauer Himmel und belebte Strassen. Beides war in jenen Tagen zu schauen und verlieh Salzburg einen ungewöhnlichen Reiz.

Der Tag der Ankunft war der 18. August, der Geburtstag des Kaisers. Aus Berlin traf früh ein Telegramm an den Kaiser ein, welches gratulirte und mit den Worten schloss: „Empfiehl mich den französischen Majestäten!“ — ein Gruss, dessen ich mich einige Jahre später mehr als einmal erinnerte.

Die Begegnung der hohen Herrschaften war eine unbefangene und beinahe herzliche zu nennen. Kaiser und Kaiserin empfingen ihre Gäste auf das Liebenswürdigste. Die Kaiserin Eugenie setzte durch die graziöse und dabei vornehme Haltung, mit welcher sie Cercle hielt, Alles in Erstaunen, und es war vielleicht nicht ohne Berechnung, dass sie in einem mehr als einfachen Reiseanzug ankam und überhaupt in der bescheidensten Toilette erschien und offenbar bestrebt war, sich vor der Schönheit der Kaiserin Elisabeth zu effaciren. Der Kaiser Napoleon, welchen ich (vergl. Kap. I.) erst vor einem Jahr im Zustand der höchsten körperlichen und geistigen Erschlaffung in Paris gefunden hatte, war frisch und munter und zeigte keine Spur von Krankheit.

Es gibt wenig Fürsten-Begegnungen, welche in ihrer Bedeutung und ihren präsumptiven Folgen mehr in den Zeitungen besprochen worden wären als die Salzburger Entrevue, und in wenigen Fällen ist die Wirklichkeit so weit hinter der Konjektur zurückgeblieben.

Ich hatte während meines Aufenthalts in England einmal Veranlassung, dem Grafen Andrassy in einem offiziellen Bericht über vergangene Augenblicke Auskunft zu ertheilen, und ich schrieb ihm unter Anderm Folgendes: „Euer Excellenz dürften mehr als einmal gelächelt haben, wenn Sie in den Zeitungen die Salzburger Entrevue in einer Weise dargestellt fanden, als hätten Sie mich am Rockschoss gehalten, damit ich nicht mit beiden Beinen in die französische Allianz springe. Ich und Kaiser Napoleon waren zwei Reitern zu vergleichen, von denen ein jeder glaubt, der Andere werde ihm zumuthen über einen breiten Graben zu setzen, während eben deshalb keiner von beiden es thut."

Kaiser Napoleon war ohne einen Minister und nur mit General Fleury gekommen, welcher zwar zu den intimsten Vertrauten gehörte, aber nie den politischen Persönlichkeiten des Kaiserreichs wie Morny, Rouher und Anderen zugesellt worden ist. Diesseits war das Ministerium vollständig vertreten. Dass ich selbst, der schon so viele Berührungen mit dem Kaiser Napoleon gehabt hatte, nicht fehlen dürfe, hatte dem Kaiser von Anfang an als zweifellos geschienen; dass die beiden Ministerpräsidenten ebenfalls sich einfanden, hatte darin seinen Ursprung, dass ich dem Grafen Andrassy, welcher für den kaiserlich französischen Hof ein alter Bekannter war, etwas Angenehmes erweisen wollte — was überhaupt bei mehr als einer Gelegenheit mein Bestreben war — und, nachdem der Kaiser meinen Vorschlag genehmigt, die gewöhnlichsten Rücksichten dafür sprachen, dass Graf Taaffe, obschon damals nur Ministerpräsidents-Stellvertreter, bei der im Gebiet der Westhälfte stattfindenden Entrevue nicht fehle.

Besprechungen haben indessen nur zwischen den beiden Kaisern und zwischen dem Kaiser Napoleon und mir statt-

gefunden, theilweise unter Betheiligung des französischen Botschafters Herzog von Gramont, welcher natürlicherweise erschienen war. Bei der letzten Konferenz produzirte der Herzog von Gramont ein sehr ausführliches, mehrere Bogen füllendes Mémoire, welches neben der Wirklichkeit auch der Phantasie einigen Spielraum liess. Ich meinestheils brachte nicht mehr als eine drei gebrochene Seiten mit grosser Schrift einnehmende Aufzeichnung. „*C'est très-bien fait,*" sagte der Kaiser Napoleon zum Herzog von Gramont, „*mais j'aime mieux ce que M. de Beust a écrit.*" — „*Alors,*" entgegnete der Herzog, indem er auf sein Manuskript deutete, „*il faudra conserver ceci.*" — „*Non, non,*" antwortete der Kaiser, „*il faut le brûler.*"

Diese von mir verfasste Aufzeichnung, worin der Kaiser Napoleon mit eigener Hand einige Einschaltungen machte, betraf eine dreifache Verabredung.

Anlangend zunächst die deutschen Angelegenheiten, so kam man überein, dass zwar die genaue Beobachtung der Bestimmungen des Prager Friedens eine gemeinsame Aufgabe sei, man jedoch beiderseits eine Einmischung in die deutschen Angelegenheiten zu vermeiden habe. Insbesondere werde Frankreich sich jeder den Charakter einer Bedrohung verrathenden Massregel oder Kundgebung enthalten, während Oesterreich sich darauf beschränken werde, durch fortgesetzte Entwicklung eines liberalen und aufrichtig konstitutionellen Systems sich die Sympathien des südlichen Deutschlands zu erhalten.

Mit Rücksicht auf gewisse damals hervorgetretene russische Velleitäten wurde abgemacht dass, falls von Russland eine abermalige Ueberschreitung des Pruth erfolgen sollte, Oesterreich ohne Weiteres die Walachei besetzen und der Zustimmung und Unterstützung Frankreichs versichert sein werde.

Endlich wurde in Bezug auf den cretensischen Aufstand übereingekommen, dass gegenüber der Pforte ein weniger komminatorisches Verfahren eingeschlagen werde, als dies bis jetzt von Russland in Gemeinschaft mit Frankreich, Preussen und

Italien geschehen war. In einer in späteren Jahren von London nach Wien gerichteten Depesche, welche in einem der kommenden Kapitel wiedergegeben ist, habe ich den Grafen Andrassy daran erinnert, dass ich ihm dieses Schriftstück, das einzige welches aufgenommen wurde, in Salzburg unterbreitet habe.

Man sieht, dass das Cirkular, welches Marquis de Moustier in Folge der Salzburger *Entrevue* an die französischen Missionen erliess und das die Monarchenbegegnung auf eine persönliche Freundschaftsbezeigung reduzirte, sich nicht allzu weit von der Wahrheit entfernt hat.

An die Salzburger *Entrevue* schloss sich die Pariser Reise des Kaisers im Oktober an. Die beabsichtigt gewesene Reise I. M. der Kaiserin unterblieb, da inzwischen eine frohe Hoffnung sich eingestellt hatte. Der Kaiser wollte ausser mir den k. ungar. Minister am kaiserl. Hoflager, Grafen Festetits, mitnehmen; ich war es, der dafür sprach, dass es Graf Andrassy sein möge, und dies auch erlangte. Der kaiserliche Zug war so eingerichtet, dass München am Abend, Stuttgart aber während der Nacht und in früher Morgenstunde Oos bei Baden passirt wurde, wo König Wilhelm sich zu einer Begrüssung angesagt hatte. Ich habe bei den späteren Begegnungen in Salzburg, besonders aber nach den kordialen Besuchen in Gastein und Ischl oft an jenes erste Wiedersehen nach Königgrätz gedacht, welches dem beabsichtigten Zweck wenig förderlich war. Der Gedanke war gewiss ein wohlgemeinter, aber es war dabei zu wenig in Betracht gezogen worden, dass der Wunde noch nicht Zeit gelassen war zu vernarben, und dass eine solche mehr oder minder peinliche Szene sich nicht in Gegenwart Dritter abspielen darf. Der Kaiser hatte nicht nur eine zahlreiche Begleitung, sondern auch die Herren Erzherzöge Karl Ludwig und Ludwig Viktor mit sich. So nahm denn die ganze Begegnung einen flüchtigen und steifen Verlauf. König Wilhelm blieb in einem dazu eingerichteten Zimmer des Bahnhofs, welches der Kaiser und die Erzherzöge betraten, ohne zum Wagen geleitet zu werden. Ich erinnere mich, wie viele Glossen

ich zu vernehmen hatte, weil ich, als ich vor der offenen Thür jenes Zimmers vorbeikam, vor dem darin unbeweglich stehenden König Wilhelm eine tiefe Verbeugung gemacht hatte. So waren damals die Beziehungen und es war wahrlich nicht der ehemalige sächsische Minister, der sie verbitterte.

In Nancy wurde das erste und einzige Nachtquartier gemacht. Wir kamen bereits in der Nachmittagsstunde an und der Kaiser hatte Zeit, die Gräber seiner lothringischen Ahnen zu besuchen. Die Ankunft in Paris erfolgte am nächsten Tage zur Mittagszeit. In Meaux wurde ein kurzer Aufenthalt zur Anlegung der Uniformen benutzt, auf dem Strassburger Bahnhof in Paris waren Kaiser Napoleon und Prinz Napoleon zum Empfang, und dann erfolgte der feierliche Einzug durch die dem Wagenverkehr gänzlich verschlossenen, aber von Zuschauern dicht besetzten Boulevards. Es war für den Kaiser ein wahrer Triumphzug, sowie während seines Aufenthalts in Paris überhaupt die sympathischen Kundgebungen sich auf das Spontanste wiederholten. Dahin gehörte allerdings auch das damalige *„la liberté comme en Autriche"*. Der Kaiser sowohl als die Erzherzöge hinterliessen in der Pariser Bevölkerung den besten Eindruck, und sie imponirten besonders auch dadurch, dass sie gewissen Kreisen, welche für die Fremden eine bekannte Anziehungskraft haben, völlig fern blieben — ein Beispiel welches von andern hohen Herrn nicht immer gegeben worden war.

Im Elysée, wo für den Kaiser und sein Gefolge die Appartements bereit waren, erwartete die Kaiserin Eugenie den hohen Gast. Ich selbst bewohnte mit dem Sektionschef Herrn von Hofmann und dem Hofrath Baron Aldenburg einen Seitenflügel. Wie oft habe ich später Fräulein Grévy damit belustigt, dass ich die Räumlichkeit des Elysée besser kannte, als sie selbst!

Der Hof residirte nicht in den Tuilerien, sondern in St. Cloud, woselbst mehrere grosse Diners und Soireen zu Ehren des Kaisers stattfanden. Bei einer dieser Festlichkeiten hatte ich eine mir in lebhafter Erinnerung gebliebene Unterredung mit dem Erz-

bischof Darbois, demselben, welcher als Geisel der Kommune erschossen wurde. Wir besprachen die Bewegung gegen das österreichische Konkordat und das Auftreten der Bischöfe, und ich war nicht wenig und wirklich angenehm überrascht, wie dieser später zum Märtyrer gewordene Kirchenfürst sich gegen die bischöfliche Adresse und im Geiste grosser Billigkeit und Mässigung äusserte. Als ich nach meiner Rückkehr gegen den päpstlichen Nuntius in Wien von jenem Gespräch Erwähnung that, rief Monsignor Falcinelli: *„Je le crois bien, mais vous ignorez sans doute que Mgr. Darbois n'est pas une autorité pour le St. Siège."*

Prinz Napoleon sprach mir auch mit Bewunderung von der Antwort des Kaisers auf die bischöfliche Adresse. Hier allerdings wusste ich, dass ich keine Autorität vor mir hatte.

Verhandlungen mit der französischen Regierung fanden nicht statt und es lag dazu auch kein Anlass vor. Ich hatte mehrere Unterredungen mit dem Kaiser Napoleon, so wie die französischen Minister Audienzen bei dem Kaiser Franz Joseph hatten, und ich verkehrte wiederholt mit Moustier, Rouher und Lavalette. Ich erreichte, dass die französische Regierung, welche in Bezug auf die cretensische Frage der Salzburger Verabredungen nicht ganz eingedenk geblieben war und sich einer von uns entschieden gemissbilligten Erklärung Russlands, Preussens und Italiens angeschlossen hatte, sich davon wieder lossagte. An die kaiserlichen Missionen erging von Paris aus ein Cirkular, welches etwaigen irrigen Voraussetzungen zu begegnen bestimmt war, welches indessen dem Grafen Bismarck zu der etwas ironischen Bemerkung Anlass bot: „So dürften wir also den europäischen Frieden für gesichert halten."

Ein Glanzpunkt war das Bankett im Hôtel de ville, namentlich aber die von dem Kaiser gehaltene Ansprache, welche von der Versammlung mit Jubel aufgenommen wurde und doch kein Wort enthielt, worüber man in Berlin verstimmt zu sein Ursache haben konnte. *„Ce n'était pas un toast,"* bemerkte Graf Walewski, *„c'était un acte."*

Der Aufenthalt des Kaisers schloss mit einer Einladung nach Compiègne. Ich bat um die Erlaubnis, mich entschuldigen und statt dessen mich auf einige Tage nach London begeben zu dürfen, zu dem Zweck, um dort direkte Fühlung in der cretensischen Angelegenheit zu nehmen, in der ich nicht mit Unrecht den Vorläufer späterer Verwickelungen erkannte.

Mit dem Kaiser traf ich auf der Rückreise in München wieder zusammen. Dort hatte ich die erste Begegnung mit dem mir später so werth gewordenen Pariser Kollegen, dem Fürsten Hohenlohe, damals bayrischen Minister. Ich hatte während meines Aufenthaltes in Paris eine längere Unterredung mit dem damaligen preussischen Botschafter, Graf Goltz, und wir begegneten uns in der Ansicht, dass, wolle man einer Kollision mit Frankreich dauernd vorbeugen, nichts dazu mehr beitragen könne, als irgend eine nach aussen sichtbare Konstituirung des südlichen Deutschlands. Ich brachte den Gedanken gegen Fürst Hohenlohe zur Sprache, welcher jedoch meine Rede mit einem vollständigen Schweigen — die unverfänglichste, wenn auch nicht überzeugendste Art der Replik — erwiderte.

In München erwarteten mich Telegramme des Grafen Taaffe und des Bürgermeisters Zelinka, welche der Hoffnung der Wiener Bürgerschaft Ausdruck gaben, Seine Majestät im Civilanzug ankommen zu sehen.

Ich konnte am Abend den Kaiser nicht mehr sprechen, die Abfahrt war auf 3 Uhr Morgens angesetzt, um 11 Uhr kam ich erst nach Haus, legte mich daher gar nicht zu Bette, um den Kaiser noch vor der Abfahrt zu sprechen. Um 1 Uhr war auch Seine Majestät bereits auf, meine Nachtwache aber vergeblich gewesen, denn der Kaiser hatte bereits die Uniform an. Es würde aber auch eine frühere Ansprache nichts genützt haben. Ein Jahr später fand der sogenannte Bürgerball statt und man hatte gehofft, den Kaiser in Civil zu sehen; auf der Tanzordnung war sogar sein Bild im Frack. Ich wurde bestürmt, von Seiner Majestät dies Zugeständnis zu erwirken, was ich auch mit Hin-

weisung auf das pietätvolle Andenken versuchte, welches die Wiener dem Fracke des Kaisers Franz bewahren. „Geben Sie sich keine Mühe!“ sagte der Kaiser lächelnd und gnädig, aber in bestimmtem Tone.

XII. Kapitel.

1867.

Mein längerer Aufenthalt in Pest vor der Krönung. — Ueber Popularität. — Fiesco in Ofen. — Die ungarischen Damen. — Die Krönung. — Hochherziges Wort des Kaisers. — Das Bankett im Redoutensaal. — Ursprung des Reichskanzlertitels. — Die ersten Anfänge der Konkordatsfrage. — Die Adresse der 25 Bischöfe und deren Zurückweisung. — Mein Schreiben an Kardinal Rauscher.

Bei der Aufzeichnung meiner Erinnerungen ist es nicht möglich, chronologisch Schritt zu halten, weil die einzelnen Gegenstände, wollte ich so zu sagen fortlaufende Tagesberichte geben, in zusammenhängender Darstellung nicht zur Erklärung kommen würden. So bin ich denn genöthigt, nachdem ich anlässlich der äussern Frage bereits bis zum Spätherbst gelangt war, in Betrachtung der innern Angelegenheiten zu den Frühjahrsmonaten des Jahres 1867 zurückzukehren.

In dieser Zeit befand ich mich mehrmals zu längerem Aufenthalt in Pest, wo der Kaiser öfters residirte und wo noch Besprechungen mit den ungarischen Ministern über verschiedene Spezialfragen des Ausgleiches stattfanden. Man kann mir mit Recht nicht nachsagen, dass ich je Popularitätshascherei getrieben habe. Es widerlegt sich dieser Vorwurf schon durch den Umstand, dass ich in Sachsen während der ersten Jahre der Impopularität zu trotzen wusste und dass ich in Oesterreich mich nicht scheute, die Popularität der ersten Jahre preiszugeben, sobald Pflicht und Ueberzeugung es mir geboten. Ich erinnere an das Jahr 1869, wo ich, hätte ich an mich und meine Popu-

larität gedacht, nur den innern Angelegenheiten, die meiner Kompetenz entrückt waren, fern zu bleiben brauchte und wo ich im vollen Bewusstsein der Folgen mich für eine Annäherung an die nationalen Elemente aussprach, eine Verständigung die damals in den engsten Grenzen erreichbar war. Allein ich bin auch stets der Meinung gewesen und habe es den Herren, deren Diener ich war, nie verschwiegen, dass man der Popularität nicht nachlaufen, aber ihr auch nicht aus dem Weg gehen soll. Die Popularität, wenn sie nicht mit Opfern an Würde und Ueberzeugung erkauft wird, ist eine unleugbare Kraft für Monarchen gleichwie für Minister, und eine Geringschätzung dieser Macht hat sich oft schwer gerächt. Nichts hat so sehr zur Schwächung und endlichen Auflösung des Deutschen Bundes beigetragen, als das systematische Bestreben, Alles, was seinen Organen nur den Schein der Popularität verleihen konnte, fernzuhalten. Diese Scheu ging so weit, dass selbst das Recht darunter leiden musste. Ich erinnere mich noch lebhaft der hannöverischen Verfassungsfrage in den Jahren 1837—1840. Die meisten der Bundestagsgesandten und auch die Regierungen waren von dem Unrecht des Vorgehens der hannöverischen Regierung überzeugt; aber weil die Sache der Opposition und jene der Göttinger Professoren populäre waren, darum durfte nicht das Recht geschehen. Und wie hätte damals ein kräftiges Einschreiten den Bund in der öffentlichen Meinung gehoben!

Man verzeihe mir diese Abweichung. Den Anlass dazu gab mir die Erinnerung an meine ungarische Popularität, welche auch nicht von haltbarerer Farbe war als die österreichische[1],

---

[1]) In London erschien einmal eine junge Klaviervirtuosin aus Pest mit ihrer Mutter, einer echten Tochter der Puszta. „Nein,“ sagte mir diese, „was die Ungarn an Ihnen hängen!“ — „Bitte,“ erwiderte ich, „lassen Sie mich aus damit!“ — „Aber,“ war die Entgegnung, „Excellenz, Ungar hat Sprichwort: ‚Ochs vergisst, dass gewesen ist Kolb.‘“ In einer so drastischen Weise habe ich selbst im Stillen nicht über ungarischen Undank geklagt und stets habe ich ein williges Ohr für die, welche mich eines treuen An-

nur mit dem Unterschied, dass meinerseits nichts geschehen war, sie zu verscherzen. Diese ungarische Popularität war eine sehr ungesuchte, ich hatte auf nichts weniger gerechnet, als auf sie, und sie wurde mir spontan entgegengebracht. Ich bin nun einmal Gemüthsmensch und daher gefühlsweise empfänglich für Wohlwollen. Es lag eine Art Poesie für mich in diesem Verhältnis. In den letzten Jahren bewohnte ich das der Ofener Burg gegenüberliegende Stöckel, im Anfang dagegen das daneben liegende sogenannte Zeughaus mit der Aussicht auf Pest. Da geschah es mir mehr als einmal, wenn ich bei Nachtzeit auf dem Balkon stand und auf dem jenseitigen Ufer das von tausend Flammen strahlende Pest erblickte, an die Worte Fiesco's zu denken, als er die Beherrscherin der Meere vor sich ausgebreitet sieht: „Sei frei, Genua, und ich Dein glücklichster Bürger." Vier Jahre später erinnerte ich mich dieser Träumerei. Ich war in der Rolle geblieben. Am Mantel hatte man gezerrt und ins Wasser war ich auch gefallen.

Wie immer die Dinge sich später gestalteten, stets werde ich gern an meine ungarischen Flitterwochen zurückdenken. Zu den Annehmlichkeiten des Pester Aufenthaltes gehörte die Pester Damenwelt der höheren Gesellschaft. Wie die Männer so haben auch die Frauen in Ungarn trotz grosser Anhänglichkeit an den heimathlichen Boden viel Kosmopolitisches. Dabei sind sie meistens schön und graziös. Zu den damaligen Erfindungen gehörte auch das Wort: *„il faut nous mettre toutes à ses pieds."* Der schönen Damen wegen hatte ich keine Concession auf dem Gewissen, denn als ich in die Pester Salons kam, war der Ausgleich gemacht.

Dass er mir eine gute Aufnahme sicherte, durfte ich wohl in den Kauf nehmen.

---

denkens in Ungarn versichern, trotzdem dass ich einmal vernehmen musste, die ohne mein Wissen geschehene Anregung der Verleihung des ungarischen Indigenats an mich habe einem der Minister zu der Aeusserung Anlass gegeben: der Gedanke sei monstruos.

Unvergesslich bleibt mir der Tag der Krönung. Nachdem diese in der Ofener Kirche vollzogen war, begab sich der Zug nach Pest, wo der Schwur und die Hiebe auf dem Krönungshügel stattfanden. Ich ritt vor dem Kaiser in der Entfernung von ungefähr zwanzig Schritt in meiner Eigenschaft als Doyen der Grosskreuze des Stephansordens, welchen ich längst vor meinem Eintritt in österreichische Dienste und zwar im Jahre 1852 erhalten hatte. Als wir die Brücke passirt hatten und auf der Pester Seite ankamen, erkannte mich die Menge und ein plötzliches *„Eljen Beust“* schallte so gewaltig, dass mein Schimmel, damals ein schönes Pferd, über den Platz zur Seite prellte. Auf dem Platz, wo der Schwur stattfand und gleichzeitig die Kanonen donnerten, hatte ich viele Noth mit meinem Pferd, ohne jedoch das Schicksal zweier Bischöfe zu theilen, welche ihre Pferde unfreiwillig verliessen. An der Seite des Platzes auf Estraden befanden sich Ober- und Unterhaus und auch von dieser Seite erscholl, während Déak das Zeichen dazu gab, lautes *„Eljen Beust!“* Dies wiederholte sich noch mehrmals bei der Rückkehr.

Es waren mir, ich kann es in Wahrheit versichern, diese lärmenden Kundgebungen des Kaisers wegen nicht ganz erwünscht. Wie freudig aber war meine Ueberraschung und wie lernte ich wieder die Hochherzigkeit des Monarchen schätzen, als ich unmittelbar nach der Rückkehr in die Burg beschieden wurde und der Kaiser mich mit den Worten anredete: „So ist noch kein österreichischer Minister in Ungarn empfangen worden; es hat mich herzlich gefreut!“

Erinnerungen mehr heiterer Natur knüpfen sich an das grosse Bankett im Redoutensaal. Als ich ausstieg, warf sich ein Mann mit schneeweissem Haar und Bart, welcher den Achtziger verrieth, vor mir auf die Knie, küsste mir die Hände und rief einmal über das andere: „Unser Votter!“ Die Aufgangstreppe war zu beiden Seiten von Damen in den elegantesten Toiletten besetzt. Ich konnte nicht umhin, nachdem ich mich meinem begeisterten Anhänger entrissen hatte, zu der nächst-

stehenden Dame zu sagen: „Nein, meine Damen, wie man bei Ihnen behandelt wird! jetzt muss ich noch der Vater eines Greises sein!“

Bei dem Bankett sass ich zwischen dem Fürst-Primas und dem Erzbischof Haynald. Die Ungarn sind vollendete Redner. Ich konnte oft in den Delegationen, ohne die Sprache zu verstehen, doch wahrnehmen, wie den Rednern nie das rechte Wort fehlte und nie ein Zögern oder eine Verbesserung zu bemerken war. Dabei haben sie aber auch mehr wie Andere die Gewohnheit des Gestikulirens. Mir gegenüber erhob sich ein Ungar im Nationalkostüm und ich sah, wie er mich scharf fixirte und mitunter mit geballten Händen sprach. „Bitte,“ sagte ich halb scherzend zu dem Fürst-Primas, „was habe ich dem Herrn gethan, dass er mir droht?“ — „Der?“ war die Antwort, „der bringt ja Ihren Toast aus. Er hat sie soeben mit dem Morgenstern verglichen!“

Noch bevor wir Pest verliessen, erstattete ich dem Kaiser einen ausführlichen Vortrag, um die Ernennung des Grafen Taaffe zum Ministerpräsident-Stellvertreter zu beantragen. Es geschah in Folge desselben Vortrags, dass der Kaiser mir den Titel Reichskanzler verlieh. Wohl entsprach derselbe der persönlichen Stellung, welche die damaligen augenblicklichen Verhältnisse mir gemacht hatten, und ich überliess mich der etwas trügerischen Hoffnung, dass mit dem Schein auch das Wesen, wenigstens bis zu einem Grad, vorhanden sein und der Reichskanzler zwischen den beiden Reichshälften wie über den Wassern schweben werde. Diese Anschauung war eine irrige. In Ungarn vernahm man das Wort ungern [1]), in Oesterreich begrüsste es die deutsch-

[1]) Zwar enthielt das betreffende Antwortschreiben des Grafen Andrassy auf die Notifikation meiner Ernennung die folgenden Worte: „Indem ich E. E. in dieser Stelle mit aufrichtiger Freude begrüsse und Hochdieselben ersuche, mir Hochdero freundliche Gesinnungen auch fernerhin zu bewahren, ergreife ich diese Gelegenheit, E. E. meiner besonderen Verehrung zu versichern.“ Ach dass sie ewig grünen bliebe u. s. w.

liberale Partei mit Wohlgefallen, weil man darin eine Befestigung meiner persönlichen Stellung erkannte, an welcher damals Alles gelegen schien. Allein nach der Einsetzung des cisleithanischen Ministeriums heftete sich das Misstrauen an das Wort Kanzler und es wurde in diesem Sinn ausgebeutet. Ich komme in spätern Kapiteln darauf zurück und will nur zur kurzen Charakterisirung der Anfechtungen die Worte vorausnehmen, welche ich zu Anfang 1870 im Abgeordnetenhaus sprach: „Die Verfassung," sagte ich, „kennt nicht eine Kompetenz des Reichskanzlers, die öffentliche Meinung aber hat dieselbe folgendergestalt definirt: der Reichskanzler hat sich nicht um die innern Angelegenheiten zu kümmern, für Alles, was in den innern Angelegenheiten vorgeht, ist derselbe verantwortlich.

Nach der Rückkehr von Pest nach Wien kamen im Reichsrathe akutere Fragen zur Sprache. Zunächst die der Ernennung eines dem ungarischen entsprechenden parlamentarischen Ministeriums. Hierüber hatte ich schon während der Landtagssession in Prag eine Unterredung mit Herbst, welcher den Eintritt und die ganze Bildung als verfrüht bezeichnete, in welcher Beziehung ich in Ofen ein schriftliches Exposé Herbst's dem Kaiser vorgelegt hatte. Im Reichsrath erfolgten jedoch verschiedene Anregungen, die gleichwohl damit endeten, dass eine die Sachlage klar darlegende Erklärung der Regierung von den Kammern mit Beifall entgegengenommen wurde.

Ein ernsteres Gewölk liess die Konkordatsfrage an dem sonst so heitern Himmel aufsteigen. Die Adressdebatte hatte bereits Anklänge gebracht. Jetzt trat die Sache in Gestalt präzis formulirter Interpellationen hervor. Im Ministerrath wurde unter Vorsitz des Kaisers eine Erklärung beschlossen. welche die Geneigtheit zu Verhandlungen mit Rom aussprach. Diese Erklärung hatte der Minister Hye vorzutragen. Vor der Sitzung sagte mir der letztere voll guten Muthes: „Es geht Alles gut. Pratobevera ist der erste Redner und Sie wissen, Pratobevera ist Ultramontaner." Dieser Ultramontane war in der

That der erste Redner und seine ersten Worte waren: „Das Konkordat, diese Pestbeule am Leibe des österreichischen Volkes.“

Die Aufnahme der Erklärung war eine entschieden ungünstige. Nichts desto weniger wurde der Weg der Unterhandlung mit Rom versucht. Ich schlug dem Kaiser vor, Baron Hübner, der damals Botschafter beim heiligen Stuhl war, kommen zu lassen. Der Kaiser gab die Ermächtigung, mit dem für mich persönlich wohlwollenden Zusatz, dass der Aufenthalt des Botschafters hier nicht die absolut nöthige Zeit überschreiten möge.

Inzwischen gewann die Bewegung immer grössere Dimensionen und es erfolgte nun von der andern Seite die vielberufene Adresse der 25 Bischöfe an den Kaiser.

Der geradezu herausfordernde Ton dieser bischöflichen Adresse machte ein Ignoriren derselben Seitens des Kaisers und der Regierung unmöglich. Minister Hye legte uns den Entwurf einer Antwort vor, welcher mit der diesem hochverdienten Justizmanne eigenen Gründlichkeit abgefasst war, aber eben deshalb den Fehler hatte, zu lang und daher voraussichtlich nicht wirkungsvoll genug zu sein. Die Ministerraths-Sitzungen fanden damals im Ministerium des Aeussern statt. Ich erbat mir die Erlaubnis mich in mein Kabinet zurückzuziehen, und kehrte nach einer Viertelstunde mit dem Entwurf wieder, welcher allseitige Annahme fand und dann von Seiner Majestät vollzogen wurde. (Er ist aus der Beilage ersichtlich.) In der im Oktober 1871 stattgefundenen, für mich so verhängnisvollen Universitäts-Versammlung in der Aula zu Ehren der Installation des Baron Hye als Rektor verherrlichte Dr. Josef Kopp den Letzteren als Verfasser jener kaiserlichen Antwort. Ich gönnte ihm von Herzen diesen unverdienten Lorbeer.

Die Genehmigung durch Seine Majestät erfolgte leichter und schneller, als ich gehofft hatte. Der Kaiser residirte in Schönbrunn, ich aber war am nächsten Vormittag im Reichsrath beschäftigt und wurde bis zwei Uhr aufgehalten, zu welcher Zeit der Kaiser die Burg zu verlassen pflegte. Bei meiner Ankunft in der Burg sah ich den Wagen bereits vorgefahren und den Kaiser

im Wagen. Mit Seiner beispiellosen Berufstreue liess der Kaiser, als Er mich erblickte, sofort halten, verliess den Wagen, stieg mit mir die zwei Treppen wieder hinauf und schloss selbst Sein Zimmer auf. Ich legte den Entwurf vor und hielt meinen Vortrag. Der Kaiser fand nichts Wesentliches zu erinnern und als ich darauf aufmerksam machte, dass der Zweck der kaiserlichen Antwort nicht erreicht sein werde, falls das Schriftstück nicht in der „Wiener Zeitung" erscheine, ertheilte der Kaiser auch hiezu die Genehmigung. Es hat vielleicht hier der Zufall eine grosse Rolle gespielt und ich will die Frage unbeantwortet lassen, ob, wenn ich den Vortrag einige Stunden früher gehalten hätte, die Allerhöchste Entschliessung darauf sofort erfolgt sein würde.

Bevor aber noch die bischöfliche Adresse bekannt geworden war, erhielt ich vom Kardinal Rauscher ein geharnischtes Schreiben, welches über die Haltung der Behörden gegenüber der Konkordats-Agitation Beschwerde führte. Meine Antwort darauf — sie wurde unter meinem Diktat von dem bald darauf verstorbenen Sektionsrath Baron Werner niedergeschrieben, mit dessen Handschrift ich nöthigenfalls heute noch beweisen könnte, dass die Schrift nicht erst in späteren Jahren verfasst wurde — bringe ich jetzt zur Veröffentlichung. Sie wird vielleicht nicht ohne Werth erscheinen. Ich trug dieselbe dem Ministerrath vor und liess dieselbe den Dr. Giskra lesen, welcher mich dringend zu einer Veröffentlichung aufforderte. Baron Becke äusserte: Jeder Buchhändler würde den höchsten Preis bieten. Ich verweigerte die Veröffentlichung beharrlich. Dem Kaiser unterbreitete ich die Schrift nach dem Abgang: ich erhielt dieselbe ohne Bemerkung zurück.

Ich lasse den Text vollständig folgen:

Hochwürdigster Kardinal und Fürst-Erzbischof!

Eure Eminenz haben mich unter dem 7. d. M. mit einem Schreiben beehrt, welches ich schon aus Rücksicht auf die hohe Stellung, die Hochdieselben einnehmen, nicht unbeantwortet lassen darf. Ich habe indess mit dieser Erwiderung etwas gezögert, weil — ich bekenne es

offen — ich einige Zeit bedurfte, um mir die Frage zu beantworten, wie ich jenes verehrliche Schreiben anzusehen habe. Die äussere Ausstattung desselben verleiht ihm die Form einer offiziellen Beschwerde, und in dieser Form enthält es Anschuldigungen der schwersten Art gegen die kaiserliche Regierung, denn es wird die Behauptung aufgestellt, eine Agitation werde seit Monaten mit den schändlichsten Mitteln straflos betrieben, und Eure Eminenz rufen gegen diese freche Aufwieglung das Gesetz an. Müsste ich das an mich gerichtete Schreiben nach diesem Gesichtspunkt behandeln, so wäre ich genöthigt, dasselbe dem Ministerrathe vorzulegen und dem Justiz-Minister, in dessen Ressort die Sache vorzugsweise fällt — denn die in das Polizeifach einschlagende Aufführung eines Stückes auf dem Karl-Theater ist von untergeordneter Bedeutung — die Erledigung der Beschwerde beziehentlich die Abwehr überlassen.

Ich glaube inzwischen, ehe ich dies thue, eine weitere Aufforderung Eurer Eminenz dazu um so mehr abwarten zu sollen, als der übrige Inhalt des verehrlichen Schreibens mir den Gedanken nahe legt, dass es Hochdero Absicht war, mir gegenüber im Wege der Privat-Korrespondenz Ihre Ansichten über die Lage im Allgemeinen zu äussern, denn Eure Eminenz finden sich veranlasst, mir in Bezug sowohl auf die innere als äussere Politik rathend und warnend zur Seite zu treten und hiemit ein Gebiet zu beschreiten, auf welchem ich wohl gesprächsweise dem von mir hochverehrten Staatsmann, nicht aber offiziell dem Kardinal und Fürst-Erzbischof von Wien Rede stehen kann.

Von dieser, wie ich glaube, berechtigten Anschauung ausgehend, bin ich gerne zu einem Austausche der Ansichten bereit.

Ich verkenne nicht, wie schwer es für mich ist, Eurer Eminenz gegenüber in eine Frage überhaupt einzugehen, welche in diesem Augenblicke den von Hochdenselben in so grellen Farben geschilderten Zustand beherrscht. Als Protestant bin ich nicht berufen noch befähigt, die kirchlichen Fragen zu erörtern und zu untersuchen, ob, von dieser aus die Sache betrachtet, Konkordat und Religion gleichbedeutend sind. Als Thatsache muss ich aber erwähnen, dass mir eine solche Anschauung in wiederholten Gesprächen mit gebildeten und aller Agitation fernstehenden Personen der katholischen Kreise bis in die höchsten Stände hinauf nicht entgegengetreten ist. Ich persönlich bin jeder Agitation abhold, und entschieden müsste ich den Vorwurf von mir weisen, die gegen das Konkordat gerichtete Bewegung begünstigt zu haben. Ich habe gemässigt und abgehalten,

so viel dies in meiner Macht lag. Aber ich kann und werde mein Auge nie vor der Wahrheit und Wirklichkeit verschliessen, und so konnte mir nicht entgehen, dass die Regierung, wenn sie gegen jene Agitation auftreten und sie bekämpfen wollte, dieselbe nur steigern, sich selbst blosstellen und der Kirche nicht nützen würde. Das hat schon mein Vorgänger eingesehen, und ich würde Eurer Eminenz Beispiele citiren können, wo unter Graf Belcredi Pressangriffe, die nicht blos gegen das Konkordat, sondern geradezu gegen das Christenthum gerichtet waren, unbeachtet blieben.

Ein solcher Zustand ist sehr bedauerlich, er ist sogar bedenklich; es muss ihm abgeholfen werden; aber mit der reinen Negation, mit einer heftigen Polemik und mit ausserordentlichen Massregeln — denn die bestehenden Gesetze sind nicht unbeachtet geblieben — wird man dazu nicht gelangen.

Ich bin Protestant, bin fest in meinem Glauben, meine Familie ist mit der Geschichte der Reformation verwebt, aber nie war ich ein Feind des Katholizismus, und als ich drei Jahre hindurch Kultus-Minister in Sachsen war, hat der apostolische Vikar daselbst meiner Unparteilichkeit wiederholt Gerechtigkeit widerfahren lassen. Ich gehe weiter und darf sagen, dass ich die Bedeutnng der katholischen Kirche und die Bestimmung Oesterreichs als katholische Macht stets begriffen und gewürdigt habe. Das Unglaubliche was geschehen, indem Seine Majestät der Kaiser vier Monate hindurch das Departement des Kultus in meinen Händen liess, blieb fast unbemerkt, weil nicht ein Fall sich ereignete, wo man katholischerseits sich über eine Verkürzung zu beklagen gehabt hätte.

Den Standpunkt der Objektivität darf ich daher wohl für mich in Anspruch nehmen.

Ich verkenne nicht, welche unreinen Elemente sich in jene Agitation eindrängen; ich weiss wohl, dass zumeist ein wüstes Geschrei über eine Sache losbricht, die man nicht einmal kennt. Aber neben diesem Geschrei der Menge gibt sich, was schlimmer ist, unter den Schweigenden eine tiefe Verstimmung kund, und die Erklärnng ist nicht schwer.

Eure Eminenz haben mich auf das Feld der äusseren Politik geführt; Hochdieselben werden es daher verzeihlich finden, wenn ich die Frage auf dieses Gebiet hinüberspiele.

Wohl ist es lächerlich, wenn man schlechtweg sagen hört, das Konkordat habe Königgrätz verschuldet. Habe ich doch einmal von anderer Seite vernommen, die Freimaurerei habe dies Unglück herbei-

geführt. Allerdings aber hängt mit dem Geschicke Oesterreichs nach aussen jenes „gedankenlose Gefühl“ über das Konkordat zusammen, das weitaus in der Bevölkerung herrscht, denn darüber wolle man sich nicht täuschen, die der jetzigen Regierung feindlichen Nationalitäten halten sich in diesem Augenblicke von der Agitation ferne, nicht weil sie für das Konkordat einstehen, sondern weil sie daraus politisches Kapital schlagen.

Es ist einmal der historische Verlauf, dass seit dem Jahre 1856 das Ansehen und die Machtstellung Oesterreichs, das noch auf dem Pariser Kongresse das grosse Wort führen konnte, abwärts gingen. Selbst wenn das Zufall wäre, würde man sich jene Erscheinung erklären können. Aber es war eben nicht Zufall. Die Verpflichtungen, in welche Oesterreich durch das Konkordat Rom gegenüber eintrat, waren einer der Haupthebel, deren Cavour sich bediente und womit er den italienischen Krieg vorbereitete. Ebenso — und hier bin ich langjähriger kompetenter Beobachter — hat die preussische Partei in Deutschland das Konkordat mit dem traurigsten Erfolge ausgebeutet, um die in den ersten fünfziger Jahren nicht blos in Süd-, sondern auch in Norddeutschland bis in Preussen hinein dominirende grossdeutsche Partei zu schwächen und aufzulösen. So wurde der deutsche Krieg vorbereitet. Und wenn Eure Eminenz auch vielleicht fragen: wie denn eine innere Angelegenheit Oesterreichs in dieser Weise gegen dasselbe ausgebeutet werden konnte? so antworte ich aus voller Ueberzeugung: weil diese auf die Wahrnehmung gestützt ist, dass die Entfremdung daher kam, dass die kaiserliche Regierung sich in ein Verhältnis der Abhängigkeit begeben hatte, und man in Deutschland gern mit Oesterreich, aber nur mit Oesterreich, sich verbinden wollte. Und darf man sich wundern, wenn bei den heutigen Verkehrsmitteln das was in Deutschland und Italien vorging, auf tausend Wegen nach Oesterreich zurückströmte?

Es kann aber dem unbefangenen Beobachter nicht entgehen, dass dieses Bewusstsein einer Abhängigkeit der Staatsgewalt, einer weitgehenden Beschränkung derselben ein Grundzug ist, der durch diese Bewegung hindurchgeht, und zwar nicht blos bei Denen, die sich dadurch in subversiven Tendenzen beengt fühlen, sondern ebensowohl und vielleicht noch mehr bei Denen, welche konsersativ denken und es lebhaft empfinden, dass einestheils der Staat darunter leidet, wenn er bei der Lösung grosser und dringender Aufgaben, welche die Zeit an ihn stellt, durch Schranken gehemmt wird, die über das kaiserliche Bedürfnis hinausgehen, andererseits aber Kirche und

Religion darunter leiden, dass beide als Hemmnis einer ruhigen Entwicklung betrachtet werden, ohne dass dieser Auffassung aus den gutgesinnten Kreisen ein ernster Widerspruch entgegengesetzt wird.

Werfen Eure Eminenz einen Blick auf das Centrum im Hause der Abgeordneten, wo sich so viele Vertreter des Grossgrundbesitzes und auch des Adels finden, Männer der loyalsten und friedfertigsten Gesinnung. Das ist gewiss nicht eine Anzahl „Verkommener und Gedankenloser“, und Keiner unter ihnen wird ein Wort für das Konkordat sagen. Ist es etwa Furcht und Terrorismus, der ihre Zunge bindet? Die Linke des Hauses übt einen solchen Terrorismus nicht und sie ist, wie Eure Eminenz sich aus den beschuldigten öffentlichen Blättern überzeugen können, gar nicht in der Verfassung, einen solchen zu üben. Das Centrum könnte, wenn es wollte, mit der Rechten des Hauses die Majorität bilden, und es hat konservative Instinkte genug, um sich von einer vorübergehenden Tagesmeinung nicht fortreissen zu lassen. Selbst im Herrenhause werden Eure Eminenz Erfahrungen machen, auf die Sie vielleicht nicht vorbereitet sind. Freilich ist es wahr, dass in der grossen Menge eine bedauerliche, eine erschreckende Begriffsverwirrung herrscht. Aber ist die Verwirrung nur die Folge der Agitationen? Wird ihr nicht dadurch der gefährlichste Vorschub geleistet, dass jeder Versuch, ein Jota an dem Konkordate zu ändern, zu einem Angriff auf die Kirche, auf die katholische Religion, auf das Christenthum gestempelt wird? Dadurch eben ist jenen, welche auf solche Ziele hinarbeiten, der breite Weg geebnet worden; dadurch ist es gekommen, dass Indifferentismus und Irreligiosität ein bequemes Kopfkissen an der von kirchlicher Seite beliebten Identifizirung von Konkordat und Religion finden konnten, und auch in politischer Beziehung sind damit zugleich die bedauerlichsten Folgen eingetreten. In einem Augenblick, wo der Patriotismus in Oesterreich die höchsten Anstrengungen machen soll, um durch Fleiss, Regsamkeit und Opferwilligkeit den Staat zu heben, flüchtet sich die Schlaffheit und der Egoismus hinter die Wand der undurchbrechbaren Konkordats-Schranken. So erblicken wir Indifferentismus und Irreligiosität auf der einen, Pessimismus und Schlendrian auf der anderen Seite.

Es gibt Fragen, in denen die Vorstellung von den die Aufgabe des Staates beengenden Schranken eine Wahrheit ist, und dahin rechne ich namentlich die Unterrichtsfrage, ohne dass dabei von einer Trennung der Schule von der Kirche die Rede zu sein braucht. Es gibt daneben Vorstellungen über das Konkordat, welche irrig sind, aber eben dies

wird man nicht tilgen, sondern verewigen, wenn in der bisherigen Weise am starren „Nein“ festgehalten wird.

Ich für meine Person habe die Frage des Konkordats nicht erst in Folge der von mir im hohen Grade beklagten neuerlichen Sturm-Agitation ins Auge gefasst, sondern ihre Entwicklung schon seit längerer Zeit im Stillen mit banger Sorge, aber mit voller Ruhe und Unbefangenheit beobachtet, und bin längst zu der Ueberzeugung gekommen, dass die Passivität nicht zum Heile führt. Eurer Eminenz brauche ich nicht anzudeuten, welche Rücksichten es mir zur Pflicht machten, mit der grössten Schonung und Zurückhaltung an diese Frage heranzutreten. In diesem Geiste habe ich gehandelt, und die Erklärung, welche der Justiz-Minister im Monat Juli im Hause der Abgeordneten abzugeben hatte, legt, glaube ich, vollgiltiges Zeugnis dafür ab, dass ich weder vor dem Murren des Hauses noch vor dem Tadel der Tagespresse zurückschrecke. Auf dem betretenen Wege konnte mit Ruhe und Geduld inmitten grosser Schwierigkeiten vorgegangen werden; die Adresse des Episkopates ist störend dazwischen getreten. Ich kann Eurer Eminenz meine peinliche Ueberraschung darüber nicht bergen, dass Hochdieselben, welche durch die Eröffnungen des Herrn Justiz-Ministers und die meinigen, durch die Berufung des Baron Hübner und endlich durch eine Konferenz bei Seiner Majestät dem Kaiser davon unterrichtet waren, dass es der Allerhöchste Wille sei, Verhandlungen mit Rom zu eröffnen, Ihren Namen unter eine Adresse setzen konnten, welche dieser Verhandlung in Rom den Boden und in Wien den Glauben an deren Ernst entzieht. Es hat mich schmerzlich berührt, durch eine Manifestation, die ich zuerst aus den Zeitungen erfahren musste und welche mit oder ohne Absicht mindestens der Regierung eine Verlegenheit und Erschwerung bereitete, mich in der Ueberzeugung getäuscht zu sehen, dass Eure Eminenz geneigt seien, meine politische Wirksamkeit, meine Hingebung an Kaiser und Reich zu unterstützen.

Gestatten Eure Eminenz, dass ich zum Schlusse auf die Bemerkungen zurückkomme, die Hochdieselben in dem verehrten Schreiben den gegenwärtigen Zuständen widmen, und dabei namentlich auf das politische Gebiet mich zurückbegebe. Hochdieselben weisen mich darauf hin, dass durch den gegenwärtigen Zustand, worunter ich auch die Haltung der Regierung begreifen muss, der Dualismus kompromittirt werde, indem man einerseits den Pluralismus fördere, andererseits der Kossuth-Partei die Oberhand über die gemässigte Partei in Ungarn verschaffe. Was zunächst den Pluralismus, mit

anderen Worten den Föderalismus, betrifft, so bedarf es nur eines flüchtigen Blickes auf die Erscheinungen, die sich auf diesem Gebiete zeigen, um zu erkennen, dass der Föderalismus und Alles was damit zusammenhängt, nicht auf das gegenwärtige Regierungssystem, sondern auf die Angriffe spekulirt, welche gegen dasselbe gerichtet werden, seien dieselben direkter oder indirekter Natur. Die Befürchtungen aber und die Hoffnungen, welche der gemässigten Partei in Ungarn vorschweben, bewegen sich in einer anderen Richtung. Hören Eure Eminenz die Mitglieder des ungarischen Ministeriums vom ersten bis zum letzten und fragen Sie dieselben, was sie mehr wünschen — das was der Volksfreund eine starke Regierung nennt, oder ein konsequent konstitutionelles System, ob sie die Agitation gegen das Konkordat mehr fürchten als ein gewaltsames Zurückdrängen derselben. Ich bin über die Antwort nicht zweifelhaft, denn ich kenne sie. Da aber Eure Eminenz mich einmal an den Dualismus erinnern, so erinnere ich daran, dass von diesem Dualismus die Parität unzertrennlich ist, und dass die bischöfliche Adresse eine Disparität hat hervortreten lassen, welche die ohnedies nicht leichte Befreundung der diesseitigen Königreiche und Länder mit der neuen Gestaltung der Dinge noch mehr erschwert. — Wenn aber endlich Eure Eminenz bemerken, Bismarck könne sich nichts Besseres wünschen, als den Mittelpunkt des Kaiserthums in solchen Zuständen zu sehen, so gestatten mir Hochdieselben auch darauf eine kleine Entgegnung. Ich weiss nicht, ob Graf Bismarck in diesem Augenblicke unseren Zuständen besondere Aufmerksamkeit schenkt, habe auch keine Veranlassung vorauszusetzen, dass es gerade in übelwollendem Sinne geschieht. Fraglich wird es aber bleiben, ob er, der Weitblickende, sich bei dem Zustande aufhalten und sich nicht mehr mit den Ursachen desselben und der weiteren Entwicklung desselben beschäftigen werde. Ich erinnere mich unwillkürlich daran, was mir einmal von glaubwürdiger Seite erzählt wurde. Bekanntlich hat der gegenwärtige Bundeskanzler seiner Zeit, wenn auch nicht direkt, darauf hingewirkt, dass ich in Sachsen meine Entlassung nahm. Einige Zeit, nachdem ich hier eingetreten war, richtete jemand an ihn die Frage, ob er jenen Schritt nicht bereue. — „Nein", erwiderte Graf Bismarck, „in Wien wünsche ich ihm alles Glück. Uebrigens", setzte er hinzu, „so lange er das Konkordat nicht los wird, ist er nicht zu fürchten."

Allein, und damit schliesse ich meine Erwiderung, indem ich Eure Eminenz um Vergebung bitte, Hochdieselben mit einer so langen Auseinandersetzung ermüdet zu haben — die Zustände, die Eure

Eminenz in so hohem Grade beunruhigen, sind nicht so beschaffen, wie Hochdieselben sie schildern.

Es herrscht allerdings eine tiefgehende Erregung der Gemüther, und dieselbe ist durch die mehrerwähnte Adresse, welche neben Denen die sie treffen sollte, unzählige Andere verwundet hat, gegen die sie nicht gerichtet war, bis zu einem Grade gesteigert, mit dem die Regierung ernstlich rechnen muss. Das Episkopat hat, so fürchte ich sehr, ein Entweder — Oder heraufbeschworen, ohne zu erwägen, ob das Entweder gutwillig und ob das Oder mit Gewalt nachfolgen werde. Weder Kirche noch Staat gewinnen an Ansehen, wenn solche Schritte von so bedeutender Stelle aus nicht wohl bedacht werden. Aber in keinem Falle kann ich die Analogie zwischen dem, was in Wien jetzt vorging, und den Zeiten der Pariser Nationalversammlung zugestehen. Den Unterschied, den Eure Eminenz selbst zugeben, möchte ich am wenigsten gelten lassen. Die Bewegung reicht bei uns, wenn auch nur stellenweise, tief hinab, aber das Volk im Allgemeinen ist besser als Diejenigen glauben welche es theils verführen, theils beargwöhnen. Das Volk ist noch jetzt empfänglich und dankbar für jede Handlung von oben, die ihm einen Ausweg aus der gedrückten Lage zeigt. Der Kaiser hat keine Schweizer und keine Garde, aber Er hat eine tapfere und fahnentreue Armee und — darf ich zum Schlusse in voller Bescheidenheit dies bemerken — neben dem Throne steht nicht ein Necker, sondern ein Minister, der seine erste Probe damit bestand, dass er einer in ihren Folgen ganz Deutschland bedrohenden bewaffneten Empörung die Spitze bot, nach siebzehnjähriger Dienstleistung von einem weisen und frommen Herrn als treuer und erprobter Diener entlassen wurde und über den sein Herr und Kaiser das eherne Schild Seines mächtigen Vertrauens bis jetzt schirmend hielt, weil Er ihn dessen würdig fand.

Durfte ich bisher hoffen, dass Eure Eminenz selbst an die Wirksamkeit dieses Mannes und seiner Mitarbeiter vertrauensvolle Erwartungen für eine bessere Zukunft knüpften, so lege ich jetzt Berufung ein an jene bewährte patriotische Gesinnung Eurer Eminenz, die sich schon so oft in dem Bestreben versöhnlicher Vermittlung offenbarte; auch ich wende mich an den Staatsmann, der wohl weiss, dass weder in der Kirche noch im Staate ein frisches Leben erblühen kann, wenn beide sich nicht die Hand reichen, und dass eine Hand, die die andere stützen soll, nicht eine gebundene, sondern eine fessellose sein muss.

Genehmigen etc.

Wien, 10. Oktober 1867.

Wenn in jenen Tagen Alles, wenn ich dieses Ausdrucks mich bedienen darf, so spielend vor sich ging, so war dies mehr Schein als Wirklichkeit, und unter der glatten Oberfläche war manche Unebenheit verborgen. In meiner Vertheidigungsrede im Januar 1870 durfte ich mit Recht die Worte aussprechen, dass die Steine, die im Weg lagen, darum nicht minder schwer wogen, weil die Hand die sie entfernte, vielleicht eine leichte war.

Lebhaft stehen mir auch noch jene Septembertage vor Augen, wo der Kaiser sich in Ischl befand. Ich wusste, dass verschiedene mir und dem System feindliche Persönlichkeiten sich dort eingefunden hatten, ich erhielt ganz ungewohnterweise kein Schreiben des Kaisers, ein meiniges blieb unbeantwortet. Von Seiten mehrerer Personen wurde mir nahegelegt, mich dahin zu begeben oder eine Vertrauensperson zur Beobachtung dahin zu schicken. Beides lehnte ich entschieden ab. Als der Kaiser zurückkam, trat er mit den Worten mir entgegen: „Sie haben gelitten, aber seien Sie ganz ruhig!“ Jedenfalls war mein Verhalten nicht allein das korrekte, sondern auch das zweckgemässe gewesen.

Beilage zu Kapitel XII.

Am 16. Okt. 1867, kaiserliches Handschreiben an den Kardinal Rauscher in Antwort auf die bischöfliche Adresse vom 28. Sept.

Die von den Erzbischöfen und Bischöfen Mir zugeschickte Adresse habe Ich Meinem verantwortlichen Ministerium zugemittelt. Ich würdige gern den oberhirtlichen Eifer und die wohlmeinenden Absichten, welche es den Bischöfen als Gewissenspflicht erscheinen lassen mochten, neuerlich, gleichwie in den Jahren 1849 und 1861, für die Wahrung der Rechte und Interessen der katholischen Kirche mit einer feierlichen Erklärung einzustehen; allein Ich muss beklagen, dass die Bischöfe, anstatt nach Meinem Wunsche die ernsten Bestrebungen der Regierung in den einschlagenden wichtigen Fragen zu unterstützen und deren so dringende Lösung im Geiste der Versöhnung und des

Entgegenkommens zu fördern, es vorzogen, durch die Vorlage und Veröffentlichung einer die Gemüther tief erregenden Adresse ihre Aufgabe zu erschweren, in einem Zeitpunkt, in welchem, wie die Bischöfe selbst treffend bemerken, uns Eintracht so sehr noth thut und es dringend geboten ist, die Anlässe zu Zwiespalt und Beschwerde nicht zu mehren. Ich vertraue, dass die Bischöfe sich versichert halten, wie Ich allzeit die Kirche zu schirmen und zu schützen weiss; dass sie aber auch der Pflichten eingedenk sein werden, die Ich als konstitutioneller Regent zu erfüllen habe.

XIII. Kapitel.

1867.

Der ungarische Ausgleich noch einmal im Abgeordnetenhause. — Die Sanktion der Staatsgrundgesetze. — Mühevolle Bildung des Bürger-Ministeriums. — Ehrenbürger von Wien und anderen Städten. — Kaiserliches Handschreiben.

Die letzten Monate des Jahres 1867 waren eben so wenig als die vorausgegangenen Zeiten der Ruhe und Erholung. Im Reichsrath hatte ich den letzten Sturm gegen den ungarischen Ausgleich zu bestehen, wobei ich namentlich einen heftigen Angriff Herbst's abzuschlagen genöthigt war. Meine diesbezügliche Rede lasse ich hier folgen. Da ich ohne Selbsttäuschung die Bemerkung vorausschicken zu dürfen glaube, dass sie nicht zu den langathmigen, um nicht zu sagen langweiligen gerechnet werden kann, so darf ich auch dieselbe der Aufmerksamkeit des geneigten Lesers ganz besonders und um so mehr empfehlen, als sie die damalige Lage treu schildert.

Rede Sr. Excellenz des Herrn Reichskanzlers und Minister-Präsidenten Freiherrn von Beust am 12. Dezember 1867.

Die Aufgabe, die mir am Schlusse der Generaldebatte zufällt, betrachte ich als eine sehr beschränkte.

In der That ist die Frage, welche hier verhandelt wurde, wesentlich

finanzieller Natur, und sie ist in dieser Beziehung so erschöpfend beleuchtet und verhandelt worden, dass — wollte ich mir selbst die Befähigung zutrauen, die mir aber abgeht, etwas Beachtenswerthes hinzuzufügen — ich doch nur Gesagtes wiederholen könnte. Mit der politischen Seite der Frage steht es nicht viel anders.

Der politische Theil ist, wie mir scheint, in ziemlich allgemeinem Einverständnisse in dem Worte reassumirt worden: Zwangslage.

Was soll ich dazu sagen?

Mag mir das Wort gefallen oder nicht? — aufrichtig gesprochen, gefällt es mir nicht sehr, wegen einer unwillkürlich in die Ohren dringenden Assonanz. Ich könnte doch immer nur sprechen entweder indem ich die Zwangslage bestätige — das wäre sehr überflüssig — oder indem ich sie bestreite, und das wäre, glaube ich, sehr gefährlich.

Worüber werde ich also zu sprechen haben? Ich glaube, ich muss sprechen über Das, was ein beredter und hoch angesehener Sprecher des Hauses als den Ausdruck seiner Vertheidigung bezeichnete: über die Anklage.

Man wird vielleicht die Frage aufwerfen, ob das gut sei? ob nicht im Gegentheile die Wage sich zu Gunsten des Ausgleiches und der Regierungsvorlage besser neige, wenn in die Schale, in welcher die letzteren liegen, einige Wermuthstropfen für das Ministerium gegossen werden? — Meine Herren, ich will sie gerne darinnen lassen, ich werde mich nicht beklagen, wenn das beschwerte Gewissen des Reichskanzlers diese Schale herabdrückt und das erleichterte Gewissen des Hauses die andere Schale in die Höhe steigen lässt.

Ich entziehe mich der Anklage nicht, nehme sie im Gegentheil dankbar entgegen, da sie mir Gelegenheit bietet, mich darüber auszusprechen; und ich erlaube mir das auch offen zu sagen, warum ich letzteres für nothwendig halte.

Handelt es sich hier nur um Unannehmlichkeiten für die Regierung, ich würde sie gerne in den Kauf nehmen und darüber hinweggehen. Ich aber nehme Rücksicht auf die Eindrücke, die in weiteren Kreisen sich ausprägen, und wenn ich dort eine Unzufriedenheit wahrnehme, so kümmert mich das weniger der Regierung als des Volkes wegen.

Ich bin der Meinung, man müsste ohne Noth zu einer begründeten Unzufriedenheit nicht noch eine unbegründete hinzutreten lassen. Die begründete Unzufriedenheit, welche die pekuniären Lasten hervorrufen, die steigert sich ganz natürlich, wenn noch die Betrachtung

hinzukommt: Das hätte man uns ersparen können, das hat man uns muthwilligerweise zugezogen.

Und dazu kommt nun noch die Neigung, hinter Allem was geschieht oder unterlassen worden ist, ein absonderliches nicht eingestandenes Motiv zu suchen, und so hoch ich mein liebes Oesterreich halte, muss ich doch bekennen, dass ich nirgends diese Neigung so sehr ausgeprägt gefunden habe, wie hier, weshalb ich stets der Meinung war, dass keine Regierung des konstitutionellen Apparates so wenig entbehren kann, als die österreichische, weil keine der Tribüne so bedürftig ist wie sie.

Nun, meine Herren! Sie werden mir zugestehen, dass eben in den weiteren Kreisen die bitteren Gefühle, die nothwendig mit der Lage zusammenhängen, die hier verhandelt wurde, vermehrt werden müssen, wenn man von einer Verweisung auf eine Anklagebank, wenn man von einer Verweisung vor den Richterstuhl der Geschichte hört.

Ich wiederhole es, ich nehme diese Aeusserungen auf, nicht etwa weil sie mich verletzen, nein! blos darum, weil sie mir Gelegenheit bieten, zu meiner Rechtfertigung zu sprechen. Und so erlaube ich mir denn zunächst dem geehrten Herrn Redner gegenüber, der mich von einer Ministerbank auf eine andere Bank versetzte, die Meinung auszusprechen, dass, wenn ich ihm die volle Freiheit zuerkenne, zu sagen was er von einem Minister verlangt, ich aber das Recht für mich in Anspruch nehmen darf, meine Ansicht darüber zu äussern, was ich von einem Oppositionsmann verlange, namentlich dann wenn er ein schonungsloses Verdammungsurtheil spricht. Ich erwarte von einem solchen Gegner, dass auch er sage, was er an meiner Stelle gethan haben würde, und dazu genügt allerdings nicht zu sagen, das und das hätte ich nicht gethan, das und das hätte ich nie zugegeben, ich hätte es anders gemacht.

Es hat ein geehrter Redner, der in der ersten Sitzung sprach, geäussert, er habe von der Regierung nur immer vernommen: „Es war nicht mehr zu erreichen;“ möglich, dass ich das gesagt habe, jedenfalls habe ich aber noch mehr gesagt. Was ich gesagt, war weniger: „Es war nicht mehr zu erreichen“ als: „Es war nicht mehr zurückzuweichen.“

Ich habe bereits vorgestern bemerkt, dass gerade das harte Wort, welches der geehrte Herr Abgeordnete Skene gegen mich fallen liess: „Der Staatsmann, der dem Könige von Ungarn habe rathen können, die Schuld nicht anzuerkennen, welche der Kaiser von Oesterreich gemacht habe, verdiene u. s. w.“, meine Aufgabe erleichtere.

Gerade in der Schuldfrage war die Schlacht — um mich des Ausdruckes eines andern geehrten Herrn Redners von gestern zu bedienen — verloren, als ich berufen war, die Operation zu eröffnen. Die ungarische Verfassung war zu drei Viertheilen zurückgegeben: hier hiess es: entweder in die Verfassung hinein, oder über die Verfassung hinaus! Möglich, dass der Herr Abgeordnete Skene das Letztere gethan haben würde, allein dann hätte er zuvor manche ernste Studien anstellen müssen über die Elemente, welche einerseits zur Bekämpfung, andererseits zur Niederwerfung geboten waren; möglich, dass er diese Studien auch angestellt hat, aber dann wäre es wohl zu wünschen gewesen, er hätte sie auch mitgetheilt: mit centralistischen Leitartikeln des zu seinem Leidwesen umgestalteten grossen Blattes allein wäre das nicht gegangen. Die Wiederherstellung der Verfassung, das war das Alpha und das Omega, und da konnte man nicht viel unterhandeln und spalten, weil der Widerstand sich konzentrirte in einer Person, in der Person eines unbestrittenen Führers. Daher bestand und war schon gegeben die pragmatische Lage, von der ich schon bei einem früheren Anlasse sprach, und die mir ein fast komischer Druckfehler zu einer „dramatischen“ Lage gemacht hat.

Hieraus und nicht aus einer Verblendung, die über die Einheit der Armee die Finanzfrage vergass, entsprang die Nothwendigkeit, sich Ungarn gegenüber in der Frage der Staatsschuld auf den Standpunkt der Verhandlung und nicht auf den der Verpflichtung zu stellen, und wenn diese Verhandlung, welche hienach unvermeidlich der Wiederherstellung der Verfassung nicht vorhergehen konnte, sondern ihr folgen musste — Dank der angestrengten und aufopfernden Thätigkeit der Reichsraths-Deputation — zu einem relativ noch günstigen Resultate geführt hat, so ist doch dieses Resultat auch wesentlich dem Umstande zu danken, dass man nicht mehr ein abgeneigtes, feindliches Ungarn, sondern ein wiedergewonnenes befreundetes Ungarn vor sich hatte. Man hielt mir gestern ein „*Clara pacta, boni amici*“ vor, hier aber hiess es: „*Mali amici, nulla pacta.*“ —

Als der sehr geehrte Abgeordnete Dr. Herbst gestern an die Zeiten erinnerte, wo die Stellung Oesterreichs in der schleswig-holstein'schen Frage zur Entscheidung kam, seine Stellung in der Frage des dänischen Krieges, als er da erinnerte an die prophetischen Worte, welche in diesem Saale damals gesprochen worden sind, da empfand ich eine halb wehmüthige und halb gehobene Stimmung. Auch ich habe damals meine Stimme in demselben Sinne und zwar hier vernehmen lassen; Zeuge hievon ist mehr als ein Aktenstück, das damals

in allen Zeitungen zu lesen war. Als ich aber später in die kaiserlichen Dienste eintrat, da war meine erste Kundgebung ein Erlass an die kaiserlichen Missionen, worin ich sagte: Weder Neigung noch Abneigung wolle ich aus meiner politischen Vergangenheit herübernehmen, wohl aber meine Erfahrungen, und eine ernste Erfahrung hatte ich in jenen Zeiten gemacht, wie man in der Zeit des Kampfes die eigenen und fremden Kräfte sorgsam zu bemessen hat. Ich habe diese Erfahrung beherzigt, ich glaube nicht zum Nachtheile Oesterreichs.

Der geehrte Herr Abgeordnete erinnerte an den Prager Frieden, erinnerte daran, wie in den Zeiten der höchsten Bedrängnis man dann noch bei der Abtretung Venetiens an Italien die Regelung der Schuldfrage, wenn auch in ungenügender Weise wahrgenommen habe; er möge mir vergeben, wenn ich ihm, dem ausgezeichneten Dialektiker, einhalte, wie wenig dieser Hinweis einschlagen kann. Er wird nicht vergessen, dass wir zwar von Preussen aber nicht von Italien geschlagen waren, dass die Abtretung Venetiens nicht an Italien, sondern an eine dritte Macht erfolgte, und dass die Dazwischenkunft des Siegers und des Empfängers uns vertrat bei der Macht, die uns nicht besiegt hatte; und sollen wir uns etwa noch einmal in die Lage bringen, auch in der ungarischen Frage auf fremde Vermittlung zu rechnen und darauf zu rekurriren — ich habe damals mehr daran gedacht als vielleicht heute der geehrte Herr Abgeordnete; gern will ich es über mich ergehen lassen, wenn man mir vorwirft, die Verständigung mit Ungarn belaste mein Gewissen. Einen zweiten Prager Frieden, das habe ich mir gelobt, werde ich nicht unterzeichnen. (Lebhafter Beifall.) — Vilagos! Auch daran erinnerte vorgestern ein anderer geehrter Herr Vorredner — o, möchte man es nicht vergessen! Vilagos war nicht, wie der geehrte Herr Redner sagte, eine siegreiche Schlacht, das war eine Unterwerfung, herbeigeführt allerdings grösstentheils durch eine erfolgreiche Bewegung unserer Streitkräfte, aber vor ihnen erfolgte sie nicht und erinnerlich ist die Botschaft, die weit hinausging, hinaus über die Grenzen der Monarchie [1]). (Zustimmung. Bravo!) Meine Herren! das Alles kann ich heute sagen, jetzt sagen, wo es anders geworden ist, wo der Kaiser nicht blos König von Ungarn, sondern König in Ungarn ist.

---

[1]) Eine Anspielung auf das Telegramm, welches Paskewitsch nach Vilagos an den Kaiser Nikolaus richtete: „Ungarn liegt zu den Füssen Eurer Majestät."

Ich habe dem geehrten Herrn Abgeordneten Dr. Herbst Rede gestanden für die Anklage; ich reiche ihm jetzt dankbar die Hand für ein Wort, das er mir gesprochen hat, und das mehr als alles Andere mein Gewissen beruhigen kann.

Der Ausgleich, sagte er, ist nicht Schuld an unserer Finanzlage. Wohl! Und ich füge hinzu: er ist aber Schuld an unserer verbesserten politischen Lage, nach innen wie nach aussen.

Meine Herren! Unterschätzen und verschmähen Sie nicht das einstimmige Urtheil des Auslandes hierüber; verschmähen Sie nicht die Stimmen, welche die Organe der öffentlichen Meinung darüber laut werden lassen. Glaubt der geehrte Herr Abgeordnete Skene, dem England am wenigsten unbekannt sein kann, glaubt er denn wirklich, dass man die englische Presse kaufen könne, kaufen mit einem Bruchtheile des österreichischen Dispositionsfonds? (Heiterkeit.)

Nein! dort kennt man seit langer Zeit die österreichisch-ungarischen Verhältnisse. Man ist darüber sehr gut unterrichtet, man war dort nie prinzipiell übelwollend gegen Oesterreich, aber so wohlwollend, wie jetzt, hat die englische Presse über Oesterreich nie geschrieben. Und auf diesem Boden der guten Meinung des Auslandes, dieser guten Meinung, welche nicht eine künstlich gemachte ist, welche nicht auf Vorspiegelungen und falschen Vorstellungen, sondern auf einer billigen Beurtheilung und namentlich auf dem Vertrauen beruht, — auf dem Boden dieser guten Meinung ist die Regierung vornehmlich berufen zu operiren und ihre Aufgabe, ihre nächste Aufgabe zu erfüllen, die darin besteht, für die Erhaltung des Friedens zu wirken und zu sorgen. Und darum möge man dieses Vertrauen nicht erschüttern; dieses Vertrauen muss nicht allein ein politisches, sondern auch ein finanzielles bleiben! Das Vertrauen darf nicht geschwächt werden durch Zweifel an dem ernsten Willen von Regierung und Volksvertretung in Oesterreich, unseren Verpflichtungen nachzukommen, und ich bin der Meinung und der frohen Ueberzeugung, dass die hier stattgefundenen Debatten und namentlich das, was der geehrte Berichterstatter zuletzt in so warmen Worten ausführte, wesentlich dazu beitragen werden, das Vertrauen des Auslandes zu Oesterreich zu stärken.

Man hat mich vor den Richterstuhl der Geschichte gerufen. Ich scheue ihr Urtheil nicht. Die Geschichte richtet nicht blos einzelne Personen und einzelne Situationen. Wenn sie über den Verlauf des ungarischen Ausgleiches zu Gericht sitzt, dann wird sie vor ihr Tribunal nicht blos die rufen, die in der zwölften Stunde ungarisches

Ministerium und 67er Elaborat zugestanden, sondern auch Die, die in der elften Stunde mit dem Pester Landtage die Verhandlungen eröffneten, ohne ihn dem Wiener Reichsrathe an die Seite zu stellen. (Zustimmung.)

Auch die wird sie rufen, die in der neunten und zehnten Stunde dem Prinzipe des Zuwartens huldigten (Bravo! rechts), das einige Zeit lang auf dieser Seite ein fröhliches Gesicht zeigen konnte, um auf der anderen Seite eine unheimliche Gestalt erblicken zu lassen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Auch die endlich wird sie rufen, die noch in früherer Stunde auf den Boden der Verwirkungstheorie (Bravo! rechts) eine Saat legten, die anders reifte, als sie dachten. (Bravo! Bravo! rechts.)

Wenn es zu diesem Verhöre kommt, werde ich mich in sehr guter gewählter Gesellschaft befinden. (Heiterkeit und Bravo! rechts.)

Allein meine Herren, ich hoffe, die Geschichte wird nicht zu Gericht sitzen, sie wird Worte der Vergebung haben und wird sagen: Sie Alle, sie mögen mehr oder minder gefehlt haben, aber sie haben sich geeinigt, um an der Hand der Erfahrung die Vergangenheit vergessen, die Gegenwart lieben und an die Zukunft glauben zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Die Rede blieb nicht ohne Eindruck und sie trug mir noch besonderes Lob an Allerhöchster Stelle ein. Dieser erneute Beweis von Vertrauen war aber für mich um so werthvoller, als ich in jenen Tagen eben so sehr für die Krone im Reichsrath als für den Reichsrath bei der Krone einzutreten den nicht immer leichten Beruf hatte. Die Staats-Grundgesetze waren bis an das Stadium der Allerhöchsten Sanktion herangereift. Man hätte müssen sich in seltsamen Illusionen wiegen oder gänzlich vergessen, welche Grundsätze und Anschauungen Jahrzehnte-lang die herrschenden gewesen waren, um zu glauben, diese Sanktion werde dem Kaiser nicht schwer fallen. Seine Majestät geruhten die Gesetze mit mir wiederholt eingehend zu besprechen, und nach bestem Wissen und Gewissen konnte ich mich dahin äussern, dass, trotz mancher der Beanstandung Raum bietenden Bestimmungen, die Allerhöchste Sanktion nicht allein durch das Staatsinteresse geboten, sondern auch unbedenklich sei, und zwar theilweise mit Rücksicht auf verschiedene, von konservativem Geist

zeugende Dispositionen, wohin beispielsweise die in Rom, wie ich dies im Jahre 1868 in meiner Antwort auf die päpstliche Allokution hervorhob, in sehr undankbarer Weise verkannte Garantie des kirchlichen Besitzes gehörte. Mehr als ein Abgeordneter — ich erinnere mich namentlich Giskra's — war durch die Eröffnung der erfolgten Sanktion überrascht, und in Wahrheit kann ich es sagen, nicht allein dass mein Name unter der Verfassung steht, was ich nie verleugnet habe, sie wäre ohne mich nie ins Leben getreten.

Es würde weder patriotisch sein noch zum Frommen der Verfassung und der zu ihr haltenden Parteien dienen, wollte man diesem, ich möchte sagen subjektiven Ursprung einen objektiven in der Gestalt einer Zwangslage entgegenhalten. Eine solche existirte für den Kaiser nicht. Nach innen waren die staatsrechtlichen Verhältnisse geordnet, nach aussen drohte nirgends eine Verwicklung. Eine an den Reichsrath zu richtende Aufforderung zu erneuter Berathung war nicht rathsam, aber vollkommen möglich und sogar ungefährlich.

Wie wenig der Kaiser ursprünglich mit günstigen Augen die Dinge ansah, das konnte ich einem Schreiben entnehmen, welches Seine Majestät im September von Ischl aus an mich richtete. Wie sehr aber damals die Verfassungspartei Alles von meiner Dazwischenkunft erwartete, dafür sprechen die Artikel der „Neuen freien Presse“ aus jenen Tagen.

Ich darf daran deshalb erinnern, weil zu jener Zeit die Leitartikel der „Neuen freien Presse“ gleichzeitig tonangebend und Echo für die allgemeine Stimmung waren.

Nicht minder mühevoll war die letzte Aufgabe jenes Jahres 1867 — die Bildung des ersten parlamentarischen Ministeriums. Wer damals nicht Zeuge dessen war, was vorging, wird es kaum glauben, dass es eines seltenen Aufwandes an Geduld und Beharrlichkeit bedurfte, um den Eintritt von Männern in das Ministerium zu vermitteln, deren Ernennung zum Theil dem Kaiser Selbstüberwindung kostete, und welchen bei einer im Voraus

gesicherten Majorität keine allzu schwere Aufgabe gestellt war. Ich liess mir diese Mühe nicht verdriessen, aber die Geburt war keine leichte und wohl konnte ich sagen, als Fürst Carlos Auersperg seine Kollegen nach der Vereidung mit den Worten zu mir führte: „Excellenz, Sie sind der Vater, hier stehen die Kinder!“ — „Eher die Mutter! seien wir lieber Brüder!“

Der Einzige, der mir auch bei dieser Gelegenheit erleichternd zur Seite stand, war Giskra. Die grössten Schwierigkeiten bereitete Herbst, und es wäre besser für Ministerium und Verfassungspartei gewesen, wenn derselbe nicht mit eingetreten wäre.

Bereits während des böhmischen Landtags hatte ich im April in Prag Herbst den Eintritt in das Ministerium angeboten; er lehnte es damals mit Hinweisung darauf ab, dass der Zeitpunkt für die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums, d. h. eines dem Parlament entnommenen Ministeriums, erst später, nach völliger Abwicklung des Ausgleichs, gekommen sein werde. Diese Ansicht hatte er später noch in einem ausführlichen Mémoire entwickelt. Als der von ihm selbst für die definitive Bildung des Ministeriums in Aussicht genommene Zeitpunkt gekommen war, wurde mit Rücksicht auf die hervorragende Stellung, die er im Hause einnahm, vor Allem an ihn gedacht. Ich hatte ihm nach und nach Finanzministerium (auf welches er ursprünglich am meisten reflektirt hatte und dessen Uebernahme gleichwohl bei ihm deshalb seine Bedenken hatte, weil er wiederholt und ziemlich unverblümt sich für die Nothwendigkeit der Liquidirung des Staatsbankerottes ausgesprochen hatte), dann Justizministerium und endlich Sprachministerium angeboten. Er hatte Alles abgelehnt und damit hatte man, meiner Ansicht nach, wie man zu sagen pflegt, „verthan“. Herbst konnte sich über nichts beklagen und es war viel besser für das Ministerium, wenn er nicht eintrat, denn einerseits haben seine besten Freunde und Anhänger zugegeben, dass er ein mehr zersetzendes als bindendes Element am Ministerium war, andererseits aber fehlte dem auch ohne ihn in Intelligenz und Autorität nicht armen Ministerium die wahre,

parlamentarische Lebensluft, welche nur bei dem Vorhandensein einer geistvollen Opposition zu finden ist. An dieser hätte es nicht gefehlt, wenn Herbst an der Spitze gestanden hätte, und diese Opposition der Linken, welche zeitweise mit der Rechten Hand in Hand gegangen sein würde — reichte doch Herbst in den Pester Delegationen von 1870 Greuter die Hand zum Bunde —, würde das Ministerium zusammengehalten haben, während der Ursprung der Majoritäts- und Minoritäts-Memoranden grösstentheils auf Rechnung jener stagnirenden Unangefochtenheit zu setzen ist.

Die Wahrheit aber war, dass man sich vor Herbst fürchtete und ihn deshalb um jeden Preis im Ministerium haben wollte. Es erfolgte auch zuletzt die Annahme nach vielem Zaudern. Ich habe jedoch Eines nie vergessen. Als mir Herbst darauf einen Besuch abstattete und ich über die Annahme meine Befriedigung aussprach, sagte derselbe: „Ich fürchte nur, Seiner Majestät hat das Programm, dessen Annahme ich zur Bedingung gemacht habe, nicht vorgelegen.“ Ich war weder mit diesem Programm vertraut, noch mit dessen Vorlage betraut gewesen. Manches spätere Missverständnis ist jedoch dadurch für mich weniger auffällig gewesen als für Andere.

Das Ministerium nahm sich stattlich genug aus. An der Spitze ein Fürst Auersperg, dessen Name nicht nur einen aristokratischen, sondern auch einen populären guten Klang hatte, und nebst den fünf Bürger-Ministern Herbst, Giskra, Brestl, Berger und Hasner, die als Koryphäen des Liberalismus und des parlamentarischen Lebens zählten, im Verein mit dem als tüchtiger Finanzminister bewährten Plener zwei Mitglieder alter Adelsgeschlechter, die Grafen Taaffe und Potocki. Angesichts der vielen und grossentheils unverdienten Anfeindungen, welchen Graf Taaffe später ausgesetzt war, ist es mir Bedürfnis, hervorzuheben, wie seine Selbstlosigkeit sich daran erkennen liess, dass er bereitwilligst das von ihm bis dahin verwaltete wichtige Ministerium des Innern abtrat und es gegen das bei Weitem weniger

bedeutungsvolle Landesvertheidigungs - Ministerium vertauschte. Der Eintritt Potocki's war für das Ministerium ein grosser Gewinn. Er leistete in seinem Departement Tüchtiges und er im Verein mit Taaffe bildete die Ingredienz, welche den Kaiser mit dem nicht ohne Widerstreben ernannten Ministerium allmählich befreundete. Es war ein verzeihlicher aber entschiedener Irrthum von Seiten der sogenannten Bürger-Minister, jene beiden Kollegen zu beargwöhnen. — Beide wollten ehrlich den Bestand und die Dauer des Ministeriums, wie es zusammengesetzt war, und man darf nicht vergessen, wie schwere Kämpfe dies Graf Potocki zur Zeit der Frage der konfessionellen Gesetze kosten musste und gekostet hat. Wie oft aber Graf Taaffe beim Kaiser gewissen zumeist unnützen Schroffheiten den Stachel zu nehmen gewusst, das haben seine Kollegen selbst nie erfahren.

Zu der Episode der Bildung des Bürger-Ministeriums gehört aber noch ein Rückblick. Wie ich überhaupt es mir zum Grundsatz machte, den Kaiser nicht im letzten Augenblick mit Anträgen zu drängen, sofern nicht Umstände und Ereignisse es zur Nothwendigheit werden liessen, so auch hatte ich nicht erst den Schluss des Jahres 1867 abgewartet, ohne die für diesen Zeitpunkt mit meinem Rücktritt von der Leitung der inneren Angelegenheiten in Aussicht stehende Frage der Ernennung des ersten cisleithanischen Ministeriums zum Gegenstand eines eingehenden Vortrags zu machen. Dies geschah bereits unterm 31. August. Neben Fürst Carlos Auersperg als Minister-Präsident finden sich dort Herbst, Giskra und Berger als Kandidaten. Für manchen meiner Leser dürfte eben der nachstehende Auszug nicht ohne Interesse sein.

Eure Majestät werden hiebei den Vorschlag eines Kandidaten vermissen, welcher der slavischen Nationalität ausserhalb des polnischen Elementes angehörte. Es würde meinem lebhaftesten Wunsche entsprechen, wenn ich hiezu eine Möglichkeit erblickte. Ich habe mich mündlich wiederholt gegen Eure Majestät in dem Sinne ausgesprochen, dass ich ein Koalitions-Ministerium als die beste Lösung

betrachten würde. Damit ein solches mit Erfolg und mit Nutzen wirken könne, ist aber eine Vorbedingung unerlässlich, die zur Zeit noch fehlt. Der oder die Kandidaten, die aus der sogenannten nationalen Opposition berufen würden, müssten nicht allein selbst auf dem Boden der Verfassung stehen, sondern auch über eine diese Verfassung aufrichtig anerkennende Partei gebieten. Solange dies nicht der Fall ist, würde der Eintritt selbst einer befähigten Persönlichkeit — und eine solche wäre, wollte man nicht zu Männern der extremsten Richtung greifen, deren Zusammengehen mit Andersdenkenden im Voraus ausgeschlossen sein würde, nicht einmal zu finden — nur zur Konfusion und zur Auflösung, nicht zur Verständigung und Konsolidirung führen. Ich glaube aber nicht zu viel zu behaupten, wenn ich die Ueberzeugung ausspreche, dass, wenn einmal durch ruhiges und konsequentes Vorgehen auf dem betretenen Wege die Spekulationen auf einen Umschwung und die Hoffnungen auf Ersetzung der Februar-Verfassung durch eine föderalistische Gestaltung entmuthigt sein und die Renitenten sich zum Eintritt in den Reichsrath entschlossen haben werden, diese Modifikationen in der Zusammensetzung des Reichsrathes und eine Modifikation in jener des Ministeriums nach sich ziehen wird. Alsdann wird ein Koalitions-Ministerium eine Bürgschaft der Gleichberechtigung und des Friedens sein, während dasselbe jetzt nur der Anfang neuer Kämpfe und neuer Beunruhigung sein würde.

Ich meine, Zweierlei dürfte aus dem Vorstehenden hervorgehen, einestheils dass ich die Nothwendigkeit der Heranziehung des slavischen Elements von Haus aus zu begreifen wusste, und dass man irrt, indem man mir Schwanken und Aehnliches nach der Einsetzung des Bürger-Ministeriums nachsagte; anderntheils dass ich für die Verwirklichung des Gedankens freilich andere Rezepte im Auge hatte, als deren die Episode der Fundamental-Artikel und die Versöhnungsära zu Tag förderten.

Das Jahr endete nicht ohne fast überwältigende Vertrauens-, Ehren- und Sympathie-Bezeugungen. Von allen Seiten kam die Nachricht von Ehrenbürgerrechts-Verleihungen [1]), vor Allem jene

---

[1]) Es sind an 70 Städte, welche mir theils 1867 theils 1871 das Ehrenbürgerrecht verliehen, mit Einschluss der Landgemeinden beliefen sie sich auf 140. Das Wiener Diplom ist künstlerisch ein Prachtwerk, welches in

der Stadt Wien, aus deren Diplom ich die nachstehende Stelle in Erinnerung bringen darf:

Mit erleuchteter Thatkraft und weiser Umsicht die Bedürfnisse des durch schwere Schicksalsschläge tiefgebeugten Reiches erkennend, richtete er vor Allem sein Augenmerk auf die Erstarkung und Konsolidirung Oesterreichs im Innern.

Gekräftigt durch das Vertrauen unseres Allergnädigsten Kaisers und Herrn und unterstützt durch die patriotische Haltung der Vertretungskörper brachte er, unter Wahrung der nothwendigen Einheit in der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten des Kaiserstaates, den staatsrechtlichen Ausgleich mit den Brudervölkern jenseit der Leitha zum Abschlusse, nahm entscheidenden Einfluss auf die Wiederherstellung der konstitutionellen Verfassung in der westlichen Reichshälfte auf den Grundlagen des Rechtes und der Freiheit, und hob durch seine offene versöhnliche Politik mächtig die allgemeine Zuversicht auf die Erhaltung des europäischen Friedens.

Mit ungetheilter Befriedigung begrüsste die Gemeindevertretung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien die erfolgreiche Wirksamkeit des Freiherrn von Beust und hat, in freudiger Anerkennung dieser vielen und grossen Verdienste, welche sich dieser ausgezeichnete Staatsmann um den österreichischen Kaiserstaat und die Stadt Wien erworben hat, und zum bleibenden Zeichen der Dankbarkeit am 27. Dezember 1867 einhellig den Beschluss gefasst, dem Friedrich Ferdinand Freiherrn von Beust das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien zu verleihen, und dessen Namen in das goldene Buch der Ehrenbürger Wiens eintragen zu lassen.

Alle Wiener Blätter, mit Ausnahme des „Vaterland“, stimmten in diese Kundgebungen ein. Vor Allem war es die „Neue freie Presse“, welche, Anlass nehmend von dem damals an mich ergangenen Allerhöchsten Handschreiben, meinem verdienstlichen Wirken für die Verfassung in einem schwungvollen Artikel Anerkennung zollte, den ich im Auszug aufnehme aus Gründen, die ich sogleich entwickeln werde.

London und Paris oft bewundert wurde. Bei der Ausstellung von 1873 wurde ich ersucht, es für dieselbe zu überlassen, was ich aus dem nicht ganz verwerflichen Grunde ablehnte, dass ich im Falle des Verlustes einer unveränderten zweiten Ausgabe nicht sicher sein würde.

„Es ist, wie man sieht, ein fast überströmend ausgesprochener Dank, welchen da der Kaiser Seinem ersten Minister öffentlich abstattet, und wir denken, dass es dieser Ovation ein Piedestal, um das heute gar viele Vorgänger des Baron Beust in seinem Amte ihn beneiden dürfen, verleihe, wenn auch die unabhängigen Organe der öffentlichen Meinung sich zum Echo jener Anerkennung machen, welche dem Reichskanzler für seine Thätigkeit in der Verfassungsfrage dargebracht wird.

„Um diese Verhandlung, an deren Ende wir heute stehen, so und mit Ehren zu führen, wie es diesem Staatsmann gelungen, dazu gehörte wirklich, wie jüngst jemand der ihn genau kennt, von ihm gesagt hat, der Fleiss der Biene und die Geduld des Bibers, ja noch mehr, es gehörte dazu neben aller diplomatischen Geschicklichkeit, neben allem Eifer für die Sache, neben allen Tugenden des Temperamentes, auch eine so grosse Redlichkeit, wie sie Baron Beust hier Vertrauen-verbreitend bethätigt hat.“

So die „Neue freie Presse“ 1867. Heute, wo wir 1886 schreiben, war in diesem Blatte von hervorragender Bedeutung ein Artikel zu lesen, worin aus Anlass der jüngst stattgefundenen Jubelfeier des fünfundzwanzigjährigen Bestehens der Februar-Verfassung die Namen der verschiedenen Minister-Präsidenten nach Schmerling aufgezählt werden. Da findet sich neben Belcredi das Bürger-Ministerium, neben Hohenwarth Auersperg, aber der Name Beust glänzt durch seine Abwesenheit. Die Herausgeber und Redakteure der „Neuen freien Presse“ sind nicht mehr dieselben, zwei der bedeutendsten aus jener Zeit sind aus dem Leben geschieden, allein das Blatt vertritt heute noch dieselbe Partei, huldigt noch heute denselben Grundsätzen und Anschauungen wie damals, und ich habe keinen ernsten Grund, eine persönliche Gegnerschaft vorauszusetzen. Und gerade deshalb ist jene Zusammenstellung bezeichnend. Freilich sollte ich nicht vergessen, dass viel früher, 1871, der Umschwung sich nicht erst nach Jahren, sondern nach Tagen vollzogen hatte. Die höchste Genugthuung aber, die mir damals zu Theil

wurde, war das nachfolgende Zeugnis und dieses ist das gleiche geblieben.

Lieber Freiherr von Beust!

Mit der am 21. d. M. erfolgten Sanktionirung der Verfassungsgesetze und dem vollzogenen Ausgleich mit den Ländern Meiner ungarischen Krone ist der in Meinem Handschreiben vom 23. Juni v. J. bereits in Aussicht genommene Zeitpunkt eingetreten, wo Ihre Wirksamkeit als Minister-Präsident für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder verfassungsgemäss aufzuhören hat.

Indem Ich Sie daher von der weiteren Führung dieses Ministeraths-Präsidiums enthebe, kann Ich nur in vollem Masse die Genugthuung theilen, mit der Sie auf einen Zeitabschnitt zurückblicken dürfen, in welchem Ihnen durch aufopferungsvolle Thätigkeit die Lösung einer Aufgabe gelungen ist, deren Schwierigkeiten Ich vollkommen zu würdigen vermag.

Gerne spreche Ich Ihnen für diese Ihre erfolgreichen Bemühungen Meine Anerkennung aus und begrüsse das Erreichte mit um so grösserer Befriedigung, als es Ihnen nunmehr ermöglicht ist, sich den Ihrer Obsorge noch weiter vorbehaltenen wichtigen Geschäften mit ungetheilter Kraft und Hingebung widmen zu können.

Sie haben sonach die erforderlichen Einleitungen zu treffen, damit entsprechend dem §. 5 des Gesetzes, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art Ihrer Behandlung, vom 21. Dezember 1867, und auf Grund des diesbezüglichen ungarischen Gesetzartikels (P. 27) die Ministerien des Aeusseren, des Krieges und der Finanzen als Reichsministerien in verfassungsmässige Wirksamkeit treten.

Gleichzeitig ernenne Ich den bisherigen Leiter des Finanz-Ministeriums Freiherrn von Becke zu Meinem Reichsfinanzminister, und werden Sie und Mein Feldmarschall-Lieutenant Freiherr von John die Ihnen Beiden bisher anvertrauten Ministerien als Reichsminister fortführen.

Wien, am 24. Dezember 1867.

Franz Joseph m. p.

Das Jahr hatte in einer Weise begonnen, dass ich fast mit Gewissheit ahnen durfte, meines Bleibens auf dem Ballplatz werde nicht lange mehr sein; das Jahr endete so, dass mich Alles zu

dem Glauben berechtigte, ich werde meine Tage auf dem Ballplatz beschliessen.

Wie trügerisch sind doch die Zeichen der Zeit!

XIV. Kapitel.

1868.

Die erste Delegation. — Das Rothbuch. — Zwischenfall der hannöverischen Pässe. — Meine Kollegen des Kriegs und der Finanzen. — Baron Orczy.

Den Anfang des Jahres 1868 bezeichnete der erste Zusammentritt der Delegationen, welche Seine Majestät in Wien und nicht in Pest stattfinden liess. Ohne dass hiezu eine verfassungsmässige Bestimmung nöthigte, ist seitdem, nachdem die zweite Delegation noch zu Ende des nämlichen Jahres in Pest getagt hatte, regelmässig alternirt worden.

Bei diesem ersten Zusammentritt der Delegationen ereigneten sich einige störende Zwischenfälle, die glücklicherweise ohne ernste Folgen blieben.

Für die österreichische Delegation war in der Statthalterei ein Lokal ausfindig gemacht worden, welches bei der ersten Benützung sich als absolut unzureichend erwies und eine peinliche Enge fühlbar machte. Ich beeilte mich, der bedenklichen Verstimmung durch die Erklärung zuvorzukommen, dass ich mich für Ueberlassung der Herrenhaus-Lokalitäten bei dem niederösterreichischen Landtags-Präsidium verwenden werde. Seitdem hat sich die Delegation stets in diesen Räumen versammelt, bis zur Einrichtung des Reichsrathspalastes.

Empfindlicher war die in der ungarischen Delegation hervortretende Ueberraschung. Demselben Mann, welchem vor weniger als Jahresfrist tausend- und tausendmal „Eljen“ zugerufen worden war, wurde der ihm vom Kaiser und König verliehene Titel eines Reichskanzlers beanstandet, und zwar noch ehe die öffentlichen

Sitzungen begonnen hatten. Graf Andrássy nahm die Sache sehr ernst und rieth zum Nachgeben, was ich natürlich schon aus der dem Kaiser schuldigen Ehrfurcht verweigerte. Indessen spitzte sich die Sache bereits so stark zu einem Konflikt zu, dass ich es für nothwendig erachtete, Seiner Majestät darüber Vortrag zu erstatten und auf die zu erwartenden Vorstellungen des ungarischen Minister-Präsidenten vorzubereiten. — Eine angenehme Ueberraschung wartete meiner. Als ich aus dem Zimmer Seiner Majestät heraustrat, begegnete mir im Vorzimmer Graf Andrassy, der mich mit den Worten ansprach: „Ich habe sie verständigt, sie haben ‚Eljen‘ gerufen.“

Bei der ersten Delegation führte ich die bisher in Oesterreich ungekannte Einrichtung einer dem englischen Blaubuch nachgebildeten Vorlage diplomatischer Korrespondenzen ein, wie solche bereits in Frankreich und in Italien zur Anwendung gekommen war. Nachdem Frankreich die gelbe und Italien die grüne Farbe gewählt hatte, blieb kaum eine andere als die rothe übrig, und für diese entschied man sich in einer Nüance, die mehr rosa als hochroth war. *La diplomatie voit toujours les choses en rose.*

Dieses österreichische Rothbuch, welches unter Graf Andrassy einige Zeit hindurch aufgegeben war, bald jedoch wieder aufgenommen wurde, hat gar verschiedene Stadien der Gunst und Ungunst durchlaufen. Nicht nur der ungewohnten Errungenschaft, sondern auch des Inhalts wegen erntete das erste Rothbuch ungetheilten Beifall und alle Blätter waren des Lobes voll. Auch die nächstfolgenden fanden keine abträgliche Beurtheilung. Als Graf Andrassy das Rothbuch sistirte und an seiner Statt das handelspolitische Braunbuch erscheinen liess, da brach auf einmal das Verdammungsurtheil über die Vergangenheit in der gewohnten oberflächlichen und gemeinen Weise los. Was war denn das Rothbuch? Makulatur, nichts als Makulatur; Graf Beust wollte sich als Schönschreiber sehen lassen. Das war eine Zeit lang in fast allen Wiener Blättern zu lesen. Was dabei besondere

Beachtung verdient, ist, dass zu der Zeit, wo die „Makulatur“ erschien, nämlich in den Jahren 1868—1871, man sich kaum die Mühe nahm, die Rothbücher aufmerksam zu lesen, z. B. die Einleitungen — namentlich verweise ich auf das erste Rothbuch —, wo der Gang, den die Regierung sowohl in den Angelegenheiten des Orients als jenen des Occidents zu verfolgen gedenke, ausführlich dargelegt wird. Alles, was seitdem geschah, stand damit im Einklang, aber weder in den Delegationen noch in der Presse wurde dagegen Einsprache erhoben, woran es dagegen durchaus nicht fehlte, sobald die Handlungen der Regierung in Gemässheit des aufgestellten Programmes ihren Verlauf nahmen. Die ganze orientalische Politik nicht nur unter mir, sondern auch unter meinem Nachfolger war der getreue Reflex der Einleitung zum ersten Rothbuch.

Als ein entschiedener Gegner der parlamentarischen Korrespondenz-Vorlagen hat sich wiederholt Fürst Bismarck geäussert. Er vertrat insbesondere die Ansicht, dass diese Mittheilungen nie ganz vollständig und rückhaltslos sein könnten und deshalb den Zweck einer wirklichen Aufklärung der Kammern verfehlten, während sie gleichzeitig den Nachtheil herbeiführten, die fremden Regierungen zu verstimmen. Diese Anschauung, welche auch Graf Andrassy sich einige Zeit lang aneignete, hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes, ist aber leicht zu widerlegen. Die Auswahl der betreffenden Aktenstücke muss mit Vorsicht geschehen, und nichts ist leichter als Veröffentlichungen zu vermeiden, welche Verstimmungen zu erzeugen geeignet sind. Tritt aber der Fall ein, dass bereits eine Verstimmung mit und gegenüber einer fremden Regierung vorhanden ist, dann kann die Rücksicht auf Schonung fremder Empfindlichkeit nicht davon abhalten, die Dinge wie sie sind und wie sie sich entwickelten in das rechte Licht zu setzen. Der Einwurf, dass die volle Korrespondenz doch nicht immer mitgetheilt werden könne, sondern mehr als einmal in vertraulicher Korrespondenz werde geheim bleiben müssen, hat seine Begründung. Hiegegen jedoch ist her-

vorzuheben, dass dergleichen geheime Korrespondenzen nie ausser Zusammenhang mit dem stehen werden, was mitgetheilt wird, und die Regierung in den Aeusserungen der Vertretungskörper, zu welchen diese Mittheilungen Anlass bieten, jederzeit die werthvollsten Fingerzeige für das finden kann, was Gegenstand geheimer Verhandlungen ist.

Zu solchen Anwürfen boten meine Rothbücher mehr als genügenden Stoff; dass die Rothbücher nicht genug gelesen und nicht genug benützt wurden, war nicht meine Schuld.

Was aber besonders in Erinnerung gebracht zu werden verdient, das ist der Vorgang der englischen Blaubücher. Diese werden ohne grosse Diskretion zusammengestellt und sind in vielen Fällen nichts weniger als schonend. Die fremden Regierungen nehmen aber eben so wenig daran Anstoss, als es irgend einem Parlamentsmitglied einfällt, darüber Bedenken zu äussern. Ich habe diese Seite der Frage gelegentlich der Delegationen von 1869 scharf ins Auge gefasst, und es ist daher hier besser als später am Ort, den betreffenden Theil meiner damaligen Rede hier in Bezug zu nehmen.

Während der ersten Vereinigung der Delegationen trat der etwas störende Zwischenfall der für die hannöverischen Legionäre ausgestellten österreichischen Pässe ein. Ich habe bereits an einer früheren Stelle erwähnt, dass es sich um nichts Anderes handelte, als um einen unbegreiflichen Verstoss des damaligen Polizeidirektors. Der preussischen Regierung wurden die befriedigendsten Aufklärungen gegeben, was nicht hinderte, dass Herr von Werther mich mit ziemlich unfreundlichen Depeschen aufzusuchen wiederholt beauftragt wurde. Das Verhalten der preussischen Regierung anlässlich der hannöverischen Vorgänge war überhaupt kein billiges. So wurden uns über die hannöverischen Pilgerfahrten zu der silbernen Hochzeitsfeier des Königspaares Vorstellungen gemacht, während ich darauf hinweisen konnte, dass man in Norddeutschland keine Schwierigkeiten gemacht habe, um diese Pilgerfahrten mit Extrazügen zu befördern. Herr von

Werther that später einmal, als der König Georg eine Theatervorstellung bei mir mit Seiner Gegenwart beehrte, die etwas unüberlegte Aeusserung: „Ich weiss ja, dass man jetzt im österreichischen Ministerhotel dem König von Hannover begegnen muss,“ worauf ich mich nicht enthalten konnte zu antworten: „*A qui la faute?*“

Im Uebrigen bot die erste Delegation das Bild eines parlamentarischen Honigmondes dar. Die Verhandlungen nahmen einen rein sachlichen und nach jeder Seite befriedigenden Verlauf, was, soviel das Budget des Auswärtigen betraf, zum grossen Theil dem zweckmässigen und anerkennenden Referat des Baron Eichhof zu danken war. In diesen gleichwie in den folgenden Delegationen fand ich schätzbare Unterstützung von Seiten des Reichs-Finanzministers Baron Becke sowohl als von Seiten des damaligen Sektionschefs Baron Hofmann. Mehr noch als ich hatte der Kriegsminister Ursache, diesen beiden Herren für ihre vermittelnde Thätigkeit dankbar zu sein.

In diesem Departement war mit dem Beginn des Jahres 1868 ein Personenwechsel vor sich gegangen, indem Baron John durch den Baron Kuhn ersetzt wurde. Zu dem vielen Irrthümlichen, welches sich in den Memoiren des Ritters von Mayer findet, gehört die Erzählung, dass ich den Baron John aus dem Amt verdrängt habe. Abgesehen von der hohen Achtung, die ich den weithin anerkannten militärischen Verdiensten John's schuldete, war unser beiderseitiges Verhältnis unausgesetzt das beste und freundschaftlichste, und in politischen Fragen war er stets auf meiner Seite. Sein Austritt oder vielmehr sein Rücktritt in seine frühere Stellung als Chef des Generalstabs wurde durch speziell militärische Rücksichten ganz ohne mein Wissen und Zuthun herbeigeführt.

Auch mit seinem Nachfolger war mein Verhältnis ein ungetrübtes trotz wiederholter, aber vergeblicher Zwischenträgereien. Baron Kuhn war kein Redner, aber sein Auftreten und seine soldatisch bündigen Ansprachen machten ihn den Delegationen sympathisch.

Gewisse stereotype Anwürfe hatte er, wie „Zum Exempel“, „Mit Einem Wort“ und „Warum?“ („Der Kavallerist hat nur ein Paar Hosen, warum? weil ihm die Delegationen nur ein Paar bewilligen.“)

Noch weniger Redner war Tegetthoff — sein drittes Wort war „Ich weiss nicht“ —, allein er kam immer glücklich durch, was Kuhn eifersüchtig machte.

Ich bin keines kompetenten Urtheils darüber fähig, ob die Armee unter Kuhn's Ministerium gewonnen habe oder nicht. Es wurde ihm vielseits der Vorwurf gemacht, dass er sie demokratisire und deshalb desorganisire. Auf dem Schlachtfeld haben die neuen Einrichtungen die Probe noch zu bestehen; allein der Verlauf der Besetzung von Bosnien hat entschieden zu Gunsten der Disciplin und Tüchtigkeit des Heeres gesprochen.

In der ungarischen Delegation war — um mich des bekannten Roon'schen Ausdrucks zu bedienen — die Temperatur gleichfalls eine angenehme. Bei der öffentlichen Plenarsitzung half Graf Andrassy, der streng genommen *per nefas* auf der Ministerbank Platz nahm, redlich mit. Die entscheidende Sitzung war aber für mich hier wie auch später die Ausschuss-Sitzung, mit welcher ich in deutscher Sprache verkehren durfte. Bei der ersten Delegation machte sich inzwischen der Mangel eines Dolmetschers so sehr fühlbar, dass unmittelbar darauf die Ernennung des Barons Béla Orczy zum Sektionschef im Ministerium des Aeussern erfolgte. Ich habe mich dieses Beamten, welcher von Haus aus in überraschender Weise sich durch Studium und Geschäftskenntnis der ungewohnten Aufgabe gewachsen zeigte, nur zu beloben gehabt. Was ich ihm allein zum Vorwurf zu machen hatte, war eine zu grosse Ausgiebigkeit sowohl in Rede als in Schrift. Diese Prolixität hat mir einmal bei meiner letzten Pester Delegation im Jahre 1870 einen schlimmen Streich gespielt.

Es wurde mir theils durch Lonyay, theils durch Orczy jedes Wort, das gesprochen wurde, übersetzt. Erzbischof Haynald — ein übrigens von mir persönlich hochgeachteter liebenswürdiger

Kirchenfürst — griff die Korrespondenz mit Rom über das Konkordat heftig an. Ich sagte zu Orczy: „Bitte, antworten Sie nur zwei Worte: Der Herr Minister wünsche zu wissen, ob das Konkordat in Ungarn je Geltung gehabt habe? — Dann," fügte ich hinzu, „was er auch antworten mag, er bekommt Schläge. Sagt er ja, bekommt er sie hier; sagt er nein, bekommt er sie in Rom." — Orczy steht auf, seine Rede fliesst wie Brunnenwasser, aber ohne Aufenthalt, und ich bemerke nicht den entferntesten Eindruck. Als er geendet, frage ich: „Aber mein Gott, haben Sie denn nicht gesagt, was ich gewollt?" — „In dieser Form," sagte er, „war es doch nicht gut möglich." — So ging mir ein unfehlbarer Effekt verloren. Besser traf es Orczy in derselben Session bei einer anderen Gelegenheit. Pulszki hatte in sehr schonender und liebenswürdiger Weise meine angebliche Schreibseligkeit angegriffen mit den Worten: „An meiner Wiege habe unter anderen schönen Feen die Fee der Schönschreibkunst gestanden," worauf Orczy in meinem Namen entgegnete: „Ich sei ihm für das Kompliment sehr dankbar, seine Rede habe mir aber den Eindruck gemacht, dass er sich mehr mit meinem Sarge als mit meiner Wiege beschäftige."

XV. Kapitel.

1868.

Nachtheilige Folgen des Reichskanzlertitels. — Die Einmischung in innere Angelegenheiten. — Der Protestant. — Die Botschafter in Rom, Baron Hübner und Graf Crivelli. — Die konfessionellen Gesetze im Herrenhause. — Die Szenen des 21. März. — Ueber Attentate.

In einem früheren Abschnitt habe ich das Bekenntnis abgelegt, dass ich mich in den an die Stellung des Reichskanzlers geknüpften Erwartungen gründlich getäuscht hatte.

Ich lasse dahingestellt, ob das im Laufe der Zeit mehr und

mehr hervorgetretene, in Oesterreich leider erfahrungsgemäss so oft mit überschwenglichem Optimismus Hand in Hand gehende Misstrauen, welches sich diesmal gegen angeblich unberechtigte Einmischung in die inneren Angelegenheiten richtete — der Dank für eine Dazwischenkunft, welcher man Alles, was das Jahr 1867 gebracht hatte, schuldete — ob, sage ich, dieses Misstrauen ein geringeres gewesen wäre, wenn ich nur Minister geheissen hätte. Gewiss ist, dass der Name einen bedauerlichen Hebel dazu bot. Und doch, wie viel hatte das Bürger-Ministerium in diesem Jahre 1868 meiner Einmischung zu danken, und wie gern liess man sich dieselbe dann gefallen, wenn man daraus Nutzen zog! Dass die Sanktion der konfessionellen Gesetze erfolgte, ja dass diese Gesetze im Herrenhause durchgingen, dass der versteckte kleine Bankerott der Zinsenreduktion der Staatsschuld in Paris und London hingenommen wurde, dass die Kaiserreise nach Galizien unterblieb, war ganz allein und ausschliesslich mein Werk, und wenn man dagegen mein Erscheinen in Prag während der Anwesenheit Seiner Majestät in Erinnerung bringen will, so habe ich zu erwidern, dass, wie ich es in öffentlichen Reden dargelegt, ich nicht mehr that, als gegen die Herren Palacki und Rieger eine streng korrekte und deshalb ursprünglich von den czechischen Blättern sehr schlecht aufgenommene Erklärung abzugeben, welche dem Ministerium nur hätte förderlich sein müssen, hätte Fürst Carlos Auersperg nicht durch sein demonstratives Handeln deren Bedeutung in das gerade Gegentheil von dem verwandelt, was sie wirklich war.

Ich habe nicht zu viel gesagt, wenn ich behauptete, dass die Sanktion der konfessionellen Gesetze, ja selbst deren Annahme im Herrenhaus mir zu danken gewesen sei. Bevor ich hier entscheidende thatsächliche Momente beleuchte, will ich über mein Thun und Lassen in den kirchlichen Fragen überhaupt einige allgemeine Betrachtungen vorausschicken.

Meine Eigenschaft als Protestant machte mein Eingreifen zu einem unendlich schwierigen; wenn dasselbe dennoch von Er-

folg war, so glaube ich es besonders dem Umstand danken zu sollen, dass der Kaiser sich wiederholt davon zu überzeugen Gelegenheit hatte, dass ich, so zu sagen persönlich konfessionell, den folgenschwereren Tagesfragen völlig fremd war und blieb, und dass ich der katholischen Kirche nicht feindlich, sondern ehrerbietig mich bei jeder Gelegenheit bezeigte. Selbst Aeusserlichkeiten haben in solchen Fällen ihren Werth. Es blieb nicht unbemerkt, dass bei dem Hochamt in der Stefanskirche, während die in meiner Nähe befindlichen Katholiken nicht selten und manches Mal sogar laut konversirten, ich allein in ehrerbietiger stummer Haltung verblieb. Ich habe nie ein Wort des Kaisers vergessen, das der Monarch in einem späteren Jahre an mich richtete, und welches zu meinen schönsten Erinnerungen gehört. Es war während der Delegations-Sitzung von 1869. Schon damals wollte man im Ausschuss den Botschafter-Posten in Rom — „bei dem Fürsten von Rom“; wie sich ein Abgeordneter aus Oberösterreich ausdrückte — eingezogen und einen Geschäftsträger ernannt wissen. Ich wurde bei meinem Widerspruch wenig oder gar nicht unterstützt, es gelang mir aber doch, die Etatsbewilligung zu erlangen. Als ich am nächsten Tage bei Seiner Majestät erschien, erlaubte ich mir die Bemerkung: „Es hat mich, ich gestehe es, in hohem Grade befremdet, da waren siebzehn Oesterreicher ...“ — „Ich weiss Alles“, unterbrach mich der Kaiser — „und Sie waren der einzige Katholik.“

Für diese meine Behandlungsweise jener schweren Aufgabe zeugt auch das nachstehende Schriftstück:

A Son Excellence
Monsieur l'Archevêque d'Athènes
Nonce Apostolique à Vienne.

Monseigneur!

A la veille de mon départ de Gastein il me tarde de m'acquitter d'une dette envers Votre Excellence. Pendant les peu de jours que j'ai passé dernièrement à Vienne vous avez bien voulu, Monseigneur, m'adresser une aimable lettre et je vous prie de bien vouloir en

agréer mes remercîments, qui pour être tardifs n'en sont pas moins bien sincères et empressés.

Dans cette lettre Votre Excellence veut bien me rappeler que je suis chancelier d'un Empire catholique. J'ai la conscience de ne l'avoir jamais oublié. Quoique protestant, et Votre Excellence m'a rendue Elle-même cette justice, je sais comprendre et apprécier la portée de l'église catholique, mieux que beaucoup de catholiques en Autriche. J'ai toujours pensé que l'Eglise catholique et la Monarchie Autrichienne sont des sœurs qui doivent se secourir mutuellement. Ce qu'il faut à l'Eglise c'est la restauration et la puissance de l'Autriche. Depuis que la confiance de l'Empereur m'a placé à la tête des affaires, je travaille sans relâche à faire revivre la Monarchie et à faire marcher le Gouvernement, mais cette tâche, j'ai le regret de le dire, ce n'est pas le clergé catholique qui me la facilite, loin de là, c'est lui qui contribue à la rendre difficile. Ne croyez pas, Monseigneur, que pour cela l'aigreur et le ressentiment entrent dans mon âme.

Tous ceux qui m'ont vu ici comme en Saxe à l'œuvre vous diront que jamais peut-être il n'a existé un homme d'état qui ait su appliquer au même dégré à la politique la parole de l'Evangile qu'il doit aimer ses ennemis et tendre la joue gauche à celui qui a frappé la joue droite. Tout ce qui se passe aujourd'hui autour de moi ne changera rien à l'esprit de modération et d'equité qui guide tous mes pas. Mais je tenais à relever dès-à-présent que ce ne sera pas ma faute, si les intérêts catholiques se trouvent compromis en Autriche.

Je ne saurais terminer sans exprimer une fois de plus à Votre Excellence mes profonds remercîments pour la bienveillance personnelle dont Elle m'a honoré jusqu'ici et que je serai toujours heureux de me voir conservée.

Veuillez agréer, Monseigneur, les nouvelles assurances de ma haute et respectueuse considération.

Gastein, le 24 Août 1867.

Eben so liess ich mich durch das Eifern der liberalen Presse über die vermeintliche Aengstlichkeit und Mattigkeit meiner nach Rom gerichteten Depeschen nicht in meinem wohlüberlegten gemässigten Vorgehen beirren, und wenn ich Ursache zu haben glauben darf, auf etwas stolz zu sein, so ist es darauf, dass das

Konkordat einseitig aufgehoben werden konnte, und doch ohne Bruch mit Rom.

Alles was Verfolgung gewesen wäre, hielt ich fern, und so unterschied sich das, was in Oesterreich geschah, wesentlich vom deutschen Kulturkampf, weshalb denn auch von dem in Oesterreich Erreichten trotz Systemwechsels mehr bestehen blieb als von den Errungenschaften des Kulturkampfs. Bei aller Deferenz für den grossen deutschen Kanzler kann ich mich dabei der Aeusserung nicht enthalten, dass mehr Muth dazu gehörte, gegen Rom vor 1870 aufzutreten als nach 1870.

Andererseits scheute ich mich aber auch nicht, dem Kaiser gegenüber die ihm schuldige offenherzige Sprache zu führen. Monsignor Greuter hat einmal bei einer Ansprache an die Bauern des Oberinnthals sich dahin vernehmen lassen: ich habe dem Kaiser mit einem Aufruhr gedroht, falls die konfessionellen Gesetze nicht sanktionirt würden. Es wäre dies jedenfalls das verkehrteste Mittel gewesen, um die Sanktion zu erlangen; vielmehr würde ich dieselbe mit einer solchen Drohung unmöglich gemacht haben. Wohl aber habe ich es gewagt, folgendes Wort auszusprechen:

„Ich bin Protestant, aber ich würde es als einen öffentlichen Skandal betrachten, wenn das käme, worauf man im Fall der Verweigerung gefasst sein kann, nämlich demonstrative massenhafte Uebertritte zum Protestantismus in einem Theil von Nieder- aber auch Oberösterreich und Salzburg, wo die Spuren früherer Zeiten nicht verwischt sind."

Das eben war ja der grosse Nachtheil des Konkordats, wie ich ihn in einem Schreiben an Kardinal Rauscher geschildert, dass man es mit Religion und Kirche als etwas Unantastbares identifizirte, was zur Folge hatte, dass sich die Bevölkerung in zwei Extreme spaltete: strengsten Glauben und Indifferentismus.

Ich muss indessen auf die ersten Anfänge der Konkordatsfrage zurückgreifen.

Schon bei den Berathungen der Adresse bei dem ersten

Wiederzusammentritt des Reichsrathes 1867 wurden sehr einschneidende Anwürfe gemacht; es gelang jedoch, dieselben in solche Formen zu leiten, welche Verlegenheiten vermeiden liessen. Allein diese Ansätze wiederholten sich, und es zeigte sich sehr bald, dass sie nicht Ausfluss extremer Parteirichtung, sondern der mehr oder minder getreue Ausdruck einer bis in höhere Kreise reichenden Anschauung seien. Eine Erklärung Seitens der Regierung wurde unvermeidlich und eine solche wurde in der folgenden Gestalt beschlossen:

Ich vergesse nie, wie mein verehrter Kollege Hye, bevor wir den Sitzungssaal betraten, mir zuflüsterte: „Es wird gut gehen, der erste Redner ist Pratobevera, und Pratobevera ist ein Ultramontaner.“ In der That sprach Pratobevera zuerst, seine ersten Worte waren: „Das Konkordat, diese Pestbeule.“ Die Erklärung befriedigte nicht und doch konnte sie den Umständen nach nicht anders sein. Die Regierung wollte aufrichtig den Weg der Verhandlung mit Rom betreten und ich schlug deshalb dem Kaiser vor, den damaligen Botschafter beim heiligen Stuhl, Baron Hübner, kommen zu lassen. Der Kaiser ertheilte die Genehmigung.

Der Aufenthalt des Barons Hübner war ein kurzer, genügte aber, mich erkennen zu lassen, dass wir, was Ueberzeugung und Neigung betraf, bei jedem römischen Prälaten die gleiche Eignung zum Unterhändler gefunden haben würden. Ein Wechsel in der Besetzung des Botschafter-Postens in Rom erschien mir daher unabweislich. In jenen Ischler Septembertagen, von denen ich früher gesprochen, mag eine Ahnung davon für manches dort gesprochene Wort bestimmend gewesen sein. Die gemachten Anstrengungen blieben bekanntlich erfolglos und der Wechsel in Rom wurde von Seiner Majestät gebilligt.

Was den Nachfolger betraf, so war meine Wahl keine glückliche, aber der Missgriff war verzeihlich. Ich kannte den damaligen österreichischen Gesandten in Madrid, Grafen Crivelli, von früher. Er hatte im Jahre 1852 als Geschäftsträger in Dresden fungirt und ich hatte an ihm einen geschäftsgewandten

Diplomaten kennen gelernt. Als Vorzug erschien mir, dass er als geborener Italiener mit voller Sicherheit die Verhandlungen in italienischer Sprache führen konnte. Es kam nun darauf an, seine Anschauungen kennen zu lernen. Mit Genehmigung Seiner Majestät liess ich den Grafen Crivelli zu der Zeit, wo ich mich mit dem Kaiser in Paris befand, dahin kommen, und besprach mit ihm die ganze Lage und die Nothwendigkeit einer weitgreifenden Abänderung des Konkordats. Graf Crivelli stimmte in Allem mir bei, und so zögerte ich nicht, ihn Seiner Majestät zum Botschafter in Rom vorzuschlagen. Bald darauf kam der Graf nach Wien und dort fiel er in die Hände eines ultramontanen Kreises (namentlich waren es Damen), und so allein erklärte sich der vollständige Sinneswechsel, welcher erst nach dem Antritte seines neuen Amtes bemerkbar wurde. Wohl wäre es vielleicht loyaler gewesen, Graf Crivelli hätte, ehe er sich nach Rom begab, mich mit seinen veränderten Anschauungen bekannt gemacht; ich bin aber billig genug, seine religiösen Gewissensregungen in Anschlag zu bringen. In Folge jenes Wiener Umganges betrachtete er seine Mission als eine ihm von Gott bestimmte, die er nicht rückgängig machen durfte.

Das zweite Rothbuch enthält einen Theil seiner Berichte, worin er sich so weit vergass, dass ich genöthigt war, sehr gegen meine Gewohnheit, in scharfem Tone zu antworten und ihm bemerklich zu machen, dass ich von ihm nur wahrheitsgetreue Berichte über das was er gethan und gehört habe, erwarte, die daran zu knüpfenden Betrachtungen dagegen mir selbst vorbehalte. Graf Crivelli, ein sonst heller Kopf, brachte es zu den seltsamsten Einfällen. Ich hatte zu rügen gehabt, dass er bei seiner ersten Audienz nicht die brennende Frage zu berühren gewagt habe, worauf er entgegnete: wenn beispielsweise ein Handelsvertrag in Verhandlung stehe, so werde der Gesandte bei seiner ersten Audienz doch nicht schicklicherweise diesen Gegenstand zur Sprache bringen: worauf ich ihm bemerklich machte, dass ein solches Vorgehen an sich kein anstössiges sein würde, der ange-

stellte Vergleich aber deshalb sehr unpassend sei, weil auch ein unterrichteter Souverän schwerlich mit Tarifsätzen vertraut sein werde, während in Sachen des Konkordates der heilige Vater nicht allein Kenner sondern auch Richter sei. Später kam dennoch zwischen dem Papst und ihm das Konkordat zur Sprache, wobei Pius IX., der zuweilen den scherzhaften Ton anschlug, geäussert hatte: „*Le concordat est comme une robe de femme, on peut l'allonger ou la rétrécir mais on ne peut pas l'enlever.*“ Diese Aeusserung war nicht unbefriedigend, und bei gutem Willen hätte Crivelli es vielleicht weiter gebracht, als es der Fall war. Dies musste in den ersten Monaten 1868 geschehen, ehe die Gesetze im Herrenhause zur Berathung gelangten. Freilich wurde die Verhandlung dadurch erschwert und vereitelt, dass das Ministerium ein Memorandum mir zur Uebermittlung nach Rom zustellte, welches in der Form über alle Massen schroff und in kirchenrechtlicher Beziehung keineswegs gründlich und unanfechtbar war. Der Kaiser, welcher dieses Schriftstück, wie ich vermuthe, kompetenten Autoritäten unterbreitet hatte, war anfangs entschieden gegen dessen Mittheilung in Rom und gestattete sie nur unter der Bedingung, dass ich selbst mir das Opus nicht aneigne.

Die zur Verhandlung bestimmte Zeit verstrich ohne Nutzen und im Herrenhause gelangten die im Abgeordnetenhause bereits im vorausgegangenen Jahre votirten Gesetze zur Berathung.

Diese Berathung gestaltete sich, wie bekannt, zu einem äusserst heftigen Kampf. Ich selbst gehörte damals noch nicht dem Herrenhause an und erschien darin nur als zuhörendes Mitglied des anderen Hauses. Inzwischen war ich von dem, was innerhalb des Herrenhauses und so zu sagen hinter den Coulissen vorging, gut unterrichtet, und so blieb mir nicht unbekannt, dass die Verwerfung der Gesetze unter dem angeblichen Schutz des Kaisers sich vorbereite. Sobald ich darüber Gewissheit hatte, zögerte ich nicht, dem Kaiser darüber Vorstellung zu machen und darauf hinzuweisen, dass im Fall des Unterliegens die Niederlage die Allerhöchste Stelle mitberühren, im Fall des Gelingens aber

ein jedenfalls sehr kritischer Augenblick eintreten und dadurch erst zu einem bedenklichen werden würde, dass der Ursprung auf persönliches Eingreifen des Monarchen sich werde zurückführen lassen. Ich machte deshalb die Nothwendigkeit geltend, dass Seitens des Kaisers irgend etwas jene Voraussetzung Widerlegendes geschehe, und auf meinen Vorschlag wurde der erste Obersthofmeister Fürst Hohenlohe durch den Kaiser aufgefordert, im Herrenhause zu erscheinen und seine Stimme für die Gesetze abzugeben. Der nächste Zweck, die Person des Kaisers dem tobenden Kampf fern zu halten, wurde damit jedenfalls erreicht; es ist aber auch mehr als wahrscheinlich, dass die Votirung des Fürsten Hohenlohe für eine ansehnliche Zahl von Votanten den Ausschlag gegeben, und über das Schicksal der Gesetze entschieden hat [1]).

Der Tag der Abstimmung nach der allgemeinen Debatte war für mich selbst ein zu bedeutsamer, dass ich nicht dessen Einzelnheiten erwähnen sollte.

Es ist damals mit vielem Falschen und Uebertriebenen auch berichtet worden, ich habe beim Heraustreten aus dem Herrenhaus das Volk haranguirt und mit den Worten angesprochen: „Unsere Sachen stehen gut!“ — Es stand im Hofe eine nicht einmal sehr grosse Anzahl von Neugierigen, von denen Einige, die mich offenbar nicht kannten, mich mit den Worten anredeten: „Nun, wie steht's?“ worauf ich natürlicherweise antwortete: „Gut!“ — Als ich weiter nach der Strasse zu kam, wurde ich erkannt und mit vielfachen „Hochs“ begrüsst.

---

[1]) Graf Leo Thun, welcher sich zuerst dem Herrenhaus nach vollzogenem Ausgleich fern hielt, erschien gleichwohl mit der Erklärung, dass er auf Befehl des Kaisers komme. Damit hatte es folgende Bewandtnis. Graf Leo Thun hatte an den Kaiser die Frage gestellt, ob er kommen soll oder nicht? Der Kaiser ertheilte den Bescheid, dass es Pflicht jedes Mitgliedes sei, seinen Platz einzunehmen. Graf Leo Thun konnte daher wohl sagen, dass er auf Geheiss des Kaisers komme, nur hatte dieses Geheiss eine nichts weniger als einseitige Bedeutung.

Gegen Abend verliess ich mein Haus, um, wie ich, ein schwacher Raucher, es stets gern gethan, nach Tisch eine Cigarre im Freien zu rauchen. In Begleitung meines Bruders ging ich den Graben entlang nach dem Stefansplatz. Da plötzlich wurde mein Name gerufen, worauf ein hundertfaches Echo sich hören liess, und von allen Seiten, von der Kärthnerstrasse, vom Stefansplatz und den anderen dahin mündenden Strassen Tausende mit Vivatrufen hervorbrachen. Ich trachtete rasch zu verschwinden und eilte in den Trattnerhof. Dort aber wäre ich ohne Uebertreibung bei einem Haare im eigentlichen Sinne des Wortes erdrückt worden, indem ich gegen einen Prellstein gepresst wurde. Ein Mann umfasste meine Kniee und rief einmal über das andere: „Sie haben uns von den Fesseln des Konkordats befreit!“ worauf ich ihm erwiderte: „Bitte, so befreien Sie meine Beine.“ Endlich gelang es mir, die Goldschmiedgasse zu erreichen, wo ein Herrschaftswagen hielt. Er gehörte, wie ich später erfuhr, dem Grafen Larisch. Ich setzte mich ohne weiteres in den Wagen und forderte den Kutscher auf, schleunigst zu fahren. Aber schon hatte sich die Menge um den Wagen gesammelt, man wollte die Pferde ausspannen und mich ziehen. Mit der grössten Anstrengung gelang es mir, dies zu verhindern, allein meine Enthusiasten nahmen theils auf dem Bock, theils auf dem Tritte Platz. Der Kutscher wurde gezwungen zu fahren und die Hochs und Eljens nahmen kein Ende. Zu meinem nicht geringen Verdruss wurde vor dem erzbischöflichen Palast und vor der Nuntiatur angehalten. Endlich gelangte der Zug auf den Ballplatz, und als ich ausstieg, ergoss sich gleich einem Ameisenhaufen die Menge in das Hotel. Ich stellte mich auf die unterste Stufe der Treppe und richtete eine kurze aber eindringende Ansprache an die Anwesenden, worin ich ihnen zwar für ihre Sympathien dankte, aber zu Gemüthe führte, dass dasjenige wofür sie mir zu danken schienen, nichts mehr gefährde als eine derartige Demonstration. Meine Worte wurden gut aufgenommen, und die Menge zog sich ohne Lärm zurück. — Der Landesvertheidigungs- und Polizei-Minister

Graf Taaffe erschien mit den Worten: „Vor der Liebe des Volkes kann ich Sie nicht schützen.“ Ich liess hierauf das Thor fest verschliessen und die Lichter auslöschen. Es hatten sich neue Ansammlungen gebildet und von Zeit zu Zeit hörte ich den Ruf: „Aussi muss er!“ — Von einem wirklichen Lärm war aber keine Rede.

Aus der meinem Hotel gegenüberliegenden Burg waren indessen sehr beunruhigende und die Vorgänge übertreibende Telegramme nach Ofen, wo der Kaiser sich befand, abgegangen. Ich erhielt in Folge dessen ein zwar in milder Form gehaltenes, aber darum nicht minder ernstes Schreiben Seiner Majestät, dessen Inhalt man am besten aus dem nachfolgenden Auszug meiner Antwort erkennen wird.

Eurer Majestät gnädige Zuschrift von gestern, die mir heute Morgen zukam, habe ich allerunterthänigst gebeten, erst am Abend in aller Ruhe erwidern zu dürfen. Dieses huldreiche Schreiben hat mir, wenn ich sagen darf, tief ins Herz gegriffen, denn wenn ich es als ein neues und mich tief rührendes Unterpfand Allerhöchsten Vertrauens betrachten darf, dass Eure Majestät an meine Anhänglichkeit Berufung einlegen, so muss mich der Gedanke um so mehr beunruhigen, nicht allein, dass dieses Gefühl je in Zweifel gestellt werden, sondern auch, dass es mir an Mitteln gebrechen könnte, dasselbe zur vollen Zufriedenheit Eurer Majestät zu bethätigen.

Es geschieht daher mehr noch um mir selbst, als um Eurer Majestät in diesem kritischen Augenblicke Beruhigung zu gewähren, dass ich in eine ausführliche Beleuchtung der angeregten Fragen eingehe. Hier gestatte ich mir nun zunächst auf den Gegenstand meines vorgestrigen allerunterthänigsten Vortrages zurückzukommen und mich nochmals zu der darin ausgesprochenen Ueberzeugung zu bekennen. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, wenn ich erwähne, dass Minister Becke, der die Vorgänge sehr unmittelbar beobachtet hat und von dem Eure Majestät wissen, dass er sehr nüchtern urtheilt und sich von den liberalen Strömungen am wenigsten blenden lässt, vollständig die Ansicht theilt, dass die Vorkommnisse am Sonnabend Abend nicht auf einer berechneten Vorbereitung beruhen. Dass die in den Gemüthern herrschende Aufregung durch Agitatoren seit lange eine gefährliche Nahrung erhielt, will ich nicht bestreiten; was aber sich am

Sonnabend zutrug, war nicht eine organisirte Pression, sondern die Explosion einer erregten Stimmung, die sich allerdings, im Falle das Votum umgekehrt ausgefallen wäre, möglicherweise in anderer Richtung geäussert haben würde. Aber ich bestreite sogar entschieden, dass die Galerie unter geheimen Instruktionen gehandelt hat. Der dort begangene Unfug, der übrigens, so oft ich anwesend war, nicht einmal in sehr auffälliger Weise bemerklich war, wäre mit nur einiger Entschlossenheit des Präsidenten von Anfang an zu vermeiden gewesen. Es ist eine grosse Unzukömmlichkeit, der für die Zukunft Abhülfe geschafft werden muss, dass die Abgeordneten im Saale selbst und fast mit den Herrenhaus-Mitgliedern vermischt im Saale Platz nehmen dürfen, wobei einzelne derselben sich in unziemlicher Weise, aber ohne kontrolirt werden zu können, Zurufe des Beifalls und Missfallens erlauben. Dagegen habe ich sehr genau bemerkt, dass das Zischen, welches die Ausfälle des Grafen Blome gegen den Kaiser Joseph begleitete, nicht von der Galerie, sondern aus den Reihen der Herrenhaus-Mitglieder selbst laut wurde, sowie denn auch die vornehme Damen-Galerie es ihrerseits an lebhafter und lauter Theilnahme nicht fehlen liess. Die Leute, die im Hofe standen, waren keine Sendlinge, sondern wohlgekleidete Personen verschiedener Stände, und bis in die nahegelegenen Strassen hinaus konnte man viel mehr Neugierde als irgend ein tumultuarisches Wesen bemerken.

Ich kann nicht oft genug wiederholen, dass ich überhaupt alle Gassen-Demonstrationen auf das entschiedenste verwerfe, und auch die neuen Minister fühlen sehr wohl, wohin das führt. So wenig ich jedoch die Analogie englischer Zustände anrufen möchte, so darf ich doch, soferne Eurer Majestät die konstitutionelle Gepflogenheit dabei in Erwähnung bringen, an ähnliche Vorgänge erinnern. Ich selbst war in London anwesend, als im Jahre 1846 die Korn-Bill, womit ein Jahrhunderte altes System umgeworfen wurde, nach langen Kämpfen im Oberhause durchging. Massenhaft standen die Menschen vor dem Parlamentshause, je nach ihrer Abstimmung wurden die Herzöge mit Beifall oder Murren im Herauskommen empfangen und am nächsten Tage wurde auch illuminirt. Wie gesagt, ich bin weit entfernt, die Gleichstellung mit englischen Zuständen bei uns zu wollen, aber ich rede hier nur von der konstitutionellen Uebung. Insofern aber solche Manifestationen überhaupt lästig und störend sind, dürften sie es nach meiner Anschauung immer noch weniger erscheinen, wenn sie sich auf eine Entscheidung des Oberhauses, als wenn sie sich auf eine Allerhöchste Entschliessung beziehen.

Dass die gleichen Erscheinungen in mehreren Städten des Reiches sich wiederholten, dürfte aber einigermassen gegen die Annahme einer berechneten Pression sprechen, denn jedenfalls konnte von dort aus auf die Abstimmung nicht eingewirkt werden. Ich hielt diese unvorgreifliche Darlegung für nothwendig, weil es mir nicht gerathen scheint, jenen Vorkommnissen einen zu grossen Werth beizulegen, den sie meiner Ansicht nach nicht verdienen; und wenn ich meine Meinung ganz offen aussprechen soll, ist dies um so weniger gerathen, als dadurch möglicherweise künftigen Entschliessungen der Charakter einer Unfreiwilligkeit aufgedrückt werden könnte. Ganz anders würde sich die Sache stellen, wenn Demonstrationen veranstaltet werden sollten, um Concessionen zu erzwingen, und da würde ich mich auf einen ganz andern Standpunkt gestellt finden.

Selbstverständlich werde ich mit dem Fürsten Colloredo eindringliche Besprechungen halten, möchte jedoch glauben, dass bei den nächsten Verhandlungen des Herrenhauses die Theilnahme keine sehr lebhafte und erregte mehr sein wird.

Was nun dagegen die Frage der beiden Gesetze selbst betrifft, so muss ich allerdings den Verlauf der Spezial-Debatte beim Ehegesetz lebhaft beklagen. Ich habe es nicht an den eindringlichsten Mahnungen zur rechten Zeit fehlen lassen und sowohl den Fürsten Auersperg als die Minister Giskra und Berger deshalb in Bewegung gesetzt. Leider fehlt es im Herrenhause in den gemässigten Schichten ganz an geeigneten Organen. Die Herren von Lichtenfels und Schmerling sind gerade so schroff wie Graf Bloome und Graf Thun auf der andern Seite etc. etc.

Dass in der Folge jene unwillkommene und lästige Ovation für mich nicht nachtheilig gewesen sei, möchte ich nicht behaupten. In hohem Grade ungerecht waren aber solche Urtheile, wie sie sich in einem dem verstorbenen Grafen Anton Auersperg gewidmeten Nachruf des Dr. Grün fanden, wo die Dinge so dargestellt waren, als ob ich derartigen Kundgebungen nachgegangen sei, während das Hauptverdienst der schwungvollen Rede dem Anastasius Grün gebührte, der sich der Ovation entzogen habe. Ich würde sie ihm von Herzen gern abgetreten, er aber sich wohl bedacht haben, für die Sanktion der Gesetze gut zu stehen.

Es war einige Wochen später, dass ich von einem ganz ungewohnten Unwohlsein befallen wurde. Dasselbe äusserte sich

in heftigen Anfällen von Erbrechen, was mir in meinem Leben weder zuvor noch später — ausgenommen zur See — je widerfahren ist. Dieser Zustand dauerte einige Tage und verlief ohne ernste Folgen. Ich verhinderte die Untersuchung der erbrochenen Substanz, weil möglicherweise der blosse Anschein zu Voraussetzungen Anlass geben konnte, die sich schwer verheimlichen liessen, bei der damaligen Erregtheit der Gemüther aber von sehr unwillkommenen Folgen sein konnten.

Nicht lange Zeit darauf begab ich mich wie im vorausgehenden Jahre mit Herrn von Hofmann nach Gastein. Der Letztere machte mir unter ansprechender Schilderung der Schönheiten der Gegend den Vorschlag, nicht den geraden Weg zu nehmen, sondern den Umweg über Kuefstein und Kitzbüchl zu machen. — Ich willigte ein und erst als wir in Gastein angekommen waren, entdeckte mir Herr von Hofmann den wahren Grund seines Vorschlages. Es war die Anzeige eines gegen mich geplanten Attentates, welches während der Fahrt nach Gastein zur Ausführung kommen sollte, eingegangen. Seltsamerweise brachte mir dieser eines Attentats wegen von meinem Begleiter gewählte Umweg eine abermalige von mir ungesuchte Ovation ein. Bei dem Eintritt in Tyrol wurde ich in Wörgl von den Bauern, welche allerdings dem Unter- und nicht dem Oberinnthal angehörten, mit lauten Sympathie-Bezeugungen empfangen, welche sich offen im liberalen Sinne äusserten. Gleiche Stimmung zeigte sich im Salzburgischen. Der Posthalter in Taxenbach, dem ich rasche Beförderung empfahl, damit wir nicht zu spät nach Gastein kommen möchten, beruhigte mich mit den Worten: „Sein's ruhig, unsere Herzen fliegen Ihnen ja entgegen!" Die Herzen als Vorspann! Es war gut, dass in späteren Jahren die Giselabahn mir gestattete, nicht mehr darauf rechnen zu müssen.

Das Wort Attentat hatte mir nicht zum ersten Male in den Ohren geschwirrt. Nach den Dresdener Maitagen wurde mir auch damit gedroht. Ich habe mich nie zu Vorsichtsmassregeln entschliessen können. Es heisst nicht leben, wenn man stünd-

lich fürchtet, und in jener Zeit habe ich die Erfahrung gemacht, dass die anscheinende Sorglosigkeit kein schlechtes Mittel der Abwehr ist. Drohbriefe sind überdies oft mehr schlechte Spässe als ernster Vorsatz. Ich konnte das grosse Aufheben von dem Drohbrief gegen Bismarck nicht begreifen, wenn ich mich an die meinigen erinnerte, wovon beispielsweise einer, welcher in Sachsen in der höchsten Blüthezeit des Nationalvereins an mich gelangte, also lautete: „Eure Excellenz würden dem ganzen deutschen Volk einen neuen Beweis patriotischen Sinnes geben, wenn Sie Ihre Entlassung nehmen wollten. Aber bald, Schurke! sonst wird es zu spät."

Zum Ruhme Oesterreichs und Wiens insbesondere will ich bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, dass während der ganzen Zeit meines Ministeriums in Oesterreich ich nie einen anonymen Drohbrief erhalten habe — ich meine, ein seltenes und nicht zu verachtendes Zeugnis!

XVI. Kapitel.

1868.

Bedauerliche Friktionen.

In den Sommer von 1868 fielen drei wichtige Momente: der Austritt des Fürsten Carlos Auersperg, das deutsche Schützenfest und die projektirte galizische Kaiserreise.

Ich darf es der strengsten Wahrheit gemäss aussprechen, nichts konnte mir unwillkommener und störender sein, als das Ausscheiden des Fürsten Auersperg, welches noch dadurch um so empfindlicher für mich wurde, dass es durch mich selbst herbeigeführt zu sein schien. Ich sage s c h i e n, denn in Wirklichkeit lag nichts meinen Gedanken ferner als dieser plötzliche Austritt des Minister-Präsidenten, und ich habe später von Personen,

welche den Fürsten besser kannten als ich, wiederholt die Aeusserung vernommen, dass mein Erscheinen in Prag nicht die Ursache, sondern, ich will nicht sagen Vorwand wohl aber Gelegenheit des Rücktritts gewesen sei, was durch die weiterhin zu erwähnenden Eingangsworte des Entlassungsgesuches Bestätigung findet. Diese Reise nach Prag habe ich, wie ich es in öffentlicher Kammersitzung erklärte, bitter bereut; sie war mir keineswegs durch einen dem Fürsten Auersperg irgendwie abträglichen Gedanken eingegeben worden. Der Fürst war mir in Oesterreich mit Sympathie entgegengekommen, welche ich von Herzen erwiderte und welcher ich mehrfache werthvolle Unterstützung verdankte [1]).

Zwischen dem Kaiser und mir war inzwischen mehrmals davon die Rede gewesen, wie wünschenswerth es sei, die Elemente, die an der Vertretung im Reichsrath zu betheiligen sich sträubten, dafür zu gewinnen, und der Kaiser geruhte zu äussern, dass ich vielleicht in dieser Richtung nützen könnte. Auf dieses Thema einzugehen, stand freilich dem Reichskanzler nicht zu, aber die Herren, welche hier die Kompetenzlinie so streng zu ziehen beliebten, bedachten nicht, dass der Mann, dem der Kaiser damals sein volles Vertrauen schenkte oder welcher doch der eigentliche Schöpfer der neuen Ordnung der Dinge war, sich in seinen Gesprächen mit dem Monarchen nicht für eine gewisse Kategorie von Fragen ein Schloss vor den Mund legen konnte, und dass die unbeschränkte intime Unterhaltung allein ihm das Mittel bot, zu ihren Gunsten zuweilen ein gutes Wort einzulegen — was nicht überflüssig war.

Es fügte sich, dass gerade in den Tagen, wo Fürst Auersperg den Kaiser nach Böhmen begleitete, Depeschen von dem

[1]) Nichts konnte gemüthlicher sein als unser Zusammensein in Gastein im Sommer 1867. Bei einer Partie in das Anlaufthal that ich einen glücklicherweise ohne Folgen gebliebenen schweren Fall, indem ich beim Absteigen vom Pferde an einem tiefen Abhang den Fuss in das Leere setzte, und den Abhang herabstürzte. „Ihr erster Fehltritt in Oesterreich!" sagte Fürst Carlos Auersperg. Gerade um ein Jahr später kam die Prager Episode.

in Spezial-Kommission nach Rom geschickten Baron Meysenbug einliefen, welche eine rasche Erledigung bedurften. Ich meldete dem Kaiser meine bevorstehende Ankunft und Seine Majestät machten davon dem Statthalter Baron Kellersperg mit dem Bemerken Mittheilung, dass eine Unterredung zwischen mir und den Herren Palacki und Rieger wünschenswerth sein werde. Baron Kellersperg — dies war das Unglück und dies war seinerseits ein grosses Verschulden — beschied die Genannten auf den nächsten Tag, an welchem ich früh eintreffen sollte, auf die Statthalterei zu einer Begegnung mit mir, ohne den Fürsten Auersperg davon in Kenntnis zu setzen. Letzteres geschah erst nach meiner Unterredung mit den czechischen Parteiführern.

Bei der letzteren erklärte ich nur Folgendes:

„Man habe sich darin gefallen, mich als einen Slavenfeind hinzustellen, und das rein erfundene Wort, man müsste die Slaven an die Wand drücken, zu verbreiten. Mein Standpunkt sei ein rein objektiver und allen Nationalitäten gleich gerechter. Allein die Herren möchten nicht vergessen, dass ich die Verfassung unterschrieben habe, daher könne ich nicht aus derselben hinaus zu ihnen kommen, sondern sie müssten zu mir in dieselbe hineinkommen."

Wie deutlich ich in dieser Richtung gesprochen, das bewies der Ton der czechischen Blätter am nächsten Tage, welche sich über die von mir mit ihren Führern gepflogene Unterredung in der entmuthigendsten Weise vernehmen liessen. Baron Kellersperg, der gegenwärtig war, hat sicherlich nicht unterlassen, dem Fürsten Auersperg auch über den Verlauf der Unterredung zu berichten. Es lag nun im Interesse des Fürsten und des Ministeriums, anstatt meine Begegnung mit Rieger und Palacki zum Anlass eines Bruchs zu nehmen, dessen im Gegentheile sich zu bemächtigen und die Solidarität des Reichskanzlers mit dem Ministerium zu konstatiren. Dies freilich war nicht das, was der Fürst that. Als ich ihn aufsuchte, trat er mir in sehr erregter Stimmung entgegen. Was ich in deren Folge erwartete, nämlich ein

Wort der Klage darüber, dass ich mich in die Angelegenheiten des cisleithanischen Ministeriums unberechtigterweise einmische und damit nur schade, davon hatte ich bemerkenswertherweise nichts zu vernehmen. Dagegen äusserte der Fürst in scharfem Tone, es sei nicht auszuhalten, dass ich von Allem was geschehen und erreicht worden, mir das Verdienst zuschreiben wolle; hienach hätte es fast den Anschein, als sei mein Vorgehen weniger in dem angerichteten Schaden als in der Möglichkeit eines Erfolges zu suchen gewesen.

Nicht allein, dass ich Alles aufbot, um den Fürsten zu beruhigen, so verliess ich auch, nachdem ich nur erst des Morgens angekommen war, bereits am Abend, ohne Rücksicht auf das stattfindende *Théâtre paré,* Prag. Alles vergeblich, Fürst Auersperg hielt es sogar für zulässig, den Kaiser vor Beendigung Seiner Majestät böhmischen Reise zu verlassen.

Bald nach der Rückkehr des Kaisers nach Wien übersandte mir Seine Majestät das Entlassungsgesuch des Fürsten, dessen Eingangsworte ich hier zu wiederholen für wichtig halte. „Geleitet von mehrfachen Erfahrungen habe ich durch längere Zeit mit der peinlichen Empfindung gekämpft, von Eurer Majestät nicht jenes Vertrauens gewürdigt zu werden, welches meiner Dienstleistung die Aussicht auf entsprechenden Erfolg gewähren könnte [1]."

---

[1]) In der Wahrnehmung, dass er sich nicht mehr des Vertrauens des Kaisers erfreue, hatte sich Fürst Carlos zwar nicht absolut geirrt, obschon ich überzeugt bin, dass der Kaiser an einen Wechsel nicht im entferntesten dachte. Ich bin aber selbst in der Lage gewesen zu beobachten, dass Fürst Carlos nicht ganz ausser Schuld war. Während der Specialdebatte über das Ehegesetz im Herrenhaus theilte mir der Kaiser zwei Amendements mit, deren Annahme er wünsche. Ich erlaubte mir zu bemerken, dass die Annahme schwierig sein würde. Fürst Carlos, der zufällig erschienen war, wurde gerufen, und zu meiner angenehmen Ueberraschung erklärte dieser das Gegentheil und übernahm deren Durchbringung. Für letztere war aber so wenig gesorgt, dass der betreffende Antrag nicht einmal gestellt wurde. Der mit dem Antrag betraute Graf Salm erschien nicht zur rechten Zeit.

Ich erbat mir als eine Gnade, dass der Kaiser die Demission nicht annehme, und sandte den Baron Hofmann nach dem Sommeraufenthalte des Fürsten, Schloss Albrechtsberg, um eine Zurücknahme zu erlangen. Es war nichts zu erreichen als eine Vertagung. Ich fand den Fürsten einige Zeit darauf in Gastein, wo ich wiederholt Alles aufbot, um sein Bleiben zu erlangen. Er liess sich eine Vertagung der Allerhöchsten Resolution auf sein, wie er sich ausdrückte, unwiderrufliches Entlassungsgesuch gefallen, überliess sich aber inzwischen einer vollständigen Passivität. Aus der Umgebung des Fürsten kam mir damals die Nachricht, der Fürst stehe unter dem Eindruck von Zuträgereien, welche einen Systemwechsel unter den Auspizien des Grafen Heinrich Clam in nahe Aussicht stellten, und der Stolz des Fürsten gestatte es nicht, einen solchen — beiläufig damals ganz ausserhalb der Möglichkeit liegenden — Umschwung abzuwarten.

Mit der Familie Auersperg habe ich das Unglück gehabt, sehr unschuldigerweise in den Ruf der Gegnerschaft zu gerathen, während nachweislich ich mich ihr jederzeit dienstfertig erwies. — Als der böhmische Landtag mit deutsch-liberaler Majorität im Jahre 1867 zusammentrat, wurde Graf Hartig zum Oberstlandmarschall ernannt. Dieser von mir an einer anderen Stelle hochgerühmte Kavalier unterzog sich dem Amt nicht ohne Widerstreben und verzichtete darauf nach der ersten Session. Ich schlug dem Kaiser den Fürsten Adolph, Bruder des Fürsten Carlos Auersperg, vor, welcher Antrag im ersten Augenblick mit dem Ausdruck des Erstaunens aufgenommen wurde. Allerdings hatten die bisherigen Leistungen des Fürsten Adolph die öffentliche Aufmerksamkeit noch nicht in der Richtung des Erkennens staatsmännischer Begabung auf sich gezogen. Ich war indessen, abgesehen von dem Wunsch, den Fürsten Carlos zu verbinden, in der Wahl nicht fehlgegangen. Fürst Auersperg, welchem überdies der Vorzug der Kenntnis des Czechischen zur Seite stand, wusste sich als Präsident des Landtags Achtung und Ansehen zu verschaffen.

Als nun im Herbst 1868 der Rücktritt des Fürsten Carlos unvermeidlich geworden war, besuchte mich Letzterer und that die Aeusserung: „Ich höre, Sie denken daran, anstatt meiner meinen Bruder dem Kaiser vorzuschlagen.“ Letzteres war mir nicht im Traum eingefallen, ich erwiderte also: „Allerdings wäre dessen Eintritt erwünscht, ich halte ihn aber in Prag für sehr nothwendig.“ Fürst Carlos verneinte dies und gab deutlich genug zu verstehen, dass die Wahl seines Bruders ihm erwünscht sein werde. In Folge dieser Unterredung sondirte ich die Minister und Alle waren einverstanden, worauf ich dem Kaiser vorstellte, dass es wünschenswerth sei, den Namen Auersperg fortbestehen zu lassen und die Familie zu versöhnen.

In einem bald darauf stattfindenden Ministerrath, dem ich beiwohnte, richtete nun der Kaiser eine Ansprache an die Anwesenden und erklärte, den Fürsten Adolph Auersperg zum Minister-Präsidenten ernennen zu wollen, worauf ich eine allseitige Zustimmung erwarten durfte. — Wie gross war mein Erstaunen, als einer der Minister das Wort ergriff, um zu sagen, es liege bis zum Zusammentritt des Reichsraths kein dringender Anlass vor, die Stelle des Vorsitzenden zu besetzen, und, so schloss er, „wir fühlen uns so glücklich unter der Leitung des Grafen Taaffe.“ Aus eigener Initiative des Betreffenden kam diese Ueberraschung nicht; man hat mir wiederholt ein hervorragendes Mitglied des Ministeriums genannt. Giskra, das bemerke ich, war es nicht.

Dass nach dieser Kundgebung die Kandidatur des Fürsten Adolph Auersperg fallen gelassen wurde, ist begreiflich.

Unbeschadet der Form, die ich nie aus den Augen verloren habe, muss meine Haltung mein Missvergnügen schlecht verhehlt haben, denn ich hörte Giskra sagen, als wir uns zurückzogen: „Heute war der Beust einmal bös.“

Ich machte in der That in ehrerbietiger Weise geltend, dass mir die unerwünschte Aufgabe zufalle, für den Fürsten Carlos überzeugende Gründe der Nichterfüllung seines Wunsches zu finden,

und dass, was immer ich ihm auch schreiben möge, das Resultat kein anderes sein werde, als eine neue Verstimmung gegen mich.

Die Kandidatur des Fürsten Adolph Auersperg, welcher nach meinem Austritt an die Spitze eines zu ungewöhnlicher Dauer bestimmten Ministeriums gestellt wurde, lebte inzwischen später auf, ohne mein Zuthun, aber mit gleichem Misserfolg. Nachdem in Folge der Anfangs 1870 eingetretenen Spaltung des Ministeriums in Majorität und Minorität der Kaiser, wie ich beiläufig bemerke, auf meinen Rath sich für die Majorität entschieden hatte, und also das Minister-Präsidium durch den Austritt des Grafen Taaffe vakant geworden war, einigten sich die der Majorität angehörigen Minister, nämlich Herbst, Giskra, Hasner, Plener und Prestel, dahin, den Fürsten Adolph Auersperg in Vorschlag zu bringen. Letzterer wurde zu Seiner Majestät berufen und es scheint, dass diese erste politische Unterredung dem Fürsten Adolph in den Augen Seiner Majestät keinen Abtrag gethan hatte. Fürst Adolph stellte ein die Personen betreffendes Verlangen, welches dahin ging, dass Plener ausfiel (die Heimzahlung für das frühere Votum) und die Versetzung Giskra's aus dem Ministerium des Innern in das Handels-Ministerium. Es ist leicht erklärlich, dass in Folge dieser sanften Desiderien das Ministerium auf den Eintritt des Fürsten Adolph verzichtete.

Bald darauf hatte ich Gelegenheit, mich dem Fürsten Adolph Auersperg nützlich zu erweisen, denn es geschah vornehmlich Dank meiner Vermittlung, dass seine Ernennung zum Landeschef von Salzburg erfolgte.

Hatte ich, wie ich schon sagte, mit der Familie Auersperg wenig Glück, so blieb mir der Trost, es nicht verschuldet zu haben.

XVII. Kapitel.

1868.

Der deutsch-österreichische und der österreichisch-englische Handelsvertrag. — 1865, 1867, 1868 und 1875. — Nachtragskonvention und der offene Brief.

Unmittelbar nach meinem Eintritt in österreichische Dienste hatte ich Verhandlungen wegen Erneuerung des durch den Krieg unwirksam gewordenen Handelsvertrages mit dem deutschen Zollverein eingeleitet und es kamen Bevollmächtigte der drei Grenzstaaten Preussen, Bayern und Sachsen — von Seiten Preussens kein Geringerer als Delbrück. Diese Verhandlungen führten zu keinem unmittelbaren Abschluss und dieser erfolgte erst im Jahre 1868. Im Hause der Abgeordneten regten sich schon damals die ersten Anfänge des späterhin zu voller Blüthe gediehenen Schutzzollsystems, und der Vertrag fand vielseitige Anfechtung. Ich hatte Gelegenheit, in meiner Eigenschaft als Abgeordneter meine mehr freihändlerischen Anschauungen zur Geltung zu bringen, und wie es schien hatte eine glückliche Phrase Erfolg. Ein Abgeordneter, Dr. Schindler, hatte den faktisch begründeten Einwurf gemacht, dass Liberalismus und Freihandel keine nothwendigen Zwillingsbrüder seien und es konservative Freihändler und liberale Schutzzöllner gegeben habe. Ich bestätigte dies, allein indem ich entgegenhielt, dass Eines darum nicht minder wahr blieb, dass nämlich ein Fortschritt nur bei freier Bewegung, nicht aber am Gängelband möglich sei.

Diese meine freihändlerischen Ansichten habe ich freilich in Oesterreich mit mancher bitteren Stunde büssen müssen, und zwar gelegentlich der Nachtrags-Konvention mit England. Ueber diesen Gegenstand verbreitet sich ein Privatschreiben aus den siebziger Jahren, welches ich weiterhin folgen lasse. Zuvor aber will ich hier einige geschichtliche Momente aufzeichnen.

Ich möchte einem hochachtbaren Vorgänger nicht zu nahe treten, allein sachlich ist es nicht zu verkennen, dass er eine

gewisse persönliche Charakter-Eigenschaft, das beliebte Parolibiegen, am unrechten Ort zur Anwendung brachte. Als die Mittelstaaten auf der Nürnberger Konferenz im Oktober 1863 sich nicht bereit finden liessen, durch einseitige Einsetzung eines Direktoriums Preussen ohne jede Aussicht auf Erfolg zu brüsquiren, hatte ich als letztes Wort zu vernehmen: „Ich werde Euch zeigen, dass ich mich auch mit Preussen verständigen kann.“ Die Nutzanwendung war die österreichisch-preussische Allianz und der gemeinsame bundeswidrige Krieg gegen Dänemark, welcher die Ausschliessung Oesterreichs aus Deutschland zum Endresultat hatte.

Nicht minder sensationell und verfehlt war das Paroli, welches dem in Wien so tief verstimmenden deutsch-französischen Zollvertrag mit einem englischen Vertrag gebogen wurde. Preussen errichte durch seinen Vertrag mit Frankreich das Mittel, den Widerstand einiger Zollvereinsstaaten gegen einen liberalen Tarif zu brechen, Oesterreich setzte sich durch seinen Vertrag mit England in die Lage, sich selbst einen solchen Tarif aufzunöthigen.

Dieses Paroli bezeichnete den in den ersten sechziger Jahren auftauchenden Anfang einer kommerziellen Fühlung mit England. Diese trat später in ein zweites Stadium, von dem sogleich die Rede sein wird, und sie führte schliesslich unaufhaltsam zu der Nachtrags-Konvention — meiner grossen Sünde.

Wenn man die Worte vernimmt, welche von Zeit zu Zeit über die englische Nachtrags-Konvention gesprochen und geschrieben wurden, so hätte man glauben sollen, die österreichische Schaf- und Baumwollen-Industrie habe in der höchsten Blüthe gestanden, als ein Fremder ins Land kam, jener — importirte Staatsmann, wie ein mährischer Abgeordneter im Reichsrath zu sagen beliebte. Dieser hatte nichts Eiligeres zu thun, als die Engländer, die man sich bis dahin sorglich vom Halse gehalten hatte, herbeizurufen und mit ihnen einen Handelsvertrag zu schliessen, der die österreichische Industrie ruiniren musste. Der Verlauf der Dinge war indessen ein etwas verschiedener.

Anstatt die Engländer herbeizuholen, fand ich sie in Wien und nicht blos sie, sondern auch weitgehende Zugeständnisse, die schon gemacht worden waren, bevor ich kam. Dahin gehörten vor Allem die später so lebhaft perhorreszirten Werthzölle, auf welche England seiner Massenproduktion in wohlfeilen Artikeln wegen den höchsten Werth legte. Diese waren zugestanden und sogar mit Maximalsätzen, und was die Eile betrifft, so war der Verlauf der, dass von dem Tage an, wo über die 1867 gepflogenen Verhandlungen ein Schlussprotokoll unterzeichnet wurde, bis zum definitiven Abschluss des Vertrags zwei volle Jahre vergingen.

Ich habe weiter oben die ersten Impulse der kommerziellen Annäherung an England hervorgehoben; es traten dazu später noch andere Gesichtspunkte. Es scheint damals ein Gedanke Vertreter gefunden zu haben, dem ich weder Genialität noch Ausführbarkeit bestreiten will, der aber in seinen Ergebnissen den gehegten Erwartungen nicht im entferntesten entsprach. Er war dahin gerichtet, englisches Kapital nach Oesterreich zu leiten, und dem Staatskredit eine eben so reich fliessende als solide Quelle zu eröffnen. Ueberdies, das unterlasse ich nicht hervorzuheben, hatten die Cobden'schen Freihandelsideen damals in Wien Anklang gefunden und man neigte aus Ueberzeugung zu einer liberalen Handelspolitik. Der Vertrag von 1865 legte dafür sprechendes Zeugnis ab.

Durch diesen Vertrag waren, wie ich bereits erwähnte, die Werthzölle im Prinzipe zugestanden und es war vorgesehen, dass im nächsten Jahre Kommissäre behufs näherer Feststellungen zusammentreten sollten. Dies sollte im März 1866 geschehen. Die Ankunft der englischen Kommissäre verzögerte sich, so zwar, dass sie kurz vor dem Ausbruch des deutsch-österreichischen Krieges gekommen waren. Natürlich entschied man sich für eine Vertagung, und die Engländer wurden eingeladen, im nächsten Jahre wiederzukommen. Inzwischen war ich Minister geworden und man konnte nicht erwarten, dass ich die Engländer einladen

werde, hübsch zu Hause zu bleiben. Die Verhandlungen erfolgten unter wesentlicher Betheiligung des Leiters des Handels-Ministeriums (es war der spätere ausgezeichnete Finanz-Minister Baron Pretis) und ich kann nicht genug betonen, dass er mit grosser Vorsicht und Zurückhaltung vorging, aber eben so wenig wie ich selbst das Vorausgegangene ungeschehen machen konnte. So kam es denn am 8. September 1867 zur Unterzeichnung eines Schlussprotokolles und auf Grund desselben sollte im nächsten Jahre, nachdem inzwischen das erste parlamentarische Ministerium die Geschäfte übernommen, die Unterzeichnung des Vertrages erfolgen. Ich legte dem cisleithanischen gleichwie dem ungarischen Ministerium einen entsprechenden Entwurf vor. Das ungarische Ministerium sprach anstandslos seine Zustimmung aus, das cisleithanische dagegen erhob Einwendungen, und erst nach wiederholten Verhandlungen und theilweisen Modifikationen des Entwurfes kam es Mitte 1868 zur Unterzeichnung der Konvention. Inmittelst hatte in den industriellen Kreisen eine lebhafte Agitation begonnen, in deren Folge die Annahme im Reichsrath auf Schwierigkeiten stiess. In Berücksichtigung derselben leistete ich damals etwas, was in der Geschichte der Diplomatie nicht leicht vorgekommen sein mag, — ich vermochte die englische Regierung den bereits unterschriebenen Vertrag zu ändern und einen neuen zu unterzeichnen. Der Austausch von Noten und Depeschen dauerte fast ein Jahr; wiederholt wurden die österreichischen Vorschläge abgelehnt, endlich aber entschloss sich die englische Regierung darauf einzugehen, und so erfolgte in den letzten Tagen des Jahres 1869 die Annahme des den Wünschen des Ausschusses entsprechend formulirten Vertrages durch den Reichsrath.

Leicht und angenehm waren diese Verhandlungen nicht; in den Akten finden sich Depeschen aus London, die meine Geduld auf eine harte Probe stellten. Ich verlor dieselbe nicht, denn ein Abbruch der Verhandlung wäre ein politischer Bruch mit England gewesen; wir aber hatten im Orient mit England zu

rechnen, und es war gerade der Zeitpunkt, wo die Zinsenreduktion der österreichischen Staatsschuld in England mehr als anderwärts grosse Verstimmung, ja Erbitterung hervorgerufen hatte. Fast ergötzlich ist jedoch in den Akten zu sehen, wie über die Zähigkeit desselben Mannes in London geklagt wurde, der ein gefügiges Werkzeug englischer Handelspolitik gewesen sein sollte. Ich rechne mir diese Kampagne nicht zum Verdienst an, zu schämen habe ich mich derselben nicht und das Bewusstsein gewissenhaften Handelns durfte ich um so mehr in Anspruch nehmen, als ich dabei meinen eigenen Ansichten Gewalt anthun musste, die übrigens mit denen übereinstimmten, die vor meiner Ankunft massgebend gewesen waren. Trotz der jetzt herrschenden Strömung, von welcher ich begreife, dass die Regierung sich ihr nicht entziehen konnte, vermag ich auch heute mich nicht mit einem System zu befreunden, welches den Schutz der heimischen Arbeit verkündet, aber damit beginnt, dem heimischen Arbeiter das Leben zu vertheuern; einem System welches zum Schutz des inländischen Produzenten neue Schranken aufrichtet, aber zugleich ihm das aus dem Wege räumt, was ihn am besten vor einem schlimmeren Feind bewahrt — den Fehlern und Mängeln des eigenen Thuns und Lassens. In dem Lande, aus dem ich kam, hatte ich mit Handelsverträgen gleichwie mit Gewerbefreiheit Erfahrungen gemacht, und diese Erfahrungen waren keine ungünstigen. Die Verhältnisse waren dort vielleicht nicht ganz normale; der Arbeiter und Gewerbtreibende war gewohnt viel zu arbeiten und geringe Ansprüche an das materielle Leben zu machen. Es hat das seinen Werth. Der Franzose, wenn er über die Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens sich aussprechen soll, pflegt zu sagen: „*tant vaut l'homme tant vaut la terre,*“ und sagt er auch: *tant va l'homme tant va le commerce.* Freilich kam auch eine mässige Steuerlast zu statten. In den sechziger Jahren konnte dort dem Landtag eine doppelte Proposition vorgelegt werden: Erhöhung aller Beamtengehalte um 20 Procent und Herabminderung von nicht weniger als vier Steuern. Es war dies ein Aus-

wuchs der seltsamerweise in Wiener Blättern mehr noch als in deutschen Zeitungen gelegentlich so gern verhöhnten „kleinstaatlichen Misère, jenes engherzigen Partikularismus“, dessen Verschwinden heute in den deutschen Ländern von mehr als Einem, in der Stille, aber schmerzlich empfunden wird, schmerzlich von Denen die sich dabei wohlbefanden, schmerzlich von Denen welche darüber jammerten und heute nicht mehr ihr Müthchen daran kühlen können. Genug die Konkurrenz wurde dort muthig, allerdings nicht ohne Anstrengung, aufgenommen und siegreich bestanden. Es ist begreiflich, dass seitdem gegenüber der erwähnten schutzzöllnerischen Strömung auch dort Klagen und Beschwerden laut wurden, allein Eines steht fest und wurde mir bei gelegentlichem Aufenthalt in Sachsen von kompetenter Seite bestätigt: die gewerblichen Leistungen haben in Folge der Konkurrenz an Vollkommenheit und Vollendung entschieden gewonnen.

Eine Sitzung des Cobden-Klubs in London gab mir bald nach den Ausfällen des Abgeordneten Dr. Mesnik gegen den „importirten Staatsmann“ Veranlassung, in einem Bericht mich gegen die erhobenen Anklagen zu vertheidigen, wobei ich etwas freimüthig hervorhob, warum die abgeschlossenen liberalen Verträge in Frankreich gleichwie in Sachsen eine wohlthätige Wirkung gehabt hätten und warum dies hier sich nicht in gleicher Weise gezeigt habe. Diese Depesche kam in das Rothbuch und erregte grosse Entrüstung in gewissen industriellen Kreisen, was in einem sogenannten offenen Briefe zum Ausdruck kam, der dem Unmuth der Briefsteller in wenig gewählten Worten Ausdruck verlieh.

Ich liess denselben unbeantwortet, dagegen schrieb ich an einen mir befreundeten Abgeordneten einen Brief, welcher bestimmt war, in der „Neuen freien Presse“ zu erscheinen, worauf ich jedoch schliesslich verzichtete.

Ich lasse dessen vollen Inhalt folgen.

18 Belgrave-Square, 29. Oktober 1875.

Ihre lieben Zeilen, verehrter Freund, erhielt ich hier bald nach meiner Rückkehr, und ich will nicht säumen, die am Schluss Ihres Briefes an mich gestellten drei Fragen zu beantworten, da es sich um eine Sache handelt, in welcher mir Ihr Urtheil nicht gleichgiltig ist.

Sie wollen wissen, ob ich von dem „offenen Brief“ Kenntnis erhielt, ob ich mir die Sache sehr zu Herzen nehme, und ob ich etwas erwidern werde.

Allerdings kam mir ein Zeitungsblatt mit dem „offenen Brief“ zu und zwar von befreundeter Hand. Wie gewöhnlich — *nos intimes!* Anfangs fand ich diese Zusendung sehr unnütz, denn ich muss es dem Verfasser oder den Verfassern des „offenen Briefes“ nachrühmen, dass sie den guten Geschmack hatten, mir denselben nicht noch selbst unter die Augen zu bringen, und die drei Zeitungen, die, wie man mir schreibt, den Brief abdruckten, lese ich hier nicht. Später jedoch war es mir lieb, davon Kenntnis zu haben, denn ich hätte sonst einen darauf hinzielenden vortrefflichen Passus in einem Leader der „Neuen Freien Presse“ gar nicht verstanden, welches letztere Blatt ich regelmässig und mit Aufmerksamkeit lese. Die dort enthaltenen Worte thaten meinem Herzen wohl, wie sie gewiss dem Blatte, das sie geschrieben, nur zur Ehre gereichen können.

Ob ich mir die Sache zu Herzen genommen habe? Nun, es hat mir aufrichtig leid gethan, den Leuten so viel Aerger bereitet zu haben, was nicht in meiner Absicht lag und, wie Sie mir zugestehen werden, nicht in meinen Gewohnheiten liegt. Ich bin der zarten Rücksichten bei Behandlung der gegen mich gerichteten Angriffe zu sehr entwöhnt, als dass mein Bedauern über den dabei zuweilen angeschlagenen Ton mehr als ein objektives sein könnte. Eines nur hat mich unangenehm berührt, dass man nämlich mich im Lichte einer gewissen Roheit und Gefühllosigkeit erscheinen liess.

Welcher Fehler und Schwächen man mich immer zeihen mag, jene beiden Charakter-Eigenschaften hatte man bisher nicht an mir entdeckt. Wenn man den „offenen Brief“ liest — sollte man wirklich glauben, ich hätte von London aus mit Behagen dem geschilderten Elend und Jammer zugeschaut und zu der mir beigemessenen Verschuldung noch den Hohn hinzugefügt. Nein, ich habe den ganzen Ernst der wirthschaftlichen Lage sehr wohl erkannt und mit dem tiefsten Mitgefühl verfolgt, aber eben darum war es mir auf die

Länge unmöglich, zu der immer und immer wieder sich erneuernden Behauptung zu schweigen, der „Krach“ und seine Folgen seien auf die Handelsverträge zurückzuführen.

Dass ich, nachdem ich seit Jahren mit Rücksicht auf mein dienstliches Verhältnis jeder Polemik in der Presse entsagt, auf ein Inserat antworten werde, haben Sie wohl nicht erwartet. An Stoff zu einer eingehenden sachlichen Replik würde es mir nicht fehlen, und es dürfte mir nicht schwer fallen, das was ich in meinem Bericht gesagt, aufrecht zu erhalten. Der einzige Irrthum, den ich einzugestehen hätte, besteht darin, dass ich 1869 und 1870 anstatt 1870 und 1871 geschrieben habe. Ich wäre dann in dem Falle, vor Allem auf die in dem „offenen Brief“ enthaltenen Entstellungen und Verdrehungen meiner eigenen Worte hinzuweisen. So habe ich nirgends gesagt, „Ich hätte lediglich den Vertrag von 1865 ausgeführt,“ sondern nur, „dass das Erscheinen der englischen Kommissäre eine unvermeidliche Folge des Vorausgegangenen sei.“ Eben so wenig habe ich gesagt, „die Krise von 1873 habe den Niedergang der österreichischen Industrie verschuldet,“ sondern nur, „dass erst die Krise von 1873 den Industriellen und der Presse die Augen geöffnet habe.“ Die stärkste Verdrehung aber ist die, ich habe schlechthin gesagt: „Die Ursache der übeln Wirkung der Nachtrags-Konvention sei auf der Börse zu suchen,“ nachdem meine Worte dahin lauteten, dass „mit demselben Recht, mit welchem die Krise von 1873 auf Rechnung der Nachtrags-Konvention gesetzt werde, auch die Behauptung aufgestellt werden könnte, dass die Ursachen der üblen Wirkung der Nachtrags-Konvention nicht in ihr selbst, sondern auf der Börse zu suchen seien“, womit doch, wie mir scheint, deutlich genug ausgesprochen wurde, dass die zweite Behauptung genau so gewagt sein würde, als die erste es war.

Ich würde ferner die Bemerkung nicht unterdrücken, dass ich im Jahre 1872 den Eindruck, der volkswirthschaftliche Aufschwung habe seinen Höhepunkt erreicht, keineswegs den englischen Blättern, sondern der amtlichen „Wiener Zeitung“ entnommen habe, in welcher ich fast einen Tag um den andern die Konzessionirung einer neuen Erwerbsgesellschaft zu lesen hatte. Es war mir interessant, eben jetzt in der „Neuen Freien Presse“ den Auszug aus einer Schrift zu lesen, welche einen Anhänger des gemässigten Schutzzollsystems zum Verfasser hat und worin es wörtlich heisst: Noch in den Jahren 1870 bis 1872 hätten die Brünner Fabrikanten so wenig Ursache zur Klage gehabt, dass gerade damals unreife Etablirungen wie die Pilze aus

der Erde geschossen seien und alte und neue Fabrikate einen Wettlauf begonnen hätten, während von 1873 an der Nothstand angefangen habe.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einen Punkt berühren, der in Ihren Kreisen nicht unbeachtet bleiben sollte. Ich werde für das, was ich gethan, niemals die Verantwortung ablehnen, und es ist solchergestalt eine Verdrehung meiner Worte, wenn man aus meiner Berufung auf das Zeugnis des Baron Pretis herausliest, ich wolle die Schuld auf ihn abladen. Aber wenn jetzt Alles so scharf und streng genommen wird, wie dies der Fall zu sein scheint, dann muss ich doch einmal daran erinnern, wie sich denn die verfassungsmässige Verantwortung in der Sache eigentlich stellt. Während der Verhandlungen mit dem englischen Kommissär im Jahre 1867 war ich nicht allein Minister des Aeussern, sondern auch Minister-Präsident. Als der Vertrag im Jahre 1868 dem Reichsrath zur Annahme vorgelegt wurde, was nunmehr durch das erste cisleithanische Ministerium zu erfolgen hatte, ergaben sich, wie ich dies erwähnt habe, Schwierigkeiten, und in deren Folge wurde ein neuer Vertrag mit der englischen Regierung vereinbart, welcher dann vor der Ratifikation vom Reichsrath genehmigt wurde. Damals war ich nur Minister des Aeussern, und es ist erst neuerdings die Delegation vom Ministertisch aus daran erinnert worden, dass die Handelsverträge vor die beiderseitigen Handels-Ministerien gehören, daher der Minister des Aeussern Vollstrecker ihrer gemeinsamen Beschlüsse ist. Es fällt mir nicht ein, einem verehrten Freund und damaligen Kollegen im Handels-Ministeruim gegenüber mich also verschanzen zu wollen, aber dahin gelangt man, wenn man die Dinge auf die Spitze treibt und mir Milliarden auf das Gewissen laden will.

Und nun noch Eines. Man scheint zu glauben, ich treibe hier freihändlerische Agitation. Dies ist so wenig der Fall, dass ich soeben eine mir in sehr ehrenden Ausdrücken angetragene Ehrenmitgliedschaft des Cobden-Klubs dankend abgelehnt habe. Ich bin gewohnt, korrekt zu sein, und handle daher nur nach Instruktion, nicht nach eigenen Eingebungen, was mich nicht hindern kann, in meinen Berichten meine Ueberzeugung auszusprechen. Man wird mir in Oesterreich nicht vorwerfen können, dass ich das freie Wort beengt habe, gönne man mir denn auch das meine.

Einen Trost finde ich in dem „offenen Brief". Wenn, wie es dort heisst, der durch mich vollzogene Ausgleich mit Ungarn nur ein scheinbarer war, was ich sehr beklagen würde, so wird der von

mir verschuldete Ruin der österreichischen Industrie vielleicht auch ein scheinbarer sein, was mich von Herzen freuen wird.

Mit gewohnter Hochschätzung

(gez.) Beust.

XVIII. Kapitel.

1868.

Telegraphen-Kongress. — Schützenfest.

Im Sommer 1868 versammelte sich in Wien ein europäischer Telegraphen-Kongress, dessen Eröffnung mir zukam und mit dessen Mitgliedern, meist interessanten Persönlichkeiten, ich viel verkehrte. Ich gedenke namentlich des französischen Bevollmächtigten, Herrn Jägerschmidt, den ich später in Paris im Ministerium des Auswärtigen wiederfand. Mein Kollege Plener, welcher den Vorsitz führte, veranstaltete eine Fahrt auf den Semmering. Meinen damaligen humoristischen Toast finden die für solche Leistungen empfänglichen Leser in der Beilage.

Bald darauf fand das deutsche Schützenfest statt. Dessen Abhaltung in Wien war vor 1866 verabredet worden, und die von dem Vorstand der österreichischen Schützen, Dr. Kopp, mit Eifer und ohne Rücksicht auf die dazwischen liegenden Ereignisse betriebene Veranstaltung des Festes war einen Augenblick für die Regierung eine nicht geringe Verlegenheit. Was immer geschehen mochte, es stand Unwillkommenes in Aussicht. Verweigerte die Regierung die Genehmigung oder suchte sie die Abhaltung zu verhindern, so lief sie Gefahr, gleich nach innen und nach aussen zu verstimmen; ertheilte sie die Genehmigung, so war nicht allein zu befürchten, dass das Fest zu politischen Demonstrationen von unberechenbarer Tragweite Anlass geben und die Regierung genöthigt werden könnte, dagegen einzuschreiten, sondern auch die Besorgnis war nicht ausgeschlossen,

dass diese Demonstrationen zu österreich-freundlich und daher der preussischen Regierung durchaus nicht erwünscht sein möchten, denn damals gab es noch kein abgeschlossenes Deutsches Reich, sondern den unreifen Zustand von Nordbund und Südbund.

Die Frage stand zwar in erster Linie in der Entscheidung der inneren Behörden, allein der Minister des Aeussern war, wie aus Vorstehendem erhellt, der am meisten dabei Betheiligte. — Glücklicherweise waren meine Kollegen und ich gleicher Ansicht, geleitet durch den Gedanken, dass die Verantwortung bei einer Verhinderung grösser sein werde als bei der Zulassung.

Meine Dispositionen für den Sommer waren so getroffen, dass meine Gasteiner Kur mit dem Schützenfest auf dieselbe Zeit fiel. Ich liess mich nicht dadurch von Ausführung meiner Pläne abhalten, da mein erster Eindruck der war, dass ich besser thue dem Feste fern zu bleiben. Inzwischen wurde mir, als ich bereits in Gastein angekommen war, von vielen Seiten nahegelegt, dass meine Abwesenheit als eine absichtliche missdeutet werde und noch mehr missdeutet werden könne. Ich entschloss mich daher zu einer Unterbrechung des Gasteiner Aufenthaltes und erschien unangesagt am vorletzten Festtage auf dem Festplatze, wo ich mit lautem Jubel empfangen und ganz besonders von den Tirolern mit Herzlichkeit begrüsst wurde. Am Abend erschien ich wiederum unangesagt mit meiner Familie und begab mich zuerst unbemerkt auf die Galerie des Festsaales, wo zu Abend gespeist wurde, die Mehrzahl der Anwesenden jedoch nicht dem Schützenbunde angehörten. Kaum hatte man mich bemerkt, als ein donnernder Beifallssturm losbrach. Bei meiner ferneren Wanderung über den Schiessplatz mussten Vorkehrungen getroffen werden, um die Menge vom Andrängen zurückzuhalten.

Am nächsten Tag erschien ich auf erhaltene Einladung bei dem Festbankett. Die Rede, die ich bei dieser Gelegenheit hielt (sie findet sich abgedruckt in dem Gedenkbuch des dritten deutschen Bundesschiessens S. 414), lasse ich deshalb vollinhaltlich folgen, weil sich in derselben jene Anschauungen der österreichisch-deutschen

Verhältnisse nach innen wie nach aussen abspiegeln, welche während der ereignisvollen fünf Jahre meines Ministeriums unverändert die für mich leitenden waren, und welche, was die inneren Zustände betrifft, gute Früchte hätten tragen können, wäre nicht, wie ich es einmal im Parlament gesagt, von der einen Seite zu viel verlangt, von der andern zu wenig geboten worden.

Hochgeehrte Herren!

Der überaus herzliche Empfang, der mir bei meinem gestrigen Erscheinen auf dem Festplatz zu Theil ward, war für mich eine Aufforderung, der freundlichen Einladung zum heutigen Festmahl Folge zu leisten. So wenigstens kann ich Ihnen warmen Dank darbringen und Ihnen sagen, wie wohl ich mich unter Ihnen fühle.

Was meine geehrten Vorredner gesprochen, das legt mir neue Pflichten der Dankbarkeit auf, und ich glaube, dass ich diese nicht besser bethätigen kann, als wenn ich Ihnen sage, dass ich in jener Kundgebung des öffentlichen Vertrauens nicht allein ein ehrendes Zeugnis für die Vergangenheit, sondern auch einen Schuldschein für die Zukunft erblicke, den ich einzulösen habe. (Beifall.) Ich glaube, dass ich diese Worte zugleich im Namen der abwesenden Mitglieder der Regierung sprechen darf. (Beifall.)

Meine Herren! Es war ein schönes, ein erhebendes Fest, das an dieser Stätte gefeiert wurde. Seine Erinnerung wird in den Herzen, ich denke, sie wird auch in den Geistern fortleben. Musste ich den Weihetagen derselben fernbleiben, so war es mir um so mehr erwünscht, ihm wenigstens einen Scheidegruss widmen zu können, und es ist vielleicht besser, dass ich hiezu und nicht zum Willkommen berufen war.

Obwohl vorgerückt in Jahren, bin ich fähig der Begeisterung für Vergangenes wie für Kommendes. Allein mein Beruf bringt es mit sich, dass ich überall die mässigende Hand der Erfahrung über meinen Gefühlen walten lasse. Diese auch ist es, meine Herren, die mich heute leitet, wo ich zu Ihnen spreche, und doch, so hoffe ich, wird man meinen Worten anmerken, dass ich ein guter Oesterreicher geworden, ein guter Deutscher geblieben bin. (Stürmischer Beifall!)

Ich komme jetzt aus einem jener herrlichen Thäler unserer Alpenwelt, da wo inmitten gigantischer Bergeshöhen ein Wassersturz tosend und donnernd sich über den jähen Abhang ergiesst, und wie es da zuweilen dem träumenden Wanderer geschieht, dass er in diesem Ge-

töse harmonische Melodien zu vernehmen meint, so auch war es mir, als die Kunde der Festklänge dahin drang, als hörte ich aus den hoch aufschäumenden Wogen den Schall der Begeisterung, und da stieg ich hinab in das tiefe Thal und sah wie dieselben Fluthen, deren mächtigen Donner ich oben vernommen hatte, sich emsig und fleissig und unaufhaltsam weiter bewegten, aber in geregelter Bahn und in ruhiger Klarheit. (Lebhafter Beifall.) So auch, meine Herren, dachte ich, so war, so wird der Volksgeist, wenn er im Augenblick der Begeisterung hoch aufschäumend sich vernehmen lässt, dann in ruhige und feste Bahnen einlenken und in ihnen unaufhaltsam vorwärtsdringen, bis er in der Ruhe des breiten aber begrenzten Strombettes die Kraft findet, das Fahrzeug des Gemeinwesens sicher dahinzutragen. So auch, und das, meine Herren, ist mein lebhafter Wunsch, so auch möge die Begeisterung, welche das nun abgeschlossene Fest in allen seinen Theilnehmern hervorgerufen hat, in dem weiteren Verlaufe seiner Folgen, über die Klippen der Zwietracht und des Unfriedens hinweg, in die ruhige Strömung des Friedens und der Versöhnung führen! (Beifall.)

Meine Herren! In dem Lande, dem ich früher angehörte, habe ich zwei grosse deutsche Nationalfeste mitgefeiert. Auch damals waren Alle voll der edelsten Begeisterung, kein Misston hat sie gestört, und wie schön verschmolz nicht bei dem letzten jener Feste die Harmonie des Gesanges mit der Harmonie der Gedanken, der Gefühle, der Gesinnungen! Und kaum war ein Jahr vergangen, und der Bruderkrieg loderte in hellen Flammen auf — da wird man mir einhalten, das deutsche Volk war einig, aber seine Fürsten waren es nicht; seine Regierungen waren es, die sich entzweiten, die die Völker in den blutigen Kampf führten. Grosser und gewaltiger Irrthum! In unseren Tagen wird kein Kabinetskrieg mehr geführt. (Stürmischer Beifall.) Wer das behauptet, der kann eben so gut behaupten, dass, weil die Gewitter von oben herab sich entladen, sie in den oberen Schichten erzeugt werden, und nicht aus den Dünsten, die von unten nach oben emporsteigen. (Beifall, Rufe: Sehr gut!)

Das deutsche Volk war eben nicht einig. Freilich wollte Alles ein einiges, mächtiges, freies Deutschland, aber wie dies zu schaffen sei, darüber dachte man anders im Norden und anders im Süden, anders in einem Theile des Nordens und anders in einem Theile des Südens.

Weil aber leider der Parteistandpunkt ein unbeugsamer ist, und die vermittelnden Bestrebungen meist als nicht ebenbürtig behandelt

werden, darum konnte es zu einem so gewaltigen Zusammenstosse kommen.

Möchten doch jene schmerzlichen Erinnerungen heute nicht vergessen sein!

Schlagworte und Programme, so sehr sie den Richtungen des öffentlichen Geistes entsprechen mögen, sie können allein zur Förderung des Gemeinwohls nicht helfen; und selten frommen sie einer Verständigung über das gemeinsame Beste. Gerechtes und billiges Denken. entschlossenes und ehrliches Handeln, das ist es was die Parteien versöhnt (Beifall) und die Völker befreundet. (Lebhafter Beifall.)

Oesterreichs Politik drängt sich heute nicht mehr in die Angelegenheiten Deutschlands, und keine Gedanken der Wiedervergeltung sind es, die die Geister in diesem Reiche erfüllen. (Lebhafter Beifall.) Aber kein Vertrag hindert Oesterreich, durch das was Volk und Regierung leisten und schaffen, sich Achtung, Vertrauen und Zuneigung zu erwerben.

Die freie Entwicklung aller geistigen und materiellen Kräfte, welche heute weder die verkleinernde Missgunst unserer Feinde, noch die ängstliche Schwarzseherei unserer Freunde dem hellen Tage entziehen kann, das ist keine diplomatische Aktion, die man als Intrigue verdächtigt, sie ist die Arbeit des rechtschaffenen Mannes, der sich damit Vertrauen erwirbt. Möge man uns nur in dieser Arbeit nicht stören und möge man uns diese Arbeit durch eine offene und ehrliche Sympathie erleichtern, durch eine solche Sympathie wie sie die von Nah und Fern zu uns gekommenen Festgenossen in so überraschender und wohlthuender Weise uns entgegengebracht haben, wofür wir ihnen nicht genug danken können — Deutschland wird es nicht zu bereuen haben. (Beifall.)

Nun, meine Herren, lassen Sie mich meine Gedanken vollenden, indem ich noch ein Wort nicht nur als Deutscher, sondern so recht eigentlich als Oesterreicher zu Ihnen spreche. Oesterreichs Fühlung mit Deutschland, das ist etwas was gewiss keine Partei in Deutschland — und ich darf keck hinzufügen — keine Nationalität in der österreichischen Gesamtmonarchie zurückweist. (Zustimmung.) Will man aber, meine Herren, das deutsche Element in Oesterreich zum Träger dieses Gedankens machen, dann darf man es nicht von den anderen Stämmen trennen, die mit gleicher Berechtigung, mit gleicher Treue, mit gleich erprobter Tapferkeit und Hingebung dem Reiche angehören! (Beifall.) Die Vereinigung, die Eintracht aller unter dem Szepter unseres erhabenen Kaisers lebenden Völker ist es, welche allein

die Erfüllung jener kulturhistorischen Mission Oesterreichs verbürgen kann, welche ein Interesse Oesterreichs, und ein Interesse Deutschlands ist. Darum, meine Herren, gilt mein Trinkspruch dem Frieden und der Vereinigung, als den Trägern des geregelten Fortschritts, als den Hütern einer gesunden Freiheit, als den Grundpfeilern einer sichern und dauernden Ordnung. Sie leben hoch! (Stürmische Hochrufe, andauernder Beifall und Händeklatschen.)

Diese Rede machte damals in weiteren Kreisen tiefen Eindruck, und selbst die preussischen Blätter beurtheilten sie nicht mit Ungunst. Dagegen waren die ungarischen Blätter sofort bei der Hand, um darüber herzufallen — ein Jahr nach der Krönung! Eljen Beust! Morgenstern! Unser Vater!

Meine Wiener Popularität stand damals im Zenith. Ich finde Nachstehendes Seite 401 desselben Gedenkbuches und nehme es gleichfalls auf:

„Ein unverhoffter Besuch wurde Nachmittags dem Festplatze zu Theil. Der Reichskanzler, Baron Beust, eben erst aus Gastein in Wien angekommen, beeilte sich, in der Mitte der Festgäste zu erscheinen, welche seinem Wirken so ehrenvolle Kundgebungen dargebracht hatten.

„Von den eiligst zusammengekommenen Komitémitgliedern, an deren Spitze Dr. Ed. Kopp, begrüsst, begab sich der Reichskanzler zuerst in die Schiesshalle, wo er von einem lebhaften, ja stürmischen Jubel der Schützen empfangen wurde. Besonders waren es die Tyroler, die sich begeistert um ihn drängten und seine Hände ergreifend und die Hüte schwenkend in ungeschminkten Reden ihre Sympathien für den gegenwärtigen Lenker des österreichischen Staatsschiffes zu erkennen gaben.

„Auch in der Festhalle umdrängten die Schützen der verschiedenen Länder mit einem ausserordentlichen Ungestüm den Reichskanzler; viele ergriffen seine Hände, drückten dieselben herzlich und gelobten mit aller Entschlossenheit zu ihm zu stehen. Der Reichskanzler sprach zu wiederholten Malen seine innige Sympathie für das grosse Fest aus, und auf die Anrede einiger Schützen sagte er die Worte: „Zwar bin ich nicht persönlich bei dem Feste gewesen, aber mein Geist und meine Seele waren anwesend.“

„Der Reichskanzler verweilte des Abends am Festplatze, um die effektvolle Beleuchtung der Festhalle zu sehen. Um 7 Uhr begab sich Graf Beust in den Gabentempel, in welchem eben die Vertheilung

der erschossenen Becher stattfand. — Kaum hatte das zahlreich versammelte Publikum den Reichskanzler erkannt, als ihm stürmische Ovationen dargebracht wurden. Der Reichskanzler dankte mit einigen herzlichen Worten und verliess hierauf den Festplatz, nachdem er vorher über Einladung des Festpräsidenten Dr. Kopp die Zusage ertheilt hatte, dass er bei dem morgigen Bankette erscheinen werde."

Einige Jahre später, 1873, besuchte ich die Wiener Ausstellung und dehnte meinen Spaziergang bis in die verödete Gegend des Praters aus, wo im Jahre 1868 das deutsche Schützenfest stattgefunden hatte. Eine leicht erklärliche elegische Stimmung gab mir die Worte ein:

„So geht's in der Welt, erst zum Kapitol,
Dann hinab vom tarpejischen Felsen;
Da, wo jüngst noch tausendmal ‚Beust' es erscholl,
Da summen jetzt nur noch die Gelsen."

XIX. Kapitel.

1868.

Galizische Angelegenheiten. — Meine vielseitigen Beziehungen zu denselben.

Als ich von Gastein zurückkehrte, befand sich der Kaiser in Salzburg. Ich meldete mich dort bei Seiner Majestät und bei dieser Gelegenheit sagte mir der Kaiser: „Wir beabsichtigen, die Kaiserin und ich, Galizien zu besuchen, Sie haben doch keine Einwendung dagegen?"

Das Projekt dieser Reise war mir nicht unbekannt geblieben, sie war nicht in Wien, sondern in Pest vorbereitet worden. Graf Adam Potocki, welcher zum Reisemarschall bestimmt war, hatte dort vorgearbeitet. Ich habe nie ermitteln können, warum man in den ungarischen Regierungskreisen sich mit der polnischen Sache so sehr identifizirte. Der gemeinsame Russenhass erklärte mir die Sache nicht ausreichend. Angesehenen Polen,

Graf Goluchowski, sowie der Pariser Fürst Czartorisky, welcher in Ofen das ungarische Kostüm anlegte, begegnete ich dort wiederholt. Das Ministerium Hasner dankte sein jähes Ende vornehmlich dem Umstande, dass es den galizischen Landtag auflösen wollte und dieser Antrag in Ofen dem Kaiser vorgelegt wurde.

Ohne diese mir bekannte Vorgeschichte irgendwie zu berühren, entgegnete ich Seiner Majestät, dass ich durchaus keine Einwendung zu machen habe, sondern nur wünsche, es möchten Ihre Majestäten nicht allein Galizien sondern nach und nach alle Länder mit Allerhöchst Ihrer Gegenwart erfreuen.

Wenige Wochen später trat der galizische Landtag zusammen, und es blieb mir wieder nicht verborgen, dass in einem Ausschuss eine Resolution vorbereitet werde, welche in ihren Konklusionen zu dem Verlangen einer mit der Reichsverfassung in schroffem Widerspruch stehenden Autonomie führte. Ich verlor die Sache nicht aus den Augen, und sobald ich erfuhr, dass die Resolution im Ausschuss angenommen war, that ich sofort die mir nöthig scheinenden Schritte. Fürst Auersperg, der noch immer Minister-Präsident, zwar abdizirt, aber nicht entlassen war, rührte sich nicht [1]). Giskra war geneigt, bei Seiner Majestät Vorstellungen zu machen, fühlte aber, dass seine persönliche Stellung in einer so delikaten Frage nicht die vortheilhafteste sei. Ich zögerte nicht, dem Kaiser, der sich zu Neuberg zur Jagd befand, meine Ansichten offen darzulegen. Es geschah dies mittelst des nachstehenden allerunterthänigsten Vortrags:

.... Die nun bekannt gewordene Resolution, wie sie der Ausschuss des galizischen Landtags beantragt, hat hier allerorts eine eben so lebhafte als begreifliche Beunruhigung hervorgerufen. Der Faden, der darin noch mit dem Reichsrath beibehalten wurde, ist so dünn gehalten, dass er von einer Abreissung sich wenig unter-

[1]) Dagegen diente die projektirt gewesene Reise zu einer weiteren Motivirung des Rücktritts.

scheidet. Der hiemit in Aussicht stehende Konflikt ist aber, wie ich wohl nicht näher auszuführen brauche, nicht nur in Bezug auf die innere Lage, sondern weit mehr noch mit Rücksicht auf die äussere Politik in hohem Grade unwillkommen.

Ein energisches und, wie ich dessen fest überzeugt bin, wirksames Mittel dagegen wäre die Androhung, dass die Reise Ihrer Majestäten Aufschub erleiden würde, falls der Landtag einen entsprechenden Beschluss fasst. Dieses Mittel wäre überdies moralisch wirksamer und konstitutionell korrekter, als die Androhung der Auflösung. Ich muss mich sogar zu der Ansicht bekennen, dass die Würde der Krone daran betheiligt erscheint, denn es ist offenbar sehr unehrerbietig, wenn in einem Augenblicke, wo Ihre Kaiserlichen Majestäten das Land mit Allerhöchst Ihrer Gegenwart beehren, die Landesvertretung in Form einer Resolution etwas zu ertrotzen sucht und sich damit gegen eine von dem Monarchen sanktionirte Ordnung der Dinge auflehnt, die sie selbst anerkannt hat, nachdem sie den Reichsrath vorbehaltlos beschickte. Andererseits kommt in Betracht, dass, wenn der Landtag dieser Allerhöchsten Bedeutung sich fügt, es viel leichter sein wird, sich den galizischen Wünschen in den Grenzen des Möglichen willfährig zu zeigen.

Ich wage nicht zu beurtheilen, inwiefern ein entsprechendes Verfahren möglich sei. Sollten Euer Majestät dem Gedanken Folge zu geben sich bestimmt fühlen, so dürfte allerdings eine sofortige telegraphische Andeutung an den Grafen Goluchowski nothwendig sein.

Ueber Fürst Auersperg bin ich ohne Nachricht. Sollte derselbe aus Gesundheitsrücksichten sich entschuldigen oder das in Aussicht gestellte Entlassungsgesuch nun wirklich einreichen, so würde ich dringend empfehlen, dass Euer Majestät einen der andern Minister dem Gefolge zuzutheilen geruhen möchten. Der allein Geeignete hiezu würde mir Dr. Giskra scheinen, theils in seiner Eigenschaft als Minister des Innern, theils und besonders, weil er den Polen nicht antipathisch, mit mehreren, wie namentlich Ziemialkowski sogar befreundet ist und persönlich zu möglichen Konzessionen an Galizien sich geneigt zeigt.

Graf Taaffe macht selbst darauf aufmerksam, dass er gegenwärtig die Funktionen des Minister-Präsidenten-Stellvertreters am wenigsten verlassen kann.

Ich werde erst Dienstag Mittag mit Graf Taaffe nach Prag mich begeben und Donnerstag früh wieder in Wien anwesend sein.

Ich erhielt zur Antwort, dass ein Allerhöchstes Telegramm im entsprechenden Sinne, also des Inhalts ergangen sei, dass, falls die Resolution vom Landtag angenommen werde, die Reise der Majestäten unterbleibe.

Graf Goluchowski that sein Mögliches, um die Annahme zu verhindern, es gelang ihm aber nicht, was freilich für ihn eine schwere Aufgabe war, nachdem er vorher die Resolution selbst unterstützt hatte.

Wie oft hat man mir Eitelkeit und Sucht nach Ovationen vorgeworfen! In Lemberg erwarteten sie mich und zwar in ansprechender Weise.

Kaiser Alexander II. sagte zu dem bald darauf zu Seiner Begrüssung nach Warschau entsendeten Feldmarschall-Lieutenant Fürsten Thurn und Taxis: es sei Ihm angenehm, dass die kaiserliche Reise nach Galizien unterblieben sei, denn Er hätte sie nicht gleichgiltig nehmen können. In der That waren mir auch Winke darüber zugegangen, dass solche Rufe wie „König von Polen" zu erwarten stünden.

Einen Dank des Kaisers Alexander (welcher auch nicht in meiner Berechnung lag) habe ich nicht zu verzeichnen gehabt, da Seine Majestät mich bei der ersten Begegnung in London demonstrativ zu malträtiren geruhten. Das Ministerium und die Verfassungspartei haben es mir eben so wenig zu gut geschrieben, während ich überdies, abgesehen von den polnischen Kreisen, mit mancher nicht gleichgiltigen Verstimmung zu rechnen hatte.

Ich weiss nicht, welches mein Andenken in Galizien ist; nach gemachten Erfahrungen verspreche ich mir nicht zu viel. Und doch hatten die Polen nicht über mich zu klagen. Im Jahre 1867 erlangten sie, als ich Minister-Präsident war, sehr belangreiche Konzessionen, und ich war es, der dem Kaiser als zweiten Vice-Präsidenten des Abgeordnetenhauses den Dr. Ziemialkowski vorschlug, der, wie ich wusste, nicht mit Recht im Kerker geschmachtet hatte und den ich durch diese Ernennung so rehabilitirte, dass ihm später Ministerschaft und Baronie zufielen.

Als — immer im Jahre 1868 — Prinz Napoleon in Wien war, gab ich ihm zu Ehren ein Diner, wozu ich Abgeordnete aus allen Ländern einlud. Ich sehe noch den Prinzen vor mir, daneben den Herzog von Gramont, den ich bat, Ziemialkowski vorzustellen. „*M. de Ziemialkowski*," sagte ich laut zu Gramont, „*condamné autrefois à mort, je pense que nous sommes en règle.*"

Mit Galizien kam ich später zu einer Art Verlobung ohne nachfolgende Ehe. Im Jahre 1870 wählte mich die Handelskammer von Brody in den Landtag. Sehr erfreut über diesen Akt der Sympathie, bat ich den damals im Ministerium angestellten Hofrath Klaczko, mir ein Antwortstelegramm in Polnisch aufzusetzen. Diese Aufmerksamkeit war aber sehr schlecht angebracht. „Was?" sagten die Brodyer, „wir haben ihn gewählt, weil wir einen Deutschen im Landtag haben wollten, und nun spricht er Polnisch?"

XX. Kapitel.

1868.

Wehrgesetz. — Delegation in Pest. — Verleihung der Grafenwürde.

Unausgefüllt waren die Zeiten nicht, als ich die Ehre hatte, Minister in Oesterreich zu sein. Wie reich war auch dieses Jahr 1868 bedacht. Zu Anfang des Jahres Delegationen in Wien, zu Ende des Jahres Delegationen in Pest. Im Frühjahr die Sorgen und Mühen wegen der konfessionellen Gesetze im Herrenhause, im Herbst die Anstrengungen wegen des Wehrgesetzes im Abgeordnetenhause. Bei diesem war ich, obschon als Minister des Aeussern verschwindend, dennoch in zweifelhafter Rolle einzugreifen berufen. Ich wurde als Abgeordneter Ausschussmitglied und trat daher sowohl im Ausschuss als im Plenum redend auf. Meine im Ausschuss gesprochenen Worte, die nicht ungehört und unverstanden verhallten, zogen mir den Vorwurf absichtlicher

Schwarzfärberei zu. Die seitdem eingetretenen Ereignisse haben diesem Urtheil nicht Recht gegeben. Die Rede aber, die ich im Hause hielt, lasse ich nachstehend auszugsweise folgen mit namentlicher Rücksicht auf die angestrichenen Stellen, welche vielleicht geschichtlich betrachtet einige Aufmerksamkeit verdienen:

Meine Herren! Ich werde nicht vergessen, dass ich hier als Abgeordneter zu sprechen habe und dass für mich als Minister in diesem Saale kein Platz ist. Indess die Gegend die ich vertrete, liegt ja nahe an der Reichsgrenze, und deshalb ist wohl erlaubt, auch die Blicke etwas darüber hinausschweifen zu lassen. (Heiterkeit.)

Ich werde mich gleichwohl in den nöthigen Schranken zu halten wissen. Ich muss mich auch dessen erinnern, dass ich Erklärungen und Auseinandersetzungen nicht vorgreifen kann, die ich vielleicht in kurzer Zeit an einer andern massgebenden Stelle zu geben haben werde ... Ich erwähne hier zunächst eine Aeusserung des geehrten Vertreters des Minoritäts-Gutachtens, welcher unter Anderm sagte, er wolle nicht, dass das Heer ein Werkzeug in den Händen ehrgeiziger Diplomaten werde. Ich nehme diese Bemerkung auf, weil sie mir Stoff zu einer Betrachtung gibt, der ich einigen praktischen Werth beilegen zu können glaube.

Meine Herren! Es gibt zwei Arten von Ehrgeiz; der eine ist sehr verwerflich, den andern halte ich nicht allein für erlaubt, sondern sogar für sehr achtbar und für sehr nothwendig.

Wenn ein Minister Tausende von Menschenleben und Millionen aufs Spiel setzt, um sich einen glänzenden Namen zu machen, ja auch nur einen Lieblingsgedanken zur Geltung zu bringen, so ist das ein sehr verwerflicher Ehrgeiz; allein es gibt einen Ehrgeiz, den schon der Schüler, den jeder redliche Mann in seinem Beruf und den vor Allen der Staatsmann haben muss, den nämlich, bei jeder kommenden Prüfung mit Ehren zu bestehen.

Mehr als irgendwo muss ein Minister in Oesterreich darauf hingewiesen sein, eine Politik des Friedens und der Versöhnlichkeit neben einer Politik der äussern und innern Sicherheit zu befolgen; mehr aber auch als irgendwo anders wird ein Minister Oesterreichs zur Behauptung dieser Politik des nachhaltigen und zweifellosen Nachdrucks einer nöthigenfalls zu entwickelnden Wehrkraft bedürfen, und wahrlich, dazu ist die Lage nicht angethan, um heute mit diplomatischer Klugheit und Vorsicht allein auszureichen. Aber, meine Herren, seien wir aufrichtig! Weisen nicht jene Hindeutungen auf den Ehrgeiz der

Diplomaten auf die Vergangenheit zurück, sollen sie nicht darauf zurückweisen?

Es ist gesprochen worden, und wie sollte man sich darüber wundern, es ist gesprochen worden von den unheilvollen und unglücklichen Kriegen, in welche wir verwickelt worden sind; aber ich frage Sie, wo sind denn die ehrgeizigen Diplomaten, die daran die Schuld getragen haben? Wo hat sich die unruhige Thätigkeit kriegslustiger Minister gezeigt?

Ich werfe einen Blick zurück auf die letzten zwanzig Jahre, die seit dem Aufhören des alten Metternich'schen Oesterreichs verflossen sind, und da finde ich zunächst einen Staatsmann, dem — ich habe ihm sehr nahe gestanden — persönlicher Ehrgeiz völlig fremd, dem aber ein kühner Unternehmungsgeist allerdings eigen war. Und was hat dieser Mann in Olmütz gethan? Ich werde hier nicht zurückkommen auf den Inhalt dieses Abkommens, welches mit gleichem Unrechte in Preussen als eine Demüthigung, in Oesterreich als ein Erfolg betrachtet wurde; aber Eines weiss ich, wenn damals die Verhältnisse umgekehrt sich gestaltet hätten, wie sie standen, wenn anstatt dass dem unvorbereiteten Preussen gegenüber ausgerüstete österreichische Armeecorps und zugleich vollständig kriegsausgerüstete bayrische und sächsische Truppen gegenüberstanden, umgekehrt die preussischen Heeressäulen dem unvorbereiteten Oesterreich gegenübergestanden wären, dann, glaube ich, würde der österreichische Minister schwerlich eine Einladung nach Breslau erhalten haben, und sicherlich hätte er etwas Anderes zurückgebracht als die Präliminarien zur Fortsetzung des alten Bundesverhältnisses. Das that der Mann, der am meisten den Ruf eines kriegerischen Ministers gehabt hat, und wo sind sie dann noch zu finden? wo ist in der weiteren Periode eine Spur einer solchen kriegslustigen diplomatischen Thätigkeit zu finden?

Wir sind in Krieg verwickelt worden, und ferne sei es von mir, irgend einen Tadel auf die Männer werfen zu wollen, die damals die Geschäfte in den Händen hatten.

Man wollte den Krieg vermeiden, und das war gewiss kein Unrecht. Das muss heute und muss heute mehr als je die Losung und Aufgabe sein; aber die Erfahrung möge nicht vergessen, es möge namentlich nicht vergessen werden, dass der Krimkrieg, welchem jede Einmischung von hiesiger Seite vollkommen fremd blieb, die erste und Hauptursache aller unserer Verluste und Niederlagen geworden ist.

Möge man in diesem meinem Rückblick nicht etwa den Anflug besorglicher Gedanken sehen!

Es hat ein geehrter Redner von gestern an die Adresse dieses Hauses erinnert, worin gegen eine Politik der Wiedervergeltung sich entschieden ausgesprochen wurde; ich erinnere daran, dass dieser Passus der Adresse nur die Wiederholung einer gleichen Stelle der Thronrede war und dass diesem Programme die Thatsachen entsprochen haben. Es ist kein Bündnis und keine Verpflichtung zu einem Bündnis der Wiedervergeltung eingegangen worden, wie der geehrte Redner dieses gestern vermuthungsweise hervorhob; es ist nichts geschehen, was ihm Unruhe bereiten könnte. Es möge aber der geehrte Vertreter des Minoritäts-Gutachtens sich dessen vollständig versichert halten, dass weder er noch das hohe Haus die Sprünge ehrgeiziger Diplomaten zu gewärtigen habe; ich glaube, unseren verfassungsmässigen Einrichtungen gegenüber würde auch das jetzt seine Schwierigkeiten haben, und ich denke, dass der so viel bekämpfte und theilweise geschmähte Dualismus in dieser Beziehung seinen erbittertsten Gegnern Bürgschaften gewährt, die ihm vielleicht andere Schmerzen erleichtern können u. s. w.

Meine Herren! Ich komme nun noch auf einen Gegenstand, der vielfach in der Debatte erörtert worden ist: das ist Ungarn, der Ausgleich, der Dualismus. Als ich noch gegenüber meinem jetzigen Platze einen Sitz in diesem hohen Hause hatte, habe ich über den Verlauf dieses Ausgleiches, über die Nothwendigkeit desselben mich ausführlich und öfter verbreitet; hier ist wohl am wenigsten der Ort dazu für mich, darauf zurückzukommen. Ich begreife es ja vollständig, dass die Ansichten darüber verschiedene sind, und werde mich nicht darüber beklagen, dass viele geehrte Mitglieder darüber anderer Ansicht sind wie ich, der ich eben den Dualismus nicht allein für etwas Nothwendiges und Unvermeidliches, sondern auch immer als etwas betrachtet habe und betrachte, das bei richtiger Auffassung und Anwendung von sehr guten und gedeihlichen Folgen werden kann. Allein etwas, womit ich weniger mich zu befreunden vermag, das ist die Art und Weise, wie man mit dem nun thatsächlich und staatsrechtlich vollzogenen Ausgleich verfährt und immer und immer wieder Laute des Bedauerns vernehmen lässt, welche an der Sache nichts ändern, dasjenige nicht bessern können was man eben für nicht gut hält, wohl aber eine grosse Erschwerung sein müssen für die Herstellung eines guten Verhältnisses solcher Beziehungen, wie sie ja sogar gewünscht werden zwischen Völkerschaften und Ländern, die mit einander im Kriege gelegen haben, und selbst mit solchen, welche aus einem Kampfe mit Vortheil und zu unserem Nachtheile hervor-

gegangen sind. Ich begreife nicht, warum man in dieser Beziehung so verfährt, und nicht das was einmal geschehen ist, als etwas nicht mehr zu Aenderndes hinnimmt und auf der Basis gegenseitiger guter Beziehungen weiter zu kommen trachtet. — Meine Herren! Als im vorigen Jahre die 1867er ungarischen Gesetze sanktionirt wurden, da ist man ja darüber nicht im Zweifel gewesen, dass auch über das Heerwesen eine Feststellung erfolgen müsse und werde, allerdings aber unter Festhaltung des in diesen Gesetzen anerkannten Prinzipes der Einheit der Armee. Dieser Aufgabe ist das ungarische Ministerium nachgekommen, indem es einer sehr rührigen und heftigen Opposition gegenüberstand und mit ihr zu rechnen und zu kämpfen hatte. Wenn man heute nun hierseits sagt, dass man hier zu kurz gekommen sei und Ungarn ein vortheilhaftes Geschäft auf unsere Unkosten gemacht habe, so wird das, glaube ich, dem ungarischen Ministerium doch seine Stellung nicht erschweren, sondern eher erleichtern. Ob es aber für uns gerathen ist, das so laut zu proklamiren, nachdem ganz Europa — ich kann das versichern — mit grosser Anerkennung und grosser Aufmerksamkeit wahrgenommen hat, dass dieses Wehrgesetz in Ungarn angenommen wurde, das ist wohl eine andere Frage u. s. w.

Es hat ein geehrter Redner sich nicht begnügt, dem Ministerium das Einbringen der Vorlage zum Vorwurfe zu machen und ihm zum Vorwurfe zu machen, dass es durch Stellung der Kabinetsfrage auf deren sofortige Erledigung dringe; er ging weiter und beschäftigte sich, freilich wohl in Gestalt der Vermuthung, mit den Beweggründen die das Ministerium dazu bestimmten. Er hat, glaube ich, damit ein Gebiet beschritten, welches nach konstitutionellen Grundsätzen sich der parlamentarischen Behandlung entzieht, ich werde ihm aber dahin nicht folgen. Allein ich habe mir ein Wort notirt, welches mir bemerkenswerth schien, und das ich doch aufzunehmen mir erlaube. Er sprach von der Beflissenheit des Ministeriums. Ich weiss nicht, was damit gemeint ist; man kann es sich wohl ungefähr denken. Allein ich erlaube mir wohl, den geehrten Redner zu fragen, ob er auch darin eine „Beflissenheit" des Ministeriums sah, als dasselbe die konfessionellen Gesetze im Herrenhause vertheidigte und die Gesetze der Allerhöchsten Sanktion unterbreitete.

Meine Herren! Ich nehme diesen Rückblick auf, weil ich darin den Massstab für eine unbefangene und gerechte Beurtheilung des Ministeriums finde und gefunden zu sehen wünsche.

Das Ministerium hat gerade durch die Art und Weise, wie es damals handelte und wie es heute handelt, den Beweis strenger und

rücksichtsloser Gewissenhaftigkeit gegeben, und das ist eine Beflissenheit, die, glaube ich, dem hohen Hause nimmer zum Anstoss, sondern zur Beruhigung und zur Genugthuung dienen muss. (Bravo! Bravo!)

Gerade so wie das Ministerium damals mit festem und sicherem Blick erkannte, dass, wenn die aus der Initiative des Hauses hervorgegangenen Gesetze nicht zur Annahme und zur Ausführung gelangten, eine Lage eintreten würde, die es nicht im Stande sei zu vertreten, eben so hat es mit gleicher Sicherheit und Festigkeit jetzt erkannt und ausgesprochen, dass, wenn das von ihm vorgelegte Gesetz nicht zur Erledigung gelange, ebenfalls eine Lage eintreten werde, welche zu vertreten es auch nicht übernehmen könnte.

Meine Herren! Lassen Sie diese Eventualität nicht an uns herantreten! Lassen Sie es nicht auf Erschütterungen ankommen in unserem kaum und mühsam ausgeführten Gebäude, lassen wir uns nicht — ich muss wohl mehr sagen —, lassen Sie sich nicht durch die Vorstellung beherrschen, dass das parlamentarische System in Oesterreich dadurch gefährdet werde, dass Sie hier den Wünschen des Ministeriums entgegenkommen! Man weist auf ein anderes grosses Land hin und erinnert daran, dass dort die Militärfrage Jahre lang in Berathung gewesen sei.

Ja, meine Herren, das ist wahr, und wahrscheinlich wäre sie heute noch in Berathung, wenn nicht ein Faktor dazwischen getreten wäre, welcher in wenig parlamentarischer Weise den Faden der Berathung durchschnitt und die Vorlage der Regierung sanktionirte. Finden Sie, dass dies besser ist? — Ich glaube nicht. Nochmals richte ich die Bitte mit Vertrauen an das hohe Haus, sich diesen Vorstellungen nicht hinzugeben und auch nicht der Vorstellung, dass in Folge dessen was jetzt zwischen dem Ministerium und dem Hause vorgeht, ein Geist der Zwietracht oder der Missstimmung und des Misstrauens sich bilden werde — ich glaube im Gegentheile, es werden augenblicklich unvermeidliche Missstimmungen vorübergehen, und dann aus dem erneuerten Bewusstsein der Zusammengehörigkeit gerade ein gedeihliches Zusammenwirken um so sicherer hervorgehen. Man spricht von den Opfern, die dem Lande und dem Volke aufgebürdet werden; man spricht von Beschränkungen verfassungsmässiger Rechte; das Ministerium ist gewiss das Erste, dies zu empfinden und zu beklagen. Allein, meine Herren, seien Sie versichert, wenn Sie jetzt das Gesetz annehmen und zu einer gedeihlichen Lösung bringen, so werden Sie damit die ruhige, friedliche und fortschreitende Entwicklung unseres Verfassungslebens in einer Weise sicherstellen, die

jeden Einsatz und jede Einbusse zehn- und zwanzigfach aufwiegt, und das Volk — dessen bin ich sicher — wird für diesen Gewinn den Preis nicht zu hoch achten. (Beifall.)

Es würde vermessen und ungerecht sein, wenn ich die Annahme des Gesetzes meiner Beredsamkeit ausschliesslich zuschreiben wollte. Ich wurde wesentlich durch zwei seitdem hingegangene Kollegen unterstützt, Giskra und Berger, sowie durch die ausgezeichnete Vertretung, welche das Kriegsministerium an dem damaligen Oberst Horst besass.

An die Annahme des Wehrgesetzes, welches in Ungarn schon zuvor angenommen worden war, schloss sich die zweite Delegationssitzung in Pest an. In meinen Erinnerungen finde ich beim Rückblick auf diese Zeit nur angenehme Eindrücke und geringen Anlass zu irgendwie bedeutungsvollen Aufzeichnungen.

Ein eigenthümliches, mehr privatives Intermezzo begegnete mir damals. Man hinterbrachte mir die unangenehme Nachricht, dass in Wien mir meine sämtlichen Orden gestohlen worden seien. Ich begab mich sofort dahin, und es zeigte sich, dass der Diebstahl mit Hülfe eines Hausbewohners vollzogen war, denn die nach der Bastei zu führende Thüre, welche von innen verschlossen war, wurde offenstehend gefunden. Die Polizei hatte sofort eine Belohnung von 200 fl. für die Zustandebringung des Gestohlenen ausgesetzt. Es fand sich auch sofort der Wiederbringer, nämlich ein Trödler, welcher die Orden — es waren über 30 Grosskreuze — für einen Spottpreis gekauft hatte. — Die Polizei — ein neues *specimen* schlauer Polizei — hatte sich beeilt, dem Mann diese Summe zu ersetzen und ihm die Belohnung auszuzahlen, ohne nur daran zu denken, was doch nahelag, ihn darüber zu Rede zu stellen, dass er eine solche Anzahl werthvoller Orden kaufen konnte, ohne sich zu sagen, dass der Eigenthümer von 30 Grosskreuzen sie schwerlich veräussern würde.

Während dieser Session erhielt ich in Ofen das nachfolgende kaiserliche Handschreiben:

Lieber Freiherr von Beust!

Das verflossene Jahr erwarb Ihnen neue Ansprüche auf Meine Anerkennung. Mein Vertrauen sei Ihnen eine stete Mahnung, treu

und unerschrocken auszuharren in Ihrem Berufe. Zum Beweise Meines besonderen Wohlwollens erhebe ich Sie in den erblichen Grafenstand mit Nachsicht der Taxen.

Ofen, am 5. Dezember 1868.

Franz Joseph.

So schloss denn auch dieses Jahr wie das vorausgegangene mit einem freudigen Rückblick und einem freudigen Ausblick. Beide Jahre sollten, wie es einige Verse aus dem Jahre 1871 sagten, zu einem verwelkten Kranz werden.

Nicht ohne Interesse aber ist in Betracht der gezeichneten Namen das nachfolgende Beglückwünschungsschreiben des Ministeriums:

Hochgeborener Graf!

Die Allerhöchste Anerkennung und Auszeichnung, welche durch die Gnade Seiner Majestät Eurer Excellenz soeben zu Theil wurde, gibt den Mitgliedern des Ministeriums der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder den erfreulichen Anlass, Eurer Excellenz die Gefühle der persönlichen Sympathie sowohl als auch der Befriedigung auszusprechen, von welchen dieselben erfüllt sind.

Eure Excellenz haben mit staatsmännischem Blicke und mit ausdauernder Kraft für eine solche Gestaltung der Verhältnisse des Reiches gewirkt, welche nach innen auf freiheitlicher Entwicklung beruht, nach aussen eine Achtung-gebietende Stellung bezielt.

Die huldvollen und entschiedenen Worte, in welchen Seine Majestät dieser politischen Wirksamkeit Eurer Excellenz Seine volle Zustimmung ertheilte, die an Eure Excellenz gerichtete Mahnung Unseres Allergnädigsten Herrn, in Ihrem Berufe treu und unerschrocken auszuharren, enthalten einen neuerlichen Ausdruck des kaiserlichen Willens, dass die Entwicklung der Monarchie fortan auf dem eingeschlagenen Wege zu erfolgen habe.

In dieser Richtung wollen auch wir Eurer Excellenz stets treu zur Seite stehen.

Genehmigen Eure Excellenz den Ausdruck unserer hohen Verehrung.

Wien, am 9. Dezember 1868.

Taaffe. Plener. Hasner. Potocki. Giskra.
Herbst. Brestel. Berger.

XXI. Kapitel.

1869.

Der kretensische Aufstand.

Aus dem Jahre 1868 zog sich in das Jahr 1869 eine Frage, bei der die kaiserliche und königliche Regierung nicht unthätig blieb, an deren friedlichem Austrag sie ihr wohlverdientes Theil hatte und wobei gleichwohl, wie dies nicht anders sein konnte, Graf Beust in den deutschen Blättern als Störenfried behandelt wurde. Es war dies die türkisch-griechische Differenz aus Anlass des kandiotischen, von Griechenland aus unterstützten Aufstandes. Die Haltung Oesterreichs war während dieses Aufstandes eine für die Pforte wohlwollende, sehr im Gegensatz zu jener der anderen Mächte, welche mit Ausnahme Englands eine für die Türkei verletzende und herausfordernde Sprache führten, wobei aber unsererseits im Einklang mit der durch die Depesche vom 1. Januar 1867 inaugurirten Politik der Pforte der wohlmeinende und dringende Rath ertheilt wurde, auf die Bevölkerung noch auf andere Weise als mit Feuer und Schwert einzuwirken. Wie aber die Verdächtigung, als hätten wir auf einen Bruch zwischen der Türkei und Griechenland hingewirkt, unbegründet war, ergibt sich aus den in dem Rothbuch zu findenden Depeschen. Ich nehme die nachstehenden zwei heraus, weil sie heute, wo der nur zu früh verstorbene Baron Haymerle den Ruf eines streng ehrlichen Politikers hinterlassen hat, in Betracht seiner damaligen Thätigkeit als Geschäftsträger in Konstantinopel doppeltes Interesse gewinnen. Aber nicht geringere Aufmerksamkeit verdienen die Worte, welche ich in konsequenter Festhaltung des in der Depesche vom 1. Januar 1867 eingenommenen Standpunktes über die verfehlte Politik der Mächte in der orientalischen Frage in der Depesche ausgesprochen habe, welche am 13. Dezember 1868 an den Baron Haymerle und am 15. Dezember 1868 an den

Fürsten Metternich ergingen. (Zu finden im Rothbuch 1868 Nr. 12. 13. 16. 17. 19. 20. 21. 22. 23.)

XXII. Kapitel.

1869.

Ueber die Presse im Allgemeinen. — Artikel, welche Schatten vorauswerfen.

Man hat oft, und nicht mit Unrecht, gegen das heutige Treiben der Tagespresse den Vorwurf erhoben, dass, abgesehen von den augenblicklichen Vortheilen und Nachtheilen ihrer Thätigkeit, für die Zukunft jedenfalls damit der unparteiischen ruhigen und deshalb wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung Eintrag geschehe. Diese Besorgnis ist nicht unbegründet, denn mehr als ein während der letzten Jahre erschienenes und die vorausgegangenen zwei oder drei Dezennien umfassendes Geschichtswerk zeugte von einer durchwegs einseitigen, weil durch Parteistandpunkt beeinflussten Anschauung. Ein Jahrhundert später, ja vielleicht in fünfzig Jahren, wird es nicht mehr, wie früher, eine Geschichte der europäischen Staaten, sondern deren zwei, drei und vier geben, und es ist schwer, sich im Voraus eine Vorstellung von dem Verlauf zu machen, welchen das Geschichtsstudium alsdann haben wird.

Allein um gerecht zu sein ist in dieser wie in ähnlichen die Presse betreffenden Fragen letztere nicht der allein schuldige Theil, sondern gleiche Verantwortung trifft das lesende Publikum. Man behauptet, die Presse mache die öffentliche Meinung. Gewiss ist dies zu einem grossen Theil der Fall, aber eben so gewiss ist, dass der Geschmack des Publikums die Presse macht. Ist die Presse frivol, so ist sie es, weil das Frivole mehr Absatz findet als das Ernste und Gediegene. Während der Konkordats-Verhandlungen bedachte ein Wiener Witzblatt sein Publikum mit wiederholten, den heiligen Vater und die Bischöfe betreffenden

Karikaturen, was meine ohnedies nicht leichte Aufgabe noch mehr erschwerte. Ich entbot den Herausgeber zu mir und hielt ihm das Ungeeignete der Sache vor.

„Mein Gott," war seine Antwort, „wir haben nichts gegen den heiligen Vater und die Bischöfe, aber mit dem Artikel hat man jetzt Absatz; zahlen Eure Excellenz uns den Entgang, so lassen wir es bleiben."

In einer andern Richtung ist das lesende Publikum ebenfalls der schuldige Theil. Oberflächlich werden die Zeitungen gelesen und ihr materielles Dasein überdauert nicht vierundzwanzig Stunden. An ein aufmerksames Lesen wirklich lesens- und beachtenswerther Artikel denken die wenigsten und niemand denkt an eine Aufbewahrung solcher Artikel, die später einmal für Geschichtsschreibung Werth haben können.

Dass ich selbst bei den vielfachen Beschäftigungen, die mir während meiner Ministerzeit oblagen, die Zeit zu einer solchen Sammlung nicht gewann, wird man verzeihlich finden. Um so dankbarer war ich dafür, dass in Folge Verwendung eines mir befreundeten Abgeordneten, des mir sehr werth gebliebenen Dr. Kuranda, die Redaktion der „Neuen freien Presse" die Freundlichkeit hatte, mir auf einige Zeit ihre Jahrgänge zu überlassen, wovon meine Leser zahlreiche Spuren gefunden haben werden.

Ich schlug den Jahrgang 1869 auf und fand in dem Blatt vom 10. Januar einen Artikel, der als ein Vorläufer und Erklärer späterer Ereignisse gelten kann:

Ich lasse nur einen Auszug daraus folgen.

„Wien, 10. Januar 1869.

„Vor ein paar Wochen einmal trat ziemlich plötzlich in der Presse die Nachricht auf, zwischen dem Reichskanzler und dem ungarischen Minister-Präsidenten habe sich eine antagonistische Nebenbuhlerschaft entwickelt und nehme bedenkliche Formen an. — Während die Einen den Gegenstand übertreiben und unumwunden von dem sich vorbereitenden Sturze des Grafen Beust durch den Grafen Andrassy zu reden anfingen, leugnen die Andern Alles ab, und man sprach von der Sache nicht weiter, ausser wenn ein Journal oppositionellster

Färbung das Bedürfnis fühlte, ein wenig in der öffentlichen Meinung zu schüren. Die Session der Delegationen in Pest kam dazwischen, die beiden Staatsmänner traten dort vielfach gemeinsam auf und man meinte, dass sich auch in dieser Aeusserlichkeit die innere Harmonie Beider abspiegelte. Da trat eine kleine Episode ein. Ein paar ungarische Blätter, die man als vertraute Organe des ungarischen Minister-Präsidenten zu kennen meint, tauschten ihre Ansichten über die auswärtige Politik aus, und dem unbefangenen Beobachter drängte sich der Verdacht auf, dass Graf Andrassy einen Versuch mache, von Ungarn aus die auswärtige Politik des Grafen Beust zu desavouiren. Die Gereiztheit der beiden Pressbureaux trat eklatant hervor, verschwand aber bald wieder hinter etlichen beschwichtigenden Phrasen, und abermals schien über den beiden Staatsmännern die Sonne der Eintracht. Da plötzlich brechen unmittelbar nach Neujahr die Offiziösen mit einem Freudengeschrei hervor und erzählen der Welt, die nichts Böses ahnt, dass der ungarische Minister-Präsident in Wien erschienen sei, sich hier mit dem Reichskanzler vollkommen auseinandergesetzt habe und dass nun Beide wieder die besten Freunde mit einander geworden. Das ist der Thatbestand. Wir mussten ihn rekapituliren, um ein Bild des Stoffes zu geben, auf den wir allein angewiesen sind. Zwar könnten wir es hiebei bewenden lassen, denn gläubig, wie wir gegenüber den offiziösen Blättern allezeit sind, hätten wir ja alle Ursache, mit dem sonnigen Stande der Sache vollkommen zufrieden zu sein. Es ist uns zwar nie klar geworden, worüber denn eigentlich Graf Andrassy mit dem Grafen Beust uneinig geworden, aber wenn sie es waren, so braucht uns dies nicht weiter anzufechten, da nun das Bulletin unbedingt friedlich klingt. Indessen fürchten wir, dass die Unfriedfertigkeit wiederkehren könnte, da erfahrungsgemäss unter Zweien, die mit einander verbunden sind, die häusliche Eintracht immer bedroht bleibt, wenn sie erst einmal, sei es auch nur für eine kurze Stunde, gestört worden. Und so behält denn die häusliche Episode zwischen dem Reichskanzler und dem ungarischen Minister-Präsidenten vielleicht auch künftig noch ihre Nutzanwendung. Allerdings sehen wir, wie wir auch unser Bisschen Scharfsinn aufbieten mögen, noch immer nicht, worin denn eigentlich Graf Andrassy mit dem Grafen Beust unzufrieden sein kann, da wir bekanntlich immer gefunden haben, dass in ganz Oesterreich kaum ein Staatsmann entdeckt werden könnte, der zu Gunsten Ungarns so viel vollbracht, wie just Graf Beust, und wenn es heute noch zweckmässig wäre, abzurechnen, was, wem und von wem bei dem ge-

schlossenen Ausgleiche zwischen Oesterreich und Ungarn mehr vergeben worden, wahrlich dann wären es nicht die Ungarn, die vom Reichskanzler etwas zu reklamiren Ursache hätten. Wenn wir auf unserer Rechtsseite es vermeiden, solche Reklamationen zu erheben, so sind wir uns wohl bewusst, warum wir dies unterlassen; denn wir würdigen den politischen Hauptgedanken, von welchem der Reichskanzler beim Ausgleiche und dann ja auch unsere Vertretung selber bei dessen Ratifikation geleitet wurde und um dessen willen wir uns mit Opfern ohne Beispiel auch die Pflicht auferlegten, jeder Rekrimination zu entsagen. Allein wenn aus dieser Selbstverleugnung Eines nicht abgeleitet werden darf, so ist es etwa ein Klagerecht Ungarns, und es würde uns an Worten fehlen, stark genug, eine Politik zu geisseln, die noch im Namen Ungarns den Grafen Beust anzuklagen den Muth hätte.

Ungarn kann es also nicht sein, um dessen willen Graf Andrassy mit dem Reichskanzler hadert. Aber auch in der auswärtigen Politik des Grafen Beust könnten, wie uns scheint, die Ungarn sich unbedingt demselben anschliessen. Wir wenigstens meinen, dass wir selber, denen nach Lage der Dinge der Friede Lebensbedürfnis geworden, nicht friedensbedürftiger sein können, als Ungarn es zu sein Ursache hat. Immerhin mag sich Ungarn ritterlicher Kriegslust rühmen, aber jeder Einsichtige dort wird gleich uns wissen, wie unerlässlich gerade für Ungarns jetzige Entwicklung der Friede geworden ist. Und dieser Nothwendigkeit gehorchen sehen wir den Grafen Beust.

Auch wir schmeicheln uns, mit offenen Augen dem Treiben in Europa zuzuschauen, allein nirgends noch haben wir den Grafen Beust auf dem Versuch betroffen, den Frieden des Reiches zu kompromittiren. Wahrlich, wenn unsere Sympathien für diesen Staatsmann die hochgradigsten wären, wir würden sie in uns erdrücken, sobald wir das erste Mal sähen, dass Graf Beust nach irgend einer Seite provozirend auftritt und uns in Konflikte zu verwickeln sucht. Bis zur Stunde haben wir nur das Gegentheil wahrgenommen, und diese Politik wird ja wohl auch den Interessen Ungarns die förderlichste sein, es müsste denn sein, dass es Ungarn nicht in sein Programm passt, Oesterreich zu erhalten — ein Verdacht den wir nicht auszusprechen wagen möchten, bevor dafür nicht handgreifliche Beweise vorliegen."

In einem bald darauf folgenden Artikel findet sich aber das Nachstehende:

„Beust soll gestürzt und den Deutschen die Existenz in Oesterreich verleidet werden.“ Das spricht die „Berliner National-Zeitung“ in einem Artikel über die Wahlen in Ungarn unumwunden aus. „Eines“, sagt dieses Blatt, „aber fehlt den Ungarn bis jetzt noch, und das ist die Leitung der auswärtigen Politik ihres Landes und der verbündeten anderen Reichshälfte. Der Einfluss, den sie in dieser Beziehung bis jetzt besitzen, ist ein durchaus unzulänglicher und mangelhafter, und wegen dieses Grundgebrechens ihres augenblicklichen Staatsrechtes sind sie zur Zeit noch nicht Herren ihrer selbst. Denn ein Volk oder ein Land, welches seine diplomatischen Geschäfte nicht in der eigenen Hand hat, ist kein souveränes Land im vollen Sinne. Die Delegationen sind eine Einrichtung, durch welche nur höchst oberflächlich verschleiert wird, dass das selbstherrliche kaiserliche Kabinet in Wien den untergebenen Völkern ihre Schicksale braut. Muss auch der Reichskanzler auf den Grafen Andrassy und dessen Landsleute eine gewisse Rücksicht nehmen, so hat er doch in seiner Hand alle Fäden, aus welchen er das Gespinnst der Kriegs- und Friedensfragen verfertigt, und dem ungarischen Reichstage steht noch kein Minister des Auswärtigen Rede. Dass dies besser werde, dahin müssen die Ungarn vor allen Dingen streben. Denn hier liegt die Entscheidung darüber, ob es ihnen wirklich beschieden ist, ein freies Reich zu werden, eine freie Nation.“

So warfen die Dinge, welche Ende 1871 vor sich gingen, bereits 1869 ihre Schatten voraus.

XXIII. Kapitel.

1869.

Besuch des Grafen Bismarck in Dresden. — Brief des Königs Johann über Bismarck's Verstimmung gegen mich. — Die belgisch-französische Eisenbahn-Verhandlung und der österreichische Generalstabs-Bericht über 1866. — Beides Gravamina gegen mich. — Gegenseitige Abrüstung. — Meine Aufwartung bei der Königin Augusta in Baden. — Besuche des Kronprinzen Friedrich Wilhelm in Wien und des Erzherzogs Karl Ludwig in Berlin.

Bei dem damaligen Bundeskanzler Grafen Bismarck hatte ich zu jener Zeit das Unglück, schlecht angeschrieben zu sein.

Was er selbst über den Grund seiner Unzufriedenheit mit mir sagte und was ich über diese Begründung dachte, erhellt aus der nachstehenden Korrespondenz zwischen mir und dem hochseligen König Johann von Sachsen. Graf Bismarck hatte sich zu der am 12. Dezember stattfindenden Geburtstagsfeier des Königs nach Dresden begeben, und der König hielt es für seine Pflicht, mir rathend und warnend zur Seite zu treten. Meine Antwort legte ich Seiner Majestät dem Kaiser vor und erhielt sie mit der Randbemerkung „ganz vortrefflich" zurück.

Wien am 7. Januar 1869.

Euer Majestät

geruhen vor Allem meine angelegentlichsten Entschuldigungen zu genehmigen, wenn ich erst heute die Feder ergreife, um die vielleicht von Allerhöchstdenselben schon längst erwartete Erwiderung des gnädigsten Schreibens vom 24. v. M. zu Papier zu bringen. Dass ich gerade während der letztverflossenen Wochen mehr noch als sonst mit Geschäften und Sorgen aller Art bedrängt war, kann allein mir nicht gehoffte Vergebung sichern; der Hauptgrund meines Zögerns war der zufällige Mangel einer sicheren Gelegenheit, die sich mir erst jetzt bietet.

Vor Allem beeile ich mich. Eurer Majestät nun meinen tiefsten Dank für die an mich gerichtete Ansprache darzubringen. Es war dies ein neuer Beweis unschätzbaren Vertrauens und wahrhaften Wohlwollens, der mir grosse Freude bereitete, ungeachtet der Gegenstand selbst so wenig erfreulicher Natur war.

Mit vollster Offenheit werde ich dieselbe erwidern. Die Menschen und Dinge, welche dabei im Spiele sind, kenne ich leider zu gut, als dass ich der Hoffnung Raum geben könnte, es werde mir gelingen, selbst durch Eurer Majestät gerechte Vermittlung dort die Erkenntnis der Wahrheit zu erreichen, wo sie am meisten Noth thäte. Woran mir vor Allem liegt, ist in Eurer Majestät Augen eine gerechte Beurtheilung zu finden, und ich weiss, dass mir diese nicht versagt sein wird.

Ich wende mich nun aktenmässig zu den artikulirten Beschwerden.

Ich entnehme deren zwei aus Eurer Majestät Schreiben: Zunächst die Behandlung und Aufnahme der bezüglich der Usedom'schen Depesche hieher gerichteten Explikationen, und sodann die Aufnahme der diesseitigen Depesche wegen Nord-Schleswig in das Rothbuch.

Was den ersteren Gegenstand betrifft, so sind zwar Eurer Majestät durch Baron Werner bereits wiederholte Mittheilungen unterbreitet worden; ich erlaube mir jedoch noch eine Abschrift des diesfälligen Erlasses beizulegen, worin Graf Bismarck eine Zurückweisung erblicken will. Ich habe erst in den letzten Tagen einen Beweis höchster Selbstbeherrschung und Selbstverleugnung gegeben, indem ich die von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" provozirte Veröffentlichung dieses Aktenstückes unterliess, obschon ich sicher war, damit nicht allein jenen Vorwurf der Zurückweisung gründlich zu beseitigen, sondern auch in Wien und namentlich in den mir nicht geneigten Kreisen einen wahren Beifallssturm hervorzurufen.

Die sogenannte preussische Entschuldigungs-Depesche, welche beiläufig von den preussischen Zeitungen mit höhnenden Worten in Abrede gestellt wurde und dadurch einen ganz sonderbaren Charakter der Vertraulichkeit gewann, war eine vielleicht gut gemeinte, aber darum nicht minder unbegreifliche Taktlosigkeit, die man heute selbst in Berlin begriffen und bereut hat.

Privatissime sagte ich Herrn von Werther Folgendes: „Wenn es beispielsweise zu meinen Ohren kommt, dass Sie einen schlechten Propos über mich gehalten haben, so kann ich das ignoriren; wenn Sie aber zu mir kommen und sagen, Sie haben es in keiner bösen Absicht gethan, dann fügen Sie mir eine Beleidigung zu, denn Sie muthen mir zu, etwas zu glauben, woran Sie selbst gar nicht denken!"

Dieser Eindruck dürfte in der Beilage in schonendster diplomatischer Form wiedergegeben sein. Es kam nun aber dazu, dass gleichzeitig Graf Usedom unserem Gesandten in Florenz lachend erzählte, er habe die abgeleugnete Instruktion zu der Note in Händen.

Woher Verlautbarungen im „Mémorial diplomatique" gekommen, das nicht blos mit der österreichischen Botschaft in Verbindung steht, ist mir unbekannt geblieben.

Ich möchte nicht in den Berliner Verdächtigungsfehler verfallen, aber gewiss ist, dass die Tendenz jener uns in die Schuhe geschobenen Analyse eine preussische war, denn auffälligerweise wurde das ausgelassen, was wir gerne veröffentlicht hätten: die verbindlichen und freundlichen Worte für Preussen und die sehr verständliche Hinweisung auf die preussischen Umtriebe in Böhmen und Ungarn.

Was die Depesche wegen Nord-Schleswig betrifft, so kann ich den gerügten Formfehler nicht zugestehen.

Graf Bismarck muss nie einen Blick in das englische Blaubuch geworfen haben, wenn es ihm etwas Neues ist, dass eine Depesche

erscheint, die nicht zur Kenntnis der betreffenden fremden Regierung gelangt war. Die Aufnahme der Depesche selbst in das Rothbuch erfolgte in der besten und friedfertigsten Absicht, und dies wurde auch allgemein bekannt. Preussische Blätter hatten fortwährend insinuirt, wir korrespondirten mit Paris über die nord-schleswigische Frage und wollten daraus Kapital schlagen.

Die Depesche bewies das Gegentheil und bezeugte, wie wir in Folge der von Graf Bismarck an uns in öffentlicher Parlamentssitzung gerichteten Aufforderung uns in einer Weise geäussert hatten, wie es nur der beste Freund Preussens thun konnte. Denn wenn auch Graf Wimpffen die ihm überlassene Mittheilung der Depesche auf den Wunsch des dänischen Gesandten unterliess, so waren jene Rathschläge Herrn von Werther ausführlich dargelegt worden.

Allein ich darf wohl an Eure Majestät die ehrerbietige Frage richten: ob jene Vorgänge hinreichen, um die beispiellose Hetze zu rechtfertigen, oder nur annähernd zu erklären, welche in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegen mich losgelassen wird, in einem Blatt, das sich zur preussischen Regierung genau eben so verhält wie das „Dresdener Journal" zur sächsischen? Diese Ausfälle werden hier mit unendlicher Langmuth entgegengenommen, obschon die darin vorwaltende Unwahrheit uns mit wahrem Ekel erfüllt. Man möchte noch solche frivole Aeusserungen hingehen lassen, wie z. B. die von der Wiener Kriegspartei, während in Wien nicht drei Menschen zu finden sind, welche den Krieg wollen. Was soll man aber zu der Dreistigkeit sagen, mit welcher die Lügen von einem Zerwürfnisse Oesterreichs mit den Westmächten in der orientalischen Frage und von der Hetzerei Oesterreichs im griechisch-türkischen Konflikte auf Kommando Wochen-lang wiederholt werden, obschon wir genau wissen, dass die preussische Regierung sowohl in London und in Paris als auch in Konstantinopel darüber längst eines Besseren belehrt wurde. Eben so verhält es sich mit den österreichischen Manövers in der Presse, welche geradezu an das Lächerliche streifen. Die alles Mass überschreitenden persönlichen Angriffe rühren mich am wenigsten, sie gereichen mir hier zum Vortheil und Eure Majestät wissen, dass Hass und Rache zwei Dinge sind, zu denen mich die Natur unfähig gemacht hat. Ich meinerseits habe dem Grafen Bismarck persönlich nie weh gethan, er that es bei mehreren Gelegenheiten und nicht in der edelsten Weise. Ich werde die Erinnerung daran nie in die Politik übertragen.

Mein Verschulden liegt aber ganz wo anders. Mein Unrecht be-

steht darin, das Oesterreich sich stärker gezeigt hat als man geglaubt, dass hier Dinge zu Stande gekommen sind, die in Preussen geniren, dass ich ein wachsames Auge auf das habe, was um uns herum vorgeht, dass Preussen auf Ungarn trotz alledem und alledem nicht rechnen kann, dass es uns endlich gelungen ist, ohne Frankreich den Weg nach Deutschland zu ebnen, die Wege von Berlin nach Paris etwas ungangbar zu machen. Wir können den Krieg nicht wünschen und wir haben viel dazu beigetragen, ihn zu verhindern; wir haben aber auch dafür zu sorgen, dass der Friede nicht über unsere Köpfe hinaus und wider uns gemacht werde.

Die von Seiner Majestät dem Kaiser verkündete Politik, die den Gedanken der Wiedervergeltung ausschliesst, ist ehrlich und konsequent verfolgt worden; aber freilich mag es Denen, welche sechzehn Jahre lang über die Revanche für Olmütz brüteten, schwer werden, zu verstehen, wie man Nikolsburg so schnell vergessen konnte.

Von den vielfachen Klagen, die wir gegen Preussen zu erheben berechtigt wären, will ich schweigen, aber nicht unerwähnt lassen, dass ich längst vor dem Erscheinen des Rothbuches und als Graf Bismarck noch in Varzin war, von Berlin aus Mittheilungen erhielt, die mich auf einen gegen meine Person beabsichtigten Feldzug vorbereiteten.

Indem ich nochmals für die mir gnädigst gemachte Mittheilung meinen aufrichtigsten Dank Eurer Majestät zu Füssen lege, verharre ich etc.

War die Sprache des Grafen Bismarck gegenüber dem König eine gemessene, so konnte dies nicht von den an Heftigkeit sich überbietenden Ausfällen der preussischen Blätter gesagt werden. Da die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sich darin besonders hervorthat, also ein offiziöses Organ, so konnte ich die Abwehr nicht vermeiden. Ich muss es aber rühmend anerkennen, dass ich dabei die entschiedenste Unterstützung von Seiten aller unabhängigen Blätter Wiens fand. Was gegen mich ins Feld geführt wurde, war mehr Vorwand als ernste Beschwerde. Dahin gehört vor Allem das Rothbuch und in diesem eine an Graf Apponyi in London gerichtete Depesche, worin ich in Erwiderung einer Aeusserung Lord Stanley's, wir sollten uns an Preussen halten,

erklärte, wir verlangten nichts besser, hätten aber bisher die Erfahrung gemacht, dass wir Preussen in allen Stadien der orientalischen Angelegenheiten nicht auf unserer Seite fanden. Dies war vollkommen der Wahrheit entsprechend. Eine wohlwollende Deutung jener Depesche hätte zu der Auffassung führen müssen, dass wir den Weg zeigten, auf welchem wir uns mit Preussen begegnen und verstehen könnten, und es gehörte eben eine übelwollende Deutung dazu, um herauszufinden, dass wir Preussen verdächtigen wollten.

Dazwischen fiel die Delegations-Sitzung in Wien, und es verlautete, dass ich in der Ausschuss-Sitzung der ungarischen Delegation, wo die preussische Verstimmung zur Sprache kam, geäussert habe, es sei von hier aus Preussen wiederholtes Entgegenkommen gezeigt worden, was aber nicht die gewünschte Erwiderung gefunden habe. Diese vertrauliche und nicht für die Oeffentlichkeit bestimmte Aufklärung, welche der Wahrheit vollkommen entsprach — denn notorisch war für mein Entgegenkommen in der Frage der Regimentsinhaber, der Zollverhandlungen, der von Preussen im Widerspruch mit dem Prager Frieden abgeschlossenen süddeutschen Militär-Verträge keine andere Reciprozität erfolgt als die Werther'sche Pester Depesche — wurden preussischerseits aufgegriffen und die Berliner Blätter beeilten sich zu erzählen, das sogenannte diesseitige Entgegenkommen beruhe so wenig auf Wahrheit, dass Graf Bismarck ein halbes Jahr lang den Grafen Wimpffen nicht zu sehen bekommen habe. Damit hatte es freilich eine die Situation am besten illustrirende Bewandtnis. Graf Wimpffen hatte mir wiederholt geschrieben, dass die Gereiztheit des Grafen Bismarck sich im Privatgespräch mit Anderen noch mehr als in den Zeitungen offenbare. In Folge dessen gab ich ihm den Rath, lieber eine Zeit lang den Grafen Bismarck gar nicht aufzusuchen, da ich eine stillschweigende Hinnahme eines leidenschaftlichen Ausfalls eben so wohl als eine scharfe Replik vermieden zu sehen wünsche. Graf Bismarck hatte sich alsbald darauf nach Varzin begeben, bei dessen Rückkehr nach Berlin

aber befand sich Graf Wimpffen in Urlaub, wodurch sich sein längeres Fernbleiben erklärte.

Dass die eben erwähnte Instruktion dem aufrichtigen Wunsche entsprang, Konflikte zu vermeiden, und dass sie eine in den Umständen begründete Berechtigung hatte, beweist die nachstehende Stelle eines Privatbriefes, welchen Graf Wimpffen am 13. Oktober 1868 an mich richtete:

„Dass Sie den Grafen Bismarck sehr geniren, steht ausser Zweifel, und ich weiss, dass er Sie für seine antiösterreichischen Pläne für gefährlich hält. Dies verdient kaum noch der Erwähnung; zu meinen letzten Zeilen veranlasst mich aber der Umstand, dass, wie ich ganz bestimmt weiss, vor ungefähr 14 Tagen von Leuten, die reine Kreaturen des Grafen Bismarck sind, hier erzählt wurde, dass die Stellung des Baron Beust beim Kaiser allerdings noch eine feste sei. Dies komme aber nur daher, weil Baron Beust sich seiner Mittel, namentlich auch der Presse, bediene, um dem Kaiser die Wahrheit zu verbergen und Ihm die Dinge anders darzustellen, als sie wirklich sind.“

Einem früheren Privatschreiben des Grafen Wimpffen entnehme ich folgende Worte:

„Die meisten meiner deutschen Kollegen zeigen mir den lebhaftesten Antheil an dem zunehmenden Wohlstande in Oesterreich und an den unausgesetzten Bemühungen Eurer Excellenz. Sie scheinen nicht recht zu begreifen, dass Ihre versöhnlichen Absichten von hiesiger Seite so wenig Anerkennung und Entgegenkommen finden. Ganz unerklärlich fanden sie das Verhalten Preussens in der Usedom'schen Notensache, und meine Worte über diesen misslichen Vorfall waren nicht geeignet, sie über den sehr unangenehmen und outrirenden Eindruck zu beruhigen, den derselbe allenthalben in Oesterreich, besonders auch bei Eurer Excellenz, erzeugen und zurücklassen musste.“

Ich habe jenes Zwischenfalls der Usedom'schen Depesche in dem zu Eingang dieses Kapitels ersichtlichen Antwortschreiben an den König Johann Erwähnung gethan. Um volles Licht über den damaligen Vorgang zu verbreiten, ist es mehr als dienlich, den vollen Inhalt der an den kaiserl. Geschäftsträger in Berlin unterm 27. August 1868 ergangenen Depesche, den man dort so übel genommen, hier folgen zu lassen:

Dieser Tage hat mir Freiherr von Werther die Depesche vorgelesen, welche ihm vor einiger Zeit über die Usedom'sche Note vom 17. Juni 1866 aus Berlin zugegangen und deren Ankunft auf seinen Wunsch mir auch schon nach Gastein signalisirt worden war.

Nicht als ob ich Ew. in Erwiderung dieser Mittheilung heute einen Auftrag zu ertheilen hätte, berühre ich die Unterredung, welche ich bei solchem Anlasse mit dem H. Gesandten hatte — Sie kennen meine Art zu denken und zu handeln genug, um zu wissen, wie gerne ich jede nachträgliche Erörterung vermieden hätte und ferner vermeide.

Nur für den Fall, dass über den Sinn meiner Aeusserung in Berlin verschiedene Versionen in Umlauf kommen sollten, möchte ich Ihnen die richtige zur Verfügung stellen, und muss deshalb aus der vorgelesenen Depesche, deren Wortlaut ich freilich nicht studiren konnte, da ich absichtlich eine wiederholte Lesung mir zu erbitten unterliess, nach dem Gedächtnis an diejenigen Punkte anknüpfen, welche Freiherr von Werther besonders hervorzuheben schien. Was also den Inhalt dieser Depesche des kgl. preussischen Kabinets betrifft, so gesteht dieselbe vor Allem den ungünstigen Eindruck zu, welchen die Usedom'sche Note an General La Marmora bei der k. k. Regierung wohl zurückgelassen haben könne. Sie konstatirt, dass diese Note — ohne Autorisation des kgl. Kabinets abgefasst — erst später zu dessen Kenntnis gelangt sei. Sie betont — zur Vertheidigung der von Preussen wirklich ergriffenen Kriegsmittel — ganz besonders die damals vermuthete überlegene Macht Oesterreichs. Was aber jene Mittel betrifft, sodann den Geist und die Ausdrucksweise der dieselben empfehlenden Note des Grafen Usedom, so legt sie Werth darauf, dass die Gesinnung des preussischen Kabinets in Wirklichkeit eine ganz andere sei, und weist namentlich die Voraussetzung zurück, als wenn gegenwärtig noch ähnliche Anschauungen und Veranstaltungen der befreundeten österreichischen Regierung gegenüber gedacht werden könnten. Schliesslich gibt die Depesche der Hoffnung Raum, dass der Eindruck jenes Vorganges keine bleibenden Folgen haben werde.

In meiner Erwiderung auf die vernommenen Ausführungen sprach ich zuerst natürlich die Befriedigung aus, welche schon der Wunsch der preussischen Regierung, einen ungünstigen Eindruck zu verwischen, bei uns hervorzubringen nicht verfehlen könne. Ich müsse zwar bekennen, dass, hätte man mich im Voraus darum gefragt, ich die Ansicht nicht verhehlt haben würde, es wäre am besten gewesen, über einen nicht mehr ungeschehen zu machenden Vorgang völliges Stillschweigen walten zu lassen. Ich machte bemerklich, dass weder von

meiner Seite noch von Seiten der k. k. Gesandtschaft in Berlin zu einer diesfälligen Auseinandersetzung Anlass gegeben worden sei. Da nun aber trotzdem eine Erörterung des so peinlichen Gegenstandes hervorgerufen werde, und man mir gegenüber auf Einzelnheiten desselben näher eingehe, so dürfe ich den H. Gesandten nicht darüber im Unklaren lassen, dass der ungünstige Eindruck, welchen die Usedom'sche Note in Oesterreich zurückgelassen, in Wahrheit ein tiefer und allgemeiner sei, bei der Regierung wie bei allen Parteien und Nationalitäten. Die in dieser Note entwickelte Politik und die darin empfohlenen Mittel wären allerdings solcher Natur gewesen und überschritten derart die bisher von dem weitest gehenden Liberalismus beobachteten Rücksichten gegen den völkerrechtlichen Bestand des europäischen Staatensystems, dass ich für meinen Theil sehr geneigt gewesen wäre, die ganze Note — unerachtet sich deren Unterzeichner am Schlusse auf die Instruktionen seiner Regierung beruft — nur als die Auslassung eines einzelnen preussischen Gesandten und nicht der preussischen Krone anzusehen. Allein wenn die Sprache des Gesandten wirklich, nachdem sie in Berlin bekannt geworden, alsbald Missbilligung erfahren hätte, warum sei nicht ein rektifizirender Erlass darauf erfolgt, der ja noch heute publizirt werden könnte? Statt dessen sei leider nicht zu verkennen, dass die spätere Aktion dem Inhalte der Note durchaus entsprochen habe. Und wenn von Berlin aus jetzt dagegen eingehalten werde, dass es sich für Preussen damals gegenüber einer vermutheten überlegenen Macht um die eigene Existenz und Rettung gehandelt habe, so sei ja die Klapka'sche Legion — aus österreichischen Kriegsgefangenen — selbst dann noch in Szene gesetzt worden, nachdem die Schlacht von Königgrätz jeden Zweifel an der damaligen Ueberlegenheit Preussens beseitigt hatte. Die Formation der Legion sei nicht möglich gewesen ohne das in der Usedomschen Note so besonders hervorgehebene sorgfältige Studium der ungarischen Frage und ohne seit langer Zeit gepflegte Verbindungen mit den Parteiungen in Ungarn — Verbindungen welche auch in späteren Aktenstücken, die der Periode nach dem Friedensschluss angehörten, noch zu Tage getreten seien.

Trotz allem dem seien wir der Meinung, vergangen möge vergangen bleiben, und wie wir längst auf unnütze Rekriminationen und auf Wiedervergeltungen verzichtet, so hätten wir Preussen noch ganz neuerlich wohl bewiesen, dass wir jeden Anlass zu Reibungen sorgfältig vermeiden. Wir seien auch für die Zukunft gerne bereit, allen Friedensversicherungen Preussens Glauben zu schenken. Wir hegten

in der That auch keine Besorgnis, dass in Zeiten tiefen Friedens wie gegenwärtig Gefahren von der Natur Garibaldi'scher Expeditionen uns bedrohen dürften. Wir wünschten aber offen und ernstlich, dass auch solche Verbindungen und Anknüpfungen künftig ferngehalten bleiben, welche zu den Zeitumständen des Friedens in dem gleichen Verhältnisse stehen, wie Garibaldi'sche Expeditionen zur legitimen Kriegführung. Wir hegten also schliesslich die begründete Zuversicht, dass die Versicherungen der Depesche gleich ernstlich gemeint seien wie unsere unverkennbaren thatsächlichen Friedensbestrebungen. In diesen Gesinnungen hofften wir uns mit dem preussischen Kabinete bei allen vorkommenden Fragen zu begegnen.

Diese hier wiedergegebenen Aeusserungen von meiner Seite — ich muss es Ew. wiederholen — sind zunächst nur zu Ihrer eigenen Information bestimmt, sollen aber auch zur Bemessung Ihrer Sprache dienen, sobald Ihnen ein dringender Anlass dazu geboten wird. In diesem Falle wollen Sie nicht unterlassen, mir davon in Ihren Berichten Erwähnung zu thun und empfangen etc.

Wie es in solchen Lagen augenblicklicher Verstimmung nicht selten zu geschehen pflegt, so mehrten sich auch diesmal wie auf Verabredung zufällige Anlässe neuer Verbitterung.

Die französische Regierung stand damals mit der belgischen in Verhandlung wegen Uebernahme des Betriebes von Seiten französischer Bahnen auf belgischen Linien. Der damalige langjährige belgische Gesandte in Berlin, Baron Nothomb, welcher dort einstens mein Kollege gewesen, liess mich durch Graf Wimpffen um meine Ansicht bitten. Ich entsprach diesem Wunsch durch die Depesche an Graf Wimpffen, worin ich mich dahin äusserte, dass ein Eingehen auf die französischen Vorschläge mir unbedenklich erschiene, wobei ich an den Vorgang des deutschen Zollvereins erinnerte, welcher die Selbstständigkeit der beitretenden Staaten nie beeinträchtigt, vielmehr zur Folge gehabt habe, dass die Regierungen der deutschen Mittelstaaten seitdem viel eifersüchtiger über ihre Selbstständigkeit wachten. Diese doch sicher nicht gesuchte Intervention wurde mir sehr übelgenommen, obschon ich heute noch nicht zu begreifen vermag, welchen Grund man in Berlin zum Argwohn haben konnte.

denn die belgische Neutralität bürgte für die Ausschliessung weiter greifender französischer Usurpation, und das Jahr 1870 hat bewiesen, wie ängstlich über diese Neutralität gewacht wurde.

Es kam hinzu, dass der preussische Gesandte in Dresden von der Missbilligung seiner Regierung dem sächsischen Minister Baron Friesen und dieser hinwiederum dem österreichischen Gesandten Baron Werner davon gesprochen und dieser endlich hierüber berichtet hatte, was mir Veranlassung gab, in einer an letzteren gerichteten Depesche die Sache in das rechte Licht zu stellen. Diese Depesche fand ich kein Bedenken in das Rothbuch aufzunehmen, weil mir damit das Mittel geboten wurde, vielfache irrige Auffassungen von Zeitungen zu widerlegen, ohne mit diesen in eine Polemik zu gerathen.

Endlich — *last not least* — wurde ich sehr unschuldigerweise in Mitleidenschaft gezogen gelegentlich des damals erschienenen Generalstabswerkes über den Feldzug von 1866. Begreifliche Rücksichten lassen es mich vorziehen, den Hergang nicht selbst zu erzählen, sondern den betreffenden Artikel der „Neuen freien Presse“ nachstehend wiederzugeben:

Zur Geschichte des Jahres 1866.

Wien, 17. April.

Die Welt ist bisher der Meinung gewesen, dass König Wilhelm von Preussen nur mit dem tiefsten Widerstreben 1866 in den Krieg gegen Oesterreich zog, und dass dieser Souverän nur mit schwerem Herzen nach der Königgrätzer Schlacht seine Zustimmung zu den definitiven Einverleibungen von Hannover, Kurhessen, Nassau und Frankfurt gab. Preussische Darstellungen schilderten den Grafen Bismarck als den Schöpfer dieser Ereignisse und erzählten, dass der Minister die härtesten Kämpfe zu bestehen hatte, um den königlichen Widerstand gegen den Krieg zu brechen und die gründliche Ausnützung des militärischen Erfolges zu sichern. Der König lag, diesen Darstellungen zu Folge, fortwährend im Ringen zu Gott, bevor er zu den entscheidenden Entschlüssen bewogen werden konnte, und als schon Alles gewonnen schien, soll er noch lange, lange geschwankt haben. Der Welt ist ferner die Meinung beigebracht worden, dass Preussen mit Oesterreich Frieden schloss, bevor es ihm den Dolch völlig ins

Herz gestossen, lediglich aus dem Grunde, weil es mit der Auflösung des Deutschen Bundes und der Ausschliessung Oesterreichs für die Einheit und Grösse des deutschen Vaterlandes genug gethan zu haben glaubte. Das sind aber lauter falsche Vorstellungen gewesen; Graf Bismarck war nicht der schöpferische und leitende, alle Hindernisse bewältigende Geist; dem Könige selbst, dem Könige allein gebührt alles Verdienst um die Schöpfung Grosspreussens. Und nicht etwa ein boshafter Schalk stellt diese Behauptung auf: Graf Bismarck selbst thut dies in jener durch die offizielle Darstellung der Kämpfe Oesterreichs im Jahre 1866 an das Tageslicht gebrachten Depesche vom 20. Juli an den Grafen von der Goltz, welche wohl bestimmt ist, kein geringeres Aufsehen zu erregen als seinerseits die Usedom'sche Depesche.

Die Echtheit des Wortlautes dieser höchst merkwürdigen Depesche vom 20. Juli 1866 ist nicht in Frage zu stellen, und es geht aus diesem Aktenstück hervor, dass die ganze Welt über den Antheil der Persönlichkeit des Königs von Preussen an den damaligen Ereignissen irregeleitet worden war. Aus dieser Depesche ergibt sich auch, dass König Wilhelm am liebsten den Kampf fortgesetzt und, wie es in der Usedom'schen Depesche projektirt war, den Stoss in des Gegners Herz geführt hätte.

Nicht etwa der Umstand, dass nach der Zerschmetterung der Italiener bei Custozza und Lissa der Plan, den Letzteren im Herzen Oesterreichs die Hand zu reichen, unausführbar geworden war, und auch nicht die Erwägung, dass Oesterreich nach Königgrätz noch immer eine Armee von 200 000 Mann hinter der Donau aufstellen konnte, hatte den König von Preussen bestimmt, in den Waffenstillstand zu willigen, sondern „nur die Rücksicht auf den Kaiser Napoleon" gab dabei den Ausschlag. Frankreichs Einfluss allein hielt also den König von Preussen in seinem Siegeslaufe ab; Kaiser Napoleon rettete Oesterreich vor der gänzlichen Zermalmung von Preussen. Alles das ist aber das diametrale Gegentheil dessen, was die Unterrichteten in Preussen bisher behauptet und geleugnet hatten. Aber die Depesche Bismarck's an Goltz enthält noch ganz andere Dinge, von denen sich die Welt bislang nichts hat träumen lassen.

Nicht Bismarck's Politik hat die Souveräne von Hannover, Kurhessen und Nassau entfernt, o nein, König Wilhelm hat es so gewollt, der die Bedeutung eines Norddeutschen Bundes sehr gering anschlug, „und vor Allem Werth auf Annexionen legte". Und damit von der Goltz ja nicht glaube, Graf Bismarck schreibe dies, um

Napoleon gegenüber seine Eroberungspolitik durch die Person des Königs zu decken, fügt der Minister ganz im Vertrauen hinzu, König Wilhelm habe erklärt, er werde lieber abdanken als **„ohne bedeutenden Ländererwerb für Preussen zurückkehren“.** — Der König habe denn auch schon den Kronprinzen berufen, um eventuell den Thronfolger bei der Hand zu haben.

Wenn also Napoleon den Widerstand gegen die preussischen Annexionen aufrecht erhielt, so wollte König Wilhelm lieber die Krone niederlegen und seinem Sohne die Vollbringung der Annexionen überlassen. Daraus ergibt sich nun Zweierlei: Erstens, dass König Wilhelm irgendwie persönlich, vielleicht durch ein gegebenes Wort, Napoleon gegenüber gebunden war und nur durch die Drohung mit seiner Abdankung seiner Zusage entbunden werden konnte; zweitens, dass Preussen, wenn es, wie es die Bismarck'sche Depesche besagt, nur aus Rücksicht für Kaiser Napoleon unter der Bedingung der Zustimmung Frankreichs zu den Annexionen in den Waffenstillstand willigte, seinen Ländererwerb eben Napoleon dankte. Ferner geht aus der Bismarck'schen Depesche hervor, und das scheint uns das Allerwichtigste, dass die preussische Politik mit der Zertrümmerung des Deutschen Bundes und der Ausschliessung Oesterreichs aus Deutschland nicht auf die Einigung des ausserösterreichischen Deutschlands abzielte, sondern lediglich auf die Vergrösserung Preussens. Ein Grosspreussen und kein Deutschland, darauf allein wurde in Berlin Werth gelegt. Wenn sie in Preussen fürderhin den Namen der deutschen Einheit eitel nennen, fällt die Depesche Bismarck's vom 20. Juli 1866 vernichtend auf sie zurück.

Wir werden noch Gelegenheit haben, diese lehrreiche Depesche zu zergliedern, welche über die Ereignisse von 1866 ein ganz neues Licht verbreitet. Namentlich das Verhältnis der Napoleonischen Politik, welche bei der Errichtung Grosspreussens einen weit massgebenderen Einfluss ausübte als man bis zum heutigen Tage vermuthen konnte, verdient eine nähere Beleuchtung. Manches, was sich in Zukunft ereignen wird, wurzelt in den damaligen Vorgängen, und das ist das Verhängnis der Bismarck'schen und vielleicht auch jener widerspruchsvollen Napoleonischen Politik, welche die damals von ihr ins Leben gerufenen Voraussetzungen heute bekämpft. Mit Rücksicht darauf werden die Aeusserungen der preussischen und französischen Organe über die unwillkommene Veröffentlichung jener Depesche vom 20. Juli 1866 abzuwarten sein. Heute wollen wir nur noch einen Punkt er-

wähnen, den der vierte Band der Darstellung der Kämpfe Oesterreichs, wie wir glauben zum ersten Male, zur Evidenz bringt.

Am 24. Juli kam in Nikolsburg zu den Unterhandlungen über den Waffenstillstand Herr von der Pfordten an, zog sich aber unverrichteter Sache zurück, weil Bismarck an Bayern allzu exorbitante Forderungen stellte. Man hatte damals wohl gehört, dass Bismarck unter Anderem die Abtretung des bayrischen Distriktes von Culmbach verlangte; was man aber heute zum ersten Mal vernimmt, ist die Thatsache, dass der bayrische Minister von der Pfordten die Stirne hatte, den Anspruch zu erheben, dass Bayern, falls es den Distrikt von Culmbach abtreten müsste, von Oesterreich durch das Innviertel entschädigt werde. Diese bayrische Regierung, deren achselträgerische halbschlächtige Politik, deren absichtlich zaudernde, berechnet lahme Kriegführung den Zweck verfolgte, aus dem Schiffbruche des Deutschen Bundes und aus dem österreichisch-preussischen Konflikte ein Grossbayern herauszuschlagen; diese bayrische Politik und Kriegführung, welche mit einen grossen Antheil an den Misserfolgen der Main-Armee hatte und Oesterreich den grössten Schaden zufügte — dachte auch noch an dem Tage der Niederlage nur daran, wie sie sich auf unsere Kosten einen Vortheil sichern könnte. Sie verlangte das Innviertel; Oesterreich sollte sie für das entschädigen, was ihre Nichtswürdigkeit an Preussen verloren hatte. Sie hielten uns in München für dermassen niedergeschmettert, dass sie bereits die Messer wetzten, um aus unserer Haut Riemen für sich zu schneiden. Warum sollten sie auch nicht? Liebkosten sie doch noch 1867 in München den Gedanken, eventuell Deutsch-Oesterreich mit Bayern einzuverleiben, und traten doch bei einer damals vielbesprochenen Mission eines bayrischen Diplomaten Symptome an den Tag, wonach man in München Oesterreich als der unwiderruflichen Auflösung verfallen und Bayern als dessen natürlichen Erben betrachtete. Nun, es kommt vielleicht eine Zeit, wo Preussen an Bayerns Bundesgenossenschaft die Freuden erleben wird, die es vor drei Jahren Oesterreich bereitet hat, und wenn diese Zeit kommt, so wollen wir in Oesterreich uns des Besuches des Herrn von der Pfordten in Nikolsbnrg und der bayrischen Gelüste erinnern. Dann hoffentlich werden für unsere Politik nicht mehr dynastische Rücksichten massgebend sein, sondern lediglich unsere wohlverstandenen eigenen Interessen, und man möge dann in München in recht eindringlicher Weise erfahren, dass es mit dem Riemenschneiden aus österreichischer Haut für bayrische Staats- und Arrondirungszwecke seine eigenen Wege hat.

So die „Neue freie Presse".

Nicht ohne Widerstreben habe ich mich für die Aufnahme dieses Zeitungsartikels entschieden. Seine Wiederholung wird heute an den guten Beziehungen zwischen Wien und Berlin nichts ändern, aber lehrreich und interessant muss die damalige Sprache des grössten und tonangebenden Wiener Blattes erscheinen, wenn man die Artikel dagegen hält, welche seit Jahren über Alles zu finden sind, was Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck vollbrachten und vollführen.

Man hatte im Kriegsministerium sehr Unrecht gehabt, mir nicht wenigstens diejenigen Stellen des Werkes, welche nicht militärischen sondern politischen Inhalts waren, vorzulegen, was ich denn auch hervorzuheben nicht unterliess. Ich komme darauf im nächsten Kapitel zurück. Vor den preussischen Blättern fand ich deshalb aber keine Gnade, vielmehr stellten sie den Satz auf, so oder so sei ich kompromittirt, ob ich nichts davon gewusst, also meines Amtes nicht mächtig sei, oder ob ich darum gewusst und eine Beleidigung des Königs Wilhelm habe geschehen lassen.

Dabei war es unterhaltend, zu sehen, dass dieselben Blätter dasjenige, was sie eine Beleidigung des Königs Wilhelm nannten, in einem Athem für etwas erklärten, was dem König in den Augen seiner Unterthanen zur Ehre gereiche, nämlich dass der König sich von Haus aus für die Annexion ausgesprochen habe.

Nachdem noch im Laufe des Sommers zwischen mir und Baron Werther sehr unliebsame Erörterungen stattgefunden hatten, wobei ich dem letzteren die Gerechtigkeit widerfahren lasse, dass er sie persönlich nicht zu verschärfen suchte, kam es endlich zu einem Uebereinkommen wegen gegenseitiger Abrüstung. Dieses erfolgte in Gestalt eines Depeschenwechsels zwischen Berlin und Wien. Bemerkenswerth war dabei, dass die Wiener Journale die meinige eher zu mild als zu schroff fanden und in ihr weit mehr Versöhnlichkeit erblickten, als in der von dem Unterstaatssekretär von Thile gezeichneten. Bald darauf benützte ich einen Urlaub, um der Kaiserin Augusta in Baden meine Aufwartung

zu machen, was gut aufgenommen wurde. Die Kaiserin Augusta hat mir mehr als einmal Gelegenheit gegeben, ihr feinfühlendes, versöhnliches Wesen zu schätzen und zu bewundern. Ich sah sie öfters in London, und bei Gelegenheit der silbernen Hochzeit in Dresden sagte sie zu mir: „Ich bin die politische *Soeur grise.*“ Ein sehr wahres und treffendes Wort. Die Kaiserin Augusta hat bei den deutschen Umgestaltungen von 1866 und 1871 viele Härten zu mildern gewusst.

Bald darauf folgte der Besuch des Kronprinzen Friedrich Wilhelm in Wien und der Gegenbesuch des Erzherzogs Karl Ludwig in Berlin, und so schloss das für die österreichisch-preussischen Beziehungen im Anfang so wenig befriedigende Jahr mit den Anzeichen besten Einvernehmens. Es ist auch seitdem keine Störung wieder eingetreten.

Wer aber nach dem Vorstehenden noch im Ungewissen darüber sein sollte, welcher Theil der angreifende gewesen sei, dem empfehle ich das nachstehende Privatschreiben.

Berlin, den 20. Dezember 1868.

Die Angriffe und Verleumdungen, denen wir in der offiziösen preussischen Presse ausgesetzt sind, übersteigen alle Grenzen, und nicht ich allein, sondern alle meine Kollegen stellen sich die Frage, was denn Graf Bismarck eigentlich damit bezwecken will? Sie finden keine genügende Antwort, stimmen aber, soweit sie es wagen gerecht zu sein, Alle — Herr Benedetti sagte es mir noch gestern — damit überein, dass diesem unfasslichen Manöver keine andere Haltung als die der Verachtung entgegenzusetzen sei; die Erwiderung müssen wir unseren Zeitungen überlassen.

Es ist für mich geradezu unmöglich, dem Grafen Bismarck in seinen Machinationen und Wandlungen zu folgen und seine Mittel und Zwecke stets zu erkennen; ich bedarf in dieser Hinsicht Ihrer ganzen Nachsicht. — Immer klarer sehe ich aber das Bestreben, unsere guten Beziehungen mit Frankreich zu stören und zu lösen. Mit diesen Bemühungen dürfte auch die Nachricht zusammenhängen, welche, ich glaube es immer mehr, auf Veranlassung des Grafen Bismarck in die Welt gestreut und die, nach theilweise verfehltem Effekte, wieder dementirt wurde, nämlich dass seinem Besuche in Dresden der Ver-

such einer Annäherung an Oesterreich zu Grunde lag. Derselben Tendenz entsprechen wohl auch seine Bestrebungen, so viel als möglich den Glauben zu erwecken und zu nähren, dass das Verhältnis Preussens zu Frankreich das beste sei. Er soll sich sogar das Verdienst beimessen, in Paris dafür zu sorgen, dass man sich dort nicht über uns, über unsere Tragweite und Aktionsfähigkeit gefährlichen Täuschungen hingebe. Im Widerspruche mit dieser Vertrauens-Seligkeit stünde allerdings die neueste Version seiner Organe, dass wir im Bunde mit Frankreich die türkisch-griechische Differenz zu unseren Kriegszwecken heraufbeschworen haben.

Ich verlasse dieses bekannte Thema; bevor ich schliesse, sei es mir aber gestattet, noch einmal die durch meine steten Wahrnehmungen und Erfahrungen festgestellte Ueberzeugung auszusprechen, dass wir es hier mit derselben Gehässigkeit und Feindseligkeit, kurz mit derselben Gegnerschaft zu thun haben, welche uns im Jahre 1866 den Krieg machte, und welche vielleicht in dem Masse, als sich die Zeichen unserer Vitalität mehren, heute die Grenze bereut, welche sie sich in Nikolsburg setzen liess. Das Gefühl, uns nicht zu den Todten von 1866 zählen und werfen zu können, lässt den Grafen Bismarck nicht schlafen, und er scheut kein Mittel und wird keines unversucht lassen, von dem er noch einen Erfolg gegen unsere weitere Kräftigung im Innern und nach aussen erwarten zu können glaubt. Seine Majestät den Kaiser und König wagt man bei diesen Tendenzen und Angriffen nicht zu berühren; begreiflich ist es aber, dass der Name Eurer Excellenz dabei keine Ruhe findet, und ich spreche heute nicht mehr meine, sondern die allgemeine Ansicht aus, wenn ich sage, dass Graf Bismarck vor keiner Anstrengung zurückschrecken würde, um, wenn er es könnte, Ihrer Stellung im Vertrauen des Monarchen und des Reiches zu schaden und sie zu untergraben.

Genehmigen etc.

Wimpffen.

XXIV. Kapitel.

1869.

Die unabhängige Wiener Presse bei den Differenzen mit Preussen auf meiner Seite. — Die dritte Delegation in Wien. — Meine Rede über Rothbuch, über die Beziehungen zu Frankreich und Deutschland. — Parlamentarisches Zwiegespräch mit Graf Rechberg über schleswig-holsteinische Episoden.

Ich habe im vorausgegangenen Kapitel, welches fast ausschliesslich die Angriffe der preussischen Blätter auf mich zum Gegenstande hatte, rühmend hervorgehoben, dass die unabhängige liberale Presse Wiens mir ausnahmslos zur Seite stand und jene Angriffe entschieden zurückwies. Dieselbe sympathische Haltung dieser Presse offenbarte sich gelegentlich des den Delegationen im Juli 1869 vorgelegten Rothbuchs. Ich lasse einen Auszug aus einem bezüglichen *Leader* der „Neuen freien Presse“ folgen:

Wer noch daran zweifelt, dass Graf Beust keine deutsche Restaurations-Politik treiben will, der lese aufmerksam die Depesche des Reichskanzlers vom 4. April 1869 an die österreichischen Gesandten in München und Stuttgart. Sie bespricht das Südbunds-Projekt und ist Preussen gegenüber von einer Loyalität, die man in Berlin niemals gegen Oesterreich beobachtet. Vom Standpunkte eines österreichischen Ministers des Auswärtigen kann man einen festen Zusammenschluss Süddeutschlands wohl nur mit günstigen Augen betrachten. Niemand darf es Graf Beust verübeln, wenn er gesteht: „Wir dürfen den Südbund wünschen, und wir wünschen ihn vielleicht wirklich.“ Aber es ist ein vollständiger Verzicht auf alle Rachegedanken, auf jede Revanche für Königgrätz, wenn der Reichskanzler fortfährt: „Wir können und wollen den Südbund nicht stiften, noch auch nur stiften helfen. Entsteht er, soll niemand das kleinste Recht haben, ihn als das Werk österreichischer Einflüsterungen zu bezeichnen.“ Und damit keine Missdeutung möglich sei, versichert die Depesche ausdrücklich, Oesterreich habe weder das Recht noch den Wunsch, sich in die Verhältnisse Süddeutschlands einzumischen. Derselbe versöhnliche Geist durchdringt das Rundschreiben des Reichskanzlers vom 6. Mai 1869, welches sich auf die Veröffentlichung der bekannten preussischen Chiffre-Depesche vom 20. Juli 1866 im österreichischen Generalstabs-

werke bezieht. Man erinnert sich, welches wüste Geschrei in Berlin wegen dieser Depesche erhoben ward. Ihre Veröffentlichung sollte ein Verrath, ein Akt der Herausforderung, ein Verbrechen sein. Graf Beust widerlegt das in der ruhigsten Weise; noch mehr, er setzt hinzu: „Im Hinblicke auf die guten Beziehungen, welche ich mit dem Kabinet von Berlin zu unterhalten wünsche, bedaure ich aufrichtig, dass man (durch den Druck der Depesche) einen Vorwand zur Aufregung lieferte, so wenig diese sonst gerechtfertigt sein mag.“ So spricht doch wohl kein Staatsmann, der einen Rachekrieg vorbereitet.

Um so bemerkenswerther war es, dass in der österreichischen Delegation sich einige Mitglieder zwar nicht im Sinne der preussischen Blätter, aber doch in der Richtung entschiedener Hinneigung zu einer österreichisch-preussischen Allianz und der Beargwöhnung einer Allianz mit Frankreich wahrnehmen liessen.

Was ich in Bezug auf diesen Gegenstand damals in ausführlicher Rede sagte, hat, glaube ich, heute historischen Werth, und ich denke, meine Leser werden es nicht bereuen, wenn sie diese Rede hier in fast vollem Kontext finden:

Ich wende mich aber zu anderen Beunruhigungen, denen ich allerdings eine ernstere Bedeutung zuschreibe; diese Beunruhigungen knüpfen sich an den Inhalt des Rothbuches.

Ich kann und darf zwar nochmals daran erinnern, dass der erste Eindruck auch dieses dritten Rothbuches ein beruhigender ist und war, und dass die allgemeine Meinung, wie sie sich in unserer und in einem grossen Theile der europäischen Presse abgespiegelt hat, der war, dass man darin den Eindruck einer wahrhaft friedlichen Politik erkennt.

Das kann mich jedoch nicht hindern, denjenigen Einwürfen gerecht zu werden, welche seitdem erhoben wurden.

Diese Einwürfe sind wesentlich dreifacher Art. Man will finden:

Unnütze Einmengung in deutsche Angelegenheiten, besondere Hinneigung zu Frankreich, gleiche Abneigung gegen Preussen.

Nun, meine Herren, was zuerst die Einmengung in deutsche Angelegenheiten betrifft, so muss ich bekennen, ich weiss nicht, wie man diesen Vorwurf, der heute wiederholt zu Tage getreten ist, mit Aktenstücken des Rothbuches belegen könnte.

Ich kann nur als Veranlassung dazu die Depesche finden, die nach München und Stuttgart gegangen ist.

Man sollte aber meinen, dass es unmöglich ist, die Enthaltsamkeit deutlicher und bestimmter zu formuliren, als es dort geschah.

Es ist dort der Prager Friede und die daraus fliessende Errichtung eines Südbundes lediglich behandelt worden von dem Standpunkte der Erhaltung des allgemeinen Friedens.

Kein Wort steht darin, woraus man nur eine Pression oder gar etwas erkennen könnte, was einer Drohung ähnlich sähe, und ich muss noch insbesondere erwähnen, was man aus dieser hier vorliegenden Depesche vom Jahre 1867, auf welche die hier vorliegende Bezug nimmt, ausdrücklich betont hat, dass, falls die süddeutschen Regierungen sich zur Errichtung eines solchen Bundes entschliessen sollten, derselbe mit Oesterreich in gar keine Verbindung und Beziehung gebracht werden dürfe.

Das ist auch anderwärts, auch in Berlin, sehr wohl bekannt geworden, und wiewohl ich hier nicht immer zurückkommen will auf das Entgegenkommeu oder Nichtentgegenkommen, ich gestehe aufrichtig, dass die damals von uns im Interesse des Friedens gemachten Anregungen ohne alle Erwiderung blieben; das hat allerdings bei uns das Gefühl hervorgerufen, dass man andererseits nicht geneigt sei, in irgend eine Verhandlung mit uns einzugehen.

Ich frage aber: worin soll die Einmengung in deutsche Angelegenheiten zu suchen sein?

Ist es etwa die Depesche, die nach Dresden geschrieben wurde?

Meine Herren! Ich gestehe aufrichtig, wenn eine Mittheilung, die wir an eine deutsche Regierung zu dem Zwecke richten, um Aufklärung zu geben über einen von uns selbst gethanen Schritt, ja wenn das als Einmengung betrachtet wird, so weiss ich wirklich nicht, was wir nicht Alles befürchten müssen gethan zu haben, wenn wir nicht geradezu die Grenzen gegen Deutschland absperren wollen.

Ich frage aber noch Eines: Ist es etwa die k. k. Regierung und ist es etwa der Reichskanzler, welcher das deutsche Schützenfest, den deutschen Eisenbahn-Kongress und den deutschen Journalistentag nach Wien berufen hat, um Propaganda in Deutschland zu machen? Es ist sehr bequem, sich an Einen zu halten, wenn man mit Vielen nicht fertig werden kann. (Rufe: Sehr gut!)

Ehe ich nun zur Hinneigung nach Frankreich übergehe, werde ich durch Einiges, was ich vernahm, unwillkürlich zu dem eben berührten Kapitel zurückgeführt, und muss doch auch mit einigen Worten das Verhältnis zu Deutschland berühren und namentlich die mancherlei Schwierigkeiten erwähnen, denen ich begegnen würde,

wenn ich all' dem Rechnung tragen wollte, was zu mir gesprochen worden ist.

Ich habe im Ausschusse auf eine Anfrage Gelegenheit genommen, es rückhaltslos zu sagen, dass irgend welche Allianzen zwischen Oesterreich und anderen Staaten nicht bestehen. Aber bei Besprechung der Allianzfrage kommen wir freilich auf eigenthümliche Widersprüche.

Man sagt immer: „Wir sollen uns gar nicht um Deutschland kümmern, was haben wir in Deutschland zu thun? Der Prager Friede hat uns ja aus Deutschland hinausgewiesen; bleiben wir da, wohin wir durch die Verträge gewiesen sind!" — Gut.

Nun folgt daraus eigentlich für jedermann und für jeden unbefangenen Politiker insbesondere, dass Oesterreich durch die ihm durch den Prager Frieden zugewiesene Stellung die Freiheit gewonnen hat, Allianzen zu schliessen, mit wem es will, und dass es dabei blos seine eigenen Interessen in Anschlag zu bringen hat. Aber nein!

Da hört man von einer Seite: „Ja, aber mit Frankreich darfst du keine Allianz machen." Die Andern sagen: „Mit Russland darfst du keine machen!"

Meine Herren! Das ist ein Widerspruch, der freilich seine ganz einfache Lösung in einem Satz findet, welcher wohl oft stillschweigend hinzutritt: **„Oesterreich soll sich nicht mit Deutschland beschäftigen und warten bis Deutschland sich mit Oesterreich beschäftigt."**

Das kann eine deutsche Politik in Oesterreich sein, eine österreichische ist sie nicht, und österreichische Politik bin ich zu treiben berufen. (Rufe: Sehr gut!)

Ein sehr geehrter Redner, Baron Weichs, sprach fast in drohendem Tone, die Wiedervereinigung müsse erzwungen werden. Nun, wenn die Politik befolgt wird, auf die er hindeutet, so wird es dieser grossen Anstrengung dann nicht mehr bedürfen.

Der geehrte Delegirte Graf Spiegel betrat auch dieses sehr heikle Feld der Allianzen, und so wie er entschieden gewisse Tendenzen und Pläne missbilligt, von denen, wie ich ihm versichern kann, auch der k. k. Regierung nichts bekannt ist, so wollte er andererseits doch wieder auch nicht die Politik der freien Hand gelten lassen, indem gerade durch diese freie Hand ein bewaffneter Friede herbeigeführt werde und damit eine unerschwingliche Last für die Völker.

Nun, die letztere ist gewiss etwas sehr Beklagenswerthes, und ich zweifle auch nicht, dass der naturgemässe Gang der Dinge, und nicht zu spät, eine Erleichterung in dieser Hinsicht herbeiführen wird; aber

das, was er im Auge hatte, das hat freilich auch seine bedenklichen Seiten, die konstanten Allianz-Verhältnisse haben wir lange in Europa gehabt.

Der Gedanke an eine Wiederbelebung derselben ist nicht ganz eingeschlummert, und ich will gar nicht verkennen, dass ihm gegenüber wieder ganz andere Gedanken und Bestrebungen sich geltend machen, welche eine bleibende Allianz gerade im umgekehrten Sinne unter den Völkern im Auge haben, wie früher die heilige Allianz unter den Regierungen.

Aber, meine Herren! es mögen für Beides Chancen da sein, und wer die Erhaltung des Friedens aufrichtig will, darf es auf dieses gefährliche Spiel nicht ankommen lassen, und man darf sich zur Beruhigung sagen, dass dieser bewaffnete Friede, der allerdings ein grosses Opfer ist, zugleich das Mittel in sich schliesst, Zusammenstösse zu verhindern, welche wir, wollen wir eben eine friedliche Entwicklung der Dinge, doch entschieden vermieden zu sehen wünschen müssen.

Ueber die Allianzen lässt sich gewiss sehr Vieles reden, und ich begreife sehr wohl, der Gedanke, der so oft entgegentritt: „**Preussen ist der natürliche Alliirte von Oesterreich; verzichten wir auf alle Verbindungen in Deutschland, und Preussen, respektive Deutschland wird unser Alliirter im Orient sein**“ — der ist in der Ausmalung sehr schön, ich zweifle auch gar nicht an dem guten Willen, ich will gar nicht in Zweifel ziehen, dass da auf der anderen Seite die Hand gereicht werden könnte; aber eine solche Konstellation bildet sich langsam, und dazwischen fallen Momente, die sich eben nicht im Voraus berechnen lassen.

Im Orient haben wir jetzt — das müssen wir offen bekennen — an Frankreich einen sehr guten Freund. Ob wir gut thun, uns diesen zu entfremden, gerade dort wo wir ihn brauchen, ist wohl eine ernste Frage, und eben so ist die Frage noch offen, ob auch die Dinge in Deutschland zu der Zeit wo wir Deutschland brauchen würden, so beschaffen sein würden, um uns dann die Dienste zu leisten, die wir von ihm erwarten.

Also glaube ich, dass alle diese Betrachtungen des geehrten Herrn Vorredners, dessen ich erwähnte, zu der Ueberzeugung führen müssen, dass die Politik der freien Hand neben ihren Nachtheilen auch ihre Vortheile hat.

Ich komme nun zu der gewissen Hinneigung zu Frankreich.

Ja, meine Herren — warum soll ich es leugnen? — wir stehen

in sehr guten, freundlichen Beziehungen zur französischen Regierung, und warum sollte dies nicht sein?

Sie hat uns im Verlaufe der letzten Jahre wiederholt Beweise gegeben von ihrer aufrichtigen Zuneigung, sie hat an mehreren Orten und bei mehreren Fragen uns zur Seite gestanden und uns ihre guten Dienste geweiht.

Mögen andere Regierungen nicht etwa sagen: wir hätten das auch gethan, hätte man uns Gelegenheit dazu geboten.

Wir haben eine französische Unterstützung nicht angesucht; unter „grossen Regierungen“ werden die guten Dienste angeboten und nicht erbeten. (Rufe: Sehr gut!)

Allein dieses gute Vernehmen, von dem ich rede, beschränkt sich nicht nur auf einen freundlichen Verkehr von Kabinet zu Kabinet, es beruht auch wesentlich auf den Volkssympathien.

In Frankreich hegt man jetzt — wir dürfen das nicht verkennen — aufrichtige Sympathien für alle Völker Oesterreich-Ungarns, mögen sie Deutsche, Magyaren oder Slaven sein, weil sie zu Oesterreich gehören, nicht etwa bald für die Einen und bald für die Anderen, je nachdem sie Miene machen, sich von Oesterreich abzuwenden. (Sehr gut!)

Oesterreich-Ungarn befindet sich in einem grossen Regenerations-Prozesse.

Wir kennen keine andere Politik, als dass wir Denen, welche diesen Prozess mit ihren Sympathien begleiten und diese Sympathien bethätigen, einen warmen Händedruck reichen; eine kalte Hand kann sich mit der unseren nicht begegnen. (Beifall).

Meine Herren! Es wird nun von Abneigung gesprochen. Ich möchte mich in dieses Thema nicht sehr vertiefen. Ich habe leider die Erfahrung gemacht, dass, wie es oft auch bei Privat-Zwistigkeiten geschieht, die Explikationen die Sache nur verderben. Es sind da gewisse böse Momente, die überstanden werden müssen; zu viel davon zu reden, ist nicht gut.

Ich habe aber schon vorhin darauf aufmerksam gemacht, dass man einen grossen Theil dieser Reibungen, von denen hier gesprochen worden ist, auf die Rechnung des Rothbuches und seiner unvermeidlichen Konsequenzen setzen muss.

Es werden dabei, und ich habe das leider bemerkt, Umstände in Erwägung gebracht, die wirklich nicht den Einfluss haben, den man ihnen zuschreibt, und die gerade viel zu viel Eindruck machen.

Ich bedauere es, dass man die Sache mit dem hiesigen Vertreter

der preussischen Regierung auch in Verbindung brachte, denn ich muss ihm — das bin ich ihm schuldig — das Zeugnis geben, dass er in den persönlichen Verkehr die versöhnlichste Haltung zu bringen weiss, und dass es an ihm nicht fehlen wird, um in dieser Beziehung eine bessere Situation herbeizuführen, womit ich durchaus nicht dem entgegentreten will, was der geehrte Herr Hofrath Ritter von Arneth über eine gewisse Depesche gesagt hat.

Man spricht von Besuchen, Empfängen. Ich kann nur bemerken, dass Herr Baron Werther bei mir stets gewiss ist, einen freundlichen Empfang zu finden; was anderwärts vorgeht, kann ich im Detail nicht beobachten.

Es wird auch von der offiziösen Presse gesprochen Die offiziöse Presse ist sehr häufig das *Enfant terrible.*

Ich nehme Gelegenheit, eine Aeusserung des geehrten Herrn Delegirten Dr. Sturm nicht unbeantwortet zu lassen, worin von Besprechungen der Delegations-Verhältnisse gesprochen wird. Ich kann nur das Eine sagen, dass ich in dieser Beziehung sehr scharfe Aeusserungen gegen die Personen gethan habe, die mit dieser Presse zu thun haben, und es ausgesprochen habe, wie ich es nicht begreifen könne, wenn man überhaupt einen Abgeordneten zum Gegenstande des Tadels in diesen Blättern machen könne.

Ich muss also jede Solidarität mit diesen Angriffen zurückweisen und muss zugleich daran erinnern, dass dasjenige Blatt, welches hier wieder als offiziös betrachtet zu werden scheint — es ist das grösste Blatt in Oesterreich — und welches eben dasjenige war, das am stärksten aufgetreten ist in der sehr begreiflichen Abwehr gegen die preussischen Angriffe, mit der Regierung in gar keiner Beziehung steht und sich auch in der Lage befindet, auf jede derartige Verbindung verzichten zu können.

Ich kann es auch nicht zugeben, wenn der Herr Delegirte Dr. Sturm meint, dass Depeschen unnöthigerweise geschrieben und in das Rothbuch aufgenommen worden seien, die störend gewirkt hätten. Die einzige Depesche, die am Anfange steht und an Graf Wimpffen gerichtet wurde, diese in das Rothbuch aufzunehmen, war wirklich durch die Würde der Regierung geboten. Hätte Aehnliches sich nicht im Rothbuche gefunden, so hätte man allgemein dem Eindrucke weichen müssen, dass die Regierung unter dem wiederholten Zeitungssturm von Berlin her sich eigentlich doch zur Ruhe begeben hatte. Also diese Depesche war nothwendig, um den Standpunkt der Regierung hinsichtlich des Rothbuchs offen darzulegen und zu behaupten.

Es ist noch sehr viel gesprochen worden über die Beziehungen zu Rom. Bei der vorgerückten Zeit würde ich die hohe Versammlung um Erlaubnis bitten und glaube ihrem Wunsche zu entsprechen, wenn ich das Eingehen in die weitgehende Frage auf die Spezialdebatte verschiebe, wo, wie ich glaube, diese Frage nochmals zur Erörterung kommen wird. Nur muss ich immer und immer den sehr irrthümlichen Satz bekämpfen, dass die Verhandlungen mit Rom auch in letzterer Zeit resultatlos gewesen seien. Nachdem es gar nicht Aufgabe sein konnte, Unterhandlungen zu pflegen, sondern so zu wirken, dass wir nach alle dem was hier vorgegangen ist und was in Rom vorgeht, in möglichst guter Weise neben einander und mit einander existiren, dass eben in dieser Beziehung das Resultat der Mission kein ungünstiges war —, das hoffe ich später noch besser darzuthun.

Ich komme noch einmal auf den letzten und mir sehr unliebsamen Gegenstand zurück, nämlich auf die gewisse Abneigung. Meine Herren, es scheint hier nirgends, auch nicht in diesem Saale, eine Abneigung nach dieser Seite hin zu bestehen; sie besteht auch ausserhalb des Saales gewiss nicht, und sollte also die Abneigung vielleicht auf eine persönliche zurückzuführen sein? Möglich! Dann aber kann ich Ihnen offen bekennen und entschieden mich in dieser Richtung gegen Sie aussprechen, dass, wenn ich dabei betheiligt sein sollte, ich allein der passive und nicht der aktive Theil bin. Es ist dies eine Last, die ich gerne auf mich nehme, sie wird mir nicht schwer werden. Ich werde es auch nicht an Geduld und Versöhnlichkeit fehlen lassen, allein die Interessen der österreichisch-ungarischen Monarchie werde ich, so lange ich den Platz einnehme, den mir die Gnade Seiner Majestät angewiesen hat, überall hüten und vertheidigen, wo ich sie bedroht sehe, und alle Angriffe, die deshalb gegen mich gerichtet werden, werden mir zur höchsten Ehre gereichen. (Bravo!)

Man traut mir einen Vorrath guter Laune zu. Ich will diese Gabe der gütigen Natur nicht verleugnen, allein sie würde mich nicht im Gleichgewicht halten, trüge ich nicht das Bewusstsein gewissenhafter Pflichterfüllung, und deshalb wird nichts was auch geschehen wird, mich aus der Ruhe und Fassung bringen.

Ich kann Ihnen aber, meine Herren, noch eine andere, vielleicht bessere Beruhigung geben. Man führt diese Abneigung auf frühere Zeiten zurück. Wer sich die Mühe nehmen will, die Jahrgänge der Wiener und der Berliner Blätter, namentlich der offiziösen aus den Jahren 1855 und 1862, zu lesen, wird darin viele Artikel finden über

den damaligen sächsischen Minister des Aeussern. Die Wiener spielten ihm damals arg mit; in den Berliner Blättern aber gab es damals keinen besseren Patrioten und keinen einsichtsvolleren Minister. Warum kann das nicht wieder kommen? Nur hoffe ich, dass man mich dann in Wien besser behandeln wird wie damals. (Heiterkeit).

Zum Schlusse — und gerade der letzte Gegenstand führt mich darauf — komme ich noch auf eine kurze Episode der heutigen Berathung, die zwischen drei geehrten Mitgliedern in Bezug auf eine frühere Zeit — die Zeit des schleswig-holsteinischen Kriegs — spielte.

Ich fühle mich veranlasst, auch hierüber meine Meinung zu sagen, weil ich damals auch mit und ohne Vielgeschäftigkeit ein Theilnehmer und Aktor war.

Ich begreife, denn ich habe die Dinge in der Nähe gesehen, und kann nun gewiss alle die Motive, welche damals den Gang der österreichischen Politik bestimmten, vollkommen würdigen. Ich weiss, dass es sehr schwer war, die Bahn zu brechen, wobei es darauf ankam, von einem unterschriebenen Vertrage abzugehen; allein einer Meinung muss ich entschieden widersprechen und mich entschieden auf die Seite des Herrn Delegirten Dr. Rechbauer stellen: die Gefahr eines europäischen Krieges, die war nicht in Aussicht. (Hört!)

Wenn Europa ruhig zugesehen hat, nachdem Oesterreich und Preussen gegen den damals von der öffentlichen Meinung getragenen Bund vorgingen, wenn dieser Krieg gegen die öffentliche Meinung in Deutschland unternommen wurde, wie hätte es nicht ruhig zusehen sollen, wenn nach dem Verlangen des deutschen Volkes dieser Krieg unternommen worden wäre? Freilich es gehörte dazu, dass man das Bundesprinzip hoch hielt und sich ihm unterordnete; das hatte auch seine Schwierigkeiten, aber es hätte gewiss grossen Nutzen gebracht; allein um so mehr schliesse ich mich den Schlussworten des Herrn Grafen Rechberg an: **„Die Allianzen sind am besten in Oesterreich selbst zu suchen; hier wollen wir uns alliiren, und je mehr wir im Innern uns alliiren, desto besser werden wir die Angriffe von aussen pariren.“** (Lebhafter Beifall.)

Ich bin es meinem verehrten Vorgänger, dem Grafen Rechberg, schuldig, den seinerseits gegen meinen Rückblick auf den Verlauf der schleswig-holsteinischen Frage erhobenen Einwurf hier nicht zu unterdrücken, wogegen ich um die Erlaubnis bitte, meine Replik folgen zu lassen.

Graf Rechberg:

„Ich bin dem Herrn Reichskanzler sehr dankbar für die Beurtheilung der Differenz, die sich zwischen dem Herrn Dr. Rechbauer und mir ergeben hat, sowie dafür, dass er die Schwierigkeiten anerkannte, mit denen die kaiserliche Regierung damals zu kämpfen hatte.

Nur auf einen Punkt muss ich ihm entgegnen, nämlich darauf, dass es nicht einen europäischen Krieg zur Folge gehabt hätte, wenn Oesterreich sich an die Spitze von Deutschland gestellt haben würde. Ich berufe mich auf die Depesche des englischen Kabinets, die das Verlassen des Bodens des Londoner Vertrages für einen Kriegsfall erklärte. Der Deutsche Bund hat den Londoner Vertrag nicht anerkannt. Oesterreich war an denselben gebunden; wie es also den Boden dieses Vertrages verliess, so trat es der englischen Regierung entgegen."

Reichskanzler Graf Beust:

„Ich will das eben Gesagte durchaus nicht bestreiten, bin aber gerade in der Lage, hier das englische Blaubuch vorzulegen, worin freilich ein Gegenstück liegt, und das ist eine Depesche, die der englische Botschafter aus Paris nach London zu dieser Zeit geschickt hat und welche die Erklärung enthält, dass Frankreich an einem Kriege sich nicht betheiligen würde, weil es wisse, was es heisse, mit Deutschland einen unpopulären Krieg anzufangen." (Hört!)

XXV. Kapitel.

1869.

Das Panorama-Jahr. — Kaiserreise nach Agram und Triest. — Aufwartung in Baden-Baden und Begegnung mit Fürst Gortschakow in Ouchy.

Ich kann das Jahr 1869 in gewisser Beziehung ein Panorama-Jahr nennen. Wie viele und wie herrliche Bilder ziehen an mir vorüber, wenn ich an den Verlauf jenes Jahres denke. Agram, Triest, Baden, Lausanne, Orsova, Rustschuk, Varna, Konstantinopel, Athen, Jaffa, Jerusalem, Port-Saïd, Suez, Kairo, Alexandria, Brindisi, Florenz.

Die Orientreise des Kaisers war für mich ein ungeahntes Glück und liess mir unvergessliche Eindrücke. Zu den mancherlei ungerechten Aeusserungen gegen mich gehörte auch die Behauptung, ich habe diese kaiserliche Reise erdacht, um das Vergnügen zu haben, daran theilzunehmen. Die Wahrheit ist, dass ich derselben nicht entgegen war, dabei aber am wenigsten an mich dachte. Die Pariser Reise hatte mich gelehrt, wie günstig der Eindruck sei, welchen die Person des Kaisers im Auslande mache, und wie viele moralische Eroberungen damit zu gewinnen seien. Der Gedanke der Reise entstand ganz natürlich, nachdem preussischerseits der Kronprinz zu der Eröffnung des Suez-Kanals gesendet wurde und Oesterreichs Interessen im Vergleich zu den deutschen dabei jedenfalls durch das Erscheinen des Kaisers selbst in das richtige Verhältnis gestellt wurden.

Doch ich darf nicht mit dem Ende meiner Bilder beginnen, sondern will zu dem ersten zurückkehren.

Der Kaiser und die Kaiserin begaben Sich im März nach Agram, der Hauptstadt des für Ungarn ausgleichsweise gewonnenen Kroatiens. Dass ich mir die Gunst, dort erscheinen zu dürfen, erbat und dass der Kaiser das letztere sehr angezeigt fand, hatte seinen Grund in der vorjährigen Prager Episode. Damals hatte Graf Andrassy die Empfindlichkeit des Fürsten Carlos Auersperg und deren Ausbruch entschieden gemissbilligt. Ich nahm ihn jetzt beim Wort, und ich muss anerkennen, dass er keinen Anstand nahm, sich dessen zu erinnern, so dass unser Zusammenleben in Agram ein sehr herzliches war. Wohl lagen die Verhältnisse jenseits der Leitha anders als diesseits. Mit Kroatien war der Ausgleich eine vollendete Thatsache. Ich habe inzwischen an der betreffenden Stelle nachgewiesen, dass ich in Prag gar keinen Ausgleich vermittelte oder nur unternahm, und andererseits bewies auch der Umstand, dass in Agram eine nicht geringe Anzahl von Deputationen bei mir erschien, in schlagender Weise, dass das Erscheinen des gemeinsamen Ministers des Aeussern bei unbefangener Auffassung

der Verhältnisse nicht zu der Annahme berechtigt, als wolle er sich eine unbefugte Einmischung in innere Angelegenheiten gestatten. Als ich im Landtag auf der Tribüne erschien, brachte man mir ein lautes Zivio.

In den von den Majestäten bezogenen Appartements traf ich als Leibwache die oft genannten Rothmäntel, die Seresaner — die Sarazenen, wie sie eine ähnlicher Verwechslungen oft geziehene Persönlichkeit genannt haben sollte. Den Eindruck, den sie auf mich machten, gab ich auf die an hoher Stelle an mich gerichtete Frage, wie mir die Leute gefielen, in den Worten wieder: „Im Vorzimmer angenehmer als im Walde."

Der Kaiser begab sich in die nächsten Grenzregiments-Bezirke und weil damals die allmähliche Civilisirung der Grenze noch nicht beschlossene Sache war, fiel mir die Aufgabe zu, den Grafen Andrassy durch geeignete Konferenzen zurückzuhalten. Jener Ausdruck der Civilisirung war im Grunde ein sehr schlecht gewählter, denn nach Allem, was ich in Erfahrung brachte, war in der Militärgrenze das Schulwesen bei weitem befriedigender als in dem civilen Kroatien. Ich wurde zu den Konferenzen wegen der Militärgrenz-Frage zugezogen — ein Beweis mehr für die freiere Anschauung der ungarischen Seite über angebliche Einmischung in innere Angelegenheiten — und ich konnte mich nicht bestimmt fühlen, der beabsichtigten Massregel entgegenzutreten. Die Erinnerungen an 1848 und 1849 waren wenigstens damals in Ungarn nicht verwischt und die Verwendung der Grenzregimenter noch im frischen Andenken. Ich fand nun, dass, wenn es überhaupt misslich ist, an Hintergedanken glauben zu machen, es jedenfalls das Verkehrteste ist, an Hintergedanken dann glauben zu lassen, wenn diese gar nicht bestehen. Und das war in der That das damalige Verhältnis.

Der Kaiser kam dann von Fiume nach Pola und Triest, wohin ich mich in Begleitung der Minister Graf Taaffe und von Plener von Wien aus begab. Es waren herrliche Frühlingstage, die weit mehr an den Mai als an den März erinnerten. Ein angesehener

Triester, Baron Revoltella, hatte mir sein Haus angeboten, wo ich die gastlichste Aufnahme fand. Er war grosser Kunstliebhaber und hatte eine Anzahl der werthvollsten Marmorstatuen, namentlich weiblicher, welche mein Wohnzimmer und mein Schlafzimmer zierten. Beim Abschied schrieb ich ihm in sein Gedenkbuch:

Adieu donc, cher Monsieur de Revoltelle,
Adieu, maison hospitalière,
Adieu encore, oh toutes mes belles,
Pourquoi hélas! étiez vous de pierre?

Die Eisenbahnen, welche es dahin gebracht haben, dass es kein echtes Venedig, keinen echten Rigi und keinen echten Vesuv mehr gibt, haben auch Triest um einen grossen Theil seines alten Reizes gebracht. Ich hatte Triest zuvor nur einmal und zwar im Jahre 1832 gesehen. Noch heute erinnere ich mich der Höhe von Opschina. Nachdem man lange Zeit die steinige Oede des Karsts durchfahren hatte, ging auf einmal der Vorhang auf und man sah das Adriatische Meer in weitem Umfange vor sich. Ich erinnere mich, dass ich, weil das Ganze einen so durchaus neapolitanischen Anstrich hatte, beim Herabfahren auf der prachtvollen Kunststrasse alle Melodien der „Stummen von Portici“ zu hören glaubte. Jetzt kommt man an, ohne nur zu merken, dass man sich am Meere befindet.

Nach dem Schluss der Delegation erbat ich mir einen kurzen Urlaub zu einem Ausflug nach Baden-Baden und der Schweiz. — Meine Absicht ging dahin, der damaligen Königin Augusta von Preussen in Baden aufzuwarten und dann in Ouchy eine Begegnung mit dem Fürsten Gortschakow zu haben.

Ich habe an einer früheren Stelle der jetzigen Kaiserin Augusta mit aufrichtiger Verehrung gedacht. Sie hatte mich in Berlin zu verschiedenen Zeiten gekannt, und ich durfte einer ausgezeichneten Aufnahme gewiss sein. Mein Verweilen in Baden verfehlte in der von mir gewünschten Richtung der Abwieglung die gehoffte Wirkung nicht. Verschiedene Zeitungen liessen mich von dort nach Paris reisen, in St. Cloud war ich sogar gesehen

worden. Inzwischen hatte ich nur der mir befreundeten Familie Pourtalès in Robertsau (jetzt Rupprechtsau) bei Strassburg einen Besuch gemacht und mich von da nach der Schweiz begeben, woselbst ich den Fürsten Gortschakow in Ouchy am Genfersee aufsuchte. Die Begegnung hatte einen guten Verlauf und klärte manches Missverständnis auf, allein die Nachwirkungen zeigten sich als schwach, wie die Geschichte des nächsten Jahres lehrte.

Meine Beziehungen zu Fürst Gortschakow bilden einen der bemerkenswerthesten Abschnitte in meinem amtlichen Leben. Er zählt, gleichwie Fürst Bismarck, zu meinen entschiedenen Gegnern; ich gestehe aber, dass die Gegnerschaft des Fürsten Bismarck mir stets bei Weitem sympathischer gewesen ist als die seinige, nicht allein weil mir der deutsche Reichskanzler damit eine bei Weitem grössere, wenn auch meist unverdiente Ehre erwies, sondern auch, weil ich darin vielmehr objektive, auf sachlicher Voreingenommenheit begründete Anfeindung zu erkennen hatte, während mir bei Fürst Gortschakow mehr oder minder stets der Eindruck persönlicher Missgunst und persönlicher Empfindlichkeit geblieben ist. Ich hoffe an mehreren Stellen dieser Aufzeichnung den Nachweis zu liefern, dass die mir zugeschriebene systematische Preussenfeindlichkeit in Wirklichkeit nie existirte: allein das hinderte nicht, dass ich zu Zeiten aus Ueberzeugung und Pflichtgefühl gegen die preussische Regierung mit mehr Nachdruck als Andere aufgetreten war. Ein ähnliches Verhältnis fand Russland gegenüber nicht statt, und nur von Abwehr in einigen Fällen, nicht von Angriff war die Rede. Meine erste Bekanntschaft mit Fürst Gorrschakow datirt aus der Zeit des Krimkrieges, als er russischer Gesandter in Wien war. Er kam von da nach Dresden und war voll der Begeisterung für die Abfertigung, die ich damals der sehr unberechtigten Einmischung des Lord Clarendon in die Angelegenheiten des Deutschen Bundes hatte angedeihen lassen. Wenn ich damals auf russischer Seite stand, so war dies nicht Folge besonderer Vorliebe für Russland oder Abneigung gegen Oesterreich, sondern Folge eines entschie-

denen Misstrauens gegen die damalige österreichische Politik, von deren Resultaten ich nichts Gutes für Oesterreich ahnte. Der Kaiser Nikolaus, ich weiss es, hat mehr als einmal in der letzten Zeit vor seinem Tode geäussert, dass jene sächsische Depesche nach London ihm die einzige gute Stunde bereitet habe (die Depesche findet sich im ersten Abschnitt abgedruckt). Im Jahre 1857 kam Kaiser Alexander mit Fürst Gortschakow nach Dresden und ich hatte nur Schönes zu vernehmen. Als nun aber gelegentlich des italienischen Krieges Fürst Gortschakow mit einer hofmeisternden Cirkular-Depesche den deutschen Regierungen nahelegte, dass sie sich neutral zu verhalten hätten, wurde ihm durch mich dieselbe Zurückweisung wie früher dem Lord Clarendon zu Theil.

Diese Depesche (sie findet sich ebenfalls im ersten Abschnitt) ist die erste der Sünden, die mir nie verziehen wurden. Nach dem Ausbruch der polnischen Insurrektion 1862 fand zwar meine an die französische und englische Regierung gerichtete ablehnende Antwort auf deren Aufforderung zur Theilnahme an einer Einmischung Gnade vor seinen Augen. Es geschah aber, dass nach der Unterdrückung des Aufstandes eine grosse Anzahl von flüchtigen Polen sich in Dresden zeitweise aufhielt, und nun erhielt ich abermals eine sehr hochfahrende Aufforderung zur sofortigen Ausweisung, wobei der russische Gesandte beauftragt war, mich an die Solidarität der monarchischen Interessen zu erinnern. Ich bat Herrn von Kakochkine, dem Fürsten Gortschakow folgende Antwort zu übermitteln: Ich erinnere mich einer Zeit, wo ein König von Sardinien im Frieden in österreichisches Gebiet mit bewaffneter Hand eingefallen sei. Obwohl dieser König durchaus nichts gegen Russland unternommen hatte, habe Kaiser Nikolaus sofort seinen Gesandten in Turin — denselben Herrn von Kakochkine — abberufen und dem sardinischen Gesandten in Petersburg die Pässe zustellen lassen. — Das, meine ich, sei Solidarität monarchischer Interessen gewesen. Nun habe es sich aber später begeben, dass der nachfolgende König von Sardinien,

dem Russland gar nichts zu Leid gethan, seine Truppen nach der Krim geschickt habe, um Russland den Krieg zu machen. Bald darauf sei ein anderer italienischer König, welcher eine gleiche Aufforderung zur Theilnahme am Kriege gegen Russland abgelehnt habe, durch den König, welcher Russland ohne Anlass den Krieg gemacht, entthront worden, und Russland habe sich beeilt, diesen Besitzwechsel anzuerkennen. Unter solchen Umständen, so schloss ich, gibt es keine Solidarität monarchischer Interessen, und der Regierung eines kleinen Landes bleibt nur die Aufgabe, mit ihren Unterthanen in Frieden und Eintracht zu leben und das öffentliche Gefühl nicht zu verletzen. Diese Replik blieb ebenfalls unvergessen. Endlich konnte ich es nicht vermeiden, auf der deutsch-dänischen Konferenz in London, wo ich Bevollmächtigter des Deutschen Bundes war, den russischen Botschafter, der mir gewissermassen das Wort entziehen wollte, weil der Bund nicht im Kriege mit Dänemark sei, in sehr vernehmlicher Weise in die Schranken zu weisen.

Das Alles hatte in dem an stete Verherrlichung und Untrüglichkeit gewöhnten Gemüth des Fürsten Gortschakow tiefe Spuren zurückgelassen. Was ich aber in meinem Antritts-Cirkular in Oesterreich gesagt, dass ich nämlich weder Neigung noch Abneigung, sondern nur meine Erfahrungen aus meiner Vergangenheit in meine neue Stellung hinübernehme, machte ich auch Russland gegenüber zur Wahrheit und bemühte mich mit Ernst, von Haus aus ein gutes Vernehmen herzustellen.

Fürst Gortschakow war nie ein aufrichtiger Freund Oesterreichs. Ohne dem diplomatischen Talent meines Nachfolgers zu nahe treten zu wollen, bin ich gleichwohl ausser Zweifel darüber, dass die ausserordentlich entgegenkommende Aufnahme, welche Graf Andrassy, der Mann von 1849, der Mann, von dem man wusste, dass seine Gedanken im Jahre 1870 allerdings nicht gegen Deutschland, wohl aber gegen Russland gerichtet waren, in Berlin bei dem russischen Reichskanzler fand, vorzugsweise dem Umstand zu danken war, dass er meine Stelle eingenommen hatte.

Anfangs, in den letzten Monaten des Jahres 1866, den ersten meiner Ministerschaft, nahmen die Dinge in der That eine gute Wendung, und man berichtete mir, Fürst Gortschakow habe gesagt: *„L'Autriche est dans nos eaux."* Merkwürdigerweise war aber mein neues Verbrechen ein Zugeständnis, welches ich Russland zu machen beabsichtigte, nämlich die Revision des Pariser Vertrages in Bezug auf das Schwarze Meer. Ich habe meinen damaligen Gedankengang weiter oben bereits entwickelt und dabei darauf hingewiesen, dass die von mir als nöthig erkannte europäische Kontrole in die inneren Angelegenheiten der Türkei nur unter der Bedingung einer aufrichtigen Mitwirkung Russlands möglich sein könnte. Die Aufnahme meiner leider vorzeitig bekannt gewordenen Vorschläge in Paris und London war nicht die gehoffte. Grund davon war aber, dass man in St. Petersburg sondirt und erfahren hatte, dass Russland den Vorschlag der Revision gar nicht zu unterstützen gemeint sei. *J'avais eu le grand tort de lui voler ses idées.* Fürst Gortschakow dachte schon lange daran, bei der ersten Gelegenheit, die sich 1870 in ausreichender Weise darbot, den Pariser Vertrag umzustossen, und dafür durfte die Ehre nur ihm gebühren. Als nun im Jahre 1870 Russland den Pariser Vertrag angeblich kündigte, in Wahrheit aber zerriss, war man in St. Petersburg höchlich erstaunt und verstimmt, dass ich einem solchen Vorgehen entschieden die Berechtigung und die Nützlichkeit absprach (*„ce procédé peut rendre les traités plus faciles, il ne servira pas à les rendre plus solides,"* wie ich in meiner Antwort sagte). Obwohl nun in den vorausgegangenen Jahren von mir wiederholte Beweise dafür gegeben worden waren, dass ich jede Störung des guten Vernehmens mit Russland zu vermeiden suche — ich erinnere daran, dass ich die von vielen Seiten für nothwendig erachtete Prozessirung der Moskaupilger und die galizische Kaiserreise verhindert hatte —, so sollte ich doch erst nach meinem Austritt aus dem Ministerium die volle Schwere kaiserlich russischer Ungnade empfinden. Kaiser Alexander kam 1874, als ich Botschafter in London war, dahin

und liess mich in demonstrativer Weise sein Missfallen fühlen — theils direkt durch die Kälte und Kürze der Ansprache, theils indirekt durch Auszeichnung der neben mir stehenden Kollegen, namentlich des türkischen Botschafters (wie oft gedachte ich in den Jahren 1877 und 1878 der Worte, die der Kaiser an Musurus Pascha richtete: *„Désormais il ne peut plus jamais y avoir entre nous le moindre malentendu“).* Nun hatte ich aber einen bemerkenswerthen Zwischenfall zu konstatiren. Die kaiserliche Ungnade wurde mir bei den Hoffesten und dem Empfang des diplomatischen Corps fühlbar gemacht. Bei der Feierlichkeit der Uebergabe des Bürgerdiploms in der City an den Kaiser geschah es, dass ich beim Eintreten in das Rauchzimmer den Kaiser ohne Seine russische Begleitung fand, bei welcher Gelegenheit Er mich sehr freundlich ansprach und Sich längere Zeit mit mir unterhielt. Ich habe für diesen Unterschied keine andere Erklärung, als dass die mir gewordene Behandlung nicht der Initiative des Kaisers, sondern den Wünschen seines Kanzlers entsprang.

Ich kehre zu meinem Panorama zurück und lasse die Orientreise, wenn auch nur flüchtig, an mir vorüberziehen.

XXVI. Kapitel.

1869.

Die kirchliche Frage in der Delegation. — Die Depeschen wegen des Konkordates und wegen des Konzils. — Bischof Rudigier und Fürst Sanguszko.

Die Delegations-Sitzung von 1869 bot auch viel Interessantes in Betreff der kirchlichen Fragen. Meine diesbezügliche Rede, wovon ich einen Auszug folgen lasse, darf als ein Beleg mehr für den von mir unbeirrt festgehaltenen Standpunkt der Mässigung und der Innehaltung der rechten Mitte betrachtet werden, und es

verdient vielleicht Beachtung, dass meine damalige Auseinandersetzung weder in der Delegation noch in der Presse ernsten Widerspruch hervorrief.

Es hat ein hochgeehrter Redner mir gegenüber den Standpunkt geltend gemacht, dass er hier als Katholik spreche; ich nehme für mich den Standpunkt in Anspruch, dass ich Protestant bin.

Als Protestant habe ich, wie ich glaube, eine gewisse Befähigung gehabt, in dieser wichtigen Frage die vollste Unbefangenheit zu bewahren, und meine Aufgabe konnte es nur sein, die fortschrittliche Entwicklung, welche gefördert zu haben ich mir bewusst bin, so zu fördern, dass der innere Friede im Reiche dabei am wenigsten gestört werde.

Diese Aufgabe zu lösen ist nicht leicht; sie ist nicht sehr dankbar, aber ich glaube, sie wird mit der Zeit lohnend sein, und man wird einmal erkennen, dass der Weg, der eingeschlagen wurde, der beste war, weil man das, dessen man bedurfte, erreicht haben und manche Gefahr, die damit verbunden war, vermieden sein wird.

Ich kann auch durchaus nicht zugeben, dass hiebei der Würde der Regierung etwas vergeben wurde. Die Allokution vom vorigen Jahre — es wurde vom Januar gesprochen, allein davon ist mir nichts bekannt, die besprochene Allokution ist vom Juli vorigen Jahres — hat sofort von hier eine Antwort erfahren, welche allerdings im diplomatischen Style gehalten war und daher vielleicht mancher gewünschten Kraftausdrücke entbehrte, aber man hat sie gerade, was die Einmischung in die Staatsgrundgesetze betraf, überall als eine sehr entschiedene angesehen. Die Abberufung des Botschafters war eine Massregel, welche schon damals deshalb nicht möglich war, weil wir zur Zeit gar keinen Botschafter in Rom hatten. Es hätte nur in Frage kommen können, ob man nach dem Vorfalle mit der Allokution hätte unterlassen sollen, wieder einen Botschafter nach Rom zu senden.

Diese Frage ist bei der letzten Delegation zur Sprache gekommen. Damals war der Botschafter eben entsendet worden, und im Allgemeinen hat man dieser Massregel keine missfällige Beurtheilung zu Theil werden lassen.

Was nun die Thätigkeit des Botschafters in Rom betrifft, die man nach den vorliegenden Aktenstücken beurtheilt, so halte ich die Meinung aufrecht, dass dieselbe allerdings eine erspriessliche war.

Ja, meine Herren! Eines oder das Andere! Will man den Frieden oder will man den Bruch mit Rom haben? Den Bruch mit Rom herbeizuführen, war entsetzlich leicht, dazu hätte es keiner grossen Anstrengung und keines Kopfzerbrechens bedurft. Wollen wir aber mit Rom in Frieden leben, so müssen wir auch bis zu einem gewissen Grade wenn nicht anerkennen aber erkennen den Standpunkt, auf dem man in Rom steht, und da sind gewisse Gegensätze unvermeidlich, und wenn diese hervortreten, so können wir darin keine besondere Verletzung erblicken.

Wir können nicht verkennen, dass wir selbst das Angreifen des Konkordates durch die Staatsgrundgesetze doch immer als eine Initiative, als einen entschiedenen Akt des Vorgehens bezeichneten und ihn so wollten. Daraus folgt doch, dass hiebei nicht gerade wir der angegriffene Theil waren. Ich kann also nicht begreifen, wie man hier irgend Analogien zwischen neuerlichen kleinen Reibungen mit einer anderen Regierung und dieser Kollision mit Rom aufstellen kann. Alles kam darauf an, nicht etwa neue Verhandlungen anzuknüpfen, die ja kein Objekt hatten, sondern eine ruhigere Stimmung in Rom herbeizuführen, und dadurch es zu ermöglichen, dass auch hier der gemässigte Theil des Episkopates und der Katholiken überhaupt ermuthigt werde zu einer gemässigten und verständigen Auffassung unserer staatlichen Verhältnisse.

Das ist erreicht worden, denn, meine Herren, wenn man von Allokutionen spricht, so vergleichen Sie doch die letzte Allokution, die nach dem Falle des Linzer Bischofes erfloss, mit der vom vorigen Jahre und Sie werden darin eine merkliche Besserung erkennen.

Die Depesche vom 2. Juli ist keine Umkehr; — diese Sprache ist immerfort geführt worden. Es kam nur darauf an, einmal zu konstatiren, welche Sprache man da führe, keinen Zweifel darüber zu lassen und nicht die Meinung aufkommen zu lassen, dass der Botschafter beauftragt sei, eine andere Sprache zu führen.

Dass wir eine solche Depesche veröffentlichen können und damit in Rom keine besondere neue Missstimmung hervorrufen, das beweist, dass eben eine bessere Erkenntnis der Dinge auch dort sich vorbereitet.

Ich muss nun bekennen, der geehrte Herr Delegirte Dr. Sturm hat mir heute zum zweiten Male eine Depesche vorgehalten, aus welcher ich absolut nicht herauslesen kann, was er mir dabei zum Vorwurf macht.

Ich hatte bei der letzten Delegation in Pest Gelegenheit, einem

Herrn Delegirten der ganz entgegengesetzten Richtung entgegen zu treten, als er mir einen französischen Satz in einer Weise übersetzte, die eben nicht dem Wortlaute entsprach, und vielleicht kommen wir hier wieder in dieselbe Irrung. Damals musste ich jenem Herrn Delegirten bemerklich machen, dass wenn im Französischen gesagt wird: „*attitude prudente*“ das nicht heisse „eine gescheite Haltung“, sondern eine „vorsichtige Haltung“, was also gegen den heiligen Vater nicht unehrerbietig war.

Hier wird nun gesagt, man hätte vorgezogen, im Wege der Verhandlung das Konkordat zu beseitigen; und diese Ansicht wird von keiner Seite eine Anfechtung finden.

Wenn es heisst (liest): „*Lorsque nous avons dû renoncer à l'espoir d'établir une entente sur cette base, et lorsque les lois votées par le Reichsrath ont tranché une question*“, so ist dies keine Verleugnung der Gesetze, kein Tadel gegen dieselben, es ist vielmehr die höchste Anerkennung der Bedeutung der Gesetze, denn wenn es heisst: „*Les lois ont tranché une question*“, so haben sie definitiv entschieden; es liegt also darin keine Verleugnung der Gesetze, sondern es wird im Gegentheile die unbedingte Autorität derselben ausgesprochen.

Wenn heute der geehrte Herr Delegirte Dr. Rechbauer mir sagt, das Rothbuch habe ihn erröthen machen, es sei ein geschriebenes Canossa, so kann ich dafür nur dankbar sein; denn wenn auf der einen Seite solche Anschauungen hervortreten, so kann ich mit um so grösserer Ruhe auf die sehr entgegengesetzten auf der anderen Seite blicken, und mehr und mehr zu der Ueberzeugung und zu dem Bewusstsein gelangen, dass ich eben in der rechten Mitte stehe, und auf diese Weise allein bin ich überzeugt, das Rechte zu treffen.

Was den Umstand betrifft, dass ich damit, was überhaupt gar nicht in meiner Macht läge, auf das cisleithanische Ministerium einen Einfluss ausübte, so muss ich sagen, dass die Depesche vom 2. Juli ganz aus der Initiative des Ministeriums des Aeussern hervorgegangen ist; ich glaube der Ministerrath hat diesen Erlass nicht ohne Befriedigung gelesen, er hat daraus erkannt, dass ich nicht andere Wege wandle.

Das Rothbuch hatte mir aber Veranlassung gegeben, die Konkordatsfrage in ihrem Ganzen durch Vorlage einer an den k. k. Botschafter in Rom Graf Trauttmannsdorff gerichteten Depesche zu erläutern. Vorzugsweiser Konzipient dieser Depesche war der als St. Michaels-Bruder verschrieene Sektionschef von Hof-

mann [1]). Während der von mir sonst sehr hochgeschätzte Dr. Rechbauer diese Depesche ein geschriebenes „Canossa“ nannte, erhielt ich alsbald nach dem Erscheinen des Rothbuchs folgendes Billet des italienischen Gesandten, der gewiss kein Canossapilger war:

„Cher Comte, je viens de lire votre admirable note sur la question du Concordat. C'est une page d'histoire qui marquera dans les annales de la civilisation. Je viens de l'expédier à Florence, envoyez-moi un autre exemplaire. Merci, cher Comte, de me permettre de vous appeler mon ami.

Joachim Napoléon Pepoli.

ce 13. Juillet 1869.

Ich lasse die Depesche in ihrem ganzen Inhalt folgen:

Vienne, le 2 Juillet 1869.

Pendant les premiers temps de votre séjour à Rome vous avez pu constater à différentes reprises des dispositions plus conciliantes de la part du Saint-Siège à l'égard du Gouvernement Impérial et Royal. Quelques indices permettaient à Votre Excellence de croire que le Saint-Père, aussi bien que Ses premiers Conseillers, commençait à apprécier plus justement la situation de l'Empire austro-hongrois et les causes des dissidences fâcheuses qui s'étaient produites dans le courant de l'année 1868.

Nous avons accueilli ces symptômes avec une satisfaction sincère et nous nous sommes efforcés de favoriser par notre attitude le développement des tendances que Votre Excellence nous signalait.

D'après vos derniers rapports cependant il se serait produit une espèce de temps d'arrêt dans l'amélioration progressive de nos relations avec le Saint-Siège. Une circonstance récente — l'incident de Linz — a surtout contribué à reveiller les anciennes susceptibilités et à susciter de nouvelles défiances à l'égard des intentions du Gouvernement Impérial et Royal.

J'ai déjà transmis à Votre Excellence les informations nécessaires pour rétablir les faits sous leur vrai jour, en ce qui concerne

[1]) Baron Hofmann setzte den historisch-materiellen Theil der Depesche während unseres Aufenthaltes in Gastein auf, und in Ischl wurde die Depesche unter meiner Mitwirkung von Baron Aldenburg französisch konzipirt.

le cas spécial que je viens de citer. Mais je crois qu'il ne sera pas inutile, à cette occasion, de remonter plus haut et d'examiner ici, à un point de vue général, les causes de nos difficultés avec le Saint-Siège. Cet examen nous conduira peut-être à trouver le moyen, sinon d'arriver à une entente, du moins d'aplanir quelques uns des obstacles qui s'opposent à l'établissement d'un état de choses plus satisfaisant.

Il me paraît d'abord indispensable de jeter un coup d'œil rétrospectif sur le passé si nous voulons nous rendre un compte exact des faits qui se sont accomplis de nos jours.

Vers la seconde moitié du dernier siècle il s'est produit dans tous les Etats civilisés une tendance manifeste à emanciper le pouvoir civil de la dépendance du pouvoir religieux. L'Autriche ne pouvait se soustraire à l'influence d'un mouvement aussi fort et aussi répandu. De là naquait le système connu généralement sous le nom de Joséphisme. Cette désignation n'est pas entièrement justifié aux yeux de l'histoire, puisque l'Empereur Joseph n'a pas, à vrai dire, créé ce système, bien qu'il en ait été, sans contredit, le représentant le plus énergique et qu'il l'ait appliqué dans une mesure depassant, peut-être, les bornes voulues. La vérité nous impose le devoir de reconnaître que ce Monarque, animé des meilleures intentions n'a fait que se conformer, en les mettant en pratique sur une plus vaste échelle, à des principes déjà introduits dans le Gouvernement par l'illustre Impératrice Marie-Thérèse et même par le père de cette Souveraine l'Empereur Charles VI.

L'élan fougueux du règne de Joseph II, comme il en arrive souvent des mouvements progressifs qui ne savent pas se maîtriser, fut suivi d'une sorte de réaction. Sous les Empereurs Leopold II et Francois I., les lois de leur predécesseur furent considérablement adoucies dans la pratique, et ces Monarques cherchèrent à établir aussi de meilleures relations avec l'Eglise. Mais, en somme, ils ne laissèrent pas ébranler le principe de la tutelle de l'Etat sur les affaires ecclésiastiques. Ce principe répondait, en effet, trop bien à la base autocratique et bureaucratique sur laquelle le Gouvernement des Etats autrichiens était alors constitué, pour qu'on osat arracher cette pierre fondamentale de l'édifice.

On ne pouvait nier cependant que la législation autrichienne de cette époque ne fût en contradiction flagrante avec certains dogmes de l'Eglise catholique. Les difficultés causées par cet état de choses devinrent de plus en plus fâcheuses et sensibles dans la pratique, depuis l'élan imprimé aux idées catholiques dans toute l'Allemagne

à la suite du conflit de Cologne. Ce fut surtout le Chancelier d'Etat Prince Metternich qui proclama hautement pendant les dernières années du règne de François I. et tout le règne de Ferdinand I., que les choses ne pouvaient plus marcher ainsi et qu'il fallait tâcher de conclure le paix avec l'Eglise catholique sur le terrain des principes. Le Prince fit de nombreuses tentatives pour convertir à ses idées les hommes d'état placés à côté de lui à la tête des affaires et les amener à consentir à un compromis équitable avec Rome. Mais ces efforts echouèrent toujours contre une opposition qui rencontrait dans ce temps un appui très-vif même parmi certains dignitaires de l'Eglise, élevés dans l'esprit du système de la tutelle exercée par l'Etat.

Cette importante question resta ainsi en suspens jusqu'au moment où éclata le mouvement de 1848.

Dès qu'on voulait introduire dans toutes les sphères de la vie publique le principe de la liberté d'action, il devenait impossible de laisser à l'Eglise catholique seule ses lisières. Avec l'établissement d'un régime constitutionnel, quel qu'il fût, devait tomber de lui-même le système de l'omnipotence de l'Etat vis-à-vis de l'Eglise.

Ce fait et le changement survenu dans l'état de choses ne furent pas méconnus par les hommes qui étaient alors au pouvoir. Lorsque l'œuvre tentée par l'Assemblée dite constituante à Kremsier eut échoué, la Charte octroyée du 4 Mars 1849 qui s'ensuivit contint, en opposition à toutes les traditions reçues jusqu'à cette époque, la reconnaissance formelle du principe de la liberté de l'Eglise catholique.

C'est donc un fait historique incontestable que les catholiques en Autriche sont redevables au principe constitutionnel seul d'être affranchis des entraves inquiétantes qu'imposait à leurs consciences l'influence souvent fort étendue que l'Etat exerçait sur les affaires de l'Eglise. On aurait dû se souvenir de cette circonstance à Rome lorsque, dans une allocution dont nous regrettons encore l'effet, notre Constitution fut l'object d'une condamnation acrimonieuse.

Développer les germes renfermés dans la Constitution de 1849 était une tâche ardue, digne d'occuper les meilleurs esprits. On avait à choisir entre deux systèmes différents pour arriver à ce but. Il était possible:

1° soit d'abolir les lois et ordonnances existantes qui ne s'expliquaient plus au nouvel ordre de choses, de la façon qu'elles avaient été émises, c'est-à-dire par le simple exercice du pouvoir législatif.

2° soit de conclure avec le Saint-Siège un arrangement formel,

tel d'un Concordat donnant aux réformes projetées le caractère d'un acte synallagmatique.

Il est hors de doute que le premier de ces deux modes de procéder aurait été non seulement le plus simple mais aussi le plus conforme aux principes constitutionels.

En effet, ceux-ci, tandis qu'ils reconnaissent un partage des pouvoirs publics entre le Monarque et les Corps représentatifs de la nation, excluent entièrement toute ingérence d'une Puissance étrangère dans les affaires qui sont du ressort de la législation intérieure.

C'est par ce motif que, dans presque tous les cas ou les Concordats ont été conclus avec Rome par des Etats régis dans des formes constitutionnelles, les stipulations convenues ont été mises en vigueur au moyen d'ordonnances spéciales, issues de l'autorité législative agissant dans la plénitude de son indépendance. Souvent même ces ordonnances, comme les articles organiques en France, ont été rédigées dans un esprit fort différent de celui qui avait présidé aux arrangements qu'elles étaient destinées à mettre à exécution, et elles ne s'y adaptaient qu'au moyen d'une interprétation tant soit peu forcée.

Au commencement on parut reconnaître en Autriche la vérité des maximes que je viens d'énoncer. On régla d'abord par des ordonnances, dont quelques-unes sont encore à présent en vigueur, les nouvelles relations qu'il s'agissait d'établir entre l'Etat et l'Eglise; ce ne fut qu'à mesure qu'on s'éloignait davantage de l'idée de gouverner selon les formes constitutionelles qu'il s'opéra un changement dans les vues et qu'on entra dans d'autres voies.

Il est positif qu'au moment même de la mission confiée à Monseigneur Rauscher, alors qu'il n'était qu'Evêque de Lavant, mission qui conduisit à la négociation du Concordat, le Gouvernement Impérial ne pensait pas encore à conclure une transaction d'une telle importance. Il ne songeait, à cette époque, qu'à établir une entente avec le Saint-Siège au sujet de la législation matrimoniale. Ce ne fut que peu à peu, au fur et à mesure de longues négociations qui s'ensuivirent, qu'on en arriva à réunir la matière étendue qui forma l'objet du Concordat.

Il n'est pas dans notre intention de nous livrer ici à une critique détaillée de cet Acte. Comme toute œuvre humaine il porte l'empreinte de l'époque on il fut conçu. En 1855 l'Autriche était un Etat fortement centralisé, régi par un pouvoir absolu. Une volonté unique y faisait la loi et n'était soumise qu'au contrôle exercé par

les influences momentanées de la situation. On ne peut s'étonner que le Chef de la Catholicité ayant à traiter avec un Gouvernement ainsi constitué, ait cherché non seulement à procurer à ses fidèles en Autriche une position qui les mit à l'abri d'une tutelle vexatoire de la bureaucratie, mais aussi à acquérir pour l'Eglise tous les privilèges qui, selon les décisions du Concile de Trente, lui appartenaient de droit au sein de cet Etat féodal qui précisément reposait sur le principe du privilège, mais qui, dans l'Etat moderne, avaient perdu, depuis plus d'un siècle, leur raison d'être.

Ainsi que je l'ai fait ressortir avant il faut toujours, pour comprendre l'origine et la portée du Concordat de 1855, se rappeler les idées de centralisation dominant alors à la suite des événements de 1848, tendances qui, à l'heure qu'il est, comptent encore de nombreux partisans *et qui à cette époque-là, dans l'espoir de consolider la centralisation par une concentration renforcée du pouvoir religieux, se prêtaient à un partage qui, loin de la fortifier, devait l'affaiblir.* C'est ainsi que s'expliquent les succès obtenus alors par la Cour de Rome. En effet, le Saint-Siège consentit bien vis-à-vis du pouvoir civil à quelques concessions qui ne manquent pas de valeur et qu'on fit sonner très-haut à Rome. De ce nombre est le droit de nomination à la plupart des hautes dignités ecclésiastiques. Mais, à côté de ces dispositions, le Concordat en contient une série d'autres, assurant aux Evêques et au Clergé en général une position exceptionelle qui les place au dessus du droit commun.

Il faut enfin remarquer que le Concordat était, en somme, loin d'être conçu dans l'esprit qui avait dicté la Constitution de 1849, et qu'il répondait plutôt à la pensée d'une réligion dominante d'une réligion d'Etat qui est en contradiction avec toutes les idées modernes de liberté constitutionelle.

Ces défauts de la situation créée par le Concordat apparurent encore d'une manière plus éclatante à l'occasion de la loi sur les mariages publiée bientôt après. Il s'y rencontre des dispositions dont l'expérience fit ressortir des effets souvent durs et vexatoires. Aussi vit-on, dès cet instant, augmenter considérablement le mauvais effet produit déjà sur l'opinion publique en Autriche par la conclusion du Concordat.

Cet Acte, loin de pouvoir donc être considéré comme une application impartiale du principe inauguré en 1849 de l'Eglise libre dans l'Etat libre, n'a été conclu qu'à l'avantage exclusif d'une des parties et dans des conditions intimement liées à l'existence d'une

certaine forme de Gouvernement en Autriche. C'est là ce qui constituait le défaut principal et la faiblesse d'une oeuvre dont l'existence même devait se trouver menacé du moment où changerait la situation en vue de laquelle elle avait été créée.

Cette vérité s'est fait sentir dès le rétablissement d'un régime constitutionel en Autriche. Déjà en 1862 et 1863 nous voyons à Rome un négociateur autrichien travaillant à obtenir des modifications essentielles au Concordat. Malheureusement, les espérances qui se rattachaient à cette négociation, entamée certainement dans un esprit de parfaite modération, n'en restaient pas moins illusoires.

Cet état de choses se traîna ainsi péniblement jusqu'aux événements de 1866 qui firent entrer dans une phase nouvelle la question des relations de l'Etat avec l'Eglise.

Il était évident aux yeux de tout vrai patriote que l'existence de l'Etat ne pouvait plus être assurée que si on entreprenait sa régénération complète au moyen des libertés constitutionelles les plus étendues. Favoriser le libre développement de toutes les forces vives de la nation devint, en consequence, le principe fondamental de Gouvernement.

On doit regretter que l'Episcopat autrichien et les rapports adressés au Saint-Siège n'aient pas tenu un juste compte de la force d'impulsion irrésistible qui produisait les changements survenus en Autriche. Cette erreur fit naturellement naître aussi à Rome plus d'une appréciation erronée. Si les organes de l'Eglise avaient compris qu'en face d'un changement total de système, fruit da la plus impérieuse nécessité, il ne pouvait plus être question de tenter les efforts infructueux afin de sauver des privilèges frappés de caducité, mais qu'il s'agissait de faire tourner autant que possible au profit de l'Eglise catholique le nouvel ordre de choses, ainsi que, par exemple, le clergé belge l'avait si bien compris en acceptant la Constitution de 1831, ils n'auraient, sans doute, pas opposé aux réformes projetées cette resistance opiniâtre qui leur a fait reprocher d'être les antagonistes de l'organisation constitutionelle de la Monarchie. C'est ce reproche qui rend aujourd'hui si difficile la position du clergé et qui, au grand regret du Gouvernement Impérial et Royal, envénime des complications souvent peu importantes en elles-mêmes et concernant de simples questions de détail.

Ce qui précède explique en partie comment l'intervention du Saint-Siège a pu, malheureusement, plus d'une fois aigrir les conflits, au lieu de les apaiser. Nous ne voulons, d'ailleurs, accuser ici per-

sonne. Notre seul but est d'examiner impartialement la situation et d'introduire la sonde dans la plaie, afin de trouver, si c'est possible, un moyen de la guérir. Nous cherchons, avant tout, à concilier et nous nous estimerions heureux si nous parvenions à rétablir, de part et d'autre, des relations sinon satisfaisantes, du moins tolérables.

Comme nous venons de le dire, le maintien du Concordat, dans le sens où il avait été conclu en 1855, était devenu pour le Gouvernement Impérial et Royal une impossibilité de la nature la plus absolue. Contre un fait aussi incontestable il est oiseux d'opposer des arguments tels que ceux auxquels on a souvent recours, tantôt en alléguant le caractère bilatéral de cette transaction, tantôt en rendant responsables de ce qui s'est passé certaines individualités parmi les hommes placés à la direction des affaires. Du moment où, par suite du rétablissement de la Constitution en Hongrie, tout ce pays, sans se mettre en opposition avec l'Episcopat, se refusait à reconnaître la validité du Concordat, il n'était plus possible de soutenir la thèse contraire dans la partie occidentale de la Monarchie où l'agitation contre le Concordat existait dans des proportions beaucoup plus intenses. Même un Ministère composé des chefs les plus marquants du parti dit clérical ou réactionnaire aurait été tout aussi peu capable d'apporter en cela un changement à l'état de choses que les hommes actuellement au pouvoir.

Quelque douloureux qu'il puisse être pour la Cour de Rome d'entendre ces paroles, nous ne pouvons dissimuler les vérités suivantes:

Les stipulations les plus essentielles du Concordat sont devenues inexécutables en Autriche, la position privilégiée que cet Acte accordait au clergé ne peut plus lui être conservée et elle ne ferait désormais que lui nuire; enfin, il est illusoire d'espérer que cet état de choses ne soit que passager et puisse être modifié par un changement de Ministère.

Le Gouvernement Impérial et Royal est loin de chercher la lutte avec l'Eglise; il appelle, au contraire, de tous ses vœux une entente. Au milieu des difficultés dont il est assailli, son calme et son impartialité ne se sont jamais démentis. Il a donné à tous les partis des conseils de prudence et de modération et il a toujours tenu à se réserver la possibilité d'établir à l'avenir de meilleures relations avec la Cour de Rome.

On peut trouver la preuve de ce que j'avance dans le double fait que le Gouvernement Impérial et Royal s'est soigneusement abstenu de se prononcer sur la question de la validité du Concordat

dans son ensemble et qu'il a montré une grande réserve précisément dans les questions qui ont provoqué le plus d'irritation à Rome, c'est-à-dire les réformes apportées aux lois sur le mariage et sur l'enseignement.

Si l'on admet que les circonstances, ainsi que les maximes dont elles avaient amené l'adoption ne permettaient plus au Gouvernement de continuer à se placer au point de vue exclusif de l'Etat catholique et qu'il était obligé, au contraire, de conformer sa législation au principe de l'égalité des cultes devant la loi, on doit rendre au Cabinet Impérial la justice de reconnaître qu'il s'est efforcé de ménager autant que possible les intérêts catholiques.

En ce qui concerne les lois sur le mariage personne n'ignore qu'une fraction très-influente de nos Corps représentatifs s'était prononcée en faveur de l'introduction du mariage civil obligatoire. Même beaucoup d'hommes appartenant au parti le plus imbu des idées catholiques pensaient que cette institution offrait le seul moyen de résoudre la difficulté et d'éviter des conflits avec l'Eglise. — Cependant des autorités dont le Gouvernement croyait devoir tenir compte se prononcèrent en sens inverse et de manière à donner la préférence au mariage civil subsidiaire.

Ce n'est pas parce qu'il partageait cette opinion que le Gouvernement se prononça pour l'adoption d'un projet de loi conçu dans le sens que je viens d'indiquer. Mais, après ce qui s'était passé, il n'en fut que plus péniblement surpris de voir l'Episcopat commencer par des lettres pastorales et d'autres manifestations un combat qui devait malheureusement aboutir à des résultats tels que ceux que nous voyons se produire, à notre regret, dans l'incident de l'Evêque de Linz.

En ce qui concerne la loi sur l'enseignement il faut remarquer, avant tout, que ces nouvelles dispositions législatives admettent parfaitement la création et l'existence d'écoles ayant un caractère confessionel. Le clergé catholique peut, de même que les laïques, profiter de ces dispositions et en retirer pour la foi catholique des avantages précieux. Si on jette un coup d'œil sur les résultats obtenus dans des circonstances analogues en France, en Belgique et dans les provinces rhénanes, si on considère, en outre, les ressources abondantes dont dispose l'Episcopat en Autriche, on doit s'étonner qu'il ne se soit pas emparé de suite avec empressement des facilités qui lui sont accordées à cet égard. Elles permettraient certes à l'Eglise catholique de s'assurer une influence propre à la dédommager amplement de la perte qu'elle éprouve en étant privée de sa position privilégiée.

Même si on ne veut pas faire entrer en ligne de compte de semblables avantages, il n'en reste pas moins incontestable que la nouvelle législation sur l'enseignement est loin d'avoir été conçue dans un esprit systématiquement hostile à l'Eglise catholique. Elle précise, il est vrai, d'avantage le part qui doit revenir à l'Etat dans la surveillance des écoles et elle restreint l'influence directe exercée par le clergé aux matières qui sont de son véritable ressort, c'est-à-dire l'enseignement de la religion. Mais il ne dépend que du clergé de conserver par une attitude habile une influence considérable, principalement sur les écoles populaires. On n'a pas, en effet, enlevé entièrement à ces dernières, comme on le prétend souvent à tort, leur caractère confessionel. On a seulement assuré leur développement progressif et leur amélioration, en tenant compte avec soin de toutes les conditions d'une saine morale.

Nous croyons avoir tracé ainsi avec une exacte impartialité le tableau de ce qui s'est fait jusqu'ici. Il me reste maintenant à examiner encore une question.

Est-ce qu'une entente est possible entre le Gouvernement Impérial et Royal actuel et le Saint-Siège, lorsqu'ils sont, l'un et l'autre, placés à des points de vue aussi divergents et séparés par des questions de principe aussi importantes?

Nous n'hésitons pas à répondre par l'affirmative: toutefois, ce résultat ne saurait être atteint qu'à une première condition.

On doit avant tout se décider à Rome, à ne plus regarder l'Autriche comme un pays prédestiné à servir les vues du Saint-Siège; il faut dorénavant placer l'Empire austro-hongrois sur la même ligne que d'autres Etats constitutionnels modernes, et ne pas demander, par conséquent, au Gouvernement Impérial et Royal de se plier à des exigences qu'on ne songerait pas à imposer à des pays tels que la France ou la Belgique, parce qu'on sait d'avance que de pareilles prétentions n'y rencontreraient que des refus et ne feraient que compromettre inutilement le Saint-Siège.

Ce qui a pu être dans d'autres pays, sans amener pour cela de rupture avec Rome, doit aussi être possible en Autriche. Telle est la première règle fondamentale dont le Gouvernement aussi bien que la nation est résolu à ne point se départir.

Je ne disconviens pas qu'il pourra encore s'écouler quelque temps avant qu'on admette à Rome cette vérité dans une mesure suffisante pour permettre d'en retirer quelque fruit. On y aimera mieux, peut-être, tergiverser encore, se maintenir sur le terrain de certaines

points de droit formels et protester contre ce qu'on appelle des infractions aux engagements contractés. On peut assurément, de cette façon, prolonger la lutte et susciter maint embarras au Gouvernement Impérial et Royal. Mais, en réalité, on fera surtout ainsi un tort immense aux intérêts de l'Eglise catholique dans la Monarchie austro-hongroise. On devra finir par se rendre aux leçons amères de l'expérience et il faudra bien en revenir au point de départ que je viens d'indiquer plus haut comme le seul qui puisse être raisonnablement adopté.

Ne vaudrait-il donc pas mieux prendre dès-à-présent une détermination énergique et mettre ainsi le Gouvernement Impérial et Royal à même d'offrir à l'Eglise catholique la pleine et entière jouissance des droits et des libertés dont elle a besoin pour accomplir sa divine mission et que nul ne songerait alors à lui contester?

La Constitution de Décembre 1867, contre laquelle le Saint-Siège a levé si vivement la voix contient toutes les dispositions qui en 1849 ont été accueillies à Rome avec une véritable joie et qui ont été acclamées par tous les catholiques autrichiens comme une charte d'affranchissement qui les libérait du joug du Joséphinisme.

Les trois grands postulats de l'Eglise catholique:

1°. la liberté des rapports entre les Evêques et le Saint-Siège.

2°. la liberté des rapports entre les Evêques et leurs diocésains en matières de foi; enfin,

3°. la protection et la conservation des biens ecclésiastiques,

se trouvent actuellement accordés dans l'Empire austro-hongrois et entourés de garanties constitutionnelles.

Si cette sémence déposée dans nos institutions n'a pas porté jusqu'ici d'aussi heureux fruits qu'on était en droit de l'espérer, il faut s'en prendre uniquement à l'influence fâcheuse de cette prévention qui fait persévérer dans une fausse voie, lorsqu'on y est engagé, par malheur, au lieu de chercher une autre et meilleure issue.

Les difficultés contre lesquelles le Concordat s'est heurté ne prouvent nullement que la liberté de l'Eglise catholique ne puisse pas prospérer dans notre pays. Mais je le répète, qu'on ne s'y méprenne pas et qu'on sache bien que nous entendons parler d'une véritable liberté d'action et non pas du maintien de doctrines incompatibles avec le développement de l'Etat et d'une valeur qui doit désormais être assez problématique, même aux yeux de la Cour de Rome.

Si les efforts de l'Eglise catholique se portaient dans cette direction

le Gouvernement irait avec empressement au devant de ses vœux: il considérerait comme un devoir sacré d'appuyer avec zèle l'Eglise dans l'accomplissement de sa tâche et d'écarter les obstacles et les préjugés qui entravent son action. Dans l'état de choses actuel le Gouvernement est, au contraire, paralysé dans ses meilleurs intentions et il doit rester spectateur d'un combat qui, quel que soit son dénouement, ne pourra jamais avoir des suites salutaires.

Un changement dans l'attitude de l'Episcopat autrichien serait le premier pas désirable vers une amélioration de la situation. Nous croyons ne pas nous tromper en présumant que les Evêques différent sous plus d'un rapport dans leurs appréciations. Nous en voyons qui appartiennent par leurs sympathies au parti de l'opposition politique et qui se laissent souvent entraîner à faire, en vertu de leur position officielle, des démarches que nous ne saurions y trouver profitables.

D'autres exaltés dans leur croyance font beaucoup de mal par leur exagération, sans qu'on puisse toutefois révoquer en doute ni la sincérité de leurs convictions ni la loyauté de leurs intentions. Avec ces deux fractions de l'Episcopat il sera, sans doute, difficile d'arriver à un compromis. Par contre, nous avons de fortes raisons de croire que la plus grande partie des Evêques comprend maintenant qu'en persistant dans la voie d'une résistance implacable on ne saurait arriver à de bons resultats. Si l'attitude de ces Prélats ne témoigne pas encore plus ouvertement d'une pareille persuasion, c'est d'abord à cause de leur désir très-légitime de ne point devoiler les dissidences et puis parce qu'ils craignent peut-être de s'attirer un désaveu. Nous ne croyons pas nous abuser en supposant que plusieurs Evêques s'estimeraient heureux de pouvoir abandonner avec honneur une position qui devient tous les jours moins tenable. Quelques-uns d'entre eux et des plus éminents sont des hommes infiniment trop éclairés pour ne pas sentir la nécessité de prendre à temps les mesures opportunes qui peuvent rendre en Autriche la paix à l'Eglise et prévenir les conséquences incalculables qu'entraînerait la prolongation des conflits actuels.

Si on ne veut pas à Rome fermer les yeux à l'évidence, si on ne s'y refuse pas à voir la situation sous ses vraies couleurs, on devra s'appliquer avant tout à donner un appui efficace à la fraction modérée de l'Episcopat autrichien.

Amener le Saint-Siège à se pénétrer de ces idées et de cette conviction doit être la tâche principale de tout bon patriote auquel

les circonstances permettent de faire entendre sa voix à Rome avec quelque succès.

C'est aussi vers ce but que doivent tendre tous les efforts de Votre Excellence et en retraçant, comme je l'ai fait, un tableau exact de la situation, des causes qui l'ont amenée et des moyens de remédier à certains de ses maux, j'espère avoir fourni quelques données utiles.

Veuillez faire valoir auprès de Son Eminence le Cardinal-Secrétaire d'Etat toutes les considérations que j'ai développées et ne négligez aucun moyen pour rendre le Saint-Père ainsi que ses principaux Conseillers accessibles aux vues qui sont exposées dans la présente dépêche.

Recevez etc.

(signé) Beust.

Wie im Rothbuch, so schliesst sich in meinen historischen Rückblicken eine andere Depesche an, welche an den k. u. k. Gesandten in München, Grafen Ingelheim, gerichtet war.

Wien, den 15. Mai 1869.

Der königlich bayrische Gesandte, Herr Graf von Bray, hat mir von einer Depesche Kenntnis gegeben, welche seine hohe Regierung an ihn gerichtet hat, um die Frage bei uns in Anregung zu bringen: welche Haltung die europäischen Regierungen gegenüber dem nach Rom einberufenen ökumenischen Konzil anzunehmen haben werden? Graf Bray hat diese Depesche mir in Händen gelassen, und ich übersende Eurer Excellenz im Anschluss eine Abschrift derselben zur persönlichen Kenntnisnahme.

Unter Berufung auf die ihr zugekommenen Nachrichten über die Vorbereitungen zu der bevorstehenden Kirchenversammlung und über vermuthete Absichten des römischen Hofes richtet die königlich bayrische Regierung an uns — wie ohne Zweifel auch an andere Kabinette — die Anfrage: ob nicht zum Schutze der modernen Staatsprinzipien vorbeugende Massregeln, wie z. B. Abmahnungen, an die Bischöfe der einzelnen Länder, oder Protestationen in Rom, ins Auge zu fassen seien, und ob es nicht für angezeigt gehalten werde, ein Einverständnis über derartige, wenn nicht kollektive, doch möglichst identische Schritte durch gemeinsame Berathungen, vielleicht selbst durch eine Konferenz von Vertretern sämtlicher betheiligter Regierungen herbeizuführen?

Ich habe diese Mittheilung, wie die hohe Wichtigkeit ihres Gegen-

standes es erheischt, der aufmerksamsten Erwägung unterzogen und mich zugleich für verpflichtet gehalten, vor Beantwortung der von dem Herrn Fürsten von Hohenlohe angeregten weittragenden Fragen mich vertraulich sowohl mit dem k. k. österreichischen wie mit dem königlich ungarischen Ministerium zu berathen.

Im vollen Einverständnisse mit den Ministerien beider Reichshälften und mit Allerhöchster Ermächtigung Seiner Majestät des Kaisers und Königs habe ich nunmehr die Ehre, durch Eurer Excellenz gefällige Vermittlung dem Münchener Kabinete in Erwiderung auf seine Anfrage die nachstehenden Bemerkungen mitzutheilen:

Eine Regierung, welche wie die österreichisch-ungarische, die Freiheit der verschiedenen Religions-Bekenntnisse innerhalb der freiheitlich konstituirten bürgerlichen Gesellschaft zum leitenden Grundsatze erhoben hat, würde nach unserer Auffassung die volle Konsequenz ihres Prinzips nicht festhalten, wenn sie einem in der Verfassung der katholischen Kirche begründeten Vorgange, wie es die Einberufung eines allgemeinen Konzils ist, ein System präventiver einschränkender Massnahmen gegenüberstellen wollte. Es wird, was diesen prinzipiellen Ausgangspunkt für unsere Betrachtung betrifft, zugleich darauf hingewiesen werden dürfen, dass, so viel bis jetzt bekannt, keine derjenigen Mächte, von denen der Grundsatz der Unabhängigkeit der Kirche vom Staate und des Staates von der Kirche am vollständigsten anerkannt und in deren Bereich er am tiefsten in das öffentliche Bewusstsein eingedrungen ist, Besorgnisse über mögliche Beschlüsse des künftigen Konzils an den Tag gelegt oder sich bereits mit dem Gedanken an abwehrende Gegenmassregeln beschäftigt hat.

Steht es nun aber als allgemeine Regel fest, dass den anerkannten Religions-Gesellschaften in ihren inneren Lebensäusserungen, so lange diese nicht mit dem staatlichen Standpunkte kollidiren, die vollste Freiheit gelassen werden müsse, so hat die kaiserliche und königliche Regierung in der Sachlage, wie sie sich bis heute darstellt, keine genügenden Motive des Rechts oder der Opportunität zu erblicken vermocht, um schon jetzt dem an sich so beachtungswerthen Vorschlage der königlich bayrischen Regierung Folge zu geben.

Ueber den Verlauf des Konzils können nämlich dermalen nur Vermuthungen, mehr oder weniger wahrscheinliche, aufgestellt werden. Nicht einmal über das Programm der Berathungs-Gegenstände des Konzils sind andere offizielle Aufschlüsse, als die übersichtlichen Andeutungen der päpstlichen Einberufungsbulle, vorhanden. Das Gebiet der wirklich rein dogmatischen Fragen wird ohnehin niemand dem

allgemeinen Kirchenrathe streitig machen wollen. Was aber die staatskirchlichen Angelegenheiten, sowie diejenigen Materien betrifft, welche mit der Konfession zugleich das bürgerliche Recht berühren, so lässt sich heute schwerlich schon ein Urtheil darüber gewinnen, ob die Gefahr vorhanden sei, dass die in diesem Bereiche seither hervorgetretenen Gegensätze durch die Verhandlungen und Beschlüsse des Konzils noch geschärft und zu grösserer Gefährlichkeit für die Ruhe der Staaten gesteigert werden könnten. Wir können das Vorhandensein einer solchen Gefahr weder bestätigen noch in Abrede stellen. Doch dürfte im Allgemeinen kaum vorauszusetzen sein, dass die Bischöfe der katholischen Welt, die der grossen Mehrzahl nach in Ländern mit vollkommen säkularisirter Gesetzgebung leben und wirken müssen, nicht eine genaue Kenntnis der praktischen Nothwendigkeit unseres Zeitalters nach Rom mitbringen sollten. Und wenn die Erwartung berechtigt ist, dass es dem Zwecke der Erhaltung des Friedens zwischen Staat und Kirche an Wortführern unter den Prälaten des Konzils nicht fehlen werde, so liegt es vielleicht nicht im Interesse der Regierungen, diese Stimmen als von Staats wegen patronisirt erscheinen zu lassen und dadurch in ihrer Autorität zu beeinträchtigen. Es lässt sich ferner dermalen noch nicht erkennen, wie die päpstliche Kurie, welche in der jetzigen Weltlage die Präcedentien früherer Jahrhunderte in Bezug auf die Theilnahme der weltlichen Fürsten an den Konzilien nicht wird erneuern können und wollen, gegenüber den Regierungen hinsichtlich derjenigen Verhandlungs-Gegenstände sich zu verhalten gedenkt, in welchen die Beschlüsse des Konzils nicht ohne staatliche Anerkennung zur Ausführung gelangen könnten. Nach unserer Auffassung sind aber die Regierungen vollkommen in der Lage, die in dieser Richtung etwa erforderlich werdenden Schritte des Kirchenregimentes abzuwarten.

Würde demnächst das versammelte Konzil sich wirklich anschicken, in die Rechtssphäre der Staatsgewalt überzugreifen, oder würden sich bestimmte Indizien für eine derartige Absicht in authentischer Weise herausstellen, dann wäre auch nach der Ansicht der kaiserlichen und königlichen Regierung der Fall sicher nicht auszuschliessen, dass neben den abwehrenden und abmahnenden Schritten der einzelnen Staaten auch gemeinsame Berathungen der Kabinette zum Zwecke übereinstimmender Wahrung der Staatshoheitsrechte sich als nöthig oder nützlich erweisen könnten. Dagegen vermögen wir nicht dafür zu stimmen, dass der blossen Präsumtion möglicher Eingriffe in diese Rechte die Thatsache einer diplomatischen Konferenz

entgegengestellt und dadurch — abgesehen von der erhöhten Schwierigkeit, auf so unsicherem Grunde zu festen Einverständnissen zu gelangen — vielleicht der Schein einer beabsichtigen Kontrole und Beschränkung der Freiheit der katholischen Kirche hervorgerufen und die Spannung der Gemüther ohne Noth vermehrt werden könnte.

Die hier dargelegte Auffassung hat übrigens die kaiserliche und königliche Regierung nicht abhalten können, die von dem königlich bayrischen Kabinete ausgegangene Anregung zu einem Meinungsaustausche über diese bedeutungsvolle Angelegenheit in ihrem ganzen Werthe anzuerkennen. Wir fühlen uns dem Herrn Fürsten Hohenlohe für die Mittheilung seiner Ansicht und den uns dadurch gebotenen Anlass, unser Verhältnis zur Sache darzulegen, aufrichtig verpflichtet, und Eure Excellenz wollen es übernehmen, dieser Gesinnung bei Seiner Durchlaucht den wärmsten Ausdruck zu verleihen. Eine Abschrift des gegenwärtigen Erlasses sind Sie ermächtigt, dem Herrn Minister-Präsidenten, falls es gewünscht wird, zur Verfügung zu stellen.

Empfangen etc.

(gez.) Beust.

Diese Depesche ist mir in späteren Jahren mehr als einmal und je mehr man die Resultate des Konzils zu beklagen Ursache hatte, zum Vorwurf gemacht worden und mehr und minder als eine gegen Rom bewiesene Konnivenz. Dabei wurde stetig vergessen, dass die Depesche im Einvernehmen mit den beiden Ministerien, beziehentlich mit den beiderseitigen Ministerien des Unterrichts, erlassen wurde, und dass bisher einem Eötvös und einem Hasner Alles eher zugetraut worden war, als klerikale Neigungen. Ich bin aber bei aller Deferenz für den in späteren Jahren als Kollegen so werth gewordenen Fürsten Hohenlohe noch heute der Ansicht, dass meine Anschauung die richtige war [1]. Es konnte nicht gerathen sein, die Seitens gerade der bedeutenden Kirchenfürsten zu erwartende Opposition dadurch zu erschweren und zu entwerthen, dass man Diejenigen, welche dazu den Muth und die Fähigkeit besassen, zu Vertretern der Regierungen stempelte.

---

[1]) Er selbst hat dies späterhin anerkannt. Siehe Rothbuch Nr. 4. Depesche 128.

Diese Opposition gewann gerade durch die Abstinenz der Regierungen ihre volle Bedeutung. Dass dieselbe ihren Zweck dadurch verfehlte, dass die Opponenten sich schliesslich der Abstimmung enthielten, anstatt durch ein Votum eine Entscheidung, die mit Majorität allein nicht möglich war, zu verhindern, war sehr bedauerlich, und eine Depesche im nächsten Rothbuch gibt diesem Bedauern nicht blos einen retrospektiven, sondern einen rechtzeitigen Ausdruck, indem sie vor der Abstimmung erlassen wurde. Immerhin aber blieb die jedem fremden Einfluss entzogene Haltung der opponirenden Mitglieder von grossem Werth und erleichterte wesentlich den Schritt, zu dem die k. u. k. Regierung sich nach der Proklamirung des Infallibilitäts-Prinzipes im Jahre 1870 entschloss.

Ich kann nicht eine mehr heitere als betrübende Erfahrung vergessen, die mir in diesem Jahre aus Anlass der religiösen Frage vorbehalten war und die ich eine heitere nenne, trotzdem sie an sich mehr etwas Finsteres hatte. Der streitbare Bischof Rudigier von Linz hatte sich der Ausführung der konfessionellen Gesetze widersetzt und war zu einigen Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Ich war der Erste, der dem Kaiser die Begnadigung nahelegte, welche denn auch erfolgte. Bischof Rudigier kam nach Wien, um dem Kaiser zu danken; ich wusste es, erwartete aber gar nicht, dass er mir die Ehre seines Besuchs erweisen werde. Nicht wenig, aber nur angenehm überrascht war ich, als er mir gemeldet wurde. Ich ging ihm weit entgegen und drückte ihm meinen Dank für den mich sehr ehrenden, aber gar nicht beanspruchten Besuch aus. Der Bischof nahm mir gegenüber Platz und hielt eine Ansprache, deren Wortlaut ich nicht mehr im Gedächtnis habe, deren Sinn aber genau der folgende war: „Ich komme nicht, Ihnen zu danken, sondern Ihnen über eine Depesche des Rothbuchs meine Meinung zu sagen. Sie sprechen da von einem Dogma und ich wollte Ihnen nur sagen, dass Sie davon nichts verstehen.“ Wie gesagt, es war dies nicht der genaue Wortlaut, aber der Sinn, denn ich

weiss, dass ich gleich darauf mit vieler Heiterkeit den Vorgang mehreren Personen erzählte.

Der hochwürdige Bischof liess es inzwischen bei dem Besuche nicht bewenden, sondern richtete bald darauf an mich ein Schreiben, welches in sehr artigen und angemessenen Ausdrücken abgefasst war und welchem eine von ihm provozirte Erklärung des belgischen Episkopats beilag, wodurch das volle Einverständnis des letzteren mit ihm ausgesprochen war. Diese Mittheilung sollte eine Widerlegung eines Satzes sein, welcher sich in einer an den Botschafter in Rom gerichteten und dem Rothbuch einverleibten Depesche vorfand und welcher dahin ging, dass der belgische Klerus es verstanden habe, die Verfassung von 1831 rückhaltlos anzuerkennen und so die neue Ordnung der Dinge möglichst zum Vortheil der Kirche zu wenden. Der hohe Herr übersah dabei nur das Eine, dass mit einer Erklärung des belgischen Episkopats im Jahre 1869 nicht bewiesen werden konnte, was der belgische Klerus im Jahre 1831 gedacht und gethan hatte. — Immerhin dürfte diese Korrespondenz nicht wenige meiner Leser interessiren und ich lasse sie daher in den Beilagen folgen.

Die mir nicht schwer werdende, weil angeborene Erfüllung des christlichen Gebotes, den Feinden Gutes zu erweisen, ist mir überhaupt nur in ausnahmsweisen Fällen vergolten worden. So geschah es mir auch, mich für das mir sehr abgeneigte Haupt einer der ersten böhmischen Adelsfamilien, welches eine Broschüre veröffentlicht hatte, die ihm wegen Majestäts-Beleidigung eine Gefängnisstrafe eintrug, zu verwenden und die Begnadigung zu erlangen. In Erwiderung des Schreibens, worin ich dem Betroffenen dieses günstige Resultat mittheilte, erhielt ich eine Antwort, welche bei Weitem mehr einer Belehrung als einem Dankesausdruck ähnlich sah.

Zu meinen heiteren Erinnerungen gehört noch die folgende. Im Herrenhause hatte ich oft mit dem Fürsten Sanguszko verkehrt, einem vollkommenen, aber sehr eigenartigen Grand-Seig-

neur. Der Geheimraths-Titel ward in Oesterreich auch von den höchstgestellten Mitgliedern des Adels gern angenommen. Fürst Sanguszko hatte den Wunsch, ihn zu erhalten, geäussert, ich hatte dem Wunsche Folge gegeben, der Kaiser hatte meinen Antrag genehmigt und der Fürst kam eigens aus Galizien nach Wien, um den Eid abzulegen. Da aber Seine Majestät Sich von Wien abwesend befand, so wurde ich ermächtigt, den Eid abzunehmen. Fürst Sanguszko wurde auf das Ministerium des Aeussern beschieden. Ich bereitete den Akt in möglichst feierlicher Weise mit Aufstellung eines Kruzifixes und brennender Kerzen vor. Sektionschef von Hofmann las die Eidesformel vor. Als ich aber das Zeichen zur Angelobung gab, erklärte Fürst Sanguszko, den Eid nicht ablegen zu wollen. Es gelang dem Zureden des Baron Hofmann, ihn dennoch dazu zu bestimmen und er legte das Angelöbnis ab. Hierauf jedoch bat er, mich in mein Kabinet begleiten zu dürfen, und als ich ihn zum Niedersetzen eingeladen, sagte er mir Folgendes: „*Vous m'avez fait prêter un serment et j'ai dû jurer entre autres choses de toujours dire la vérité. Eh bien, je m'en vais vous la dire.*“ Und hierauf sagte er mir die wenigst schmeichelhaften Dinge über meine Politik.

Beilage I zu Kapitel XXVI.

Schreiben des Erzbischofs Rudigier von Linz.

In der Depesche vom 2. Juli d. J. an den Grafen Trautmannsdorff in Rom loben Eure Excellenz den belgischen Klerus, dass er es verstanden habe, die Verfassung von 1831 anzuerkennen und so die neue Ordnung der Dinge möglichst zum Vortheile der Kirche zu wenden. Dieses Beispiel stellen Eure Excellenz, da Sie die Depesche im Rothbuch veröffentlichen, dem österreichischen Episkopate vor, jedenfalls dem Bischofe von Linz, auf den Hochdieselben wiederholt hinzudeuten sich veranlasst finden.

Berufen mitzuwirken und zwar ohne Zweifel in vorzüglicher Weise mitzuwirken zu Oesterreichs „vollständiger Regeneration durch die ausgedehntesten Freiheiten“ und das Wort des Heilands: „die Wahrheit wird euch frei machen“, mit dem nämlichen Glauben auf-

nehmend, wie wir Katholiken es aufnehmen, werden Eure Excellenz gewiss sehr gern die — gegen hochgefällige Rücksendung — angeschlossene Zuschrift des gesamten belgischen Episkopates lesen, um die wahre Gesinnung dieses Episkopates, der unbestrittenermassen die Gesinnung des dortigen Klerus von 1831 treu bewahrt hat, wie er sie aus Anlass des „Linzer Zwischenfalls" ausspricht, kennen zu lernen.

Genehmigen Hochdieselben die Versicherung der tiefsten Verehrung, womit ich verharre

Eurer Excellenz
gehorsamster Diener
Franz Joseph Rudigier,
Bischof.

Linz, den 15. August 1869.

Beilage II zu Kapitel XXVI.

Zuschrift des belgischen Episkopats an den Bischof Rudigier von Linz.

L'Archevêque et les Evêques de Belgique saisissent avec bonheur l'occasion que leur donne leur réunion annuelle pour féliciter Votre Grandeur de la courageuse constance avec laquelle Elle a soutenu la doctrine de l'Eglise catholique sur le mariage, et la fidélité aux engagements sacrés et solennels du Concordat dont les clauses ne peuvent être modifiées que par le concert des deux puissances. Toute la catholicité a eu les yeux sur vous, Monseigneur, et elle a béni Dieu de retrouver en vous un nouveau de Droste de Vischering que les menaces de la prison n'ont pu faire défaillir et dont la parole apostolique n'a pu être enchaîné. Votre grand exemple, Monseigneur, continue la chaîne de ceux qui ont consolé tous les siècles du christianisme et il soutient dans tous les cœurs fidèles l'inébranlable confiance que la liberté de l'Eglise ne périra pas.

Agréez, Monseigneur, avec l'expression de notre reconnaissance, celle de nos sentiments les plus fraternellement dévoués en J. B.

† Victor Auguste Archevêque de Malines.
† Gaspar G. Evêque de Tournay.
† Théodore Evêque de Liège.
† J. J. Evêque de Bruges.
† Henri Evêque de Gand.
† Th. J. Evêque de Namur.

Malines, le 2 Août 1869.

XXVII. Kapitel.

1869.

Kaiserliche Orientreise.

Ich werde meine Leser nicht mit Wiederholung dessen ermüden, was sie in Reisebeschreibungen gefunden haben oder finden können. Meine eigenen Schilderungen würden überdies nur flüchtig sein, denn ich darf vor Allem daran erinnern, dass in dem knappen Zeitraum von sechs Wochen die Türkei, Griechenland, Palästina, Egypten und Italien besucht wurden. Dagegen werde ich der Versuchung nicht widerstehen, zuweilen von der Reiseroute auf Abwege zu gerathen, von denen in Reisebeschreibungen nichts zu finden ist, auf denen aber mir zu folgen, wie ich hoffe, man nicht abgeneigt sein wird.

Es hat eine solche Fahrt im Gefolge eines hohen Herrn ihre Schattenseiten, und zwar insofern als ein grosser Reiz jeder Reise, die freie und unabhängige Bewegung, eine unvermeidliche Einschränkung erleidet. Allein es fällt wiederum, abgesehen von dem Ehrenvollen der Begleitung, ein Vortheil schwer ins Gewicht, welcher namentlich im Orient werthvoller ist. Die Bevölkerungen, die dort der gewöhnliche Reisende nur spärlich zu Gesicht bekommt, zeigen sich des erscheinenden fremden Herrschers wegen. Auf mich selbst fiel eine Art Reflex zurück, indem, wie mir in Jerusalem gesagt wurde, die Leute den „Grossvezier des weissen Sultans“ sehen wollten. Es ist mir übrigens Bedürfnis, in Ehrerbietung mich dessen zu erinnern, wie wenig der Kaiser seiner Begleitung unnöthige *gêne* auferlegte und wie sehr Seine Majestät um deren Unterkunft und Wohlergehen besorgt war. Diese Fürsorge gab einmal zu einem belustigenden, obschon anstössigen telegraphischen *qui pro quo* Anlass. Während der Fahrt von Konstantinopel nach Athen richtete der Kaiser, dem meine Neigung zur Seekrankheit nicht unbekannt war, von

Seinem Schiffe nach demjenigen, worauf die Minister sich befanden, die telegraphische Anfrage: „Was macht Beust?“ Der sehr mangelhafte Apparat antwortete nach der Entzifferung: „Unverschämt“, sollte heissen: „Er schläft.“

Die Reise begann mit einer Nacht-Eisenbahnfahrt von Pest nach Bazias, woselbst einige Mitglieder des serbischen Ministeriums erschienen waren, um dem Kaiser ihre Huldigung darzubringen. In ihrer Begleitung befand sich auch Herr von Kállay, der unter mir als General-Konsul in Belgrad in die Carrière eingetreten war. Er war mir von Graf Andrassy empfohlen, und die Wahl erwies sich als eine sehr glückliche. Herr von Kállay hat später in höherer Stellung noch mehr gezeigt, dass er Tüchtiges zu leisten vermag. In der letzten Zeit, bevor ich aus dem kaiserlichen Dienst ausschied, wurde ich zeitweise sein Untergebener. Ich bin aber der Meinung, dass er sich seines einstigen Vorgesetzten mehr zu beloben hatte, als ich des späteren meinigen — eine Erfahrung die allerdings nicht eine vereinzelte blieb.

Was mir während der Gestion des Belgrader General-Konsulates durch Herrn von Kállay nicht recht zusagte, war eine, wie vielleicht mit Unrecht behauptet wurde, durch ihn vermittelte ungarische Nebenaktion. Ali Pascha sagte zu mir in Konstantinopel: „Zu Wien und insbesondere zu Ihnen haben wir alles Vertrauen, aber wir werden ängstlich, wenn wir sehen, was von Pest aus in Serbien getrieben wird.“ — Damit war ein damals in Schwung gebrachtes Projekt gemeint, wonach die Verwaltung Bosniens in die Hände Serbiens gelegt werden sollte. Aus einer Initiative Herrn von Kállay’s war dasselbe nicht entsprungen, denn dieser Gedanke wurde mir, noch ehe Herr von Kállay in Belgrad beglaubigt war, zu Anfang 1867 gelegentlich einer Mission des Grafen Edmund Zichy an den Fürsten Michael hinterbracht. Ein solcher Rückblick ist gegenwärtig, wo die bosnischen Gelüste Serbiens sich in so greifbarer Weise bemerklich machen, vielleicht nicht ohne Interesse. Als ich vor einigen Jahren dem damaligen Fürsten Milan begegnete, hatte Derselbe, wie ich rühmen

muss, Worte des Dankes für mich. Diese waren in der That nicht ganz unverdient, denn neben der Räumung der Belgrader Citadelle hatte man mir auch zu danken, dass nach dem Regierungsantritt des Fürsten Milan die Pforte die Erblichkeit in der Familie Obrenowitsch durch Ferman anerkannte. Heute erscheint das sehr werthlos, damals jedoch wusste man es zu schätzen. Der Aufschwung zum Königthum wurde mehrmals genommen, bevor man damit zum Ziel gelangte, und fast verhängnisvoll, weil nichts weniger als imposant, war die Proklamation durch Tschernajew nach einem für Serbien nicht gerade glücklichen Kriege [1]).

Die bosnischen Aspirationen Serbiens sind übrigens nicht ohne Rivalität geblieben. Bei einem kurzen Aufenthalt, den ich im Jahre 1881 in London machte, stattete ich der in der Londoner Aristokratie sehr gut situirten Gemahlin des Herausgebers der „Morning Post“, Sir Algernon Borthwick, einen Besuch ab. Letzterer hatte im Jahre zuvor auf einem der englischen Schiffe die Demonstration von Dulcigno mitgemacht und darüber eine Broschüre verfasst, die mir überlassen wurde. Darin erzählt Sir Algernon Borthwick, wie er dem Fürsten Nikita in Cettinje seine Aufwartung gemacht und der Fürst ihm unter Anderem gesagt habe, er beklage sehr, dass Mr. Gladstone nicht einige Jahre früher wieder Minister geworden sei, denn dann hätte Bosnien eine andere Bestimmung erhalten. Die Broschüre war interessant genug, um eingesendet zu werden; es scheint aber, sie hat einem unerschütterlichen Vertrauen keinen Eintrag gethan.

Die Schwarzen Berge sind in der Geschichte Oesterreichs ein schwarzer Punkt, von welchem viel des Unheilvollen datirt. Es geschah im Jahre 1853, dass Omer Pascha mit einem Heere von

---

[1]) Ich widmete damals einer für Serbien schwärmenden Dame folgendes Quatrain:

„L'empire fondé par Guillaume
Est jeune et il fut conquérant;
Le plus vieux parmi les Royaumes
Sans conquête est celui de Mil-ans.“

60000 Mann sich in der entschiedenen Absicht näherte, selbst um den Preis grosser Opfer dem Dasein des zu einer sehr lästigen Nachbarschaft gewordenen Felsenreiches ein Ende zu machen. Hätte man ihn gewähren lassen, es wäre vielleicht besser gewesen. Anderes jedoch war beschlossen. Feldmarschalllieutenant Graf Leiningen wurde in auffälliger Mission nach Konstantinopel geschickt, und diese Mission rettete Montenegro. War es die Leichtigkeit des Erfolges oder die Eifersucht, welche dazu antrieb, gewiss ist, dass die Mission Leiningen's die Mission Menschikow zur Folge hatte. Diese gebar den Krimkrieg, der Krimkrieg gebar den italienischen Krieg, der italienische Krieg den deutschen Krieg.

Ich hatte mir diese Verkettung, noch ehe ich in kaiserliche Dienste trat, oft gegenwärtig gehalten und deshalb brachte ich, das leugne ich nicht, dem Herrn der Schwarzen Berge keine zu grossen Sympathien entgegen. Dennoch hatte auch er keine Ursache, über mich zu klagen. Es geschah zu meiner Zeit, dass mit österreichischem Gelde kostspielige Strassen gebaut wurden. Schon damals verlangte Montenegro den Zugang zum Meer „für seinen Export". Als aber jene Strassen fertig waren, fehlte der Export vollständig.

Ich erinnere mich noch eines ziemlich pikanten Intermezzos. Gleich zu Anfang meines Ministeriums wurde mir einmal der „Fürst von Montenegro" gemeldet. Ich gehe ihm entgegen, bitte ihn einzutreten und sehe vor mir eine martialische Gestalt in einem prachtvollen Kostüm mit Goldstickerei und mit Edelsteinen am Degengriff. Ich rede ihn Deutsch, Französisch und, so weit ich dies vermochte, Italienisch an. Er antwortete in einer mir unverständlichen Sprache. Glücklicherweise fand sich ein dieser kundiger Dolmetscher und so vernahm ich denn, dass mein Besucher nicht der regierende Fürst, sondern ein Mitglied der gestürzten Dynastie sei. Den Besuch verdankte ich dem Umstande, dass die Begleichung der Hotelrechnung Schwierigkeiten bereitete. Ich konnte mir nicht versagen, dem Dolmetscher zunächst be-

merklich zu machen, dass das Nationalkostüm dem Wirth eigentlich genügende Sicherheit bieten müsse, veranlasste jedoch die sofortige Erledigung der Sache.

Doch ist es Zeit, dass ich nach Bazias zurückkehre und das kaiserliche Schiff besteige. Allen Freunden grossartiger Landschaften kann ich nicht genug die Fahrt auf der unteren Donau empfehlen. Gigantische Felswände gleich denen in der Gasteiner Klamm oder der Schweizer Via mala senken sich, nicht wie dort in ein vorüberrauschendes Gebirgswasser, sondern in einen herrlichen breiten Strom, und dann wieder sieht man von diesem Strom aus alpenartige Gebirgsgegenden.

Wir erreichten noch bei Tage Orsova und jemand bemerkte, es müsse da der Ort sein, wo Kossuth die ungarischen Kron-Insignien vergrub. Dies wurde von anderer Seite bestritten. Ich wendete mich mit gedämpfter Stimme an meinen Kollegen, den ungarischen Ministerpräsidenten, mit den Worten: „Das müssen Sie ja doch wissen,“ — ohne eine Antwort zu erlangen.

Damals gab es noch kein Königreich Rumänien, nicht einmal ein anerkanntes Rumänien, und man las noch in offiziellen Schriften „*Principautés danubiennes*“ oder „Moldo-Valachie“. Ueber die Anerkennung des Namens „Rumänien“, in welcher Frage wie in vielem Anderen dieses Land über unsere Haltung sich zu beklagen keine Ursache hatte, wurde lange Zeit später noch unterhandelt. Als Botschafter in London war ich angewiesen, die Bukarester Wünsche zu unterstützen. Bei dieser Gelegenheit machte mir mein türkischer Kollege, der mir sehr werth gebliebene alte Musurus Pascha, welchem es an der Feinheit des Fanarioten nicht gebrach, einmal den Vorwurf: „*C'est singulier qu'à une époque où de grands empires prennent deux noms au lieu d'un, des pays qui en ont déjà deux ne puissent pas se contenter de les garder.*“ Ich drohte wohl mit dem Finger, im Stillen aber musste ich applaudiren.

Zu jener Zeit waren noch andere Bukarester Vorschritte auf der Tagesordnung, wie das Prägen von Münzen und die Ver-

leihung von Orden. Auch in Konstantinopel war ich Fürsprecher. Nach einer Revüe, die auf dem asiatischen Ufer bei Unkiar Iskelessi stattgefunden hatte, war Diner in einem in der Nähe gelegenen Palast, und ich sass nach Tisch mit Ali Pascha gegenüber einem herrlichen Platanenwald — ein wahrer Sommerabend in den ersten Novembertagen. Als ich ihm einige Zeit wegen der Donaufürstenthümer zugeredet hatte, entgegnete er plötzlich: *„Ecoutez donc, je vous parle sérieusement, pourquoi ne les prendriez-vous pas? Nous vous les cédons de grand cœur.“*

Graf Andrassy, welcher in der Nähe stand, trat in diesem Augenblick zu uns und sprach sich mit grosser Entschiedenheit gegen einen solchen Gedanken aus — ein Beweis, dass die Worte des Grossveziers auf ihn den Eindruck von etwas sehr ernst Gemeintem gemacht hatten. In Ungarn mochte man sich allerdings sagen, dass der Rumänen genug im Lande seien, allein für die österreichisch-ungarische Monarchie konnte diese Betrachtung nicht den Ausschlag geben. Zu der Zeit, wo er von Ali Pascha ausgesprochen wurde, kam der Gedanke freilich zu spät, allein es gab Augenblicke, wo er leicht verwirklicht werden konnte. Es begreift sich heute schwer, wie man während des Krimkrieges die Donaufürstenthümer besetzen konnte, um sie wieder zu räumen — die alte italienische Tradition! Auf den ersten Anblick mag es erscheinen, als würde eine damalige Erwerbung dieser Länder auf Kosten einer befreundeten Macht ein Unding gewesen sein. Allein bei genauerer Beobachtung gewinnt die Sache eine andere Gestalt. Freilich durfte man nicht mit der Thür ins Haus fallen, aber eine nur halbwegs geschickte diplomatische Aktion war des Erfolges gewiss. Zunächst durfte man sich nur davon Rechenschaft geben, wie die anderen Mächte sich zu der Frage stellen würden. Da konnten Frankreich und England, welche damals am meisten zu sagen hatten, sich nicht gegen eine Lösung aussprechen oder nur gestimmt sein, welche die Wiederkehr eines russisch-türkischen Krieges am wirksamsten verhütete, indem man räumlich Russland von der türkischen Grenze ent-

fernte. Preussen war damals nicht in der Lage, ein entscheidendes Wort zu sprechen. Was aber endlich Russland betrifft, so konnte ihm eine solche Veränderung allerdings nicht erwünscht sein, aber Russland war schon vor Sebastopol von ganz Europa theils bekriegt, theils verlassen. In einem solchen Fall kann man die Zustimmung entbehren. Dagegen waren die Donaufürstenthümer nicht russisches Gebiet und die ganz allein und überflüssigerweise von Oesterreich ausgegangene nutzlose Cession eines Stückes von Bessarabien für den russischen Nationalstolz viel empfindlicher und für die Wiederherstellung guter Beziehungen zu Oesterreich weit nachtheiliger, als es jene Umgestaltung gewesen wäre. Bleibt der nächstinteressirte Theil, die Türkei. Hier ist zunächst zu bedenken, dass die Donaufürstenthümer nicht eine türkische Provinz waren, und hat sich die Pforte überzeugen lassen, dass Bosnien besser in anderen Händen sei als in den ihrigen, so wäre Aehnliches nicht unmöglich gewesen. Ja man konnte leicht nachweisen, dass die Acquisition von Bosnien eigentlich etwas bei Weitem mehr Widernatürliches war, denn während des Krieges von 1877 war Oesterreich, das vergesse man nicht, gegenüber Russland der Verpflichtete, nicht die Türkei, welche keine Ursache hatte, sich dankbar zu erweisen. Dagegen war der Vortheil, den die Türkei durch Ueberlassung der Donaufürstenthümer gewann, ein bei Weitem unbestreitbarerer, als jener der ihr aus dem Verlust von Bosnien erwächst. Sie erhielt vollen Ersatz für das Einzige, was ihr daraus erblühte, den Tribut, gleichzeitig aber einen befreundeten, keinerlei Agitation treibenden Nachbar. Dann aber vollzog sich die Sache durch den Druck der Westmächte. Hier nun kam es darauf an, dass Oesterreich seine Bedingungen machte, bevor es die an Opfern von Geld und Menschen reiche Aufstellung unternahm, welche allein den Westmächten den endlichen Erfolg in der Krim sicherte. Wären die Westmächte zur Erfüllung einer solchen Bedingung verpflichtet gewesen, so war kein Grund, die österreichische Besatzung aus den Donaufürstenthümern herauszuziehen. Anstatt dessen gewann

man als Preis aller Anstrengungen die, wie der Erfolg lehrte, hohle Bestimmung der Neutralisation des Schwarzen Meeres, schöne Versprechungen des Sultans für seine christlichen Unterthanen, endlich wohl die Befreiung der Donaumündungen aus russischen Händen, aber nicht den gesicherten Zugang zu diesen Mündungen, in welcher Frage der seitdem König von Rumänien gewordene Prinz Hohenzollern mehr zu sagen hat und leider sagt, als der Kaiser von Oesterreich.

Dass unsere vitalsten Interessen nach der unteren Donau mehr als nach Salonich weisen, ist unbestreitbar. Man hat auch in der That davon in jener Zeit eine Ahnung gehabt, denn bei einer Begegnung, die ich mit Graf Buol 1855 zufällig in Golling bei Salzburg hatte, sprach er mir davon mit den Worten: „Wir wissen, was uns zufallen muss.“ — Die gebratenen Tauben fliegen freilich nicht in den Mund.

Fürst Karl befand sich damals ausser Land und konnte deshalb den Kaiser nicht begrüssen. Minister Cogolniceano kam uns entgegen, mein späterer Kollege in Paris, damals nicht so schneidig wie er sich später in der Donaufrage zeigte.

An einem prachtvollen Morgen landeten wir in Rustschuck. Was mir dort am meisten auffiel, war, dass an diesem der mohamedanischen Welt räumlich entrückteren Ort noch die Männer das alte türkische Kostüm mit dem Turban trugen, während Aehnliches in Konstantinopel kaum zu sehen ist.

Wir fanden zur Begrüssung, nächst Baron Prokesch, Ali Pascha und Omer Pascha, zwei überaus interessante Persönlichkeiten. Omer Pascha gehörte ursprünglich als Feldwebel einem Grenzregiment an, welches er nicht gerade mit Pension verlassen hatte. Jetzt war er türkischer Feldmarschall, berühmt durch seine Operationen gegen die Russen im Jahre 1854. Er hatte sein Deutsch nicht im mindesten vergessen, sondern sprach es ganz geläufig, dabei zuweilen von seinem Harem, gleich einem echten Sohn Mohameds. Ich habe Eines im Gedächtnis behalten, nämlich, dass er es war, welcher dem Kaiser den General

Baron Rodic als den geeignetsten Statthalter von Dalmatien empfahl. In späteren Jahren, als während des Krieges die hinsichtlich der Landung im Hafen von Klek Seitens der dalmatinischen Regierung getroffenen Massregeln in Konstantinopel zu Klagen Anlass boten, brachte ich in London meinen Kollegen Musurus mit der Hinweisung auf jene Empfehlung stets zum Schweigen.

Grösseres Interesse hatte für mich die Persönlichkeit von Ali Pascha. Alles was ich von dessen feiner und gründlicher Bildung und seinen ausgezeichneten Umgangsformen wusste, wurde durch das was ich wahrzunehmen hatte, übertroffen. Unser Verkehr war während der Reise und dann in Konstantinopel der angenehmste, und ich habe Grund zu glauben, dass, was er mir Verbindliches in Bezug auf unsere Beziehungen sagte, aufrichtig war.

Rasch ging es auf der Eisenbahn nach Varna. Ich erinnere mich einer Erscheinung, die mich frappirte, nämlich eines in geregelter Thätigkeit sich bewegenden Dampfpfluges unter der so viel verschrieenen türkischen Wirthschaft.

Gegen Abend bestieg der Kaiser in Varna das mit aller denkbaren Pracht ausgestattete grossherrliche Schiff, die „Sultanié“, welches der Khedive Ismail dem Sultan zum Geschenk gemacht hatte. Ali Pascha meinte, das sei wieder „so eine Verschwendung des Khedive“, deren Annahme indessen nicht verschmäht worden war. In Varna warteten unser auch die drei Schiffe der österreichischen Kriegsmarine, „Greif“, „Elisabeth“ und „Gorgnano“. Die Minister hatten die Ehre, auf der Sultanié zu übernachten. Das Schwarze Meer war mir oft als das für Sturm und Seekrankheit geeignetste Wasser geschildert worden. Um so angenehmer war die Ueberraschung, eine spiegelglatte See bei Vollmondlicht zu finden. Wir brachten einen Theil der Nacht auf dem Verdeck zu, und mir kam die Anfangs- und Schlussstrophe aus einem Gedicht Lamartine's immer wieder ins Gedächtnis, welches das oft behandelte orientalische Thema eines mit dem Tod in den

Wellen gebüssten Versuchs einer Entführung aus dem Serail zum Gegenstande hat:

> „*La lune était sereine*
> *Et jouait dans les flots.*“

Beilage zu Kapitel XXVII.

Comte Beust au Comte Andrassy, Vienne.

Londres, le 5 Janvier 1876.

C'est en toute sincérité que je remercie V. E. de m'avoir rendu attentif à certaines suppositions accréditées à St. Pétersbourg au sujet de ma prétendue aversion contre une alliance avec la Russie et auxquelles un semblant de désaccord résultant de mes paroles pourrait donner un nouvel aliment. Je La remercie surtout de m'avoir dit que vous-même, Monsieur le Comte, vous ne les partagiez pas, mais je crois aussi qu'il ne saurait exister à vos yeux une raison suffisante pour leur reconnaître le moindre fondement.

C'est que pour ma part je suis intimement convaincu que ceux qui les propagent à Pétersbourg n'en croient pas le premier mot.

Veuillez jeter un coup d'oeil rapide sur mon passé et veuillez me dire quel est l'acte qui ait pu donner naissance à ces mêmes suppositions ou qui ait pu les accréditer?

Est-ce parce qu'étant Ministre en Saxe et alors que je me trouvais être chef de file des états allemands de second ordre j'ai pris parti pendant le guerre de Crimée, bien contrairement à mes penchants, contre l'Autriche et pour la Russie? Est-ce parce que nommé Ministre en Autriche j'ai débuté par marcher d'accord avec la Russie dans l'affaire de Belgrade et par proposer qu'on lui rende la mer Noire? Est-ce parce que j'ai refusé de poursuivre Rieger et Palacki à leur retour de Moscou, mission que le Prince Bismarck lui-même trouvait alors blamable? Ou est-ce mon intervention qui a servi à empêcher le voyage de l'Empereur en Galicie, voyage qu'un an après l'Empereur Alexandre disait au Prince de la Tour et Taxis n'avoir pu être pour Lui indifférent? Est-ce enfin mon dernier discours prononcé à la Délégation de 1871 et où je proclamai hautement que l'effet de notre entente avec l'Allemagne devait être de nous rapprocher de la Russie?

Reste la campagne que j'ai faite contre la Russie lorsque arbitrairement elle avait déchiré le traité de 1856. Mais vous voudrez

bien vous souvenir, M. le Comte, que, si à cette époque vous avez trouvé à me faire un reproche, ce n'était pas d'être trop vif. — Restent peut-être les révélations Gramont? D'abord en les soumettant à un examen sérieux qu'il serait trop long d'entreprendre ici, il ne serait pas difficile de combattre une appréciation qui y a reconnu une politique hostile par sa tendance à la Russie. Mais cette appréciation serait justifiée qu'il n'en résulterait pas que ce que j'aurais fait dans telle et telle conjoncture eût dû m'avoir été dicté par un sentiment personnel et constant d'inimitié. Me serait-il donc permis d'exprimer le plus léger doute sur la sincérité du cabinet de Pétersbourg envers nous parce qu'il est notoire que pendant bien des années ce cabinet a voulu et a fait du mal à l'Autriche? S'agit-il enfin des quatre années d'Ambassade, j'ai beau fouiller dans mes souvenirs, je n'y trouve que la conscience de n'avoir jamais tenu un propos contraire à la politique de mon Gouvernement s'alliant à la Russie. Il y a eu des tentatives pour brouiller cette puissance avec d'autres pays. Lord Derby m'en a parlé plus d'une fois mais en indiquant une source qui n'avait aucun rapport avec moi.

Non, ainsi que j'ai commencé par le dire, ceux qui se plaisent à propager la fable de mon aversion contre une alliance russe n'y croient pas eux-mêmes. Elle a pris son origine dans deux inimitiés personnelles et invétérées dont l'une n'est plus de ce monde tandis que l'autre dispose encore de puissants moyens pour me la faire sentir. C'est que l'amour propre froissé ne pardonne pas toujours. Il y a deux espèces de vanité. L'une, que l'on a cru pouvoir me reprocher et que je nommerai la vanité inoffensive, aspire à être mise en relief mais n'a jamais de ressentiment pour ceux qui le lui refusent, — l'autre, qui est la vanité dangereuse, a des rancunes et trouve des flatteurs qui les exploitent. Là est toute l'histoire de ma prétendue Russophobie.

V. E. voudra me pardonner de L'avoir entretenu, de L'avoir peut-être fatigué d'un sujet qui m'est personnel. Je tenais à Lui prouver une fois de plus qu'il ne s'agit que d'une animosité gratuite qui n'a aucune raison d'être, que je déplore parce qu'elle s'accorde mal avec les rapports établis entre les deux Gouvernements, qu'elle peut même leur être nuisible, mais qui ne saurait m'atteindre autrement. V. E. me connaît du reste assez pour savoir que les inimitiés n'auront jamais d'influence sur le strict accomplissement de mes devoirs.

Veuillez etc.

XXVIII. Kapitel.

1869.

Kaiserliche Orientreise (Fortsetzung). — Konstantinopel.

Am nächsten Morgen erwachten wir im Bosporus und erreichten Konstantinopel um Mittagszeit. Der erste Anblick von Konstantinopel ist bei Weitem ergreifender von der Seite des Meeres von Marmara, und insofern waren wir nicht begünstigt. Um so mehr waren wir dadurch bevorzugt, dass die bekannt gewordene Ankunft des Kaisers Alles, was nur immer an grossen und kleinen Fahrzeugen in der Nähe der Hauptstadt zu finden war, in Bewegung gesetzt hatte und das Meer von Wimpeln, Segeln und Baldachinen buchstäblich übersät war. Dabei das herrlichste Wetter, so dass ich wohl nach Wien telegraphiren konnte: „*Arrivée de l'Empereur par un temps splendide, spectacle imposant.*“

Der Sultan kam dem Kaiser entgegengefahren und bestieg bei seiner bekannten Beleibtheit nicht ohne einige Anstrengung unser Schiff. Ich habe seiner Persönlichkeit bereits in den Erinnerungen von 1867 erwähnt. Auch er hat des Undankes viel erfahren, denn nicht allein — was ihm gerechterweise zum Vorwurf gemacht werden konnte — verwendete er riesige Summen auf Luxusbauten, sondern er schuf auch eine respektable Kriegsflotte, von der man anerkanntermassen in späteren Jahren nicht den rechten Gebrauch zu machen gewusst hat. Sein tragisches Ende hat mich wahrhaft ergriffen. Er sollte sich die Adern aufgeschnitten haben mit einer Scheere, die man ihm ins Badezimmer gelegt — jedenfalls war wohl die allgemeine Annahme die richtige: *qu'au lieu de s'être suicidé il avait été suicidé.*

Viel gewonnen war mit seiner Beseitigung nicht. Murad, den wir in Wien in der Begleitung des Sultans als einen geistig und körperlich vollkommen gesunden, wenn auch etwas ver-

schlossenen Menschen gesehen hatten, konnte nicht einmal zur feierlichen Inthronisation gelangen, da ihn ein schmerzhaftes Geschwür (*clou*) daran hinderte, sich mit dem Säbel Osman's zu umgürten, und er wurde dann gemüthskrank — vielleicht auch gekrankt. Unter seinem Nachfolger geschah der grösste Fehler, den die Türkei begehen konnte — die keineswegs durch äusserste Noth bedingte Verkürzung der Inhaber türkischer Anlehen um die Hälfte der Zinsen, eine Massregel, wodurch das Ausland, vor Allem England, entfremdet wurde [1]).

Wir sahen den Sultan täglich bei der Tafel, wo er den Kaiser zur Rechten, Ali aber zur Linken hatte, welcher den Dolmetscher machte, da der Sultan kein Wort Französisch sprach. Dagegen war der Grossherr sehr musikalisch, und wir hörten mehr als einmal einen von ihm komponirten sehr originellen Marsch.

Der Empfang erfolgte in dem prachtvollen Dolma-Bagdsche-

---

[1]) In London entschlüpften meiner Feder die folgenden Quatrains:

Aziz:

Honneur à sa mémoire, son trépas fut beau,
Car il est mort en Grand-Seigneur,
Est si on lui a donné des ciseaux,
C'est qu'on voulait qu'il fût-ailleurs.

Murad:

On dit qu'il souffre mort et martyr
D'un clou? Cela ne peut m'étonner,
Si c'est son clou qui le fait souffrir,
C'est que nous le lui avons rivé.

Et c'est cependant ce clou, je vous le dis,
Qui de Murad a fait un bon apôtre,
Lorsque les softas sur le trône l'ont mis,
Ils ont pensé: un clou chasse l'autre.

Hamid:

Et lui aussi? qui le remplace? chose fatale,
Sait-on jamais dans ce pays!
Si autre part cela va de mâle en mâle,
Chez eux cela va de mal en pis.

Palast, der damaligen Residenz des Sultans mit äusserst eleganter Einrichtung und dem Blick auf das Meer. Dort hatte auch der Kaiser Seine Appartements und ebenso Fürst Hohenlohe und Graf Bellegarde. Die Minister waren in einem — *lucus a non lucendo* — ebenfalls Palast genannten Nebengebäude einquartirt, wo von Aussicht eben so wenig als von Komfort und Eleganz die Rede war. Andrassy fand zwar, man erblicke im Geiste Gülnare und höre Mandolinen, in der Nacht machten sich jedoch ganz andere Insassen in greifbarer, aber nichts weniger als poetischer Gestalt fühlbar. Doch ich will nicht undankbar sein, zumal jenes Arrangement nicht aus türkischer Initiative hervorging, und nicht vergessen, dass ich mit einem schönen arabischen Schimmel beschenkt wurde.

In Konstantinopel, wo wir als ersten Botschaftsrath den so früh verstorbenen Baron Haymerle [1]) fanden, war Baron Prokesch in seinem Elemente und verabsäumte keine Gelegenheit, Türkei und Abendland, Orient und Occident, wie Licht und Schatten einander gegenüberzustellen [2]).

---

[1]) Als Baron Haymerle Minister wurde, las man in einigen offiziösen Blättern, Graf Andrassy habe diese bisher verkannte Kapacität entdeckt. Die Wahrheit ist, dass während der fünf Jahre meines Ministeriums Baron Haymerle dreimal avancirte. Er wurde erster Rath bei der Gesandtschaft in Berlin, dann Botschaftsrath in Konstantinopel, endlich Gesandter in Athen und zuletzt noch von da nach dem Haag versetzt. Baron Haymerle war mir von Dresden, wo er anfangs der sechziger Jahre Legations-Sekretär war, vortheilhaft bekannt. Dass er nicht undankbar war und mir Gerechtigkeit widerfahren liess, will ich hier anführen. Ich füge hinzu, dass ich meinerseits, so lange er Minister war, zur Klage keinen Anlass und eben so wenig, wie dies sonst nicht selten geschah, rechtzeitige Instruktionen zu vermissen hatte.

[2]) Ich befand mich, als ich noch sächsischer Minister war, mehrmals mit Prokesch in Gastein, wo ich ihn einmal bei voller Table d'hôte folgenden Exkurs machen hörte: „Die Türken sind so billig. Ich kenne den Ali, er hat ein liebes Weib. Nun, sie kommt in die Hoffnung, und da sagt sie ihrem Mann: ‚Lieber Mann, ich habe dir eine junge Sklavin gekauft.‘ Welche

Ich habe in einem früheren Kapitel erwähnt, wie seine Diskurse damals an höherer Stelle nicht den günstigsten Eindruck machten und ich gleichwohl für seine Belassung auf dem Konstantinopeler Posten entschieden eintrat.

Mit Ali Pascha hatte ich Besprechungen über zwei Gegenstände: einmal über gewisse Differenzen, welche zu jener Zeit zwischen dem Khedive und der Pforte schwebten und zu deren Begleichung, wie ich versichern kann, unsere Dazwischenkunft in Konstantinopel sowohl als in Kairo wesentlich beitrug; dann aber bezüglich der Haltung der Türkei gegenüber dem damaligen dalmatinischen Aufstand. Ich erlangte von Ali ein sehr probates Hülfsmittel, welches darin bestand, dass eine genügende Truppenzahl sofort an die Grenze beordert wurde mit der Weisung, keine Uebertretung derselben zu gestatten. Der Aufstand war auch bald darauf zu Ende. Der Reciprozität, das müssen wir zugestehen, hat sich die Türkei nicht zu beloben gehabt, denn während des bosnischen Aufstandes war auf unserer Grenze freies Entrée. Die Türkei hat dagegen den Vortheil gehabt, dass ihre Procedur die wohlfeilere war, denn türkische Soldaten verköstigen sich billiger als türkische Flüchtlinge — die Delegationen haben es erfahren.

In Konstantinopel fand ich unter dem diplomatischen Corps eine seitdem oft genannte Persönlichkeit, den General Ignatiew. Ich hatte seine Bekanntschaft schon zuvor in Wien gemacht und sah ihn später wieder in London. Da kein Anlass zu einer Ver-

---

Frau bei uns wäre wohl im Stande, etwas Aehnliches zu thun?“ Es erinnert das an einen Vorgang, der zur Zeit des Krimkrieges erzählt wurde. Die Gemahlin eines der Botschafter, die zugleich eine eifersüchtige Frau war, hatte Audienz bei der Sultanin-Validé, der Mutter des Sultans, welche sie umgeben von ihren Sklavinnen empfing. Die Botschafterin bemerkt eine sehr schöne Cirkassierin und kann sich des Ausrufs nicht enthalten: „*Quelle belle créature!*“ worauf die Sultanin sagt: „*Voulez-vous que je vous en fasse cadeau?*“ — „*Y pensez-vous?*“ antwortet die Dame, „*et mon mari?*“ — „*Vous ne l'aimez donc pas?*“ entgegnet die Sultanin.

handlung mit ihm vorlag, so konnte ich mich rückhaltlos der Annehmlichkeit seiner anziehenden Unterhaltung hingeben. Er liebte das Gespräch mit den Worten einzuleiten: „*Vous savez que mon grand défaut est de toujours dire la vérité.*“

Wie überall, so war uns namentlich für Konstantinopel die Zeit allzu knapp bemessen. Fünf Tage sind für den flüchtigsten Besuch zu wenig. Eine besonders lebhafte Erinnerung aber ist mir von dem Tage geblieben, wo auf dem asiatischen Ufer die Revue stattfand, bei Unkiar Iskelessi, wohin uns ein Dampfboot brachte. Haltung und Aussehen der Truppen waren vortrefflich, und in so weit hatte der Kaiser nichts zu erinnern; worauf aber Seine Majestät nicht vorbereitet sein konnte, war eine seltsame Ueberraschung. Nachdem wir im Gefolge der beiden Souveräne die Front entlang geritten waren, wurde abgesessen. Der Sultan geleitete den Kaiser auf eine Tribüne und nun begann das Defilé. Dem Kaiser wird es wohl nur einmal in Seinem Leben begegnet sein, die Revue im Fauteuil abzunehmen.

Als wir die Tribüne verliessen, suchte ich mein Pferd vergeblich und musste endlich ein anderes besteigen, welches einen Sattel mit türkischem Bügel trug. Diese sind ihrer grossen Fläche wegen sehr unbequem, und es ist möglich, dass ich, des Gebrauchs derselben nicht gewohnt, das Pferd unruhig machte. Gewiss ist, dass es mit mir durchging und im vollen Lauf in das zahlreiche sehr elegante Publikum hineinrannte. Bei dieser Gelegenheit konnte ich eine nicht uninteressante Wahrnehmung machen. Bei uns würde es in solchem Fall an lautem Murren und einigen kräftigen Flüchen nicht fehlen. Dort machte Alles in fast ehrerbietiger Weise Platz und es öffnete sich eine Gasse, durch welche ich, etwas früher als ich wollte, zu dem Palast gelangte, wo das Diner eingenommen wurde.

Auf der Rückfahrt zu Schiff, welche wohl über eine Stunde dauerte, begleitete uns ein wohl unterhaltenes Pelotonfeuer von der Höhe der Berge in Gemeinschaft mit einem unausgesetzten grossartigen Feuerwerk. Während wir vor einer solchen Ver-

schwendung staunten, vernahmen wir, dass seit achtzehn Monaten die Beamten keinen Gehalt erhalten halten. „Ist," bemerkte jemand, „ein solcher Zustand in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts möglich?" — „Wie man sieht, ja," entgegnete ich; „da er aber einmal möglich ist, so ist auch kein Grund, warum er nicht noch länger dauern soll."

Das ist ja eben das Beklagenswerthe in diesem von der Natur so vielfach begünstigten Lande, dass Vieles und Grosses Dank denselben Elementen erreicht werden könnte, welche Zustände solcher Art möglich machen. Dort gilt noch ausnahms- und schrankenlos Gebieten und Gehorchen, und wie der Türke sich Vieles gefallen lässt, so ist er auch bereit, Vieles und Gutes zu leisten, wenn der Gebieter es verlangt. Dass Ehrlichkeit mehr bei den Türken als bei den die Türkei bewohnenden Christen zu finden sei, ist eine bekannte Sache, und sie wurde uns zehnfach bestätigt. Auch bei dem Herrscher fehlt nicht der gute Wille, das Uebel sitzt aber meist in der Mitte zwischen Gebietenden und Gehorchenden.

Berichte des Barons Haymerle.

Konstantinopel, 23. Dezember 1868.

Das *mot d'ordre*, Oesterreich für den Bruch zwischen der Türkei und Griechenland verantwortlich zu machen, scheint auf der ganzen Linie gegeben und ist vermuthlich von hier ausgegangen.

Der mir von einer Seite geäusserten Vermuthung, als habe Baron Prokesch's Haltung die Pforte in ihrem Vorgehen ermuthigt, konnte ich nicht nur im Sinne der Weisungen Eurer Excellenz, sondern auch als Zeuge des Vorgefallenen auf das Bestimmteste widersprechen. Baron Prokesch hat, wie die übrigen Botschafter, die Sache erst erfahren, als sie bereits beschlossen und sogar in Ausführung war. Am 2. d. M. war unser Botschafter wegen der Eisenbahnsache zu Ali Pascha gegangen, als derselbe ihm den Entschluss, mit Griechenland ins Reine zu kommen, mittheilte und ihm das Konzept der bereits fertigen Note vorzeigte, welche später als Ultimatum nach Athen ging.

Es war dies für Baron Prokesch eine vollkommene Neuigkeit. Er konnte freilich nicht anders, als die Gerechtigkeit der Forderungen

der Pforte anzuerkennen und die Haltung Griechenlands zu verurtheilen; er that hierin aber nichts, was nicht die anderen Repräsentanten, jene Preussens und Italiens nicht ausgenommen, auch gethan. Auf die Coërcitivmassregeln der Pforte hat er nicht den geringsten Einfluss geübt; er hat Ali Pascha nur bemerkt, dass ihm der Termin von vierzehn Tagen jedenfalls zu kurz scheine.

Ali Pascha antwortete auf die auch an ihn gelangten Insinuationen gegen Baron Prokesch mit dem bestimmtesten Dementi, wiederholend, dass die Pforte Ehre und Folgen der Initiative für sich ganz allein in Anspruch nehme.

Angesichts solcher Verdächtigungen lege ich mir eine um so grössere Reserve auf, als ich glaube, auf diese Art das Terrain am besten für die Bemühungen frei zu halten, welche Eure Excellenz für die Erhaltung des Friedens später machen könnten. Aus der eben erhaltenen Depesche vom 13. werde ich in mündlicher Konversation Ali Pascha gegenüber besonders hervorheben, wie Eure Excellenz seit Monaten bestrebt waren, durch ein Zusammenwirken mit den Westmächten und Absendung von Kriegsschiffen Griechenland zur Ordnung zu rufen und der Krisis vorzubeugen, Sie daher auch ein Recht erworben haben, bei deren Beschwörung ein entscheidendes Wort zu sprechen.

Genehmigen etc.

Constantinople, le 1. Janvier 1869.

Les conseils et assurances dans le télégramme de Votre Excellence du 29 Décembre ont puissamment contribué à détendre la situation et à tranquilliser la Porte sur l'issue probable de la Conférence.

Lord Clarendon a donné des assurances plus explicites encore sur la ferme intention des Puissances amies de la Porte, de se ranger du côté de celle-ci, et de lui donner toute sécurité du côté de la Grèce.

En même temps arrivait la nouvelle que Petropoulaki, poussé par la faim, s'était rendu avec les siens et que le comité insurrectionnel allait quitter la Crète.

Hobbard Pacha a consenti à plaider contre l'Enosis, comme pirate, devant les tribunaux de Syra, et le Gouvernement hellénique se porta garant que ce bâtiment ne quitterait pas le port avant d'etre jugé.

Ali Pascha croit donc que la Porte pourra, sous des auspices favorables, entrer à la Conférence. Il ne se hâte cependant pas trop de prononcer son adhésion; il n'en a pas encore saisi le Conseil des Ministres; il est vrai que ce n'est que hier que des communications

officielles lui sont parvenues de Paris et de Londres. Il préscrira au Plénipotentiaire ottoman de s'en tenir strictement à la discussion des cinq points de l'Ultimatum, et de quitter la séance si on mettait d'autres questions sur le tapis.

Veuillez agréer etc.

XXIX. Kapitel.

1869.

Kaiserliche Orientreise (Fortsetzung). — Athen, Jaffa, Jerusalem, Suez-Kanal.

Von Konstantinopel ab gesellte sich zu uns eine widerwärtige Reisegefährtin, die Seekrankheit. — Ich hatte davon schon auf der Fahrt bis Athen so viel zu leiden, dass König Georg von Griechenland, als wir am Piräus landeten, bei meinem Anblick erschrak. — Seine Majestät behauptete nachher, ich sei grün gewesen. Das Schlimmste kam indessen später nach.

Der sehr kurze Aufenthalt in Athen diente mir mehr als Ruhepunkt für Abwicklung dringender Geschäfte, und nur zum Besuch der Akropolis blieb nothdürftig die Zeit. Von dort aus, wo man auch das Schlachtfeld von Marathon sehen soll, breitet sich eine Landschaft aus, die sofort an die berühmten Rottmannschen Bilder erinnert. Auf der Akropolis kann man die Phantasie ihren Flug nach dem alten Hellas nehmen lassen; weniger ist dies in dem modernen Athen der Fall, welches bei Weitem mehr einer ober- oder mittelfränkischen Stadt, wie z. B. Anspach, ähnlich sieht, als einer griechischen Niederlassung.

Geschäftlich war glücklicherweise kein Anlass zu irgend welchen Verhandlungen. Schon damals, wiewohl noch schüchtern, machte sich das Begehren nach Thessalien und Epirus bemerklich. Natürlich verhielt ich mich passiv. Was ich aber, wie ich mich dessen später erinnerte, unterhaltend fand, war, dass als Argument für die Nothwendigkeit einer Grenzerweiterung die

bis dahin bestehende Unmöglichkeit, dem Räuberwesen ein Ende zu machen, vorangestellt wurde, bei näheren Erkundigungen jedoch sich ergab, dass die Räuberbanden nicht von der Türkei in Griechenland einzufallen, sondern umgekehrt ihren Weg von Griechenland nach der Türkei zu nehmen pflegten. Man könnte im Grunde genommen dieses Argument in Italien verwerthen, denn die Irredentisten machen auch nicht von Oesterreich aus die italienische Grenze unsicher.

Meine Unterredungen mit dem König Georg liessen mir übrigens nur angenehme Eindrücke. Ich sah den König zuvor schon in Wien, später wieder in London und Paris, und hatte immer Gelegenheit, einem sehr verständigen und treffenden Urtheil zu begegnen.

Unmittelbar nach einem grossen Hof-Diner wurde bei hochgehender See die Fahrt nach Jaffa angetreten — vier Tage und vier Nächte, wovon ich drei Tage und eben so viele Nächte in jämmerlichstem Zustande zubrachte. Andrassy gestand mir später, als er am dritten Tage mich besuchte, habe er mich für todt gehalten. An diesem Tage zwang mich der Arzt etwas Nahrung zu nehmen, indem er mir wie einem Pferde den Mund aufsperrte und wieder schloss, bis ich geschluckt hatte. Ich machte dabei eine Erfahrung, die sich zuweilen mit der Seekrankheit einstellen soll. Ein sehr heftiger und anhaltender Anfall ist ein Präservativ für die Zukunft. Die Fahrt von Jaffa nach Port Saïd war keineswegs eine gute, und ich blieb von der Seekrankheit verschont, wie ich denn auch bei meinen späteren wiederholten Kanalfahrten wenig oder gar nicht zu leiden hatte. Was eine Erklärung für jenen schweren Anfall sein musste, war der erst später mir bekannt gewordene Umstand, dass mein Lager nur durch eine dünne Holzwand von einem Ort schlimmster Ausströmung getrennt war. Unser Schiff, welches den stolzen aber sehr unverdienten Namen der Kaiserin Elisabeth trug, war überhaupt seiner mangelhaften Beschaffenheit wegen Gegenstand grosser Klagen und einem entschiedenen Missgeschicke geweiht. — Im

Suez-Kanal waren wir unter den ersten eingefahren und kamen als die letzten in Suez an. Ich konnte es mir nicht versagen, ein Gedenkblatt zurückzulassen, als wir das Schiff vor Suez verliessen. Ob man es gefunden, weiss ich nicht, geschrieben hatte ich Folgendes:

O Kaiserin Elisabeth,
Nichts Schöneres kenn' ich auf Erden,
Doch wenn als Schiff sie vor mir steht,
Da kann sie mir gestohlen werden.

Am vierten Tage Abends erreichten wir Jaffa, allein am Ziele der Seefahrt waren wir nicht angelangt. Jaffa hatte einst einen Hafen, dieser ist verschwunden und die Zufahrt zum Lande muss auf kleinen Fahrzeugen mitten durch in kurzer Entfernung von einander hervorspringende Felsblöcke erfolgen. Die Nacht über war man deshalb genöthigt am Bord des Schiffes zu bleiben, und abermals war es ein dem unsrigen allein vorbehaltenes Ungemach, dass es die ganze Nacht über schaukelte, wobei einmal alles Glas und Porzellan mit Ach und Krach zu Boden fiel. Unsere Ausschiffung erfolgte bei einem herrlichen Morgen, und so sehr waren wir von der imponirenden Grösse des Schauspiels ergriffen, dass wir das Gefährliche unserer Bewegungen zwischen den Felsriffen und Stromwellen kaum bemerkten. Von Jaffa bis Jerusalem machte ich den grössten Theil des Weges zu Pferde, bei einer Hitze von 30° Réaumur und einem von 600 Pferden und Kameelen aufgewirbelten Staub in einem Lande wo es sechs Monate nicht geregnet hatte, und das Alles ohne fühlbare Beschwerde. Eine Schwadron Jäger zu Kameel war unsere Eskorte. Ich bemerkte aber ausserdem zwei sehr malerisch gekleidete Reiter auf schönen Pferden und erhielt auf meine Frage, wer sie seien, die Antwort, es seien die Anführer von zwei Räuberbanden, mit welchen man sich abgefunden habe. Jedenfalls war es nicht um geringen Preis, und überhaupt mag unsere Pilgerfahrt nach dem heiligen Lande nicht zur Verminderung der türkischen Staatsschuld gedient haben. Unter den Transport-

mitteln nahm das Dromedar meine besondere Aufmerksamkeit in Anspruch. Die horizontale Stellung des Kopfes, welches dem Kameel eigenthümlich ist, gibt ihm eine absonderliche, menschen- und affenähnliche Physiognomie. Interessant ist es, das Thier zu sehen, wenn es beladen wird. Sobald ein gewisses Mass des Gewichtes überschritten wird, fängt das Dromedar an zu brummen und verweigert aufzustehen. Man gebraucht aber die List, es stark zu überlasten, ihm so die Entlastung fühlbarer zu machen und es damit leichter zum Aufstehen zu bringen. „Ganz," erlaubte ich mir Seiner Majestät zu bemerken, „wie wir es in den Delegationen mit dem Kriegsbudget machen."

Am Abend des ersten Reisetages erreichten wir einen Ort, genannt Abugosch, wo Nachtquartier in einem improvisirten Zeltlager gemacht wurde. Am nächsten Tage wurde der Ritt fortgesetzt, in einem Thale aber, wo David den Goliath erschlagen haben soll, Halt gemacht, um die Uniform anzulegen. Der Zug nahm nunmehr einen imponirenden Charakter an. An der Stelle, wo man zuerst Jerusalems ansichtig wird, stieg der Kaiser ab, um einem altehrwürdigen Herkommen gemäss die Erde zu küssen. Von da ab erfolgte feierlich der Einzug in Jerusalem, wobei ich die Ehre hatte, dem Kaiser zur Rechten zu reiten. Nach der Ankunft an dem Thore wurde abgesessen, und der Kaiser begab sich zu Fuss mit seinem Gefolge an das heilige Grab zum Gebete, wobei ich mich durch meine protestantische Konfession nicht abhalten liess, mit den Anderen zu knieen.

Der tiefe Eindruck, welchen die Bedeutung des Tages auf mein Inneres hervorbrachte, muss dem von mir nach Wien beförderten Telegramme sich aufgeprägt haben, denn dieses letztere wurde mir von Seiten solcher Personen, denen der Ketzer bisher ein gewisses Grauen verursacht hatte, damals sehr hoch angerechnet. Es würde gleichwohl ein hoher Grad frivoler Gleichgiltigkeit dazu gehört haben, bei dem Betreten der Stätte nicht ergriffen zu werden, welcher der eigene Glaube und eine mit demselben verwebte zweitausendjährige Geschichte entstammt.

Freilich ist es nicht erlaubt, die biblischen Daten an Ort und Stelle zu verfolgen, in welcher Beziehung es genügt, an die Zumuthung zu erinnern, Golgatha und das heilige Grab dicht neben einander erkennen zu sollen. Nach wiederholten Erstürmungen und Zerstörungen der Stadt konnte es nicht anders kommen, als dass die Sicherheit der Ueberlieferung verloren ging. Unbestritten ist jedoch die Echtheit von Oelberg und Gethsemane, und darum war es mir gar nicht unerwünscht, nicht mit dem militärischen Gefolge des Kaisers das wohnlich bequemere österreichische Pilgerhaus, sondern ein weniger komfortables auf der Höhe gelegenes Wirthshaus zu bewohnen, gerade gegenüber dem Oelberg.

Wir fanden in Jerusalem einen ausgezeichneten Führer an dem kaiserlichen Konsul Grafen Caboga, welcher das Jerusalem von heute und von sonst mit entschiedener Liebe studirt hatte. Ich bewahre ihm das beste Andenken. Es war meine Absicht, ihm in meiner unmittelbaren Umgebung eine Thätigkeit anzuweisen, denn ich erkannte in ihm eine nicht gewöhnliche Befähigung. Wäre ich länger Minister geblieben, so würde Graf Caboga Gelegenheit erhalten haben, diese gute Meinung glänzend zu rechtfertigen. Es ist auch, gestützt auf die Autorität des Grafen Caboga, dass ich eines bemerkenswerthen Umstandes gedenke. Er war mein Begleiter auf dem Ausflug nach Bethlehem, welchen ich auf einer eben erst fertig gewordenen und noch von niemand befahrenen Strasse unternahm, wobei sich herausstellte, dass ich der erste sei, der seit König Salomo zu Wagen nach Bethlehem gekommen. Die dortige Bevölkerung zeigt von der, welche man in Jerusalem sieht, einen grundverschiedenen, und zwar bei weitem vortheilhafteren Typus, so dass es sich begreift, wenn zwischen beiden der Verkehr nicht lebhaft war.

Ich will die heilige Stadt nicht verlassen, ohne einer Wahrnehmung zu gedenken, die mir einen lebhaften Eindruck machte. Die griechisch-armenische Kirche birgt Schätze an Geld und Edelsteinen, die auf 30 Millionen Francs geschätzt werden, die

muselmännische Regierung hat nie die Hand darauf gelegt und man kann nicht behaupten, dass Bedürfnismangel das leitende Motiv war. Ob Gleiches von einer christlichen Regierung unbedingt zu erwarten gewesen wäre? Es ist fragwürdig.

Bei dem Auszug aus Jerusalem ritt ich einen Fuchshengst, ein echtes Wüstenpferd, welches ich für den mässigen Preis von 20 Napoleons kaufte und das ich noch in den siebziger Jahren im Stall hatte. Das Pferd war ziemlich alt geworden, und da ich bereits den Krönungsschimmel als Pensionist in Aussicht hatte, traf ich Vorkehr für seine Altersversorgung, indem ich es einem der kaiserlichen Gestüte mit dem etwas abträglichen Charakter als Probirhengst unentgeltlich überliess.

Unsere Wiedereinschiffung in Jaffa war mit Schwierigkeiten verbunden, und hatte einige recht ernste und erschütternde Momente im Gefolge.

Während wir bei dem heitersten Wetter angekommen waren, fanden wir bei der Rückkehr nach Jaffa eine hochbewegte See und stürmisches Wetter. Wie ich an anderer Stelle erwähnte, kann die Einschiffung nur auf offener See erfolgen und man muss zuvor in Gondeln und Kähnen die Felsklippen passiren. Ich kam mit den Ministern Andrassy und Plener früher an als der Kaiser, und wir hörten von nichts als von gefahrvoller, ja unmöglicher Einschiffung, in welchem Sinne sich insbesondere ein alter französischer Lootse mit den Worten aussprach: *„Il y aurait de la folie à laisser l'Empereur s'embarquer par ce temps."* Als der Kaiser in Begleitung Tegetthoff's ankam, richtete Seine Majestät an letzteren die Worte: „Tegetthoff, ist Gefahr?" — „Nun, Gefahr," erwiderte Tegetthoff, „ist gerade nicht." — „Also," entgegnete der Kaiser, „fahren wir!" Ich sowohl als Andere, die gegenwärtig waren, haben später sich des Ausspruchs nicht enthalten können, Tegetthoff sei vielleicht zu seinem Glück und für seinen Ruhm zur rechten Zeit gestorben, denn mit einem solchen Grade rücksichtsloser Sorglosigkeit, wie sie ihm eigen war, gibt es nicht immer ein Lissa.

Der Kaiser, um Sich zu Seinem Schiff, dem „Greif“, zurückzubegeben, bestieg mit Tegetthoff, Fürst Hohenlohe und Graf Bellegarde das Boot, dem wir mit fieberhafter Spannung nachblickten. Auf einmal sehen wir es senkrecht aufgerichtet und in demselben Moment war es verschwunden. Ich höre noch heute die Worte des alten Lootsen, die mir durch Mark und Bein gingen: *„Il est perdu.“* — Man denke sich, ganz abgesehen von dem Grässlichen des in diesem Augenblick Möglichen, unsere Lage, wenn dasselbe zur Gewissheit geworden wäre!

Glücklicherweise war unsere Bestürzung nur die Sache eines Augenblicks. Wir sahen das Boot wieder auftauchen und die Salut-Schüsse verkündeten die glückliche Ankunft. Das Boot kehrte zurück, allein die Schiffsleute erklärten, um keinen Preis ein zweites Mal zu fahren. So blieb uns nichts Anderes übrig als zu warten und in einem Kloster zu übernachten. Am frühesten Morgen bereits wurde gemeldet, dass gefahren werden könne, und wir eilten auf unser Boot. Die See ging noch immer hoch und ich kann nicht sagen, dass die Fahrt eine heitere gewesen sei. Das laute und eintönige Beten der Schiffsleute war nicht geeignet, die Stimmung zuversichtlicher zu machen. Dabei war ich noch um den Sektionschef von Hofmann besorgt, welcher in Jerusalem eine schwere Verletzung in Folge eines Sturzes erlitten hatte und dem das Einspringen in das Boot und dessen Bewegung die heftigsten Schmerzen verursachten. Waren wir endlich glücklich bei unserem Schiffe angelangt, so waren wir darum noch nicht am Ende unserer Bedrängnisse. Das Schiff sank und stieg abwechselnd um ein Bedeutendes, und es kam darauf an, hineinzuspringen, wenn man gerade im richtigen Niveau war. Dreimal verfehlte ich den richtigen Moment und war im Nu unten, anstatt oben zu sein; das vierte Mal endlich gelang mir der Sprung. Als wir Alle im Schiffe waren, machten die Bootsleute Anforderungen, welche meine Gefährten unverschämt, ich aber ganz natürlich fand,

da diese Leute sich das Eine sagen mussten: Die kommen nicht wieder.

Am nächsten Tage holten wir den Kaiser wieder in Port Saïd ein, wo auch die Kaiserin Eugenie und der Kronprinz von Preussen, sowie der Prinz Heinrich der Niederlande anwesend waren. Bei der Einweihungs-Ceremonie, bei welcher Gelegenheit wir eine schöne Rede des vielgenannten Abbé Bauer vernahmen, führte der Kaiser die Kaiserin Eugenie.

Den Glanzpunkt der Kanalfahrt bildete der eintägige Aufenthalt vor Ismailia. War auf der einen Seite eine binnen wenigen Jahren der Erde entwachsene Stadt von 5 bis 6000 Einwohnern eine fesselnde Erscheinung, so galt dies noch mehr von einem Wasserbecken, welches 40 grosse Schiffe, meistens Kriegsschiffe, beherbergte, nachdem es vor nicht länger als zehn Jahren ein unscheinbarer Binnensee gewesen war. Nachdem während des Tages nur das Schauspiel der sogenannten Fantasia geboten wurde, eine Art orientalischen Turniers, gehörte der Abend einem glänzenden Ball, aus dem einige Episoden mir in der Erinnerung geblieben sind. Wir hatten unsere ständige Wohnung auf dem Schiffe und sollten von dort in Wagen abgeholt werden. Diese letzteren erschienen jedoch nicht oder verspäteten sich, kurz wir traten den Weg zum Ball zu Fuss an, was deshalb seine Mühseligkeit hatte, weil damals die Strassen Ismailia's weder Pflaster noch Asphalt kannten, und man daher im tiefen Sand waten musste. Da plötzlich erblickte ich einen kleinen schwarzen Esel und, ohne mich lange zu besinnen, war ich drauf gesessen. So durchzog ich im Ballkostüm mit Dekorationen die hellerleuchteten Strassen und die Kaiserin Eugenie unterhielt es nicht wenig, dass ich ihr erzählte, ich sei zu Esel auf den Ball gekommen. Dieser letztere war sehr brillant ausgestattet und sehr zahlreich, wie dies indessen nicht fehlen konnte, neben den vornehmsten Gästen auch von gemischter Gesellschaft besucht. Da ich nun in der Lage war, meine türkische sowohl als meine französische Dekoration anzulegen, beide Grosskreuze aber in Brillanten be-

sass, so hielt ich es den Umständen angemessen, die linke Hand auf das Herz zu legen, und in dieser gefühlvollen Haltung zu verbleiben. Bei dem Souper fanden wir ein Menu mit nicht weniger als 24 Gerichten, was eine ziemlich unerwünschte Verlängerung unseres Ballvergnügens in Aussicht stellte. Wir wurden indessen bald beruhigt, indem nach dem vierten Gericht die Tafel aufgehoben wurde. Auch hier gab ich einem heimathlichen Anklang Ausdruck. Die Procedur erinnerte nur zu sehr an die Vorlage zahlreicher Gesetzentwürfe und die nicht gleichen Schritt haltende Erledigung.

Bei der Weiterfahrt auf der letzten Strecke des Kanals hat man das sehr erhebende Schauspiel der in einem merkwürdigen Lilaton gefärbten Wüste nächst dem Berg Sinaï. Ich erwähnte schon früher unser Missgeschick auf dem Kanal. Wie es geschah und wie man es angefangen hat, dass wir 30 und mehr Schiffe an uns vorüberfahren sehen mussten, weiss ich nicht; genug dass wir, nachdem wir unter den ersten in den Kanal eingefahren waren, die letzten in Suez ankamen. Dort warteten unserer noch einige aufregende Momente. Die Ausschiffung musste auch hier in Booten geschehen, und während der Fahrt geschah es unserem Suezer Vize-Konsul, ins Wasser zu fallen. Glücklicherweise war er ein tüchtiger Schwimmer und er wie wir selbst kamen mit dem Schrecken davon. — Ich muss es dem Grafen Andrassy nachrühmen, dass er, selbst ein geübter Schwimmer, bei der ersten Meldung den Rock von sich warf, um den Herabgefallenen zu retten. „Er ist ein guter Kamerad," sagte ich damals zu Denen, die mich gegen ihn einnehmen wollten.

In Ismailia war es auch, dass ich zuerst die Bekanntschaft von Lesseps machte, den ich ein Jahrzehnt später viel und gern in Paris sah. Er, der Sechziger, hatte eben erst eine sechzehnjährige Braut heimgeführt und die Ehe wurde eine sehr glückliche. Er machte mir unter Anderem eine Mittheilung, die besonderes Interesse hatte. Es hätten, sagte er, über 20 000 Dalmatiner am

Kanal gearbeitet und sie seien die besten Arbeiter gewesen. Bei der nicht immer vorurtheilslosen Beurtheilung der Bevölkerungen unserer südlichen Provinzen war dieses Zeugnis von Werth. Die staunenswerthe Energie, die sich bei Lesseps überall wiederfindet, habe ich oft bewundert, bei den Ereignissen des Jahres 1882 jedoch ihn in grossem Irrthum gefunden, und er hat an der verfehlten Haltung Frankreichs sein gutes Theil. Als er Anfang dieses Jahres aus Aegypten zurückkehrte, sprach er mit Enthusiasmus von Arabi, den er aus früherer Zeit persönlich kenne, und der ganz das Zeug zu einem Regenerator habe — „*L'étoile qui se lève sur la mer Rouge,*“ wie Arabi die Bescheidenheit habe, von sich selbst zu sagen. Diesem Urtheil über die Persönlichkeit Arabi's konnte ich in Ermanglung jeder Bekanntschaft mit ihm nicht widersprechen; um so mehr durfte ich es in Bezug auf die gleichzeitige Behauptung thun, dass es sich um ein *Mouvement national* handle, denn so weit war mir Aegypten bekannt, dass dort weder eine Nation noch eine nationale Bewegung zu finden ist, die immer eine intellektuelle sein muss, um etwas zu bedeuten. Lesseps hatte aber, wie ich mich in meinen Gesprächen mit Freycinet überzeugen konnte, mit seinem „*mouvement national dont il ne fallait pas se mêler et en présence duquel la meilleure politique était celle de l'abstention,*“ viel Glück und Erfolg. Die Ereignisse haben ihm Unrecht gegeben und herausgestellt, dass es sich hauptsächlich um eine Militär-Revolte und deren Ausbeutung durch Arabi gehandelt hatte. Gambetta hatte die Lage begriffen, und wäre er Minister geblieben, so gingen 30 000 Franzosen nach Aegypten, und wohl zu merken im Februar, wo es noch keine Hitze gab und Arabi noch im ersten Aufsteigen war. Sie hätten spielend das ausgerichtet, was die Engländer allein gethan, oder England, was das Wahrscheinlichere, hätte sich angeschlossen. — Dass man in Frankreich Lesseps jenen Irrthum nicht entgelten lässt, spricht nicht gegen das eben Gesagte, sondern ist nur ein Beweis für die allgemeine und hohe Werth-

schätzung, deren sich der Mann in seinem Lande erfreut, und die eine sehr verdiente ist [1]).

XXX. Kapitel.

1869.

Kaiserliche Orientreise (Schluss). — Kairo, Alexandrien, Florenz, Triest.

Nach allen den Fährlichkeiten unserer maritimen Expedition war es eine Wohlthat, das geregelte Fortkommen eines Eisenbahnzuges zu finden, welcher durch reich besetzte Buffets noch mehr an Anziehungskraft gewann. Für unseren Komfort war überhaupt in Aegypten auf das Beste gesorgt, wie denn auch im Allgemeinen vorgesehen war, dass die zur Eröffnung des Kanals in grosser Zahl gekommenen Fremden sich nicht zu beklagen hatten. An die Staatsschulden-Kontrole durfte man dabei nicht zu viel denken.

Ich selbst fand in dem prächtigen Gesiré-Palast eine elegante Wohnung, und der Vize-König kam selbst, um sich zu überzeugen, dass es an nichts fehle. — Ismail Pascha, der in Wien mir die Ehre erwiesen hatte mein Gast zu sein, ist weit mehr Pariser als Afrikaner und ein Mann von den angenehmsten Umgangsformen. Ich benützte die Gelegenheit, um einem verdienten österreichischen Arzt, Dr. Lauter, zu einer gerechten Forderung zu verhelfen. Bei anderen Interventions-Gesuchen vermochte ich mich nicht zu gleichem Entgegenkommen zu entschliessen. Zu jener Zeit wurde darüber geklagt, dass verschiedene österreichische Unterthanen in ihren Forderungen verkürzt worden seien, und

[1]) Als ich einmal in Paris Lesseps besuchen wollte, sagte mir der Concierge des Hauses, er wisse nicht ob derselbe zu Haus sei, und schickte seine Frau, um es zu erfahren. Während ich in seiner Loge wartete, sagte der Concierge: „*Ah Monsieur, quel homme que M. de Lesseps! Nous aurons bien du mal à le remplacer.*«

der General-Konsul Baron Schreiner sah sich sogar in Folge dessen Verdächtigungen ausgesetzt. Nach meiner Rückkehr überwies ich die Sache einer Kommission unter Betheiligung rechtlicher Beistände, und das Resultat war jenen Unternehmern, beziehentlich Beschwerdeführern, dermassen ungünstig, dass ich vor Allem nur verhüten musste, dass es zur Kenntnis der ägyptischen Regierung gelange. Prokesch ging in seiner orientalischen Monomanie zu weit, indem jedesmal bei ihm die Präsumtion der Ehrlichkeit für die Türken feststand, allein — und in dieser Beziehung ist man gegen unsere Konsuln oft sehr ungerecht gewesen, indem man ihnen Mangel erfolgreichen Eingreifens vorwarf — die Fälle sind im Orient keineswegs vereinzelte, wo Mangel an Solidität der Lieferung den anderen Theil ins Unrecht versetzt.

Kairo hat als Szenerie mir einen bei weitem tieferen Eindruck hinterlassen als Konstantinopel, und das erklärt sich durch das Bewusstsein, dass es etwas Einziges ist. Konstantinopel kann Neapel, kann Lissabon zur Seite gestellt werden, der Blick von der Citadelle in Kairo hat nirgends in der Welt seines gleichen. Auf der einen Seite die alte Khalifenstadt mit den Grabmonumenten, dann das moderne Kairo und auf der anderen Seite der prachtvolle breite Strom und die Wüste, begrenzt von den sechs Pyramiden. Ergreifend war zugleich bei dem Besuch der Citadelle der Gottesdienst in der Moschee. Dort finden unausgesetzt Gesänge am Grabe Mehemet Ali's statt, und diese Gesänge waren wundervoll schön. — Ueberhaupt hat mir der Islam, so weit es sich dabei um die Aeusserlichkeiten der Gottesverehrung handelt, sehr imponirt, und dieser Eindruck darf bei der Beurtheilung oder richtigen Verurtheilung des Renegatenthums nicht unbeachtet bleiben. Schon der Brunnen vor den Moscheen ist eine poetische Auffassung, noch mehr ist es das knieende Gebet in der Richtung auf Mekka; was mich aber besonders ansprach, war die Abwesenheit alles Bilderschmucks und alles Ornamentes. — Ich hörte einmal einen Muselmann sagen: *„Il y a plus de paganisme*

dans votre culte que dans le nôtre,“ und ganz Unrecht hatte er nicht.

Den Glanzpunkt des leider zu kurzen Aufenthaltes in Aegypten bildete der Ritt nach den Pyramiden. Wir fuhren frühzeitig mit Dampfschiff bis Memphis, d. h. dem Ort, wo das alte Memphis gestanden. Dort sollte das Frühstück eingenommen werden; dieses war aber aus Versehen, statt vorauszufahren, gefolgt, und bei unserer Ankunft in Memphis nicht zu finden. Der Kaiser, der die Zeit nicht gern verliert und geringe Ansprüche an das Essen und Trinken macht, entschied sich für sofortigen Aufbruch, was uns anderen verwöhnten Menschenkindern eine kleine Hungerkur eintrug, denn während des ganzen Rittes durch die Wüste und bis gegen Abend wurde nichts geboten als einige in heissem Sand gesottene Eier. Den Ritt fand ich allerdings nicht anstrengend, denn diesmal schloss ich mich Denen an, welche den Esel dem Pferde vorzogen, und nicht genug kann ich den ägyptischen Esel preisen, bei dessen fleissiger und doch unmerklicher Gangart man das Gefühl hat, auf einem Fauteuil zu sitzen, der sich wie auf Rollen bewegt. Ein abwechselndes Intermezzo bildete das Einfangen einer Hyäne, mehr aber noch die Besichtigung der Sakhara mit den Apis-Gräbern. Professor Brugsch (Brugsch Pascha) gab dem Kaiser das Geleite während des ganzen Rittes.

Noch heute bereue ich, mich bei der Besteigung der Pyramide von Ghizeh nicht betheiligt zu haben. Man rieth mir von dieser Partie ab: sie kann auch in der That nicht von besonderer Annehmlichkeit sein, denn die aufwärts postirten Araber werfen den Reisenden gleich einem Gepäckstück sich zu, und belästigen denselben überdies mit unersättlichem Begehren des Bakschisch. Nach dieser Schilderung fühlte ich wenig Lust, mich den 40 Jahrhunderten zuzugesellen. An einer früheren Stelle beklagte ich die depoëtisirenden Eisenbahnen, bei denen es keinen echten Rigi und keinen echten Vesuv mehr gibt. Den gleichen Eindruck hatte ich am Schluss der Pyramidenpartie. Noch gibt es allerdings keinen Schienenweg dahin, wohl aber eine höchst bequeme

Fahrstrasse, auf der wir nach Kairo zurückkehrten, und einen höchst modernen und höchst prosaischen Gasthof, in welchem wir unter Anderem vortreffliches Dreher'sches Bier genossen.

Der Tag sollte aber mit der Rückfahrt nicht enden. An der Pyramide sagte mir der Khedive, er habe gehört, wir hätten gewünscht, den berühmten Bienentanz zu sehen, und es nicht erlangen können, was in der That der Fall war. Dieser berühmte, vielleicht etwas berüchtigte Tanz besteht darin, dass die Almee eine sie stechende Biene vergeblich sucht. „Ich habe Anstalt getroffen," setzte der Khedive hinzu, „dass Sie das Schauspiel noch heute haben; besuchen Sie nur das französische Theater, dort werden Sie die Wagen finden, die Sie an Ort und Stelle bringen!" Bei der Partie betheiligten sich, ausser mir, Graf Andrassy, Sektionschef von Hofmann, General-Konsul Baron Schreiner, und der sehr liebenswürdige Sefer Pascha, ursprünglich ein Pole, als Begleiter. Am nächsten Morgen früh 6 Uhr war Aufbruch nach Alexandrien, allein wir widerstanden trotz später Stunde nicht der Versuchung. Wir mussten im Theater bis zum Schluss der Vorstellung warten, dann bestieg ich einen Wagen mit Andrassy. Wir passirten Stadt und Vorstadt und dann einen ziemlich unheimlich sich darstellenden Wald, so dass wir uns wie Entführte vorkamen. Nach einiger Zeit bemerkten wir Kavallerieposten, die in einer gewissen Entfernung, offenbar zu unserem Schutz, aufgestellt waren, und nach ziemlich langer Fahrt bog der Wagen in einen Seitenweg, und wir befanden uns vor einem hellerleuchteten Hause, worin ein wohlbesetztes Buffet, aber keine Almee zu finden war. Unterdessen war es ein Uhr geworden; endlich erschien die Tänzerin — eine grosse Enttäuschung. Nun fehlte aber die Musik, die auf sich warten liess. Da riss mir die Geduld, ich entschied, dass nicht gewartet werde, setzte mich in orientalischer Stellung mit gekreuzten Beinen auf den Boden und trommelte auf meinem Cylinder, während ich die arabischen Lieder, die sich meinem ziemlich geübten Ohr eingeprägt hatten, dazu sang. So erreichte ich wenigstens eine be-

schleunigte Rückfahrt. Es war indessen drei Uhr, als wir wieder ankamen und die unerwünschte Meldung empfingen, Seine Majestät habe noch am Abend geschickt. Um sechs Uhr waren wir bereits auf der Eisenbahn und um so besser schlief ich in der nächsten Nacht an Bord des Lloyddampfers „Pluto“. Der Grund, warum ich dem Kaiser, dessen Abfahrt mit dem übrigen Gefolge erst einen Tag später erfolgte, vorauseilte, war folgender:

Es sollte zu jener Zeit, gelegentlich der Orientreise, die erste Begegnung des Kaisers mit dem König Viktor Emanuel und zwar zu Brindisi stattfinden. Dieses Vorhaben wurde durch eine schwere Krankheit des Königs vereitelt, welcher sich auch genöthigt sah, an den Kaiser ein entschuldigendes Telegramm nach Alexandrien zu richten. Ich wollte unter den Beilagen das von mir aufgesetzte und abgelassene Antworts-Telegramm bringen, weil dasselbe zur Illustrirung der in den Blättern und, leider! auch in den Delegationen vorgekommenen Behauptung dient, die guten Beziehungen zu Italien hätten erst nach meinem Ausscheiden begonnen, und ich habe denselben hindernd im Wege gestanden. Aus der Antwort des Kaisers geht hervor, dass nicht Er, sondern der König auf die Entrevue verzichtete, obschon er bereits Rekonvaleszent war, als ich ihn bald darauf in Florenz sah. Dass der Kaiser nicht die Initiative eines Besuchs in Florenz ergreifen konnte (man schrieb damals 1869) wird Jeder begreifen. Dagegen geruhte Seine Majestät zu beschliessen, dass ich den Rückweg über Florenz nehme und dem König nochmals das Bedauern des Kaisers über die verfehlte Begegnung ausspreche. — Ich habe bereits an einer früheren Stelle hervorgehoben, wie ich das Verhältnis zu Italien freundlich zu gestalten bemüht und mit Erfolg bemüht war. Nach meinem Austritt hat der Kaiser einen grossen, meiner Ansicht nach zu grossen Beweis von Selbstverleugnung gegeben, den ich nie dem Kaiser zugemuthet haben würde, indem Er dem König dessen Wiener Besuch in Venedig zurückgab. Man denke sich, dass Heinrich V., was nur von ihm abhing, 1873 König von Frankreich geworden

wäre, und er dem Kaiser Wilhelm in Strassburg einen Besuch abgestattet hätte! Freilich war der Kaiser in Venedig nicht der Besiegte, aber das änderte nichts an dem demonstrativen Betreten eines dem Kaiser entrissenen Besitzes. Die Verletzung gewisser achtungswerther Gefühle wird durch die augenblickliche Befriedigung anderer nicht ausgeglichen.

Am Abend des Tages unserer Ankunft in Alexandrien fand ein sehr belebter Ball der österreichischen Kolonie statt, von dem aus ich mich an Bord des „Pluto“ begab. Nubar Pascha, der um Aegypten hoch verdiente, aber nach dem, was mir Lesseps sagte, von der „nationalen“ Partei jetzt verurtheilte Armenier, gab mir bis zum Schiff das Geleite. Wir sahen uns später in London und in Paris wieder.

Die viertägige Fahrt nach Brindisi wobei Sektionschef von Hofmann, Sektionsrath von Teschenberg und Hofkonzipist von Vrányczány sich in meiner Begleitung befanden, war eine ausserordentlich vom Wetter begünstigte, daher von Seekrankheit keine Rede. Dabei die über alles Lob erhabene Einrichtung des Lloyddampfers, erhöht durch persönliche Aufmerksamkeiten des mitreisenden Lloydmitgliedes Baron Morpurgo. Diese ganze Fahrt war ein Genuss, geeignet alle bis dahin überstandenen Mühseligkeiten vergessen zu machen. Nachdem ich in Alexandrien im leichten Rock unter Blumen gewandelt, fand ich die Apenninen voll Schnee und in Florenz das schlechteste Wetter. Der Glanzpunkt meines dortigen Aufenthaltes war die Audienz. Ich war als sächsischer Miniser in Folge der 1850 stattgefundenen Vermählung der Prinzessin Elise mit dem Herzog von Genua und deren späteren morganatischen Verheirathung indirekt mit dem Turiner Hofe und dem König Viktor Emanuel in Beziehung gestanden, und um so interessanter war mir, nach dem was ich von seinen Eigenthümlichkeiten gehört hatte, ihn zu sehen.

Der König hatte für mich die Auszeichnung, mir sogleich nach meiner Ankunft einen Ordonnanz-Offizier beizugeben. Die Audienz wurde für Nachmittag bestimmt und zwar mit dem

Bemerken, dass ich im Oberrock zu erscheinen habe. Gegen diesen Befehl revoltirte meine monarchische Gewöhnung und ich unterstand mich, im Frack und weisser Kravatte zu erscheinen. Was mir nun auffallen musste, war, dass ich bei dieser Audienz im Oberrock eine militärische Aufstellung in dem ersten Zimmer und in dem zweiten höhere und niedere Hofschargen in Uniform fand.

Der König selbst trug eine einfache Jaquette und hatte einen Cylinderhut, welchen er nicht in der Hand hielt, sondern den er mit dem linken an den Hutrand gepressten Oberarm an den Leib drückte. Bei seiner strammen militärischen Haltung hatte diese Manipulation etwas Imponirendes, so wie denn auch trotz mancher sehr ungezwungenen Ausdrucksweise [1]) sich die königliche Würde nicht verleugnete, nachdem der König mich zum Sitzen eingeladen hatte. Es gehört wieder in das oben berührte Kapitel der angeblich erst nach mir eingetretenen guten Beziehungen zu Italien, wenn ich folgende Worte des Königs citire: „*Après ce que l'Empereur a fait il peut disposer de ma personne, de ma vie. Je lui donne cinq cent mille hommes le jour où il les voudra.*“ — Ich bin der Meinung, dass man an der Aufrichtigkeit weniger zu zweifeln Ursache hatte, als an dem Vorhandensein der 500000 Mann. Etwas italienischen Schwung schien der König überhaupt zu lieben. „*La nation écoute quand je parle*“, sprach er ein andermal. Sagt nicht Andreas Doria: „Ich bin gewohnt, dass das Meer horcht, wenn ich rede“; hier wie dort, das muss man anerkennen, barg die Ueberschwänglichkeit einen Kern von Wahrheit.

Ich hatte in Florenz noch eine zweite Audienz, die von entscheidenden Folgen hätte sein können, es aber nicht war. Die

---

[1]) So sagte der König unter Anderem, als er von seiner Krankheit sprach: „*J'ai pensé que je crèverais, et cela me faisait plaisir.*“ Damit war es nun wohl nicht ernst gemeint; denn ich vernahm öfters, dass in den Momenten schwerer Krankheit des Königs die Korrespondenz mit dem heiligen Vater wieder in Fluss kam.

verwittwete Herzogin von Genua, welche in der Regel Turin bewohnte, befand sich in Florenz und natürlich machte ich meine Aufwartung. Die Herzogin ist eine Fürstin von hoher Bildung und scharfem Geist. Damals war die Kandidatur ihres noch minderjährigen Sohnes, des Prinzen Tomaso, für den spanischen Thron auf dem Tapet. In jener Zeit hielt kein Mensch eine bourbonische Restauration in Spanien für möglich. Die Herzogin von Genua aber wies die Kandidatur ihres Sohnes entschieden zurück, und kam immer wieder auf das Schicksal des Kaisers Max von Mexiko zurück, wofür meines Erachtens die Analogie vollständig fehlte, nachdem die ungenügende, lässige Stütze eines Patronats, wie es das französische in Mexiko war, hier kein Gegenstück fand, Legitimitätsskrupel aber, das durfte ich bei den mir bekannten persönlichen Gesinnungen der Herzogin sagen, konnten für einen italienischen Prinzen und für den König von Italien wohl kaum ausschlaggebend sein. — Ich erlaubte mir insbesondere hervorzuheben, dass die Berufung eines fremden Prinzen auf einen vakanten Thron dann am meisten Aussicht auf Dauer biete, wenn der Berufene minderjährig sei, weil in diesem Fall die Verantwortung und damit die Unzufriedenheit zunächst ihm fern bleiben, sondern die Regentschaft treffen, so aber nach und nach der neue Herrscher sich einbürgern werde. Ein Beispiel dafür war König Otto von Griechenland, der zuletzt wohl auch weichen musste, aber erst nachdem er volle dreissig Jahre regiert hatte. Wäre mein guter Rath befolgt worden, so hätte es im nächsten Jahre keine Hohenzollern'sche Kandidatur und keinen deutsch-französischen Krieg gegeben.

In Triest, wo ich dem Kaiser über meine Florentiner Mission Bericht erstattete, wartete meiner eine erschütternde Nachricht, der aber die Beruhigung auf dem Fusse folgte. Mein zweiter Sohn war, während er sein Freiwilligenjahr diente, von einem Nervenfieber befallen worden, das ihn Wochen lang zwischen Leben und Tod hielt, und nur der ausgezeichneten Behandlung des Dr. Standhardtner und der aufopfernden Pflege seiner Mutter

war die Rettung zu danken. Man hatte mir die Krankheit zu verheimlichen gewusst, was eine grosse Wohlthat war, denn erfuhr ich die Nachricht in Palästina oder Aegypten, so konnte ich den Rückweg nicht schleunig antreten und war allen Aengsten ausgesetzt. Glücklicher Weise fand ich in Triest ein Schreiben des Arztes, das mich vollständig beruhigte.

In Triest war auch Graf Taaffe; seine Mittheilungen, gleich denen des damaligen Statthalters, General Möring, waren keineswegs geeignet, angenehme Dinge in Wien in Aussicht nehmen zu lassen.

XXXI. Kapitel.

1869.

Anfang der Tage, von denen es heisst: sie gefallen mir nicht. — Die Cisleithanische Ministerkrise.

Bald nach der Rückkehr des Kaisers von der Orientreise kam die schon seit längerer Zeit latente Ministerkrise des cisleithanischen Ministeriums zum Ausbruch.

Ueber Ursprung und Verlauf dieser Krise waren und sind sehr irrige Vorstellungen verbreitet. Wie ich es an einer früheren Stelle hervorhob, haben Taaffe und Potocki, gleich mir selbst, es mit der Ernennung und der Dauer des Bürgerministeriums durchaus ehrlich gemeint, und von geheimen, auf Sturz und Lockerung desselben gerichteten Umtrieben irgend welcher Art ist nie die Rede gewesen.

Was mich selbst betraf, so kann nicht oft genug daran erinnert werden, wie ich dem Ministerium helfend zur Seite trat. Die Sanktion der konfessionellen Gesetze, die im Auslande erfolgreich unternommene Vorbereitung der Rentenzinsen-Reduktion, die Verhinderung der galizischen Reise, das waren nicht zu ver-

achtende Dienste. Mein Eingreifen in die böhmische Frage, so weit überhaupt von einem solchen die Rede sein kann, war ein vergeblicher, durch den späteren Verlauf der Dinge nur zu sehr gerechtfertigter Warnungsruf. Wie oft habe ich im Gespräche mit Giskra und auch Brestel und Hasner gesagt: „Jetzt, wo Ihr in der Gewalt seid, ist der Moment, mässige Zugeständnisse zu machen; kommt einmal die Zeit, wo die Andern drin und Ihr draussen seid, werden ihre Forderungen ungemessen und unerfüllbar, und dennoch befriedigt werden.“ Die gemüthliche gute Zeit, welche dem Ministerium Auersperg-Lasser acht Jahre lang beschieden war, und welche scheinbar das abweisende System der Majorität des Bürgerministeriums rechtfertigte, war nicht allein dessen Geschicklichkeit, sondern vielleicht bei weitem mehr der dazwischen liegenden Episode Hohenwart und — darüber später ein Mehreres — dem damaligen Eingreifen des vielgeschmähten Reichskanzlers zu verdanken, denn, dass den Czechen das Höchstmögliche zugestanden und im Handumdrehen wieder genommen werden konnte, ohne alle Erschütterung der öffentlichen Verhältnisse, dass man ungestraft dem doppeltgeschwänzten Löwen das ihm gereichte Leibstück aus den Zähnen reissen durfte, diese Entdeckung brachte sie an massgebender Stelle um alles Ansehen und machte sie für lange Zeit ohnmächtig und wehrlos. Wenn General Koller, welcher Statthalter sowohl unter dem Bürgerministerium als unter dem Ministerium Auersperg-Lasser war, das zweite Mal besser durchkam, so war dies Folge derselben Ursache, denn jetzt erst hatte er freie Hände.

Endlich erinnere ich noch daran, dass ich zwar die absichtslose Veranlassung des Rücktritts des Fürsten Carlos Auersperg war, dagegen aber vermittelte, dass die Wahl des Kaisers auf den Fürsten Adolph Auersperg fiel, diese Wahl aber, die doch keine schlechte genannt werden darf, nachdem die spätere Präsidentschaft desselben Namens acht Jahre gedauert hat, von den Herren Bürgerministern selbst vereitelt wurde.

Die hauptsächliche Ursache der Zersetzung lag jedoch nicht

in dem Zwiespalt zwischen den beiden Adelsministern und den Bürgerministern, sondern in dem Mangel an Eintracht unter diesen letzteren selbst. Man erinnere sich des berühmten Wortes von Berger, als man den Mangel solidarischen Einstehens rügte: „Wie sollen wir denn,“ sagte Berger, „für einander einstehen, wenn wir einander nicht ausstehen können?“ — Zwischen Herbst, Hasner, Brestel und Plener mochte es zu keinen Spaltungen kommen, Giskra stand zu ihnen, aber war nicht ganz ihr Mann. Berger aber endlich nahm sehr bald einen unabhängigen Standpunkt ein, was nach nicht zu langer Zeit zu der Erkaltung persönlicher Beziehungen führte. Ich vergesse nicht eine peinliche Szene, die sich in meinem Kabinet abspielte, wo erst Giskra, dann aber Berger sich einfand und der letztere, als der erstere ihm die Hand reichte, die seinige in die Tasche steckte. Bei solchen Dispositionen konnte es nicht fehlen, dass die in Wien mehr noch als anderswo üppig wuchernden Hetzereien einen dankbaren Boden fanden. Ich will Berger dabei von einer Verschuldung nicht freisprechen. Er hatte den Fehler, seine kaustische Laune nicht bemeistern zu können. So war es denn auch seine Gewohnheit, während der Sitzungen kritische Bemerkungen, welche für die Kollegen nicht immer schmeichelhaft waren, auf kleine Zettelchen zu schreiben und diese dem Grafen Taaffe zuzuschieben, welcher sie mit Wohlgefallen las und zerrissen unter den Tisch fallen liess. Ich weiss, dass einer der Kollegen dann öfters nach der Sitzung zurückblieb und die zerrissenen Stückchen aufhob.

Es ist ein wahres Missgeschick, welches sich in meinen Erinnerungen an den Namen Berger knüpft.

Alsbald nach der Konstituirung des Ministeriums Auersperg wurde das Abkommen getroffen, dass der Sprechminister, welches Departement Dr. Berger versah, sich jeden Morgen bei mir zu der Presskonferenz einfinden sollte. Diese Konferenz hatte zum Gegenstande: Entgegennahme des Vortrags über die wichtigeren Vorkommnisse in der Tagespresse und Berathung etwa nöthiger Inspirationen der offiziösen Blätter. So war denn Berger mein

täglicher Besucher und es konnte für mich nur ein Genuss sein, die ungemeine Schärfe seines Geistes und seines Urtheils zu erproben, während andererseits meine langjährigen Erfahrungen auf verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens für ihn keine unerwünschte Bekanntschaft waren.

Es ist nun völlig grundlos, dass ich dieses Verhältnis benützt habe, um Berger von seinen Kollegen abwendig zu machen. Er harmonirte mit mir in der Auffassung der böhmischen Frage und der Ueberzeugung von der Räthlichkeit rechtzeitiger, mässiger, aber nicht überschreitbarer Konzessionen; aber diese Ueberzeugung war eine gleichzeitig empfundene, nicht eine durch Ueberredung gewonnene. Allein auch in anderen Fragen war unsere Uebereinstimmung eine konstante. Und nun musste es kommen, dass dieser Mann, auf den ich so grosse Hoffnungen setzte, in Zeit von vier Wochen stocktaub, aber dermassen wurde, dass nur noch allein im schriftlichen Wege mit ihm zu verkehren war. Dies geschah bald nach seinem Austritt 1870. —

Als im Jahre 1882 Fürst Carlos Auersperg die ihm und seiner Partei unliebsame Schliessung des böhmischen Landtages in seiner Eigenschaft als Oberstlandmarschall mit einer seiner gewohnten Boutaden begleitete, erinnerte die „Neue freie Presse“ mit Wohlgefallen an den „Ruck“ mit dem er 1867 aus dem Ministerium geschieden sei, und zwar mit dem Bemerken: „Hätten seine Kollegen dasselbe gethan, es wäre besser gewesen.“ Ja, das sage ich auch, nur in anderem Sinne. Wären ihm die Andern gefolgt, so wäre Berger mit der Neubildung des Ministeriums betraut worden. Damals hatte er seine volle ungeschwächte Kraft. Kollegen zu finden wäre ihm nicht schwer geworden, und sein Ministerium hätte Bestand gehabt.

So würde denn auch im Verfolg der Krise von 1869/70 Berger, wäre er noch in der alten leiblichen Verfassung geblieben, der Mann der Situation geworden sein. zwar nicht im Augenblick der Krise selbst, wohl aber in dem Moment des Rücktritts des Ministeriums Hasner. Inmittelst aber hatte

die tief bedauerliche Taubheit bereits ihren Höhepunkt erreicht.

Obschon zu der Zeit, wo der Kaiser zwischen der Majorität und der Minorität zu wählen hatte, dieser Zustand Berger's noch nicht eingetreten war und das von ihm verfasste Minoritäts-Memorandum für seine geistige Frische ein glänzendes Zeugnis abgab, sprach ich mich dennoch Seiner Majestät gegenüber entschieden für die Annahme der Entlassung der Minorität aus. Gedankt wurde mir das nicht, ich hatte es aber auch nicht darauf abgesehen.

Man hat es der Minorität zum schweren Vorwurf gemacht, dass sie mit der Veröffentlichung ihres Memorandums voranging oder vielmehr auf der Veröffentlichung beider Memoranden bestand, allein dabei vergessen, dass sie gezwungen war, und zwar dadurch, dass einige der Majoritätsminister das ihrige in einer Klubversammlung im Zeughaus verlesen hatten und in Folge dessen der wesentliche Inhalt bereits in die öffentlichen Blätter gekommen war.

Insoweit überhaupt die Geschichte jener Ministerkrise heute noch ihr gewisses und sehr aktuelles Interesse hat, kann zu deren Beurtheilung eine Wiederholung beider Memoranden, aber auch der von mir damals im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede nur dienlich sein.

Als ich nach der Sitzung in das Ministerzimmer trat, fand meine versöhnliche Ansprache, worin ich einfach betonte, ein Angegriffener müsse sich vertheidigen, eine keineswegs entsprechende Aufnahme. Es schien namentlich verstimmt zu haben, dass die Rechte wiederholt Beifallszeichen gegeben hatte, obschon ich mich an diese Seite des Hauses gar nicht gewendet. — Die Linke hatte schweigend, aber ohne Zeichen des Unmuths zugehört.

Sehr nüchtern und objektiv war das Urtheil der liberalen Presse, was insbesondere von der „Neuen freien Presse“ gilt. Dieses Blatt schrieb am übernächsten Tage Folgendes:

„Unleugbar war der erste Eindruck der Rede des Grafen Beust dort wo er sie gehalten, gerade inmitten jener an welche sie der Reichskanzler wahrscheinlich zu allererst gerichtet hatte, ein ungünstiger, ja ein feindseliger. Das lehrten uns die Berichte über die Stimmung, welche in jenen parlamentarischen Kreisen Samstag Abends vorherrschte und von so einer heftigen Erregung Kunde gab, dass man hätte meinen sollen, es müsse zu einer Eruption kommen, und ehe der nächste Tag vergeht, werde die Ministerkrisis sich auch auf den Reichskanzler erstrecken. Gerade angesichts dieser Wahrnehmung haben wir in unserem Urtheile über die Rede des Grafen Beust nur desto lebhafter einer abweichenden Auffassung Ausdruck zu geben versucht; denn einerseits erschien uns die Beurtheilung, die sich anfangs in den Ministerkreisen geltend machte, ungerecht, und andererseits erachten wir es als im höchsten Grade bedenklich, die bestehende Krise zu potenziren. Es darf uns deshalb einigermassen zur Genugthuung gereichen, wenn wir heute konstatiren können, dass in diesen zwei Tagen das allgemeine Urtheil sich unserer Ansicht genähert, ja fast ganz angeschlossen hat, und dass eine ruhigere, leidenschaftslosere Stimmung an die Stelle der Erregung des Momentes getreten ist; und je aufmerksamer man die Lage betrachtet, desto mehr wird sich die Erkenntnis verallgemeinern, nicht blos dass es vom Uebel ist, die bestehenden Gegensätze zu verschärfen, sondern auch dass ein politisch zwingender Anlass, neue Gegensätze zu schaffen, gar nicht vorliegt.

„Mit der unumwundenen Erklärung des Reichskanzlers, er werde als Abgeordneter im Hause seine Stimme für die Majoritäts-Adresse abgeben, weil er in dieser Adresse ein Vertrauensvotum für das Ministerium erblicke, kann vor Allem dieses Ministerium selber doch gewiss zufrieden sein. Wenn Graf Beust daneben mancherlei scheinbar zu Gunsten der gestürzten Ministerminorität sagte, so will uns zunächst scheinen, dass er, gewissermassen über den beiden Fraktionen stehend, nichts als seine vermittelnde Thätigkeit entschuldigen wollte.“

Die Rekonstituirung des Ministeriums erfolgte nach einigen Geburtswehen, indem Hasner das Präsidium übernahm und das Ministerium des öffentlichen Unterrichtes an Herrn von Stremayr abtrat, an Stelle von Potocki aber Dr. Banhaus das Ackerbauministerium, und an Stelle von Taaffe General Baron Wagner das Landesvertheidigungs-Ministerium übernahm. Warum die damals zum zweiten Male zur Entscheidung gekommene Kandidatur

des Fürsten Adolph Auersperg kein Resultat erzielte, habe ich an einer früheren Stelle anschaulich gemacht. — Was bei der Zusammensetzung dieses Ministeriums mir bemerkenswerth erscheinen musste, das war die Wahl des Landesvertheidigungs-Ministers. Was hatte man während und nach dem dalmatinischen Aufstand über den Statthalter, General Rodic, sowie über seinen Vorgänger Feldzeugmeister Philippovich, die Slavenbeschützer, geklagt! Nun war aber, wie ich zu entdecken Gelegenheit fand, Baron Wagner viel tiefer in die südslavische Bewegung verwickelt, worüber ich mit ihm in Korrespondenz treten musste.

Meine Beziehungen zu dem modifizirten Ministerium, dessen Dauer nur nach Monaten zählte, waren im Ganzen keine unfreundlichen. Von der Fortsetzung der bisherigen Einrichtung kombinirter Presskonferenzen wollte jedoch das Ministerium nichts wissen, woran man Unrecht that. Als einen Beleg dafür, dass ich gegen dasselbe nichts unternahm, sondern demselben behülflich zu sein bereit war, erkenne ich daran, dass ich auf Befragen bei dem Kaiser die Sanktion des Nothwahlgesetzes befürwortete. Das bereits bestehende Gesetz, wonach direkte Wahlen einzutreten hätten, sobald ein oder der andere Landtag die Beschickung des Reichsrathes verweigere, wurde dadurch vervollständigt, dass in dem Fall wo bereits im Reichsrath erschienene Mitglieder der Landtage den Reichsrath verlassen wollten, auch dann direkte Wahlen ausgeschrieben würden. Mir ist es nie begreiflich geworden, warum das Ministerium Hasner hievon nicht zu rechter Zeit Gebrauch machte. Ohne meine Schuld, ja ohne mein Vorwissen machten die Galizianer, die Bukowiner, Slovenen und Andere den Exodus. Grocholski, der Führer der Polen, erschien bei mir und sagte: „Ich höre, Excellenz bedauern unseren Austritt.“ — „Allerdings,“ erwiderte ich, „aber nicht blos für mich, sondern noch mehr für Sie. Das Ministerium braucht nur das bereits sanktionirte Nothwahlgesetz zu gebrauchen und zu appliziren.“ Anstatt dessen verfiel man auf den mir unverständlichen und, wie ich nicht leugne, von mir bekämpften Gedanken, nur den

galizischen Landtag aufzulösen, und mit diesem Antrag begab sich Hasner nach Ofen, wohin auch ich berufen war. Gegen die Auflösung des galizischen Landtages erhob sich aber in Ofen eine gewichtige Stimme, die des Grafen Andrassy. Der Kaiser verweigerte die Zustimmung und Hasner überreichte sofort die Demission sämtlicher Minister.

XXXII. Kapitel.

1870.

Ministerium Potocki. — Das erste Wetterleuchten im Westen.

Ich sprach im letzten Kapitel von dem Missgeschick, das ich mit Berger erlebt; ich komme jetzt zu jenem, das mir mit Potocki vorbehalten war; bei dem ersteren geschah mir das Unglück, dass er, der rechte Mann der Situation, im Handumdrehen arbeitsunfähig wurde; mit dem letzteren widerfuhr mir, dass der den ich für den Mann der Situation gehalten hatte, sich als solchen nicht erwies.

Graf Alfred Potocki war für mich, als ich nach Wien kam, keine neue Bekanntschaft. Zwanzig Jahre früher waren wir in London, ich als sächsischer Ministerresident, er als Botschaftsattaché mit seinem Schwager, dem Grafen Moritz Dietrichstein. Ich lernte an ihm nicht nur ausgezeichnete Umgangsformen, sondern auch freiere Anschauungen als deren bei seinen Standesgenossen mehrentheils zu finden waren, kennen und schätzen. Den Eindruck, den er mir machte, konnte ich nicht besser wiedergeben als indem ich ihn einen österreichischen Whig nannte. Ein solcher Mann, der zugleich grosses Vermögen und ausgedehnten Grundbesitz sein nannte, daher allen Bedingungen respektabler Unabhängigkeit entsprach, schien mir der Berufene. Er stand den aristokratischen sowohl als den kirchlichen Kreisen nicht fern,

und doch konnte er nicht als reaktionär und nicht als klerikal beargwohnt werden. Was ich nach Gesprächen mit ihm voraussetzen zu dürfen glaubte, war Entschlossenheit und Ausdauer, und hierin sah ich mich grausam getäuscht.

Ich will dem Grafen Potocki hieraus um so weniger einen Vorwurf machen, als er, frei von Ehrgeiz, sich zu der Uebernahme der Ministerpräsidentschaft nur entschloss, weil von oben an seinen Patriotismus Berufung eingelegt wurde; rein objektiv betrachtet, kann ich jedoch nicht Dinge verschweigen, die nicht ohne ernste Folgen blieben.

Meine erste Ernüchterung trat bereits im Stadium der Kabinetsbildung ein. Anfangs zeigten sich die Berufenen nicht abgeneigt; dahin gehörte selbst Dr. Rechbauer, der mir einige Monate später, als ich in Graz erkrankte, eingestand, dass er seinen Refus beklage. Graf Potocki aber verstand es, die Kandidaten selbst zu entmuthigen. Ich habe diese eigenthümliche Erscheinung eines mit der Kabinetsbildung beschäftigten, aber die Berufenen vom Eintritt abhaltenden Ministers nur durch eine an sich achtungswürdige aber darum nicht minder verwerfliche weil falsch verstandene Gewissenhaftigkeit zu erklären vermocht. Selbst war ich Zeuge der misslungenen Unterhandlung mit dem bedeutendsten unter den Geladenen, dem damaligen Statthalter von Oberösterreich, Grafen Hohenwart. Man muss sich vergegenwärtigen, dass der Graf Hohenwart von 1871 damals nicht existirte. Man kannte ihn als einen der besten unter den höheren Verwaltungsbeamten, und Giskra selbst stellte ihm das Zeugnis ausgezeichneter Geschäftsführung und erprobter Verlässlichkeit aus. An ihm, der sich später als gewandter Parlamentarier gezeigt hat, hätte das Ministerium eine entschiedene Kraft gewonnen. Graf Hohenwart erklärte sich zum Eintritt bereit, zu meinem nicht geringen Erstaunen vereitelte diesen Graf Potocki. Im Laufe des Gesprächs war die Rede auf die Einführung direkter Wahlen gekommen und dieses Thema rein akademisch behandelt worden, bei welcher Gelegenheit sich Graf Hohenwart abfällig mit Rück-

sicht auf das entgegenstehende Recht der Landtage aussprach — ein Standpunkt auf den sich bekanntlich Herbst selbst einmal gestellt hatte. Obschon nun die Einführung direkter Wahlen zwar von Seiten Potocki's und meiner selbst als ein *noli me tangere* nicht angesehen wurde, diese Massregel aber für die nächste Zeit gar nicht in Aussicht genommen war, hielt es Graf Potocki für nothwendig, den Grafen Hohenwart darauf aufmerksam zu machen, dass er sich in dieser Frage abweichend geäussert habe, was die endliche Resultatlosigkeit der Verhandlung zur Folge hatte.

Es war damals ein Fehler und ein Missgriff, bei dem ich mich selbst nicht schuldlos spreche, dass man nicht lieber es mit einem provisorischen Beamtenministerium versuchte, anstatt einige Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu berufen, die zum Theil der bisherigen Majorität angehört, aber ohne Einfluss auf dieselbe zu haben, zum Theil aber sich unter den Secedenten befunden hatten. Die beste Acquisition war Dr. von Stremayr, welcher bereits im Ministerium Hasner als Unterrichtsminister eingetreten und später langjähriges Mitglied des Ministeriums Auersperg-Lasser war. Graf Taaffe verstand sich, das muss ich ebenfalls nicht unerwähnt lassen, nur mit Widerstreben und mehr aus Hingebung zur Uebernahme des Ministeriums des Innern, und ich selbst gab mich dem Irrthum hin, zu glauben, dass die Zeiten von 1867, wo bei unserem Zusammenwirken Alles so gut wie am Schnürchen ging, sich wiederholen könnten.

War die bisherige Majorität entfremdet, so zeigte sich darum noch keine Annäherung der bisherigen Opposition. Graf Potocki unternahm gegen meinen Rath eine Argonautenfahrt nach Prag, deren Resultat ich mir damals erlaubte, in Kaulbach's Zeichnungen des Reineke Fuchs bildlich dargestellt zu finden, auf dem Blatt nämlich, wo Wolf Isegrimm aus der Affenhöhle arg zugerichtet herauskommt, und Reineke ihm mit gekreuzten Beinen zuschaut. Wie wenig ich selbst dabei der schadenfrohe Reineke war, bewies ich durch den diesmal befolgten Rath, bei der beschlossenen

Auflösung der Landtage jenen von Böhmen mit seiner deutschliberalen Majorität allein davon auszunehmen.

Was ich meinem damaligen Herrn Kollegen aber nicht vergeben konnte, war, dass er den Mangel an Selbstvertrauen unnöthigerweise zur Schau trug. Es gab fast keinen Ministerrath in Gegenwart des Kaisers, den Graf Potocki nicht mit den Worten eröffnet hätte: „Man muss bekennen, dass die Lage eine sehr bedenkliche ist.“ — „Wie soll,“ sagte ich, „der Kaiser Vertrauen zu uns fassen, wenn er von nichts hört als von bedenklicher Lage?“

Dass bei einer mehr zuversichtlichen Haltung Graf Potocki zum Bleiben aufgefordert worden wäre, ist für mich eben so unzweifelhaft als dass, wäre er nach dem Ausscheiden von Taaffe, Widmann und Petrino im Amt geblieben, es ihm leicht gewesen sein würde, ein lebensfähiges Ministerium zu bilden. Er hätte unter den Mitgliedern der Verfassungspartei mehr als Einen gefunden, der bereit war einzutreten.

Der Kaiser musste ihn aufgeben, weil er sich selbst aufgab. Im Laufe desselben Jahres vollzog der Monarch einen Akt, der den Willen, seinen ersten Minister zu halten, deutlich kundgab. Der Ehrenposten des Kanzlers des Maria-Theresia-Ordens, einst von Fürst Kaunitz, später von Fürst Metternich bis zu seinem Tode bekleidet, war seit dem schon mehrere Jahre zuvor erfolgten Tode des Feldmarschallleutenants Grafen Wratislaw vakant. In dem Augenblick, wo ich von allen Seiten mich befeindet sah, gab ihm der Kaiser in meiner Person einen Nachfolger, ein hochherziger Beschluss der geeignet war, mir in jenen Tagen, wo es der Sorgen und Schwierigkeiten so viele gab, den frohen Muth zu erhalten.

Bald darauf traten Ereignisse ein, welche das Bedürfnis solchen Muthes noch anschaulicher machen mussten. Es kam ein rascher Anzug, der ungeahnte preussisch-französische Konflikt. Ich sage absichtlich „der ungeahnte“, denn ich lasse lieber den Tadel über mich ergehen, der übrigens ein sehr ungerechter sein würde, dass ich jenen Konflikt nicht vorhergesehen, als dass ich der zwar

vereinzelt aber doch hie und da hervorgetretenen Verdächtigung Raum gönne, als hätte ich in Aussicht des deutsch-französischen Krieges das Ministerium Hasner zu Fall gebracht.

Bevor ich in die Geschichte jener Epoche, soweit sie Oesterreich-Ungarn berührt, des Näheren eingehe, unterbreite ich dem Leser eine darauf bezügliche Korrespondenz mit dem Grafen Andrassy aus dem Jahre 1872. Man wird darin eine übersichtliche aber kurzgefasste Darstellung der Politik des kaiserlichen Kabinets und damit einen willkommenen Leitfaden bei der weiteren Verfolgung meiner Aufzeichnungen finden. Diese Korrespondenz gewinnt dadurch Bedeutung, dass Seitens des damaligen Herrn Ministers des Aeussern keine Rückäusserung, also auch kein Widerspruch irgend welcher Art erfolgte. Ganz besonders mache ich aufmerksam auf die längere Depesche vom 28. April 1874. Diese wurde mir im Jahre 1880 von Baron Haymerle zu uneingeschränkter Benutzung überlassen. Ich fand darin verschiedene !!!, allein keine Bleistiftbemerkung des Grafen Andrassy, wohl aber gegen den Schluss von wohlbekannter hoher Hand die Worte: „ist wahr.“ —

Beilage zu Kapitel XXXII.

Graf Andrassy, Wien.

London, 28. April 1874.

Mit dem gehorsamsten Berichte vom 24. d. Mts. Nr. 40 H hatte ich um die Erlaubnis gebeten, unter Benützung des nächsten englischen Kuriers, welcher morgen von hier abgehen wird, Eurer Excellenz eine etwas ausführlichere Darlegung mit Bezug auf die sogenannten Enthüllungen von 1870 zu unterbreiten. Die alsbald darauf telegraphisch signalisirte Interpellation des Herrn Irany veranlasste mich, die nothwendigsten Daten mit Rücksicht auf eine eventuelle Beantwortung derselben durch mein gehorsames Schreiben vom 25. d. Mts. voraus zu senden und ich unterlasse nunmehr nicht, dieselben zu vervollständigen.

Die nachstehende Aufzeichnung hat nicht den Zweck einer persönlichen Vertheidigung, nachdem eine Rechtfertigung nicht von mir erfordert worden ist, und ich in keiner Weise damit den Wunsch einer publizistischen Erörterung verbinde. Allerdings ist es die Publizität, welche in mir das Bedürfnis einer retrospektiven Feststellung entstehen liess, allein wenn ich demselben in der gegenwärtigen Form Genüge zu leisten versuche, so geschieht es einerseits, um meiner eigenen Verantwortung vollständig bewusst zu werden, andererseits um, so viel dies von mir aus möglich ist, Eurer Excellenz den vollen Einblick in einen Abschnitt österreichischer Politik zu bieten, über den sich zu äussern Hochdieselben mehr als einmal in den Fall kommen dürften.

Ich muss dabei im Voraus wegen Zweierlei um Entschuldigung bitten. Meine Ausführungen werden wegen ihrer Länge Geduld in Anspruch nehmen und meine Person wird vielfach in den Vordergrund treten. Beides kann ich nicht vermeiden — das erstere nicht, weil nur die Vollständigkeit des Bildes eine zutreffende Ansicht desselben gewährt, und eben so wenig das zweite, nicht allein weil ich in den betreffenden Episoden als handelnd erscheine, sondern auch deshalb, weil aus meiner früheren Vergangenheit irrige Voraussetzungen stammten, die ganz einflusslos geblieben sind.

Nach dieser Einleitung werden Eure Excellenz hoffentlich nicht zu sehr erschrecken, wenn ich meinen historischen Rückblick nicht mit dem 1. Juli 1870, sondern mit dem 30. Oktober 1866 beginne.

Als Seine Majestät unser allergnädigster Herr mich in den Allerhöchsten Dienst zu berufen geruhten, glaubte man auf meiner Seite den Wunsch und das Bestreben einer Revanche gegen Preussen voraussetzen zu müssen, namentlich deshalb, weil der damalige Graf Bismarck mich aus dem sächsischen Staatsdienst entfernt habe. Diese letztere Kombination war schon an sich eine verfehlte, denn ich hatte am Tage, wo die Nikolsburger Friedenspräliminarien unterzeichnet wurden, dem König Johann meine Entlassung als eine gebotene bezeichnet, und da Seine Majestät die Entschliessung aus Gründen unvergesslichen Wohlwollens verzögerten, so brüsquirte ich selbst zuletzt die dringende Entscheidung, indem ich mit Genehmigung des Königs mich zur Leitung der in Berlin zu pflegenden Friedensverhandlungen zwischen Sachsen und Preussen erbot, worauf dann die Erklärung des Grafen Bismarck, mit mir nicht unterhandeln zu wollen, vorausgesehenerweise erfolgte. Allerdings hat der letztere nach der Besetzung Dresdens einige mich persönlich betreffende Massregeln angeordnet, die vielleicht seiner nicht ganz würdig waren, allein wie ich überhaupt der Ranküne

nicht sehr zugänglich bin, so wird man insbesondere nicht wahrgenommen haben, dass ich persönlichen Gefühlen einen Einfluss auf meine politischen Aktionen je gestattet habe.

Die Voraussetzung des Gegentheils jedoch bestand, und so weiss ich, dass der mir keineswegs übelwollende Graf Mensdorff meiner Ernennung entgegen gewesen war, weil er meine kriegerischen Rachegefühle fürchtete. In derselben Weise äusserte sich gegen mich Graf Belcredi in Prag. Dass ich auf des letzteren Entfernung hingearbeitet habe, ist, um hier gelegentlich einen vielfach verbreiteten Irrthum zu berichtigen, grundlos. Die Unvereinbarkeit unserer beiderseitigen Stellungen ergab sich daraus, dass, nachdem wir Beide gemeinsam mit den ungarischen Herren Bevollmächtigten die Grundlagen des Ausgleichs vereinbart hatten, ich, davon ausgehend, dass wir die Verpflichtung übernommen hätten, diese Grundlagen in der anderen Reichshälfte zur verfassungsmässigen Annahme zu bringen, für die Einberufung des engeren Reichsraths nach dem Februarpatent als den dazu allein führenden Weg mich entschied, während Graf Belcredi, der sich durch das Septembermanifest gegen die Landtage gebunden glaubte, an der Einberufung des ausserordentlichen Reichstags festhielt, von dem die Nichtannahme des Ausgleichs zu erwarten stand.

Was ich in dem mit Allerhöchster Genehmigung an die k. k. Missionen erlassenen Antrittscirkulare erklärte, war die Wahrheit, dass ich nämlich weder Neigungen noch Abneigungen aus meiner Vergangenheit in meine neue Stellung hinübernehme. Mein einziges Programm musste sein und war, den Vortheil Oesterreichs wahrzunehmen, wo ich ihn erkennen würde.

Dieser objektiven Auffassung gemäss wurde auch von mir gehandelt und man fand in Berlin keine Veranlassung, über mich zu klagen. Ich verwendete mich dafür, dass die aufgehobenen Regiments-Inhaberschaften wieder hergestellt wurden, ich leitete sofort die Verhandlungen wegen Erneuerung des durch den Krieg aufgehobenen Handelsvertrages ein und wusste der Entgegnung auf die Verlautbarung der süddeutschen Militärverträge, welche nichts Anderes waren als eine antizipirte Verletzung des Prager Friedens, eine Form zu verleihen, welche der Würde nichts vergab, aber den freundlichen Beziehungen zu Preussen volle Rechnung trug. Unserer Haltung und Vermittlung in der Luxemburger Frage wurde in Berlin dankende Anerkennung gezollt. Was damit geerntet wurde, war die Pester Depesche des Baron Werther, die dadurch zu unserer Kenntnis kam,

dass das Berliner Kabinet deren Abschriften an seine Gesandtschaften hatte gelangen lassen, wodurch die offizielle Ableugnung der Depesche jeden Werth verlor. Die Wiener Presse verlangte laut die Abberufung Baron Werther's. Ich widerrieth jeden darauf bezüglichen Schritt.

Die Frage wird vielleicht nahegelegt, warum man auf halbem Wege stehen geblieben, ob nicht das von Frankreich noch bedrohte Preussen damals vortheilhaft zu gewinnen gewesen wäre, nachdem das siegreiche Preussen sich Oesterreich so leicht angeschlossen hat?

Ich will nicht auf die eben erwähnte Erfahrung der Wertherschen Depesche hinweisen, deren Bedeutung in gleichzeitigen Berichterstattungen des Grafen Wimpffen eher eine Verstärkung als eine Abschwächung fand; ich will vielmehr in Kürze dasjenige resumiren, was über diese Frage in einem Vortrage gesagt wurde, den ich Seiner Majestät kurz vor dem Zusammentritt der Delegationen im Jahre 1871 unterbreitete.

Wenn der aufrichtige Wunsch und das zweifellose Bedürfnis, dem Reiche die Fortdauer des Friedens möglichst lange zu erhalten, es thunlich machten, die Erinnerungen des kaum verflossenen Jahres 1866 durch freundlichen Verkehr zu verwischen, so hätte es dagegen einer Ueberwindung sehr begreiflicher und achtungswerther Gefühle bedurft, um einen Schritt in der eben angedeuteten Richtung weiter zu thun. Zu dieser Ueberwindung würde Seine Majestät sich dann allein entschlossen haben, wenn die politische Situation und das Interesse des Reichs einen solchen Weg vorgezeichnet hätten. Allein in diesem Fall befanden wir uns ja eben nicht. Die im ersten Rothbuch enthaltene, die Mission des Grafen Tauffkirchen betreffende Depesche dürfte die damalige Lage und die daraus erwachsende Unmöglichkeit einer Verständigung ziemlich zutreffend in den Worten gekennzeichnet haben, dass wir im glücklichen Fall gemeinsamen Sieges als Beutetheil ein Exemplar des Prager Friedens zu erwarten hätten.

In der That galt es den durch den Prager Frieden (freilich in Folge der vor Oesterreich geheimgehaltenen Militärverträge nur ostensibel) noch selbstständig gebliebenen Süden von Deutschland an Preussen zu überantworten, ein Beginnen welches damals selbst unter einem grossen Theil unserer deutschen Bevölkerung mehr als Erstaunen hervorgerufen hätte, und zwar ohne andere mögliche Gegenleistung als einen unsicheren Wechsel auf lange Sicht für den Orient, während wir die einzige Macht, die uns dort damals wirksam unterstützen konnte, nämlich Frankreich, uns zum unversöhnlichen Feinde machten.

In den Akten des Ministeriums des Aeussern muss sich aus der Zeit der Luxemburger Verwicklung im Frühjahre 1867 eine Depesche an Fürst Metternich finden, worin eine vom Herzog von Gramont mitgetheilte Depesche beantwortet wird. Letztere bot uns die Allianz unter Offerirung von Süddeutschland oder Schlesien in ziemlich gelungener Weise an. In der Erwiderung machte ich darauf aufmerksam, dass der Kaiser mit zehn Millionen deutscher Unterthanen nicht wohl eine Allianz zu dem Zwecke einer Verminderung deutschen Landes schliessen könne. Ob ich in demselben Schriftstücke dem Gedanken Ausdruck gegeben habe, den ich — der Herzog von Gramont spielt selbst in seiner Antwort im Januar 1873 darauf an — gegen letzteren mehrmals entwickelt habe, ist mir nicht genau erinnerlich, wohl aber der Gedanke selbst. Es konnte nicht unsere Aufgabe sein, Deutschland anzugreifen, aber eben so wenig unser Beruf, es zu schützen. Das Feld, wohin unsere Interessen hinwiesen und wo alle der Monarchie angehörigen Stämme ohne Abneigung kämpfen konnten, war der Orient. Eine Verständigung mit Russland war zu Anfang 1867 durch eine Revision des Pariser Vertrages versucht, aber, in Folge des Mangels allen Verständnisses dafür in Paris, fehlgeschlagen und die zu jener Zeit in Fluss gekommene panslavistische Bewegung (Moskauer Ausstellung) brachte Russland mit jedem Tage tiefer in eine Oesterreich mehr als unfreundliche Stellung. Die Situation gestaltete sich aber in Folge dessen so, dass wir im Orient Russland als Gegner uns gegenüber sahen und daher trachten mussten, dort Hand in Hand mit Frankreich zu gehen. Bei der Passivität Englands konnte dies unter Umständen zu einem Konflikt zwischen Oesterreich und Frankreich gegen Russland führen, und wenn dann Preussen in den Fall kam, auf russische Seite zu treten, dann konnte ein französischer Krieg gegen Deutschland ein solcher werden, in den wir ohne alle innere Schwierigkeiten hätten eintreten können. Dies hat der Kaiser Napoleon nie begriffen und in unglaublicher Verblendung immer Russland von Preussen zu trennen gehofft. In den Korrespondenzen des Fürsten Metternich wird man diesen ihm so verderblichen rothen Faden bis in den Juli 1870 hinein fortgesponnen finden.

Die Beziehungen zu Frankreich hatten noch vor Ende 1866 durch den raschen Abschluss eines Handelsvertrages eine äusserlich sehr freundliche Gestalt gewonnen und an den beiden Höfen hatten die beiderseitigen Botschafter die beste Stellung. Als einen ersten Versuch zu einer Allianz hat man sich gewöhnt, die Salzburger Entrevue

von 1867 zu betrachten, was wiederum eine unbegründete Voraussetzung war.

Das tragische Ende des Kaisers Maximilian drohte einen tiefen Riss in die Beziehungen zu Frankreich zu bringen. Ich erlaubte mir den Rath, auch hier die Politik den Gefühlen vorausgehen zu lassen und für das Verfahren des Kaisers Napoleon, indem seine Truppen Mexiko räumten, weil die Aufnahme eines Krieges mit den Vereinigten Staaten für ihn eine Unmöglichkeit war, eine nicht ganz abzuweisende Entschuldigung in den Vorgängen des Jahres 1866 zu finden, wo Oesterreich selbst in ähnlicher Lage nicht anders handeln konnte, als je geschah. Ich war daher entschieden dafür, dass Seine Majestät der Kaiser die beschlossene Reise zur Pariser Ausstellung nicht aufgebe; jedoch erschien es mir unerlässlich, dass es in der Gestalt eines Gegenbesuches geschehe. Fürst Metternich vermittelte den Besuch in Salzburg, und so hatte unser erhabener Monarch wenigstens die Genugthuung, der einzige europäische Souverän zu sein, der nicht ohne zuvor den Besuch des französischen Herrschers empfangen zu haben, die Reise nach Paris unternahm [1]).

Eure Excellenz waren bei der Salzburger Entrevue gegenwärtig, und werden selbst gewiss bei der immer wiederkehrenden Schilderung gelächelt haben, wonach Sie gewissermassen mich am Rockschoss halten mussten, damit ich mich nicht blindlings in die französische Allianz stürze. Ich kann eben so wenig für mich das Verdienst besonderer Vorsicht und Sprödigkeit in Anspruch nehmen; der Kaiser Napoleon und ich standen, wenigstens in den Unterredungen, die wir pflogen, uns gegenüber wie zwei Reiter, von denen jeder fürchtet, der andere werde ihm vorschlagen, über einen tiefen Graben zu setzen. Während der Kaiser ein vier Bogen langes Mémoire des Herzogs von Gramont zurückwies und als der Letztere replicirte: „*Mais il faudra le conserver*“ ihn mit den Worten beschied: „*Non, il faut le brûler,*“ ging derselbe ohne Zögern auf meine Gedanken ein und billigte eine entsprechende Aufzeichnung, welche die Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers unseres allergnädigsten Herrn fand und von der Eure Excellenz auch damals in Ihrer Wohnung „im Schiff“ Einsicht genommen haben.

[1]) Die Königin von England, welche ebenfalls zuerst den französischen Besuch erhielt, kann als Dame nicht gleichgestellt werden. Der Prinzregent, dann König von Preussen dagegen hatte, bevor er nach Compiègne und Paris ging, eine Begegnung mit Kaiser Napoleon in Baden, also nicht auf eigenem Gebiete.

Darnach hatte man sich darüber geeinigt, dass um den durch den Prager Frieden geschaffenen *Status quo* zu erhalten, Oesterreich nichts Besseres zu thun habe, als seine verfassungsmässigen Zustände im Geiste eines konservativen Liberalismus zu entwickeln, während Frankreich dagegen jeden Anschein einer Einmischung in die deutschen Angelegenheiten und namentlich jede Bedrohung sorgfältig vermeiden müsse. Der übrige Theil galt der damals brennenden kretensischen Frage und möglichen Eventualitäten in Rumänien.

Der Besuch in Paris war eine lange Reihe von Huldigungen für unseren erhabenen Monarchen, und wir erreichten das, was wir allein wollten, nämlich dass Frankreich, welches in der kretensischen Angelegenheit, entgegen den Salzburger Verabredungen, sich einer Kollektiv-Erklärung von Russland, Preussen und Italien angeschlossen hatte, davon wieder zurück auf unsere und Englands Seite trat. Ein an die k. k. Missionen erlassenes Cirkular beruhigte über mögliche Konsequenzen des Pariser Besuches.

Das Jahr 1868 brachte auf der einen Seite Verstimmungen mit Preussen und auf der anderen accentuirtere Suggestionen Frankreichs.

Zu den ersteren gehören die Affaire der hannoveranischen Pässe, in welcher das Berliner Kabinet eine offenbar rein persönliche Ungeschicklichkeit des damaligen Polizeidirektors Strobach, der den Hietzinger Hof als massgebende Autorität behandelt hatte, in sehr übelwollender Weise zu einer Staatsaktion hinaufschraubte, und dann die Verlautbarung der Usedom'schen „Stoss-ins-Herz-Depesche", welche ich ignorirt hatte, und worüber sehr ungeschickterweise eine interpretirende Depesche von Berlin kam, die mir Veranlassung gab, dem Baron Werther zu sagen: „Wenn ich höre, dass Sie über mich einen schlechten Propos gehalten haben, so kann ich das ignoriren; wenn Sie aber kommen, mir zu sagen, dass es in guter Absicht geschah, so ist das eine Beleidigung, denn Sie halten mich für so dumm, es zu glauben." Dieser Anschauung hat auch eine Depesche Ausdruck gegeben, die nicht im Rothbuch erschien, welche aber, ich weiss nicht wie, theilweise in das „Mémorial diplomatique" ihren Weg fand. Allein das den Delegationen in Pest im November 1868 vorgelegte Rothbuch wurde die Zielscheibe einer ganzen Batterie preussischer Pressorgane sehr ohne hinreichenden Grund, aber in solcher Weise, dass ich den Grafen Wimpffen veranlassen musste, lieber den Grafen Bismarck nicht aufzusuchen und unerquicklichen Erörterungen aus dem Wege zu gehen, als Dinge anzuhören, die er nicht hätte anhören können, welche Weisung später als Feindseligkeit ausgebeutet wurde. Ich will mich

bei diesem unliebsamen Zwischenfall nicht aufhalten und nur daran erinnern, dass im gegenseitigen Einverständnis im August 1869 der Krieg zwischen offiziellen und offiziösen Federn eingestellt wurde, worauf meine Aufwartung bei der Königin Augusta in Baden und der Besuch des Kronprinzen von Preussen in Wien sowie der Gegenbesuch des durchlauchtigen Erzherzogs Karl Ludwig in Berlin folgte. Seitdem kam keine weitere Irrung vor.

Es war während meines Aufenthaltes in Gastein im Juli 1868, als ich von Fürst Metternich ziemlich unverständliche Andeutungen über Vorschläge des Kaisers Napoleon erhielt. Da unser Botschafter ohnedies auf dem Punkte war, sich in Urlaub nach Johannisberg zu begeben, veranlasste ich ihn zu einem Rendez-vous in Salzburg, woselbst er mir den Gedanken des Kaisers Napoleon ausführlich entwickelte, welcher im wesentlichen dahin ging, dass wir gemeinschaftlich eine Art Interpellation an Preussen wegen der in der letzten Zeit immer mehr hervorgetretenen Versuche einer Ueberschreitung der Mainlinie richten sollten. (Möglicherweise ist dies der Ursprung der immer wieder auftauchenden Behauptung von einem im Jahre 1870 an Preussen zu richten gewesenen „Ultimatum“ wegen Aufrechterhaltung des Prager Friedens.) Es war mir nicht schwer, in einer Aufzeichnung, die sich bei den Akten befinden muss, nachzuweisen, dass das vorgeschlagene Verfahren das beste Mittel sein würde, der Ueberschreitung der Mainlinie in Süddeutschland Anhänger zu gewinnen. Dagegen machte ich dem Kaiser Napoleon einen andern Vorschlag. Er solle, sagte ich, in irgend einer Form Folgendes manifestieren: „Er, der Kaiser Napoleon, habe den Prager Frieden, obschon dieser allen traditionellen französischen Interessen zuwider sei, aufrichtig acceptirt, ja sogar dazu mitgewirkt. Er sei jetzt im Begriff — damals lebte noch, was wichtig ist zu konstatieren, Marschall Niel — seiner Armee eine neue und verstärkte Organisation zu geben. Es sei offenbar das Interesse und der Wunsch der Bevölkerungen, eine Herabminderung der auf sie drückenden Militärlast zu erreichen. Er seinerseits wolle gern darin das Beispiel geben, sobald nur eine befriedigende Erklärung der preussischen Regierung über die Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Prager Friedens ihn dazu in den Stand setze.“ Mit einer solchen Kundgebung, die leicht in die vortheilhafteste diplomatische Form gekleidet werden konnte, machte sich der Kaiser Napoleon in Frankreich wie in Europa eine vortreffliche Stellung und brachte die preussische Regierung in die Alternative, entweder eine Erklärung abzugeben, die sie nicht abgeben konnte noch wollte, oder die Agitation

gegen das Militärbudget heraufzubeschwören. Wie alle guten Rathschläge, blieb aber auch dieser unbeachtet, und Kaiser Napoleon hielt sich für den Klügeren, indem er meinte: *„Avec le système de la Landwehr c'était faire un marché de dupe.“* Bald darauf kamen nun die ersten Anläufe zu dem *Echange d'idées et de mémoires* über ein französisch-österreichisch-italienisches Bündnis, der ein ganzes Jahr währte und mit den kaiserlichen Briefen vom September 1869 seinen Abschluss fand, und bei welchem Rouher auf der einen, ich auf der anderen Seite die sprechenden Personen, Fürst Metternich, Graf Vitzthum und Graf Vimercati die Zwischenträger waren, während auf besonderen Wunsch des Kaisers der Herzog von Gramont gänzlich in Unkenntnis erhalten blieb, und nur im letzten Moment Marquis Lavalette und Fürst de la Tour d'Auvergne eingeweiht wurden.

Es liegt dieser Schriftenwechsel Eurer Excellenz vor und ich erlaube mir nur einige Anmerkungen, theils um zu sagen, warum und wie ich auf diese Verhandlungen einging und was diesseits bei denselben vorzüglich im Auge behalten wurde.

Diese Verhandlung stellte insofern von Hause aus kein namhaftes positives Resultat in Aussicht, als kein greifbares Objekt des Bündnisses existirte; allein negativ war sie von grossem Werth. Die Gefahr, die uns bei dem uns bekannten Charakter und den Uebungen des Kaisers Napoleon vorschweben musste, war eine doppelte, dass er sich auf unsere Kosten in eine Verhandlung mit Preussen einlassen, und dass er zu unserem Schaden einen Krieg mit Preussen überstürzen werde. Wie sehr die erstere Befürchtung begründet gewesen, beweist die seitdem bekannt gewordene Verhandlung wegen Belgien, die zweite hat der Krieg von 1870 in dem stärksten Masse verwirklicht. Die erstere Gefahr wurde durch den Brief des Kaisers Napoleon entfernt, die zweite nicht; sie wäre es aber gewesen, wenn die beabsichtigte Vereinbarung ratifizirt wurde, dass nämlich in allen Fragen gemeinsame diplomatische Aktion einzutreten habe. Es ist gewiss keine Ueberhebung, zu behaupten, dass solchenfalls wir den Krieg von 1870 zu verhindern gewusst hätten.

Es gibt vielleicht kein schlagenderes Zeugnis dafür, dass man schon 1869 an den Krieg in Frankreich dachte, als das von dem Kaiser Napoleon selbst beliebte Abbrechen jener Verhandlung und deren Abschluss durch den kaiserlichen Brief, der für den Angriff eines Krieges freie Hand liess, während durch das beabsichtigte Abkommen diese Freiheit beschränkt und gleichwohl Oesterreich die Füglichkeit der Neutralitätserklärung vorbehalten war. Fest steht

aber, was ich kurz in meinem Schreiben vom 20. d. M. hervorhob, dass irgend ein Uebereinkommen ausser dem in den kaiserlichen Briefen enthaltenen Verzicht auf Unterhandlung mit dritten Mächten nicht zu Stande kam, und dass zwar der Entwurf einer von den drei Monarchen allein zu unterzeichnenden Erklärung vorgelegen hat, allein von keinem der drei Monarchen unterzeichnet worden ist.

So kam denn wie mit Blitzesschnelle der hohenzollernsche Konflikt. Vergeblich sprachen wir, gleich anderen Mächten, beschwichtigend und mässigend in Paris, Madrid und Berlin. Telegramme und Depeschen können es bezeugen, wie dringend wir in Paris vom Krieg abriethen. Privatbriefe von meiner Seite riethen vergeblich, sich jeden Schrittes gegen Preussen zu enthalten, sondern sich nur gegen den Prätendenten und die spanische Regierung zu wenden und eine Intervention Preussens abzuwarten; vergeblich war der dringende Rath, die Renunziation des Prinzen als diplomatischen Sieg auszunutzen. Herzog von Gramont hat nicht beweisen können und wird nicht beweisen können, dass vor der Kriegserklärung ein Wort gesagt oder geschrieben wurde, das Frankreich hätte berechtigen oder nur verleiten können zu glauben, es könne auf die bewaffnete Unterstützung Oesterreichs rechnen.

Als der Krieg einmal erklärt war, dann erst sind zwar keine bindenden Zusicherungen, wohl aber freundliche Kundgebungen nach Paris gegangen. Die französische Regierung zu entmuthigen, konnte ihr nichts mehr helfen, uns aber sehr viel schaden. Heute ist es leicht darüber abzusprechen, damals aber vermochte das niemand. Ich erinnere daran, wie die preussische Regierung selbst Sorge trug, durch die Presse auf die Wahrscheinlichkeit anfänglicher Niederlagen aufmerksam zu machen. Die Geneigtheit des Kaisers Napoleon zu einem möglichst raschen Friedensschluss war uns bekannt; dass dieser auf unsere Unkosten geschlossen worden wäre — denn unter den damaligen Umständen wäre schon die Ueberantwortung des südlichen Deutschlands eine Niederlage für Oesterreich gewesen — ist gewiss, und welche Worte hätte man für den österreichischen Minister gehabt, der diesen Ausgang nicht vorhergesehen hätte? Dass bei dem damaligen Drange der Ereignisse in den betreffenden Schriftstücken, theilweise in Folge persönlichen Uebereifers der Konzipienten, manches nicht genug abgewogene Wort übersehen wurde [1]), darf ich nicht leugnen, aber

[1]) Dahin gehört das vielfach ausgebeutete Wort *„fidèles à nos engagements“*, womit die in den kaiserlichen zwei Schreiben enthaltene Zusicherung, mit keiner dritten Macht in Verhandlung treten zu wollen, gemeint war.

es sind eben nur Worte, nicht Gedanken und Thaten, an welche der Gramont'sche Schwindel und die journalistische Hetze sich hängen. Ich nenne ohne Scheu das ganze Vorgehen Gramont's Schwindel, denn was ihn allein vor Mit- und Nachwelt entschuldigen könnte, nämlich dass er vor der Kriegserklärung eine Allianz hatte, kann er nie behaupten und noch weniger beweisen, und die angeblich aus den späteren Mittheilungen geschöpfte Ueberzeugung, dass er auf österreichische bewaffnete Unterstützung rechnen durfte, zieht ihm nur den neuen Vorwurf zu, dass er bei solchen Dispositionen es zu keiner Allianz hatte bringen können.

Genehmigen etc.

XXXIII. Kapitel.

1870—1871.

Der deutsch-französische Krieg. — Oesterreich-Ungarns Stellung zu demselben.

Bei der Beurtheilung dessen, was Seitens Oesterreich-Ungarns damals geschah, ist in Presse und Zeitschriften sowohl als Geschichtswerken ein einseitiger und oberflächlicher Standpunkt nur zu oft zur Geltung gekommen. Ich will dabei die mir persönlich abgeneigten und feindseligen Stimmen bei Seite lassen, bei denen die Erscheinung bemerkenswerth war, dass während des Jahres 1871 in dem Zeitraum, wo die entgegenkommende deutsche Depesche eine gleich befriedigende Erwiderung gefunden hatte und die kordialen Korrespondenzen in den persönlichen Begegnungen in Gastein und Salzburg demonstrative Bekräftigung erhielten, jene übelwollenden Stimmen sich zum Schweigen verurtheilten und erst dann zum Wort gelangten, als ich aufgehört hatte, erster Minister zu sein. Auch da, wo Gehässigkeit oder Voreingenommenheit, sei es gegen meine Person oder meine Politik, nicht im Spiel waren, knüpften die abfälligen Kritiken fast immer an vereinzelte Wahrnehmungen an, die zumeist in den sogenannten Enthüllungen ihre Begründung suchten.

Eine solche Beurtheilung ist aber eine sehr lückenhafte und vôreilige. Jeder, der sich über den Parteistandpunkt stellt, wird mir Recht geben, wenn ich behaupte, dass die Haltung, welche eine Macht gegenüber einem zwischen zwei anderen Mächten ausbrechenden Kriege einnimmt, dessen nächstes Objekt nicht in ihre eigene Interessensphäre fällt — was offenbar bei einer spanischen Thronkandidatur für Oesterreich nicht der Fall sein konnte — der Rücksichten sich nicht entschlagen kann, welche ihre bisherigen Beziehungen zu einer jeden der kriegführenden Mächte bedingen. Wie waren nun diese Beziehungen im gegebenen Fall beschaffen? Es ist in dem, was ich gesagt habe, ausgesprochen und es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass zwischen uns und Frankreich eine antipreussische Abmachung nicht bestand, und dass unsererseits an ein entsprechendes Unternehmen gegen Preussen eben so wenig gedacht wurde. Andererseits jedoch haben meine Aufzeichnungen wiederholt daran erinnert, dass Preussen uns in Deutschland nichts zu bieten hatte und wir im Orient Russlands wegen nichts von ihm zù hoffen hatten, während dort Frankreich für uns von Wichtigkeit war. Dass ein Uebergreifen Russlands, abgesehen von den nationalen Agitationen zwischen Adriatischem und Schwarzem Meer, in Sicht stand, haben die Ereignisse bewiesen. Fürst Gortschakow, der von der Zeit seiner Wiener Mission her ein geschworener Feind Oesterreichs geblieben war, das ihm — ich bekenne diese unwillkürliche Schuld — durch meine Berufung nicht lieber wurde, hatte es nie aufgegeben, mit Oesterreich wieder anzubinden. Dass er die von Wien aus Anfang 1867 freiwillig dargebotene Aufhebung der maritimen Beschränkung Russlands im Schwarzen Meer frostig aufnahm, war ein bedeutsamer Fingerzeig. Er zog es vor, diesen Vortheil durch völkerrechtswidriges Zerreissen eines bestehenden Vertrages zu erreichen. Gewiss aber war das nur ein erster Schritt, um den zweiten nach der Donaumündung zu thun.

Bei solchem Stand der Dinge konnte beim Ausbruch des Konfliktes — vom Ausbruch des Krieges ist noch nicht die Rede —

die Haltung Oesterreichs eine für Frankreich kalte unmöglich sein, und hiezu kam noch die Betrachtung, welcher Theil — ich spreche immer vom Konflikt, nicht vom Krieg — der angreifende und welcher der verletzte war? Heute denkt niemand mehr daran, aber zu jener Zeit konnte ein unbefangenes Urtheil nur gegen Preussen ausfallen.

Konnte Preussen, konnte Deutschland ein denkbares Interesse an der Besetzung des spanischen Thrones durch einen deutschen Prinzen haben? Niemand wird dies zu behaupten wagen, weder materielle Vortheile noch nationale Regungen waren im Spiel. Anders stand die Sache für Frankreich. Dort war Spanien und die spanische Krone traditionell eine *corde sensible.* Nach Ludwig's XIV. Erbfolgekrieg und seinem *„Il n'y a plus de Pyrénées"* erschöpfte sich Napoleon in spanischen Kriegen, machte Ludwig Philipp die spanischen Heirathen. In Berlin konnte man das nicht übersehen und indem man sich mit Prim einliess, musste man wissen, dass damit nur die eine oder die andere Deutung die Folge sein könne. Entweder Missachtung des französischen Nationalgefühls, oder Versuch, sich für einen Krieg mit Frankreich einen Bundesgenossen in dessen Rücken zu schaffen. In der einen wie in der anderen Richtung lag die Provokation. Man hat denn auch in Berlin dieser naheliegenden Auffassung, nur etwas spät, mit der Renunziation des Prinzen Leopold Rechnung getragen.

Dass man in Frankreich mit dem an den König Wilhelm gestellten Ansinnen eines Verzichtes und der Kriegserklärung die gute Rolle mit der schlechten vertauschte, gehört auf ein anderes Blatt, welches den späteren Ereignissen vorbehalten bleibt. Ursprünglich aber war auch weithin die allgemeine Stimmung in Europa Frankreich sympathischer als Preussen, wofür man auch in den damaligen Wiener Blättern mehrfach Bestätigung finden wird.

Es ist müssig, darüber zu streiten, auf welcher Seite die Absicht eines Krieges bestanden habe. Man war geneigt, anzunehmen, dass Frankreich den Krieg gewollt, aber schlecht vor-

bereitet, Preussen dagegen ihn nicht gewollt, aber vortrefflich vorbereitet habe. Zweifellos war auf französischer Seite die schlechte Vorbereitung; die Absicht darf insofern angenommen werden, als der Kaiser Napoleon sich den Krieg als eine letzte Karte offen halten wollte — ich erinnere an den Abbruch der Verhandlungen mit uns wegen der ihn genirenden *action diplomatique commune* —, dagegen war er 1870 keineswegs dazu entschlossen, und er wäre ihm ausgewichen, wenn nicht der momentane aber trügerische populäre Elan ihn getrieben hätte. Dass man in Berlin den Krieg vermeiden wollte, wäre nur dann anzunehmen erlaubt gewesen, wenn man von Haus aus die hohenzollernsche Kandidatur von der Hand gewiesen hätte.

Nach dem vorstehend entwickelten Hergang der Dinge bedarf es daher keiner Rechtfertigung, wenn Oesterreich-Ungarns Haltung gegenüber dem preussisch-französischen Konflikt nicht von Haus aus eine Frankreich feindliche war.

In Berlin sowohl wie in Madrid bemühten wir uns eifrig für die Beseitigung der hohenzollernschen Kandidatur. War aber unsere Haltung, wie sie nicht anders sein konnte, eine für Frankreich wohlwollende, so war darum unsere Sprache ihm gegenüber keineswegs eine zum Krieg ermunternde. Den besten Beleg dafür liefert die gelegentlich meiner Korrespondenz mit dem Herzog von Gramont im Jahre 1873 bekannt gewordene Depesche, die wohl verdient, nochmals gelesen zu werden. Sie folgt nachstehend:

Copie d'une dépêche au prince de Metternich à Paris, en date Vienne, le 11 juillet 1870.

Ma lettre du 9 vous a déjà indiqué quel est notre point de vue dans la question espagnole et le langage que vous avez à tenir à Paris. La gravité toujours croissante de la situation me fait un devoir de revenir encore aujourd'hui sur ce sujet, afin de bien préciser ma pensée et de vous mettre à même de l'interpréter.

La seule communication officielle que m'ait fait le chargé d'affaires de France est celle dont parle ma dépêche ostensible de ce jour. Je dois rendre au Duc de Gramont la justice qu'il ne réclame de nous dans cette pièce qu'un concours diplomatique sur lequel il peut entièrement compter et dont nous lui avons déjà donné des temoignages.

Mais, après s'être acquitté de cette communication, le Marquis de Cazaux a ajouté que, par suite de lettres particulières qu'il avait reçues du Duc de Gramont, il se croyait autorisé à m'entretenir „académiquement“ de la question de guerre. „Notez bien,“ a-t-il dit, „qu'à cet égard je n'ai pas à vous parler au nom de mon Gouvernement.“

Malgré ce préambule, j'ai vu clairement que M. de Cazaux était chargé de sonder le terrain et de s'assurer si notre concours n'irait pas au-delà d'une action diplomatique dans le cas où la guerre viendrait à éclater entre la France et la Prusse. Les insinuations de M. de Cazaux trouvent d'ailleurs leur commentaire dans le langage moins ambigu qui vous a été tenu par M. Ollivier, aussi bien que par le Duc de Gramont.

Il est important qu'il n'y ait point de malentendu sur ce point entre nous et le Gouvernement français.

Je tiens surtout à ce que l'Empereur Napoléon et ses ministres ne se fassent pas l'illusion de croire qu'ils peuvent nous entraîner simplement à leur gré au-delà de ce que nous avons promis et au-delà de la limite qui nous est tracée par nos intérêts vitaux aussi bien que par notre situation matérielle.

Parler avec assurance, ainsi que l'aurait fait, selon vos rapports, le Duc de Gramont dans le conseil des ministres, du corps d'observation que nous placerions en Bohême, c'est pour le moins s'avancer bien hardiment. Rien n'autorise le Duc à compter sur une mesure pareille de notre part, et la loyauté nous impose le devoir de ne pas laisser le Gouvernement français faire entrer cette combinaison dans ses calculs.

Le seul engagement que nous avons contracté réciproquement consiste à ne pas nous entendre avec une puissance tierce à l'insu l'un de l'autre. Cet engagement, nous le tiendrons scrupuleusement, ainsi que je vous le disais dans ma lettre du 9, et la France peut, par conséquence, être parfaitement sûre que nous ne nouerons derrière son dos aucune négociation avec la Prusse ni avec une autre puissance, ce qui est pour elle, en cas de guerre, une garantie importante de sécurité. Nous nous déclarons en outre hautement les sincères amis de la France, et le concours de notre action diplomatique lui est

entièrement acquis. C'est là un second point qui n'est pas à dédaigner, mais c'est à cela seul que se bornent nos engagements positifs.

Le cas de guerre a bien été discuté dans des pourparlers. Toutefois, rien n'a été arrêté, et même si on voulait donner une valeur plus réelle aux projets restés à l'état d'ébauche et qui, ne l'oublions pas, avaient pour but déclaré non les préparatifs d'une guerre, mais le maintien de la paix, ainsi qu'aux observations échangées, on ne saurait en tirer la conséquence que nous serions tenus à une démonstration armée, dès qu'il convient à la France de nous le demander. Je n'ai pas besoin de vous rappeller qu'en examinant les éventualités de guerre nous avons toujours déclaré que nous nous engagerions volontiers à entrer activement en scène si la Russie prenait le parti de la Prusse, mais que si celle-ci seule était en guerre avec la France, nous nous réservions le droit de rester neutres.

J'admettais bien et j'admets encore que telles circonstances peuvent se présenter où notre intérêt même nous commanderait de sortir d'une attitude de stricte neutralité, mais je me suis toujours positivement refusé à contracter, sous ce rapport, un engagement. J'ai revendiqué alors, comme je revendique maintenant, une entière liberté d'action pour l'empire austro-hongrois, et si j'ai maintenu avec fermeté ce point quand il s'agissait de signer un traité d'alliance, je dois moins que jamais me considérer comme ayant les mains liées aujourd'hui où un traité n'a pas été conclu.

Cette argumentation me paraît claire et irréfutable. Je ne concevrais pas que l'Empereur Napoléon ou le Duc de Gramont pût interpréter autrement ce qui s'est dit alors et nous regarder comme engagés à une démonstration armée.

Je vais d'ailleurs plus loin et je dirai que même, si nous avions promis un concours matériel en cas de guerre entre la France et la Prusse, ce n'aurait jamais été que comme le corollaire d'une politique suivie d'un commun accord. Jamais nous n'aurions songé et aucun Etat ne songerait jamais à se mettre vis-à-vis d'un autre dans une situation de dépendance telle qu'il dût prendre les armes uniquement selon le bon plaisir de l'autre. L'Empereur Napoléon nous a promis de venir à notre secours si nous étions attaqués par la Prusse, mais sans doute il ne se croit pas obligé d'emboîter le pas derrière nous s'il nous prend fantaisie de déclarer la guerre à la Prusse sans son assentiment.

Mais la France, alléguera-t-on, n'est pas, dans la circonstance actuelle, l'agresseur. C'est la Prusse qui provoque la guerre, si elle ne retire pas la candidature du Prince de Hohenzollern.

Ceci est un point qui est indispensable d'examiner. Je veux m'expliquer à cet égard avec une entière sincérité et en véritable ami de la France.

Dans tous nos pourparlers confidentiels avec le Gouvernement français nous avons toujours pris pour point de départ que nous voulions avant tout le maintien de la paix, et que nous n'aurions recours à la guerre que si elle était necessaire. L'est-elle dans le cas présent? Elle le deviendra peut-être, mais assurément ce sera dû en grande partie à l'attitude prise dès le principe par la France, car la candidature du Prince de Hohenzollern n'était pas un fait de nature à mener par lui-même à cette conséquance.

Que la France ne fût pas restée indifférente à cet incident, rien de plus juste. Qu'elle y vît d'abord un manque de procédé à son égard et par conséquent une atteinte à sa dignité, rien de plus naturel. Qu'elle déclare ses intérêts menacés par l'avénement d'un Prince prussien au trône d'Espagne, c'est encore là un fait contre lequel il n'y aurait rien à redire. Il y avait en ceci l'occasion d'engager une campagne diplomatique où la France avait la partie fort belle, où la Prusse et l'Espagne étaient évidemment dans leur tort et où l'Europe aurait été toute disposée à se mettre du côté de la France et à exercer sur les deux autres puissances une pression qui aurait eu pour résultat soit de donner pacifiquement une ample satisfaction aux intérêts français, soit d'assurer au Gouvernement français un grand ascendant moral si, cette satisfaction lui étant refusée, il était contraint à prendre les armes.

Il aurait fallu exposer à l'Espagne dans un langage ferme mais mesuré quelles étaient les exigences évidentes de l'intérêt de la France. Des déclarations analogues auraient été données aux cabinets étrangers et ceux-ci se seraient certainement empressés d'offrir à la France un concours actif pour détourner cette cause de complication.

La Prusse, sans être prise directement à partir par la France. aurait probablement cédé, et la France aurait eu tout l'honneur et le profit de cette campagne. Si, contrairement à toute attente, la Prusse persistait à ne pas faire retirer au Prince de Hohenzollern sa candidature, malgré les conseils de l'Europe, la guerre s'ouvrait dans les conditions morales les plus favorables à la France.

Le Gouvernement français ne s'est pas conformé, dès le début, au plan que je viens d'esquisser. Ses premières manifestations ne portent pas le caractère d'une action diplomatique; elles sont bien

plutôt une véritable déclaration de guerre adressée à la Prusse en des termes qui jettent l'émotion dans toute l'Europe et lui font croire aisément au dessin prémédité d'amener la guerre à tout prix.

Le langage public des ministres français, suivi de préparatifs de guerre immédiats, rend la retraite difficile aux Prussiens aussi bien qu'aux Espagnols, et ne facilite pas aux cabinets la tâche de s'interposer en faveur des intérêts français. Nous aimons encore à espérer que l'affaire pourra entrer dans une voie plus conforme au point de vue diplomatique, et que la France n'en obtiendra pas moins un succès éclatant.

Cependant les apparences indiquent un peu trop clairement qu'il y a désir, de la part de la France, de chercher querelle aux Prussiens et de tirer parti dans ce but du premier prétexte qui se présente. Les détails que me donnent vos rapports ne peuvent que confirmer cette appréciation, et j'avoue franchement que je vois dans la manière dont cette affaire a été entamée à Paris un motif sérieux pour ne pas sortir d'une certaine réserve.

En effet, si c'est simplement avec passion qu'on aborde à Paris de cette façon la question de la candidature Hohenzollern, cette conduite n'est pas de nature à nous inspirer de la confiance dans l'avenir et à nous donner le désir de nous embarquer sous de pareils auspices. Si ce n'est pas entraînement, il y a donc dessein préconcerté de provoquer la guerre, et ceci est contraire à tout ce dont nous étions convenus. Dans ce cas, je comprendrais encore moins que l'on comptât sur notre concours.

On trouvera peut-être à Paris ce langage sévère, mais je le crois dicté par une sincère amitié pour la France, aussi bien que par ma sollicitude pour les intérêts qui me sont confiés. Précisez bien, comme je l'ai fait, la portée de nos engagements; assurez que nous les tiendrons, mais ne cachez pas que nous nous sentons d'autant moins portés à les dépasser que nous ne pouvons approuver la précipitation avec laquelle on pose, sans nécessité évidente et en nous prévenant si peu, la question de guerre.

D'ailleurs en dehors de ces considérations politiques, il y a des raisons matérielles qui ne nous permettaient pas de prendre une attitude belliqueuse. Le Duc de Gramont nous a vu de trop près pour s'y tromper. Même si nous le voulions, nous ne pourrions pas mettre aussi subitement sur pied des forces respectables.

Les sacrifices et les efforts que cela exigerait sont tels qu'il

faudrait, pour les imposer au pays, des motifs bien autrement pressants que ceux qu'on pourrait invoquer aujourd'hui.

Nous n'avons jamais dissimulé le besoin impérieux que nous avons de la paix. Si la France trouve l'occasion actuelle favorable pour entrer en campagne, si elle se sent en mesure de déployer dès-à-présent toutes ses forces, nous ne pouvons en dire autant pour notre part. Ce n'est pas du jour au lendemain que nous pouvons passer ainsi à l'action, et l'opinion du pays tout entier se soulèverait contre le gouvernement s'il se jetait tête baissée dans les périls d'une guerre aussi imprévue. Il faudrait, en tous cas, que cette éventualité se présentât comme une existence indispensable de la situation. et personne ne voudrait aujourd'hui admettre chez nous l'existence de cette exigence.

Je ne dis pas que telles éventualités ne puissent se présenter qui nous amènent à intervenir dans une lutte engagée sur une question d'influence entre la France et la Prusse; mais à coup sûr ce n'est pas au début de la lutte qui s'engage aujourd'hui qu'on trouvera l'empire austro-hongrois disposé à y entrer. Une attitude bienveillante pour la France, la résolution de ne pas s'entendre avec une autre puissance, voilà tout ce que le gouvernement de l'Empereur peut promettre aujourd'hui, s'il ne veut pas être démenti par le sentiment général.

Pénétrez-vous bien des considérations que j'expose dans cette lettre. Je m'en remets à vous avec confiance pour les faire valoir auprès de qui de droit. Il ne faut pas qu'on s'abuse sur ce que nous voulons et surtout sur ce que nous pouvons faire. On est en train de s'engager à Paris dans une bien grosse partie. On s'est peut-être déjà trop avancé pour reculer, et, dans ce cas, votre tâche principale doit être de veiller à ce qu'on ne se méprenne pas sur nos intentions qui sont sincèrement amicales pour la France, mais qui restent sans doute au-dessous de ce qu'on espère sans trop de motif.

Nos services sont acquis dans une certaine mesure, mais cette mesure ne sera pas dépassée, à moins que les événements ne nous y portent, et nous ne songeons pas à nous précipiter dans la guerre uniquement parce que cela conviendrait à la France. Faire accepter cette situation à l'Empereur Napoléon et à ses ministres, sans provoquer leur mécontentement, voilà la difficulté qui vous attend et dont je compte sur votre zèle et votre influence personelle pour triompher. Il ne faut pas qu'un accès de mauvaise humeur contre l'Autriche

prépare une de ces évolutions subites auxquelles la France nous a malheureusement un peu trop habitués.

C'est là un écueil dangereux qu'il s'agit d'éviter; faites donc sonner aussi haut que possible la valeur de nos engagements tels qu'ils existent réellement et notre fidélité à les respecter, afin que l'Empereur Napoléon ne s'entende pas tout-à-coup à nos dépens avec une autre puissance, ce que d'ailleurs nous croyons impossible puisque ce serait contraire aux engagements réciproques. Insistez sur la réciprocité en ce qui concerne ce point et ayez en outre les yeux bien ouverts. C'est là ma dernière et ma principale recommandation.

(signé) Beust.

Diese Depesche war bestimmt in das Rothbuch aufgenommen zu werden, welches den Ende 1870 in Pest sich versammelnden Delegationen vorgelegt wurde. Ein begreifliches und gewiss achtungswerthes Gefühl bestimmte mich, im letzten Augenblick die Depesche herauszunehmen. Das geschlagene Frankreich machte damals die letzten Anstrengungen nationaler Vertheidigung und ertrug heldenmüthig die Belagerung von Paris. Die Veröffentlichung der Depesche in diesem Augenblick hatte für die österreichisch-ungarische Regierung, und speziell für das Ministerium des Aeussern, unstreitig hohen Werth, aber war es ritterlich, war es nur recht, ja war es mit dem strengen Begriff von Neutralität vereinbar, solchergestalt für den Besiegten mit einer Anklage, für den Sieger mit einer Rechtfertigung hervorzutreten?

Allerdings habe ich diese edelmüthige Regung theuer bezahlt. Wäre die Depesche Ende 1870 im Rothbuch erschienen, alle französischen Zeitungen, mit Ausnahme der damals verstummenden bonapartistischen Presse, hätten sie nachgedruckt, und der Herzog von Gramont hätte 1873 es gar nicht gewagt, in der Weise aufzutreten, wie er es that, denn jene Aeusserung des Wiener Kabinets wäre den Franzosen noch in frischem Andenken gewesen. In seiner Replik vom Jahre 1873 erklärt Gramont, diese Depesche sei ihm nie gezeigt worden. *(M. l'Ambassadeur d'Autriche ne nous l'a jamais montré.)* Wenn letzteres

im eigentlichen Sinne nicht geschehen sein sollte, wenn Fürst Metternich nicht die Depesche dem Herzog von Gramont in den Händen liess oder nicht vorlegte, so wird das durch einige Stellen erklärlich, namentlich durch die, wo von gewissen inneren Schwierigkeiten und dann von den plötzlichen Evolutionen, an die Frankreich uns gewöhnt habe, die Rede ist. Dass aber Fürst Metternich die Depesche gewissermassen in die Tasche gesteckt und nicht die vorgeschriebene Sprache geführt haben sollte, eine solche Voraussetzung weist die erprobte Pflichttreue und der loyale Sinn des Fürsten Metternich entschieden zurück. Eben jenes Wort „nicht gezeigt“ hat sogar augenfällig die Bedeutung, dass der Botschafter von der Depesche und derselben gemäss gesprochen, sie aber nicht gezeigt habe [1]). Dass es besser gewesen wäre, Fürst Metternich hätte das letztere auf sich genommen, ist gewiss. Derselbe ist jedoch sehr zu entschuldigen, wenn er in einem so kritischen Augenblick nicht über den Wortlaut seiner Instruktionen hinausging, allein nachgekommen ist er der letzteren sicherlich. Als die von Gramont gegen Thiers gerichteten, ein französich-österreichisches Einvernehmen vor dem Krieg betonenden Auslassungen bekannt wurden und die Nothwendigkeit einer Richtigstellung sich fühlbar machte, besprach ich mich — ich befand mich damals in Urlaub in Wien — mit Fürst Metternich und wir gingen zusammen die uns durch das Ministerium des Aeussern zur Verfügung gestellten Aktenstücke durch. Dabei war er es, der mich zuerst auf eben jene Depesche vom 11. Juli aufmerksam machte. Die Unmöglichkeit, dass Fürst Metternich der Depesche vom 11. Juli keine Folge gegeben hatte, geht eben am deutlichsten aus einem Privatschreiben hervor, welches ich an demselben Tag an ihn richtete. Ich lasse dasselbe seinem ganzen Inhalt nach folgen:

[1]) Der Herzog von Gramont, der nicht ein improvisirter, sondern ein routinirter Diplomat war, würde nicht gesagt haben: „*L'Ambassadeur ne nous a pas* ***montré*** *la dépêche*“, sondern: „*L'Ambassadeur ne nous a pas* ***communiqué*** *cette dépêche.*“

Au Prince Metternich à Paris.

Vienne le 11 Juillet 70.

Mon cher ami!

En observant ce qui se fait autour de Vous je me demande si je suis devenu imbécile que cela me passe.

Je me fais cependant l'effet d'avoir ma tête à moi. Examinons donc les choses de sang-froid et arrêtons-nous à deux considérations.

Parlons d'abord de notre coopération.

Gramont ayant à ce qu'il paraît étudié notre dossier secret parle de certaines stipulations comme si elles avaient passé de l'état de projet à l'état de traité. D'abord elles sont restées à l'état de projet et il n'y a pas de notre faute si telle est la situation. Mais lors-même qu'elles auraient force de traité, quelle singulière application on s'imagine pouvoir en faire. On était convenu — toujours à l'état de projet — de s'entendre partout et toujours sur une action diplomatique commune. Aujourd'hui sans nous consulter, sans seulement nous prévenir, sans crier gare on va hardiment en avant, pose et resout la question de guerre à propos d'une question qui ne nous regarde en aucune façon et présume comme une chose qui s'entend qu'il nous suffit d'en être informé pour que nous mettions notre armée sur le pied de guerre et réunissions un corps d'armée assez considérable pour paralyser l'armée prussienne.

Et à l'heure qu'il est on ne nous a pas seulement dit où et comment l'armée française compte opérer.

Ensuite on nous parle du bon terrain où l'on se serait placé en abordant la question de guerre dans une question qui ne saurait intéresser ni exciter la nation allemande.

J'ai été le premier à le reconnaître au début de la discussion! Mais je vois avec un profond regret qu'à Paris on fait son possible pour changer ce bon terrain en un très-mauvais terrain et qu' on va tout droit à mettre contre soi l'esprit public en Allemagne aussi bien qu'en Espagne.

Je Vous l'ai déjà dit, il fallait selon moi s'attaquer à la candidature Hohenzollern mais pas à la Prusse. Et si on voulait absolûment exiger du roi Guillaume qu'il renonce à la candidature du Prince Léopold et qu'il l'empêche, il fallait user de tels procédés qui l'eussent mis dans son tort en cas de refus vis-à-vis de l'Europe et de l'Allemagne en particulier.

Assurément l'Allemagne toute entière ne comprendra pas qu'elle

doit se battre pour la Prusse voulant à toute force introniser un Prince en Espagne; mais elle défendra ses frontières si on l'attaque, et elle comprendra tout aussi peu qu'une puissance étrangère soit dans la nécessité de lui faire la guerre, parceque le Roi Chef de la Confédération du Nord sous le coup de menaces refuse d'y céder et abandonne aux Cortés espagnols de s'arranger comme elles voudront.

Il est possible que je me trompe dans mes appréciations. Peut-être réussira-t-on par la pression soutenue par les autres puissances, je ne demande pas mieux, Vous savez que nous aussi nous y apportons notre contingent. Mais si on n'y réussit pas qu'on ne nous rende pas solidaires de toutes les mauvaises chances que je signale et qu'on fait naître.

Mille amitiés

Beust.

Ich komme auf die Korrespondenz zwischen mir und Gramont aus dem Jahre 1873 später zurück. Das Vorstehende habe ich vorausgenommen, weil die Erwähnung der Depesche vom 11. Juli dies nothwendig machte. Zugleich erlaube ich mir den ausgezeichneten Konzipienten der Depesche zu nennen. Es war der Geheimrath Baron Aldenburg, der sofort nach meinem Rücktritt aus dem Ministerium des Aeussern ausschied.

Wenn ein Vorwurf zu jener Zeit ein berechtigter hätte sein können, so würde es der gewesen sein, man sei im Abrathen vom Krieg eher zu weit gegangen. Nehmen wir an, man hätte auf uns gehört und der Krieg wäre unterblieben, wie oft wäre nicht die Klage laut geworden, man habe Frankreich und sich selbst um eine günstige Chance gebracht?

Zu der entschiedenen Sprache eben jener Depesche aber bestimmte mich besonders noch das etwas aufdringliche Zureden des damaligen französischen Geschäftsträgers, der mir einmal in seinem Unmuth über meine Zurückstellung sagte: „*Vous me faites l'effet de gens qui perdent leur argent à petit jeu*,“ worauf ich nicht umhin konnte, zu erwidern: „*Si c'est notre argent que nous perdons c'est nous seuls que cela regarde.*“ Meine guten Rathschläge beschränkten sich aber nicht auf jene Depesche.

Sobald die Verzichtleistung des Prinzen von Hohenzollern bekannt war, liess ich an Fürst Metternich ein ausführliches Telegramm abgehen, worin ich dringend ermahnte, sich an dem zweifellos errungenen diplomatischen Erfolg genügen zu lassen und diesen auszunützen. Der Herzog von Gramont, der sich zufällig in England befand, als ich Ende 1871 meinen dortigen Posten antrat, erinnerte sich dessen sehr wohl, mit dem Bemerken, dass er das Zutreffende meiner Worte vollkommen erkannt habe, der Kaiser Napoleon jedoch anderer Meinung gewesen sei. Er, Gramont, habe dem Krieg widerstrebt, aber Marschall Leboeuf sei im Conseil in den höchsten Zorn gerathen, wenn man an der Gewissheit des Sieges gezweifelt habe, und habe sogar sein Portefeuille zur Erde geworfen [1]).

Dabei war Gramont in heiterster Stimmung [2]). Nicht un-

[1]) In seinen jüngst erschienenen Memoiren erzählt Lord Malmesbury eine Unterredung, die er ebenfalls nach dem Krieg mit Gramont gehabt habe und welche von der meinigen darin abweicht, dass umgekehrt der Kaiser Napoleon entschlossen gewesen sei, die Renunciation des Prinzen von Hohenzollern zu acceptiren, seine Minister dagegen das Feuer geschürt hätten — seine Minister, wozu doch vor Allem in dieser Lage der Minister des Auswärtigen gehörte. Nun ist allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass die von mir, wie ich glaube, hinreichend nachgewiesene Beweglichkeit seiner Einbildungskraft den Herzog von Gramont dahin geführt habe, eine zweifache Lesart zu liefern, allein man wird nicht übersehen, dass es die höchste Unwahrscheinlichkeit gewesen wäre, wenn Gramont aus freien Stücken für das, was für sein Land so viel Unglück gebracht, sich selbst verantwortlich erklärt hätte. Dabei sei noch bemerkt, dass ich über die Worte Gramont's, an denen ich mehr Interesse hatte als Malmesbury, Notaten gemacht hatte.

[2]) Seltsam wie dieselben Dinge sich überall abspielen. Im Jahr 1859, nach Beendigung des italienischen Krieges, kam ich nach Wien und begegnete dort auch dem Grafen Buol. Auch er war in gehobener Stimmung. „Was wollen Sie?“ sagte er; „ich war gegen den Krieg, aber wenn unsere Generale alle sagen, wir seien unüberwindlich, wie kann ich sie daran verhindern?“ Ich muss übrigens dem Grafen Buol die Gerechtigkeit widerfahren lassen, dass, wenn er freie Hand gehabt hätte, es nicht zum italie-

bemerkt darf ich lassen, dass er bei seinem damaligen Besuch ganz aus freien Stücken erklärte, weder er noch sein Land hätten uns irgend etwas vorzuwerfen. Dabei citirte er die Worte, die er in Metz nach den ersten Siegen des deutschen Kronprinzen an den Kaiser Napoleon gerichtet, als dieser von österreichischer Hülfe gesprochen: „*Sire, est-ce qu'on s'allie à un battu?*“ Dies seine eigenen Worte, woraus folgt, *qu'on ne s'était pas allié à l'Autriche avant d'être battu.*

Prinz Napoleon, welcher mir seine durch mich sehr unverschuldete *déconvenue matrimoniale* in Dresden nie verziehen hat, liess im Jahre 1878 in der „*Revue des deux mondes*“ einen Aufsatz erscheinen, worin er als Beweis dafür, dass ich nicht ein *esprit sérieux* sei, daran erinnerte, ich habe vor dem Ausbruch des Krieges der französischen Regierung den spasshaften Vorschlag gemacht, den Prinzen von Hohenzollern gefangen zu nehmen. Damit hatte es folgende Bewandtnis:

Gleichwie der Kaiser Napoleon eine Art Köhlerglauben an die Unterstützung Russlands bis zum letzten Augenblick bewahrte, so konnte ihn auch nichts von der Ueberzeugung zurückbringen, dass das südliche Deutschland sich am Kriege nicht betheiligen werde. Wie sehr ich bestrebt war, diese letztere Illusion zu entfernen, dafür hat ein im englischen Blaubuch abgedruckter Bericht Zeugnis abgelegt, den zu jener Zeit der grossbritannische Botschafter in Wien, Lord Bloomfield, an seine Regierung erstattet hatte. In dieser Zeit war es auch, dass ich eines Tages an Fürst Metternich auf einem Oktavblättchen schrieb: „*Gramont veut-il ma recette? La voici: ne pas s'attaquer au Roi de Prusse, traiter la question en question espagnole, et si à Madrid on ne tient pas compte des réclamations et envoie la flotille qui doit prendre le Prince de Hohenzollern dans un port de la mer*

---

nischen Krieg gekommen sein würde, wie er denn auch nach dem Rücktritt des Ministeriums Manteuffel sich dem Ministerium der neuen Aera in Preussen durchaus nicht abgeneigt, sondern im Gegentheile sehr entgegenkommend zeigte.

du Nord, faire sortir un escadre de Brest ou de Cherbourg pour l'empoigner. Si la Prusse se fâche pour cela, elle aura de la peine à faire marcher le midi; si au contraire vous vous attaquez à elle, le midi lui appartient." Fürst Metternich theilte das Blättchen dem Herzog von Gramont mit. Die Antwort war: „*M. de Beust m'envoie une scène d'opéra-comique.*"

Es darf nicht unberücksichtigt bleiben, dass es sich weder um eine Depesche noch um eine *lettre diplomatique confidentielle*, sondern um einen auf ein Blättchen Papier hingeworfenen Gedanken handelte, daher solche Ausdrücke wie „*empoigner*" nicht nach strengem Wortlaut zu nehmen sind. Den Gedanken selbst aber halte ich noch heute für einen solchen, der sehr beherzigenswerth war. Emile Ollivier, mit dem ich einmal gelegentlich eines mir gemachten Besuches die Sache besprach, war entgegengesetzter Ansicht und meinte, das hätte eine Betheiligung Spaniens am Krieg zur Folge gehabt. Dagegen ist einzuwenden, dass bei einer so entschiedenen Haltung Frankreichs, die in einer materiellen maritimen Demonstration gegipfelt hätte, es für Spanien eben so schwer gewesen sein würde, darauf mit einer Kriegserklärung zu antworten, als es für Preussen schwer gewesen wäre, eines französisch-spanischen Konfliktes wegen das deutsche Volk unter die Waffen zu rufen, nur darum, weil die private Angelegenheit eines nicht einmal dem regierenden Hause angehörenden Prinzen im Spiel war. Die bedrohende Kriegsgefahr aber wäre so handgreiflich geworden, dass zuversichtlich die nachdrücklichsten beschwichtigenden Mediationsversuche von allen Seiten in Fluss gekommen sein würden.

Mit vollem Recht konnte der Historiker Henri Martin bei dem 1882 mir zu Ehren von der *Association littéraire internationale* veranstalteten Abschiedsbankett sagen: „*Ayant consulté tous les documents relatifs à l'époque je tiens à constater que, si en 1870 on avait suivi les conseils du Comte de Beust, tous nos désastres nous eussent été épargnés.*"

Manche meiner deutschen Leser werden in diesem Zeugnis

einen Beweis mehr für meine undeutsche, ja deutschfeindliche und franzosenfreundliche Gesinnung erblicken. Der unbefangene Leser wird erkennen, dass es sich um ganz etwas Anderes handelte, nämlich um den Nachweis, dass von mir, wie überhaupt von Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung, nicht allein nichts geschah, was Frankreich zu einem Krieg hätte ermuntern können, sondern dass auch nichts verabsäumt wurde, um Frankreich von einem aggressiven Vorgehen gegen Preussen abzuhalten. Was geschehen ist, nachdem dennoch die französische Kriegserklärung erfolgt war, wird Gegenstand weiterhin ersichtlicher Ausführungen sein.

Die wahre Genesis der für Frankreich so verhängnisvollen Kriegserklärung wird vielleicht nie vollständig aufgeklärt werden. Der damalige italienische Botschafter in Paris, Chevalier Nigra, eine der besten Autoritäten für die damaligen Vorgänge, erzählte mir, er sei noch am 14. Juli in St. Cloud gewesen und Kaiser Napoleon habe ihn ein Message lesen lassen, das am nächsten Tag an das Corps legislatif ergehen sollte, und dasselbe habe durchaus friedlich und friedenverheissend gelautet. Anstatt dessen vernahm man am nächsten Tag die Kriegserklärung. — Der Schlüssel zu der unerwarteten Wendung wäre die Nachricht von der „Beleidigung" gewesen, die dem Botschafter Graf Benedetti in Ems durch Verweigerung einer Audienz widerfahren sei. Nun aber hat man französischerseits immer verbreitet, Graf Bismarck habe das jene Nachricht bringende Telegramm veranlasst und es sei eine Falle gewesen, in die man gegangen sei. Thatsache ist, dass, nach dem was ich in Paris vernommen und was mit dem übereinstimmt, was Kaiser Wilhelm mir 1871 in Gastein sagte — vergleiche die Aufzeichnungen dieses Jahres, — Benedetti nie eine Beleidigung erfuhr, dass er bei der Abfahrt des Königs sich auf dem Bahnhof einfand, was er doch sicherlich unterlassen hätte, wäre ihm eine schwere Beleidigung zu Theil geworden, dass die Depesche, welche die angebliche Beleidigung meldete, gar nicht von ihm, sondern aus München und

Stuttgart kam, und was das Unglaublichste, dass man sich und Andere dadurch in die höchste Aufregung versetzen liess, ohne an Benedetti eine Rückfrage zu stellen; endlich aber — fast möchte dies noch unglaublicher scheinen, allein meine Erhebungen gestatten mir kaum einen Zweifel daran, — dass man dabei nicht mit geheimer Absichtlichkeit, sondern wirklich im besten Glauben und mit beispielloser Uebereilung verfuhr.

XXXIV. Kapitel.

1870.

Die Nachklänge von 1870 im Jahre 1873. — Thiers und Gramont.

Bekanntlich unternahm Herr Thiers alsbald nach der Einsetzung der Regierung der nationalen Vertheidigung eine europäische Rundfahrt, um die Regierungen der Grossmächte für sein schwer heimgesuchtes Vaterland zu gewinnen. Er kam, nachdem er in London gewesen und bevor er nach Petersburg ging, nach Wien und hielt sich auch dort ein zweites Mal auf dem Wege von Petersburg nach Florenz auf.

Herr Thiers war mir persönlich nicht unbekannt. Ich war bei ihm als sächsischer Legationssekretär im Jahre 1839 durch den Grafen Walewski eingeführt worden, was mir — ich erinnere mich dessen lebhaft — Gelegenheit gab, Ohrenzeuge zu sein, wie der geistreiche und scharfsinnige Vertreter des politischen Fortschrittes über nationalökonomische Fragen sich in der möglichst rückschrittlichen Weise aussprach. Man weiss, dass er bis an sein Ende eingefleischter Schutzzöllner blieb, was, wie mir Michel Chevalier einmal in London auseinandersetzte, seinen Sturz 1873 herbeigeführt hat, indem die gegen ihn aufgebrachte freihändlerische Gruppe in der Assemblée bei der Abstimmung vom 24. Mai den Ausschlag gab. Damals, 1839, hörte ich nicht

ohne Staunen, wie er allen Ernstes das Thema vertrat, dass die Eisenbahnen das unnützeste Ding in der Welt seien.

Dreissig Jahre waren seit jener Zeit verflossen und es war natürlich, dass ich mich seiner besser erinnerte, als dies umgekehrt der Fall sein konnte. Unsere Wiener Bekanntschaft aber hatte dauernd freundschaftliche Beziehungen zur Folge. Ich sah ihn später auf dem Wege nach London wiederholt in Paris und Versailles, wo er dem abgetretenen Reichskanzler alle möglichen Ehren und Artigkeiten erwies. Seinen Tod hatte ich um so mehr zu beklagen, als, hätte er länger gelebt, ich bei meiner Versetzung von London nach Paris ihn mehr als wahrscheinlicherweise zum zweiten Mal als Präsident der Republik gefunden haben würde.

Es war begreiflich, dass, je weniger ich 1870 in der Lage war, eine materielle Hülfe in Aussicht zu stellen, ich um so mehr es mir angelegen sein liess, seine Aufnahme zu einer sympathischen zu machen. Dankbar nahm er das einzig Mögliche entgegen, was ich ihm bot und was ich denn redlich, wenn auch erfolglos angestrebt habe, die kollektive Mediation der Neutralen. In einem Punkt dachte er wie der von ihm bekämpfte Imperator: auch er erwartete alles Heil von Russland. Selbst von Petersburg kam er nicht geheilt zurück, wo ein unendlich schmeichelhafter Empfang ihm sowohl Seitens des Kaisers Alexander als des Fürsten Gortschakow zu Theil wurde, dem jedoch nur zu bald die Enttäuschung durch das Bekanntwerden des längst zuvor zwischen Graf Bismarck und Fürst Gortschakow bezüglich des Pariser Vertrages getroffenen Abkommens folgen sollte. Bei seiner Rückkehr von dort speiste er bei mir, und als wir nach Tisch uns zur intimen Konversation gesetzt hatten, sagte ich zu ihm: „*Mr. Thiers, vous allez à Florence, on aura pour vous des belles paroles mais rien de plus, je vous en préviens,*" worauf Thiers die köstliche Antwort hatte: „*Oh, je ne suis pas gâté.*"



Den der Menschheit überhaupt und dem Zeitalter insbesondere anhaftenden Undank hat auch Thiers in reichem Masse

erfahren. Dass Belfort für Frankreich gerettet wurde, war sein Werk, ebenso die gezeitigte Räumung des Territoriums. Wurde der Abschluss des Friedens vom Lande sehnsüchtig gehofft und begehrt, so war darum die Verhandlung der Präliminarien eine nicht minder schwierige und peinliche Aufgabe. Dass Thiers sich derselben unterzog und sich derselben, so wie es geschehen, entledigte, hat man ihm nie genug angerechnet, denn es ist nicht zu viel gesagt — meine Unterredungen mit Fürst Bismarck in Gastein 1871 bestärkten mich in dieser Ansicht — dass kaum ein Anderer es verstanden haben würde, in verhältnismässig kurzer Zeit mit dem deutschen Reichskanzler zum Ende zu gelangen. Wie oft vernahm ich den Vorwurf, Thiers habe die monarchisch-gesinnte Majorität der Assemblée betrogen, die ihn nicht zum Staatsoberhaupt gewählt, damit er die definitive Republik installire. Die, welche diesen Vorwurf erhoben, vergassen, dass Thiers nur dadurch den gemässigten, verständigen Theil der Republikaner von der Kommune fernhalten konnte, dass er ihm die Erhaltung der Republik versprach. In Wien sagte Thiers zu mir: „*Personnellement j'aimerais le mieux la Monarchie anglaise, mais elle est impossible.*“ Sein Ausspruch: „*La République sera conservatrice ou elle ne sera pas,*“ hat sich nur zu sehr bewährt, weniger das Wort: „*La République est la forme de Gouvernement qui nous divise le moins.*“

Sein Unglück war die Ueberschätzung seiner Macht und mehr noch die unkluge Kundgebung dieses Bewusstseins — eine Erscheinung, die sich neun Jahre später bei Gambetta wiederholte, der die Kammer, in der er allmächtig zu sein glaubte, durch vorzeitiges Ankündigen des Listen-Scrutiniums herausforderte. Ich sah Thiers im Februar 1873, drei Monate vor seinem Fall. — „*L'Assemblée,*“ sagte er, „*fait quelquefois mine d'être récalcitrante mais je n'ai qu'à faire ceci,*“ und dabei hob er den Finger. Das mögen Andere auch vernommen haben, die weniger ungefährlich waren als ich. Einen entschiedenen Fehler — immer Ausfluss derselben Selbstüberschätzung — beging Thiers,

indem er das Votum vom 24. Mai nicht konstitutionell behandelte, sondern in der Ueberzeugung seiner Unentbehrlichkeit zurücktrat, anstatt das Ministerium zu wechseln, wie es von Seiten MacMahon's ein gleicher Fehler war, dass er, nachdem er einmal die Wahlen von 1877 hatte über sich ergehen lassen und nachdem er das *Soumettre* in aller Form vollzogen hatte, der zu diesem Schritt nicht im richtigen Verhältnis stehenden Frage der Armeekommandos wegen seinen Posten vor Ablauf der sieben Jahre verliess, während er mit seinem Bleiben dem Lande wie der Armee nur nützen konnte und Vieles nur durch sein Bleiben erschwert hätte, was für seinen Nachfolger selbst verhängnisvoll wurde.

Der Leser möge mir vergeben, wenn ich mich verleiten liess, von meinem eigentlichen und nächsten Vorwurf weit abwärts zu gerathen. Was ich über Thiers in Vorstehendem aufgezeichnet, hat doch vielleicht einiges Interesse und es wäre mir dazu an anderer Stelle kaum Anlass geboten gewesen. Hier war die Gelegenheit dadurch gegeben, dass Thiers zu Ende des Jahres 1872 vor der sogenannten *Commission d'enquête parlamentaire* erschienen war und bezüglich seines Aufenthaltes in Wien 1870 jene Erklärung abgegeben hatte, welche eben zu der jetzt besprochenen Korrespondenz zwischen mir und Gramont führte. Diese Aussage enthielt die Behauptung, man habe ihm in Wien gesagt, es sei dem Herzog von Gramont, als er Botschafter daselbst und als von hohenzollernscher Kandidatur noch keine Rede war, erklärt worden, Oesterreich-Ungarn werde, falls die kaiserlich französische Regierung sich in einen Krieg einlasse, sich ihr nicht anschliessen *(que s'il s'engageait dans la [sic] guerre, l'Autriche ne l'y suivrait pas [Enquête parlamentaire de 1872 No. 1416]).* Es war bei einem sonst so hellen Kopf unfasslich, wie Thiers sich in dieser Weise aussprechen konnte. Was er sagen konnte und vielleicht auch sagen wollte, war, dass man dem Herzog von Gramont nie eine Zusicherung wegen eines gemeinsamen Krieges gemacht habe. Anstatt „man habe ihm, Gramont, gesagt, dass

man nie einen Krieg im Verein mit Frankreich machen werde", könnte es nur heissen, „man habe ihm nie gesagt, dass man es thun werde", und das war vollkommen historische Wahrheit [1]). Zu sagen, wir werden überhaupt nie mit diesem oder jenem Lande eine Allianz schliessen, d. h. wir werden nie in Gemeinschaft mit ihm einen Krieg machen, ist im Munde eines Ministers des Auswärtigen eine Albernheit und überdies eine Boutade, die man dem Vertreter des betreffenden Landes doch nicht ins Gesicht schleudert.

Hätte der Herzog von Gramont, wie es, ganz abgesehen von unseren bis dahin bestandenen freundschaftlichen, ja herzlichen persönlichen Beziehungen, korrekt und, ich sage mehr, schicklich gewesen wäre. an mich geschrieben und mich gefragt, ob ich eine solche Aeusserung, wie Herr Thiers sie vernommen zu haben erklärte, je gethan habe, so würde ich anstandslos die Frage mit dem Hinweis darauf verneint haben, dass ich nicht fähig gewesen sein würde, als Minister des Aeussern eine solche *bêtise* zu sagen.

Der Herzog von Gramont zog es vor, ohne mich zu begrüssen, sofort gegen Herrn Thiers sich zu wenden und seinerseits mit der gegentheiligen Behauptung, d. h. mit der Behauptung der Zusage einer Allianz, an die Oeffentlichkeit zu treten.

Nach dem, was mir Thiers bei der oben erwähnten Begegnung 1873 mittheilte, war die Voraussetzung erlaubt, dass diese Aktion nicht ausschliesslich dem Bedürfnis eigener Rechtfertigung entsprang, sondern dass sie einem höhern Wink ihre Entstehung verdankte. Napoleon III. war kurz darauf in Chiselhurst an den Folgen einer schweren und gefährlichen Operation gestorben. Nun hatte aber der Kaiser sich zu dieser Operation nur deshalb entschlossen, weil der Augenblick in Aussicht stand, wo er viel-

---

[1]) Thiers selbst sagte, als ich ihn im Februar 1873 in Paris sah: „*J'ai été désolé de vous avoir causé tous ces ennuis, ces comités d'enquête sont absurdes, ils vous interrogent à tort et à travers et on répond de même.*"

leicht sich hätte zu Pferde zeigen müssen, Gewiss ist, dass damals ein *Retour de l'Ile d'Elba mutatis mutandis* im Werke war und am 20. März in Scene gehen sollte. Hoffnungen einer napoleonischen Restauration bestanden damals, wie ich mich bei meinen zeitweisen Besuchen in Chiselhurst überzeugen konnte. Mehrmals stellte der Kaiser Napoleon meine diplomatische Gewandtheit mit verfänglichen Fragen über die Stellung der Mächte zu einer eventuellen Restauration auf die Probe, und von Bonapartisten hatte ich mehr denn einmal das grosse Argument des *Gouvernement outilier* zu vernehmen, d. h. das noch zur Verfügung stehende imperialistisch geschulte Regierungsmaterial. Ich kann nun nicht verbürgen, was mir gesagt wurde, nämlich dass Gramont zu seiner Kampagne aufgefordert worden sei, um für eine mögliche Proklamation die Unterlage des in allen französischen Niederlags-Rechtfertigungs-Bulletins übliche *„trahi"* zu gewinnen. Eindruck, das weiss ich, hat es mir gemacht, denn in Folge dessen unterliess ich länger als ein Jahr lang meine Besuche in Chiselhurst und nahm sie erst wieder auf, nachdem einige Personen sich ins Mittel gelegt hatten. Diese Abstinenz konnte mir nur durch ein sehr ernstes Gefühl auferlegt sein, denn, wie es überhaupt nie meine Gewohnheit war, das Unglück zu meiden, so hatte ich auch der Kaiserin Eugenie aus ihren Tagen der Macht und des Glanzes ein treues und dankbares Andenken bewahrt, und ich fand wahrhaftes Gefallen an der Unterhaltung mit der viel zu wenig gewürdigten hohen Dame, deren Zauber nicht nur in liebenswürdigen Formen, sondern auch in gediegener Entfaltung von Geist und Wissen sich offenbarte. Es ist mir eine Genugthuung bei diesem Anlass einige Worte für eine überhaupt vielfach verkannte Persönlichkeit auszusprechen. Wer wie ich Jahre lang die tödtende Langeweile von Chiselhurst zu beobachten Gelegenheit hatte, der konnte nur mit gerechter Anerkennung sehen, wie die Frau, welche man nicht aufgehört hatte der Frivolität und Vergnügungssucht zu zeihen und welche damals noch immer eine schöne Erscheinung war, nie den schwarzen Woll-

anzug verliess, und während die Mitglieder der höchsten Aristokratie es sich zur Ehre gerechnet haben würden, die Kaiserin auf ihren Schlössern zu fêtiren, sie nie eine andere Einladung annahm, als die zu der Königin in Windsor — stets und allein eingedenk der Zukunft ihres Sohnes. — Man hat der Kaiserin Eugenie einen Theil, ja einen grossen Theil der Verantwortung für den Krieg zuerkannt, — ob mit Recht, ist sehr zweifelhaft. Das Wort *ma guerre* ist, wie ich nicht von ihr, sondern von Anderen vernommen, nie gesprochen worden. Was mir persönlich gar wohl im Gedächtnis blieb, war allerdings ein grosser Missgriff, der nach dem Ausbruch des Krieges geschah und an dem die Kaiserin wesentlichen Antheil hatte. Der gute Rath, den ich zu dem Ende ertheilte, damit man sich auf Grund der Räumung Roms in Zeit mit Italien verständige, wobei gar nicht von Besetzung Roms durch die Italiener, sondern von der Zurückziehung der französischen Truppen und der Besetzung einiger nahe gelegener, noch in päpstlicher Gewalt befindlicher Punkte die Rede war, zog dem „Ketzer“ grosse Entrüstung zu, eine Auffassung welche sich übrigens Ollivier in seinem Buch über das vatikanische Konzil angeeignet hat.

Ich kehre zu der Korrespondenz mit Gramont zurück.

Man hat es mir damals von mehr als einer Seite verargt, dass ich mich überhaupt geregt und, eingedenk der Rücksichten auf meine Stellung als Botschafter im aktiven Dienst, nicht vorgezogen habe, zu schweigen. Es hätte hierzu eines nicht geringen Grades von Selbstverleugnung angesichts offenbarer und weittragender Verrückung der geschichtlichen Wahrheit bedurft. Dennoch hätte ich mich dazu bereit finden lassen, wäre — mein verehrter Herr Nachfolger möge mir dieses aufrichtige Bekenntnis nicht verübeln — Seitens meiner vorgesetzten Behörde das geschehen, was nach herkömmlicher Tradition hätte geschehen sollen. Es ist eine alte Regel, welche selbst in Frankreich bei dem wiederholten Wechsel von Monarchie und Republik nie verlassen wurde, dass nämlich in Sachen der auswärtigen Politik

Kontinuität bezüglich dessen, was den Charakter einer Verhandlung, einer wirklichen oder vermeintlichen, hat, besteht und respektirt wird, so dass das, was der Vorgänger gethan, vom Nachfolger vertreten wird. — Hätte sich Graf Andrassy zu einer entsprechenden Erklärung verstanden, welche leicht ganz allgemein gehalten und ohne Eingehen in die Details und ohne ausdrückliche Identifizirung abgefasst werden mochte, dann konnte ich, dann musste ich schweigen; nachdem das oder Aehnliches nicht erfolgte, war ich genöthigt, an die Oeffentlichkeit zu treten.

Die gleichermassen der Publizität gewidmete Depesche, welche an den Grafen Apponyi erlassen wurde und womit ihm Abschrift meines an den Herzog von Gramont gerichteten Schreibens zugemittelt wurde, vertrat nicht das, was der Minister des Aeussern, sondern das, was der königlich ungarische Ministerpräsident im Jahre 1870 gesagt und gethan habe, und sie acceptirt die weiter oben von mir als prinzipiell unmöglich bezeichnete, von Herrn Thiers behauptete Erklärung, dass Oesterreich-Ungarn nie im Verein mit Frankreich Krieg führen werde. Eine Erklärung in diesem abstrakten Sinne konnte selbst ein ungarischer Minister nicht wohl abgegeben haben, ein Minister welcher die Eventualität eines Krieges mit Russland, wie ich später daran erinnern werde, keineswegs zu den Unmöglichkeiten rechnete.

Ich lasse jetzt den Wortlaut des damaligen Schriftwechsels mit Gramont folgen:

Copie d'une lettre particulière du Comte de Beust au Duc de Gramont, à Paris, en date de Vienne le 4 janvier 1873.

Monsieur le Duc!

La lettre, que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser, en réponse à la mienne du 20 du mois passé, ne m'est parvenue que le 31, notre ambassade l'ayant retenue faute d'une occasion sûre. Je m'empresse de vous en offrir mes remercîments.

Je ne me plains pas des publications que vous avez jugées opportunes. Il est vrai, qu'elles devaient nécessairement provoquer

une polémique regrettable avec laquelle, dans ma position actuelle, il m'était difficile d'entrer en lutte; aussi y suis-je resté complétement étranger. Mais comme j'ai la conviction d'avoir consciencieusement rempli mes devoirs envers mon souverain et mon pays, et que j'ai la satisfaction de vous entendre dire, comme vous le faites dans la première des lettres publiées par les journaux, que l'attitude de l'Autriche était sympathique et loyale, j'ai aussi la certitude que cet incident n'aura servi ni à compromettre les bons rapports de mon pays avec l'Allemagne, ni à refroidir les sentiments de sympathie et d'estime qu'on nous a gardés en France. Et c'est là l'essentiel.

Je ne vous dissimule pas que moi j'ai également éprouvé un sentiment de surprise. C'est que je n'ai pu m'empêcher de me souvenir de la visite que vous avez bien voulu me faire à Londres. Nous avons beaucoup causé des événements de 1870, et vous m'avez dit sans réserve que vous aviez compris notre manière d'agir, et vous ne m'avez adressé aucun reproche. Il est sûr qu'aujourd'hui vous ne m'en faites pas non plus; mais convenez que vous en mettez, involontairement sans doute, dans la bouche de ceux qui vous entendent. Et le reproche est-il permis? Positivement non.

Permettez-moi d'abord de vous faire observer que les paroles soulignées dans votre première lettre et qui se retrouvent dans une des miennes, écrites après la déclaration de la guerre, ne pouvaient être un argument contre ce que Monsieur le Président de la Republique se souvient avoir entendu à Vienne, puisque ce passage de sa déposition se rapporte clairement à l'époque où nous avions l'honneur de vous y voir comme Ambassadeur. Voilà pourquoi, Monsieur le Duc, je vous ai demandé aussitôt la date du document auquel vous faisiez allusion, car il était impossible qu'il appartînt au temps de votre ambassade. Il est cependant très-essentiel de relever les dates, car si vous aviez été, comme Ambassadeur à Vienne. autorisé à tenir, comme vous les dites, ce même langage à votre gouvernement, il s'ensuivrait, que nous aurions encouragé la France à faire la guerre, tandis que c'est le contraire que nous avons fait.

Je vois par une seconde lettre, publiée par les journaux, que vous appelez l'attention sur le mot „répéter“, qui prouverait, qu'un langage identique avait été tenu antérieurement par le Prince de Metternich. Je vous en demande pardon; mais n'est-ce pas un peu jouer sur les mots? Il me serait permis d'objecter que le mot répéter ne s'emploie pas seulement dans le sens de la redite, mais encore, et

surtout en termes de diplomatie, pour engager quelqu'un à dire à un tiers ce qu'on dit à lui-même.

Rien ensuite ne prouverait, en admettant même votre interprétation, que la même chose ait été dite antérieurement à la déclaration de guerre. Mais je n'ai besoin d'aucune subtilité. Puisque vous dites que le Prince de Metternich fidèle à ses instructions, n'a jamais tenu un autre langage, je prends la liberté de vous envoyer ci-joint copie d'une dépêche qui lui fut adressée dans le moment décisif, et je suis bien sûr, que notre ambassadeur, fidèle à ses instructions, n'a pas oublié d'y conformer son langage.

Maintenant passons succinctement en revue ce qui est intervenu entre les deux gouvernements.

Vous me rappelez une négociation de ces années 1869 et 1870. D'abord, ce que vous avez en vue n'appartient pas — voilà ce qu'il est encore important de constater — à 1869 et 1870, mais à 1868 et 1869. Ensuite je ne crois pas, que le mot de négociation y soit applicable. Une négociation aurait été confiée aux ambassades. Il y a eu des échanges d'idées et de projets, et vous voudrez bien vous rappeler que c'était à ma demande que je fus autorisé à vous en donner connaissance lors de votre entrée au ministère. Cette correspondance, revêtue d'un caractère tout privé, fut terminée en 1869 sans avoir abouti; il n'y a eu absolument rien de signé; mais, comme vous avez dû vous en convaincre par sa lecture, trois points la caractérisaient. L'entente avait un caractère défensif et un but pacifique; il devait y avoir dans toutes les questions diplomatiques une politique commune, et l'Autriche se réservait de déclarer sa neutralité dans le cas où la France se verrait forcée de faire la guerre.

Vous conviendrez, que nous nous sommes conformés au troisième point, et ce n'est pas nous qui avons dévié des deux autres. Mais, je le répète, rien n'a été conclu, ce qui est peut-être regrettable; car si on avait signé, la nécessité de nous faire intervenir dans l'action diplomatique aurait, j'aime à le croire, certainement empêché la guerre.

Le seul engagement qui en soit resulté, sans toutefois avoir jamais été revêtu de la forme d'un traité, consistait dans une promesse réciproque de ne pas s'entendre avec une troisième puissance à l'insu l'un de l'autre.

Vous verrez par l'annexe déjà citée, portant la date du 11 juillet 1870, que nous nous sommes souvenus de cet engagement, qu'il n'en existait pas d'autre, mais que nous nous sommes plu à l'inter-

préter dans son application large, en promettant le concours de notre action diplomatique.

Or, le passage, que vous avez cité prend expressément pour point de départ „la fidélité à nos engagements“, et c'est en se rappelant ceux-ci tels que je viens de les préciser qu'il faut apprécier la portée réelle des deux lettres dont vous avez fait mention.

Je ne sais à quoi se rapportent vos paroles lorsqu'enfin vous rappelez la négociation d'un traité d'alliance défensive et offensive contre la Prusse, qui aurait été négocié entre la France et l'Autriche depuis plusieurs mois; — ce que je sais, c'est que la proposition nous en a été seulement faite après la déclaration de la guerre et que, pour des raisons qu'il est inutile de rappeler, nous l'avons déclinée sans hésitation et bien avant que les hostilités eussent commencé.

C'est parce que nous nous trouvions dans cette impérieuse necessité, que nous nous sommes efforcés à rendre notre neutralité acceptable à la France sans que pour cela on ait pu conclure que nous lui offrions notre intervention armée.

Il est donc clairement établi que lorsque la France a déclaré la guerre, pas un mot n'avait été dit ni écrit qui eût autorisé à compter sur le concours militaire de l'Autriche; et en conscience, Monsieur le Duc, la guerre une fois déclarée, ces lettres du 21 juillet vous ont elles sérieusement fait penser alors que vous pouviez mettre en ligne de compte une intervention de l'Autriche à main armée? — Vous êtes resté aux affaires plusieurs semaines encore pendant que les événements de la guerre se sont rapidement succédé, et veuillez donc me citer un télégramme ou une dépêche, partie pour Vienne, pour rappeler à l'Autriche ses engagements et pour hâter ses opérations militaires.

Assurément, Monsieur le Duc, telle n'a pas été alors votre pensée; ainsi que l'a fait votre successeur Monsieur le Prince de la Tour d'Auvergne, qui se trouvait au courant de tout ce qui avait été dit et écrit, et qui avait parfaitement jugé à Vienne la situation du premier coup d'oeil, vous avez reconnu, qu'il n'y avait à attendre de l'Autriche qu'une action bienveillante auprès des neutres, et à cette tâche-là nous n'avons point failli.

Agréez etc. etc.

(signé) Beust.

A Son Excellence le Comte de Beust etc. etc.

Paris le 8 janvier 1873.

Monsieur le Comte!

J'ai reçu la lettre, que vous m'avez fait l'honneur de m'écrire en réponse à la mienne du 21 décembre, et je regrette que cette dernière ne vous soit parvenue que dix jours après avoir été écrite. Ce délai, comme vous avez pu vous en convaincre, est indépendant de ma volonté.

J'ai lu avec toute l'attention qu'elles méritent les observations que vous ont suggérées les récentes publications que les circonstances m'ont imposées bien à regret; il me semble y trouver la trace de quelque malentendu sur la nature et la portée de mes affirmations, et je crois devoir au bon souvenir de nos anciennes relations de ne laisser subsister à cet égard aucune équivoque.

Mais, avant d'aller plus loin, je dois vous prévenir que je n'accepte en quoi que ce soit la responsabilité de tout ce qui se dit ou s'écrit autour de mes paroles. Je ne réponds que de mon propre langage.

Je crois superflu de vous assurer que ce n'est pas le désir d'une justification personnelle qui m'a mis la plume à la main. S'il en eût été ainsi, je n'aurai pas, pendant deux ans de suite, gardé un silence que je n'avais aucune envie de rompre.

L'incident a été provoqué par le retentissement du langage intempérant et inexacte de Monsieur Thiers qu'il devenait nécessaire pour l'honneur de la France d'arrêter aux passage.

Cela posé, vous remarquerez que je n'ai jamais prétendu que vous nous aviez encouragé à faire la guerre. J'admets parfaitement, parce que c'est la vérité, que vous nous en aviez dissuadé jusqu'au moment où vous avez envoyé à Paris Monsieur le Comte Vitzthum; je n'ai aucune difficulté à reconnaître que, le 13 juillet, vous nous avez même conseillé de nous tenir pour satisfaits de la renonciation du Prince de Hohenzollern dans les termes où il s'était produite le 12. Et j'y ajoute que je ne doute pas qu'il vous ait été fort pénible d'apprendre que cette circonstance n'avait pas suffi pour éteindre le conflit franco-prussien.

Je reconnais aussi que les promesses de concours dont j'ai cité la formule sont postérieures à la déclaration de guerre, et enfin, je termine ces aveux en déclarant qu'en mon âme et conscience je ne puis adresser aucun reproche au Gouvernement autrichien au sujet

de la ligne de conduite qu'il a tenue à l'égard de la France, et qui lui a été imposée par les événements. Je ne suis pas en mesure d'apprécier la nature des bons rapports qui existent maintenant entre le cabinet de Vienne et celui de Berlin: mais, comme l'incident qui nous occupe n'a rien mis en lumière qui ne fût connu à Berlin, il est évident qu'il n'a rien pu compromettre de ce côté; et quant à ce qui nous concerne, la nation française ne peut voir dans ces informations que de nouveaux motifs de sympathie et d'estime pour l'Autriche. Et, comme vous le dites avec raison, Monsieur le Comte, c'est là l'essentiel.

Vous me rappelez qu'ayant eu l'honneur de vous voir à Londres en 1871, nous avions beaucoup causé des événements de 1870 et qu'alors je vous avais dit sans réserve que j'avais compris votre manière d'agir et que je ne vous avais adressé aucun reproche. Vos souvenirs sont très-exacts. Je n'avais alors et je n'ai encore aujourd'hui aucun reproche à vous adresser. Quant au langage que vous a prêté Monsieur Thiers, il est bien naturel que je ne vous en aie pas parlé à Londres, car je ne le connaissais pas, et je n'en ai été informé qu'au commencement du mois dernier par la publication de son étrange déposition.

J'écarte pour le moment toute controverse sur les négociations de 1868, 1869 et 1870. Cela n'offrirait aucun avantage; je me borne seulement à vous rappeler que ces négociations, dont vous fûtes le premier à m'instruire, étaient restées „ouvertes“ (c'est le mot textuel) en 1869, et qu'elles ont servi de base et de point de départ au traité qui a été négocié à la fin de juillet 1870 en vue de la guerre et de la coopération de l'Autriche à cette guerre. Donc la date de 1870 trouve sa place correcte et légitime à côté des dates antérieures de 1868 et 1869.

J'affirme deux choses:

La première, c'est que pendant que j'étais ambassadeur à Vienne vous ne m'avez pas dit qu'il ne fallait laisser au Gouvernement impérial aucune illusion, et le bien convaincre au contraire que s'il s'engageait dans la guerre l'Autriche ne le suivrait pas.

Cette affirmation, je la maintiens avec une certitude parfaite qui s'appuie non pas seulement sur ma mémoire qui est cependant très-sûre, mais aussi sur les notes que j'ai conservées. Je n'ai jamais eu, Monsieur le Comte, une seule conversation avec vous, fût-elle de quelques minutes, que je n'en ai écrit la substance, et souvent les mots eux-mêmes avant la fin de la journée. Aussi, je suis certain

de ce que j'avance quand je déclare que vous ne m'avez pas tenu à Vienne le langage que vous prête Monsieur Thiers.

Nous avons souvent parlé de la guerre, nous étions d'accord pour ne pas la désirer, et nous reconnaissions qu'il se faisait en Allemagne un travail qu'il était de l'intérêt de l'Autriche comme de la France de ne pas interrompre. Nous avons quelquefois envisagé l'eventualité de la guerre en thèse générale, et je vois dans mes notes qu'alors vous me représentiez combien il serait désirable que la guerre, si elle devenait nécessaire, naquît d'une cause non-allemande, qu'elle prît naissance, par exemple, au sujet de quelque question orientale, de manière à laisser à l'Autriche toute sa liberté d'action pour la part qu'elle serait appelée à y prendre. Je suppose que vos souvenirs seront ici d'accord avec les miens; mais quand aux paroles que Monsieur Thiers a placées dans votre bouche, je n'en vois aucune trace, si ce n'est dans cette dépêche écrite par vous le 11 juillet 1870 à Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche et dont je viens de prendre connaissance pour la première fois, dans la copie que vous avez bien voulu m'envoyer.

Là, en effet, je vois que vous chargez Monsieur l'ambassadeur de nous enlever toute illusion et de nous faire entendre avec ménagement que nous ne devons pas compter sur votre concours.

Cherchant toujours de préférence les explications qui n'aboutissent pas à des résultats extrêmes, je me fais l'idée qu'il se sera établi dans les esprits quelque confusion involontaire entre le langage écrit le 11 juillet 1870 et le langage parlé pendant les années précédentes.

Je ne vois pas d'ailleurs que, pendant le cours de ma mission à Vienne, se soit présenté une seule occasion où l'Autriche ait été mise en demeure de se prononcer sur ces dispositions à faire la guerre, et je n'ai jamais eu à réclamer de vous son concours, même eventuel, à cet effet. Ainsi donc, je le répète et le maintiens formellement, vous ne m'avez jamais, pendant que j'étais ambassadeur à Vienne, tenu le langage que vous prête Monsieur Thiers.

J'apprends aujourd'hui que vous l'avez écrit plus tard au Prince de Metternich, dans cette dépêche du 11 juillet que vous venez de m'envoyer et que je ne connaissais pas, parceque Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche ne nous l'a jamais montrée.

Je vois en effet, dans la copie que vous venez de m'adresser, que vous recommandez à Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche d'employer son zèle et son influence pour faire accepter vos réserves à Sa Majesté et à ses Ministres, sans provoquer leur mécontentement, et je trouve dans cette communication tardive la clef d'une situation qui nous

causa pendant quelques jours d'assez sérieuses préoccupations. Il se fit alors entre vous, Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche, et moi un échange d'explications verbales et écrites qui eut pour effet de dissiper ce que vous avez appelé des malentendus regrettables. Monsieur le Comte de Vitzthum vint à Paris et aussitôt s'effacèrent toutes les traces de la froideur qu'avaient naturellement engendrée vos réserves, bien que Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche, servant vos instructions, n'eût rien négligé pour en adoucir l'expression.

Monsieur de Vitzthum voit l'Empereur, il cause avec moi, retourne à Vienne, et c'est aussitôt après son retour que vous écrivez, le 20 juillet, ces mots:

„Le Comte Vitzthum a rendu compte à notre auguste maître du message verbal dont l'Empereur Napoléon a daigné le charger. Ces paroles impériales, ainsi que les éclaircissements que Monsieur le Duc de Gramont a bien voulu y ajouter, ont fait disparaître toute possibilité d'un malentendu que l'imprévu de cette guerre soudaine aurait pu faire naître. Veuillez donc répéter à Sa Majesté et à ses Ministres que, fidèles à nos engagements tels qu'ils ont été consignés dans les lettres échangées l'année dernière entre les deux Souverains, nous considérons la cause de la France comme la nôtre, et que nous contribuerons au succès de ses armes dans les limites du possible."

Je renonce bien volontiers à donner au mot de répéter la signification qui, dites-vous, ne lui appartient pas; mais, d'un autre côté, je ne puis m'empêcher de relever la différence radicale qui existe entre l'attitude du cabinet de Vienne le 20 juillet, et celle qu'il paraissait vouloir prendre le 11 dans ce document inédit et inconnu que vous venez de porter à ma connaissance. Comment se fait-il que le 13 juillet, à la réception de cette dépêche (du 11), Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche ne m'ait fait aucune communication du genre de celle qu'il m'a faite le 24, à la réception de votre dépêche du 20? Pourquoi ne m'avait-il pas laissé cette première dépêche, comme il m'a laissé la seconde?

Je ne me charge pas de répondre en ce moment à cette question, mais je constate que le 24 juillet j'avais dans mes mains la déclaration qu'il n'existait plus de malentendu entre nous et le cabinet de Vienne, et, de plus, la promesse formelle qu'il contribuerait au succès de nos armes dans la mesure du possible. C'est là ma seconde affirmation; et, vous en conviendrez, elle est indiscutable.

S'agissait-il de contribuer au succès de nos armes d'une façon platonique, si je puis m'exprimer ainsi, par des voeux sympathiques,

sans jamais tirer l'épée? Je crois qu'il est difficile de l'admettre, et d'ailleurs, vous aviez pris le soin de nous rassurer à cet égard, car vous ajoutiez plus loin: „Dans ces circonstances, le mot neutralité que nous prononçons, non sans regret, nous est imposé par une nécessité impérieuse et par une appréciation logique de nos intérêts solidaires. Mais cette neutralité n'est qu'un moyen, le moyen de nous rapprocher du but véritable de notre politique, le seul moyen de compléter nos armements sans nous exposer à une attaque soudaine, soit de la Prusse, soit de la Russie, avant d'être en mesure de nous défendre.“ Et le soir du même jour (24 juillet), Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche, précisant d'avantage cette question des armements, m'informait par écrit que, dans l'état où la guerre avait surpris l'Autriche, il ne lui serait pas possible d'entrer en campagne avant le commencement de septembre.

Enfin, bien que la promesse de concours ressorte suffisamment de ce qui précède, et qu'en vérité il me semble superflu d'insister d'avantage, je vous rappellerai ce qui s'est passé lorsque Monsieur le Vicomte de Vitzthum revint à Paris et qu'alors, de concert avec Monsieur l'Ambassadeur d'Autriche, il posa avec moi les bases, les articles mêmes de ce traité, qui déclarait nettement, que la neutralité armée des puissances contractantes était déstinée à se transformer en coopération effective avec la France contre la Prusse.

Je vous rappellerai que ce sont les représentants de l'Autriche, vos propres plénipotentiaires et mandataires qui ont suggéré le mode de cette transformation de la neutralité armée en coopération effective, et que ce mode consistait, une fois prêt, à réclamer de la Prusse, sous forme d'ultimatum, l'engagement de ne rien entreprendre contre le *status quo* défini par le traité de Prague. Les négociateurs autrichiens disaient alors, avec raison, que le refus de la Prusse était certain et qu'il deviendrait le signal des hostilités combinées.

Et maintenant, Monsieur le Comte, vous me demandez si les communications du 20 juillet, ou, pour parler plus correctement, du 24 juillet, jour où je les ai reçues, ont pu me faire „penser sérieusement que nous devions mettre en ligne de compte une intervention de l'Autriche à main armée“? Mais je ne puis faire autrement que de vous retourner la même question.

Du moment où l'Autriche promet de contribuer au succès de nos armes; quand l'Autriche nous explique que la neutralité qu'elle proclame n'est qu'un moyen, que cette neutralité n'est que le moyen de compléter ses armements pour se rapprocher du but véritable de sa

politique, lequel but est de contribuer au succès de nos armes; quand son Ambassadeur m'écrit que les armées autrichiennes ne pourront entrer en campagne que dans les premiers jours de septembre; quand les plénipotentiaires autrichiens placent dans un traité négocié en ma présence et avec mon concours un article portant que la neutralité armée des puissances contractantes est destinée à être transformée en coopération effective avec la France contre la Prusse: quand ces mêmes plénipotentiaires suggèrent les premiers la manière de procéder diplomatiquement à cette transformation que doivent suivre les hostilités; c'est moi qui vous le demande sérieusement, Monsieur le Comte, que devions-nous penser?

Vous ajoutez „qu'étant resté aux affaires plusieurs semaines encore pendant que les événements de la guerre se sont rapidement succédé, je n'ai envoyé à Vienne ni un télégramme, ni une dépêche pour rappeler à l'Autriche ses engagements et pour hâter ses opérations militaires", et vous en concluez que je ne pouvais croire sérieusement à la coopération d'une armée autrichienne.

Rappeler à l'Autriche ses promesses, quand nous nous battions, quelques jours après les avoir reçues! J'avoue que l'idée ne m'en est même pas venue.

Mais si vous croyez que je n'aie pas écrit à notre Ambassadeur de recourir à tous les moyens en son pouvoir pour hâter vos opérations militaires, vous êtes dans une grande erreur, et j'ai sous les yeux les minutes de plusieurs dépêches, entre autres de celles que je lui ai adressées le 27 et le 31 juillet et le 3 août, qui n'avaient pas d'autre object.

Je ne doutais pas des intentions de l'Autriche; je n'en doute pas d'avantage aujourd'hui, et j'ai la conviction que si nos revers, aussi soudains qu'imprévus, n'avaient rendu son concours impossible, ce concours nous eût été donné comme il nous avait été promis; j'avais, je l'avoue, un peu moins de confiance dans la promptitude de ses préparatifs, bien que je reçusse à cet égard de personnages très-compétentes, des informations rassurantes.

Je termine, Monsieur le Comte, cette lettre déjà trop longue, en protestant de nouveau contre toute idée de reproche et de récrimination. Je maintiens mes deux affirmations, mais rien n'est plus loin de ma pensée que de vouloir faire un grief soit au Gouvernement impérial et royal, soit à vous-même de la conduite politique de l'Autriche après nos désastres. Ce serait manquer au plus haut dégré de sens pratique et même d'équité que de s'étonner du temps d'arrêt qui a

été la conséquence de nos défaites successives et surtout de nos désordres intérieurs. Je dirai même, qu'il y aurait de notre part une certaine ingratitude à ne pas connaître qu'entre toutes les puissances l'Autriche a été la dernière à abandonner complétement la France.

J'ai trop longtemps résidé à Vienne pour ne pas apprécier toute la différence, toute la distance qui séparent l'Autriche et son Gouvernement de cette phalange de journaux payés par la Prusse, et dont plus d'une fois vous avez déploré avec moi, verbalement ou par écrit, la vénalité et l'absence de patriotisme. Nous le savons en France, les sympathies de la véritable Autriche nous ont suivi au-delà de nos revers, et nous ne serions dégagés de la reconnaissance que du jour où il nous serait démonstré que son Gouvernement cherche à répudier aujourd'hui les sentiments qu'il professait jadis.

Je regrette, Monsieur le Comte, d'avoir donné à ma réponse un développement aussi considérable, et je vous prie d'y voir une marque de la considération que j'ai pour vous et pour toutes les communications que vous voulez bien me faire.

Il a fallu un état de choses aussi exceptionel que celui de mon malheureux pays; il a fallu ce fait aussi étrange qu'incroyable d'un chef d'Etat s'égarant dans les entraînements d'un langage de partisan, pour me faire descendre dans l'arène et quitter ma retraite. Je me hâte d'y rentrer, maintenant que ma tâche est remplie, et j'aimerais à y emporter la confiance que vous ne vous méprenez pas sur le sentiment qui m'en a arraché pour quelques heures. C'était mon devoir.

Agréez, Monsieur le Comte, les assurances de ma haute considération

(signé) Gramont.

Es war begreiflich, dass ich, auch ohne diesfalls verständliche Winke erhalten zu haben, in meiner Stellung als Botschafter die Diskussion nicht fortsetzen durfte. So musste ich denn manches irrige und unberechtigte Urtheil über mich ergehen lassen, dem ich durch eine Duplik leicht zuvorkommen konnte. Heute hindert mich nichts, dieselbe nachzuholen.

Zunächst war dem Herzog von Gramont entgegenzuhalten, dass er zwar von der Depesche vom 11. Juli nichts gewusst haben will, demungeachtet aber selbst anerkennt, dass ich vom Kriege

abgerathen habe („*que vous nous en aviez dissuadé*“). Wenn dabei die Worte folgen: „*jusqu'à l'arrivée du Comte* Vitzthum“, so ist darauf aufmerksam zu machen, dass Graf Vitzthum, damals Gesandter in Brüssel, sich vor der Kriegserklärung in Paris in Urlaub, ohne Aufträge seiner Regierung, aufgehalten hatte, und erst nach der Kriegserklärung nach Paris geschickt wurde, wonach es sehr natürlich ist, dass alsdann von einem Abrathen nicht mehr die Rede sein konnte. Die von mir gebrauchten Worte: „*il est clairement établi que lorsque la France a déclaré la guerre, pas un mot n'a été dit ni écrit qui pût autoriser à compter sur notre concours militaire,*“ werden durch nichts in der Gramont'schen Replik entkräftet; im Gegentheile finden sie darin eine Bestätigung, dass Gramont sagt, während seiner Mission in Wien habe sich nicht ein einziges Mal die Gelegenheit gefunden, wo Oesterreich aufgefordert worden wäre, sich über seine Willfährigkeit zu einem Kriege auszusprechen („*où l'Autriche aurait été mise en demeure à se prononcer sur ses dispositions à faire la guerre*“) und er habe nie dessen Mitwirkung selbst eventuell in Anspruch zu nehmen gehabt („*je n'ai jamais eu à réclamer de vous son concours, même éventuel à cet effet*“). Hienach müsste ich also dem französischen Botschafter, der nie in dem Fall war, von einer Theilnahme Oesterreichs an einem Kriege Frankreichs mit mir zu sprechen, aus freien Stücken mit dem Versprechen der Theilnahme für den Fall entgegengekommen sein, dass es einmal Frankreich belieben sollte, einen Krieg zu machen. Das würde mein ärgster Feind nicht glaubhaft finden, und darum ist der Satz unbestreitbar, dass, als Frankreich den Krieg erklärte, kein Wort gesprochen noch geschrieben worden war, was Frankreich berechtigen konnte, auf österreichische Hülfe zu rechnen.

Beiläufig ist hiebei hervorzuheben, wie es mit dem vom Herzog von Gramont gerühmten guten Gedächtnis bestellt war. Ich erinnere an die im Kapitel IX erwähnten Allianz-Anträge der französischen Regierung gelegentlich der Luxemburger Affaire,

damit war der Herzog von Gramont recht sehr betraut, und doch will er nie in dem Fall gewesen sein, eine österreichische Mitwirkung, wenn auch nur eventuell, in Anspruch zu nehmen!

Ein anderer und nicht minder auffälliger und weittragender Widerspruch findet sich ebenfalls in der Gramont'schen Antwort. An zwei Stellen sagt er, er habe mir und Oesterreich nichts vorzuwerfen („*en mon âme et conscience je ne puis adresser aucun reproche au Gouvernement autrichien*", und „*je n'avais alors et je n'ai encore aujourd'hui aucun reproche à vous adresser*"). Nun beruft sich gleichwohl Gramont am Schluss seiner Replik auf positive Abmachungen und auf verschiedene Depeschen, die er an den Prinzen Latour d'Auvergne, seinen Nachfolger in Wien, gerichtet habe, um die österreichischen Operationen zu beschleunigen. Da nimmt es sich doch seltsam aus, wenn Der, welchem solche Zusagen gemacht wurden und welcher vergeblich auf deren Verwirklichung drang, dem Andern nichts, aber auch gar nichts vorzuwerfen hatte!

Die Lösung des Widerspruches liegt aber eben in der Verwirrung dessen, was Gramont behauptet. Abmachungen bestanden in Wirklichkeit nicht, und Fürst Metternich gleichwie Graf Vitzthum haben sich nicht dazu bekannt, entsprechende Erklärungen abgegeben zu haben, zu denen sie in der That auch gar nicht ermächtigt waren. Wohlweislich hat sich Gramont gehütet, auf einen vollzogenen Akt irgend welcher Art, sei es ein Protokoll oder ein Aide-Mémoire, sich zu berufen. Es wird zwar das elastische Wort gewählt: „*Le Comte Vitzthum de concert avec l'Ambassadeur d'Autriche posa avec moi les bases de ce traité qui* déclarait *etc.*", was man so verstehen konnte, als habe der Vertrag bestanden, was aber in Wahrheit nur de faciendo, nicht de facto gelten konnte, sofern selbst, was ich gar nicht zugebe, die genannten Personen sich in der Weise geäussert haben sollten, wie Gramont sie verstanden haben will.

Wenn er aber unter Anderem eine Verabredung in Bezug nimmt, welcher zufolge von Preussen in Form eines Ultimatums

verlangt werden sollte, nichts gegen den im Prager Frieden festgestellten **Status quo** zu unternehmen, so hat ihm sein Gedächtnis einen argen chronologischen Streich gespielt. — Wie aus meinen früheren Aufzeichnungen hervorgeht, wurde ein solcher Anwurf im Jahre 1868 von Frankreich gemacht, unsererseits aber darauf nicht eingegangen. Allein glauben machen zu wollen, dass in einem Augenblick, wo die süddeutschen Armeen mit der preussischen Armee bereits im Felde standen, man in Wien auf den Gedanken gekommen sei, an Preussen eine Interpellation bezüglich der Mainlinie zu richten, ist ein Unternehmen, dessen Kühnheit manches Andere begreifen lässt [1]).

Ich habe nie daran gezweifelt, dass der Herzog von Gramont im guten Glauben so geschrieben habe, wie er schrieb, dass aber seine Erinnerungen bei ihm zuweilen ganz unwillkürlich in Phantasiegebilde sich verwandelten; dafür finden sich zahlreiche Belege in seinem *Andréas Memor* und seinen *Rectifications*. So

---

[1]) Als ich im Jahre 1879 nach Paris versetzt worden war, unternahm es eine dem Herzog von Gramont und mir befreundete Dame, eine Wiederaussöhnung zwischen uns herbeizuführen. Ich entzog mich derselben nicht, weil ich grundsätzlich der Ansicht bin, dass ein Feind weniger, mehr gilt, als zehn Freunde mehr, schon aus dem Grunde, weil der Feind sicher ist, die Freunde es aber nicht sind. Wir speisten zusammen, und Gramont besuchte mich zuvor. Bei dieser ersten Begegnung wollte ich das heikle Thema noch nicht zur Sprache bringen; als ich ihn aufsuchte, war er verreist, während seiner Abwesenheit ging ich in Urlaub und als ich zurückkam, fand ich ihn todt. Ich habe, abgesehen von der so traurigen Veranlassung, es lebhaft beklagt, dass mir die Möglichkeit einer Auseinandersetzung abgeschnitten wurde, die mir vielleicht manche nicht unwillkommene Aufklärung hätte bringen können. Eines aber ist beachtenswerth. Die der menschlichen Natur überhaupt eigene Neigung, die Ursachen selbstverschuldeten Unglücks auf fremde Schultern zu laden, ist bekanntlich den Franzosen nicht in geringerem Grade als anderen Nationen eigen. Gleichwohl haben die Gramont'schen Rechtfertigungs-Versuche in Frankreich selbst gar nicht oder wenig verfangen, und bei seinem Tode sind dieselben bei den allerdings nichts weniger als wohlwollenden Nachrufen der Presse ganz ausser Betracht gelassen worden.

kommt er immer wieder auf das von den drei Souveränen von Oesterreich, Frankreich und Italien unterzeichnete „Instrument“ zurück. wovon es nie mehr mehr als einen Entwurf gegeben hat.

Aehnlich sind seine Aussagen vor der *Commission d'enquête parlamentaire* von 1872, wo man wiederholt erfährt, dass die preussische Armee längst vor der Kriegserklärung im vollen Vormarsch begriffen war und sogar die Grenze überschritt.

Ich bin übrigens fast nachsichtig für Gramont geworden, nachdem ich von den Aussagen anderer *témoins,* insbesondere des als Delegirter des Ministeriums des Auswärtigen in Tours fungirenden Grafen Chaudordy, durch Einsicht der *Dossiers* Kenntnis nehmen konnte. Da liest man: Bei der Salzburger *Entrevue* 1867 hätten Sich die beiden Kaiser über die Nothwendigkeit des Krieges verständigt, was mit meinem oben aufgenommenen Bericht von 1874 verglichen zu werden verdient. Dann aber die folgende Aeusserung: *„Ce qui était certain c'est qu'elle (l'Autriche) était tellement engagée de notre côté que son Gouvernement ne pouvait pas se* rétourner *de longtemps et qu'il a fallu une lettre directement adressée par le nouvel Empereur d'Allemagne après sa consécration. Hélas! ici-même, à Versailles, pour faciliter au Gouvernement autrichien sa réconciliation avec la Prusse, et en cela Monsieur de Bismarck a été encore une fois très-habile, car il s'est attaché complétement de cette façon l'Empire austro-hongrois. On se sentait si bien engagé vis-à-vis de nous que, pour s'excuser, on nous disait alors du côté de l'Autriche que ces nouvelles relations nous aideraient à obtenir de meilleures conditions quand viendraient les négociations de paix.“*

Es folgt hierauf in Parenthese: *„La sténographie est interrompue par ordre de Monsieur le Président.“*

Diese Unterbrechung ist vielleicht zu beklagen, denn es hätte gewiss zu einiger Erheiterung gedient, die ferneren Aeusserungen des Herrn Grafen Chaudordy zu vernehmen.

Das Wort *‚se retourner‘* ist im französischen politischen Sprachgebrauch ein sehr in Uebung befindliches und findet An-

wendung, wenn, was nicht selten vorkommt, man sich von der einen Seite ab- und der anderen zuwendet. „*Nous lui avons laissé toute une année pour se retourner*", sagte zu mir der *Duc de Broglie* 1873 nach dem Sturze von Thiers. Nun also, nach der Auffassung des Grafen Chaudordy befand sich Oesterreich in diesem Fall, konnte es aber lange Zeit nicht dazu bringen, sich der anderen, der entgegengesetzten Seite zuzuwenden. Warum? Weil es zu weit mit der anderen Seite, mit Frankreich, engagirt war. Es bedurfte daher eines Briefes, welchen der neue Kaiser von Deutschland nach der *Consécration* in Versailles an den Kaiser von Oesterreich schrieb. So Graf Chaudordy. Unter dieser *Consécration* kann nur die Proklamirung des deutschen Kaiserthums verstanden sein, welche in Versailles am 18. Januar 1871 erfolgte. Also bis in die zweite Hälfte Januars, nachdem Sedan geschlagen, Napoleon III. gefangen, Metz gefallen und man dem Abschluss der Friedenspräliminarien nahe war, ohne dass ein österreichischer Soldat einen Fuss gerührt hatte, befand sich Oesterreich in der Lage, wegen seines Engagements mit Frankreich sich Deutschland nicht zuwenden zu können!! Das Beste dabei aber ist, dass, was dem Grafen Chaudordy doch nicht unbekannt geblieben sein konnte, da es in allen Zeitungen zu lesen war, dass, sage ich, bereits im Dezember 1870 die Verständigung zwischen Oesterreich und Deutschland kraft der Depesche, die Fürst Bismarck an den General Schweinitz in Wien und jener, die ich an Graf Wimpffen in Berlin richtete, *in optima forma* vollzogen war. Dass österreichischerseits eine so geschmacklose weil derisorische Erklärung, wie Graf Chaudordy es behauptet, dass man nämlich nach der Verständigung mit Deutschland ihm darauf günstigere Friedensbedingungen verschaffen werde, nicht erfolgt ist, bedarf kaum der Versicherung.

Sind, wenn man die Protokolle jener Enquête-Kommission liest, die dort verzeichneten Aussagen der vernommenen Zeugen zuweilen Beweise unglaublichster Leichtfertigkeit, so hat man andererseits nicht Grund, die Fragestellungen der Kommissions-

Mitglieder zu bewundern. Man begreift nicht z. B. wie Graf Daru, der Minister des Aeussern gewesen war, dem Duc de Gramont nicht die einfache Frage vorlegte: *„Dites-nous, y avait-il, oui ou non, un traité d'alliance avec l'Autriche?"* Denn es ist doch nie in der Geschichte vorgekommen, dass zwei Reiche gemeinschaftlich Krieg führten, ohne zuvor einen politischen Vertrag und eine militärische Vereinbarung abgeschlossen zu haben, und schwerlich wird ein Fall nachgewiesen werden können, wo ohne eine solche vorgängige Abmachung der eine Theil den andern benachrichtigt, dass er einen Krieg unternehme und bei diesem Krieg, der noch dazu ein Angriffs-, nicht ein Vertheidigungskrieg war, auf die Heeresfolge des andern rechnet.

In der Depesche, welche ich im Jahre 1874 von London aus an Graf Andrassy richtete, und welche — ich halte das nicht für unwichtig — wie ich bereits bemerkt, keinerlei Widerspruch oder Richtigstellung begegnete, findet sich folgende Stelle (ich wiederhole ausdrücklich das schon S. 342 Gesagte):

„Herzog von Gramont hat nicht beweisen können, und wird nicht beweisen können, dass vor der Kriegserklärung ein Wort gesagt oder geschrieben wurde, das Frankreich hätte berechtigen oder nur verleiten können, zu glauben, es könne auf die bewaffnete Unterstützung Oesterreichs rechnen.

„Als der Krieg einmal erklärt war, dann erst sind zwar keine bindenden Zusicherungen, wohl aber freundliche Kundgebungen nach Paris gegangen. Die französische Regierung zu entmuthigen, konnte ihr nichts mehr helfen, uns aber sehr viel schaden! Heute ist es leicht darüber abzusprechen, damals aber vermochte das niemand. Ich erinnere daran, wie die preussische Regierung selbst Sorge trug, durch die Presse auf die Wahrscheinlichkeit anfänglicher Niederlagen aufmerksam zu machen. Die Geneigtheit des Kaisers Napoleon zu einem möglichst raschen Friedensschluss war uns bekannt; dass dieser auf unsere Unkosten geschlossen worden wäre, denn unter den damaligen Umständen wäre schon die Ueberantwortung des südlichen Deutschland eine Niederlage für Oesterreich gewesen, ist gewiss und welche Worte hätte man für den österreichischen Minister gehabt, der diesen Ausgang nicht vorhergesehen hätte? Dass bei dem damaligen Drängen der Ereignisse in den betreffenden Schriftstücken, theilweise in Folge

persönlichen Uebereifers des Konzipienten, manches nicht genug abgewogene Wort übersehen wurde, darf ich nicht leugnen, aber es sind eben nur Worte, nicht Gedanken und Thaten, an welche der Gramont'sche Schwindel und die journalistische Hetze sich hängen. Ich nenne ohne Scheu das ganze Vorgehen Gramont's Schwindel, denn was ihn allein vor Mit- und Nachwelt entschuldigen könnte, nämlich dass er vor der Kriegserklärung eine Allianz hatte, kann er nie behaupten und noch weniger beweisen, und die angeblich aus den späteren Mittheilungen geschöpfte Ueberzeugung, dass er auf österreichische bewaffnete Unterstützung rechnen durfte, zieht ihm nur den neuen Vorwurf zu, dass er bei solchen Dispositionen es zu keiner Allianz hatte bringen können."

Da ich an dem Text des erwähnten Berichts kein Wort ändern wollte, so ist auch das Wort Schwindel stehen geblieben. Es war indessen nie meine Absicht, dieses Wort in dem Sinn einer bewussten Vorspiegelung zu nehmen, welche man Anderen einredet, sondern ich dachte dabei an eine unbewusste falsche Vorstellung, die man sich selbst einredet. Ich wiederhole, dass ich überzeugt bin, Gramont habe in gutem Glauben geschrieben, eben so fest aber bin ich es dann, dass er sich von dem Unterschied unserer Haltung vor und nach dem Ausbruch des Krieges nie Rechenschaft gegeben hat, und wie geringen Werth für ihn die angeblichen Anschauungen des Fürsten Metternich und des Grafen Vitzthum in der Zeit selbst gehabt haben, bewiesen die oben citirten Worte: *„Est-ce qu'on s'allie à un battu?"*

Von eben jenem Standpunkt aus muss die nach der Kriegserklärung mit Paris genommene Fühlung beurtheilt werden. Nach dem Verlauf des Krieges war es leicht zu sagen, was hätte geschehen sollen: wer aber vermochte, als der Krieg ausbrach, dessen Verlauf vorherzusagen? Ich war mir der ganzen Schwere der auf mir lastenden Verantwortung bewusst, doppelt, weil ich ein vom Kaiser nach Oesterreich berufener Ausländer war. Wie viel der schlaflosen Nächte mir das gekostet, mag ich gar nicht sagen. Wäre ich ein Abenteurer gewesen, die Partie war leicht.

Ich brauchte nur in Paris 600 Millionen, die ich anstandslos erhalten hätte, zu verlangen, mit diesen den Krieg einzuleiten, Verfassung und Pressgesetz zu suspendiren — die Mittel dazu wären mir nicht vorenthalten worden, und auch Ungarn, das wird im nächsten Kapitel ausgeführt, wäre mir nicht im Wege gestanden. Im Fall des Sieges war ich ein grosser Mann, im Fall der Niederlage suchte ich das Weite. Ich darf es sagen, jeder Schritt, den ich gethan, war reiflich überlegt und den Umständen gemäss bemessen. Das Resultat ist für Oesterreich-Ungarn gewesen: entgegenkommende Freundschaft Deutschlands und gerechte und sympathische Würdigung Seitens Frankreichs. Besser konnte es nicht getroffen werden, weder der Kaiser noch das Reich sind dabei zu Schaden gekommen, an mir allein ist, wie man zu sagen pflegt, die Sache ausgegangen. Ob das anerkannt wurde? Sollte mich freuen.

Dem geduldigen Leser empfehle ich die drei Beilagen des gegenwärtigen Kapitels. Sie vervollständigen das oben Gesagte. Besondere Aufmerksamkeit beansprucht die Beilage II, welche mit spezieller Bezugnahme auf die im Vorstehenden öfters genannte und vielfach angefeindete Depesche vom 20. Juli 1870 des Näheren ausführt, wie die grossen englischen Blätter im Gegensatz zu einem grossen Theil der kontinentalen Presse mit strenger Objektivität und Gerechtigkeit die ganze Frage beurtheilen. So fand die „Saturday Review“, dass die eben genannte Depesche mir zum Vortheil gereiche *(creditable)*. Der „Observer“ fand die Sprache der Depesche eben so deutlich als klug, und „Pall Mall“ und „Standard“ hatten nur den einen Eindruck, dass dieselbe die Ausführungen des Herzogs von Gramont zu nichte mache. „Standard“ nannte sie *„a crushing despatch, a model of common sense.“*

Beilage I zu Kapitel XXXII.

Privatschreiben an Graf Andrassy in Wien.

London, 23. April 1873.

Euer Hochgeboren.

Nachdem ich soeben in den Zeitungen dasjenige gelesen was Euer Excellenz in der Plenarsitzung der ungarischen Delegation gesprochen, ist es mir Bedürfnis, Ihnen zu danken. Der nie versiegende Quell des Undanks, an dem kein Gefallener ungestraft vorübergeht und der in mein jetzt so harmloses Leben noch immer bittere Tropfen fallen lässt, hat an meiner Empfänglichkeit für erwiesenes Gute nichts zu ändern vermocht, also nochmals meinen Dank!

Darf ich aber daran eine Bitte anschliessen?

Ueber den politischen Werth der diplomatischen Thätigkeit eines gewesenen Ministers werden die Urtheile immer verschieden bleiben. Die welche dieselbe billigen, brauchen keine Belehrung, und Die welche sie missbilligen, wollen sie nicht. Eingehende Erörterungen mögen daher aussichtslos erscheinen.

Allein bei den Vertretungskörpern gibt es stets einen empfindlichen Punkt, das ist die Geldfrage, und was überzeugend wirkt, das sind die Thatsachen.

Herr von Zsedeny hat unter Anderem auch bemerkt, die unnützerweise im Jahre 1870 für militärische Vorkehrungen verausgabten 19 Millionen habe der Staat meiner Politik und meinen Entschlüssen zu verdanken. Nun erinnern Sich Eure Excellenz — und das betreffende Protokoll wird es nachweisen — dass die Beschlüsse auf Grund deren jene 19 Millionen verausgabt wurden, in einem unter Vorsitz Seiner Majestät abgehaltenen kombinirten Ministerrath einmüthig und unter unbedingter Zustimmung und sogar Befürwortung der beiden Ministerpräsidenten (Eurer Excellenz und Graf Potocki) gefasst wurden und zwar ohne allen Zusammenhang mit der äusseren Politik, insbesondere mit den Beziehungen zu Frankreich, sondern in Erwägung der durch die Ereignisse für die Monarchie geschaffenen Situation.

Sollten daher in der österreichischen Delegation ähnliche Aeusserungen fallen, so würde ich Eurer Excellenz für die Erwähnung dieser thatsächlichen Umstände verbunden zu sein Ursache haben.

Genehmigen etc.

Beilage II zu Kapitel XXXII.

An Graf Andrassy in Wien.

London, 15. April 1874.

Euer Hochgeboren.

Bei verschiedenen Gelegenheiten habe ich mir erlaubt, die Haltung der englischen Presse gegenüber Vorkommnissen des Kontinents hervorzuheben und zu beleuchten. Dieser Theil der Berichterstattung ist hier mehr als anderswo angezeigt, einestheils in Folge der vorherrschenden Passivität der Regierungskreise, andererseits mit Rücksicht darauf, dass die Aussprüche der grösseren hiesigen Blätter in gewissen Grenzen und bis zu einem gewissen Grade stets als Vorläufer der Regierungsentschlüsse betrachtet werden dürfen.

Nachdem ich nun einmal dieser Aufgabe fortgesetzte Aufmerksamkeit zugewendet habe, glaube ich auch eine neuerliche Erscheinung auf ähnlichem Gebiet erwähnen und mich davon durch die Betrachtung nicht abhalten lassen zu sollen, dass meine Person dabei betheiligt erscheint. Euer Excellenz wissen, dass es sich um die neuesten Enthüllungen aus dem Jahre 1870 handelt.

Allerdings darf ich die Genugthuung in Anspruch nehmen, dass meine wiederholt ausgesprochene Ansicht von dem Anstand und der Objektivität der hiesigen Presse bei dieser Gelegenheit eine glänzende Rechtfertigung gefunden hat.

Einige der grossen Blätter wie „Times“ und „Morning Post“ haben vollständiges Schweigen beobachtet, während drei der angesehensten und verbreitetsten Blätter als „Observer“, „Saturday Review“ und „Daily Telegraph“ eingehende Artikel der anerkennendsten Art für die damalige Politik Oesterreichs, wie sie aus dem Inhalt der vielbesprochenen Depesche hervorgeht, gebracht haben. Ich erlaube mir einige Stellen zu citiren.

„In Betracht der Umstände,“ sagt die „Saturday Review“, „unter welchen sie geschrieben wurde, erscheint die Depesche als eine sehr verständige und dem Grafen Beust zur Ehre gereichende (*creditable*). Man vergesse nicht, dass Graf Beust sie schrieb lange bevor die Deutschen irgend einen Vortheil errungen hatten und als Frankreich sich anschickte, den Krieg nach Deutschland zu spielen und voll des Glaubens an seine Macht war, dem Gegner den Vorsprung abzugewinnen. Wenn daher Graf Beust auseinandersetzte, warum Oesterreich Frankreich nicht helfen könne, so dürfen wir gewiss sein, dass es ihm Ernst war,

indem er schrieb: „Die Neutralität sei Oesterreich durch gebieterische Umstände auferlegt.“ Der Artikel, den ich beilege, nimmt mehr als zwei Spalten ein und enthält nicht ein Wort der Kritik gegen das damalige Verhalten Oesterreichs und über die darauf bezügliche Depesche.

„Diese Sprache,“ sagt der gleichfalls anliegende Artikel des „Observer“, „ist eben so deutlich als sie klug war, und obschon die angewendeten Argumente in der Zusammenstellung mit der romantischen Erklärung, Oesterreich betrachte die Sache Frankreichs als seine eigene, nicht sehr wohl klangen, so konnten sie doch keinerlei Illusionen in dem Geiste eines verständigen und kaltblütigen Lesers zurücklassen. Es muss dem Grafen Beust nachgerühmt werden, dass seine Sprache sich nie verändert hat; nie hat er Frankreich falsche Hoffnung gegeben.“

Der „Daily Telegraph“, dessen bezüglichen Artikel, da er mir nicht zur Hand ist, ich nachzusenden mir erlauben werde, führt Sprache und Bedeutung der Depesche mehr auf die traditionelle österreichische Politik des auf der Lauer liegenden Neutralen zurück (1813, 1854), ohne dass jedoch dieser etwas gewagte Hinweis einen Tadel zur Folge hätte; im Gegentheil kommt der Artikel zu dem Schluss, dass diese Politik Oesterreich stets die besten Dienste geleistet habe.

Nicht unbemerkt will ich lassen, dass mir Eigenthümer, Herausgeber und Mitarbeiter genannter drei Blätter völlig unbekannt sind.

„Pall Mall“ und „Standard“ haben nur den einen Eindruck in der Depesche gewonnen und festgehalten, dass deren voller Inhalt die Ausführungen des Herzogs von Gramont zu nichte mache. „Standard“ nennt sie *a crushing despatch* und an einer andern Stelle ein Muster von gesundem Menschenverstand (*a model of common sense*).

Wie vortheilhaft hebt sich diese Sprache einer unbetheiligten Presse neben derjenigen der Wiener Blätter, selbst der ernstesten ab, welche den Patriotismus nicht besser verstehen, als in der Herabwürdigung dessen, was angesichts einer in der Geschichte vielleicht beispiellosen schwierigen Lage die Regierung eines Reiches gethan hat, welches ungefährdet und sogar mit Vortheil aus dieser Lage heraustreten konnte. Wie kopflos und unverständig erscheint der Vorwurf, sich an Deutschland versündigt zu haben — abgesehen davon, dass er nicht an einen deutschen, sondern an einen österreichischen, seiner Aufgabe als Oesterreicher sich bewusst gewesenen Minister gerichtet wird — wenn man sieht, dass in der gesamten englischen Presse, welche eben erst die rückhaltslosesten und weitgehendsten Sympathien für Deutschland an den Tag gelegt hat, indem sie dem deutschen Reichstag den Rath ertheilt, den konstitutionellen Gedanken

dem der Einheit unterzuordnen, nicht eine Stimme zu finden ist, welche in der Depesche vom 20. Juli 1870 ein Vergehen gegen Deutschland oder selbst gegen das deutsche Element in Oesterreich erkannt hätte.

Genehmigen etc.

Beilage III zu Kapitel XXXIV.

Vous me parlez, cher ami, de la lettre du Duc de Gramont et Vous me demandez ce que j'en pense et ce qu'il faut en penser.

Vous partagez ainsi judicieusement Votre question en deux parties, l'une m'étant personelle et l'autre se rapportant au fond de la chose même.

En Vous disant quelle est ma pensée je crois deviner la Vôtre. Ce n'est pas ma pensée que Vous voulez connaître, c'est l'impression que la lettre a faite sur moi et que Vous supposez sans doute avoir été fâcheuse. Eh bien, je ne dirai pas absolument le contraire. Le Duc de Gramont avec lequel pendant quatre années je n'avais cessé d'entretenir les relations les plus amicales est venu me voir peu de temps après mon installation à l'Ambassade de Londres. Nous avons beaucoup causé des événements survenus depuis, et dans le courant de notre conversation il m'a communiqué plusieurs fois plusieurs détails qui sont de nature à l'excuser, je dirai même à l'exculper en présence des accusations que l'on fait peser sur lui. Aussi chaque fois que l'occasion s'en est présenté je n'ai pas oublié d'en tirer parti pour prendre sa défense. Mais en même temps, notez bien ceci: il m'a dit qu'il avait parfaitement compris ma politique et l'attitude de l'Autriche et pas le plus léger reproche n'est sorti de sa bouche. Je Vous dirai plus: Je lui rappelai mon télégramme par lequel j'avais chargé le Prince de Metternich de l'engager dans les termes les plus pressants à se contenter de la renonciation du Prince de Hohenzollern et à l'exploiter comme succès diplomatique incontestable. Il me dit qu'il avait partagé ma manière de voir, mais qu'il avait dû agir en conséquence d'une décision arrêtée en sens contraire. Je ne commets pas d'indiscrétion avec ces dernières paroles car ce qu'elles disent, se retrouve dans le livre publié par le Duc lui-même. Jugez donc de mon étonnement lorsqu'à la veille de partir en congé avec une parfaite liberté d'esprit j'eus la surprise de cette

lettre avec la perspective assez déplaisante d'une polémique avec les journaux, moi qui me félicitais d'en avoir perdu l'habitude.

Cependant une grande partie de la presse — et Vous conviendrez que ce ne fut pas la plus mauvaise — a accueilli la prétendue révélation avec un esprit de calme et de réserve auquel on ne saurait trop rendre justice, et j'ai le ferme espoir que cet incident ne servira ni à compromettre les bons rapports de mon pays avec l'Allemagne ni à refroidir les sentiments de sympathie et d'estime qu'on nous a gardés en France. C'est là l'essentiel. Ce qui me concerne personnellement est d'un intérêt secondaire. Mais si j'avais encore l'honneur d'être Ministre de l'Empereur et que j'eusse à répondre à une interpellation je dirais ceci:

La guerre de 1870 entreprise contrairement à mes conseils et à mes prévisions avait placé l'Autriche-Hongrie dans une position des plus difficiles. Il est facile aujourd'hui de dire ce que nous avions à faire, il n'en était pas de même lorsque l'issue restait douteuse et qu'il était du devoir d'un Ministre d'envisager avec une entière indépendance de jugement les éventualités les plus diverses qui pouvaient en résulter et qui étaient toutes d'une portée grave pour les intérêts et l'avenir de la Monarchie. J'ai rempli consciencieusement le mien dans des moments souvent pénibles et je crois ne pas avoir fait fausse route. Les calamités de la guerre nous ont été épargnées, le vainqueur est devenu notre ami, le vaincu n'a rien en à nous reprocher, la lettre du Duc de Gramont l'atteste, car elle déclare l'attitude de l'Autriche avoir été sympathique et loyale. N'est-ce-pas assez pour être content?

Voilà ce que je dirais et voilà ce que dira un jour l'histoire qui juge les choses dans leur ensemble et les hommes suivant le bien ou le mal qu'ils ont fait à leur pays.

Et ceci carrément posé je Vous dirai à Vous que je n'ai pas à craindre les publications pourvu qu'elles soient complétes.

Mais me direz-Vous, et nous voilà arrivés à la seconde partie de Votre question: qu'est-ce qui en est du langage que Monsieur de Gramont aurait été autorisé à tenir à son Gouvernement, et quel est le document dont il parle? Eh, mon cher ami, c'est précisement ce que je lui ai demandé le jour même où j'ai lu sa lettre dans les journaux. La mienne, confiée aux soins de notre Ambassade à Paris, lui a été remise le 21 de ce mois, mais je suis encore à l'heure qu'il est à attendre une réponse. On dit que le Duc est de nouveau souffrant.

J'en ai été donc reduit à fouiller dans ma mémoire ne pouvant fouiller dans les papiers, et je n'y ai encore rien trouvé qui puisse m'éclairer. Mais ce que dès-à-présent je puis Vous certifier c'est que dans tous les cas le Duc s'est singulièrement trompé de date. Et c'est la date qu'il importe de connaître et que je l'ai particulièrement prié de m'indiquer.

Le Duc de Gramont parle du temps où il était Ambassadeur à Vienne, puisque parle du langage qu'il était autorisé à tenir à son Gouvernement et qu'il cherche à refuter un passage de la déposition de Monsieur Thiers, qui se rapporte à la même époque. Or je déclare une communication qui aurait autorisé l'Ambassadeur de France à dire à son Gouvernement, qu'il pouvait compter sur l'Autriche en cas d'une guerre, absolument impossible, je déclare pareille communication ne jamais lui avoir été faite. Veuillez donc me dire Vous-même s'il est seulement admissible, en supposant même que nous ayons été dans les dispositions les plus favorables à la France, qu'il aurait pu entrer dans notre pensée de nous engager ainsi pour une guerre *in abstracto* et avant l'existence même d'un *casus belli;* si l'on parle d'épouser une cause avant qu'il n'y ait une cause. Et dites-moi encore s'il est admissible qu'après avoir reçu de telles assurances à Vienne le Duc de Gramont, devenu Ministre des affaires étrangères, se trouvant en présence d'une complication des plus graves, n'ait pas songé aussitôt à transformer ces assurances en traité. Mais c'est là ce qui a été si peu le cas que des propositions d'alliance nous ont été seulement faites après la déclaration de guerre.

Car, soit dit en passant, il n'existe pas et il n'a jamais existé une transaction quelconque qui eut engagé l'Autriche à entrer en campagne ni à propos de la candidature Hohenzollern ni de la paix de Prague, ni de la ligne du Main ni pour tout autre objet.

Nous ne pouvions que décliner ces propositions qui nous furent faites au milieu du mois de juillet, et le désappointement, bien que nullement légitime, n'en fut pas moins profond et regrettable. C'est dans ce moment là où il n'y avait plus moyen d'arrêter les conséquences d'une décision vivement combattue. où nous devions refuser ce que l'on attendait de nous; il est possible que dans une lettre particulière où l'on ne pèse pas toujours les mots, il se trouvent des paroles rassurantes, qui dans l'état où en étaient les choses ne pouvaient plus exercer une influence sur les déterminations du Gouvernement français et qui n'ont pu devenir fatales pour lui, car ce qu'on lui reproche ce n'est pas d'avoir fait une guerre qu'il avait déclarée,

c'est de l'avoir déclarée, et ce n'est pas nous qui l'avons encouragé à la faire.

Voilà comment les choses se sont passées et le Duc de Gramont a donc lui raison de dire que la conduite de l'Autriche était sympathique et loyale.

Mais encore un mot. Voudra-t-on peut-être trouver notre maintien qui, je le répète, était dicté par une appréciation consciensieuse de toutes les phases de notre position, incompatible avec notre déclaration de neutralité? Ce serait se faire une idée très-fausse de ce que c'est que la neutralité. En se déclarant neutre un état s'engage à remplir les obligations que lui impose la neutralité tant qu'il reste neutre, mais la déclaration de neutralité n'est pas un pacte avec les belligérants qui enchaine sa politique et qui l'empêche de l'abandonner le jour où il le voudrait. En veut-on une preuve, il n'y a qu'à se reporter à la dernière guerre.

XXXV. Kapitel.

1870.

Neutralität und Kriegsbereitschaft. — Die Haltung Russlands. — Die Leistungen der Neutralen.

Sobald die Kriegserklärung bekannt wurde, fanden Sitzungen des vereinigten Ministerraths unter dem Vorsitz des Kaisers statt, was man den grossen Kronrath nannte. Nächst den gemeinsamen Ministern betheiligten sich auch die beiden Ministerpräsidenten Graf Potocki und Graf Andrassy. An einem Ministerrath nahm auch Erzherzog Albrecht Theil. Neben und unerachtet der Erklärung der Neutralität wurde eine beschränkte Kriegsbereitschaft beschlossen, welche einen Aufwand von ca. 20 Millionen verursachte. Wegen dieser 20 Millionen wurden ungarischerseits wiederholt Angriffe gegen mich in Szene gesetzt. Während der Delegations-Sitzung, welche Ende 1870 in Pest stattfand, kündigte im Ausschuss der konservative Abgeordnete Nermeny die Interpellation an: auf Grund welcher Berechtigung das gemeinsame

Ministerium des Aeussern jene 20 Millionen verausgabt habe? Ich erklärte mich sofort bereit, im Ausschuss, wo Deutsch gesprochen wurde, zu erscheinen und Rede zu stehen, jedoch mit dem Ersuchen, den ungarischen Herrn Ministerpräsidenten ebenfalls einzuladen. Man war nun etwas verblüfft, als ich die Antwort ertheilte, das Ministerium des Aeussern habe gar nichts mit der Sache zu thun gehabt, sondern die Verausgabung sei in einem gemeinschaftlichen Ministerrath beschlossen worden, an welchem die Ministerpräsidenten beider Reichshälften Theil genommen hätten. Ich unterliess das Wichtigste hinzuzufügen, dass nämlich die Kriegsbereitschaft in Folge Antrags des Grafen Andrassy beschlossen wurde. Im Jahre 1874, als ich Botschafter in London war, kam der mir von jeher sehr aufsässige Abgeordnete Zsédenyi (ursprünglich Herr Pfannenschmidt) auf die 20 Millionen mit starken Ausfällen auf mich und mit Lobeserhebungen meines Nachfolgers zurück. Graf Andrassy antwortete zwar in gentiler Weise, indem er sich verbat, auf Kosten seines Vorgängers gelobt zu werden, in dessen Fussstapfen er nur zu treten gebraucht habe; allein auch er verschwieg die Genesis des Beschlusses und ich richtete damals eine vergebliche Aufforderung an meinen Herrn Chef, die nöthige Aufklärung zu geben, die ihn zu jener Zeit wenig geniren konnte.

Jener Antrag, welcher mir überraschend aber, ich gestehe es, nicht unwillkommen war und zwar aus Gründen, die ich im nächsten Kapitel darlege, konnte seine geheime Spitze nur gegen Russland richten, und mögliche Eventualitäten defensiver Natur, welche den Antrag rechtfertigen würden, lagen allerdings damals nicht ausser aller Möglichkeit. Damals, in den ersten Tagen nach der Kriegserklärung, wurde ein französischer Vorstoss noch für sehr wahrscheinlich gehalten. Graf Potocki, den sein ausgedehnter Grundbesitz in Russland zu einem kompetenten Beurtheiler dortiger Verhältnisse machte, sagte es gerade heraus, dass, wenn französische Heere siegreich vordringen sollten, die Erhebung Polens nicht ausbleiben werde und Russland daher in

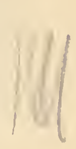
Zeit daran werde denken müssen, nicht nur das Königreich Polen sondern auch Galizien zu besetzen. Die Eventualität eines Krieges mit Russland trat nicht allzu lange darauf in bestimmten Formen auf. Dies gehört einer späteren Phase an, nämlich der einseitigen Aufhebung des Pariser Vertrages durch Russland. Ich komme darauf an geeigneter Stelle zurück.

Zu den *fables convenues* die mit unvertilgbarer Erscheinung die Geschichte des Jahres 1870 ausschmücken, gehört auch die Verhinderung einer österreichischen Aktion durch Russland. Eine solche Dazwischenkunft hat nie stattgefunden und es wird sich in den Wiener Archiven kein Blatt finden, das von einer russischen Drohung oder Warnung Zeugnis ablegen könnte. Dass sich Russland gegen Oesterreich und sogar mit bewaffneter Hand gewandt haben würde, wenn eine österreichische Aktion gegen Deutschland in Szene gegangen wäre, will ich nicht bestreiten; da aber eine solche Aktion eben nicht und eben so wenig eine sie verhindernde Intervention stattgefunden hat, so ist es mir zwar vollkommen begreiflich, dass man russischerseits die vermeintliche Intervention in Deutschland an die grosse Glocke hing, weniger, dass man dort daran glaubte. Fürst Bismarck hat sicherlich gewusst, was an der Sache war; wenn man sich jedoch erinnert, wie viel ihm in jener Zeit daran gelegen war, mit Russland in gutem Vernehmen zu bleiben und dieses Verhältnis in Deutschland populär zu machen, so versteht man leicht, warum in so demonstrativer Weise dem Kaiser Alexander und dessen Regierung gedankt werden musste.

Die Wahrheit ist, dass man in Petersburg die österreichischen Vorbereitungen (Pferdeankäufe u. dergl.) tadelte, worüber der Kaiser Alexander mehr noch als Fürst Gortschakow sich dem Grafen Chotek gegenüber missfällig äusserte. Erinnerte ich mich der oben citirten Worte des Grafen Potocki, so konnte ich in den damaligen russischen Ausstellungen nur eine Rechtfertigung für das erkennen, was geschehen war. Indessen war bei jenen Ausstellungen die man russischerseits machen zu dürfen glaubte,

von einer bedrohlichen Verwendung der getadelten Rüstungen, sei es gegen Russland oder gegen Preussen, gar nicht die Rede, sondern die Einsprache gründete sich einestheils darauf, dass Polens wegen Russland lästige Vorkehrungen zu treffen in die Lage komme, anderentheils darauf, dass die Neutralen im geeigneten Momente zwischen die Kämpfenden zu treten weit besser berufen und befähigt seien, wenn sie nicht gerüstet, als wenn sie es gethan hätten. „*Le moment viendra,*“ sagte Fürst Gortschakow zu Graf Chotek, „*où la grande Europe interviendra sans cocarde.*“ Ich erinnerte zwei Monate darauf den russischen Reichskanzler an diesen Ausspruch, indem ich an Graf Chotek schrieb: „*Le moment d'intervenir est peut-être venu et en effet je ne vois pas de cocarde, mais je ne vois pas non plus d'Europe.*“ Der Ausspruch „*je ne vois plus d'Europe*“ findet sich auch in einer im Rothbuch 1870 publizirten Depesche und es ist ihm zeitweise die Ehre des geflügelten Wortes zu Theil geworden. Ich erinnere mich, dass ich später als Botschafter einer Person, die mir in einem Augenblick auffälliger europäischer Ohnmacht sagte: „*Comme Vous aviez raison de dire que vous ne voyez plus d'Europe,*“ antwortete: „*Mais non, je la vois, mais dans quel deshabillé.*“

Die Haltung der Neutralen während des deutsch-französischen Krieges gab mir nur zu sehr Recht. Oesterreich-Ungarn war die einzige Macht, welche einem kollektiven Eintreten der Mächte behufs friedlicher Vermittlung aufrichtig und nachdrücklich das Wort geredet, und es war die einzige, welche bei dem Kriege keinen Vortheil gefunden, aber auch nicht gesucht hat. Italien hat das Unglück Frankreichs, dem es seine Entstehung verdankt, benützt, um Rom zu gewinnen, Russland hat davon Gebrauch gemacht, um den Pariser Vertrag in völkerrechtswidriger Weise zu zerreissen, und Englands Waffenfabrikation hat sich dabei nicht schlecht befunden. Ich darf hier eines von Wenigen gekannten Umstandes gedenken. Ein Anwurf geschah in vertraulichem Wege zu dem Zwecke einer Berufung des Grossherzogs von Toscana, dessen Vorfahren über Lothringen geherrscht, auf den



Thron von Elsass-Lothringen. Die Antwort lautete entschieden ablehnend.

Es wurden anfangs gewisse Anläufe zu einer Aktion der Neutralen genommen, sie waren aber weder in Petersburg noch in Florenz ernst gemeint, und England war zu gleicher Passivität in Folge einer Mission Minghetti's an Gladstone gewonnen. So kam es denn nach dem englischen Vorschlag (Lord Granville an Graf Apponyi 17. August 1870) zu der sog. *„ligne des neutres“*, welche darin bestand, dass die Neutralen sich gegenseitig von ihrer Neutralität mit dem Versprechen in Kenntnis setzten, dass, wenn der Eine oder Andere aufhören will neutral zu sein, er die Anderen zuvor davon verständigt — ein Uebereinkommen, welches sich noch einfacher in der Art konjugiren liess: *„je suis neutre, tu es neutre, nous sommes neutres.“* Seitens Russlands und Italiens wurde dieser von beiden soufflirte Modus sofort acceptirt und uns blieb schliesslich nichts übrig, als ein Gleiches zu thun.

Bekanntlich war die Aktion der Neutralen gleich Null. Sie konnte nur dann von Wirkung sein, wenn die Auffassung zur Geltung gelangte welche von Wien aus eben so beharrlich als vergeblich befürwortet wurde (s. Rothbuch von 1870, Depesche nach London 28. September, nach Petersburg 12. Oktober) nämlich dass ein kollektiver Schritt allein Aussicht auf Erfolg haben werde. In London wie in Petersburg wollte man davon nichts wissen — in London weil man an das Gelingen einer vereinzelten Mediation glaubte; in Petersburg weil man Preussen gegenüber des Pariser Vertrags wegen engagirt war, und die *ligne des neutres* schloss, nicht um eine Vermittlung herbeizuführen, sondern bei Weitem mehr um sie hintanzuhalten.

Als Erklärung der in der Mediationsfrage eingetretenen Lauheit machte man den raschen Fortgang der deutschen Siege geltend, woraus virtuell folge, dass der Krieg entschieden sei und es nicht mehr zwei kämpfende Theile gebe. Meine oben citirte Depesche an Graf Chotek schloss dagegen mit folgenden Sätzen:

„Quelque prodigieux qu'aient été les succès remportés par les armes de la Prusse et celles de ses alliés il y a toujours une France vis-à-vis de l'Allemagne. Sans doute il est peu probable que les Français parviennent à mettre en campagne des forces capables de tenir tête aux armées allemandes, mais tant que celles-ci ne seront pas parvenues à reduire deux places de premier ordre comme Paris et Metz l'on ne saurait dire que la guerre a cessé. Il reste deux parties contendantes entre lesquelles l'action médiatrice et modératrice de l'Europe a toute faculté de s'exercer.

„Je maintiens ce que j'ai dit dans une de mes dépêches au Comte Apponyi: ce n'est pas seulement à mitiger les exigences du vainqueur que devraient tendre les efforts combinés des Puissances; c'est encore à adoucir l'amertume des sentiments qui doivent accabler le vaincu et à faciliter à un peuple si cruellement éprouvé et si délicat sur le point d'honneur les résolutions que lui impose la nécessité. Je suis confirmé dans cette opinion par ce que m'a écrit récemment le Prince de Metternich, qui pense que les conditions qu'on dictera à la France, si dures qu'elles puissent être seraient bien plus facilement consenties si elles lui étaient recommandées par la voix unanime des Puissances impartiales que si elle avait simplement à subir la loi du vainqueur. Un télégramme que j'ai reçu ces jours-ci de Tours vient également à l'appui de cette manière de voir.

„Les avantages d'une action collective de l'Europe neutre me paraissent donc hors de doute et dussé-je prêcher dans le désert je ne me lasserai pas de les faire ressortir."

Man sieht, dass der eisernen Hand, welche die deutschen Geschichtschreiber gerne die europäische Einmischung vereiteln lassen, die Mühe sehr leicht gemacht war. Die eiserne Hand gegenüber den Neutralen ist genau von derselben geschichtlichen Wahrheit als der zurückhaltende Arm Russlands gegenüber Oesterreich. Auch hier bestreite ich ja gar nicht, dass, hätten die Neutralen Ernst gemacht, sie die eiserne Hand zu fühlen bekommen haben würden, allein wie die Dinge verliefen, war der eisernen Hand volle Zeit gelassen, sich mit dringenderen Aufgaben zu beschäftigen als mit der Mässigung der Neutralen. Warum deren Haltung eine so harmlose war, geht aus dem vorstehend Gesagten zur Genüge hervor. Die Frage ob ein kollek-

tives Auftreten derselben von Erfolg und von einem dem europäischen Interesse zuträglichen Erfolg hätte sein können? ist schwerer zu beantworten. Unbedingt zu verneinen ist sie nicht. Es gab nach Sedan Augenblicke, wo man im preussischen Hauptquartier, ich sage nicht über den Ausgang des Kriegs, wohl aber die Opfer die er noch kosten werde, keineswegs beruhigt war. Hat mir doch Fürst Bismarck zur Zeit unseres Gasteiner Honigmondes selbst gesagt, die Fortsetzung der Belagerung von Paris habe in Frage gestanden, falls Metz sich 14 Tage länger gehalten hätte. Dass ein nur einigermassen erfolgreiches Dazwischentreten der Neutralen, wie ich es in der citirten Depesche gesagt, durch ihre Aktion nicht nur mässigend auf den Sieger, sondern auch überzeugend und bestimmend auf den Besiegten eingewirkt hätte und die Physiognomie Europas nach dem Kriege erheblich anders gestaltet haben würde, als diese ohne eine solche Aktion zur Erscheinung kommen musste — wer wollte es bestreiten? Eine übermächtige gebietende Stellung eines einzigen Mitgliedes der europäischen Staatenfamilie ist nie als ein Glück betrachtet worden. Wohl hat die Weisheit des Kaisers Wilhelm und seines Kanzlers die von Napoleon I. betretenen Irrwege zu vermeiden gewusst, und das Deutsche Reich hat bis jetzt den Anspruch, ein Reich des Friedens zu sein, gerechtfertigt. Was aber die Zukunft bringen wird, liegt noch im Dunkel, so beruhigend auch die Garantien sind, welche die demnächst zur Herrschaft berufenen Persönlichkeiten bieten; für Deutschland selbst aber wie für den europäischen Frieden wäre es eine nicht zu verschmähende Sicherheit gewesen, wenn die Intervention der Neutralen die letzteren solidarisch verpflichtet und damit eine passive und aktive Betheiligung an einem französischen Revanche-Unternehmen im Voraus ausgeschlossen hätte.

Dass auch der Humanitäts-Standpunkt bei dieser Frage auf Geltung Anspruch hatte, wird wohl niemand leugnen wollen. Wie viel des kostbaren Blutes wäre alsdann nicht vergossen worden, und um wie viel geringer wäre die Schädigung des Wohl-

standes gewesen, eine unausbleibliche Folge des Krieges, unter der Deutschland, trotz der Milliarden, mehr gelitten hat als Frankreich.

Es ist übrigens vielleicht nicht ohne Interesse, an gewisse Anläufe zu erinnern, welche preussischerseits genommen wurden, um eine Pression der Neutralen auf die französische Regierung zu dem Zwecke der Aufgabe eines unnützen Widerstandes herbeizuführen, und ich halte es deshalb nicht für unstatthaft, eine andere Depesche, die nach Berlin erging, und sich ebenfalls im Rothbuch befindet, hier folgen zu lassen.

Depesche an Graf Wimpffen in Berlin am 13. Oktober 1870.

Durch die verschiedenen von dem Grafen Bismarck aus dem Hauptquartier Seiner Majestät des Königs von Preussen erlassenen Cirkulardepeschen wurde seither der k. k. Regierung Anlass zu irgend einer Aeusserung nicht geboten. Einige dieser alsbald auch zur Oeffentlichkeit gelangten Aktenstücke waren zunächst an die Adresse der am Kriege betheiligten deutschen Regierungen gerichtet, und wiewohl General von Schweinitz dieser Erklärungen mündlich gegen mich erwähnte, so geschah dies doch nicht in einer Weise, die mich zu der Annahme berechtigt hätte, dass in Berlin einer Erwiderung auf diese blos nachrichtlichen Mittheilungen entgegengesehen werde.

Im Grunde liegt der gleiche Fall auch bezüglich eines Memorandums des Grafen Bismarck vor, welches von den schreckenerregenden Folgen spricht, die sich an einen hartnäckig und bis zu eintretendem Mangel an Lebensmitteln fortgesetzten Widerstand der von zwei Millionen Menschen bewohnten Hauptstadt Frankreichs knüpfen müssten. Da indessen der königlich preussische Herr Gesandte uns eine Abschrift dieser auch Ihrem Berichte vom 10. d. M. beiliegenden Aufzeichnung übergeben hat, so muss ich hierin eine Aufforderung, von derselben Notiz zu nehmen, um so mehr erblicken, als ihr Zweck dahin geht, vor Europa alle Verantwortlichkeit für die darin vorgesehene entsetzliche Eventualität von der königlich preussischen Regierung abzulehnen.

Dies vorausgeschickt, kann ich den Ausdruck meiner Besorgnis nicht unterdrücken, dass dereinst vor dem Urtheil der Geschichte ein Theil dieser Verantwortlichkeit auf die Neutralen fallen würde, wenn sie sich die Gefahr unerhörten Unheils in stummer Gleichgiltigkeit vor Augen stellen liessen. Ich muss daher Euer Excellenz

auffordern, wenn der Gegenstand gegen Sie berührt wird, offen unser Bedauern darüber auszusprechen, dass in einer Lage, in welcher die königlich preussische Regierung Katastrophen wie die in jenem Memorandum angedeutete vorhersieht, dennoch das entschiedenste Bestreben sich kund gibt, jede persönliche Einwirkung dritter Mächte fernzuhalten, gleich als ob in vorhinein besorgt werden müsste, man werde Preussen zumuthen, Deutschlands edles Blut umsonst vergossen zu haben, und man werde sich der vielleicht wenig dankbaren aber darum nicht minder lohnenden Aufgabe entziehen, dem Besiegten die Annahme harter Bedingungen durch Schonung seiner Gefühle zu erleichtern.

Jenes Bestreben kann nicht das Mittel sein, das Uebermass von Greueln abzuwenden, welches Preussen aus Gründen der Menschlichkeit dem Feinde ersparen zu können wünscht. Um nicht die Strafe der Fehler der gestürzten Regierung tragen zu müssen, sind die republikanischen Machthaber in Frankreich zu den äussersten Entschlüssen geneigt.

Es kann nicht das Mittel sein, sich so zurückzubringen, dass man ausser dem Machtgebote des Siegers keine andere Stimme zu ihnen sprechen lässt.

Rücksichten auf eigene Interessen sind es nicht, welche die Regierung Oesterreich-Ungarns beklagen lassen, dass auf dem Punkte, zu welchem die Dinge gediehen sind, jede friedliche Einflussnahme der neutralen Mächte fehlt. Aber es ist ihr unmöglich, in der Weise, wie es neuerlich von Seiten des St. Petersburger Kabinets geschieht, die absolute Enthaltung des unbetheiligten Europas zu billigen und zu empfehlen. Sie hält es vielmehr für Pflicht, auszusprechen, dass sie noch an allgemein europäische Interessen glaubt, und dass sie einen durch unparteiische Einwirkung der Neutralen herbeigeführten Frieden der Vernichtung weiterer Hunderttausende vorziehen würde.

Ich wiederhole indessen ausdrücklich, dass Vorstehendes nur für den Fall geschrieben ist, dass Eurer Excellenz Anlass gegeben werden sollte, sich über den angeregten Gegenstand auszusprechen. Unser Interesse ist mit der vollständigsten Enthaltsamkeit vereinbar und wird von der längeren Dauer des Krieges wenig berührt. Nichts kann uns daher ferner liegen als die Absicht, Rathschläge oder Anerbietungen entgegenzubringen. Nur insofern die Blicke sich nach den neutralen Mächten richten, liegt uns daran, die Sachlage in das rechte Licht zu stellen.

Empfangen etc. Beust.

XXXVI. Kapitel.

1870.

Zugaben von 1870 neben dem deutsch-französischen Krieg. — Proklamirung der päpstlichen Unfehlbarkeit und Hinfälligkeits-Erklärung des Konkordats.

Das Jahr 1870 war seit langer Zeit das erste, an welchem ich auf meinen gewohnten Aufenthalt in Gastein verzichten musste. Der Kaiser befand, dass ich Wien nicht verlassen dürfe, und dieser Ausspruch war meinem eigenen Interesse zuträglich, denn mit den Aufregungen, die sich in diesem Jahr ohne Unterlass wiederholten, konnte eine Gasteiner Kur schlimmer als eine unterlassene endigen. Dagegen hatte der Kaiser die Gnade, mir Appartements in dem zum Schönbrunner Park gehörigen Stöckel-Schlösschen anzuweisen, wo ich die Nächte zubrachte. Jeden Morgen kam ich, meist zu Pferd, in die Stadt, indem ich unter Vermeidung der verkehrsreichen Mariahilfer Vorstadt über die Schmelz und die stille Josefstadt und das damals noch unbebaute Glacis meinen Weg nahm. Meinen Nachfolgern kam die Ueberlassung des Stöckels, welche fortan zur Tradition wurde, zu gute. Für mich war das kaiserliche Gebäude reich an Erinnerungen. Im Jahre 1866 residirte dort die königliche Familie von Sachsen. Dort war es, wo ich mich vom Könige verabschiedete. Später war es die königliche Familie von Hannover, welche das Stöckel bewohnte.

Ich nannte eben das Jahr 1870 ein Jahr unablässiger Aufregung. Das war es für mich von Anfang bis zu Ende. Zuerst die Spaltung im cisleithanischen Ministerium, die Kämpfe, die ich deshalb im Reichsrath zu bestehen hatte, der Rücktritt des Ministeriums Hasner, die schwere Geburt und die misslungenen Bestrebungen des Ministeriums Potocki, dann die Proklamirung der päpstlichen Unfehlbarkeit, die Besetzung Rom's durch die Italiener, endlich die Zerreissung des Pariser Vertrags durch Russland, und neben dem und vor Allem der deutsch-französische

Krieg. Die ausserhalb unserer Grenzen sich vollziehenden schweren Verwicklungen waren zwar durch die kaiserliche Regierung in keiner Weise verschuldet und konnten daher deren Verantwortung in Bezug auf ihren Ursprung nicht belasten. Gleiches galt aber nicht von ihren möglichen Folgen, denen die Monarchie zwar unbetheiligt aber darum nicht interesselos gegenüberstand. Dass meine nicht eben starke Konstitution ein ganzes Jahr hindurch einer solchen Probe täglicher und stündlicher Erregung Stand gehalten, grenzte fast an das Wunder, zumal ich mit den Qualen eines zeitweise wiederkehrenden Hexenschusses zu kämpfen hatte.

Ich habe in früheren Kapiteln mich umständlich sowohl über die Frage des Konkordates als über die Stellung verbreitet, welche Oesterreich-Ungarn dem vatikanischen Konzil gegenüber einnahm. Das Jahr 1870 brachte zwei in engem Konnex stehende Resultate: die Proklamirung des Unfehlbarkeits-Dogmas Seitens des Konzils und die Ungiltigkeits-Erklärung des Konkordats Seitens des Wiener Kabinets. Ueber Beides wurden den 1870 in Pesth zusammentretenden Delegationen ausführliche und erschöpfende Depeschen vorgelegt. — Es fügte sich, dass diese Delegations-Sitzung — die wenigst angenehme unter denen, an welchen ich Theil nahm — in eine Zeit fiel, wo noch der, wie ich nachgewiesen zu haben glaubte, sehr unverdiente, darum aber nicht minder tiefe Groll der Verfassungspartei mir überall begegnete, was die seltsame Folge hatte, dass jene Schriftstücke, welche dem päpstlichen Stuhl gegenüber die Anschauungen und die Handlungen des Bürger-Ministeriums und der damaligen Majorität mit Nachdruck vertraten, keine oder geringe Anerkennung Seitens der zur Verfassungspartei gehörigen Delegations-Mitglieder fanden, ja mehr noch, dass deren Führer Dr. Herbst zu einem Bundesgenossen des ultraklerikalen Monsignor Greuter wurde. Der letztere ging mit grosser Leidenschaftlichkeit voran, indem er, die augenblickliche Verstimmung der Verfassungspartei ausnützend, von ihrer Seite, was ihm bis dahin nie geschehen war, Beifallszeichen erntete. Ueber das

Rothbuch fasste er sein Urtheil in die Worte zusammen, es falle ihm das Testament eines schwedischen Feldherrn ein, der zu seinem Sohne gesagt habe: „Du weisst nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt regiert wird.“ Meine Replik erfolgte sofort. Sie lautete: „Der geehrte Herr Delegirte hat seine Meinung mit grosser Offenheit ausgesprochen und mit einem Wort begonnen, welches wohl historisch ist, aber, so viel ich weiss, von einem schwedischen Kanzler gesprochen wurde, mit dem bekannten Worte: ‚Mein Sohn, du weisst nicht, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.‘ Das ist allerdings ein sehr einschneidendes Wort; aber in dem Jahrhundert, wo Oxenstierna gelebt, wurde viel regiert und wenig gesprochen. Lebte er heute noch, würde er sich vielleicht anders ausgedrückt haben.“ Trotz der ungünstigen, ja beinahe feindlichen Stimmung wurde diese Erwiderung mit lauter Heiterkeit aufgenommen. Selbstverständlich richteten sich die Angriffe des Herrn Greuter vorzugsweise gegen mein Vorgehen in Sachen des Konkordats. Bemerkenswerth aber war, dass er schliesslich dabei zur Verlautbarung der bei ihm am wenigsten erwarteten Ansicht gelangte, die Aufhebung des Konkordats sei nicht zu beklagen, sie sei eine *felix culpa.* Ernst war der Ausspruch kaum zu nehmen, was mich nicht abhält, bei diesem Anlass zu erwähnen, dass drei hohe Würdenträger der katholischen Kirche, mit denen ich die Frage zu besprechen Gelegenheit hatte, sich vom Standpunkt der Kirche aus gegen die Abschliessung von Konkordaten erklärten. Der eine war der Erzbischof von Paris, Darbois, derselbe, der während der Kommune als Geissel erschossen wurde. Die zwei Anderen, da sie noch leben, glaube ich nicht nennen zu dürfen. Dem österreichischen Episkopat gehörten sie nicht an.

Ich verlasse auf einen Augenblick die Delegations-Sitzung, um dahin zurückzukehren, nachdem ich einen Blick auf die Ereignisse geworfen habe, welche ihr vorausgegangen waren.

In einem früheren Kapitel habe ich das Verfahren erläutert, welches von Seiten Oesterreich-Ungarns dem vatikanischen Konzil

gegenüber eingenommen wurde, und welches das Ministerium des Aeussern — darauf ist wiederholt hinzuweisen — im Einverständnis mit den Ministerien beider Reichshälften vertrat. So sehr man auch Ursache hatte, den Beschlüssen des Konzils nicht ohne Besorgnis entgegenzusehen, so hielt man doch eine vorzeitige Einmischung der Regierung nicht für gerathen, und zwar um so weniger, als das entschiedene oppositionelle Auftreten einer Minorität erwartet wurde, zu der die ausgezeichnetsten Mitglieder des österreichischen sowohl als des deutschen Episkopates zählten, eine Opposition, welche durch den Anschein einer Bevormundung Seitens der Regierungen nur an Ansehen verlieren konnte. Dagegen unterliess man nicht, mit dieser Minorität Fühlung zu nehmen, und eben so wenig, unbeschadet einer ehrfurchtsvollen Zurückhaltung, jeden Zweifel über die eventuelle Stellung der Regierung zu den Beschlüssen des Konzils rechtzeitig zu entfernen. Noch vor dessen Beginn schrieb ich an den Botschafter Graf Trautmannsdorff unter dem 23. Oktober 1869 Folgendes (Rothbuch 4, Seite 94):

„Tout en manifestant une sympathie bienveillante pour l'action favorable que le Concile peut exercer afin de fortifier et de développer les sentiments religieux chez les nations catholiques, Votre Excellence ne devra laisser s'élever aucun doute sur la ferme résolution du Gouvernement Impérial et Royal de maintenir la ligne de démarcation qu'il a tracé entre les droits de l'Etat et ceux de l'Eglise et de se conformer invariablement à l'esprit de la législation actuellement en vigueur.“ —

Aber auch der, gemässigten Anschauungen huldigenden Minorität gegenüber wurde rechtzeitig gesprochen. Graf Trautmannsdorff — Depesche an ihn vom 26. Dezember 1869, Rothbuch, ebendaselbst — hatte der Hoffnung Ausdruck gegeben, „die Majorität werde, um Beschlüsse *per majora* zu vermeiden, eine solche Mässigung eintreten lassen, welche auch der Minorität den Anschluss gestatten würde“. Ich selbst vermochte diese günstige Anschauung nicht zu theilen, und in der Voraussicht

eines schroffen Vorgehens der Majorität unterliess ich nicht, zu schreiben: „Unter allen Umständen wird jene so anerkennenswerthe Haltung der Minorität nur dann einen Werth haben, wenn sie nicht etwa nur das Ziel verfolgt, den heimathlichen Regierungen und Bevölkerungen gegenüber den guten Willen der Mässigung zu zeigen, sondern mit dem Entschluss gepaart ist, gefährliche Beschlüsse des Konzils zu verhindern und im Fall des Unterliegens in Gestalt einer entschiedenen Manifestation sich Achtung zu verschaffen. Ohne diese Voraussetzung wird jene Opposition den Ansichten, welche sie vertritt, wenig nützen und den Zweck einer heilsamen Rückwirkung auf das Urtheil der Regierungen und Bevölkerungen verfehlen. Ich kann Eurer Excellenz nicht genug empfehlen, diese letztere Betrachtung in Ihren Besprechungen zur Geltung zu bringen.“ Der Verlauf der Dinge ist bekannt. Es hätte nicht einmal einer demonstrativen Kundgebung bedurft, um das Zustandekommen der von der Minorität perhorreszirten Beschlüsse zu verhindern; vielmehr genügte, dass die Minorität dagegen stimmte, da ein Majoritäts-Beschluss dazu nicht genügte. Zu unserem tiefen Bedauern sahen wir aber, dass die streitbaren Opponenten, die Kardinäle Rauscher und Schwarzenberg, der Erzbischof Haynald und der Bischof Strossmayer, gleich den übrigen Mitgliedern der Minorität vorzogen, sich der Abstimmung zu enthalten und so den Unanimitäts-Beschluss zu ermöglichen. Aber nicht nur an die Minorität des Konzils, auch unmittelbar an den heiligen Stuhl richteten sich unsere Warnungen, wie dies aus der an den Grafen Trautmannsdorff am 10. Februar 1870 erlassenen Depesche (Rothbuch Nr. 123) zu ersehen ist.

Ich erinnere an diese Kundgebungen des k. und k. Kabinets aus einem speziellen Grunde. Man ist versucht gewesen, den Schritt, zu welchem die Proklamirung der päpstlichen Unfehlbarkeit den Anstoss gab, nämlich die Hinfälligkeits-Erklärung des Konkordats, durch augenblickliche Schwierigkeiten und Eingebungen der inneren Politik zu erklären, und so hat man ge-

glaubt, das Ministerium Potocki habe mit diesem kühnen Griff sich Popularität verschaffen wollen. Eine solche Voraussetzung weist die Persönlichkeit der betheiligten Minister zurück. An einer früheren Stelle habe ich hervorgehoben, wie schwer es den Grafen Potocki ankommen musste, an die Vertretung der konfessionellen Gesetze seinen Namen zu knüpfen. Er that es in patriotischer Hingebung, weil er die Nothwendigkeit begriff; allein dass er nur des Gedankens fähig gewesen wäre, einen die Kirche so nahe berührenden Schachzug aus politischem Kalkül zu thun, wird niemand glauben. Nicht minder ist zu gedenken, dass der damalige Minister für Kultus und Unterricht, Dr. von Stremayr, welcher zwar nicht konfessionell auf gleicher Linie wie Potocki stand, aber an Gewissenhaftigkeit ihm nicht nachgab, die Frage zum Gegenstand wiederholten und gründlichen Studiums gemacht hatte, und auf Grund des dadurch gewonnenen und dem Ministerrath unterbreiteten Materials die allerhöchste Genehmigung erfolgte. Aus den von mir oben citirten Schriftstücken aber erhellt, dass, nach dem, was vorausgegangen, die Hinfälligkeits-Erklärung des Konkordates für die römische Kurie keine Ueberraschung sein konnte.

Eben so wenig aber konnte die Motivirung, wie dieselbe in der Depesche vom 30. Juli 1870 (Rothbuch Nr. 144) enthalten ist, einer ernsten Anfechtung unterliegen. — Hervorzuheben ist zunächst, dass die Proklamirung des Dogmas der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht der einzige Schritt des Konzils war, gegen welchen man sich verwahren zu müssen erklärt hatte. Die 20 den Syllabus konsekrirenden Canones waren zuvor schon Gegenstand des Widerspruchs gewesen (Depesche an Graf Trautmannsdorff vom 10. Februar 1870). Die an den Geschäftsträger Ritter von Palomba am 30. Juli 1870 ergangene Depesche, welche die Hinfälligkeits-Erklärung des Konkordates ausspricht, betont eben ausdrücklich, dass die k. und k. Regierung nicht daran denkt, sich ein Urtheil über ein kirchliches Dogma zu erlauben, wohl aber daran, sich mit Konzils-Beschlüssen zu befassen, welche

die Beziehungen zwischen Kirche und Staat berühren. „Wohl," sagt die Depesche, „soll sich die päpstliche Unfehlbarkeit nur auf Materien des Glaubens und der Moral erstrecken; allein es ist zweifellos, dass der, welcher nicht irren kann, für sich allein das Recht in Anspruch nimmt, zu beurtheilen, was Sache des Glaubens und der Moral ist, und mithin einseitig über die Grenzen seiner Kompetenz entscheidet." Ueberdies wies die Depesche an mehreren Beispielen nach, in welcher Richtung verschiedene Bestimmungen des Konkordates in Folge des Unfehlbarkeits-Dogmas eine von der ursprünglichen Bedeutung und deren bisheriger Anwendung abweichende Auslegung finden mussten.

Wie ich bereits zuvor erwähnt, wurde nun das Vorgehen der Regierung in der Delegations-Sitzung 1870—71 von zwei Rednern scharf getadelt, wobei das Ausserordentliche geschah, dass der dazu naturgemäss berufene ultraklerikale Delegirte Greuter von dem Führer der liberalen Verfassungspartei, dem Konkordatsfeind Dr. Herbst, sekundirt wurde. Ich habe, als ich dessen damalige Rede gehört und nachdem ich sie dann wiederholt gelesen hatte, mir die Frage vorgelegt, wie es möglich war, dass unter dem Einfluss augenblicklicher persönlicher Gegnerschaft — ich sage augenblicklich, denn bei der nächsten Delegation stand er auf meiner Seite — ein so mächtiger und hochstehender Redner sich darin gefallen konnte, die unglaublichsten Spitzfindigkeiten zu Hülfe zu nehmen, um sein Müthchen an mir zu kühlen? Demselben Manne, welchem die Sanktion der konfessionellen Gesetze zu danken war, machte er den Vorwurf, er habe diesen Gesetzen die bisherige Giltigkeit dadurch bestritten, dass er erst in der Unfehlbarkeit einen Rechtspunkt zur Aufhebung des Konkordates erkannt habe. Für jeden Unbefangenen war der Verlauf der, dass, nachdem eine Modifikation des Konkordats im Wege der Verhandlung sich als aussichtslos herausgestellt hatte, für die legislatorischen Faktoren aber nicht minder die Nothwendigkeit erkennbar geworden war, Gesetze zu schaffen, welche damit in

Kollision traten, hieraus ein sehr wohl zu ertragender, jedoch ungeregelter und daher ungenügender Zustand erwachsen musste. Indem die Regierung diesem Zustand ein Ziel setzte, konnte sie doch unmöglich damit die Giltigkeit jener Gesetze in Frage stellen, da diese ja im Gegentheil wo möglich noch unanfechtbarer wurden als zuvor. Gelegentlich der nach Rom erlassenen Depesche wurde mir über meine Einmischung in innere Angelegenheiten der Text gelesen. Dr. Herbst übersah dabei nur, dass die Massregel, welche diese Depesche zum Gegenstande hatte und deren Kundgebung an den päpstlichen Stuhl nur durch das Ministerium des Aeussern erfolgen konnte, im cisleithanischen Ministerium berathen und beschlossen und auch in ihrer Motivirung beschlossen war, und dass der Redner sich mit seinen Angriffen selbst dessen schuldig machte, dessen er mich zeihte, denn, darf der Minister des Aeussern sich nicht in die Angelegenheiten der Ministerien der beiden Reichshälften einmischen, so hat die österreichische Delegation sich auch nicht um das zu bekümmern, was den Reichsrath angeht. Endlich erhielt ich noch eine verständliche, wenn auch in artiger Form gehaltene Lektion über das Thema, dass man ein guter Minister des Aeussern sein kann, darum aber kein guter Minister des Innern wird, und dass ein in den Rath der Krone berufener Ausländer aus Unkenntnis der österreichischen Verhältnisse in inneren Fragen fehlgeht, wobei vergessen wurde, dass ich im ersten Jahre meiner Amtirung als Minister des Innern eine Reihe von Massregeln einleitete und durchführte, die von Seiten der klerikalen, feudalen und nationalen Parteien mit dem Vorwurf der Unkenntnis österreichischer Verhältnisse scharf getadelt, von der Partei aber, welcher Dr. Herbst angehörte, vortrefflich gefunden wurden.

Die Stimmung war eben eine in hohem Grade verbitterte, und ihr hatte ich es zu danken, dass, trotzdem ich während der Weihnachtswoche die Deutschen mit einem doppelten Christkind bescheert hatte — die Depesche nach Berlin und die Abfertigung des Rieger'schen Memorandums —, ich mir einen Abstrich am

Dispositionsfond gefallen lassen musste, wogegen es mir nicht ohne Mühe gelang, den Botschafterposten beim heiligen Stuhl zu retten. Wie Coriolan einst sprach: „Mutter, Rom hast du gerettet, aber deinen Sohn hast du verloren,“ so konnte ich sagen: „Rom habe ich gerettet, aber meinen Dispositionsfond zum Theil verloren.“ Die diesbezügliche Berathung gab einem Delegirten der Linken, Ritter von Carneri, Veranlassung zu seiner Jungfernrede, worin er sich in persönlich gehässigen Ausfällen und in Behauptungen missbräuchlichen Gebahrens mit dem Dispositionsfond erging. Meine Antwort bestand in wenigen Worten, indem ich das Gesagte für Unwahrheit erklärte. Eine Entgegnung erfolgte nicht, auch bei der nächsten Delegations-Sitzung im Sommer 1871 liess mein erbitterter Gegner sich nicht vernehmen. Es ward mir aber darum nichts geschenkt, denn kaum war ich gefallen, so bekam der Abwesende sein Theil, indem der nämliche Delegirte seiner Freude darüber Ausdruck verlieh, dass die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in weniger frivole Hände gelegt sei.

Fürst Bismarck hat in einem seiner Zeit in die Oeffentlichkeit gelangten Briefe mich einmal seinen objektivsten Gegner genannt. Dass ich auch bei jenen Verhandlungen der Objektivität treu blieb, dürften nachfolgende Worte beweisen, die mehr aus dem Fenster des Delegations-Lokales hinaus als an die Delegation selbst gesprochen waren und die ich heute noch an meine Landsleute richten möchte:

„Es mag sein, dass ich in diesem Reiche der Feinde viele habe, aber — und das kann ich mit vollem Bewusstsein dessen was ich sage aussprechen — in diesem Reiche lebt nicht Einer, der mich zum Feinde hätte. Wohl habe ich bei meinem Eintritt ins Amt einen Feind vorgefunden, den ich von Anfang an mir zur Aufgabe gemacht habe zu verfolgen, mit dem ich ringen werde so lange ich an dieser Stelle zu stehen die Ehre habe, den ich bekämpfe, weil ich ihn für den grössten Feind Oesterreichs halte. Das ist der Pessimismus, jene unglücklicke Geistesrichtung, die es hier zu einer Vollendung gebracht hat wie nirgends anderswo; jener fatalistische Zug, der sich nicht

blos in trübe Anschauungen vertieft, sondern sich in ihnen wohl fühlt, dem es ein Bedürfnis ist, sich oder vielmehr den Staat immer mit neuen Verlegenheiten, Schwierigkeiten und Gefahren umgeben zu sehen, den es stört und unangenehm berührt, wenn es einmal in den Wipfeln ruhig wird und die Blätter leiser rauschen.

„Est ist ein eben so betrübendes als trostreiches Wort, das ich nach vielen Erfahrungen aussprechen darf: Im Ausland denkt man von uns besser, als wir selbst von uns denken, und noch mehr würden wir geachtet und angesehen sein, wenn das Ausland von uns selbst andere, Schilderungen unserer Zustände hätte."

Meine Schlussworte aber waren:

„Man pflegt immer an Ihr Vertrauen zu appelliren, ich aber werde sagen: Ich vertraue Ihrer patriotischen Unterstützung, vertrauen Sie, meine Herren, dem guten Stern Oesterreichs, vertrauen Sie seiner hart und oft schwer geprüften aber ungeschwächten Kraft, halten Sie fest den Glauben an die Zukunft Oesterreichs, dann wird Sie dieser Glaube nicht täuschen."

XXXVII. Kapitel.

1870.

Fortsetzung. — Zwei *Untoward Events.* — Die Okkupation Rom's und die Zerreissung des Pariser Vertrages.

Wenn ich sage: *Untoward Events,* so gestatte ich mir diese Bezeichnung insofern, als, im Allgemeinen gesprochen, beide Massregeln eine nichts weniger als sympathische Ueberraschung hervorriefen, wie dies bei Handlungen rücksichtsloser Eigenmächtigkeit, welches immer die augenblickliche Strömung der öffentlichen Meinung sein möge, in der Regel zu geschehen pflegt. Mir selbst kamen beide nicht überraschend, ich darf für mich die Thatsache, um nicht zu sagen das Verdienst, in Anspruch nehmen, deren Wahrscheinlichkeit vorausgesehen und nichts verabsäumt zu haben, was rechtzeitig dazu dienen konnte, das Unvermeidliche in weniger gewaltthätige und mehr korrekte Wege zu leiten. Was in dieser

Richtung bezüglich des Pariser Vertrages bereits Jahre zuvor geschah, ist in einem früheren Kapitel des Näheren beleuchtet worden und wird weiter unten Gegenstand historischen Rückblickes sein. So weit es sich aber um die Besetzung Rom's handelt, ist heute ein Einblick in das Rothbuch von 1870 und in die stenographischen Mittheilungen der Delegations-Verhandlungen kein undankbares Studium. Was dort ausführlich zu finden ist, will ich hier nur in gedrängter Kürze andeuten.

Es war nicht schwer vorauszusehen, dass nach dem Ausbruch des Krieges die durch französische Besatzung gewährleistete Sicherheit und Unabhängigkeit der päpstlichen Regierung fortan gefährdet sein werde, selbst in dem Fall, dass der Krieg für Frankreich einen günstigen Verlauf haben sollte, denn angesichts des schon einmal (Mentana) versuchten Garibaldi'schen Einfalls, welcher nur durch das rechtzeitige Eingreifen der französischen Truppen vereitelt wurde, konnte es nicht fehlen, dass ein gleicher Versuch sich wiederholen werde, und zwar mit verdoppelter Kraft, was hinwiederum die Nothwendigkeit einer Verstärkung der französischen Garnison zur Folge haben müsste. Dass die Dinge sich bei weitem schlimmer gestalteten, falls der Krieg für Frankreich nicht einmal, wie er es war, ein verhängnisvoller, sondern nur unbefriedigender wurde, liegt auf der Hand. Eine rechtzeitige Verständigung Frankreichs einerseits mit Italien, andererseits mit Rom, konnte zu dem Ausweg der Besetzung einiger Punkte des päpstlichen Gebietes, ohne Okkupation Rom's selbst, führen. In diesem Fall allein wären die päpstlichen Truppen stark genug, Rom selbst zu behaupten, zugleich aber war, sofern — was doch als selbstverständlich betrachtet werden musste — die Haltung Italiens eine loyale blieb, ein Boden zur Verständigung zwischen Rom und Florenz gewonnen. Meine diesbezüglichen Anwürfe wurden indessen in Paris schlecht aufgenommen und am französischen Hofe auf Rechnung des „Protestanten" gesetzt. So kam es denn zu nichts als einer wirkungslosen Erneuerung der September-Konvention, nachdem man österreichischerseits sich infolge

jener Haltung der französischen Regierung von der Sache zurückgezogen hatte [1]).

Nach der Besetzung von Rom ergingen an das Ministerium, beziehentlich an mich Protestationen und Aufforderungen der katholischen Vereine, welchen, wie nicht anders zu erwarten war, der Delegirte Greuter geharnischten Widerhall verlieh. Gegen die Vorwürfe, welchen die Regierung sich passiven Verhaltens wegen ausgesetzt sah, hatte ich eine schneidige Waffe in Bereitschaft, nämlich den Vorgang der Annexion des Kirchenstaates im Jahre 1860, gegen welches Unternehmen von Seiten Oesterreichs nicht mehr geschehen war als jetzt, trotzdem dass damals die Verhältnisse für eine Intervention weit günstiger lagen als gegenwärtig. Dies führt meine damalige Rede des Näheren aus, wobei ich des in einem früheren Kapitel erwähnten günstigen Zwischenfalls, der durch meine Vermittlung Seitens des Kaisers Napoleon in Wien gemachten Insinuation, nicht gedachte. Der Vollständigkeit wegen lasse ich den einschlagenden Theil der Rede hier folgen:

„Der geehrte Herr Redner (Greuter) hat uns zunächst auf Mazzini verwiesen. Das ist freilich eine Autorität, welche er mehr in abschreckender Weise vorführte. Aber dem Gedanken, den er dabei hatte, kann eine ganz andere Richtung gegeben werden, man kann ihm eine den Verhältnissen entsprechende Richtung geben. Es ist Alles sehr richtig, was er gesagt hat. Die Ereignisse sind in einer Weise eingetreten, um Voraussicht und Aussprüche zu rechtfertigen: allein ich gebe auch das zu bedenken, dass, wenn die ursprüngliche Idee Cavour's, die Idee der italienischen Konföderation, angenommen worden wäre, welche den heiligen Vater mit seinem gesamten Besitz, mit seinem ganzen und unantastbaren Gebiet und seinem früheren Ansehen an die Spitze dieser Konföderation stellte, ob heute nicht der heilige Vater und seine Sachen sich in besserer Lage befinden würden und vielleicht auch wir mit ihm dazu? Das sind die Folgen nicht blos des Nachgebens gegen die Gewalt, sondern die Folgen des

[1]) Dass, wie Monsignor Greuter in der Delegation behauptete, die französische Regierung in Wien protestirt habe, war eine Erfindung.

Versäumens des rechtzeitigen Einschlagens von Wegen, die eben bei der Gewalt vorbeiführen konnten. Ich glaube, dass dies auch ein Prinzip ist, welches der Herr Abgeordnete im Rothbuch vermisst, das ich aber sehr gern hineingelegt und gefunden zu wissen wünsche.

„Nun aber sagte er mir gestern: Ja, wo ist mein altes Oesterreich? Meine Herren, ich kann auch etwas auf das alte Oesterreich in diesem Fall zurückgreifen. Ich möchte dem Herrn Vorredner entgegenhalten, dass für ihn und seine Partei und seinen Standpunkt bei der ganzen Sache, um die es sich handelt, ein lateinischer Spruch und dann ein deutsches Sprichwort in Erinnerung zu bringen sind.

„Das Eine heisst: ‚*Principiis obsta*‘ das Andere: ‚Der erste Verdruss ist besser als der letzte‘. Ist denn das, was jetzt geschehen ist, etwas Neues? Ist vor zehn Jahren etwas Anderes geschehen? Ist nicht schon vor zehn Jahren eine Invasion des Kirchenstaates eingetreten? Ist es denn etwas Anderes, ob im Kirchenstaate die Legationen, Umbrien und die Marken besetzt wurden oder blos die Stadt? Und wie lagen denn damals die Verhältnisse uns gegenüber? Damals hatte Oesterreich noch einen Besitz in Italien, damals stand Oesterreich als Präsidialmacht an der Spitze des Deutschen Bundes, damals hatte Oesterreich zu rechnen auf die Unterstützungen — wenn man sie nur zu benützen verstand — der deutschen Mittelstaaten, damals war in Frankreich eine dem Papste sehr geneigte Regierung, welche sogar Oesterreich den Vorschlag einer Intervention zu Gunsten des Papstes machte.

„Dies auf der einen Seite. Auf der anderen Seite eine nicht italienische, sondern piemontesische Regierung, deren Vorposten nicht über die florentinischen Grenzen hinaus gingen, eine Regierung, mit der wir nicht allein nicht befreundet waren, sondern völkerrechtlich nicht einmal in Beziehungen standen. — Nun, meine Herren, was ist denn in dieser Lage geschehen, mit der Sie die heutige vergleichen können, wo wir in Deutschland nicht mehr sind, in Italien keinen Besitz mehr haben, wo in Spanien eine ganz andere Ordnung der Dinge eingetreten ist, in Frankreich eben so wohl, und wo wir mit der italienischen Regierung in befreundeten Beziehungen stehen, in solchen, woran sich bedeutende Interessen knüpfen? Stellen Sie die beiden einander gegenüber und erlauben Sie mir, dass ich aus jener Zeit eine Depesche vorlese, welche aus gleichem Anlass hinausgegangen ist. Ich habe sie aus dem Französischen übersetzen lassen; sie ist *de dato* Wien, 30. September 1860, und lautet:

„Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang der interessanten Berichte anzuzeigen, welche Sie am 22. d. M. an mich gerichtet haben und die mir von Baron Gravenegg übergeben wurden.

„Ich habe wohl kaum nöthig, Ew. den Ausdruck der eben so aufrichtigen als schmerzlichen Theilnahme zu erneuern, welche man hier an den Bedrängnissen nimmt, denen der heilige Vater in Folge des nicht näher zu bezeichnenden Vorgehens der piemontesischen Regierung unterworfen ist. Und dies lebhafte Bedauern kann nur erhöht werden durch die Unmöglichkeit, in Folge der Verwicklung der allgemeinen Lage eine gründliche Heilung des Uebels herbeizuführen, das mit solchem Schwergewichte auf dem heiligen Vater und dessen treuen Unterthanen lastet.

„Aus dem Erlasse, welchen ich am 25. d. M. an Sie gerichtet, werden Ew. alle Argumente geschöpft haben, die geeignet sind, nachzuweisen, dass eine isolirte Intervention zu Gunsten des heiligen Stuhls darnach angethan wäre, sowohl uns als die geheiligte Sache, die wir vertheidigen wollten, den ernstesten Gefahren auszusetzen, und dass andererseits der Boden für eine europäische Intervention im Sinne der Gerechtigkeit und der konservativen Prinzipien keineswegs genügend vorbereitet ist.

„So beklagenswerth diese Lage sein mag, es wäre nicht nur unnütz, sondern sogar unverzeihlich, sie zu verkennen. Wir waren daher glücklich, Ew. Berichten entnehmen zu können, dass der hervorragende Geist des Herrn Kardinals Antonelli, ein Geist, der daran gewöhnt ist, politische Verwicklungen vom erhabensten Standpunkt zu beurtheilen, mit voller Gerechtigkeit und bewunderungswerther Ruhe die Schwierigkeiten zu würdigen weiss, welche in diesem Augenblick unsere besten Absichten lähmen.

„Sollte es in Rom oberflächliche oder übelwollende Geister geben, welche geneigt wären, diese Absicht zu verdächtigen, so kann es Ihnen nicht schwer werden, Herr Baron, die irrigen Meinungen abzuweisen, welchen in dieser Beziehung ein gewisses Ansehen gegeben werden soll.

„Empfangen etc.

„Nun ist diese Depesche gezeichnet von einem Minister, dem gewiss nicht katholische Gesinnung abgesprochen werden kann, sie war konzipirt von einem Manne, der auch jedem katholischen Urtheile sich unterwerfen kann, dem ehemaligen Staatssekretär Baron Meysenbug, und war gerichtet an Seine Excellenz den Baron Bach. Ich glaube,

dass diese Umstände jede Unterstellung irgend einer freimaurerischen Einflussnahme vollkommen ausschliessen. (Grosse Heiterkeit.)

„Ja, meine Herren, ist denn diese Depesche nicht ein halbes Spiegelbild von derjenigen, welche in neuester Zeit ergangen ist? Der Unterschied zwischen beiden ist in den Verhältnissen begründet, so dass diese weniger anerkennend, sondern eher tadelnd sich gegen das Vorgehen der damaligen piemontesischen Regierung ausspricht, mit der man eben völkerrechtlich in keiner Beziehung stand. Im Uebrigen aber, glaube ich, hat diese Haltung, die ich nicht im Geringsten zu tadeln habe, gewiss ihre guten Gründe gehabt, so und nicht anders aufzutreten. Aber jedenfalls ist damals für eine Aktion bei weit günstigerer Lage eher weniger geschehen als jetzt, und ich habe wahrhaftig dieses Dokument nicht hervorgesucht, um hier damit Staub aufzurühren, sondern es schien mir deshalb nützlich, weil ich hoffen darf, dass damit nach beiden Seiten hin eine gewisse Beruhigung gegeben wird. Diejenigen, welche mit dem was geschehen und mit dem was unterlassen worden ist, einverstanden sind, werden noch mehr in ihrer Ansicht bestärkt werden, und Diejenigen, welche in entgegengesetzter Richtung waren, werden, glaube ich, ihr Urtheil etwas mildern und auch wird das — und ich darf es hoffen, wiewohl es von mir etwas gewagt ist — beitragen können, die Gewissen etwas zu beruhigen. Die Aufregung kann jedenfalls damit etwas beschwichtigt werden, dass man die nicht zutreffende Ansicht zurückweist, als hätten auch hier persönliche konfessionelle Einflüsse den Ausschlag gegeben. Ich habe das an anderer Stelle wiederholt gesagt und ich darf es behaupten: Ich habe, so lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, mich niemals gescheut, mich für das auszusprechen, was ich für unbedingt nothwendig erkannte, aber ich habe die Rücksichten der Achtung und Schonung, die ich gerade als Protestant doppelt zu beobachten habe, nie aus den Augen verloren.“ (Bravo links.)

Diese meine korrekte parteilose Handlungsweise, deren ich mich mit gutem Gewissen rühmen durfte, fand, man sollte es kaum glauben, in Rom mehr Anerkennung als in Wien. „Ich muss,“ sagte ich an einer früheren Stelle derselben Rede, „dem Herrn Vorredner auch das entgegnen, dass man in Rom, wo man von jeher ein viel grösseres Verständnis für politische Dinge gehabt hat als die welche sich zu Vertheidigern Rom's aufwerfen, diesen Gedanken (die partielle Besetzung des römischen Gebiets)

sehr wohl erkannt und überhaupt für das ganze Verfahren der k. u. k. Regierung ein viel wohlwollenderes Urtheil gehabt hat. Dies geht aus allen Aeusserungen hervor, die mir darüber zugekommen sind, bis in die neueste Zeit."

Aus dem Rothbuch von 1870 (Bericht des Geschäftsträgers Ritters von Palomba vom 21. September) kann man ersehen, wie billig man in Rom denken musste, wenn ein Kardinal Antonelli den Vertreter Oesterreichs beauftragte, dem Grafen Beust seinen lebhaften Dank zu übermitteln. Hatten wir uns geweigert, mit einem Protest oder mit einer Manifestation hervorzutreten, welche mit materiellem Nachdruck unmöglich war, ohne denselben aber nicht allein wirkungslos bleiben, sondern auch das Gewicht unseres Einflusses in Florenz vermindern musste, so waren wir um so mehr und mit Erfolg bemüht, diesen Einfluss nach der Besetzung zu Gunsten des Papstes zu verwerthen. Wie sehr auf der andern Seite Haltung und Sprache des Wiener Kabinets in Florenz gewürdigt wurden, geht aus der noch heute sehr lesenswerthen Depesche hervor, die Herr Visconti Venosta an Herrn Minghetti, Gesandten in Wien, am 21. September 1870 richtete (Rothbuch Nr. 150). Dies hat nicht gehindert, dass nach meinem Rücktritt bei der ersten darauffolgenden Delegations-Sitzung, gleichwie der steyerische Abgeordnete Ritter von Carneri darüber, dass die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht mehr in frivolen Händen sich befinde, so auch ein anderer steyerischer Abgeordneter, der mir übrigens gar nicht feindliche Dr. Rechbauer, darüber seiner Befriedigung Ausdruck gab, dass man nun endlich zu einem guten Verhältnis mit Italien gekommen sei. Als eine Illustration des bekannten „Ach wie ändern sich die Zeiten!" kann heute der Vorgang dienen, dass 15 Jahre später die Wahl eines Gesandten der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Wien abgelehnt wurde, weil derselbe sich über die Besetzung Rom's in jener Zeit eben so entrüstet gezeigt hatte, als man es in Wien gewesen war.

Nun zu dem zweiten *Untoward Event:* der russischen Los-

sagung von den seine Seemacht im Schwarzen Meere beschränkenden Bestimmungen des Pariser Vertrages. Hier durfte ich vielleicht mit noch mehr Recht sagen, dass ich es weder an Voraussicht noch an rechtzeitigem Vorbeugen habe fehlen lassen. In einem früheren Kapitel habe ich nachgewiesen, wie ich von Haus aus die geniale Idee des Pariser Kongresses, die Neutralisation des Schwarzen Meeres, als eine gänzlich verfehlte erkannt habe, deren einzige greifbare Wirkung eine tiefgehende Kränkung des Nationalgefühls und eine unnatürliche Beschränkung in einem Reich von 80 Millionen und darum etwas auf die Länge Unhaltbares sein werde. Einer in Folge dessen mit der Zeit nothwendig zu erwartenden Kollision war nur durch eine Revision des Pariser Vertrages vorzubeugen möglich, die ich bereits Anfang 1867, also drei Jahre früher, zu dem doppelten Zweck der Aufhebung jener Bestimmung und der Zulassung einer europäischen Kontrole in den inneren Angelegenheiten der Türkei in Vorschlag brachte. Als nun der russische Vorschritt im Jahre 1870 geschehen war, zeigte man sich in Petersburg höchlich überrascht und befremdet, dass von der Stelle aus, von wo der Gedanke der Revision zuerst angeregt worden sei, das schärfste Entgegentreten erfolge, wobei man wissentlich übersah, dass die meinerseits ergriffene Initiative eine völkerrechtlich zulässige Aenderung eines Vertrages im beiderseitigen Einverständnis im Auge hatte und dass jetzt an deren Stelle eine einseitige, durch nichts gerechtfertigte und völkerrechtlich unzulässige Lossagung hervortrat. Das Wiener Kabinet stand übrigens mit einer strengen Zurückweisung nicht vereinzelt; die erste Erwiderung des englischen Kabinets war von gleicher Schärfe. Dort freilich geschah es, dass der ersten Depesche, in welcher Lord Granville's Anschauung hervorgetreten war, eine zweite folgte, unter welcher wohl der Name Granville's stand, aus welcher jedoch der Geist Gladstone's sprach. Mehr noch als bisher wurde mein Wort „*Je ne vois plus d'Europe*“ zur Wahrheit. Wo auch anders konnte es gefunden werden, als bei England und Oesterreich allein? Etwa bei Preussen, das im Voraus gewonnen war,

oder bei Italien, welchem in diesem Augenblick an dem Prinzip europäischer Kontrole weniger als je gelegen sein konnte, oder endlich bei dem in ungleichem Kampf ringenden und unterliegenden Frankreich? Dass österreichischerseits der flagrante Vertragsbruch mit Ernst und mit Beharrlichkeit gerügt wurde, konnte, dies ist wenigstens meine Meinung, nur zur Ehre gereichen. Dass unsere Stimme keinen Widerhall fand, werden vielleicht Andere mehr als wir selbst einmal zu bereuen haben. In einem der neueren Geschichtswerke, der „Geschichte des französisch-deutschen Krieges“ von Jäger, fand ich folgende zu meiner Vernichtung bestimmte Stelle: „Nur ein beschränkter Politiker konnte sich wundern, dass Russland den gegenwärtigen Moment ergriff, um den Vertrag zu zerreissen.“ Die Nutzanwendung auf Elsass ist dabei weniger in Betracht gezogen [1]). Weil ich aber ferner der Meinung bin, dass es einmal von Nutzen sein kann, wenn jener energische Widerspruch nicht in Vergessenheit geräth, lasse ich den Wortlaut der unterm 16. November 1870 an den Grafen Chotek nach Petersburg gerichteten Depesche folgen:

Le Comte de Beust au Comte de Chotek
à St. Pétersbourg.

Nr. 1. Vienne, le 16 novembre 1870.

L'Envoyé de Russie m'a remis il y a quelques jours copie d'une dépêche dont Vous trouvez également une copie ci-annexée.

Je me suis empressé de la placer sous les yeux de l'Empereur et Roi, notre Auguste Maître, et c'est d'ordre de Sa Majesté que je Vous charge de porter les observations suivantes à la connaissance de M. le Prince Gortchacow.

---

[1]) Der von mir oft genannte Monsignor Greuter gab auch in der Delegation seinem Erstaunen darüber Ausdruck, dass wir in dem Augenblick, wo wir das Konkordat für hinfällig erklärten, Russland einen Vorwurf daraus machten, ein Gleiches mit dem Pariser Vertrag zu thun. Der Unterschied ist einleuchtend, da es sich bei dem Konkordat nicht um internationale, von zwei Staaten abgeschlossene, gegen einander zu erfüllende Verpflichtungen handelte.

Voici ce que porte l'article 14 du traité conclu à Paris, le 30 mars 1856:

„Leurs Majestés l'Empereur de toutes les Russies et le Sultan, ayant conclu une convention à l'effet de déterminer la force et le nombre des bâtiments légers, nécessaires au service de Leurs côtes, qu'Elles se réservent d'entretenir dans la Mer Noire, cette convention est annexée au présent traité, et aura même force et valeur que si elle en faisait partie intégrante. Elle ne pourra être ni annulée ni modifiée sans l'assentiment des Puissances signataires du présent traité."

Le dernier paragraphe de cet article, par ses termes positifs, acquiert une valeur particulière en ajoutant expressément et exceptionellement une stipulation qui, de tout temps, a été regardée comme sous-entendue dans chaque transaction internationale.

Nous ne saurions donc concevoir ni admettre un doute sur la force absolue de cet engagement réciproque, lors même que l'une ou l'autre des parties contractantes se croirait dans le cas de faire valoir les considérations les mieux fondées contre le maintien de telle ou telle disposition d'un traité qu'on est convenu de déclarer d'avance ne pouvoir jamais être ni annulé ni modifié sans l'assentiment de toutes les Puissances qui l'ont signé.

C'est uniquement pour ne pas manquer aux égards dûs au Cabinet de St. Pétersbourg que, sans nous arrêter à ce simple renvoi qui résume toute notre pensée sur l'ouverture qu'il vient de nous faire, nous entrons dans un examen des arguments sur lesquels repose cette communication.

La dépêche de M. le Chancelier de Russie commence par relever une certaine inégalité ou iniquité dont les dispositions du traité seraient entachées, en ce qu'elles limitaient les moyens de défense de la Russie dans la Mer Noire, tandis qu'elles permettaient à la Turquie d'entretenir des forces navales illimitées dans l'Archipel et les détroits.

Il ne nous appartient pas de discuter ni l'origine ni la valeur d'un arrangement qui n'a pas été passé entre la Russie et nous, mais qui est commun à toutes les Grandes Puissances. Nous nous permettrons seulement de faire observer à M. le Prince Gortchacow que réflexion pareille peut empêcher la signature d'un traité, et qu'après la signature elle peut servir de base à une demande de modification, mais que jamais elle ne peut autoriser une solution arbitraire. Nous dirons plus. Les raisons que le Gouvernement de Russie met en avant pour justifier un acte unilatéral, loin d'en atténuer la portée,

ne font qu'ajouter à la gravité des considérations qui s'y rattachent. La maxime qu'il lui plait d'adopter compromet non seulement tous les traités existants, mais encore ceux à venir. Elle peut contribuer à les rendre faciles, elle ne servira pas à les rendre solides.

Cependant le Cabinet de St. Pétersbourg rappelle des dérogations auxquelles le traité de 1856 n'aurait pas échappé.

Il est question de révolutions qui s'étaient accomplies dans les Principautés danubiennes et qui, contrairement à l'esprit et à la lettre du traité et de ses annexes, avaient conduit à l'Union des Principautés et à l'appel d'un Prince étranger.

Qu'il nous soit permis de faire ressortir un point qui nous semble capital.

Les Principautés de Moldavie et de Valachie n'étaient point partie contractante du traité de 1856. Elles se trouvent sous la suzeraineté de la Porte ottomane.

Etait-ce bien celle-ci qui était responsable des changements survenus dans ces pays et qui, aux yeux du Gouvernement Impérial de Russie, constituent une infraction aux traités?

Est-ce bien elle qui a demandé qu'on les sanctionnât, et n'est-ce pas elle qui aujourd'hui doit accepter une infraction évidemment préjudiciable à ses droits et à ses intérêts?

Reste l'entrée de quelques bâtiments de guerre étrangers dans la Mer Noire. Ces faits nous sont inconnus à moins qu'il ne s'agisse des bâtiments de guerre désarmés qui servaient d'escorte à des Souverains. Ces apparitions, le Cabinet de St. Pétersbourg ne l'ignore pas, avaient certes un caractère bien inoffensif. Rien d'ailleurs n'empêchait le Gouvernement de Russie de porter plainte du moment où elles lui paraissaient incompatibles avec les dispositions du traité.

Le Gouvernement de Sa Majesté Impériale et Royale Apostolique n'a donc pu apprendre qu'avec un pénible regret la détermination que nous annonce la dépêche de M. le Prince Gortchacow et par laquelle le Gouvernement Impérial de Russie assume sur lui une grave responsabilité. Il lui est impossible de ne pas en témoigner sa profonde surprise et d'appeler la sérieuse attention du Cabinet Impérial sur les conséquences d'un procédé qui non seulement porte atteinte à un acte international signé par toutes les Grandes Puissances, mais qui se produit encore au milieu de circonstances où plus que jamais l'Europe a besoin des garanties qu'offre à son repos et à son avenir la foi des traités.

Vous donnerez lecture de la présente dépêche à M. le Prince Gortchacow et Vous lui en laisserez copie.

Recevez, etc.

Le Comte de Beust au Comte de Chotek
à St. Pétersbourg.

Nr. 2. Vienne le 16 novembre 1870.

Après m'avoir communiqué la circulaire du 19/31 octobre dr. à laquelle ma dépêche No. 1 de ce jour sert de réplique, M. l'Envoyé de Russie m'a donné lecture de quelques passages d'une autre dépêche de son Cabinet, relative à la même affaire, mais portant un caractère plus confidentiel.

Dans cette pièce M. le Prince Gortchacow, faisant appel à nos sentiments d'amitié pour la Cour de Russie, exprime l'espoir de nous trouver d'autant plus disposés à juger avec faveur sa détermination de s'affranchir des stipulations réglant la neutralisation de la Mer Noire que le Gouvernement I. & R. avait lui-même, dès le mois de janvier 1867, pris l'initiative d'une proposition dont l'effet eût été de dégager la Russie des restrictions que lui imposaient ces mêmes stipulations.

J'ai repondu à M. Novikow que, sans nul doute, nous avions toujours témoigné le plus vif désir de consolider nos bons rapports avec la Cour de St. Pétersbourg et que l'initiative rappelée par le Prince Gortchacow avait été l'expression la plus éclatante peut-être de ce bon vouloir de notre part; mais que je ne pouvais me défendre d'un sentiment de regret en reportant mes souvenirs sur la démarche dont il s'agit et en me retraçant l'accueil plus que froid qu'elle avait rencontré auprès de ceux-là même qui eussent dû s'y montrer les plus sensibles. M. le Chancelier ne peut avoir oublié qu'au lieu d'éveiller dans son esprit un écho sympathique, elle ne provoqua de sa part que des critiques et des reproches que nous ne nous attendions certes pas à voir se produire de ce côté.

Le prédécesseur de Votre Excellence ne put que nous mander alors que le chef du Cabinet russe trouvait notre manière d'agir précipitée; que, dans son opinion, elle avait suscité sans nécessité la méfiance du Gouvernement français et que l'idée, mise en avant par nous, d'une conférence pour le règlement des questions à résoudre en Orient lui semblait peu propre à assurer un résultat satisfaisant. A coup sûr, cette manière de répondre à une avance aussi loyale que bienveillante était faite pour exciter notre surprise. La Russie pou-

vait contester l'opportunité de notre proposition, à laquelle l'adhésion de la France et de l'Angleterre avait fait défaut; mais la pensée qui l'avait inspirée, pensée toute bienveillante pour la Russie et favorable à ses voeux, n'en constituait pas moins une preuve manifeste de nos bonnes dispositions qui méritait d'être mieux accueillie.

J'ai signalé, en outre, à M. l'Envoyé de Russie la différence essentielle qui existe entre la combinaison suggérée par nous en 1867, et la déclaration que son Gouvernement vient d'émettre.

Aux termes de notre projet, les entraves apportées à la liberté d'action de la Russie dans l'Euxin devaient être écartées dans les formes déterminées par le traité même et non par un simple acte unilatéral. De ce que nous avions recommandé l'abrogation légale, prononcée par l'unanimité des Cours signataires, il ne s'en suivait nullement que nous dussions approuver une annulation arbitrairement et isolément signifiée par la partie obligée. L'article 14 du traité du 30 mars 1856 porte, en toutes lettres, que la Convention conclue le même jour entre les deux Etats riverains de la Mer Noire ne pourra être ni annulée ni modifiée sans l'assentiment des Puissances garantes, et je ne comprendrais donc pas que le Gouvernement russe, en suivant aujourd'hui, pour se libérer des charges de cette Convention, un mode de procéder diamétralement opposé à la clause que je viens de citer, pût nous taxer d'inconséquence, lorsque c'est précisément l'application de cette clause qui formait la base de notre programme.

Enfin, ai-je fait observer à M. Novikow, la marche proposée à cette époque par le Cabinet I. & R. n'était aucunement de nature à entraîner les dangereuses conséquences qu'il y a lieu de redouter de l'acte récent du Cabinet de St. Pétersbourg. En obtenant, de l'aveu de l'Europe, le retrait de l'interdiction qui empêche le développement de ses forces navales dans la Mer Noire, la Russie recouvrait la position qui lui est dûe dans ces parages, sans qu'il eût fallu en concevoir des alarmes. Il n'en est pas ainsi aujourd'hui. La démarche qui vient d'être faite ne saurait manquer d'exciter les plus sérieuses inquiétudes. Dans l'Europe occidentale, elle produit déjà une irritation des esprits fort préjudiciable à la cause de la paix; dans le Levant cet essai de la Russie de se faire justice elle-même sera envisagé sans doute comme une preuve que cette Puissance a jugé le moment venu de prendre en main la solution de ce qu'on est convenu d'appeler la Question d'Orient. Les imaginations si ardentes des peuples chrétiens de ces contrées y trouveront un stimulant des plus actifs. L'exemple frappant d'un Etat dont le prestige est si grand à leurs yeux leur

semblera désormais, nous le craignons, justifier toutes les agitations et toutes les violences.

Le Chancelier russe ne saurait disconvenir, qu'il y a là de quoi nous préoccuper, et il ne s'étonnera donc pas que nous prenions très-au-sérieux la surprise qu'il a ménagée au monde politique. Nous voyons, dans l'attitude prise par le Cabinet de St. Pétersbourg, non pas une menace directe à l'Europe, mais une cause de perturbation fâcheuse, mettant en péril son repos et sa sécurité.

Je n'ai jamais fait mystère de ma conviction que les transactions de 1856 ont placé la Russie, sur la Mer Noire, dans une situation peu digne d'une Grande Puissance, en amoindrissant le rôle qu'elle est appelée à jouer dans les eaux qui baignent son territoire, et je n'ai rien négligé, je puis le dire, pour faire partager cette conviction aux autres Cours garantes. Aussi, n'en ai-je été que plus peiné de voir le Gouvernement Impérial recourir, pour le redressement de ses griefs, à un moyen qui, sous tous les rapports, me paraît le moins heureusement choisi.

Tel est le langage que j'ai tenu à M. Novikow en cette circonstance. J'ai cru utile de le reproduire dans le présente dépêche, dont Votre Excellence voudra bien donner lecture à M. le Prince Gortchacow et dont Elle est même autorisée à lui laisser copie s'il en témoignait le désir.

Recevez, etc.

Ich bereue noch heute nicht den etwas herben Ton dieses Schriftstückes. Hat er in Petersburg verletzt, so ist das — wie Anderes, was ich bei früherer Gelegenheit erwähnte — nicht am Reich sondern, wie man zu sagen pflegt, an mir „ausgegangen“. Mein Nachfolger, welchem ich noch nicht energisch genug gewesen war, wurde in Petersburg mit Ehren und Lobpreisungen überhäuft, ich aber zur Strafe in London vom Kaiser Alexander demonstrativ misshandelt, wofür Seine Majestät gegenüber seinem Schwager, dem Prinzen Alexander von Hessen die Erklärung hatte: „ich sei der grösste Feind Russlands.“ Mein Gewissen ist deshalb ruhig. Möglich aber, dass jener Ausspruch theilweise in gewissen anderen weniger bekannten Umständen seinen Ursprung hatte.

Ich habe in einem früheren Kapitel näher ausgeführt, warum

der Dank, welchen man deutscherseits Russland nach dem Kriege entgegenbrachte, ein sehr wenig verdienter war. Wo man mehr Ursache hatte, sich zu bedanken, das war London. Anstatt dass man den dem Fürsten Bismarck eben so sympathischen als ergebenen Lord Odo Russell damals nach Versailles sandte, konnte und musste man einen bocksteifen Engländer mit der einfachen Interpellation beauftragen, ob die preussische Regierung den von Russland gethanen Schritt missbillige oder nicht, ob Preussen sich einem dagegen zu thuenden Kollektivschritt anschliessen will oder nicht? Im Fall der Bejahung vereinte sich Preussen (Deutsches Reich existirte noch nicht) mit England und Oesterreich-Ungarn zu entschiedener Einsprache und Fürst Gortschakow war zum Rückzug genöthigt. Fiele dagegen die Antwort dahin aus, dass man nicht missbillige, so war die Entgegnung dann einfach, dass, sobald Preussen in dieser Frage Russlands Freund sei, es Englands Feind werde und alsdann zu erwarten habe, dass man es als Bundesgenossen Russlands behandle. Gleicher Standpunkt wäre dann der Oesterreich-Ungarns gewesen, und dort war man der Ungarn wie der Deutschen sicher, wenn die Spitze sich gegen Russland kehrte.

Man darf nicht vergessen, wie die entscheidenden Momente auf einander folgten. Bei den Emser Besprechungen, die dem Kriege vorausgingen, hatte man russischerseits sich der Zustimmung Preussens zu der Lossagung vom Pariser Vertrag versichert, welche nach dem Kriege sich vollziehen sollte. Fürst Gortschakow aber, welcher vielleicht noch mehr als Andere von der Art und Weise wusste, mit welcher Fürst Bismarck nach dem Kriege von 1866 die wegen der Saarbrückener Grenzberichtigung mit Benedetti getroffenen Verabredungen zu verwirklichen wusste, fand es für gerathen, mit seiner Aktion vor dem Ende des Krieges voranzugehen. So fiel denn diese gerade in den kritischen Zeitpunkt des Feldzuges und ich weiss von bester Hand, dass Fürst Bismarck von einem schwer zu beschreibenden Zorn gegen Fürst Gortschakow erfasst wurde. Das war der Moment, wo Odo Russell

kam und wo ein Anderer hätte kommen können. Der deutsch-französische Krieg nahm dann möglicherweise eine andere Wendung als er genommen hat; wahrscheinlicher aber wäre es gewesen, dass Fürst Bismarck unter dem eben geschilderten Eindruck und mit Bezugnahme auf die der Verabredung zuwider stattgefundene Ueberstürzung sich auf Seite der anderen Mächte gestellt und so die russische Cirkulardepesche keine Folge gehabt hätte, der Pariser Vertrag vielmehr aufrecht erhalten worden wäre.

Nun weiss ich, dass ich — allerdings nach der ersten englischen entschiedenen Note — einen ähnlichen Gedanken dem englischen Botschafter in Wien, Lord Bloomfield, nahegelegt habe, und ich habe vernommen, seine darauf bezügliche Depesche sei im Blaubuch erschienen. Ob dies geschah, konnte ich nicht konstatiren, woraus aber nicht folgt, dass die Depesche nicht geschrieben worden sei, und es scheint jedenfalls, dass man in Petersburg davon Kenntnis gehabt hat.

Indessen Gladstone war erster Minister, Odo Russell willkommener Besuch in Versailles, und die gegen das russische Vorgehen genommenen Anläufe endeten mit dem Londoner Protokoll, welches das russische Vorgehen sanirte, indem es gleichzeitig den Grundsatz erneuert proklamirte, dass ein Vertrag nur im Einverständnis Derer, die ihn geschlossen, abgeändert werden könne, was so ziemlich einem gerichtlichen Erkenntnis gleichkommt, welches Selbsthülfe für verboten erklärt, Demjenigen jedoch der sich selbst geholfen hat, dasjenige zuspricht was er sich damit angeeignet hat.

XXXVIII. Kapitel.

1870.

Das Schwarze Meer und die Czechen. — Galizien. — Brody. — Klaczko.

Meine Antwort auf die russische Vertragslösung fand in den Wiener Blättern, namentlich aber in der „Neuen freien Presse“ eine äusserst günstige Aufnahme und eine entschiedene Billigung. Um so mehr musste es auffallen, und konnte sich nur durch die eine Zeit lang meiner Person geltende Verbissenheit erklären, dass in der Delegation davon gar nicht Notiz genommen wurde. Doch nein, im Ausschuss liess ein nordböhmischer Abgeordneter, von dem man behauptete, seine Sprechweise müsse mich anheimeln, die in einer österreichischen Vertretung merkwürdigen Worte fallen: „Was geht denn uns das Schwarze Meer an?“

Im Gegensatz zu dieser deutsch-böhmischen Entsagung fanden die Führer der czechischen Bewegung es angezeigt, sich mit dem Schwarzen Meere zu beschäftigen, in der Richtung jedoch, dass Russland in dessen Besitz nicht gestört werden dürfe. Es war dies einer der Hauptpunkte des damals vielbesprochenen Memorandums, welches Dr. Rieger mir im Namen seiner Gesinnungsgenossen und der böhmischen Nation übersandte, und worauf ich mit einer ernsten und entschiedenen, aber nicht verletzenden Zurückweisung antwortete, in welcher zum ersten Male an Stelle des Wortes „Landesverrath“ das seitdem oft gebrauchte Wort „Landespreisgebung“ Aufnahme fand. — Ich lasse dieses Schriftstück *in extenso* folgen:

Musste ich solchergestalt der „böhmischen Nation“ verdeutlichen, dass sie wohl thun werde, sich nicht mit den Angelegenheiten Russlands zu befassen, zumal in dem Augenblick einer zwischen dieser Macht und uns schwebenden Differenz, so war ich gleichzeitig genöthigt gewesen, die russische Regierung auf indirektem Wege zu ersuchen,

sich nicht um die inneren Angelegenheiten Oesterreich-Ungarns kümmern zu wollen. Es hatte nämlich der damalige englische Minister des Aeussern unserem Botschafter Graf Apponyi nach seiner Rückkehr von Ems, wo die bekannten preussisch-russischen Besprechungen stattgefunden hatten, die Mittheilung gemacht, von Seiten beider Regierungen werde die wohlwollende Behandlung Galiziens mit Missfallen und Misstrauen bemerkt, und Lord Clarendon glaubte sogar desshalb die k. und k. Regierung warnen zu müssen. Dies gab mir zu der Depesche Anlass, welche im Rothbuch 4 zu lesen ist und welche hier ebenfalls im Text folgt. Sie gab in der Delegation Dr. Herbst Veranlassung, mit den schärfsten Waffen wegen „Einmischung in innere Angelegenheiten“ gegen ein Schriftstück vorzugehen, welches die Bestimmung hatte unberechtigte Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten fern zu halten.

Le Comte de Beust au Comte Apponyi
à Londres.

Lettre particulière.

Vienne, le 27 juin 1870.

Il me revient de différents côtés que la question polonaise a joué un certain rôle dans l'entrevue d'Ems. Les deux Souverains auraient, m'assure-t-on, jugé necessaire d'établir entre eux une sorte d'entente provoquée par l'attitude du Gouvernement Impérial et Royal dans les affaires de la Galicie.

Cette nouvelle m'est encore confirmée par les renseignements que Vous me transmettez sous la date du 23 de ce mois. D'après les détails confidentiels que Vous me donnez sur votre „conversation intime“ avec Lord Clarendon, il me semble que Sa Seigneurie ne trouve pas entièrement dénuées de fondement les alarmes qui, à ce que nos voisins prétendent, leur sont inspirées par notre conduite vis-à-vis des Galiciens. Je vois avec plaisir que Vous Vous êtes efforcé de placer les faits sous leur vrai jour et je ne puis qu'approuver le langage que Vous avez tenu au Principal-Secrétaire d'Etat. Le sujet est cependant assez important pour mériter qu'on y revienne, et je crois devoir Vous indiquer quelques considérations nouvelles que je Vous prie de soumettre, lorsque Vous en trouverez l'occasion, à l'appréciation de Lord Clarendon.

Avant tout je dois établir en principe, ainsi que Vous l'avez déjà fait, que la manière dont nous gouvernons la Galicie est purement une question d'administration intérieure et qu'il est, si non impossible, du moins fort dangereux d'admettre que des questions de cette nature puissent devenir l'objet d'une entente entre des Puissances étrangères. Qu'un Gouvernement établisse chez lui un régime plus libéral que celui qui existe chez ses voisins, il n'y a certes pas là une raison suffisante pour que ceux-ci aient le droit de se plaindre et d'agir comme s'ils étaient directement menacés. Tant qu'il n'y a pas de propagande active exercée au-delà des frontières, tant qu'il n'y a pas de tentative d'étendre une influence illicite sur les pays adjacents, tout Gouvernement doit rester libre d'organiser, comme il l'entend, l'administration de ses provinces et ses voisins ne sauraient avoir un juste motif de prendre de l'ombrage.

S'il en était autrement, on laisserait s'établir un précédant fort grave et d'une portée trés-menaçante pour le maintien de la paix. Que dirait-on, par exemple, en Angleterre, si l'Autriche et la France, manifestant des alarmes de la politique suivie par la Prusse à l'égard des aspirations de la nationalité allemande, déclaraient y voir un motif de se concerter étroitement afin de parer à toutes les éventualités. Je crois qu'un pareil langage paraîtrait au Cabinet de Londres plus inquiétant pour le maintien de la paix que telle ou telle avance faite par le Gouvernement prussien au parti national allemand et nous aurions sans doute en ce cas à entendre des reproches assez vifs de la bouche de Lord Clarendon.

Pourtant ce ne sont que ses propres nationaux que le Gouvernement Impérial et Royal cherche à se concilier en Galicie, car nous pouvons hardiment affirmer que jamais un acte ou une parole officielle n'a révélé de notre part le désir de flatter la nationalité polonaise en dehors de la Galicie.

Il me semble donc, qu'on ne saurait reconnaître à la Prusse et à la Russie le droit de se formaliser des concessions que l'Autriche croit utile de faire aux Polonais de la Galicie. D'ailleurs ces craintes qu'on nous dit être conçues à Berlin et à St. Pétersbourg existent-elles réellement? J'avoue que j'ai de la peine à y croire.

Il me serait difficile d'admettre que nos voisins pussent se réjouir de voir une province importante de l'Autriche rester mécontente; mais qu'ils trouvent un danger pour eux à ce que cette province soit satisfaite, c'est ce que l'imagination la plus timorée ne saurait comprendre.

Si c'est en qualité de Puissances copartageantes et en se fondant sur les droits acquis à ce titre que les deux Puissances prétendraient devoir s'occuper des affaires de Galicie, nous pourrions tout aussi bien réclamer de notre côté le droit de surveiller la manière dont la Russie gouverne ses provinces polonaises.

Nous n'élevons pas de pareilles prétentions et si, par respect pour l'indépendance de tout Gouvernement dans les affaires du ressort de l'administration intérieure, nous gardons une réserve absolue devant les questions de cette nature, nous pensons qu'on pourrait observer envers l'Autriche les mêmes égards lorsqu'elle cherche à satisfaire les voeux légitimes de ses sujets de nationalité polonaise. Il y a eu une époque, sous l'administration du Marquis Wielopolski, où la Russie favorisait plutôt chez elle le développement de la nationalité polonaise. Quels que fussent alors nos sentiments à l'égard de cette manière de procéder du Gouvernement russe, nous n'avons pas trouvé que nous eussions à nous en préoccuper, ni cherché à établir une entente avec la Prusse pour nous prémunir contre les dangers qui pouvaient en résulter. Lorsque plus tard nous nous sommes, d'accord avec les Gouvernements d'Angleterre et de France, prévalus du texte des stipulations du traité de 1815 pour réclamer à St. Pétersbourg en faveur des Polonais, la situation était tout autre. L'insurrection polonaise constituait alors un véritable péril pour nous en particulier et pour le maintien de la tranquillité générale. Les Puissances pouvaient invoquer pour justifier leur conduite non seulement le texte d'un traité mais l'urgence d'aviser à l'extinction d'une conflagration qui prenait des proportions redoutables et menaçait la sûreté des pays voisins. Il n'y a aucune analogie entre la situation actuelle de la Galicie et celle où se trouvait à cette époque le Royaume de Pologne. Le calme le plus complet règne en Galicie et il serait étrange de prétendre que la tranquillité et le contentement d'une province sont une menace ou un danger pour les voisins.

Je contesterais donc absolument à la Prusse et à la Russie le droit de se faire une arme entre nous de l'organisation administrative qu'il nous plait d'introduire en Galicie et qui ne touche en rien aux intérêts de sujets prussiens ou russes. Je ne crois pas même beaucoup à la réalité des craintes qu'éprouveraient ces Puissances.

Par contre, je ne disconveniens nullement de m'être montré favorable, depuis mon entrée au Ministère, à l'adoption d'un système accordant une certaine satisfaction aux voeux de la Galicie.

En agissant ainsi, je crois m'être inspiré des conseils d'une saine

politique et je suis persuadé que tout homme d'état impartial appréciera les motifs qui m'ont dictée cette conduite.

Parmi les diverses nationalités répandues dans l'Empire Austro-Hongrois, la nationalité polonaise est une de celles dont le dévouement aux intérêts généraux et au maintien de l'Empire nous est le plus sûrement acquis. — En effet, elle n'a aucun appui à chercher en dehors de l'Empire dont elle fait partie. Sans parler de l'excellent contingent militaire que la Galicie a toujours fourni dans nos guerres, ses représentants dans nos Assemblées délibérantes se sont montrés jaloux de veiller à la grandeur de l'Empire. Ce sont eux, qui dans la Délégation du Reichsrath devant laquelle je suis spécialement appelé à défendre la politique Impériale, m'ont le plus fidèlement soutenu par leurs discours et leurs votes. Resserrer les liens qui les attachent à l'existence de l'Empire Austro-Hongrois m'a donc toujours paru essentiel et ce but ne pouvait être mieux atteint qu'en leur accordant les concessions qu'ils réclamaient sur le terrain de l'autonomie administrative. C'est dans ce sens que j'ai plaidé leur cause avec conséquence dans les Conseils de l'Empereur et que j'ai plus d'une fois insisté sur la nécessité de les rallier étroitement autour des nouvelles institutions de l'Empire. Qu'il faille pour cela leur donner certains droits favorables au développement de leur sentiment national, le fait est incontestable. Mais ces droits sont circonscrits aux limites de la province et nous apportons une attention scrupuleuse à les contrôler de façon à ce qu'ils ne puissent pas franchir ces bornes. J'en citerai ici un exemple. Le Ministère du Comte Potocki accepte la présence dans le Conseils des Ministres d'un Ministre spécialement chargé de représenter les intérêts de la Galicie, parceque ce Ministre doit être, comme ses collègues, responsable devant le Reichsrath, c'est-à-dire, devant la représentation générale des provinces cisleithanes, de la part qu'il prend à la direction de la politique. Il n'est donc pas à craindre que, placé sous un pareil contrôle, ce Ministre puisse sacrifier les intérêts généraux de l'Empire à la poursuite de tel ou tel but particulier.

En revanche, le Gouvernement s'est énergiquement opposé à ce qu'on établisse en Galicie une administration responsable devant la seule diète de la province, parceque dans ce cas on pourrait, en effet, appréhendre que des intérêts spécialement polonais fussent mis au-dessus des intérêts généraux de l'Empire.

Cet exemple prouve à quel point nous sommes attentifs à ne pas fournir de grief légitime aux Puissances voisines et à ne laisser ac-

corder aux sujets polonais de l'Empereur que des droits leur assurant une grande autonomie administrative, mais ne leur permettant pas d'exercer une influence séparée et directe sur l'attitude politique de l'Empire. Le besoin de la paix extérieure et le désir de la conserver sont trop vivement sentis chez nous pour que nous voulions courir le risque des aventures. Nous pesons et continuerons donc de peser avec soin les mesures que nous prenons à l'intérieur de l'Empire, de façon à éviter toute cause de conflit avec nos voisins. Mais tout en étant bien décidés à observer sous ce rapport une grande prudence, nous devons cependant nous réserver la pleine liberté de modifier nos institutions et notre système administratif selon les exigences de notre situation. Nous ne pouvons admettre que de pareils changements justifient de la part des Puissances étrangères une attitude de méfiance.

Je crois qu'en examinant la question telle que je viens de la développer on devra reconnaître que nous n'avons aucun reproche à nous faire et que nous n'avons pu éveiller aucune susceptibilité légitime.

Nous allons encore donner dans ce moment un témoignage assez marquant de notre désir d'entretenir avec la Russie des relations amicales. L'Empereur, notre Auguste Maître, envoie à Varsovie son cousin l'Archiduc Albert pour porter ses compliments à l'Empereur de Russie. Cette démonstration, rehaussée par la haute position personnelle de l'Archiduc, sera, je l'espère, de nature à calmer les appréhensions que l'on aurait pu concevoir sur l'état actuel de nos rapports avec la Russie. Nous ne demandons, je le répète, qu'à vivre dans la meilleure intelligence avec tous nos voisins et à nous occuper en paix de nos affaires intérieures.

Recevez, etc.

Mit Polen brachte mich das Jahr 1870 überhaupt in verschiedene Berührungen. — Die Brodyer Handelskammer wählte mich (ohne jene Depesche zu kennen) in den galizischen Landtag, welchem ehrenvollen Rufe ich nicht Folge geben konnte, da mich die Ereignisse in Wien zurückhielten. Im nächsten Jahr war mein Erscheinen, meiner Stellung zum Ministerium Hohenwart wegen, unthunlich und ein Jahr später, wo ich Botschafter war, legte ich das Mandat zurück. Zu jener Zeit (1870) war noch Julian Klaczko dem Ministerium angehörig. Ich ersuchte

ihn, mir ein polnisches Dank-Telegramm aufzusetzen. Dies geschah, die Wirkung war aber meinen Erwartungen nicht entsprechend. „Was?“ sagten die Leute in Brody, „wir haben ihn absichtlich gewählt, weil wir keinen Polen, sondern einen Deutschen dort haben wollten, und nun schreibt der Mann Polnisch?“

Julian Klaczko, der langjährige, bekannte Mitarbeiter der „Revue des deux mondes“ und Verfasser der vielgelesenen „Deux Chanceliers“ war nicht lange vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs als Hof- und Ministerial-Rath in das Ministerium des Aeussern eingetreten. Sein Talent und seine Leistungen bedürfen keiner Anerkennung, mir aber ist es Bedürfnis seiner edlen Denkart und Handlungsweise den Tribut sympathischer Erinnerung zu zollen.

Er wurde in den galizischen Landtag gewählt und liess sich dort zu einer mit seiner Stellung völlig unverträglichen Rede zu Gunsten Frankreichs hinreissen. Die Unannehmlichkeit wäre für das Ministerium, und für mich insbesondere, eine grosse gewesen, hätte Klaczko sich nicht beeilt, aus freien Stücken um seine Entlassung zu bitten. Das betreffende Schreiben, welches folgt, verdient hier Aufnahme.

Vienne, 5 Septembre 1870.

Monsieur le Comte!

Obligé envers la France par vingt années d'une hospitalité libéralement accordée, profondement pénétré en outre de l'immense péril que le triomphe définitif de la Prusse créerait à l'équilibre européen et à l'existence même de l'Autriche, j'ai saisi la première occasion qui s'est présentée pour exprimer hautement cette conviction personnelle.

Devant une assemblée polonaise j'ai fait appel à nos anciennes sympathies qui à l'heure qu'il est me semblaient s'accorder entièrement avec notre dévouement pour les intérêts de l'Empire Autrichien. En agissant ainsi, j'accomplissais un devoir que ma conscience m'imposait, mais je ne me faisais pas illusion sur la grave responsabilité personnelle que j'assumais comme fonctionnaire public, attaché au Ministère de Votre Excellence.

J'ai donc l'honneur de remettre ma démission aux mains de

Votre Excellence en La priant de vouloir bien être indulgente envers une conduite assurément irrégulière, mais inspirée par des sentiments sincères, et de ne point douter de la profonde gratitude et de l'affectueux respect que je porterai toujours à l'homme d'état éminent dont il m'a été donné d'apprécier le cœur grand, bon et généreux.

J'ai l'honneur d'être, Monsieur le Comte, avec le plus profond respect, de Votre Excellence, le très-humble et très-dévoué serviteur.

Julian Klaczko.

XXXIX. Kapitel.

1870.

Die Beziehungen zu Deutschland nach dem Ausbruch des Kriegs.

Während meines unfreiwilligen Wiener Aufenthalts nach Königgrätz und Nikolsburg hatte ich Gelegenheit, manche mich überraschende Wahrnehmung zu machen. Dahin rechne ich auch die Leichtigkeit, fast möchte ich sagen Gleichgiltigkeit, womit das Ausscheiden aus dem deutschen Bundesverbande dahingenommen wurde. Ja mehr, es gab Stimmen, welche darin ein Glück, die Erlösung von einer lästigen Fessel erblickten, und es fehlte wenig, dass der Verlust Venetiens mehr empfunden wurde als der Verlust der Jahrhunderte-lang behaupteten, Macht und Ehre bringenden Stellung in dem deutschen Reichs- und Staatsverbande. Bei der Richtung des damaligen föderalistischen, dem slavischen Element mehr als dem deutschen sich zuneigenden Ministeriums war die Erscheinung in den Regierungskreisen weniger befremdlich; um so mehr war sie es ausserhalb derselben. Ich bekenne, ich habe mich über die grosse und gefahrbringende Tragweite jener Loslösung nie einer Illusion hingegeben. Wohl weiss ich, dass man sich in das Unvermeidliche fügen musste, allein nicht minder war ich mir darüber klar, dass die bevorzugte Stellung des deutschen Elements in Oesterreich, dass

sein Anspruch auf Staats- und Armeesprache, dass die Anerkennung seines kulturellen Uebergewichts ihre unanfechtbare Berechtigung weniger in der österreichisch-historischen Tradition als in den Rechten und Pflichten Oesterreichs als erstes Glied des staatlichen Deutschlands geschöpft hatte und mit dem Aufhören dieser Rechte und Pflichten jenem Verhältnis der bisherige Stützpunkt entzogen wurde. Sich hierüber zu täuschen, war Verblendung. Die wachsende Rivalität des slavischen gegenüber dem deutschen Elemente, welches numerisch das schwächere war, konnte unter solchen Umständen nicht ausbleiben. Dass ich die Bedeutung des letzteren nicht unterschätzte, das habe ich, denke ich, genugsam bewiesen. Zweimal habe ich die Deutschen aus dem Wasser gezogen, einmal als Belcredi, ein anderes Mal als Hohenwart sie untergetaucht hatte; das erste Mal brachte mich das Rettungswerk selbst in die Höhe, das zweite Mal versank ich dabei selbst. Dass die Deutschen mir es wenig zu danken wussten, habe ich verschmerzt; mehr noch jedoch habe ich bedauert, dass zu der Zeit, wo meine Stimme etwas galt, sie darauf nicht achteten und sich nicht entschliessen wollten, die aus jener Umgestaltung für sie mit unabweisbarer Logik folgenden Konsequenzen zu ziehen. Mit dem Ignoriren des eingetretenen Wechsels der Dinge und mit der scharfen Betonung der alten dominirenden Stellung allein war diese nicht zu behaupten; behauptet konnte sie aber und kann sie werden, wenn das Deutschthum in Oesterreich seine Aufgabe nicht blos in der Abwehr erblickt und das leistet was zu leisten ihm in ausserdeutschen Ländern so leicht gelingt, dass es sich zu vertragen weiss. Es würde sinnlos sein, zu verlangen oder nur zu wünschen, dass der Deutsche in Oesterreich dasselbe thue, was er anderwärts als Eingewanderter thut, denn es ist der Deutsche, der sich am leichtesten in England anglisirt, in Amerika amerikanisirt und selbst heute noch in Frankreich französisirt. Umgekehrt soll er trachten, dass der Slave der ja fast ausnahmslos Deutsch versteht und Deutsch spricht, einer Sonderstellung möglichst wenig gewahr

werde. Die Aufgabe verlangt Ueberwindung, sie verlangt Anstrengung, aber sie war nicht und ist nicht aussichtslos. Dass dabei der Regierung ein wesentlicher Theil zufällt und das Zuviel eben so wohl als das Zuwenig ihres Eingreifens von entscheidenden und erfahrungsmässig ihr einseitiges Vorgehen von den nachtheiligsten Folgen ist, liegt auf der Hand. Die Entfremdung des deutschen Elements — ich habe mehr als einmal davor gewarnt — ist eine grosse Gefahr. Dies gilt aber nicht nur für die österreichisch-ungarische Monarchie, dies gilt für die Deutschösterreicher selbst. Bei allem Respekt vor der Macht und den Leistungen des Deutschen Reichs und des preussischen Staates insbesondere bin ich nichts desto weniger darüber ausser Zweifel, dass die österreichischen Schmerzenskinder nach der Aufnahme in das bessere Leben an das alte Leben mit stiller Wehmuth denken würden. Ich erlaubte mir einmal, als die Rede auf den Preussenkultus kam, gegen den Kaiser die Aeusserung: Ich kennte ein Heilmittel, welches wirksam wäre, aber nicht anwendbar ist. „Lassen Euer Majestät zwei preussische Oberpräsidenten, vier preussische Regierungspräsidenten, zwanzig preussische Landräthe und zweihundert preussische Steuerbeamte kommen, und ich wette, in drei Monaten bittet Alles auf den Knieen, es beim Alten zu lassen. Ich kenne meine Oesterreicher.“ — Das hindert nicht, dass die deutschen Grenzpfähle näher stehen als die russischen, und dass die Ereignisse stärker sind als die Menschen, so wie denn auch ein nicht unbeträchtlicher Theil der Bewohner des Deutschen Reichs zu den unfreiwillig Beglückten gerechnet werden muss.

Fragen meine Leser, wie und warum die Geschichte des Krieges von 1870 mir zu diesen Betrachtungen Anlass gibt, so werden sie die Erklärung in den weiter folgenden Bemerkungen finden.

Je mehr ich von Anfang an über die unausbleiblichen, für die Entwicklung der inneren Verhältnisse des Reichs so schwer wiegenden Folgen des Ausscheidens Oesterreichs aus dem Deutschen Bundesverbande im Klaren war, um so weniger konnte

und durfte ich mich der Erwägung der Frage entziehen, ob es noch Mittel gebe, diesen Folgen einigermassen zu begegnen, was nur dadurch geschehen konnte, dass in den deutschen Angelegenheiten für Oesterreich ein Zugang gelassen wurde.

Nach der Errichtung des Deutschen Reichs 1871, wodurch der Süden Deutschlands mit dem Norden in einer einzigen staatlichen Bildung vereinigt wurde, konnte von einer solchen Betheiligung Oesterreichs nicht mehr die Rede sein; bis dahin aber gestattete es die Lage der Dinge vollkommen. Man hat es deutscherseits mit dem Prager Frieden jederzeit nicht allzu ernst genommen, zum Spass konnten aber doch dessen Stipulationen nicht bestimmt sein. Wollte man den Verzicht Oesterreichs auf eine Einsprache in die neue Gestaltung Deutschlands nach der Auflösung des Deutschen Bundes so deuten, dass nun auch für die Zukunft Oesterreich sich des Rechts der Einsprache bei kommenden Veränderungen begeben habe, so würde dieser Auffassung entgegenstehen, dass der Prager Friede sich nicht auf jenen Verzicht beschränkte, sondern die Konstituirung Süddeutschlands mit internationaler Unabhängigkeit aussprach, welche Vereinbarung, hätte sie nur einem Abkommen zwischen Preussen und den süddeutschen Staaten gegolten, in einem Vertrage zwischen Oesterreich und Preussen nicht Platz finden konnte, sofern sie nicht bestimmt war, für Oesterreich eine Zusicherung zu sein und ein eventuelles Recht des Einspruchs zu begründen. Oesterreichischerseits ist auch diese rechtlich unanfechtbare und sachlich je nach Umständen keineswegs gegenstandslose Auffassung nie aufgegeben worden, bis sie, wie bereits oben gesagt wurde, mit der Begründung des Deutschen Reichs ihre praktische Bedeutung verlor. In den süddeutschen Staaten, insbesondere in Württemberg und Hessen, war eine gleiche Anschauung zeitweise sehr vernehmlich, in Bayern trat sie hinter den persönlichen Ansichten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe zurück; aber es ist nicht uninteressant, dass kurz vor dem Ausbruch des Krieges sein Nachfolger, Graf Bray, mit mir in Korrespondenz trat. Graf Bray

war bis dahin Gesandter in Wien gewesen, überdies aber ein alter Göttinger Duzbruder von mir, weshalb seine Frage über meine Ansicht bezüglich der Lage weniger dem Verhältnis zwischen bayrischem Minister und österreichischem Reichskanzler, als dem Verhältnis zwischen Freund und Freund angehörte und so beurtheilt werden muss. Anfrage und Antwort kamen zu spät, um von praktischen Folgen sein zu können. Der Brief des Grafen Bray ist vom 10. Juli, der meinige vom 14. Juli. Was ich darin sagte, war Folgendes: Bayern hat eine grosse Karte in der Hand, um in Berlin gleichwie in Paris ein für die Erhaltung des Friedens entscheidendes Wort in die Wagschale zu werfen. Die Verträge von 1866 sind defensiv. Erklärt Bayern in Berlin, dass es, falls Preussen einer spanischen Thronkandidatur wegen einen Krieg gegen Frankreich unternimmt, nicht verpflichtet sei, Heeresfolge zu leisten, und erklärt es in Paris, dass ein Angriff Frankreichs auf deutsches Gebiet Bayern zur Heeresfolge verpflichte, so wird die Wirkung hier wie dort nicht ausbleiben.

Der gute Rath kam jedenfalls zu spät, da die französische Kriegserklärung bereits am 15. Juli erfolgte.

Das im Vorstehenden Gesagte wird nun einen Gedanken erklärlich machen, der ein geheimer blieb, der mich aber einen Augenblick ernstlich beschäftigte. Wiederholt habe ich daran erinnert, dass nach Ausbruch des Krieges ein französischer Vorstoss und zwar ein mächtiger erwartet und ein Vordringen desselben bis München als möglich in Aussicht genommen wurde. Die von Graf Andrassy befürwortete und vom Ministerrath angenommene beschränkte Kriegsbereitschaft war mir, wie ich es gesagt, sehr gelegen und zwar im Hinblick auf die eben erwähnte Eventualität. Es konnte der Moment gekommen sein, in Deutschland wieder Fuss zu fassen, wenn Oesterreich in solchem Falle mit einem Halt! dazwischen trat. Gegen Frankreich hatten wir keine bindenden Verpflichtungen, und nichts hinderte uns, zwischen die Kämpfenden uns zu stellen. Einen verwandten Gedanken wird man am Schluss des Memorandums finden, das ich dem

Kaiser Ende Dezembers vorlegte und mit welchem das jetzige Kapitel schliesst.

Bekanntlich endigte das Jahr nicht ohne eine rückhaltslose Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Preussen. Ich halte es der geschichtlichen Treue und Vollständigkeit wegen nicht für überflüssig, an dieser Stelle noch einmal den Text des damaligen Schriftwechsels aufzunehmen.

Graf von Bismarck
an Herrn von Schweinitz in Wien.

Versailles, den 14. Dezember 1870.

Die Euer Hochwohlgeboren bekannten Verträge des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten, welche hier in Versailles mit Bayern, Baden und Hessen, in Berlin mit Württemberg unterzeichnet worden sind, haben durch die letzten Verhandlungen in Berlin, bei welchen diese sämtlichen Staaten gegenseitig ihre Zustimmung ausgesprochen haben, ihren Abschluss so weit erhalten, dass sie den süddeutschen Landtagen vorgelegt werden können.

Nicht allein die Rücksicht auf den Prager Frieden, in welchem Preussen und Oesterreich-Ungarn sich über ihre Auffassung von der damals erwarteten Gestaltung der deutschen Verhältnisse verständigt haben, sondern auch der Wunsch, mit dem mächtigen und befreundeten Nachbarreiche Beziehungen zu pflegen, welche der gemeinsamen Vergangenheit eben so wie den Gesinnungen und Bedürfnissen der beiderseitigen Bevölkerung entsprechen, veranlasst mich, der k. und k. österreichisch-ungarischen Regierung den Standpunkt darzulegen, welchen die Regierung Seiner Majestät des Königs in Bezug auf diese Neugestaltung der deutschen Verhältnisse einnimmt.

In dem Frieden vom 23. August 1866 ist der Voraussetzung Ausdruck gegeben, dass die deutschen Regierungen südlich vom Main zu einem Bunde zusammentreten würden, welcher neben einer eigenen unabhängigen Stellung zugleich zu dem Bunde der norddeutschen Staaten in engere nationale Beziehungen treten würde. Die Verwirklichung dieser Voraussetzung blieb jenen Regierungen überlassen, da keiner der beiden kontrahirenden Theile durch den Friedensschluss berechtigt oder verpflichtet werden konnte, den souveränen süddeutschen Staaten über die Gestaltung ihrer Beziehungen zu einander Vorschriften zu machen. Die süddeutschen Staaten haben es ihrerseits unterlassen, den Gedanken des Prager Friedens zu verwirklichen.

Sie haben die Herstellung der in Aussicht genommenen nationalen Beziehungen zu Norddeutschland zunächst in Gestalt des Zollvereins und gegenseitiger Garantieverträge angestrebt.

Es lag ausserhalb menschlicher Berechnung, dass diese Einrichtungen unter dem Drange der mächtigen Entwicklung, zu welcher ein unerwarteter französischer Angriff das deutsche Nationalgefühl aufrief, ihren Abschluss in den jetzt vorliegenden Verfassungs-Bündnissen und in der Errichtung eines neuen Deutschen Bundes finden sollten. Es konnte nicht der Beruf Norddeutschlands sein, diese nicht von uns herbeigeführte, sondern aus der Geschichte und dem Geiste des deutschen Volkes hervorgegangene Entwicklung zu hemmen oder abzuweisen. Auch die k. und k. Regierung von Oesterreich-Ungarn, davon sind wir durch Eurer Hochwohlgeboren Berichterstattung versichert, erwartet und verlangt nicht, dass die Bestimmungen des Prager Friedens die gedeihliche Entwicklung der deutschen Nachbarländer erschweren sollen. Die kaiserliche Regierung sieht der Neugestaltung, in welcher die deutschen Verhältnisse begriffen sind, mit dem berechtigten Vertrauen entgegen, dass alle Genossen des Deutschen Bundes und insbesondere der König, unser Allergnädigster Herr, von dem Verlangen beseelt sind, die freundschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu dem österreichisch-ungarischen Nachbarreiche zu erhalten und zu fördern, auf welche beide durch die ihnen gemeinsamen Interessen und die Wechselwirkung ihres geistigen wie ihres materiellen Verkehrslebens angewiesen sind. Die verbündeten Regierungen hegen ihrerseits die Zuversicht, dass derselbe Wunsch auch von der österreichisch-ungarischen Monarchie getheilt wird.

Die bevorstehende Befriedigung der nationalen Bestrebungen und Bedürfnisse des deutschen Volkes wird der weiteren Entwicklung Deutschlands eine Stetigkeit und Sicherheit verleihen, welche von ganz Europa und besonders von den Nachbarländern Deutschlands nicht allein ohne Besorgnis, sondern mit Genugthuung wird begrüsst werden können. Die ungehemmte Entfaltung der materiellen Interessen, welche die Länder und Völker mit so mannigfaltigen Fäden verbinden, wird auf unsere politischen Beziehungen eine wohlthätige Rückwirkung äussern.

Deutschland und Oesterreich-Ungarn — wir dürfen es zuversichtlich hoffen — werden mit den Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens auf einander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen.

Sobald die Grundverträge des neuen Bundes die Ratifikation aller-

seits erhalten haben, werde ich Euer Hochwohlgeboren zu amtlicher Mittheilung derselben an den Herrn Reichskanzler in den Stand setzen.

Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren ergebenst, diesen Erlass dem Herrn Reichskanzler vorzulesen und ihm eine Abschrift von demselben zu übergeben.

Graf von Beust an Grafen von Wimpffen in Berlin.

Wien, den 26. Dezember 1870.

Der königlich preussische Herr Gesandte hat die wiederholt in Aussicht gestellte Mittheilung seiner Regierung in Betreff der künftigen Gestaltung Deutschlands an mich gelangen lassen. In der Anlage erhalten Eure Excellenz zu Ihrer Kenntnisnahme Abschrift der bezüglichen Depesche.

Ich war in der Lage, Eurer Excellenz gleich nach den ersten Andeutungen des Generals von Schweinitz über die bevorstehende Eröffnung der königlich preussischen Regierung, in meinem Erlasse vom 5. d. M., die allgemeinen Gesichtspunkte zu entwickeln, welche wir als die massgebenden und bestimmenden für unsere Auffassung betrachten würden. Form und Inhalt des mir nunmehr vorliegenden Schriftstückes gestatten mir in erfreulicher Weise meine damaligen Bemerkungen aufrecht zu erhalten.

Allerdings gilt dies andrerseits auch von einem Punkte, in welchem sich äusserlich wenigstens unsere Anschauung mit der der königlich preussischen Regierung nicht vollständig begegnet. Ich habe in meinem Erlasse vom 5. d. M. den Hinweis darauf nicht umgehen können, wie wünschenswerth es uns erschiene, der Erörterung über den Prager Frieden aus Anlass des gegenwärtigen Meinungsaustausches mit Preussen und mit Rücksicht auf das Ziel, dessen Erreichung beide Theile gleichmässig dabei vor Augen haben, möglichst überhoben zu sein. Die königlich preussische Regierung hat geglaubt, in ihrer Mittheilung vom 14. d. M. diese Frage berühren zu sollen, und wiewohl wir die freundschaftliche Gesinnung bereitwillig anerkennen, in welcher die Erwähnung des Prager Friedens geschehen ist, so halten wir es doch für besser, auf die dadurch gebotenen Anknüpfungspunkte zu einer weiteren Auseinandersetzung hier nicht einzugehen und auf unserer Ansicht zu verharren, dass die Vermeidung einer Diskussion in dieser Richtung in beiderseitigem Interesse liegt.

In der That sind es nicht formelle Interpretationen, nicht mate-

rielle Rechtsansprüche, die wir zum Gegenstande der Diskussion gemacht zu sehen im gegenwärtigen Augenblicke für wünschenswerth erachten können. Unsere Auffassung neigt vielmehr dahin, in der Einigung Deutschlands unter Preussens Führung einen Akt von historischer Bedeutung, eine Thatsache ersten Ranges in der modernen Entwicklung Europa's zu erblicken und darnach das Verhältnis zu beurtheilen, welches zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und der neuen staatlichen Schöpfung an unseren Grenzen angebahnt und befestigt werden soll.

Von diesem Standpunkte aus kann es mir, indem ich den weiteren von der königlich preussischen Regierung angekündigten Mittheilungen entgegensehe, nur zu hoher Befriedigung gereichen, jetzt schon bestätigen zu dürfen, dass in allen massgebenden Kreisen Oesterreich-Ungarns der aufrichtigste Wunsch vorherrscht, mit dem mächtigen Staatswesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehen wird, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen. Dieser Wunsch wurzelt in der festen Ueberzeugung, dass eine unbefangene Erwägung und Würdigung der gegenseitigen Bedürfnisse nur die erspriesslichste und wohlthätigste Wirkung auf beide Reiche äussern, sie in Frieden und in reger Mitarbeiterschaft an den Aufgaben der Gegenwart und Zukunft einigen wird. In dieser Beziehung ist die königlich preussische Regierung nur dem Ausdrucke unserer eigenen Empfindungen zuvorgekommen, wenn sie unserer gemeinsamen Vergangenheit gedenkt und der Hoffnung Worte leiht, dass Deutschland und Oesterreich-Ungarn mit Gefühlen des gegenseitigen Wohlwollens auf einander blicken und sich zur Förderung der Wohlfahrt und des Gedeihens beider Länder die Hand reichen werden. Nicht ohne berechtigtes Vertrauen dürfen wir hienach gerade in diesem Augenblicke der Verwirklichung so verheissender Aussichten ein ergiebiges Feld eröffnet sehen — ein Feld auf welchem Gemeinsamkeit des Wollens und Handelns für beide Reiche ein Unterpfand bleibender Eintracht, für Europa eine Bürgschaft dauernden Friedens werden kann.

Mit hoher Genugthuung aber muss uns die Thatsache erfüllen, dass jene Gesinnungen der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns auch in der Person Seiner Majestät des Kaisers und Königs, unseres Allergnädigsten Herrn, einen erlauchten Schützer und Förderer finden. Allerhöchstderselbe wird, freien und hohen Sinnes, die erhebenden Erinnerungen, die Seine Dynastie in der glanzvollen Geschichte von Jahrhunderten mit den Geschicken des deutschen Volkes verbanden, nicht anders auffassen, als mit den wärmsten Sympathien für die

fernere Entwicklung dieses Volkes und mit dem rückhaltslosen Wunsche, dass es in den neuen Formen seines staatlichen Daseins die wahren Bürgschaften einer glücklichen, für seine eigene, wie für die Wohlfahrt des ihm in geschichtlicher Tradition, in Sprache, Sitte und Recht so vielfach verwandten Kaiserstaates gleich segensreichen Zukunft finden möge.

Eure Excellenz sind beauftragt, die vorstehenden Bemerkungen zur Kenntnis des Herrn königlich preussischen Staatssekretärs zu bringen und ihm auf Verlangen Abschrift derselben zu ertheilen.

Empfangen, etc.

Jeder Unbefangene wird ermessen, ob der zuweilen vernommene Vorwurf ein gerechter war, als habe man sich würdelos dem siegenden Theil an den Hals geworfen. Dass weniger starke aber ähnliche Aeusserungen in deutschen Geschichtsbüchern vorkommen, ist seltsam, wenn man bedenkt, dass die Depesche vom 26. Dezember nichts anderes that, als das späterhin so freudig begrüsste deutsch-österreichische Bündnis zu verkünden, gleichwie meine letzte Delegationsrede von 1871 den Dreikaiserbund voraussagte. Wohl befand sich gerade in dem Augenblick, wo die Depesche geschrieben wurde, die allgemeine Strömung in Oesterreich durchaus nicht in gleicher Richtung, was zum Theil und namentlich in militärischen Kreisen einer vorübergehend aggressiven Stimmung gegen Preussen zu danken war, denn man dachte an nichts Geringeres, als an eine Benützung der damals noch sehr schwierigen Stellung der deutschen Armee in Frankreich, und nicht unerwähnt will ich lassen, dass ein mir befreundeter, sehr hochgestellter preussischer Militär, als ich ihn zum erstenmal nach dem Krieg wiedersah, rundwegs die Frage an mich richtete: „Sagen Sie, wie ist es gekommen, dass Sie uns damals nicht in den Rücken fielen?“ Warum derartiges nicht geschehen ist, wird sich am Besten durch ein Memorandum erklären, welches ich damals aufsetzte und dem Kaiser vorlegte und welches ich hier folgen lasse:

Wien, 25. Dezember 1870.

In dem Augenblick, wo die Antwort auf die preussische Depesche wegen der Neugestaltung Deutschlands abgehen soll, erscheint es als Bedürfnis, sich über die Verhältnisse, unter welchen diese Aeusserung zu erfolgen hat, genaue Rechenschaft zu geben.

Es kennzeichnet die Eigenthümlichkeit der öffentlichen Meinung in Oesterreich, dass die entgegenkommende, ungewöhnlich schmeichelhafte Ansprache der preussischen Regierung einen nichts weniger als lauten Widerhall, sondern eine beinahe frostige Aufnahme findet; dass nachdem man die Nothwendigkeit des guten Einvernehmens, sogar der Allianz mit Preussen in allen Tonarten gesungen, jetzt vor der angebotenen Freundschaft warnt, dass endlich, nachdem mehr oder minder laut aber unablässig geflüstert worden, die Person des preussenfeindlichen Grafen Beust sei das einzige Hindernis einer Verständigung mit Berlin, man auf dem besten Wege ist, den Reichskanzler des geheimen und sträflichen Einverständnisses mit Preussen zu verdächtigen.

Unter diesem nichtssagenden Schaum der auf der Oberfläche schwimmenden Tagesmeinung liegt freilich ein mehr beachtungswerther Hintergrund.

Es durchzieht die ernsten patriotischen Gemüther das Gefühl, dass Preussen — und etwas Anderes ist das preussische Norddeutschland nicht — kein aufrichtiger Freund gewesen sei und kein aufrichtiger Freund sein werde; dass in diesem Augenblicke Preussen in eine schwierige, vielleicht sogar gefahrbringende Lage versetzt ist, dass dieser Lage jene entgegenkommende Sprache des Berliner Kabinets zu verdanken sei; dass jetzt noch der Moment sei, Preussen mit günstigen Chancen entgegenzutreten, während nach völliger Niederwerfung Frankreichs hiefür und damit auch für die eventuell nothwendige Vertheidigung jede Möglichkeit abgeschnitten sein werde.

Gefühle allein können aber eine politische Haltung nicht bestimmen. Um sich hierüber klar zu sein, muss man sich von den Folgen einer ins Werk zu setzenden Aktion Rechenschaft geben, denn reservirtes Zuwarten wäre nur geeignet, die Vortheile der Gegnerschaft wie jene der Freundschaft gleichzeitig preiszugeben. Es handelt sich daher einfach darum, ob man, anstatt die preussische Eröffnung entgegenkommend und freundlich zu beantworten, in der Erwiderung eine Haltung einnehmen soll, welche, wenn ich mich dieses Ausdrucks bedienen darf, ein demnächstiges „Anbinden" mit Preussen offen lassen würde? Ein solcher Entschluss würde aber ein sehr ernster und un-

umstösslicher sein müssen, denn es wäre vorherzusagen, dass im nämlichen Augenblick, wo eine solche Rückäusserung bekannt wäre, der ganze Strom der öffentlichen Meinung mit unserer Presse von dem jetzigen Standpunkt der Reserve und der Warnung auf den entgegengesetzten der Deutschthümelei und Preussenfurcht rückläufig werden würde.

Dieser Betrachtung soll hier keine andere Bedeutung beigelegt werden, als dass dem Wort die That unmittelbar folgen müsste; und eben von der That und deren Möglichkeit und Nützlichkeit ist die Rede. Die That aber kann keine andere sein, als eine baldige kriegerische Aktion.

Hier nun fragt es sich: Wie steht es um die Mittel des Vollbringens, wie um die Chancen des Gelingens?

Da tritt nun zunächst der Umstand entgegen, dass mit Ausnahme der Galizianer, vielleicht der Tiroler, in beiden Delegationen nicht Eine Stimme dafür zu erwarten wäre. Ferner ist in Bezug auf die Kriegsbereitschaft trotz aller gemachten Fortschritte ein Fragezeichen erlaubt. Denn man darf nicht vergessen, dass der Eintritt Russlands in den Krieg die sofortige Folge sein und dort noch immer genug Kräfte vorhanden sein würden, um trotz der nothwendigen Erdrückung des Königreichs Polen uns eine starke Diversion zu machen.

Allein von diesen beiden Momenten ganz abgesehen liegt die Besorgnis sehr nahe, dass wir Preussen mit unserer Schilderhebung einen mehr als erwünschten Dienst leisten könnten.

Unser ganzer Kalkül würde darauf beruhen, dass Preussen in Frankreich beschäftigt oder Deutschland degarnirt ist.

Im preussischen Hauptquartier, wo man sich eine Zeit lang über die Widerstandsfähigkeit Frankreichs getäuscht zu haben scheint, wird man jetzt wohl darüber im Klaren sein.

Entweder nun ist derselben nur noch eine kurze Dauer zuzutrauen, dann würde auch ein rasches Zurückwerfen der ganzen deutschen Heeresmacht nach Deutschland und gegen uns ein Leichtes sein. Oder es steht noch eine lange Dauer des Widerstandes in Aussicht, dann ist unser Angriff ein willkommener Anlass, in allen Ehren ein in seinen Folgen unabsehbares Unternehmen aufzugeben, um ein in seinem Endergebnis viel sicherer zu berechnendes zu beginnen. Die österreichisch-deutschen Provinzen mit einer sympathisirenden Bevölkerung sind ein besserer Erwerb als die französisch-deutschen mit einer renitenten französisch-gesinnten Bevölkerung.

Daher würden selbst mit einem absoluten Regime und mit einer

schlagfertigen Armee ernste Bedenken gegen derartige Velleitäten sprechen.

Es kann aber auch mit um so mehr Beruhigung darauf verzichtet werden, als auf der andern Seite die Konsequenzen, welche der gewohnte Pessimismus an deren Unterlassung knüpft, keineswegs als unvermeidlich sich darstellen.

Es genügt auf die Erschöpfung hinzuweisen, welche Preussen und Deutschland auf längere Zeit selbst im Falle eines sieg- und erwerbreichen Ausgangs des Kriegs erwartet. In diesem Fall wird uns Zeit gegönnt sein, unsere Vertheidigung für kommende Eventualitäten zu vollenden. Welche günstige Chancen aber bieten sich für ein erfolg- und ruhmreiches Eingreifen Oesterreichs, falls militärische Niederlagen Preussen ereilen sollten? Dann liegt das Schicksal Deutschlands in Oesterreichs Hand und wird ihm um so mehr zufallen, wenn es jetzt freundschaftlich und wohlwollend gesprochen hat.

Unter solchen Verhältnissen darf aber schliesslich um so mehr daran erinnert werden, dass durch die diesseitige Depesche vom 5. d. M. eine beifällige Rückäusserung in sichere Aussicht gestellt wurde.

XL. Kapitel.

1871.

Die letzten Delegations-Verhandlungen. — Ende gut, Alles gut. — Klaczko, Kuranda und Giskra.

Der eine Zeit lang so ungemüthliche Verlauf der Pester Delegations-Sitzung 1870—71 endigte, um das Roon'sche Wort zu gebrauchen, in bei weitem angenehmerer Temperatur. Das erheblich gesteigerte Kriegs-Budget wurde errungen, wobei der Kriegs-Minister von Seiten des gemeinsamen Finanz-Ministers Lonyay und des Sektions-Chefs von Hofmann werthvolle Unterstützung fand. Mit einem Abstrich des Dispositionsfonds war ich selbst entgegengekommen, was Graf Andrassy — war es mehr als Ahnung? — zu tadeln sich bemüssigt fand. Der von Monsignor Greuter aus Anlass der Besetzung Roms gegen mich

unternommene Angriff verhalf mir zu einem leichten Siege und zu dem Anfang einer Umkehr in den Reihen der liberalen Partei, die sich später noch mehr accentuirte. Sympathische Aufnahme fand der Schluss meiner Rede gelegentlich des Kriegs-Budgets. Ich nehme diese Ansprache hier auf, weil sie die von der Regierung eingeschlagene Politik in einfacher und nicht anfechtbarer Weise kennzeichnete:

„Wenn wir nichts unternahmen, um der Neugestaltung Deutschlands hemmend in den Weg zu treten, und wenn wir für diese neue Gestaltung nur einen freundlichen Gruss haben, wenn wir unsere Verhältnisse zu einem anderen Nachbarreiche, unter Wahrung unserer Interessen, aber im versöhnlichsten Geiste, zu ordnen bemüht sind, wenn wir endlich uns einem dritten Staate als befreundeten, seine Unabhängigkeit achtenden Nachbar zeigten und selbst die Nothwendigkeit nicht scheuten, viele und achtungswerthe Gefühle im eigenen Lande verletzt zu wissen, so soll und muss man wissen, dass wir um so mehr zu erwarten uns berechtigt halten, dass man am eigenen Herde uns unangefochten lasse, und uns jederzeit bereit finden wird, diesen Herd zu vertheidigen.

„Und, meine Herren! Ohne Optimismus glaube ich es als eine kostbare Frucht der schwerwiegenden Ereignisse der jüngsten Vergangenheit betrachten zu dürfen, dass die Erkenntnis dieser Lage und der daraus hervorgehenden Forderungen in beiden Reichshälften als eine gleiche sich herausgestellt, und dass damit auch ein einiger und einziger Patriotismus zu reifen begonnen hat.“

Dieser milderen Stimmung hatte ich es auch zu danken, dass mir eine nicht ganz unverdiente Rüge erspart blieb, die mir in Form eines „Befremdens“ zu Theil werden sollte. Ich hatte, während ich nach dem Tode des Barons Becke auf kurze Zeit interimistischer gemeinsamer Finanz-Minister war, ein mir vom ungarischen Sektions-Chef vorgelegtes Konzept etwas voreiliger Weise paraphirt, der betreffende Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Indem ich heute die stenographische Niederschrift der damaligen Delegations-Verhandlungen überlese, erfreue ich mich noch einmal an den von edler Denkart und staatsmännischer Auffassung zeugenden Ausführungen des Abgeordneten Dr. Kuranda.

Bei ihm war jedes Wort treffend und einschneidend, aber stets objektiv und nie gehässig.

Wie vortheilhaft unterscheidet sich seine Rede von den Belustigungen persönlicher Angriffe, von den Wiederholungen oft gehörter Schlagwörter, von den verbissenen Kritiken, die darum, weil sie scharfsinnig sind, nicht aufhören unfruchtbar zu sein.

Kuranda sprach zweimal, zunächst anlässlich des Budgets des Ministeriums des Aeussern, und später gelegentlich des Kriegs-Budgets. In jener ersten Rede hatte er den Muth, gegenüber der damals so schwunghaften und so wohlfeilen Geringschätzung Frankreichs seine Gesinnungsgenossen, die liberale Partei, an die „Wohlthaten zu erinnern, welche die französische Nation in verschiedenen Epochen der Freiheit in Europa gebracht habe“.

„Ich brauche in dieser Versammlung,“ fuhr er fort, „nicht daran zu erinnern, dass Dasjenige was im Jahre 1789 in Frankreich geschehen ist, die politische Erlösung unseres Kontinents bedeutet, ich brauche nicht darauf aufmerksam zu machen, dass selbst Deutschland, dieses Volk der Denker und der Charakterstärke, nach den Thaten, die es in den Befreiungskriegen vollbracht hat, doch durch die Kunst seiner Herrscher nach und nach politisch zu versumpfen drohte, dass die heilige Allianz, die Karlsbader Beschlüsse, der Troppauer und Laibacher Kongress, die Wiener Supplements-Akte Deutschland und Europa in einen der Menschenwürde gefährlichen Marasmus brachten, dass es aber aus dieser Versumpfung immer wieder herausgerissen wurde durch die Thaten, die in Frankreich geschahen und allen übrigen Völkern ein anregendes Beispiel wurden — Blitze an denen der schlummernde Freiheitsgeist der Nationen sich wieder entzündete.“

Der Redner hätte mit gutem Fug und Recht hinzufügen können, dass ohne Februar-Revolution es keine Pauls-Kirche, keinen National-Verein und kein Deutsches Reich gegeben hätte. Den Franzosen selbst sind ihre Wohlthaten theuer zu stehen gekommen — Oesterreich freilich auch.

Das zweite Mal sprach Kuranda gegen eine Rede, die zu

der Zeit und in dem Raume, wo sie gehalten wurde, in ihrer Wirkung eine verfehlte sein musste, welcher ich selbst entgegen zu treten genöthigt war, welche aber in mehr als einer Beziehung ihres gediegenen Inhalts wegen noch heute Anspruch auf Beachtung hat. Der Redner war der von mir bereits wiederholt genannte Julian Klaczko. Es war schon bemerkenswerth, dass es ihm, der wohl Deutsch vollkommen zu verstehen und zu sprechen wusste, der jedoch Jahrzehnte lang sich dieser Sprache vorwiegend gar nicht zu bedienen Gelegenheit gehabt hatte, eine wohl einstudirte, aber mehr als eine halbe Stunde dauernde Rede ohne einen einzigen Augenblick des Stockens vorzutragen gelang. Man konnte die Rede drei Blicke nennen, einen in die Vergangenheit, einen in die Gegenwart und einen in die Zukunft. Der erste war ein bitterböser für Preussen und ein strafender für die österreichische Schwäche und Vergesslichkeit nach erlittener Unbill, der zweite ein tröstender für Frankreich und ein trostloser für Europa, der dritte ein zweimal prophetischer, — er sah die Kommune voraus und diese kam alsbald: er sah die russisch-französische Allianz im Anzuge, diese jedoch hat sich mehr Zeit genommen. Dem zweiten jener Blicke begegnete ich mit den Worten: „Das Nimmervergessen hat noch niemals gute Früchte getragen und gerade in dem Lande, dessen Schicksal er, der Redner, mit Recht und mit ihm viele Andere ihre Sympathie widmen, da hat man ja 50 Jahre lang und immer wieder das Wort im Busen bewahrt und gepflegt: *„Revanche pour Waterloo“*, und Sie sehen heute, was die Frucht dieses geheimen Gedankens war.“

Ein schönes und ein wahres Wort sprach Klaczko, als er sagte:

„Frankreich hat durch seine Revolutionen Europa viel gelehrt, aber durch das jetzige Unglück sollte es noch lehrreicher werden, denn es zeigt eben, was es heisst, wenn ein Staat und ein grosser Staat, wenn eine Nation und eine grosse Nation den Familienhalt

verliert in einer angestammten Jahrhunderte langen, mit der Nation verlebten Familie einer königlichen Dynastie.

„Ein angestammter König kann auch nach einer Niederlage zu seinem Volke zurückkehren, und wenn er auch selbst die Niederlage verschuldet hatte, so kann er dreist in den Schooss seiner Kinder zurückkehren, sie umarmen und Thränen vergiessen, und Thränen der Kinder werden ihm, nicht Vorwürfe antworten; ein Vater der Alles verloren, kann es ehrlich seinen Kindern gestehen; sie werden sich bald wieder vertragen, werden über den gemeinsamen Ruin nur weinen, nicht richten; aber ein Zufallskönig, ein Zufallssouverän, der ist nur der Direktor einer Kommandit-Gesellschaft — wenn er gute Geschäfte macht, wird er belobt; wenn er schlechte macht, entflieht er.

„Nein, ich sehe dennoch der Zukunft Oesterreichs mit Trost entgegen, denn wir haben das vor Allem, was ich erst kürzlich als Frankreich schmerzlich fehlend genannt habe, wir haben einen Kaiser und König, an dem wir treu hängen, und so zerrissen wir auch in politischer, sprachlicher und sozialer Beziehung unter uns sind, so sind wir doch einig in unserem Gefühle zum Herrscher. In Oesterreich gibt es keine revolutionären Elemente, und das sollen sich die Feinde Oesterreichs wohl bedenken."

Freilich endete seine Rede mit einem Citat, welches weniger schön klingt, aber leider nicht weniger wahr bleibt:

„Es war zur Zeit des Friedens von Campo Formio, wo Oesterreich verhältnismässig weniger verlor, als jetzt durch den Frieden Frankreich, und da schreibt Thugut an Colloredo folgende Worte:

„Was aber meine Verzweiflung erhöht, ist die schändliche Herabwürdigung unserer Wiener, die bei dem blosen Namen „Friede" im Taumel der Freude sind, ohne dass auch nur Einem die guten oder schlechten Bedingungen dieses Friedens nahe gehen. Niemand geht die Ehre der Monarchie zu Herzen, auch nicht was aus dieser Monarchie von heute in achtzig Jahren geworden sein wird, wenn man nur für einen Augenblick in die Redoute laufen und ruhig Backhändl essen kann."

Im Jahre 1879 als die silberne Hochzeit des Kaisers und der Kaiserin gefeiert wurde, und die öffentlichen Blätter so viel des Schönen und Erhebenden über die dem Monarchen dargebrachten Huldigungen berichten konnten, war ich Botschafter

in Paris. Wie oft hörte ich das Wort: „*Que vous êtes heureux d'avoir des populations attachées à leur Souverain et des sentiments vraiment dynastiques!*" Natürlich stimmte ich von Herzen ein; zu meinen näheren Bekannten aber, wenn sie Franzosen waren, konnte ich mich nicht enthalten zu sagen: „*Ce que vous dites est parfaitement juste, toutes ces démonstrations sont vraies et sincères et répondent à un sentiment profondement dynastique; seulement je ne saurais oublier que peu de semaines après Sadowa la municipalité de Vienne est venue supplier l'Empereur de faire la paix. Vous pouvez mettre le siège de Paris à votre actif.*"

Der Theil der Rede Klaczko's aber, welcher dem theilnahmslosen, dem ohnmächtigen Europa galt, dieser Theil war es, welcher Kuranda den Anlass zu einer schlagenden Erwiderung gab. Mit Recht stellte er jener Klage die historische Thatsache gegenüber, dass es die französische, die Napoleonische Politik war, welche die Auflösung der Pentarchie und damit die Zersetzung Europas bewirkte, dass es die französische Regierung war, welche das System des lokalisirten Kriegs schuf, wofür jetzt Frankreich selbst büsse. „Der lokalisirte Krieg," sagte der Redner, „ist nichts Anderes als die Loslösung eines einzelnen Gegners von dem Gesamtschutz Europas, um ihn niederzuschlagen, und diese Lokalisirung hat Frankreich namentlich gegen uns durchzuführen gesucht. Es hat uns in Italien bekriegt und verstanden, den Krieg zu lokalisiren, und endlich hat auch Preussen dieses Kunststück von ihm gelernt, und schliesslich geniesst Frankreich selbst den Lohn der That, denn der Krieg gegen dasselbe wurde lokalisirt."

Kuranda that bei dieser Gelegenheit einer Aeusserung Erwähnung, die er 1856 von Drouyn de l'Huys nach dessen damaligem Rücktritt vernommen und welche durch das unlängst erschienene Buch des Grafen Harcourt über Drouyn de l'Huys keineswegs entkräftet wird. Die Hauptsache, erklärte der ausgetretene Minister, um die es uns zu thun war, das war nicht die Eroberung des Malakoff, sondern die Sprengung der Pentarchie.

Freilich, diese Erinnerung kann ich dem von mir hochgeschätzten Dr. Kuranda nicht ersparen: Welches Wiener Blatt war es, welches dem Grafen Buol bei seinem Einspringen in jene französische Orient-Kampagne am eifrigsten sekundirte? Es war die von Dr. Kuranda herausgegebene „Ostdeutsche Post", dieselbe „Ostdeutsche Post" welche zuweilen sich über den kleinen sächsischen Gerngross lustig machte, der sich vermass, über damalige österreichische Politik seine eigenen Gedanken zu haben, ja dieselben auszusprechen.

Die Rede Klaczko's, welcher auch die Oesterreich unterstützende Mediation Frankreichs bei dem Friedensschluss von 1866 in Erinnerung brachte, gab noch einem anderen hervorragenden Redner zu einer Replik Anlass, welche an dieser Stelle Aufnahme zu finden verdient. Es war Giskra und Folgendes der Inhalt seiner Rede.

„In meiner bescheidenen Stellung eines Bürgermeisters wurde mir während der Okkupation von Brünn durch die preussischen Truppen eines Tages die Ehre zu Theil, vom preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu einer Besprechung beschieden zu werden, deren Inhalt ich kurz damit charakterisiren kann, dass mir der Wunsch nahegelegt wurde, nach Wien zu gehen, um dort die Nothwendigkeit des Friedens im Interesse der Bevölkerung der Stadt, die ich zu vertreten hatte, zu betonen und wo möglich Friedens-Verhandlungen anbahnen zu helfen. — Seien Sie überzeugt, meine Herren, dass nicht die geringste Unbescheidenheit mich bestimmt, mir hier eine Wichtigkeit beizulegen die mir nicht innewohnt, sondern die von anderer Seite und am meisten durch die Verhältnisse meiner Person damals beigelegt worden ist. Die Bereitwilligkeit Frieden zu schliessen, und zwar in Brünn den Frieden zu schliessen, wurde ausdrücklich vom Grafen Bismarck betont und zwar auf Grund der wesentlichen Bestimmungen, dass mit Ausnahme Venetiens, welches abzutreten österreichischerseits bereits erklärt war, der Länderbestand Oesterreichs *integer* bleibe, dass keinerlei Kriegsentschädigung gezahlt werde, dass in Deutschland der Main die Grenze für die preussischen Bestrebungen zu bilden habe, dass Süddeutschland freie Hand behalten und Oesterreich nach eigenem Ermessen sich mit demselben in Verbindung setzen möge, Alles dies jedoch unter der einen Bedingung,

dass jede Intervention oder Mediation von Frankreich beim Friedensschlusse ausgeschlossen bleibe.

„Ich war durch meine amtliche Stellung und die Verhältnisse verhindert, so gern ich es bei der Wichtigkeit des Gegenstandes und unter dem Eindruck der Leiden einer von einer feindlichen Besatzung heimgesuchten Stadt gethan hätte, dem an mich gestellten Ansuchen zu entsprechen. Es ging statt mir eine von mir designirte Vertrauensperson mit der erwähnten Mission nach Wien. Sie wurde in Wien theilweise und zwar hohen Orts sehr gnädig, sehr befriedigt, und angenehm überrascht über das unerwartete Anerbieten, anderen Orts sogar mit Enthusiasmus über diese unerwartete Wendung aufgenommen, von einer anderen, eigentlich dem Geschäfte des auswärtigen Amtes ressortmässig abseits stehenden, aber grossen Einfluss auf die dasselbe besitzenden Person sogleich anfangs kühl aufgenommen und nach fast dreissigstündigem Warten in Wien abgefertigt, mit ausreichenden Bemerkungen und mit der Erklärung entlassen, dass, wenn Preussen Oesterreich formell einladen will, einen Bevollmächtigten zu Friedensverhandlungen zu entsenden, Oesterreich geneigt sei es zu thun, nicht aber auch auf die vorliegende mehr private Einladung, indem man sich der Gefahr nicht aussetzen könne und wolle, dass ein solcher Abgesandter im preussischen Hauptquartier etwa zurückgewiesen würde.

„Der Mann eilte, nach vergeblicher Gegenvorstellung, so viel er konnte, nach Nikolsburg — er fuhr dabei ein zweites Paar Pferde zu Schanden — kam aber eine Stunde später dort an, als der französische Bevollmächtigte Benedetti dort angekommen war, und empfing die missliche Antwort: „Sie sind um eine Stunde zu spät gekommen; eine Stunde früher würden die Verhandlungen einen anderen Gang genommen haben, wir können im Augenblicke die Intervention Frankreichs nicht mehr ablehnen, weil dieselbe schon angenommen worden ist.“

Es ist diese Darstellung nie Gegenstand eines Dementi gewesen und deshalb als unbestritten in einige Geschichtsbücher übergegangen. Dass sich keine Stimme dagegen erhob, war unter den damaligen Umständen leicht zu erklären. Ich selbst, welcher der betreffenden Sitzung beiwohnte, konnte, abgesehen davon, dass, wie ich dies an anderer Stelle gezeigt, ich Giskra mehr als Andere zu würdigen und zu schätzen wusste und daher schon darum gegen ihn aufzutreten mich nicht bestimmt fühlen mochte, auch deshalb zu einem Widerspruch mich nicht veranlasst finden,

weil nach der soeben besiegelten Freundschaft mit Deutschland es unmöglich meine Aufgabe sein konnte, etwas in Zweifel zu ziehen, was Preussen Sympathien zuzuwenden geeignet war. Dass man in Berlin kein Interesse hatte, einen Zweifel aufkommen zu lassen, lag auf der Hand, und ebenso, dass man in Frankreich Dringenderes zu thun hatte, als sich mit Aufklärungen über die damalige Benedetti'sche Mission zu beschäftigen. Ein ungläubiges Lächeln ist aber sicherlich über mein Antlitz geflogen, als Giskra sprach, und in der That stellten sich sehr ernste Fragezeichen neben seine Erzählung.

Ich schicke voraus, dass ich an seiner Wahrhaftigkeit und dem guten Glauben, in dem er gedacht und gesprochen, nicht den leisesten Zweifel hege, allein ich habe ihn genug gekannt, um zu wissen, wie lebhaft und rührig seine Einbildungskraft war. Ich bestreite keineswegs, dass Fürst Bismarck den Bürgermeister von Brünn zu sich beschied und mit ihm sich in eine Unterhaltung über die Lage und das Wünschenswerthe eines Friedensschlusses unterhielt; dass aber der preussische Minister ausdrücklich betont habe, dass der Frieden in Brünn abgeschlossen werde, und zwar unter den angegebenen Bedingungen, ist nicht anzunehmen. Ich will, da ich sie nicht verbürgen kann, auf die mir von glaubwürdiger Seite wiederholt gewordene Notiz nicht zu grossen Werth legen, dass im Gegentheil der Wunsch bestand, den Frieden *in* Wien oder wenigstens *vor* Wien zu schliessen. Was aber zu den Thatsachen gehört — man begreift, dass ich damals in Wien von Allem, was vorging, genaue Kenntnis erhielt — das ist, dass noch kurz vor den Nikolsburger Verhandlungen, also nach der Besetzung von Brünn, die Cession eines Theils des östlichen Böhmens sehr ernstlich in Frage stand. Die stärkste Zumuthung an den gläubigen Hörer wird aber mit der ausdrücklich betonten Erklärung gemacht, dass in Deutschland der Main die Grenze für die preussischen Bestrebungen zu bilden habe, dass Süddeutschland freie Hand behalten und Oesterreich nach eigenem Ermessen sich mit demselben in Verbindung setzen

möge. Das ist genau das Abkommen, was Bismarck vor Beginn des Krieges vorschlug und zwar indem er sich an meine Dazwischenkunft durch einen Baron Gablenz (Bruder des österreichischen Generals) wendete (die Erinnerungen des Ministers Baron Friesen thun davon Erwähnung). Also damit, was Preussen vor dem Kriege vorgeschlagen, hätte es nach Königgrätz sich begnügen wollen? Das ist doch des Guten ein wenig zu viel.

Man müsste übrigens den Fürsten Bismarck wenig kennen, um für möglich zu halten, dass er den Bürgermeister einer von feindlichen Truppen besetzten Stadt zum Ueberbringer einer Friedensbotschaft an die Wiener Regierung als die geeignete Person betrachtet habe, was gar nicht hindert, dass im Verlauf des Gesprächs ein Wort gefallen sein kann, was Giskra wie eine Aufforderung zur Reise nach Wien verstehen mochte. Fürst Bismarck hat sich bei diplomatischen Verhandlungen stets als sehr umsichtiger und geschäftskundiger Mann gezeigt; er am wenigsten würde darüber im Zweifel gewesen sein, dass, eben so wie er selbst in gleichem umgekehrten Fall nicht anders gehandelt hätte, man sich in Wien nicht auf den mündlichen Bericht des Bürgermeisters von Brünn über dessen Unterredungen mit dem preussischen Minister hin zu einer Initiative bestimmt finden werde, welche unter Umständen sehr kompromittirend sein konnte. Hätte sich ein Unterhändler in Brünn eingefunden, so hätte er sicherlich andere Dinge als Ueberlassung des südlichen Deutschlands an Oesterreich und Verzicht auf Kriegsentschädigung zu hören bekommen. Für jeden Unbefangenen bedurfte es allein dieser Hinweise nicht, um das Unwahrscheinliche zu erkennen — Preussen, das nach Königgrätz und im Vormarsch auf Wien kein Gebiet und kein Geld verlangt und Süddeutschland Oesterreich zum Präsent macht!! Wie sehr eben, wie ich bereits bemerkte, die Einbildungskraft thätig war, beweist der Schluss der Erzählung, wo wir erfahren, dass der von Giskra nach Wien gesendete Vertrauensmann von dort mit einer ausweichenden Antwort zurückgekehrt, gleichwohl nach Nikolsburg eilt, dort aber die Ant-

wort erhielt: „Zu spät! wären Sie eine Stunde früher gekommen, so hätten die Verhandlungen eine andere Wendung genommen" — immer mit der „ausweichenden Antwort" ! !

Es traten aber noch andere Umstände hinzu, welche zu denken geben. Preussen selbst trat mit Frankreich in Fühlung, um eine militärische Intervention zu verhindern und dagegen eine diplomatische Mediation Frankreichs in den Kauf zu nehmen. Der aus früheren Zeiten in Paris wohl gesehene Prinz Reuss kam zu diesem Ende nach Paris. Dem Fürsten Bismarck konnte es gar nicht Ernst sein mit der Deprezirung der französischen Mediation, im Gegentheil passte es in seine Karten, dass Frankreich in seiner Rolle als Vermittler einige Zugeständnisse gemacht wurden, nachdem er den Kaiser Napoleon mit dem Irrwisch des Saarbrückener Kohlenbeckens gründlich hinter das Licht geführt und deshalb ihm gegenüber kein ganz gutes Gewissen hatte.

Nein, mit den „Brünner Präliminarien" war nichts anzufangen und nichts zu gewinnen, und ohne die französische Mediation — ich bitte, sich dessen bei meinen Gasteiner Aufzeichnungen aus dem Jahre 1871 zu erinnern — wären die Bedingungen lästigere gewesen. Was das Unfassliche genannt zu werden verdient, ist, dass, während Preussen die Aktion Frankreichs fürchtete, Oesterreich, was glücklicherweise für Preussen ein Geheimnis blieb, die Neutralität Frankreichs bedungen hatte, und zwar um den Preis einer Territorial-Cession, der Abtretung Venetiens im Fall des Siegs! So operirte, um mit Monsignor Greuter zu reden, mein altes Oesterreich.

Ich glaubte der gewissenhaften Geschichtsschreibung einen Dienst zu erweisen, indem ich diese längst vergessenen aber gewiss nicht werthlosen Verhandlungen in Erinnerung brachte.

Ihr Abschluss war kein unbefriedigender, meine Ansprache in der letzten Sitzung der österreichischen Delegation wurde mit Beifall aufgenommen und ich durfte mich rühmen, entgegen manchen bösen Anzeichen, schliesslich gut abgeschnitten zu haben, denn auch in der ungarischen Delegation erfolgte unter dankens-

werther Initiative des Grafen Szapary (Vaters der meinen Dresdener Landsleuten bekannten schönen Gräfin Elise Voss) eine Vertrauenskundgebung, und ich rüstete mich zur fröhlichen Heimkehr, als mir eine mehr geahnte als erwünschte neue Situation offenbar wurde.

XLI. Kapitel.

1871.

Ministerium Hohenwart.

Der Winter von 1870—1871, der Winter des deutsch-französischen Kriegs, war bekanntlich ein strenger und besonders ein schneereicher. Ich hoffe für die Bewohner der ungarischen Hauptstadt, dass in der Zwischenzeit, während ich Pest nicht mehr besuchte, die dortige Wohlfahrtspolizei eine grössere Entwicklung gewonnen hat. Damals war sie noch eine wenig merkliche, denn die unbeirrt liegen gebliebenen Schneehaufen waren bei Nachtzeit für den Fahrenden nicht ohne Gefahr. Auch der auf den Dächern liegende Schnee harrte geduldig der erlösenden Sonnenstrahlen. Es war nun ein schöner Februartag, als ich mit dem gewesenen und später wieder gewordenen Minister Banhans zur Mittagszeit im eifrigen Gespräch am Eingang des Stöckels mich befand, als ich plötzlich einen betäubenden Schlag am Kopf fühlte. Ein gewaltiger Eisklumpen war vom Dach herabgestürzt und hatte mir den Hut plattgedrückt. Wie mit einer Vorahnung betrat ich mein Zimmer und fand daselbst den Befehl zum Erscheinen bei Seiner Majestät. Ich eilte, ihm Folge zu leisten, und vernahm nun aus dem Munde des Kaisers die Ernennung des neuen Ministeriums.

Dass dieses Ereignis im Anzuge sei, war mir nicht entgangen; seiner wahrscheinlichen Gestaltung hatte ich nicht nach-

geforscht — eine Unterlassung, die Vielen vielleicht als tadelnswerth erscheinen mag. Allein es liegt nun einmal in meinem Charakter, wenig neugierig zu sein, und gleichwie — meine Feinde mögen zehnmal das Gegentheil behaupten [1]) — Alles, was Intrigue ist, für mich mein Lebtag eine *terra incognita* blieb, so war mir jederzeit Alles, was nach Spionirerei schmeckt, in der Seele zuwider. Ein Beruf zu vorgreifender Einmischung stand mir nach den kurz zuvor noch von den Führern der Verfassungspartei scharf gezogenen Kompetenz-Grenzen nicht zu. Indessen hatte ich nicht versäumt, so oft ich dazu Gelegenheit fand, Seiner Majestät gegenüber darauf aufmerksam zu machen, dass die Bildung eines dem Bürger-Ministerium verwandten, aber um so manche Erfahrung reicheren und weniger schroff auftretenden Ministeriums ohne Schwierigkeit sich ermöglichen lasse, und auch die Personen blieben nicht ungenannt. An Schmerling hatte ich als Haupt gedacht, und ich bin noch heute der Meinung, dass damals bei ihm weder der Entschluss noch die Kraft gefehlt hätte. Die schweigende Aufnahme meiner Aeusserungen liess mir inzwischen über die bereits im Stillen vollzogene Lösung keinen Zweifel.

Sichtlich wurde es dem Kaiser schwer, mir die unvermeidliche Eröffnung zu machen; es geschah mit dem Hinweis auf die im Reichsrath selbst gegen mich wegen Einmischung in innere

---

[1]) Als ich 1878 als Botschafter nach Paris versetzt wurde, hatte ein dortiger deutscher Buchhändler zu Klaczko, der mir die Aeusserung hinterbrachte, gesagt: „Ein Unglück, dass Graf Beust gekommen, der ist ein Intrigant erster Grösse.“ — „Ich will Ihnen,“ entgegnete ich Klaczko, „eine wenig bekannte, aber sehr wahre historische Anekdote für den Mann mitgeben. Als Napoleon erster Konsul wurde, besichtigte er alle Pariser Monumente und historischen Gebäude, unter Anderem auch den Temple, das Gefängnis Ludwig's XVI. Der Kustos, ein alter Jakobiner, glaubte sich angenehm zu machen, indem er zu dem ersten Konsul sagte: „*C'est dans ces chambres-là que nous avions le Tyran.*“ — „*Tyran? Tyran?*“ antwortete Napoleon; „*s'il l'avait été, il y serait encore.*“ So sage auch ich: „*Intrigant, intrigant, si je l'avais été, j'y serais encore!*“

Angelegenheiten gerichteten Angriffe, die mir erspart bleiben sollten. Hatte ich in dieser Motivirung eine wohlwollende Einkleidung mehr als eine vollständige Aufklärung zu erblicken, so wurde mir selbst ein Verlauf der Dinge anschaulich, welcher einen Grund zu ernster Klage meinerseits bei weitem mehr zu entfernen geeignet war. In den vorstehenden Kapiteln habe ich des Näheren ausgeführt, in welcher Stimmung ich die Delegationen gefunden und wie schwere Kämpfe ich mit ihnen zu bestehen gehabt hatte. Es liess sich unter diesen Umständen sehr wohl verstehen, wenn der Kaiser auf meiner Seite ein Unterliegen für mehr als wahrscheinlich angesehen hatte, und Seine Majestät durfte sich gleichzeitig eines Wortes erinnern, welches ich selbst wiederholt ausgesprochen hatte, indem ich hervorhob, dass in dem konstitutionellen Mechanismus der Delegationen eine gewisse Mangelhaftigkeit insofern bestehe, als ein unterliegender Minister streng genommen jedesmal abtreten müsste, da ihm die Mittel der Berufung an die Wähler nicht zu Gebote stehen.

Es begreift sich, wenn bei der Aussicht auf eine derartige Gestaltung der Dinge der Kaiser meinen Rücktritt als etwas von Seinem eigenen Befinden Unabhängiges betrachten konnte, und mit Rücksicht darauf, sowie in der Erwartung eines in lockerer Verbindung mit der Verfassungspartei stehenden Nachfolgers, in die Kombination Hohenwart trat. Diese war nun aber zum Abschluss gelangt, als wider Erwarten und über mein eigenes Hoffen die Delegationssitzung einen vollkommen befriedigenden Abschluss fand und mit Vertrauens-Kundgebungen für mich endete. Jetzt war, wenn der Ausdruck nicht unehrerbietig ist, das Konzept verrückt. Der Kaiser hatte übrigens die Gnade, mir die Versicherung zu ertheilen, dass ich als Minister des Aeussern sein volles Vertrauen besitze. Eine Bestätigung dieser Worte brachte mir einige Zeit darauf ein Zwischenfall, auf den ich weiterhin zurückkomme.

Man hat mir es damals von vielen Seiten verübelt, dass ich nach dieser Ueberraschung nicht vorgezogen habe, meine Demis-

sion einzureichen. Vorzugsweise geschah es in den Reihen der Verfassungspartei, und doch hatte gerade diese, wie ich sogleich ausführen werde, alle Ursache, für mein Bleiben dankbar zu sein. Ich thue weder mir selbst noch der Verfassungspartei das Unrecht, zu glauben, dass der Gedanke aufgekommen sei, ich habe hauptsächlich an mich und mein Verbleiben im Amte gedacht. Hätte diese Rücksicht mich geleitet, so hätte logischerweise es mein Bestreben sein müssen, das neue Ministerium zu unterstützen, um es vor Fehlern zu bewahren, und hätte ich diesen Weg eingeschlagen, so würde, dessen darf man sicher sein, es kein böhmisches September-Reskript aber auch keinen Ministerwechsel gegeben haben. Wenn ich sage, die Verfassungspartei hatte Ursache, für mein Bleiben dankbar zu sein, so gründet sich diese Ueberzeugung auf eine ganz andere Betrachtung.

Zunächst will ich nicht unterlassen, daran zu erinnern, was ich in Vorstehendem erwähnte, nämlich an die Umstände, unter denen der Kaiser zu dem Entschluss gelangen konnte, ohne mein Wissen und ohne mein Zuziehen das neue Ministerium zu ernennen. Auch will ich bei diesem Anlass noch Eines betonen. Ich habe selbst in der Zeit, wo von einem allmächtigen, einem unentbehrlichen Beust gesprochen wurde, mich nie durch den nicht von mir, sondern mit mir getriebenen Popularitäts-Schwindel bethören lassen und nie vergessen, dass ich ein vom Kaiser aus dem Ausland berufener Diener sei. Es konnte daher auch für mich nur die Erwägung massgebend sein, ob ich bei der neuen Gestaltung der Dinge erspriessliche Dienste zu leisten in der Lage sein werde. Diese Frage durfte ich bejahen, und abermals hat es vor Allem die Verfassungspartei nicht zu beklagen gehabt. Um so mehr würde sie zur Klage dann Anlass gehabt haben, wenn ich mich zurückgezogen hätte, was mir, beiläufig erwähnt, nicht zu grosse Ueberwindung gekostet haben würde. Inmitten der aufreibenden Existenz der letztvergangenen zwei Jahre war mir der Gedanke einer Vertauschung mit einem Botschafter-Posten mehr als einmal gekommen, und ich erinnere mich, wie einmal,

als der Kaiser die Leistungen des Grafen Apponyi als schwächer werdend und einen Wechsel als angezeigt erklärte, Seine Majestät lächelnd hinzufügte: „Ach, ich vergass, London darf ja nicht besetzt werden." Trat ich aber aus, so war schon damals zweifelsohne Graf Andrassy mein Nachfolger. Dieser hätte sich nicht neben den Grafen Hohenwart gestellt, sondern mit ihm sich verständigt und ihm nicht zu verachtende Hülfstruppen zur Verfügung gestellt. In der auswärtigen Politik hätte er nichts Anderes gethan als was ich that, aber für die inneren Fragen hatte er in Wien keine Vergangenheit, und hätte allein nach ungarischen Zweckmässigkeits-Rücksichten gehandelt, deshalb aber sich Hohenwart angeschlossen, und mit seiner parlamentarischen Routine wäre er ein nicht zu verachtender Rathgeber gewesen und hätte das Ministerium konsolidirt. Meine Aufzeichnungen über die letzten Monate des Jahres 1871 enthalten über diesen Punkt interessanten Aufschluss.

Die bereits 1869 nur schüchtern hervorgetretenen Symptome der Andrassy'schen Kandidatur für Wien zeigten sich überall nach der Ernennung des Ministeriums Hohenwart in schärferer Betonung, und gewannen in der cis- wie transleithanischen Presse eine solche Bedeutung, dass ich nicht zögern durfte, Klarheit in die Verhältnisse und Stätigkeit in den Dienst zu bringen. Ich setzte für die ‚Wiener Abendpost' ein nicht misszuverstehendes Dementi des Inhalts auf, dass an entscheidender Stelle eine Aenderung in der Leitung des Ministeriums des Aeussern weder beabsichtigt worden sei noch beabsichtigt werde, und begab mich damit nach Ofen, wo der Kaiser abermals weilte. Das von mir Seiner Majestät vorgelegte Dementi wurde anstandslos genehmigt und die Genehmigung alsbald nach Wien telegraphirt. Am nächsten Morgen las man es in den Morgenblättern. In Pest gab es damals lange Gesichter, mir aber der ich Pest verliess, um es nie wiederzusehen, tönten die Worte aus dem ‚Freischütz' nach: „Glaubst du, dieser wohlgezielte Steinadler sei dir geschenkt?"

In Pest erschien zu jener Zeit eine Broschüre, deren Inhalt die „Neue freie Presse“ wiedergab. Daraus verdient folgende Stelle citirt zu werden:

„Aus der Unzahl von Verdiensten um Deutschland, die dem ungarischen Premier nachgesagt werden, heben wir als bezeichnend hervor: Graf Andrassy habe den Grafen Beust gezwungen, seinen bekannten Rededämpfer dem deutschen Schützenfeste aufzusetzen; Graf Andrassy habe das Einschreiten wider den Missbrauch der Gastfreundschaft durch den Hietzinger Hof erwirkt; Graf Andrassy habe das österreichische Konkordat zum Falle gebracht; Graf Andrassy habe die ‚unselige‘ Vermittlungs-Politik Beust's zur Zeit der Friedens-Verhandlungen theilweise gehemmt; Graf Andrassy habe in seiner Antwort auf die Stratimirovich'sche Interpellation jede Solidarität mit dieser Thätigkeit Beust's abgelehnt; Graf Andrassy habe die Annäherung an Deutschland bewirkt und später deren Störung verhütet; Graf Andrassy habe die römische Politik Oesterreichs gebilligt, resp. inspirirt; Graf Andrassy habe die russische Politik Oesterreichs allein gemacht. Nachdem Graf Andrassy so viel gethan, that er, wie der liebe Gott am sechsten Schöpfungstage: ‚Er sah an Alles, was er gemacht hatte, und siehe da, es war sehr gut.‘ Es war um so besser, als sämtliche belobigende Adjektiva, die in Grimm's Wörterbuch zu finden sind, dem Namen Andrassy, und zahlreiche beschimpfende dem Namen Beust angehängt sind.“

Der Artikel der „Neuen freien Presse“ bemerkt im Eingang: Die Broschüre enthalte Andeutungen und Mittheilungen über Thatsachen, die nur den Eingeweihten bekannt wären, und das ganz unbedingte Lob des Grafen Andrassy, die Konfiszirung alles von irgend jemand in Ungarn vollbrachten Guten, alles und jedes Vernünftigen, dessen unsere auswärtige Politik sich rühmen durfte, zu Gunsten des Grafen Andrassy, können nur auf Veranlassung des letzteren erfolgt sein. — Ich stelle eine solche Behauptung nicht auf und thue das um so weniger, als die im vorstehenden Auszug dem Grafen Andrassy nachgerühmten Verdienste in Wahrheit gar nicht von ihm in Anspruch genommen werden könnten und von ihm auch nie in Anspruch genommen worden sind. Graf Andrassy hat sich gelegentlich des Wiener

Schützenfestes weder persönlich noch schriftlich die geringste Ingerenz erlaubt (dass er die in den Pester Blättern nach dem Schützenfest erschienenen abträglichen Artikel, deren ich an der betreffenden Stelle gedachte, inspirirt habe, kann ich eben so wenig voraussetzen); eben so wenig hat er irgend einen Schritt wegen der hannöverischen Vorgänge in Hietzing gethan; um die Konkordatsfrage, welche in Ungarn selbst gegenstandslos war, hat er sich nie gekümmert; nicht minder ist Graf Andrassy meinen Schritten gelegentlich der Haltung der Neutralen im deutsch-französischen Kriege völlig fern geblieben. Die Annäherung an Deutschland vollzog sich in Wien, ohne dass Graf Andrassy dort erschienen war oder sich eingemischt hätte, gleichwie er in der römischen Politik nie intervenirte. Genau eben so grundlos waren die in der Broschüre als Thatsachen bezeichneten Behauptungen, dass der Reichskanzler durch mündliche Drohungen des Generals Schweinitz von der Absendung einer zu Gunsten Frankreichs ernstlich intervenirenden Depesche abgehalten wurde, und dass ferner Graf Andrassy die Unterdrückung mehrerer franzosenfreundlicher, vom Kaiser bereits sanktionirter Depeschen Beust's durchgesetzt habe. Dass sich also Graf Andrassy Alles dessen gerühmt und sogar eine entsprechende publizistische Arbeit veranlasst haben sollte, nehme ich nicht an. Allein bezeichnend für den Volkscharakter und ein Merkmal des ungarischen Patriotismus bleibt es, dass man den Mann, welcher dem Lande nur Gutes erwiesen, und das sich über ihn nie zu beklagen gehabt hatte, zu verkleinern, ja zu vernichten trachten konnte, um einen Landsmann an seine Stelle zu bringen. Die Slaven habe ich nicht, wie sie meinten, an die Wand gedrückt, sondern ihnen vergeblich die Thüre geöffnet, aber mit ihnen war ich im Kampf. Den Deutschen habe ich viele und grosse Dienste geleistet, und ihre Angriffe waren keine berechtigten, immerhin aber erhoben sie zeitweise Klage; aber bei Ungarn, von wo aus nie eine Beschwerde über mein Thun und Lassen gekommen war, gedenke ich des Wortes, das König Philipp bei der Leiche Posa's spricht:

„Mag mir Europa fluchen, von diesem hatt' ich Dank verdient". Wohl bestätigte das Baron Orczy in seiner Ansprache, als ich mich im November desselben Jahres von dem Personal des Ministeriums des Aeussern verabschiedete. Wie wenig ich übrigens das den Ungarn je nachgetragen, das habe ich in London wie in Paris bewiesen. Man frage die Mitglieder der dortigen ungarischen Vereine, wer mehr für sie gethan, ob die Botschafter, die geborene Ungarn waren, oder der „dumme Schwob!" — —

Die Stellung, die ich gegenüber dem neuen Ministerium von Haus aus einzunehmen haben werde, legte ich nach der Rückkehr nach Wien klar, indem ich an den Kaiser folgende Worte richtete:

„Man ist darüber im Zweifel gewesen, ob ich um die Bildung des Ministeriums gewusst habe oder nicht. Die Wahrheit ist, dass ich nichts davon wusste, und schon darum habe ich es offen bekannt. Allerdings musste das Ansehen meiner Stellung darunter leiden, allein darüber kann ich mich hinaussetzen, nachdem Eure Majestät mich des Allerhöchsten Vertrauens versichert haben. Was ich dagegen nicht zugeben oder nur glauben lassen kann, ist, dass ich darum gewusst habe, denn ich mag mir nicht vorwerfen lassen, dass ich Millionen und Millionen der in der Mehrheit deutschen Delegation abgerungen habe, um ihr mit der Ueberraschung des Ministeriums zu danken."

Diese vielleicht mehr als freimüthigen Worte — denn sie konnten so gedeutet werden, als zielten sie über mich selbst hinaus und nach einer höheren Stelle — nahm der Kaiser, gleich der ferneren Aeusserung, dass ich ihm bei den Slaven nichts, wohl aber vielleicht einmal bei den Deutschen etwas nützen könne, in einer nicht blos gnädigen, sondern so herzlichen Weise auf, dass mir die Thränen in den Augen standen, als ich das Kabinet des Kaisers verliess.

Mein Verhalten dem Ministerium gegenüber war entsprechend. Die Stellung, die ich einnahm, war eine streng gesonderte, aber keine rivale und noch weniger eine feindselige; sie blieb eine

beobachtende, bis aus der Aktion des Ministeriums Thatsachen hervorgingen, die ich gewissenhafterweise nicht geschehen lassen durfte. Graf Hohenwart operirte während längerer Zeit dem Reichsrath gegenüber so geschickt und zugleich so korrekt, dass für mich keine Veranlassung war, aus jener Rolle herauszutreten. Freilich wollte es die allgemeine Lage der Dinge, dass ich als Minister des Aeussern ein Programm konstant aufrecht halten und durchführen musste, welches mit dem seinigen geringe Wahlverwandtschaft hatte, ja eher das gerade Gegentheil darstellte. Die Politik war nach aussen rückhaltslos deutsch, nach innen rückhaltslos undeutsch, und es war nur eine natürliche Folge gegebener Faktoren, dass der deutsche Widerstand gegen die undeutsche innere Politik in der deutschen äusseren Politik eine Anlehnung fand.

Ich unterliess übrigens nicht, Seine Majestät in steter Kenntnis dessen zu erhalten, was in der deutschen Politik geschah. Der nachstehende Vortrag legt davon Zeugnis ab.

Ein heftiger Rheumatismus an der linken Schulter, welcher durch einen Druck, den er auf das Herz äusserte, sehr lästig war, führte mich zu sehr früher Jahreszeit nach Gastein, welches, Ehre und Dank seiner Quelle! nach sieben Bädern mich davon gänzlich befreite. Jener Vortrag war in Folge eingehender Berathung von dem Sektionschef von Hofmann zuvor entworfen worden, ich vervollständigte ihn während jenes kurzen Aufenthaltes in Gastein, weshalb er von dort datirt ist.

War, wie aus dem vorgenannten Vortrag hervorgeht, meine Berufsfreudigkeit eine ungestörte geblieben, so wiegte ich mich darum nicht in Illusionen über die Lage; nur sah ich mein eigenes Ende nicht in Verbindung mit einem Unterliegen Hohenwart's, sondern in Folge eines definitiven Sieges desselben kommen. Wie sehr ich von Selbsttäuschung fern war, beweisen die nachfolgenden Verse, die ich während desselben kurzen Aufenthaltes in Gastein schon im Mai niedergeschrieben, und welche von dem, an den ich sie gerichtet hatte, nach meiner Ent-

lassung dem „Wiener Tagblatt“ zugeschickt wurden und dort erschienen:

„Siebensechzig, achtundsechzig Jahre hellen Glanzes,
Liessen neunundsechzig kaum den Schein verwelkten Kranzes.
Siebzig war das Jahr des bittren Leidens,
Einundsiebzig wird vielleicht das Jahr des Scheidens.

„Manches, was ich hoffnungsvoll begonnen,
Ist in Nacht und Nebel mir zerronnen,
Manches möchte ich noch gern vollenden,
Möchte auch nicht gern so ruhmlos enden.

„Wohl das Lob, es ist ja längst verklungen,
Doch was mühsam ich für Euch errungen,
Wird erkennbar Euch nur dann erst werden,
Wenn vielleicht ich nicht mehr bin auf Erden.“

XLII. Kapitel.

1871.

Meine letzte Delegations-Sitzung.

Ein recht charakteristisches Bild österreichischer *Dissolving Views* bot die Delegations-Sitzung, welche im Sommer 1871 in Wien stattfand; für mich war sie die letzte, aber nicht die mindest befriedigende. Vielleicht kann ich jene Erscheinung nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem ich dem geneigten Leser, welchem die Angriffe des Dr. Herbst aus den nächst vorausgehenden Kapiteln in frischer Erinnerung sind, die einzigen Worte vorführe, die derselbe Redner, nach Verlauf eines kaum halben Jahres, bei der Bewilligung des Etats des Ministeriums des Aeussern, und zwar gelegentlich des Dispositionsfonds sprach: „Ich wollte nur, veranlasst durch die zuletzt gemachte Bemerkung, erklären, dass ich weit entfernt bin, in meinem Votum ein Misstrauens-Votum gegen das Ministerium aussprechen zu wollen,

indem ich vielmehr für meine Person mit der Tendenz der Leitung des auswärtigen Amtes vollkommen einverstanden bin.“ (Bravo, bravo, links.)

Bei der General-Debatte über das Ministerium des Aeussern ergriff ein einziges Delegations-Mitglied das Wort, Dr. Oelz, ein gemässigter Klerikaler und, wie ich gern anerkenne, auch ein gemässigter Redner. Um so eingehender war meine eigene Rede, die ihres geschichtlichen Werthes wegen hier wiederholt zu werden wohl verdienen dürfte.

Wenn ich von geschichtlichem Werth spreche, so bitte ich, diese, wie viele ähnliche meiner Worte, so zu nehmen, wie ich sie denke, nämlich objektiv. Es ist nicht zu vermeiden, dass in meinen Erinnerungen meine Person, in Folge deren Betheiligung an den Ereignissen, immer wieder zur Erscheinung gelangt, allein wenn ich wie hier die Aufmerksamkeit auf eine von mir gehaltene Rede lenke und ihr geschichtliche Bedeutung beimesse, so geschieht es nicht deshalb, weil ich die Rede gehalten habe, sondern weil in der Rede Verhältnisse und Dinge sich abspiegeln, deren Kenntnis für die Geschichte von Werth ist.

Ich lasse die Rede folgen:

Sehr im Gegensatze zu den Verhandlungen der letzten Delegations-Session sehe ich mich heute fast allein berufen, in der General-Debatte das Wort zu ergreifen.

Ich glaube, es ist keine Vermessenheit, wenn ich diesem Schweigen eine günstige Deutung gebe. Nicht allein, dass ich in der Lage bin, mich nur gegen Einen Angriff und noch dazu einen schonenden vertheidigen zu müssen, so darf ich wohl auch dessen gedenken, dass die Aeusserungen, welche ich in einer der Sitzungen Ihres geehrten Ausschusses zu thun Gelegenheit hatte, im Allgemeinen einen nicht unbefriedigenden Eindruck zu hinterlassen schienen. Streng genommen könnte ich daher vielleicht mich damit begnügen, auf jene Erklärungen Bezug zu nehmen, oder sie an dieser Stelle zu wiederholen. Es ist dies nicht meine Absicht, und ich hoffe, die hohe Delegation wird es nicht ungern aufnehmen, wenn ich von meiner Seite ihre Aufmerksamkeit auch für eine ausführliche Auseinandersetzung einmal in Anspruch nehme.

Ich bin nämlich der Meinung, dass, wenn jene Voraussetzung eine begründete sein sollte, ich darin eine Aufforderung zu erblicken habe, weiter zu gehen, und nachdem ich dem geehrten Ausschusse eine flüchtige Federzeichnung vorgelegt habe, es angezeigt erscheint, der hohen Delegation selbst ein vollständiges Bild vorzuführen.

Es ist für einen Minister des Aeussern immer etwas Missliches, sich in öffentlicher Sitzung über politische Fragen eingehend zu äussern; ganz besonders ist dies dann der Fall, wenn er den seinigen entgegenstehende Ansichten sich gegenüber glaubt oder sieht, denn da läuft er Gefahr, nicht nur tauben Ohren zu predigen, sondern nur zu offenen Ohren zu predigen, in welche mit jedem Worte das er spricht, zugleich Misstrauen und Widerspruch eindringt.

Stellt sich die Lage dagegen so, dass er im Allgemeinen entgegenkommenden Anschauungen zu begegnen hoffen darf, dann ist meiner Ansicht nach für ihn der Moment gekommen, aus der Reserve herauszutreten und den Versuch eines aufrichtigen Verständnisses, einer aufrichtigen Verständigung zu machen.

Ich erlaubte mir schon daran zu erinnern, dass meine Erklärungen im Ausschusse eine ziemlich gute Aufnahme zu finden schienen. Nun freilich pflegen derartige friedliche Versicherungen gern vernommen zu werden, und es wird behauptet, dass die Minister des Aeussern solche Aeusserungen, solche Kundgebungen vorzugsweise lieben. Ich will daher dem Zweifel, der von einer Seite des Hauses auch heute laut geworden ist, sein Recht gönnen, nicht als wenn ich voraussetzen dürfte, dass die Aufrichtigkeit meiner Versicherungen in Frage gestellt wird; allein ich will nicht ausser Betracht lassen, dass eben der Bestand der von mir geschilderten friedlichen Lage in Zweifel gezogen werden kann.

Wir befinden uns auf offener See, und da wird man vielleicht sagen, wenn auch in diesem Augenblicke keine schwarzen Wolken aufziehen, wer bürgt uns dafür — und die nächste Vergangenheit liegt ja dieser Frage nahe — wer bürgt dafür, dass der Himmel wolkenlos bleibt? Da wird man vielleicht ferner sagen: Wohin geht die Fahrt? Welches ist der Kompass? Wohin werden die Segel eingelegt, nach welcher Richtung werden die Segel eingesetzt, nach welcher nicht? Ich will diese Fragen nicht unbeantwortet lassen.

Die Fahrt geht dahin, wohin die nüchterne, vorurtheilsfreie Auffassung der politischen Lage im Allgemeinen und der unserigen insbesondere hinweist. Der Kompass ist die Logik; die Segel werden dahin eingelegt, wohin die Konsequenzen der Logik und nicht augen-

blickliche Anwandlungen hinweisen. Die hohe Delegation wird zu urtheilen haben, ob die Politik der Regierung diese Gesichtspunkte sich zur Richtschnur nimmt oder nicht!

Bevor ich in dieser Entwicklung weiter gehe, sei mir erlaubt, einen kurzen Rückblick auf die letzten Jahre zu werfen. Es ist zwar im Allgemeinen ein unfruchtbares Beginnen, auf Vergangenes zurückzukommen, allein ich gestehe offen, mir liegt daran, einer möglichen, und fast möchte ich befürchten sagen zu müssen: hie und da bestehenden Auffassung zu begegnen, als sei uns plötzlich erst ein Licht aufgegangen, oder als fügten wir uns nur unwillig einer aufgezwungenen Nothwendigkeit. Diese Auffassung wäre keine berechtigte. Die Politik, welche in den letzten Jahren befolgt wurde, war die Politik der freien Hand; diese Politik entsprach im Allgemeinen den Anschauungen der hohen Delegationen, sie wurde verkündet in der Einleitung zu dem ersten Rothbuche und acceptirt in dem ersten Ausschussberichte dieser Delegation.

Sie war vorgezeichnet durch die Umstände und war nicht eine Politik der Unsicherheit, sondern eine Politik des berechneten Friedens, des Friedens dessen wir bedurften.

Zur Bethätigung und Bestätigung dessen, dass die Politik keine andere, dass sie so und nicht anders beschaffen und nicht erfolglos war, sei mir erlaubt, nur auf einen Umstand hinzuweisen.

Der Prager Friede, welcher mehrfache Spuren davon zeigte, dass zwei Mächte ihn gezeichnet und drei Mächte ihn verhandelt hatten, trug nach mehr als einer Seite hin den Stempel des Unsicheren und Unfertigen, und damit barg er auch durch den Zustand, den er geschaffen hatte, mehrfache Keime zu Verwicklungen, ja zur Gefährdung des Friedens.

Dass dieser Zustand vier volle Jahre dauern konnte, ohne zu einem Konflikte Anlass zu geben, dass es eines demselben völlig fremden und weitab liegenden Zwischenfalles bedurfte, um einen Zusammenstoss herbeizuführen, dass ohne diesen Zwischenfall jener Zustand Aussicht hatte auf eine friedliche Entwicklung und selbst Konsolidirung, das — wir dürfen es ohne Vermessenheit sagen — war zum nicht geringen Theil der Haltung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu danken. Wir haben nichts zu bereuen und nichts zu verleugnen.

Ein verheerender Krieg brach aus. Wir haben ihn nicht hervorgerufen, es lag nicht in unserer Macht, ihn abzuwenden.

Er hat seinen Verlauf gehabt und in seinem Erfolge Deutschland eine neue, eine feste und einheitliche Gestaltung gegeben.

Das neu gegründete Deutsche Reich, noch bevor es sein offizielles Gewand anlegte, reichte uns in achtungs- und vertrauensvoller Weise die Hand, und wir nahmen keinen Anstand, diese Hand mit Wärme zu ergreifen.

Der Depeschenwechsel, welcher im Nachtrage zu dem letzten Rothbuche enthalten ist und welcher im Dezember vorigen Jahres zwischen hier und Berlin erfolgte, er bildet die Grundlage eines auf Parität und gegenseitiger Interessen-Politik beruhenden Verhältnisses. Dieses Verhältnis ist — mit Genugthuung darf ich es aussprechen — seitdem nicht allein nicht gestört worden, es ist von beiden Seiten gewahrt und gepflegt worden. Zweifel, Besorgnisse sind bei jeder Sache, namentlich aber bei jeder politischen Gestaltung erlaubt.

Der Herr Vorredner sprach uns von Bausteinen, die noch gebraucht würden; er sprach aber zugleich von der Unsicherheit und von der noch nothwendigen Vollendung des begonnenen jenseitigen Baues. Ja, in diesem Falle glaube ich denn doch, dass eine gesunde Einsicht, ganz abgesehen von allen internationalen Rücksichten, dahin führt, dass man eben vor allen Dingen in einem solchen Falle daran denkt, den aufgeführten Bau solid zu machen und nicht daran schon einen Anbau im Voraus zu beginnen, ehe der alte Bau vollkommen feststeht.

Ich theile daher seine Befürchtungen nicht.

Wir unsererseits sind nun bestrebt, die Keime, welche in jenem von mir dargestellten Verhältnisse gelegt wurden, zu hüten und sie einer gerechten Erwartungen entsprechenden Frucht entgegenreifen zu lassen.

Weit entfernt, auf die Vergangenheit im Geiste unfruchtbarer Klage oder neidischer Missgunst zurückzugreifen, schöpfen wir gerade in einem Rückblicke auf die Vergangenheit die Hoffnung auf eine gedeihliche und segensreiche Entwicklung des neuen Verhältnisses.

Dem alten deutschen Bunde, dessen Unvollkommenheiten nie verkannt wurden und welcher den nationalen Bestrebungen nicht genügen konnte, hat man gleichwohl nie den Vorzug abzusprechen vermocht, dass er eine lange Reihe von Jahren hindurch nicht allein Deutschland, sondern Europa den Frieden gab und sicherte. Allein ein entschiedener historischer Irrthum würde es sein, wollte man die ehemalige deutsche Bundesverfassung als die Ursache, als die alleinige oder vorzugsweise Bürgschaft für jene Epoche der Ruhe und des Friedens hinstellen. Diese war vor Allem dem unausgesetzten einverständlichen Zusammengehen von Oesterreich und Preussen zu danken.

Freilich haben seit jener Zeit die politischen und sozialen Zustände eine gewaltige Umwälzung erfahren, allein wenn auch zugleich damit die Machtverhältnisse und — gestehen wir es offen — nicht zu unserem Vortheile sich verrückt haben, so ist dagegen Ersatz geboten in dem Wegfalle des Streitobjektes. Die Verfolgung des Streitobjektes war es ja, welche in den letzten Jahren, in der letzten Zeit des Bundes das Zusammengehen beider Mächte zuerst lähmte und endlich unmöglich machte. Und wenn wir nur wollen, wenn wir ernstlich wollen und alle unsere Kräfte zusammenzufassen verstehen, so können wir noch heute uns dem befreundeten und erstarkten Deutschland als ein ebenbürtiger Nachbar zur Seite stellen.

Die Erinnerung an jene von mir eben erwähnten Zeiten war es denn auch, welcher eine in jüngster Zeit vollzogene Sendung, womit ein verehrtes Mitglied dieser hohen Versammlung betraut wurde, seine wahre Weihe, seine wahre Bedeutung geben sollte.

Der Gedanke, den wir damit verfolgen, ist ein solcher, womit alle Regierungen und Völker Europa's die den Frieden wollen, sich befreunden können, sich befreunden müssen. Und in der That, wohin wir auch unseren Blick richten mögen, dürfen wir auf die Verwirklichung dieser Hoffnungen rechnen.

In England — dafür sind uns bis in die neueste Zeit die unzweideutigsten Kundgebungen zugekommen — begrüsst man unsere neue Beziehung zu Deutschland mit lebhafter Genugthuung.

Was unser Verhältnis zu Russland betrifft, so können für dasselbe eben diese Beziehungen schon insofern nur von Vortheil sein, als es nicht leicht ist, gegen den Freund des eigenen Freundes zum Feinde zu werden. Abgesehen von diesem mehr zufälligen, wiewohl schwerwiegenden Umstande, so ist die Voraussetzung gewiss nicht unberechtigt, dass, wenn einmal jenes von uns ins Auge gefasste mitteleuropäische Bollwerk des Friedens sich aufrichten sollte, auch der Geist der Mässigung, der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Vertrauens zum Regulator unserer Beziehungen zu unserem mächtigen Nachbar im Osten werden müsste. Es geschieht im Hinblicke auf diese Betrachtung, dass ich die von mir im Ausschusse gesprochenen Worte, unsere Beziehungen nach jener Seite hätten sich nicht verschlimmert, dahin vermehre und ergänze, dass sie sich mit der Zeit zu entschieden guten gestalten werden.

Frankreich, das hartgeprüfte und dennoch so lebenskräftige Frankreich, das eben erst der Welt einen ungeahnten Einblick in die unerschöpflichen Hülfsquellen seines Nationalreichthums geboten hat, es

wird die Arbeit seiner friedlichen Erstarkung durch die Stellung, die wir angenommen haben, nicht gefährdet sehen; es wird in uns einen Freund, aber einen aufrichtigen Freund erkennen.

Dasselbe gilt von unserem südlichen Nachbar. Italien weiss es und wird es nicht anders erfahren, als dass wir, treu dem Grundsatze der Nichteinmischung in seine Angelegenheiten, ihm ein befreundeter Nachbar sein und bleiben werden. Seine Regierung ist zu erleuchtet, um es nicht zu würdigen, wenn wir es vermeiden, der unzweideutigen Bethätigung dieser Politik Verletzungen achtungswerther Gefühle hinzuzufügen, deren Schonung uns nur ehren, sie selbst aber weder in ihrem Ansehen, noch in ihren Interessen schädigen kann.

Ich glaube es nicht nöthig zu haben, hier ausführlich auf dasjenige einzugehen, was in Bezug auf diesen Gegenstand der geehrte Vorredner äusserte. Was ich eben gesagt habe, bezeichnet zu klar den Standpunkt der Regierung, als dass es weitläufiger Auseinandersetzungen darüber bedürfte, und ich glaube, der geehrte Herr Vorredner hat seine Blicke auf ein Feld gelenkt, auf welchem hier Rede zu stehen ich nicht berufen bin.

So bleibt nur noch die Erwähnung eines anderen Nachbarn mir übrig, dessen gute Beziehungen zu uns zu den Traditionen der Monarchie gehören.

Die Ergebnisse einer jüngst abgehaltenen europäischen Konferenz, welche dieses Reich zunächst berührte, haben daran nichts geändert.

Ein vordem geschaffenes Uebereinkommen, welches zu Gunsten dieses Reiches getroffen wurde, welches wir längst schon als unhaltbar vorhergesehen und vorherbezeichnet hatten, ist einer anderen Vereinbarung gewichen. Treu unseren vertragsmässigen Pflichten, haben wir in der uneigennützigsten Weise — denn es könnten für uns daraus lästige Verpflichtungen erwachsen — Kompensationen geboten, die wir jedoch dem zunächst Betheiligten gegen seinen Willen nicht aufzwingen konnten. Die Pforte hat es vorgezogen, eine Lösung zu wählen, welche sie ihrer Unabhängigkeit und ihrem Selbstbestimmungsrecht zuträglich erkannte. Wir hatten das zu achten und kein Interesse auf unserer Seite dadurch bedroht zu finden.

Dass unsere guten Beziehungen in keiner Weise gelitten haben, dafür ist uns in neuerer Zeit erst dadurch ein erfreulicher Beweis geworden, dass wir bei dem Unternehmen eines grossen Werkes, bestimmt die Donauschifffahrt von ihren durch die Natur gezogenen Schranken zu befreien, von Seiten der Pforte ein Entgegenkommen finden, welches uns die besten Aussichten eröffnet, und dass wir —

gleiche Willfährigkeit auf Seiten der am rechten und linken Ufer des grossen Stromes uns näher gelegenen Länder bürgt uns dafür — dass wir es auch bei diesen Ländern mit befreundeten Elementen zu thun haben.

Dies, hochverehrte Herren, ist das Bild, welches ich Ihnen vorzuführen hatte. Wäre ich so glücklich, ein schärferes Auge zu besitzen, als es leider der Fall ist, würde ich vielleicht auf manchen Antlitzen ein skeptisches Lächeln wahrzunehmen haben, und vielleicht erinnert sich der eine oder andere meiner hochverehrten Zuhörer bei Gelegenheit meines Bildes an ein anderes Bild, welches jüngst in einem hiesigen Witzblatte erschien, und erblickt mich, anstatt am Ministertische, am Baume sitzend und Schalmeien blasend, während die Kanonen ringsherum aufgefahren werden. Nun, meine Herren! ich bin der Meinung, dass man den Frieden ernstlich wollen und die friedlichen Wege gehen kann, und darum noch nicht als ein blinder Flötenspieler einherzuwandeln braucht; ich bin auch immer der Meinung gewesen, dass, so lange Kanonen in der Welt bestehen, dieselben nicht blos für Andere da sein müssen, dass wir deren gerade soviel bedürfen, als zu unserer Vertheidigung nothwendig ist, dass sie bei uns dazu da sein müssen, um zu vertreiben, und nicht, um vertrieben zu werden — allein ich bin auch der Ansicht, dass es gerade da am leichtesten ist, ein offenes Auge für das zu haben, was um uns her vorgeht, wenn wir nicht erst nach dem Wege suchen, den wir zu gehen haben, sondern unserer Wege gewiss sind. Deshalb lag mir daran, hochgeehrte Herren, Ihnen nicht nur ein Bild der augenblicklichen friedlichen Konstellation vorzuführen, sondern Ihnen auch zu sagen, auf welchem Wege wir uns befinden, und damit jenes Gefühl der Sicherheit herbeizuführen, mit welchem allein die Werke des Friedens in Ruhe vollbracht und die Lasten der Vertheidigung mit Freudigkeit getragen werden.

Und so hab' ich's denn unternommen, in der heutigen Sitzung der Delegation einen vollen Ueberblick zu geben über die Ansichten die uns leiten, über die Stellung die wir einnehmen, über die Ziele die wir verfolgen.

Ich bin glücklich, in der Lage zu sein, der hohen Delegation diese Darlegung nicht als ein ephemeres Programm, sondern als ein festgestelltes System bezeichnen zu können. Ich meine, alle Völker der Monarchie können sich damit befreunden: es bietet dem Reiche den Frieden nach aussen, es gibt ihm Ruhe und Zeit, seine innere Arbeit zu vollenden.

Darum auch, meine hochverehrten Herren! rechne ich auf die Zustimmung der hohen Delegation! Darum richten sich meine Blicke vertrauensvoll über diesen Raum hinaus, darum verlässt mich nicht die Hoffnung, dass Patriotismus und Selbstgefühl willig und beharrlich den Theil der Aufgabe übernehmen werden, welchen die Regierung allein nicht leisten kann, sondern welchen sie dem altösterreichischen Geiste aller der Monarchie angehörigen Länder und Völker mit vertrauensvoller Zuversicht, aber auch mit ernster Mahnung überlassen muss, denn nur der innere Friede ist es, welcher unserer Friedenspolitik den Vorwurf der Schwäche ersparen und die Achtung des Auslandes sichern kann. (Beifall.)

Ich bin der Meinung, Graf Andrassy hat nicht zu viel gesagt, als er, wie ich bei einem früheren Anlass erwähnte, im Jahre 1874 in der ungarischen Delegation äusserte, er habe nur in dem von mir gelegten Geleise fortzugehen nöthig gehabt. Ein andermal sprach mein Nachfolger allerdings von einem Gegensatz zwischen meiner Politik, welche die der „freien Hand" gewesen, und der seinigen, die er die Politik der „gebundenen Marschroute" nannte. Dieser letztere Ausdruck schien mir nie recht glücklich; ich weiss nicht, ob er in militärischen Fragen üblich ist, dagegen weiss ich, in Folge langjähriger Beschäftigung mit dem Polizeifach, dass man die „gebundene Marschroute" den Ausgewiesenen und Vagabunden in die Legitimation zu schreiben pflegt. In der vorstehend wiederholten Rede ist aber gerade des Näheren ausgeführt, warum bis zum Jahre 1871 die Politik der freien Hand eine gebotene war und warum sie von da ab eine solche zu sein aufhören musste. Meine damalige Rede war demnächst nicht allein eine Aufklärung über die Vergangenheit, sondern auch ein Programm für die Zukunft, und sie wurde solchergestalt zu meinem politischen Testament, von welchem nicht behauptet werden darf, es sei unvollzogen geblieben. Denn sowohl die beharrliche und feste Verbindung mit Deutschland als die Annäherung an Russland — beides Lineamente der Andrassy'schen Politik — finden sich darin vorgezeichnet. Indem ich diese Worte niederschreibe, glaube ich Stimmen zu hören,

welche meinen, beharrlich sei diese Politik von Andrassy betrieben worden, nicht aber würde sie es gewesen sein, falls ich am Ruder geblieben wäre. Da erinnere ich mich aber auch eines Wortes, welches Ende 1870 der damals in Wien weilende frühere langjährige sächsische Gesandte in Berlin, Graf Hohenthal, zu dem damaligen deutschen Gesandten, späteren Botschafter von Schweinitz, sprach: „Sie wissen,“ sagte er, „dass Beust mehr als einmal gegen Preussen war; wenn er aber einmal mit Preussen ging, ging er mit ihm durch Dick und Dünn.“ Die Jahre 1854 bis 1856 und 1862 hatten dafür Zeugnis abgelegt.

Bei der damaligen Delegations-Sitzung trieb der Dualismus eine eigenthümliche Blüthe. Durch Schmerling und das Februar-Patent war 1861 das parlamentarische System vollständig in Oesterreich eingeführt; allein während England sein Blaubuch, Frankreich sein Gelbbuch, Italien sein Grünbuch hatte, war eine gleiche Gabe dem österreichischen Reichsrath versagt geblieben, gleichwie sie in Ungarn etwas Unbekanntes war. Ich war es, der das Rothbuch ins Leben rief, und zwar geschah es in der Weise, dass den zur Vorlage gebrachten Aktenstücken eine Einleitung vorausgeschickt war, bestimmt, die Ziele sowohl welche die Regierung verfolgte, als die Wege welche sie zu diesem Ende einschlug, anschaulich zu machen. Es war das also ein Mehr gegen das, was anderwärts geboten wurde, eine Art Rechenschafts-Ablegung, wofür man Anerkennung erwarten durfte. In der westlichen Reichshälfte blieb diese auch nicht versagt, und sowohl die Wiener Presse in ihren hervorragenden Organen als die Delegation wusste dieses aus eigener Initiative der Regierung hervorgegangene Entgegenkommen zu würdigen. Anders in der ungarischen Delegation, welche der Meinung war, die Regierung solle warten, bis sie gefragt werde, und deshalb schliesslich zum Ausdruck des Wunsches gelangte, es möge die bisherige Einleitung in Zukunft unterbleiben. Obschon dazu ein stichhaltiger Grund nicht vorlag, gab ich einem Wunsch nach, mit dessen Erfüllung dem Ministerium eine Arbeit erspart und die eine Dele-

gation bei Gutem erhalten wurde. Im Grunde genommen hatte ich Ursache, mich geschmeichelt zu fühlen, denn das einzig denkbare Motiv des geäusserten Wunsches konnte kein anderes sein, als dass man fürchtete, durch die Darlegung des Ministeriums beeinflusst und gewonnen zu werden.

Meinem Nachfolger, welcher sich zu der Fortsetzung des Rothbuches überhaupt nur mit Widerwillen verstand und dasselbe zeitweise völlig zum Stillstand verurtheilte, war jener ungarische Antrag nicht unwillkommen. Hatte die Einleitung zum Rothbuch über die Vergangenheit vielleicht des Lichtes zu wenig verbreitet, so warf der Antrag bezüglich deren Unterdrückung um so mehr des Schattens auf die Zukunft.

Unterdessen ward mir von Seiten der ungarischen Delegation ungetheilte Zufriedenheit und Zustimmung gleichwie in der cisleithanischen zu Theil.

XLIII. Kapitel.

1871.

Die Tage von Gastein. — Fürst Bismarck.

Die am Schluss des Jahres 1870 zwischen den Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Deutschland ausgetauschten Freundschafts-Versicherungen erhielten im Laufe des nächstfolgenden Jahres Bekräftigung durch die beiderseitigen Herrscher. Kaiser Franz Josef liess weder den auf den März fallenden Geburtstag des Kaisers Wilhelm, noch die Feier der mit der Rückkehr der Truppen aus Frankreich verknüpften Einweihung des Denkmals Königs Friedrich Wilhelm III., des langjährigen und treuen Bundesgenossen Kaiser Franz I., vorübergehen, ohne sich durch Spezial-Missionen vertreten zu lassen. Mit der Ueberreichung des Gratulationsschreibens zum Geburtstag wurde General-Adjutant

Graf Bellegarde betraut, während zu der Einweihungs- und Einzugsfeier der General der Kavallerie Baron Gablenz ausersehen wurde. Die letztere Wahl durfte ich um so mehr empfehlen, als mir nicht unbekannt war, dass Baron Gablenz in Berlin jederzeit gern gesehen und trotz der Konflikte, die ihm während seiner Statthalterschaft in Holstein nicht erspart blieben, preussischerseits, wie er es verdiente, gewürdigt worden war. Den Preussen hat es nie an der Gabe gefehlt, Komplimente zu machen, zuweilen in etwas starker Dosis. So erwiderte General Schweinitz meine Aeusserung: Die Wahl von Gablenz schiene mir eine gute, weil er in Berlin geschätzt werde, mit den Worten: „und dann weil er uns besiegt hat" — eine artige Erinnerung an Trautenau.

Andererseits gab der deutsche Kaiser die Absicht zu erkennen, die seit 1865 unterlassene Gasteiner Kur wieder aufzunehmen und damit einen Besuch am kaiserlichen Hoflager in Ischl zu verbinden.

Inzwischen war auch ich mit meinem damaligen grossen Kollegen in nähere Beziehungen getreten. Die Errichtung von Botschaften in Wien und Berlin an Stelle der bisher bestandenen Gesandtschaften kam in Frage, und Fürst Bismarck hatte gegen den Grafen Bellegarde den Wunsch ausgesprochen, dass die Wahl des ersten österreichisch-ungarischen Botschafters auf Graf Károlyi, welcher vor 1866 Gesandter gewesen, fallen möge. Zugleich hatte der deutsche Kanzler geäussert, es würde ihm eine Begegnung mit mir in Gastein erwünscht sein. Dies gab mir Veranlassung, an ihn zu schreiben. Der Brief hatte einen durchaus privaten Charakter und es fand sich darin der Satz: „Wir haben uns 1865 zum letzten Mal gesehen. Seitdem haben Eure Durchlaucht es weiter gebracht als ich, und doch dürfen Sie sich rühmen, mir erst zu einem Avancement und dann zu einer festen Stellung verholfen zu haben." (Das Letztere, was weniger zutreffend erscheint als das Erstere, sollte sich nicht auf meine persönliche Stellung sondern auf die Stellungnahme der öster-

reichisch-ungarischen Politik beziehen.) Fürst Bismarck antwortete in äusserst verbindlicher Weise. Die Worte seines Briefes: „Ich habe in Eurer Excellenz stets meinen objektivsten und liebenswürdigsten Gegner verehrt“, fanden den Weg in die Zeitungen und gaben dem „Kladderadatsch“ zu einigen Versen Anlass, die so endigten:

„So nennt er jetzt den Grafen Beust,
Seit in Gastein mit ihm er sich versöhnt,
Man sieht, der Fürst war eben nicht verwöhnt.“

Die drei Wochen, welche ich damals mit Fürst Bismarck in Gastein zubrachte, haben mir die angenehmsten Erinnerungen zurückgelassen. Wir wohnten beide bei Straubinger und sahen uns fast täglich. Wenn man mit Bismarck in guten Beziehungen steht, gibt es auf der Welt keinen besseren Gesellschafter. Die Originalität der Gedanken wird nur von der Originalität des Ausdrucks übertroffen. Dabei eine ungesuchte, daher ansprechende Bonhommie, welche das oft scharfe Urtheil über Andere mildert. Ein Lieblingswort war: „Der ist ein ganz dummer Kerl“, ohne ihn damit kränken zu wollen. Verschiedene seiner Aeusserungen waren zu charakteristisch und theilweise zu interessant, um sie hier nicht zu erwähnen. „Was thun Sie,“ — fragte er einmal — „was thun Sie, wenn Sie sich ärgern? ich glaube, Sie ärgern sich nicht so viel wie ich.“ — „Nun,“ erwiderte ich, „blos über die Dummheit der Menschen, über deren Bosheit nie.“ — „Nein,“ fuhr er fort, „finden Sie nicht, dass es dann eine grosse Erleichterung ist, einen Gegenstand zu zerstören?“ — „Wie gut,“ entgegnete ich, „dass Sie nicht an meinem Platz sind, dann bliebe im Hause kein Möbel ganz!“ — „Sehen Sie,“ dies war der Schluss, „ich war einmal drüben“ — dabei wies er auf die mir gegenüber im Badschloss befindlichen Zimmer des Kaisers Wilhelm — „und habe mich schwarz geärgert; ich schliesse die Thüre heftig, der Schlüssel bleibt mir in der Hand, ich trete bei Lehndorf ein und werfe ihn in das Waschbecken, das in tausend Stücke geht.

‚Mein Gott,‘ sagt dieser, ‚sind Sie krank?‘ — ‚Gewesen, jetzt bin ich wieder ganz wohl.‘“

Er sprach viel vom französischen Kriege und seinen Verhandlungen mit Thiers und Favre. „Der Waffenstillstand ging zu Ende und so sagte ich denn zu Thiers,“ erzählte Bismarck: „‚*Écoutez, Monsieur Thiers, voilà une heure que je subis votre éloquence, il faut une fois en finir: je vous préviens que je ne parlerai plus français, je ne parlerai qu'allemand.*‘ — ‚*Mais, Monsieur,*‘ hat Thiers geantwortet, ‚*nous ne comprenons pas un mot d'allemand.*‘ — ‚*C'est égal,*‘ replizirte ich, ‚*je ne parlerai qu'allemand.*‘ Darauf hielt mir Thiers wieder eine sehr schöne Ansprache, ich sah ihn mit Wohlwollen an und antwortete ihm Deutsch. Er und Favre gingen nun eine halbe Stunde lang händeringend auf und ab, endlich kamen sie und brachten was ich haben wollte. Sofort sprach ich Französisch.“

Das Alles erzählte Bismarck im heitersten Tone, wie eine Jagdgeschichte: von der Gefühllosigkeit, die weniger in dem Vorgehen selbst als in dieser scherzweisen Erwähnung lag, schien er keine Ahnung zu haben, denn welche Seelenqualen hatten jene beiden Männer in dieser entscheidenden Stunde zu bestehen! Der Erfolg ist das grosse Absolutorium, ich aber musste der Worte Posa's gedenken: „Ich weiss es, dass Sie's müssen; dass Sie's können, erfüllt mein Herz mit schaudernder Bewunderung.“ Um so vortheilhafter nahm sich eine andere Erzählung aus. Bismarck war mit den deutschen Truppen bei der Revue von Longchamps eingeritten. Da trat ein Blousenmann an ihn heran mit den Worten: „*T'es une fameuse canaille.*“ — „Ich konnte ihn,“ sagte Bismarck, „gefangen nehmen lassen, aber der Muth des Menschen gefiel mir.“

Sehr interessant waren noch zwei Mittheilungen aus der Zeit des französischen Krieges. Die eine, wonach Bismarck persönlich gegen die Erwerbung von Metz mit Rücksicht auf dessen französische Bevölkerung gewesen und sich nur dem entschiedenen Verlangen der militärischen Autoritäten gefügt habe, welche

ein Plus oder Minus von hunderttausend Mann in Friedenszeiten, je nachdem Metz behalten werde oder nicht, in Aussicht stellten. Die andere, wonach, falls Metz sich vier Wochen länger gehalten hätte, die Belagerung von Paris hätte müssen aufgegeben werden.

Ich wusste, dass in dem Schloss Cerny die von Rouher mit mir gepflogene Korrespondenz von den Preussen gefunden wurde, und brachte selbst das Gespräch darauf, bei welcher Gelegenheit Bismarck nicht Anstand nahm mir zu sagen, an meiner Stelle hätte er das Nämliche gethan.

Zwei merkwürdige Mittheilungen machte er mir über Vergangenes, welches hinter 1866 zurückliegt. Im Jahre 1859, wo er den Gesandtenposten in Petersburg angetreten hatte, sei er am Vorabend des italienischen Kriegs um seine Ansicht befragt worden und habe sich für sofortiges kräftiges militärisches Eintreten für Oesterreich ausgesprochen, jedoch bedingungsweise, und zwar gegen die Zusicherung derselben Reorganisation des Bundes, welche Bismarck 1866 vor Beginn des Krieges wollte, nämlich Zutheilung des Nordens an Preussen und des Südens an Oesterreich. Im Jahre 1864, nach dem Frieden mit Dänemark, habe er die Ueberlassung von Schleswig und Holstein an Preussen gegen die Zusicherung gemeinsamer Aktion gegen Italien zu Wiedergewinnung der Lombardei proponirt. Dieser letztere Vorgang schien mir unglaublich, schon deshalb, weil das Königreich Italien damals bereits, und zwar vor dem Eintritt Bismarck's in das Ministerium, von Preussen anerkannt und die Lombardei an Frankreich cedirt worden, daher der Kaiser Napoleon persönlich engagirt war. Ein mit den Vorgängen bekannter Beamter des Ministeriums des Aeussern bestätigte indessen das Gesagte. Bei der kurzen Zeit, die noch bis zu meinem Ausscheiden blieb, hatte ich nicht die Musse, in den Akten Nachforschung zu halten. Dagegen hatte ich zuvor dort die Beweise gefunden, dass schon 1865, längst vor der Mission Govone, Bismarck mit der italienischen Regierung in Verhandlung

stand, und dass, trotzdem man dies in Wien wusste, die Gasteiner Konvention abgeschlossen wurde!

Hatte ich solchergestalt nicht uninteressante Aufschlüsse über die Vergangenheit zu vernehmen, so waren es die der Zukunft angehörenden Aperçus nicht minder. Fürst Bismarck hat schon damals den späteren Kulturkampf in allen Einzelnheiten mir vorhergesagt, was mir zu der Aeusserung Veranlassung gab, in einer Beziehung könne ich damit zufrieden sein, denn ich werde dann nicht mehr wie bisher zu hören bekommen, dass es die Katholiken in Preussen besser hätten als in Oesterreich; dennoch möchte ich warnen, denn wenn für den Augenblick ein vorzugsweise katholisches Regiment in Oesterreich nicht am Ruder sei, so könne dieses einmal wiederkehren und dann werde die katholische Opposition in Deutschland dort einen Rückhalt suchen. „Sie haben," erklärte Bismarck, „in Rom ‚ruchlos' an uns gehandelt" (auch ein Lieblingswort). Diese Ruchlosigkeit wurde mir einige Monate später, als ich nicht mehr in Wien war, von einer mit den damaligen Vorgängen vertrauten Person verständlich gemacht. Die ursprünglichen Absichten Bismarck's nach dem Kriege waren sehr wohlmeinend für die katholische Kirche. Er rechnete darauf, an der römischen Kurie eine Stütze zu finden, und hatte dem Papst die Verlegung des Sitzes von Rom nach Köln vorgeschlagen. Kam es, wie damals vielseitig erwartet wurde, dazu, dass der Papst Rom verliess, so hatte jener Vorschlag viel Ansprechendes. Ein alter erzbischöflicher Sitz, eine berühmte Kathedrale, eine katholische Bevölkerung, ein sehr katholischer rheinischer Adel; dazu sollten vorzugsweise katholische Regimenter die Garnison bilden. Kardinal Ledochowski war mit der Verhandlung betraut, diese aber nahm einen solchen Verlauf, dass Bismarck sich für den Gefoppten hielt. Daher die „Ruchlosigkeit".

Auch auf die deutsch-österreichischen Länder kam die Rede. Fürst Bismarck wies jedoch den Gedanken an eine Erwerbung derselben für das Deutsche Reich entschieden zurück, indem er hervor-

hob, dass Wien sowie die slavische sowohl als die katholische Bevölkerung nur Verlegenheiten und Erschwerungen sein mussten. An der Aufrichtigkeit dieser Erwägungen zweifle ich nicht, indess kann ich Eines nicht vergessen. „Eher," hatte Bismarck hinzugefügt, „würden wir an Holland denken." Als ich einige Monate später meinen Posten als Botschafter in London antrat, traf zu gleicher Zeit der mir schon bekannte neue holländische Gesandte ein, welcher bis dahin Gesandter in Berlin gewesen war. Das Erste was er mir erzählte, war, dass Bismarck ihn über die Voraussetzung von Absichten auf Holland mit dem Bemerken beruhigt habe, eher könnte man an die deutschen Provinzen Oesterreichs denken.

Endlich kam noch das damals noch halbfertige Rumänien zur Sprache. Auch dort war man „ruchlos" gewesen, und begreiflicherweise waren die französischen Demonstrationen in Bukarest, die bis zur Bedrohung des preussischen Gesandtschafts-Hôtels gingen, unvergessen. Damals protegirte Bismarck die Strousberg'schen Bahn-Unternehmungen, woran grosse preussische Namen betheiligt waren und gegen welche sich Schwierigkeiten erhoben, indem die Genehmigung des mit der rumänischen Regierung abgeschlossenen Kontraktes beanstandet wurde. Bismarck war sehr aufgebracht und erklärte mir, er werde einen sehr einfachen und korrekten Weg gehen und sich an die suzeräne Macht wenden und also die türkische Intervention verlangen. Ich hatte allen Ernstes Mühe, ihm diesen Gedanken auszureden.

Nachdem ich in Vorstehendem meine Erinnerungen an den mehr sozialen Verkehr mit dem deutschen Kanzler etwas in der Manier „Bismarck und seine Leute" aufgezeichnet habe, verweise ich, was den eigentlichen geschäftlichen Theil unserer Unterredungen betrifft, auf einen darüber an den Kaiser erstatteten Bericht. Ehe ich diesen folgen lasse, will ich aber noch zweier unterhaltender Zwischenfälle gedenken.

Ich hatte die Ehre, meinem fürstlichen Kollegen ein Diner auf der sogenannten Schweizerhütte zu geben, an dem nächst Bis-

marck die mit ihm nach Gastein gekommenen Herren von Keudell und Abeken, sowie Sektionschef von Hofmann Theil nahmen. Das Diner wurde auf einer Art Gloriette auf einer Anhöhe servirt, von wo aus man die Strasse übersehen konnte. Plötzlich wurde die Ankunft einer Extrapost bemerkt und die Vermuthung ausgesprochen, es werde sich darin Graf Arnim, welcher soeben zum Botschafter in Paris ernannt worden war, befinden. Ich schickte sogleich jemand dem Wagen entgegen und liess den Grafen Arnim bitten, an dem Diner Theil zu nehmen. Wir sahen, dass der Wagen halten blieb, ohne dass der Geladene sich zeigte. Endlich entdeckte man, dass er ausgestiegen war und hinter dem Wagen Toilette machte, während wir selbst im Morgenanzug waren. „Mit einem solchen Menschen," sagte Bismarck, „soll man nun höhere Politik treiben!" Neben diesem Scherz konnte aber einem aufmerksamen Beobachter während des Diners nicht entgehen, dass zwischen Bismarck und Arnim schon damals das Verhältnis kein gutes war und sich das Gegentheil in einigen recht verständlichen Unfreundlichkeiten erkennbar machte.

Unter den damaligen Gasteiner Badegästen befand sich auch ein Herr Christ, verheirathet mit einer Nichte der Gräfin Meran, Wittwe des Erzherzogs Johann. Dieser Herr Christ war ein wohlhabender und wohllebender Frankfurter und hatte in der Zeit, als Bismarck Bundestagsgesandter war, viel mit ihm verkehrt. Herr Christ gab ihm nun in der Restauration von Hofgastein ein Diner, zu dem ich und noch einige andere Oesterreicher geladen waren. Gegen den Schluss des Diners richtete unser Wirth an Bismarck im besten Frankfurter Dialekt die Worte: „Aber, sage Sie, warum sind Sie 1866 nicht nach Wien hineingegange?" — Eine etwas mürrische Antwort hielt ihn nicht ab, fortzufahren: „Ja, Sie habbe es ja uns in Frankfurt immer gesagt, es würde der schönste Tag Ihres Lebens, wann Sie in Wien einreite würde!" — Tableau ist leicht auszumalen. —

Nachstehend lasse ich den erwähnten Bericht folgen:

Eure Majestät geruhten zu genehmigen, dass ich den über meine Unterredungen mit Fürst Bismarck mündlich erstatteten Bericht in Gestalt eines schriftlichen allerunterthänigsten Vortrages wiederhole.

Ich erlaube mir dabei zunächst ehrerbietig daran zu erinnern, dass der Gedanke einer Besprechung dem deutschen Reichskanzler angehört, indem letzterer den bereits gegen Graf Bellegarde mündlich ausgedrückten Wunsch einer Begegnung mit mir gelegentlich der von mir bezüglich der Errichtung von Botschaften eröffneten Korrespondenz wiederholte, und in einem späteren Brief dessen Erfüllung zugleich mit der seinem Allergnädigsten Herrn angerathenen Gasteiner Badekur in Aussicht stellte. Dieses Umstands gestatte ich mir deshalb Erwähnung zu thun, weil derselbe für die Aufrichtigkeit, vielleicht richtiger gesagt, für das Bedürfnis der preussischen Annäherung, worin ich wenigstens die beste Bürgschaft eines wirklichen Nutzens derselben erblicke, offenbar ins Gewicht fällt.

Nicht als wahrscheinlich, wohl aber als möglich durfte ich es betrachten, dass Fürst Bismarck mit Anträgen von politischer Tragweite herantreten werde, und aus diesem Grunde erlaubte ich mir für eine zweite Begegnung der Monarchen Gastein zu widerrathen, Salzburg dagegen in Vorschlag zu bringen, und zwar in Betracht der Alternative, dass jene mögliche Eventualität eintreten werde oder auch nicht, indem im ersteren Fall Zeit zur Ueberlegung gewonnen, im letzteren dem erfindungssüchtigen Publikum das Thema einer zweiten Gasteiner Konvention aus den Augen gerückt werden müsse.

Es sind nun, was ich seiner Zeit in einem von Gastein nach Ischl erstatteten allerunterthänigsten Vortrage als das Wahrscheinliche zu bezeichnen mir erlaubte, positive, auf vertragsmässige Abmachungen gerichtete Vorschläge Seitens des Fürsten Bismarck nicht erfolgt. Ich meinerseits aber hielt es — ganz abgesehen davon, dass ich ohne vorausgegangene Allerhöchste Ermächtigung dazu nicht berufen sein konnte — nicht in unserem Interesse gelegen, vertragsmässige Abmachungen irgendwie zur Sprache zu bringen. Was ich in meinem ausführlichen allerunterthänigsten Vortrage vom 18. Mai d. J. als die Konstellation zu bezeichnen mir erlaubte, welche in der Zeit von 1866 bis 1870 einem vertragsmässigen Uebereinkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Preussen entgegenstand, tritt einem solchen unter veränderten Verhältnissen in gleicher Weise entgegen. Wie damals, so bietet auch jetzt die Situation nicht ein augenblicklich gegebenes paritätisches Objekt. Damals konnten wir nicht gegen Zu-

sicherungen für künftige unsichere Komplikationen im Orient die sofortige Leistung gewähren, nämlich Ueberlassung des südlichen Deutschlands und Frontstellung gegen Frankreich. Eben so würden wir heute bei einer vertragsmässigen Abmachung in die Lage gerathen, für den in kürzerer oder längerer Frist gegebenen Fall einer französischen Schilderhebung für Deutschland einzustehen, und dabei überdies von Manipulationen, die sich unserem Einfluss entziehen würden, abzuhängen, während die Eventualität eines Krieges mit Russland sich keineswegs auf den Fall eines russischen Angriffskrieges gegen uns beschränkt, daher es sehr schwer fallen würde, solche Stipulationen zu erreichen, welche uns den Vortheil vollständiger Reciprozität bieten könnten. In diesem Umstande, der in Berlin vom Standpunkt der augenblicklichen freundschaftlichen Beziehungen zu Petersburg eine andere Gestalt gewinnt, aber eine gleiche Konsequenz zur Folge hat, mag auch die hauptsächliche Ursache der von Fürst Bismarck insoweit gezeigten Zurückhaltung gefunden werden, welche nebenher auch noch durch den Wunsch bedingt sein kann, keine Zweifel darüber aufkommen zu lassen, dass Deutschland mächtig genug sei, um sich seiner Feinde allein zu erwehren.

Fürst Bismarck erachtet es den Interessen und der Konsolidirung des Deutschen Reiches weit zuträglicher, dass mit uns ein Verhältnis entschieden und dauernd hergestellt werde, beruhend auf gegenseitigem guten Willen, gegenseitigem Vertrauen und gegenseitiger Erkenntnis, dass die staatlichen Interessen beider Theile nicht weiter kollidiren, und dass der eine Theil in der berechtigten Erwartung der Reciprozität dem anderen auch dann beistehen muss, wenn seine eigenen Interessen dabei nicht im Spiele sind, so weit als die eigenen Interessen ihm diese Unterstützung erlauben.

So und nicht anders hatte ich selbst das künftige Verhältnis zu Deutschland aufgefasst. Vertragsmässige Abmachungen, mögen sie verkündet oder geheim gehalten werden, haben den Nachtheil, das Ausland zu beunruhigen und im Inland reichen Stoff für Partei-Agitationen darzubieten. Eine bei weitem ungestörtere und sicherere Entwicklung des eben gekennzeichneten Gegenseitigkeits-Verhältnisses steht in Aussicht, wenn die Haltung der Kabinette überall den entsprechenden Ausdruck findet, und wenn die Handlungen bei jeder Gelegenheit die Uebereinstimmung der Kabinette bethätigen, was natürlich die vorgängige Verständigung überall voraussetzt.

Dies ist auch im Wesentlichen der Gedanke, welchen ich in meinem allerunterthänigsten Vortrag vom 18. Mai d. J. und in der

von mir in der reichsräthlichen Delegation gehaltenen Rede zu entwickeln bemüht war.

Es war mir eine nicht geringe Genugthuung, dass Fürst Bismarck bei unserer ersten Unterredung, noch ehe ich ein Wort gesprochen, nicht allein seine volle Uebereinstimmung mit der eben erwähnten Rede zu erkennen gab, sondern auch seine eigene Auffassung des ihm als möglich und wünschenswerth erscheinenden gegenseitigen Verhältnisses in einer Weise darlegte, welche fast wörtlich an den Gedankengang des ebenfalls erwähnten allerunterthänigsten Vortrages erinnerte. Ja, dies ging so weit, dass der Passus, welcher die dereinst mögliche, von uns nicht herbeizuführende, wohl aber auszunutzende Eventualität der Auflösung des türkischen Reiches betrifft, sich in den Entwicklungen des deutschen Reichskanzlers wiederfand, welcher entgegenkommend bemerkte, dass der Begriff einer Grossmacht ihre Expansions-Fähigkeit zu einer Lebensbedingung mache.

Werthvoller war mir, dass das Verhältnis Preussens zu Russland genau in derselben Weise von Fürst Bismarck gekennzeichnet wurde, als ich es in jenem allerunterthänigsten Vortrag aufzufassen mir erlaubt hatte. In Berlin will man nicht durch uns in eine feindliche Haltung gegen Russland gezogen werden, aber man hofft durch das gute Verhältnis zu uns Russland gegenüber eine freiere Stellung zu gewinnen. Auch hier traf die Berechnung vollkommen zu.

Ich konnte daher nach Anhörung des Fürsten Bismarck ihm mit voller Aufrichtigkeit erwidern, dass seine Darlegung in die hiesige Auffassung passe, wie der Schlüssel ins Schlüsselloch.

Dass ein solches Verhältnis nicht von uns angestrebt zu werden braucht, sondern uns entgegengebracht wird, haben wir aber wohl Ursache, nicht gering zu achten.

Vergessen dürfen wir nicht, dass dieses Entgegenkommen erfolgt, nachdem unser Nachbar in riesigen Proportionen mächtiger geworden ist, und nachdem die einzige europäische Macht, die neben ihm eine starke genannt werden kann, sich ihm freundlich, uns aber feindselig gezeigt hat, und dass endlich jenes Anerbieten der Freundschaft in eine Epoche fällt, wo unsere inneren Verhältnisse der deutschen Regierung eine leichte Handhabe zu feindlichen Einwirkungen bieten.

In letzterer Beziehung darf ich einschlagende Aeusserungen des Fürsten Bismarck nicht unerwähnt lassen.

Kaiser Wilhelm hatte, wie ich Eurer Majestät schon von Gastein aus zu melden in dem Falle war, in schonender Form Andeutungen in der Richtung gemacht, dass Er wünsche, die Deutschen in Oester-

reich möchten nicht die Köpfe nach Ihm wenden und Ihm Verlegenheiten bereiten, so wie auch Seine Majestät von der Auflösung der deutschen Landtage sprach, wobei „wir Deutsche schlecht wegkamen“.

Fürst Bismarck sprach sich über diese Aeusserung seines Herrn mit entschiedenem Bedauern aus, bat, sie auf Rechnung von Anwandlungen und Insinuationen zu setzen, die keine Bedeutung hätten, und versicherte mich, Seine Majestät auf das Unzweckmässige derartiger Anschauungen aufmerksam gemacht zu haben.

Er seinerseits sprach sich dahin aus, dass er, wenn er aufrichtig sein solle, es nicht begreife, warum man mit der Verstimmung der Deutschen sich viel grössere Schwierigkeiten bereite, als man von Seiten der Czechen zu bestehen gehabt habe; dass er eine solche Wendung deshalb beklage, weil er eine Erstarkung der österreichisch-ungarischen Monarchie wünsche und brauche, aber eine Unterstützung der deutschen Opposition habe man nicht von ihm zu erwarten. Es sei, meinte er, eine schülerhafte Politik, auf eine Gewinnung der deutsch-österreichischen Provinzen zu spekuliren. Dänemark und Holland — welche man nicht erobern wolle — wären gleichwohl eher ein brauchbarer Gewinn, aber mit den österreichischen Ländern eine slavische Bevölkerung und einen Herd katholischer Opposition einzuführen, sei barer Unsinn und die sichere Auflösung des eben gegründeten Deutschen Reiches.

Nun wird es wohl für uns angezeigt sein, dieser Versicherungen ungeachtet ein scharfes Auge zu behalten und überhaupt es an Wachsamkeit nicht fehlen zu lassen. Wenn jedoch — und dies kann ich mit aller Gewissheit hinstellen — die Gasteiner Besprechungen auf Seiten des Kaisers Wilhelm und des Fürsten Bismarck das unbedingteste Vertrauen zu uns begründet haben, so erscheint es mir schon ein Gebot der Klugheit, kein Misstrauen von unserer Seite erkennen zu lassen, ja noch mehr, unser Interesse erheischt, dass weder im Inlande noch im Auslande der geringste Zweifel darüber aufkomme, dass es mit der durch den Notenwechsel vom Dezember und die Erklärungen in den Delegationen inaugurirten, durch die Gasteiner Besprechungen befestigten Politik unabänderlich Ernst sei. Jede gegentheilige Regung würde die gefahrvollsten Wirkungen hervorbringen. Wir würden die täglich wachsenden Sympathien in Deutschland verscherzen, die deutsche Regierung in bedrohliche Bahnen drängen, die jetzt paralysirten russischen Velleitäten wachrufen, dagegen die kriegerischen Gelüste Frankreichs ermuthigen, zugleich aber die italienisch-preussische Allianz wieder herstellen.

Ich komme hiemit noch zu einem Punkt der Unterredung mit Fürst Bismarck der mir, ich darf es wohl sagen, eine Genugthuung mehr war.

Eurer Majestät ist, wie ich hoffe, meine Denkweise genug bekannt, als dass Allerhöchstdieselben im Zweifel sein könnten, dass ich die Politik strenger Nichtintervention in der römischen Frage, einzig und allein der Bedingungen unserer politischen Lage wegen, nicht aus Mangel an Verständnis für die kirchlichen Fragen, empfohlen habe. In der That war ich darüber im Klaren, dass wir mit einer für Italien unfreundlichen Haltung die preussisch-italienische Allianz *in optima forma* wieder herstellen würden. Fürst Bismarck hat mir unaufgefordert hierüber volle Gewissheit gegeben. Er erklärte mir auf das Bestimmteste, dass, wenn Frankreich etwas gegen Italien unternehmen und Deutschland über seine eventuelle Haltung interpelliren wolle, es keine befriedigende Antwort erhalten werde. Ferner theilte er mir mit, dass man in Berlin in Folge der Unfehlbarkeits-Erklärung das staatliche Prinzip mit der grössten Schärfe zur Anwendung bringen werde. Man werde alle Priester von staatlichen Funktionen entfernen, die Trennung der Schule von der Kirche durchführen, die geistlichen Schulinspektoren beseitigen, die Civilehe einführen. Diese Eröffnung gab mir Veranlassung, ihm zu erwidern, dass es mir zwar persönlich nur erwünscht sein könne, in Zukunft nicht mehr zu hören, dass die Katholiken in Preussen besser daran seien als in Oesterreich, dass ich jedoch ernstlich warnen müsse, hierin nicht zu weit zu gehen und damit zu bewirken, dass die Opposition der deutschen Katholiken gegen die deutsche Regierung ihren Herd in Oesterreich aufschlage und von dort aus gegen Berlin operire.

Unleugbar ergibt sich indessen für uns die Nothwendigkeit, auch an der Italien gegenüber eingeschlagenen Politik nichts zu ändern, wollen wir die Vortheile der Deutschland gegenüber eingenommenen Stellung nicht gefährden.

Spezielle Gegenstände der Besprechung bildeten die Strousberg-Rumänische Angelegenheit und die Internationale.

Ueber Erstere liess sich Fürst Bismarck dahin vernehmen, er hasse diese Rumänen, nicht weil sie eine diebische Nation sind, was er ihnen nicht verdenken könne, sondern weil sie ruchlos an Preussen während des Krieges gehandelt. Da das Land keine internationale Stellung habe, so halte er sich an die Pforte; dieser habe er das Bukarester Mémoire mitgetheilt und sie gefragt, ob sie sich dasselbe aneigne. Er verlange keine bewaffnete Intervention, wenn aber die Pforte nicht

helfen wolle, so werde er ihr bei jeder Gelegenheit Verlegenheiten bereiten. *Au reste je vous laisse le bon rôle, vous pouvez nous rendre service à charge de revanche.*

Der nicht ausgesprochene Gedanke des deutschen Reichskanzlers ist wohl mehr folgender: „Es ist uns sehr unangenehm, dass grosse Namen dazu gemissbraucht wurden, eine Menge kleiner Leute in Schlesien zu einem Schwindelgeschäft zu verleiten und sie ins Unglück zu stürzen. Ich werde dankbar sein, wenn Ihr uns helft, schlimmsten Falls aber muss ich sehr energisch auftreten.“

Ich habe ihm Nachstehendes als unsere Position bezeichnet.

Wir sind so gut wie gar nicht bei der Sache betheiligt. Mir ist keine Reklamation österreichischer Aktienbesitzer bekannt, und ein österreichischer nicht unbeachtenswerther Unternehmer spekulirt sogar auf die Ausführung der Bukarester Beschlüsse. Wollten wir populäre Politik treiben, so wäre es uns ein Leichtes gewesen, dem Fürsten Karl zur Sanktion zuzureden, damit in Rumänien Propaganda zu machen, und dessen mehr. Wir hatten aber nur zwei leitende Gedanken: Erhaltung des Fürsten Karl und Vermeidung jeden Schrittes, der unser Zusammengehen mit dem Berliner Kabinete in Zweifel stellen könnte, was freilich nicht die Vermeidung solcher Schritte ausschliesst, die uns Komplikationen gegen unseren Wunsch und gegen unser Interesse bereiten können. Wir haben daher Herrn von Radowitz unterstützt und in Konstantinopel keine Opposition gegen den preussischen Schritt gemacht, aber auch nicht von der Sanktion abgerathen, und eben so wenig für den preussischen Schritt in Konstantinopel Partei ergriffen.

Inmittelst hatte ich gegen den hier weilenden rumänischen Agenten die Bereitwilligkeit ausgesprochen, vermittelnd einzutreten, wenn seine Regierung ein Anerbieten zu machen sich in die Lage setze, worüber sich ernstlich verhandeln lasse, und vor Allem einen Aufschub der Ausführung des votirten Gesetzes bewirkt. In diesem Sinn ist nach Bukarest geschrieben worden.

Fürst Bismarck erklärte sich im Wesentlichen damit einverstanden und wollte an den Oberpräsidenten in Schlesien schreiben, damit dieser vermittle, dass die Betheiligten ein Syndikat bestellen, welches mit der Regierung in Bukarest direkt in Verhandlung treten könnte.

Was die Internationale betrifft, welche das Berliner Kabinet lebhaft beschäftigt, worüber schon durch General von Schweinitz wiederholt der Austausch von Wahrnehmungen beantragt wurde, und worauf Kaiser Wilhelm Eurer Majestät besondere Aufmerksamkeit in

Ischl zu lenken sich bemühte, so habe ich zunächst dem Fürsten Bismarck meinen Gedanken wegen einer ausserhalb der Regierungs-Aktion zu bildenden Gegen-Internationale mitgetheilt. Er stimmte demselben ohne Zögern bei und wird zu dessen Ausführung gern mitwirken. In den Kreis der Regierungsthätigkeit würde dagegen die Aufnahme neuer Bestimmungen in die Strafgesetze fallen, wodurch die Pönalität solcher Handlungen ausgesprochen und der Bestrafung überwiesen werden würde, welche als Vorbereitung der kommunistischen Verbrechen als z. B. Brandstiftung gelten können, wohin namentlich die Haltung rechtfertigender und glorifizirender Vorträge zu rechnen wäre. Fürst Bismarck beantragt den Zusammentritt einer Kommission zum Studium dieser Frage, welchem Vorschlag ich unter der Bedingung beipflichtete, dass gleichzeitig die Arbeiterfrage vom volkswirthschaftlichen Standpunkte und die Möglichkeit einer Abhülfe im gesetzlichen Wege Gegenstand der Berathungen sein würden.

Um den ferneren Wunsch des Fürsten Bismarck, eine materielle Unterlage, wo möglich in Salzburg, zu erhalten, gerecht zu werden, habe ich eine Konferenz für den 1. k. M. eingeleitet, an welcher die Sektionschefs von Hofmann und Baron Wehli, Hofrath Wohlfart und Hofrath Teschenberg Theil nehmen werden.

XLIV. Kapitel.

1871.

Die Tage von Gastein. — Kaiser Wilhelm. — Die zweite Salzburger Entrevue.

Früher als Fürst Bismarck war der deutsche Kaiser in Gastein angekommen. Der Empfang von Seiten der auf dem Straubinger Platz versammelten Badegesellschaft war ein enthusiastischer und nicht gering die Zahl der von den Damen überreichten Blumenspenden. Ich erwartete den Monarchen auf der Terrasse des Badeschlosses und wurde von Ihm mit Herzlichkeit begrüsst.

Es war in demselben Badeschloss, dass ich den Kaiser Wilhelm zum letzten Mal gesehen hatte — 1865, unter Umständen, die sehr verschieden waren von den jetzt gekommenen. Wechsel-

voll waren überhaupt die Jahre, in denen ich für den nun so mächtig gewordenen Herrscher keine unbekannte Persönlichkeit gewesen war; sie reichten von 1836 bis 1871, immer aber hatte ihn die Art und Weise, wie er mir begegnete, für mich sympathisch gemacht. Im Jahre 1877 feierte man seinen achtzigsten Geburtstag. Bei dem Festessen, welches der deutsche Botschafter in London zu Ehren dieses Tages gab, hatte ich den Toast auf den Kaiser auszubringen, und in meiner Rede sagte ich unter Anderem: „Es war mir vergönnt, als junger Legations-Sekretär dem Prinzen Wilhelm, als Gesandter dem Prinzen von Preussen, als Minister dem Regenten und König, als Reichskanzler dem deutschen Kaiser zu nahen. Dass der hohe Herr in diesem langen Zeitraum mich mit wiederholten Beweisen von Gnade beglückte, ruht mir in dankbarer Erinnerung. Aber noch weniger mag ich vergessen, wie Er mir dann begegnete, wann das Verhängnis mich zum Gegner Seiner Regierung gemacht hatte, wie Er dem Kämpfenden nie die Achtung, dem Ueberwundenen nie die Schonung versagte.“ Der mit anwesende russische Botschafter war der Einzige, der mich nicht zu meiner Rede beglückwünschen durfte, was der eben wiederholte Schlusssatz mit Rücksicht auf das abweichende Verfahren seines eigenen Herrn erklären mochte.

Auch bei dem damaligen Aufenthalt des Kaisers Wilhelm in Gastein hatte ich die Ehre, Seine Gesundheit auszubringen und zwar im Auftrag des Kaisers Franz Josef, in Erwiderung des Toastes, welchen der Kaiser am 18. August, dem Geburtstag des Kaisers von Oesterreich, ausbrachte, wobei ich daran erinnerte, wie einst in demselben Monat August umgekehrt der Geburtstag des Königs Friedrich Wilhelm III. in den böhmischen Bädern gefeiert zu werden pflegte.

Wiederholt wurde ich zur kaiserlichen Tafel geladen, welche Ehre mir auch in den folgenden Jahren, wo ich nicht mehr Reichskanzler war, zu Theil wurde.

War es meinem gern dankbaren Herzen Bedürfnis, die vorstehenden Erinnerungen aufzuzeichnen, so werden meine Leser,

wie ich denke, von dem nachfolgenden Bericht, den ich an den Kaiser über die am Tage nach der Ankunft des Kaisers Wilhelm gehabte Audienz erstattete, nicht ohne reges Interesse Kenntnis nehmen:

Ich glaube Eurer Majestät über die gestrige Audienz bei Kaiser Wilhelm Bericht erstatten zu sollen. Seine Majestät hatten mir in der Frühe sagen lassen, Allerhöchstdieselben würden von 1 Uhr an zu Hause sein und mich dann rufen lassen. Die letztere Ordre erfolgte aber erst um 2 Uhr. Möglich, dass geschäftliche Abhaltungen die Ursache dieser Verzögerung waren, möglich aber auch, dass es sich um eine Vorbereitung für die Audienz gehandelt hatte. Der Kaiser empfing mich am offenen Fenster stehend, so dass vom Standpunkte der Mimik das Publikum auf dem Straubinger Platze Zeuge der Unterredung sein konnte, und verbreitete sich in längerer Rede über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Preussen, anfangend mit dem siebenjährigen Krieg, endigend mit dem deutsch-französischen Krieg von 1870. Ich glaube daraus nur einzelne Momente hervorheben zu sollen, denn die preussische Auffassung dieses Thema's, welche in gleicher Weise bei Sybel und Ranke zu finden ist und welche ich nur zu oft von preussischen Diplomaten der neuen Schule, den Usedoms und Brassiers wie den Savignys, Bernstorffs und Goltz vernommen habe, dürfte auch für Euer Majestät nichts Neues sein. Der Kaiser stellte als Grund aller Misshelligkeiten zwischen beiden Reichen den auf österreichischer Seite fortwährend genährten Gedanken hin, Preussen die durch Friedrich den Grossen errungenen Vortheile wieder zu entreissen und Preussen wieder in seine alten Grenzen zurückzudrängen.

Nach dem Jahre 1813 sei bis zum Tode Seines Herrn Vaters in Folge dessen Anhänglichkeit an Kaiser Franz I. eine Zeit der Ruhe eingetreten, wobei Preussen diesem Verhältnis zu Liebe vielfache Opfer gebracht habe. Von 1840—1848 hätten die liberalisirenden Ideen Seines Bruders zuerst Verstimmung in Wien hervorgerufen, und nach 1848 habe man zwar die papierene Kaiserkrone in Berlin zurückweisen, aber doch die deutsche Frage in die Hand nehmen müssen. Die Dresdener Vereinbarungen, obschon sie in Preussen böses Blut gemacht, hätten Er und Sein Bruder ehrlich acceptirt und zur Ausführung gebracht. Der Kaiser kam dann auf den italienischen Krieg zu sprechen, behauptete, dem Fürsten Windischgrätz auf das Bestimmteste die bewaffnete Intervention Preussens in Aus-

sicht gestellt zu haben, ehe noch Solferino geschlagen gewesen. Bei dem dänischen Krieg habe er die Betheiligung Oesterreichs gerne zugestanden, um mit ihm die Lorbeeren zu theilen (ich erinnerte mich dabei an das, was mir Fürst Bismarck 1863 gesagt, nämlich, dass Preussen ein zweites Mal nicht allein, sondern nur mit Oesterreich sich in den Herzogthümern aventüriren werde); dann kamen die Ereignisse von 1865 und 1866 an die Reihe, namentlich der Krieg von 1866, den Er, der König, mit blutendem Herzen, nach langem Kampf mit Seinem Ministerium, nach acht schlaflosen Nächten unternommen, weil die Rüstungen Oesterreichs dazu gezwungen. Der Himmel hatte die Waffen Preussens gesegnet und Er, der König, das werde man anerkennen müssen, sei grossmüthig gewesen — wie Seine Majestät hinzusetzten, allerdings auch deshalb, um nicht die Einmischung Frankreichs und damit einen europäischen Krieg herbeizuführen. Der letzte von Ihm weder gewünschte noch vorhergesehene Krieg habe nun endlich Preussen an die Spitze von Deutschland gestellt — wiederum sehr gegen Seinen Willen: Er, der Kaiser, wünsche nun nichts sehnlicher als ein gutes Verhältnis mit Oesterreich, wobei Er wiederholt betonte, wie sehr Er begreife, dass man Geschehenes nicht so schnell vergessen könne u. s. w., und Er freue Sich der hergestellten guten Beziehungen.

Dieser natürlich in ehrerbietigem Schweigen angehörten Auseinandersetzung hatte ich manches entgegenzusetzen, was ich vielleicht dem Fürsten Bismarck nicht ersparen werde, womit ich jedoch den Kaiser Wilhelm nach einer im Ton der Versöhnung und Beschwichtigung gehaltenen Ansprache nicht verletzen noch verstimmen mochte, und wohin namentlich die schon 1865 begonnenen Verhandlungen mit Italien, die Usedom'sche Depesche und die Klapka'sche Legion gehören. Dagegen bezeichnete ich es in Folge meiner langjährigen Bekanntschaft mit den Wiener Verhältnissen als einen ganz entschiedenen Irrthum, dass hier der Gedanke einer Zurückdrängung Preussens der leitende gewesen sei, und bemühte mich nachzuweisen, dass man sich in steter Defensive befunden habe und der provozirte Theil gewesen sei. Das jetzt eingeleitete Verhältnis werde aufrichtig gemeint und man werde aufrichtig zu vergessen wissen, wenn man einem aufrichtigen Bestreben begegne, vergessen zu machen.

Interessant war die Aeusserung Seiner Majestät, Frankreich sei an 1866 zu Grunde gegangen, denn „Napoleon konnte und musste uns in den Rücken fallen.“ Im Jahre 1866 habe auch Er, der König, nie an die Neutralität Frankreichs glauben wollen und nur nach

langem Kampf darein gewilligt, die Rheinprovinz zu degarniren. Deshalb habe Er auch für den Kaiser Napoleon immer eine grosse Dankbarkeit bewahrt.

Alle Einzelnheiten der Vorgänge von Ems 1870 erzählte mir der Kaiser, ich darf sie aber mit Stillschweigen übergehen, da sie mit den offiziellen preussischen Publikationen übereinstimmen. Neu war mir dabei der Umstand, der, wenn ihn Benedetti getreu berichtet haben sollte, das Ungeschick Gramont's noch in helleres Licht setzen würde, dass nämlich Er, der König, als Er von Benedetti auf dem Bahnhof, ihm die Hand reichend, freundlich Abschied genommen, zu ihm gesagt habe: *„Adieu, Monsieur l'Ambassadeur! vous allez à Berlin, moi j'y serai dans quelques jours, l'affaire désormais doit se traiter non entre vous et moi mais de Gouvernement à Gouvernement.“*

Aber Dasjenige, was nicht der Vergangenheit, sondern der Gegenwart angehört und deshalb mir mehr Beachtung zu verdienen schien, war Folgendes. Der Kaiser sagte, Er habe Eurer Majestät in Ischl die Versicherung gegeben, niemand denke daran, die österreichisch-deutschen Provinzen zu gewinnen. „Freilich,“ setzte Er aber hinzu, „habe ich Ihrem Kaiser dasselbe gesagt, was ich dem Kaiser Alexander gesagt habe, nämlich, dass ich nichts sehnlicher wünsche und wünschen muss, als dass die Deutschen in Oesterreich sowohl als in Russland sich zufrieden fühlen und nicht in die Lage gebracht werden, die Köpfe nach uns zu wenden und uns damit Verlegenheit zu bereiten.“

Diese Aeusserung hat meine Aufmerksamkeit um so mehr auf sich gezogen, als der erst gestern eingetroffene General Schweinitz sich in ähnlicher Weise aussprach. Ich habe nun nicht unterlassen, dem Kaiser zu entgegnen, dass zu dieser Beruhigung der Deutschen in Oesterreich von deutscher Seite sehr beigetragen werden könne; wir wollten die preussische Regierung für die Agitationen nicht verantwortlich machen, aber eben diese Agitationen würden abgeschwächt werden, wenn offiziöse Federn in Deutschland den Deutschen in Oesterreich begreiflich machten, dass sie in einem vielsprachigen Reich wohnen und sich mit anderen Nationalitäten vertragen müssen, wenn das von deutscher Seite als Nothwendigkeit bezeichnete Oesterreich bestehen soll. So sehr ich mich inzwischen jeder Einmischung in die gegenwärtige innere Aktion enthalte, so ist es doch meine Pflicht, auf die ernste Seite jener Aeusserungen hinzuweisen und dringend davor zu warnen, dass nicht die augenblickliche Krisis eine vielleicht sehr über die Absichten der Regierung hinausgehende Entwicklung gewinne. Ich halte mich nur an den Fall einer auf-

richtigen und loyalen Gesinnung des Berliner Kabinets und lasse den Fall des Gegentheils bei Seite — und da darf ich wohl daran erinnern, wie man in Wien, wo gewiss keine antidänische Gesinnung vorhanden war, doch in die Lage kam, auf den, bei Licht betrachtet, sehr künstlichen Schmerzensschrei der Deutschen hören zu müssen.

Zuletzt unterhielt sich Kaiser Wilhelm lange Zeit mit mir über die Internationale und die Nothwendigkeit gemeinsamer Abwehr, wobei ich meinen Gedanken über die Errichtung einer Gegen-Association entwickelte.

Nach einer und einer halben Stunde wurde ich gnädigst entlassen.

Den Tagen von Gastein folgten jene von Salzburg.

Es hatte sich die Nachricht verbreitet, Kaiser Franz Josef wolle den in Ischl empfangenen Besuch des Kaisers Wilhelm in Gastein erwidern. Ich erlaubte mir, um nicht zu unrechter Zeit Gastein zu verlassen, eine ehrerbietige Anfrage, womit ich den Ausdruck der Meinung verband, dass ich der Erinnerungen an die Gasteiner Konvention wegen die Wahl des Ortes nicht empfehlen würde. Die telegraphische Antwort lautete verneinend, mit dem Hinzufügen, dass die Zeit Seiner Majestät während der folgenden Wochen durch Militär-Inspektionen völlig in Anspruch genommen sei. Obschon dieses Telegramm mir deutlich veranschaulichte, dass eine weitere Begegnung mit Kaiser Wilhelm nicht in Seinen Absichten liege, so liess ich mich dadurch nicht abhalten, im schriftlichen Wege meine Ansicht über die Nothwendigkeit einer baldigen Erwiderung des in Ischl empfangenen Besuches darzulegen, indem ich dazu Salzburg mit dem Hinweis darauf vorschlug, dass dort die vorauszusehenden Sympathie-Bezeugungen der Versöhnung und der Vereinigung der beiden Herrscher gelten werden. Der Kaiser gab nicht ohne Zögern nach, und mehr als einmal wurde mir später gesagt, Salzburg sei einer der Nägel zu meinem Sarge gewesen. Ein Jahr darauf ging der Kaiser nach Berlin! Ich sah kurz zuvor den Kaiser Wilhelm in Gastein. „Der Kaiser,“ sprach Er zu mir, „kommt nach Berlin, ich freue mich dessen unendlich“ — ich hätte es

nicht vermocht. In der That hätte ich, wäre ich Minister geblieben, es auch nicht befürwortet. Ich hatte sogar, als ich auf der Salzburger Entrevue bestand, hervorgehoben, dass ich einen Besuch in Berlin nicht angezeigt finden könne. Dass der Kaiser die Truppen, welche die seinigen einige Jahre zuvor geschlagen, in Berlin Revue passiren lassen sollte, schien mir das Mass des Nothwendigen zu überschreiten, eben so wie später der Gegenbesuch in Venedig, der nicht in einem noch vor weniger als zehn Jahren zu Oesterreich gehörig gewesenen Territorium stattzufinden brauchte. Der Kaiser hat das sicherlich selbst gefühlt und ich weiss es um so mehr zu schätzen und zu bewundern, dass für Ihn in der Erfüllung Seines schweren Berufs kein Opfer an Selbstverleugnung zu gross ist. Gerade deshalb soll ein Minister ohne dringende Noth nicht dazu einrathen. Gewisse Gefühle müssen geschont werden und ihre Verletzung bringt mehr Nachtheil als Vortheil. Mit Stolz gedenke ich der letzten Worte, welche ich nach meinem Austritt aus dem Munde der Frau Erzherzogin Sophie in Salzburg vernahm: „Ich habe es Ihnen nicht vergessen, dass Sie die Würde des Kaisers nie aus den Augen liessen.“ Ein Zeugnis das um so ehrenvoller für mich war, als die hohe Frau in Folge der kirchlichen Fragen nur zu oft über mich zu klagen Ursache gehabt und es mir auch nicht verhehlt hatte.

Aus den Gasteiner Tagen bewahre ich folgendes Telegramm des Sektionschefs, Baron Orczy, vom 16. August: „Graf Andrassy wünscht telegraphisch Nachricht über Aufenthaltsdauer des deutschen Kaisers und Bismarck's in Gastein, da es ihm bei längerem Aufenthalt derselben nicht gut möglich erscheint, deren Anwesenheit zu ignoriren.“

Was, darf man fragen, hatte der ungarische Minister-Präsident für eine Verpflichtung und für einen Anlass, nach Gastein zu kommen? Eine Aufwartung bei dem deutschen Kaiser konnte als ein Akt der Deferenz betrachtet und beurtheilt werden; was aber hatte Graf Andrassy mit dem deutschen Reichskanzler zu

verhandeln? Jenes Telegramm ist ein sehr belehrendes Dokument, welchem ein nicht minder lehrreiches Allerhöchstes Telegramm vom 18. August zur Seite tritt. Dort heisst es: „Ein Erscheinen der beiden Minister-Präsidenten erscheint Mir eben so wenig angezeigt, als das des Grafen Andrassy allein."

Jedoch ich — *toujours la bonne bête du bon Dieu* — gleichwie ich 1867 gleichfalls in Salzburg dem Grafen Andrassy zu Liebe sein Erscheinen und jenes des Grafen Taaffe befürwortete, wie ich seine Begleitung nach Paris an Stelle des Grafen Festetics vermittelte. empfahl und erlangte auch diesmal die Erfüllung seines Wunsches und so wurden er und Graf Hohenwart eingeladen.

Wie ich es bei einer anderen Gelegenheit bemerkte, mir ist alle Spionirerei und alle Ohrenbläserei jederzeit zuwider gewesen; ich habe mich daher in Salzburg um den Verkehr zwischen Graf Andrassy und Fürst Bismarck, sowie um den zwischen Graf Andrassy und Graf Hohenwart nicht gekümmert und wenig auf das gehört, was mir darüber gesagt wurde.

Die Festlichkeiten verliefen gleich wie 1867. Diner und Thee in der Burg, Fahrt nach Klesheim, Höhenbeleuchtung. Bei der Fahrt nach Klesheim war ich Begleiter des Fürsten Bismarck. Bei den allgemeinen und lauten Zurufen der Menge verhielt ich mich natürlich ganz passiv, die Ehre dem hohen Gast allein überlassend, welcher militärisch, aber ausnehmend freundlich die Begrüssung erwiderte. „Sehen Sie," bemerkte mir derselbe, „das habe ich mir ganz gut eingerichtet. In der Zeit, wo die Leute vor mir ausspuckten, trug ich Civilkleidung, da brauchte ich den Hut nicht abzunehmen; jetzt, wo sie mich so viel grüssen, trage ich Uniform, da brauche ich nur die Hand an die Mütze zu legen."

Am nächsten Morgen erfolgte die Abreise beider Monarchen. „Um halb sieben Uhr," sagte ich zu Fürst Bismarck, „müssen wir uns zur Verabschiedung einfinden." — „So?" erwiderte Bismarck, der das frühe Aufstehen ebenso wenig liebt als ich, „also bald nach Mitternacht."

Bei dieser Verabschiedung empfing mich Kaiser Wilhelm mit den Worten: „Ich habe Sie ein wenig angeschwärzt.“ — Ich wusste, was dies bedeutete, die Verleihung des schwarzen Adlers [1]).

Ich bin gewiss, dass ich in anderem Sinn nicht von Ihm angeschwärzt wurde, dagegen bin ich darüber nicht im Zweifel, dass ich auch bei Ihm mehr als einmal angeschwärzt wurde, namentlich zur Zeit meiner Pariser Botschaft.

Fürst Bismarck begab sich zu seiner Familie nach Reichenhall. Ich liess es mir nicht nehmen, ihn in vierspänniger Extrapost dahin zu geleiten und noch einen Tag mit ihm zu verbringen. Erst sechs Jahre später sollte ich ihn wiedersehen.

XLV. Kapitel.

1871.

Die herannahende innere Krise.

Ich hatte Graf Hohenwart in Salzburg wenig gesehen, war aber Ohrenzeuge, wie Fürst Bismarck beim Abschied zu ihm sagte: „Also, *bonne chance!*“ Das Verhältnis zwischen mir und Graf Hohenwart hatte sich in der letzten Zeit auch äusserlich noch weniger harmonisch gestaltet, als es ohnedies schon war, was zum Theil Folge der Polemik eines von dem cisleithanischen Ministerium unterstützten Organs, der „Oesterreichischen Zeitung“, der Vertreterin des echten Oesterreicherthums alias Föderalismus, war. Dieses Blatt, redigirt von einem aus dem Norden gekommenen Dr. Frese, Intimus des Ministers Dr. Schäffle, gefiel sich

---

[1]) Als ich nach Wien zurückkam, sagte mir ein im alten Fahrwasser gebliebener Oesterreicher: „Ich bitt' Sie, lassen Sie sich nur nichts von den Preussen weiss machen!“ — „Gar nicht,“ entgegnete ich, „ich habe mir ja an Schwarzen geben lassen.“ Dagegen gab ich die Charade auf: *Qu'est-ce que c'est? Autrefois je l'étais, aujourd'hui je l'ai? — La bête noire.*

in Verkleinerung und Bemänglung der in Gastein und Salzburg zum Ausdruck gekommenen Verständigung mit Deutschland. Derartige Ausfälle des ministeriellen Blattes liessen mich gleichgiltig, sie waren aber nicht indifferent, so weit sie an der Aufrichtigkeit der eingeschlagenen politischen Richtung nach aussen Zweifel hervorrufen konnten. Vernehmlicher war die Sprache des „Vaterland", eines Blattes, welches zwar nicht offiziöses Organ war, aber zu dem damaligen Ministerium genau dieselbe Stellung einnahm, wie vordem die „Neue freie Presse" zu dem Bürger-Ministerium. Dieses schrieb damals:

„Graf Beust als Reichskanzler an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten, mit seinem Cis- und Transleithanien, mit seinem liberalen Centralismus, mit seiner Feindschaft gegen die katholische Kirche, mit seinem inspirirten Raubzug nach Rom und seinem liberal-jüdischen Tross, und ein Ausgleich der inneren Wirren Oesterreichs — das sind Gegensätze, welche keine friedliche Lösung verheissen. Das Loos, welches er dem Grafen Belcredi und dessen Ausgleich bereitete, dürfte er auch in Gastein dem Ministerium Hohenwart zugedacht haben."

Jenes mehr Schäffle'sche als Hohenwart'sche Organ brachte damals von Zeit zu Zeit Andeutungen über den Fortgang der „redlichen Arbeit". Unter dieser war die Verhandlung zu verstehen, welche der Handels-Minister mit den hervorragenden Persönlichkeiten der nationalen Partei in Böhmen zu pflegen berufen war. Nichts ist mir zu jener Zeit unerklärbarer geblieben, als dass Graf Hohenwart, welcher selbst in den inneren österreichischen Fragen besser als irgend jemand zu Hause war, es einem aus dem Ausland gekommenen Professor überliess [1]), jene Verneh-

[1]) Vielleicht wird man hier auch den Vorgang meines eigenen Eingreifens in den ungarischen Ausgleich als Gegenstück vorhalten, wozu indess keine Berechtigung vorliegen würde, denn einerseits hat ein Minister, der während seiner 17jährigen Wirksamkeit in einem anderen Lande Gelegenheit hatte, mit brennenden Fragen des Auslandes bekannt zu werden, ganz andere Ansprüche in einem solchen Falle als ein Universitätsprofessor;

mungen zu pflegen. Dass diese zu einem Abschluss führen konnten, wurde mir leichter zu begreifen, nachdem ich in dem grossen „Kronrath“, worin der Kampf zwischen mir und Hohenwart ausgefochten wurde, anlässlich einer besonders unmöglichen Bestimmung der sogenannten Fundamental-Artikel Minister Schäffle nichts Anderes zu sagen hatte, als: „Die Herren vom böhmischen Adel haben es gewollt.“ Wohl war diese Entgegnung immer noch besser als jene, welche ein Deputirter der Opposition im Abgeordnetenhause zu hören bekam, dessen Angriffe der Handels-Minister „schlechte Witze“ nannte.

Dank der „redlichen Arbeit“ war, ohne dass ich davon anders als nachträglich in die Kenntnis gelangte, an den böhmischen Landtag unterm 12. September ein Allerhöchstes Reskript ergangen, welches der zu Recht bestehenden Verfassung die Anerkennung der staatsrechtlichen (ausnahmsweisen) Stellung des Königreichs Böhmen, die Anerkennung der Rechte dieses Königreichs und das Versprechen des Krönungseides zur Seite stellte, mit der Aufforderung, im Geiste der Mässigung und Versöhnung die staatsrechtlichen Verhältnisse des Königreichs Böhmen zu berathen und der Krone die Möglichkeit zu bieten, ohne Verletzung der Rechte der übrigen Königreiche und Länder, insbesondere der Staatsgrundgesetze von 1861 und 1867, den Verfassungsstreit zu beenden. Der böhmische Landtag kam dieser Aufforderung im Geiste der „Mässigung und der Versöhnung“ nach, indem er dem Kaiser die vielberufenen Fundamental-Artikel überreichte, welchen zufolge, wären sie in Wirksamkeit getreten, es weder ein Herrenhaus noch ein Abgeordnetenhaus mehr in Wien gegeben hätte, sondern nur einen zeitweiligen Kongress der Königreiche und Länder und Konferenzen unter den Ministern dieser mit Partikular-Regierung ausgestatteten Bestandtheile des Reiches.

---

andererseits, und das ist die Hauptsache, hatte Graf Belcredi mir die Verhandlungen nicht überlassen, sondern führte sie selbst unter meiner Betheiligung.

Inmittelst war es allerdings mit Hochdruck gelungen in Folge der Landtagswahlen — allgemeine direkte Wahlen gab es damals noch nicht — die Majorität im Abgeordnetenhause dermassen zu verschieben, dass die Regierung sich auf eine $^2/_3$ Majorität Rechnung machen konnte. Dass sie selbst auf die Fundamental-Artikel wenn auch mit Modifikationen einzugehen geneigt war, zeigte sich in der oben erwähnten, dem Rücktritt Hohenwart's vorausgehenden Sitzung des grossen „Kronrathes", gleichwie zuvor schon in den Besprechungen, die im Ministerium des Aeusseren zwischen dem Minister-Präsidenten und den Reichsministern gepflogen wurden.

Es hat sich damals eine Voraussetzung Bahn gebrochen, die man in einigen Geschichtswerken wiederfindet, die Voraussetzung nämlich, dass Graf Andrassy die Initiative einer Intervention ergriffen und ich mich ihm angeschlossen habe. Auch eine der damaligen *Fables convenues.*

Ich war, wie schon bei früherem Anlass erwähnt wurde, von der Handelskammer in Brody in den galizischen Landtag gewählt, und sollte, nachdem ich im vorausgehenden Jahr des deutsch-französischen Krieges wegen Wien nicht verlassen durfte, diesmal meinen Sitz in Lemberg einnehmen. Waren indessen früher die äusseren Verhältnisse ein Hindernis für mein Erscheinen, so waren es jetzt die inneren. Nach dem Vorausgegangenen wird es dafür keiner Erklärung bedürfen. Ich entschuldigte also mein abermaliges Ausbleiben. Da erschien eines Morgens Graf Hohenwart, um mir zu sagen, er habe von diesem Entschluss mit grossem Erstaunen Kenntnis erhalten, denn, obschon ich mit der Richtung des Ministeriums nicht einverstanden sei, glaube er es doch meiner Stellung nicht entsprechend, dagegen eine Art Demonstration zu machen. „Von einer solchen," erwiderte ich, „ist nicht die Rede, sondern von der Vermeidung einer nicht nothwendigen, aber jedenfalls schiefen, für das Ministerium gleichwie für mich selbst unangenehmen Stellung." — „Ich muss," entgegnete Graf Hohenwart, „Ihnen sagen, dass Graf Andrassy in

unseren Gesprächen sich mit meinem Vorgehen einverstanden erklärt hat.“ Sobald ich allein war, setzte ich ein chiffrirtes Telegramm an Graf Andrassy nach Pest auf, mit der Frage, ob jene Behauptung eine begründete sei? und mit der Bitte um umgehende Antwort. Graf Andrassy zog es vor, nicht zu antworten, sondern selbst zu kommen. In ziemlich verdriesslicher Stimmung begann er mit den Worten: „Lassen Sie mich doch damit aus, was gehen mich die Czechen an? was habe ich mit Böhmen zu thun?“ — Zu dieser Auffassung war er gewiss vollkommen berechtigt; hat doch sein einstiger Nachfolger Tisza der späteren Versöhnungs-Aera Taaffe gegenüber den gleichen Standpunkt eingenommen und konsequent behauptet, nur kann man nicht gleichgiltig Zuschauer und Vorkämpfer sein. Erst später bestimmten ihn meine Vorstellungen, die ich zuletzt durch die Sendung des Sektionschefs von Hofmann nach Pest erneuerte, zu entschiedenem Anschluss. Für mich selbst war aber der Moment gekommen, mit einem ernsten und freimüthigen Wort vor den Kaiser zu treten, und dies geschah durch Uebersendung des nachfolgenden Vortrags an den in Ischl weilenden Monarchen:

Allergnädigster Herr!

Wenn der treugehorsamst unterzeichnete Reichskanzler, Minister des kaiserlichen Hauses und des Aeussern, sich ehrerbietigst die Freiheit nimmt, die nachstehenden Betrachtungen der Würdigung Eurer Majestät zu unterbreiten, so geht er dabei von der Ueberzeugung aus, die Kompetenzen seines Amtes, die Pflichten die er als Rath und Diener Eurer Majestät zu erfüllen hat, in keiner Weise zu überschreiten. Er glaubt bescheidenen aber zuversichtlichen Sinnes genügende Beweise dafür gegeben zu haben, dass er die Beschränkung auf die nächsten und unmittelbarsten Aufgaben der Stellung, mit welcher ihn die Gnade Eurer Majestät betraut hat, nicht als unwillkommene Last, sondern als eine Aufforderung mehr betrachtet hat, der Leitung und Verwaltung der ihm zugewiesenen Angelegenheiten seine Kraft voll und ungetheilt zuzuwenden. Nichts liegt dem ehrfurchtsvoll Unterzeichneten auch heute ferner, als ein Herausschreiten aus dem Kreise dieser Befugnisse. Wenn er es daher wagt, an Euer Majestät die Bitte zu richten, einen Blick auf die inneren Verhält-

nisse der Westhälfte der Monarchie werfen zu dürfen, so sind dabei einzig und allein die Erwägungen für ihn massgebend, zu welchen die Rückwirkung dieser Verhältnisse auf Gang und Richtungen der auswärtigen Politik, auf die Stellung des auswärtigen Amtes Eurer Majestät und des Leiters dieses Amtes unabweislich drängt.

Der treugehorsamst unterzeichnete Reichskanzler glaubt mithin keine Kritik an dem Vorgehen des Ministeriums zu üben, welches Eure Majestät mit der grossen patriotischen Aufgabe betraut haben, den politischen Zwistigkeiten in den nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern ein Ziel zu setzen und den Bevölkerungen dieser Königreiche und Länder dauernden und gesicherten Frieden zu gewähren, wenn er die neueste folgenschwere Thatsache auf dem Gebiete der inneren Politik: die Adresse und die Propositionen des böhmischen Landtages, zum Ausgangspunkte seiner Ausführungen nimmt. Niemand kann mit seinen staatsmännischen Ueberzeugungen, mit seinen persönlichen Sympathien, dem Prinzip einer Politik näherstehen, die ihre Ziele in Versöhnung und Ausgleichung der Gegensätze, in Sammlung und Erstarkung der inneren Kräfte der Monarchie sucht, als der ehrerbietigst Unterzeichnete. Um so eher, um so vorurtheilsfreier glaubt er auf die entscheidende Bedeutung jener Thatsache und auf die Krisis aufmerksam machen zu dürfen, mit welcher sie das gesamte Staatsleben der Monarchie, mit welcher sie namentlich die Verhältnisse der auswärtigen Politik fast auf allen Punkten bedroht.

Es kann natürlich nicht die Absicht dieses gedrängten allerunterthänigsten Vortrags sein, dies mit Rücksicht auf alle Details des umfassenden Elaborates nachzuweisen, welches der böhmische Landtag an den Stufen des allerhöchsten Thrones niedergelegt hat. Aber es kann einer aufmerksamen Betrachtung wohl nicht entgehen — und dieser Umstand ist es zunächst, welcher dem Unterzeichneten die Verpflichtung zu dieser ehrerbietigsten Auseinandersetzung nahegelegt hat — dass sowohl die Rechtsausführungen der Adresse, als die Fundamental-Artikel des böhmischen Landtages tief und mit schneidender Schärfe in das von Eurer Majestät den beiden staatlichen Hälften der Monarchie gewährte und gewährleistete gemeinsame Recht eingreifen. Indem der mit Ungarn abgeschlossene Ausgleich als ein in seiner Rechtsbeständigkeit nicht vollständiger und perfekter, sondern der nachträglichen Ratihabirung des böhmischen Landtages und einer Immatrikulirung in die Fundamental-Gesetze des Königreiches Böhmen bedürftiger Akt hingestellt wird, leugnet der Landtag dieses

Königreiches den rechtlichen Charakter eines Zustandes, der nun nahezu vier Jahre gedauert hat und dessen Verfassungsmässigkeit bis jetzt gegen jeden Zweifel geschützt erschien. Dass damit prinzipiell einer tiefen Erschütterung der Sicherheit des öffentlichen Rechtes die Bahn geöffnet, dass damit lebendig und praktisch gewordenen Entscheidungen des parlamentarischen Regimentes, welches an die Dezembergesetze des Jahres 1867 sich anschloss, der rechtliche Boden entzogen wird, bedarf keiner näheren Begründung. In diesem Sinne müsste der ehrerbietigst Unterzeichnete alles Gewicht darauf legen, dass die Regierung Eurer Majestät für die im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder in ihren weiteren Auseinandersetzungen auf das Unzweideutigste die Annahme beseitigt, als könnte sie die Rechtsauffassung des böhmischen Landtags theilen oder ihr auch nur theoretische Giltigkeit zuerkennen. Der unterzeichnete Reichskanzler müsste es von jedem Standpunkte hochbedenklich finden, wenn durch ein offizielles Hinübergleiten über diesen Punkt Schwierigkeiten der inneren Lage der Gesamtmonarchie vermehrt, wenn zu den bestehenden Verwirrungen des öffentlichen Rechts neue hinzugefügt würden.

In diesem Wunsche, die strenge Verfassungsmässigkeit des Vorgehens der Regierung Eurer Majestät überall festgehalten und zu zweifellosem Ausdruck gebracht zu sehen, kann der treugehorsamst Unterzeichnete durch den Gedankan an die Konsequenzen nur bestärkt werden, welche selbst die geringfügigste Abweichung von diesem Boden für die Fragen seiner konstitutionellen Stellung im Rahmen der gemeinsamen Verfassung und seiner Verantwortung haben müsste. Wird in diesem Punkte — wobei ich noch auf einen speziellen Hinweis auf die Thatsache der vollen Negirung des geltenden Verfassungsrechtes für Böhmen in der Adresse des böhmischen Landtages verzichte — der deutschen, der Verfassungspartei eine im bestehenden Verfassungsrechte begründete Handhabe geboten, sich der Theilnahme an der von der Regierung Eurer Majestät begonnenen staatsrechtlichen Aktion zu enthalten, so kann dies nicht ohne die bedauerlichste Rückwirkung auf die allgemeine Rechtslage des Reiches bleiben. Die Legalität des nächsten Reichsrathes, die Legalität der aus dem letzteren zu wählenden Delegation ist damit in Frage gestellt und an das gemeinsame Ministerium Eurer Majestät, das nothwendig in die Strömungen eines Parteilebens gezogen wird, denen es möglichst ferne zu halten Allerhöchstdieselben in weiser Fürsorge beschlossen haben, tritt unmittelbar die Forderung heran, Stellung zu nehmen und sich

der Verpflichtungen verfassungsmässiger Verantwortlichkeit in ihrer vollen Bedeutung bewusst zu werden.

Zu diesem Bedenken rechtlicher Natur treten Besorgnisse praktischer Bedeutung in ernsthaftester Weise hinzu. Will man selbst die Frage bei Seite lassen, ob die beabsichtigte Zusammensetzung der hierseitigen Delegation den Ausgleichsgesetzen zufolge eine legale sein, ob sie als solche ungarischerseits acceptirt werden würde, so darf man sich doch jetzt schon der Erwartung nicht verschliessen, dass in dieser Delegation ausschliesslich jene Elemente ihre Stätte finden und daher ihr Uebergewicht behaupten würden, welche in schroffem und unversöhnlichem Gegensatze zu dem auf den Allerhöchsten Befehl Eurer Majestät auf dem Gebiete der auswärtigen Politik festgehaltenen System stehen und diesem Gegensatze den vollsten und nachdrücklichsten Ausdruck zu geben entschlossen sind.

Euer Majestät wollen gnädigst geruhen, diese Betrachtung nicht in dem Sinne aufzufassen, als werde sie durch Rücksichten persönlicher Bequemlichkeit hervorgerufen. Der treugehorsamst Unterzeichnete darf sich schmeicheln, sowohl im Reichsrathe als in den Delegationen bewiesen zu haben, dass er den parlamentarischen Kampf nicht scheut, und er glaubt ohne Vermessenheit sich darauf berufen zu dürfen, dass die Ergebnisse seiner einschlagenden Thätigkeit nicht geeignet waren, ihn was immer für Gegnern gegenüber muthlos zu machen. Jene ehrerbietige Betrachtung geruhen Euer Majestät rein objektiv in dem Sinne aufzufassen, dass das Vertrauen der auswärtigen Kabinette in das — wohl darf es ausgesprochen werden — mit so entschiedener Gunst aufgenommene Programm unserer Politik nicht wachsen und erstarken kann, wenn das Eingreifen von Elementen in Aussicht steht, bei denen ganz entgegengesetzte Richtungen vorausgesetzt werden dürfen. Und — hier bittet der ehrerbietigst Unterzeichnete sich nur an das Thatsächliche halten zu dürfen, ohne dessen Berechtigung einer Prüfung zu unterziehen, — wie sollte diese Betrachtung nicht eine weittragende Bedeutung gewinnen, wenn das Fernbleiben des deutschen Elementes den oben gekennzeichneten Faktoren das Feld räumt?

Wie von selbst leitet diese Erwägung zugleich auf die Betrachtung der Stellung, welche die Annahme der böhmischen Propositionen dem gemeinsamen Minister der auswärtigen Angelegenheiten im Allgemeinen zuweisen würde. Eure Majestät haben in den Jahren des Bestandes der für die Gesamtmonarchie geltenden Verfassung wiederholt zu ermessen Gelegenheit gehabt, dass schon die gegenwärtige

Gestaltung des Reiches für eine einheitliche und stätige, für eine energische und krafterfüllte Leitung der auswärtigen Politik mit aussergewöhnlichen Schwierigkeiten verknüpft ist. Die Reihe der auf die Richtungen der auswärtigen Politik Einfluss nehmenden Faktoren vermehren, Böhmen und nach seinem Beispiele auch noch andere Länder als gleichberechtigt zur Entscheidung heranziehen, dem Minister des Aeussern auch noch die Verständigung mit den im Elaborate des böhmischen Landtages vorgesehenen Hofkanzler und Landesministern zur Pflicht machen, hiesse auf ein einheitliches Prinzip der auswärtigen Politik gänzlich verzichten, hiesse diese Einheit der Atomistik nationaler und provinzieller Interessen dem Widerstreit der Einzelmeinungen preisgeben. Der treugehorsamst Unterzeichnete glaubt nicht zu weit zu gehen, wenn er eine gedeihliche, wenn er namentlich eine schlagfertige und energische Leitung der auswärtigen Politik als unvereinbar mit den beabsichtigten Zuständen bezeichnet. Hat doch bereits ein hervorragendes Mitglied des böhmischen Landtages, welches man für einen Ministerposten bestimmt glaubt, sich dahin vernehmen lassen, dass die orientalische Politik einer gründlichen Umgestaltung unterzogen werden müsse, und ist der ehrerbietigst Unterzeichnete doch bereits in dem Falle gewesen, eine hierauf bezügliche besorgliche Interpellation des russischen Gesandten zu beantworten.

Geben schon nach diesen Richtungen die Propositionen des böhmischen Landtages zu ernsten prinzipiellen Erwägungen Anlass, so scheint kaum minder gewiss, dass ihnen auch auf dem Gebiete der praktischen auswärtigen Politik eine für deren Richtungen und Erfolge entscheidende Bedeutung zuerkannt werden muss. Gestatten Euer Majestät dem treugehorsamst Unterzeichneten, auch nach dieser Richtung hin den ehrerbietigsten Ausdruck seiner persönlichen Auffassung offen darlegen zu dürfen.

Eure Majestät haben nach dem Resultate der Besprechungen von Gastein und Salzburg die Ueberzeugung gewonnen, dass Allerhöchst Ihr hochherziger Entschluss, die Beziehungen der österreichisch-ungarischen Monarchie, unbeirrt durch die Erinnerungen an den Glanz und die Zertrümmerung eines altehrwürdigen Verhältnisses, unbeirrt durch berechtigte persönliche Gefühle, auf Grundlage der geschichtlichen Thatsachen des Jahres 1871 umzugestalten, nicht ohne lebhaften und dankbaren Widerhall in der Brust der massgebenden Persönlichkeiten des Nachbarreiches geblieben ist. Diesem Entschlusse der durch die Gnade und Weisheit Eurer Majestät gestatteten kon-

sequenten Durchführung desselben ist es zu danken, wenn die staatsrechtliche Aktion des Ministeriums Eurer Majestät den Versuchen einer direkten und indirekten Störung von aussen bisher nicht unterzogen wurde. Fürst Bismarck hat, wie Eurer Majestät bekannt ist, auch bei den persönlichen Begegnungen während dieses Sommers wiederholt und, wie es scheint, mit voller Aufrichtigkeit den Entschluss betont, die inneren Fragen Oesterreichs als ein geschlossenes Gebiet zu betrachten und auf jede Unterstützung der Bestrebungen einzelner Parteien zu verzichten. Aber es ist Eurer Majestät nicht minder erinnerlich, wie Kaiser Wilhelm mit der Aeusserung nicht zurückhielt, dass Er nichts mehr wünsche, als die deutschen Unterthanen Eurer Majestät zufrieden und Sich nicht unangenehmen Lagen durch ihre Unzufriedenheit ausgesetzt zu sehen, und ich darf nicht verfehlen, die Allerhöchste Aufmerksamkeit in tiefster Ehrfurcht darauf zu lenken, dass prinzipielle Entschlüsse nicht ausschlaggebend sind für die Richtungen grosser und gewaltsamer Entwicklung, dass sie mit diesen Richtungen nicht allein Kompromisse schliessen, sondern sich unter dem Drucke populärer Strömungen oft geradezu in ihr Gegentheil verkehren.

Eure Majestät geruhen auch Sich gnädigst zu entsinnen, dass der ehrfurchtsvollst Unterzeichnete einen alleruntertänigsten Bericht über die langdauernde Audienz bei Kaiser Wilhelm in Gastein mit den Worten schloss, Er müsse, ohne Sich in die inneren Angelegenheiten einmischen zu wollen, dringend rathen, bei den weiteren Schritten der Regierung der deutschen Bevölkerung gegenüber mit aller Vorsicht zu Werke zu gehen.

Es ziemt dem ehrfurchtsvollst Unterzeichneten nicht, die Frage zu untersuchen, ob das Vorgehen des Ministeriums Eurer Majestät für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder den überwiegenden Theil der deutschen Bevölkerung auf das Gebiet der starren politischen Negation und Ablehnung drängen müsste, auf welchem er sich jetzt behaupten zu wollen den Anschein hat. Der einseitige Doktrinarismus der Partei, die jene Bevölkerung politisch vertritt, gibt wohl theilweise manche Erklärungsgründe für die Entwicklung eines Zustandes, welcher jetzt bis zu dieser schroffen Steigerung der Gegensätze gediehen ist. Aber welches immer die Gründe des gegenwärtigen Zustandes sein mögen, es ist meine Pflicht, Eurer Majestät offen darzulegen, dass er nicht ohne wachsende Gefahr für die Monarchie länger erhalten werden kann. Mit einer wahrhaft erschreckenden Schnelligkeit hat sich die Umwandlung der Verfassungspartei in

eine deutsch-nationale vollzogen; täglich fester schlingen sich die Fäden, die diese Partei durch das Gefühl nationaler, sprachlicher und geschichtlicher Gemeinsamkeit mit Deutschland-Preussen verbinden. Schon jetzt hat eine neulich in Dresden abgehaltene Volksversammlung den Beweis geliefert, dass man unmittelbar an unseren Grenzen der nationalen Bewegung der Deutsch-Oesterreicher mit gespannter Aufmerksamkeit folgt und dass man nur zu bereit ist, Rufe um Hülfe und Unterstützung zu vernehmen, selbst ehe sie noch ertönt sind. Es kann hier nicht die Rede davon sein, derartigen Demonstrationen irgendwie einen autoritativen Charakter zuzuschreiben, und den Gewohnheiten des ehrerbietigst Unterzeichneten liegt gewiss nichts ferner, als das was einer fremden Drohung ähnlich sieht, zur Richtschnur seines Denkens und Handelns zu nehmen. Allein jene Erscheinungen verdienen darum nicht minder ernste Beachtung; sie sind nur der Vorbote eines Umschwunges, dessen ganze Tragweite man sich vor Augen zu halten gut thun wird. Im Verlauf der letzten Wochen hat sich dieser Umschwung bereits in Deutschland in einer Weise vollzogen, welche den ehrerbietigst Unterzeichneten mit tiefer Bekümmernis erfüllen musste. Die Stimmung, welche die Vorgänge von Salzburg und Gastein dort hervorgerufen hatten, war eine unseren Interessen im höchsten Grade zusagende — der nationalliberalen Propaganda war der Boden entzogen, das zeigte sich in allen ihren Organen; laut und energisch dagegen war die Zustimmung der zahlreichen ehrenwerthen Kreise, welche, nachdem ihnen jede Hoffnung auf einen Schutz partikularer Rechte und Interessen durch eine Gegnerschaft Oesterreichs gegen Preussen benommen war, die Möglickeit einer Anlehnung an ein Preussen befreundetes Oesterreich freudig begrüssten, zumal das unsererseits bei der vollzogenen Annäherung ausdrücklich betonte Prinzip der Parität, wie anerkannt werden muss, in den preussischen offiziösen Organen noch schärfer hervorgehoben worden war als in den unsrigen. Diese günstige Strömung, welche die Erhaltung und Erstarkung Oesterreichs zum Zielpunkte aller Wünsche und Bestrebungen hatte, beginnt in Folge der neuesten hiesigen Vorgänge in eine ganz andere Bahn einzulenken, und zwar darum, weil die Voraussetzung, der sie entsprang, nämlich die Erstarkung Oesterreichs auf Grund ungetrübter und ungestörter Beziehungen zu Deutschland, der Gegenstand zuversichtlicher Hoffnungen zu sein aufgehört hat. Wird diesem Zustande des Zweifels neue Nahrung zugeführt, wird ihm nicht rechtzeitig begegnet, so kann es nicht fehlen, dass eben jene Oesterreich feindlichen Elemente in Deutschland ihr Augen-

merk und ihre Hoffnungen wohl auf die österreichisch-deutschen Länder, aber nicht mehr auf die österreichisch-ungarische Monarchie richten und — auch dies sei offen zu sagen gewagt — selbst die katholischen Elemente in Deutschland werden ungeachtet und unbeschadet einer augenblicklichen und sympathischen Befriedigung nach und nach in diese neueste Strömung einlenken und die engste politische Verbindung mit den gleichgearteten Elementen in den deutschen Provinzen Oesterreichs ihrer Sache zuträglicher finden, als ein Verhältnis, dessen Ausnutzung einen steten Kampf zwischen nationaler und staatlicher Pflicht und religiösem Gewissen im Gefolge hat.

Es ist aber kein Zweifel, dass der unverhohlene Ausdruck dieser veränderten Sympathien auch hier wieder das entsprechende Echo finden wird. Diese Gegenseitigkeit der nationalen und politischen Demonstration aber muss nicht nur mit der Kraft einer zersetzenden Säure auf die Begriffe dynastischer Treue und patriotischer Gesinnung hinwirken, sie muss nicht nur politische Vorstellungen und Pläne wecken, gegen welche jetzt noch der gesunde und in seinem Kerne unangetastet gebliebene Sinn des Volkes sich empört; das Entscheidende ist, dass sich auch das preussische Gouvernement selbst bei gutem Willen auf die Dauer der Einwirkung dieser Verhältnisse nicht wird entziehen können.

In dem bereits in gnädige Erinnerung gebrachten Gasteiner Berichte erlaubte sich der ehrfurchtsvollst Unterzeichnete auf die schleswig-holsteinschen Schmerzenzschreie hinzuweisen, denen man sogar in Wien das Ohr nicht zu verschliessen vermochte. Beachtenswerth aber erscheint bei diesem Rückblicke besonders der Umstand, dass nicht finanzielle Bedrückung noch flagrante Verfassungsbeschwerden es waren, welche jene sogenannten Schmerzensschreie hervorriefen, denn die betreffenden Länder erfreuten sich grosser Prosperität und die angeblichen Verfassungs-Verletzungen waren sehr zweifelhafter Natur und geringen Belanges; sondern dass die in den Zeiten Königs Friedrich VI. nicht dagewesene und erst unter Christian VIII. angebahnte, unter seinem Nachfolger jedoch in rücksichtsloser Weise durchgeführte Beherrschung und Bevormundung der Deutschen durch einen fremden Volksstamm es war, welche die Gemüther erbitterte und bis zum Dauernden gebracht hatte und welche dahin führte, dass es der dänischen Regierung nie gelang, das Zusammengehen der deutschen Bevölkerung in den durch die Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse gesonderten Herzogthümern zu vereiteln.

Nicht geringere Besorgnisse knüpfen sich an die voraussichtliche

Rückwirkung des Prager Landtags-Elaborates auf die Verhältnisse Galiziens. Eure Majestät geruhen Sich zu erinnern, dass der ehrerbietigst Unterzeichnete, so oft die galizische Frage zur Sprache kam, sich jederzeit gegen die Zulassung fremder Einsprache mit Entschiedenheit geäussert, dass derselbe ferner einer möglichst weitgehenden Autonomie gerade dieses Landes, soweit nicht berechtigte Reklamationen der Nachbarstaaten dadurch provozirt wurden, das Wort geredet hat. An diesen seinen Anschauungen hat derselbe auch heute nichts zu ändern, allein mehr als je scheint es geboten, an der zuletzt erwähnten Einschränkung festzuhalten. Erfahren aber nun die böhmischen Fundamental-Artikel die verfassungsmässige entsprechende Erledigung, so wird sich die Feststellung eines gleichen Kreises von Rechten für Galizien schwerlich vermeiden lassen. Die gesamte Verwaltung der Justizpflege und Polizei werden in die eigenen nationalen Kompetenzen, in das Eigenrecht dieses Landes fallen. Es ist gewiss kein pessimistisches Urtheil, wenn man eine unberechenbare Reihe von Konflikten mit der russischen Regierung mit derartigen Zuständen in Verbindung bringt. Mit welcher steigenden Aufmerksamkeit man in Petersburg den Nachrichten über die in Galizien zu machenden Konzessionen folgt, geruhen Eure Majestät aus den Berichten des dortigen k. k. Geschäftsträgers zu entnehmen. Man wird aber russischerseits um so weniger zögern, die voraussichtlichen Konflikte aufzunehmen, als in dieser Frage Russland gewiss sein darf, Seitens Preussens nicht nur keine Gegnerschaft, sondern vielmehr Unterstützung zu finden.

In dieser unabweislichen Betrachtung zeigt sich eine Gefahr der weittragendsten Art. Einer der wesentlichsten Erfolge der Gastein-Salzburger Besprechungen dürfte in deren Rückwirkung auf die preussisch-russischen Beziehungen erkannt werden, welche sich sofort in einer grösseren Freiheit der preussischen Regierung gegenüber von Russland, in einer gewissen Reserve und Mässigung der russischen Regierung uns gegenüber fühlbar machte. Die Gruppirung Deutschland-Oesterreich-Italien gewährleistet uns Ruhe und Sicherheit; wird diese Kombination gestört, führen wir Preussen und Russland wieder enger zusammen, dann haben wir die Gruppe Russland, Deutschland und Italien zu gewärtigen, und wo soll die Monarchie dann ihre Anlehnung finden?

Allergnädigster Herr! Der treugehorsamst Unterzeichnete hat in den vorstehenden Bemerkungen nur in den flüchtigsten Zügen und mit strenger Beschränkung auf die eigenen, unmittelbaren Aufgaben die schweren Bedenken bezeichnet, zu welchen die Propositionen des

böhmischen Landtages ihm Anlass geben. Die Verfassungsmässigkeit des gemeinsamen Reichsrechts, gewichtige Fragen der auswärtigen Politik sind an die Entscheidung über jene Propositionen gebunden. Mit Entschiedenheit und Freimuth, aber im Bewusstsein treuen Pflichtgefühls und unwandelbarster tiefster Hingebung glaubte der ehrerbietigst Unterzeichnete seiner Auffassung Ausdruck geben zu sollen; derselbe hat sich mancher in der letzten Zeit hervorgetretenen Entwicklungsphase unserer inneren Verhältnisse gegenüber Schweigen auferlegt, obschon die ihm auf dem Felde der auswärtigen Politik gestellte Aufgabe dadurch mehrfach erschwert wurde. Allein jetzt, wo es sich nicht um Vermeidung grösserer oder geringerer Schwierigkeiten, sondern um ernste Gefahren für Reich und Dynastie handelt, wird es zur Gewissenssache, pflichtmässige Ueberzeugung zum Ausdruck zu bringen. Und so darf der ehrfurchtsvollst Unterzeichnete diesen unterthänigsten Vortrag mit der auf wiederholte Beweise kaiserlicher Huld und Gnade begründeten Hoffnung schliessen, dass, welcher Beurtheilung immer Eure Majestät dessen Ausführungen zu würdigen geruhen mögen, die Treue jenes Pflichtgefühls, die Tiefe der Hingebung an seinen kaiserlichen Herrn und das Allerhöchste Kaiserhaus unbezweifelt bleiben werden.

Wien, 13. Oktober 1871.

(gez.) Beust.

Man hat mir, ich weiss es, den Vorwurf gemacht, einen solchen Schritt nicht früher gethan zu haben, ja man ist so weit gegangen, mir Absichtlichkeit zuzuschreiben, indem übelwollende Stimmen sich in der Richtung vernehmen liessen, ich habe wollen den Kaiser recht tief hineingehen lassen, um ihn fühlen zu machen, was dabei herauskomme, wenn ich nicht gefragt werde. Dass Zuflüsterungen in dieser Richtung bei der Unvereinbarlichkeit einer solchen Procedur mit meinem Charakter erfolglos blieben, bin ich leider nicht anzunehmen berechtigt. Die Ursachen meines Zögerns waren sehr einfache.

Zunächst war es keine leichte Aufgabe, zum dritten Mal in einem Augenblick dazwischen zu treten, wo der Monarch geneigt, ja entschlossen war, einen bestimmten Weg zu betreten, und ihn davon zurückzuhalten. Ich hatte es 1867 gegenüber dem Vor-

gehen des Grafen Belcredi gethan, ich hatte es 1868 anlässlich der beschlossenen galizischen Reise wiederholt gewagt, und nun sollte es abermals geschehen, wobei nicht zu übersehen, dass ich jedesmal nur Minister des Aeussern, nicht, wie dies zeitweise der Fall gewesen, Minister des Innern war und also über meine eigentliche Kompetenz hinausgriff. Dann aber fiel dem Kaiser gegenüber noch etwas schwer ins Gewicht. Nach dem Ausscheiden des Grafen Belcredi musste ich mehr als einmal vernehmen, dass ich zu früh in die von ihm begonnene Aktion eingegriffen habe und ohne mein Dazwischentreten der ausserordentliche Reichsrath seinem Zweck entsprochen haben würde. Wie sehr dieser Rückblick die Sache erschweren musste, liegt auf der Hand.

Dass jener Vortrag nicht ohne tiefen Eindruck geblieben war, davon konnte ich mich nach der Rückkehr des Kaisers von Ischl überzeugen. Die Dinge näherten sich in raschem Tempo ihrer endlichen Lösung, während ein recht unwillkommenes Intermezzo die Stimmungen noch mehr verbitterte.

Es fiel in diese Tage die feierliche Installation des neuen Rektors der Universität, welcher kein Anderer war, als der Baron Hye, im Jahre 1867 Justiz- und Kultus-Minister. Einem ehemaligen Kollegen glaubte ich es schuldig zu sein, die Einladung zur Theilnahme nicht abzulehnen. Es ereignete sich nun, dass, als gelegentlich des Jahresausweises die Berufung der Professoren Habietinek und Schaeffle in das Ministerium erwähnt wurde, die Studenten mit einem eben so vernehmlichen als unschicklichen Pochen einfielen. Baron Weber, der damalige Statthalter von Niederösterreich, trat an mich mit der Anfrage heran, ob wir nicht den Saal verlassen sollten; ich erhob mich und gleichzeitig liessen sich die Hochs auf Beust vernehmen. Ich wollte um so mehr mich entfernen, allein wer hielt mich ab? Es ist eine interessante Erinnerung. Niemand anders als der damalige Weihbischof, spätere Erzbischof und Kardinal Kutschker, welcher der Meinung war, man dürfe solches jugendliches Aufbrausen nicht zu ernst nehmen und ihm nicht eine zu grosse Bedeutung geben. —

Uneins mit mir selbst liess ich mich nieder, nachdem auch andere Personen sich dahin äusserten, es würde mein Aufbrechen nur zur Folge haben, dass die Studenten mir den Ausgang mit verdoppelten Vivats versperren und es erst recht einen Skandal geben werde. Dass der Vorgang mir nicht zum Nutzen gereichte, begreift sich.

Es bleibt nur wenig über das schliessliche Ende der Aera Hohenwart zu sagen übrig. Mein Kampf in dem unter dem Vorsitz des Kaisers und unter Theilnahme der Reichsminister versammelten Ministerrath war das Gegentheil desjenigen, den ich im Jahre 1867 gegen Belcredi zu bestehen hatte. War ich damals voll der Bewunderung für die Vertheidigung, so war diesmal mein Erstaunen gross über deren Mattigkeit. Graf Hohenwart war offenbar unter dem Eindruck einer bereits halbverlorenen Sache, und was ihn noch mehr entmuthigen musste, war, dass die Reichs-Minister einen Verbündeten unter den Mitgliedern seines eigenen Ministeriums finden sollten.

Freiherr von Holzgethan, ein höchst ehrenwerther Typus des dienstbeflissenen, aber gewissenhaften Beamten, war aus dem Ministerium Potocki in das Ministerium Hohenwart übergetreten, weil es verlangt wurde und für ihn, der ausserhalb des Parlaments und ausserhalb der Parteien stand, kein Grund war, sich dessen zu weigern. Die Verwaltung der Finanzen hat unter ihm nicht gelitten. Auch er hatte sich der politischen Wirksamkeit des Ministeriums gegenüber passiv verhalten, bis er endlich zu der Ueberzeugung gelangte, dass es Pflicht sei, dagegen sich zu erheben. — Seine Deduktion über die „Zerstörungs-Artikel“, wie er die Fundamental-Artikel nannte, wurden bei der trockenen Sprech- und Ausdrucksweise, die ihm eigen war, zuweilen belustigend und die Worte: „Wir haben eine nicht geringe Zahl passiver Länder, denken wir uns, dass sie alle an den Mutterbrüsten von Ober- und Niederösterreich saugen,“ rief selbst da einen Ausbruch der Heiterkeit hervor, wo am wenigsten dazu Neigung vorhanden war.

Hatte ich mich endlich nach der in der Frage, ob Belcredi, ob Beust? entscheidenden Sitzung als den Besiegten gefühlt, so war ich diesmal des Sieges gewiss — freilich ein Pyrrhussieg.

XLVI. Kapitel.

1871.

Auf der Bresche geblieben. — Gesundheits- und andere Rücksichten.

Erst einige Tage nach jenem Kronrath reichten Graf Hohenwart und seine Kollegen mit Ausnahme des Baron Holzgethan ihre Entlassung ein. Ich erinnere mich, dass Graf Mensdorff im Jahre 1865, als er nach der Entlassung des Ministeriums Schmerling, dem er angehört hatte, in das Ministerium Belcredi überging, sich gegen mich, der ich zufällig in Wien mich befand, scherzhaft äusserste, er sei der während des Wechsels stehen gebliebene Stockzahn. Ein solcher war auch Baron Holzgethan, nur dass er nicht in das neue Ministerium, sondern in das gemeinsame Ministerium überging. Während seines kurzen Interregnums und mit seiner Gegenzeichnung erfloss unter dem 31. Oktober ein zweites Reskript an den böhmischen Landtag, sehr verschieden von dem, welches demselben am 12. September zugegangen war. Von einer staatsrechtlichen Sonderstellung des Königreichs Böhmen war eben so wenig als von einer Krönung mehr die Rede, wohl aber von achtungswerther Berücksichtigung jeden Rechtsanspruches, womit die doppelte Belehrung verbunden war, dass das Uebereinkommen mit Ungarn nur auf dem durch dasselbe vorgezeichneten Wege, dem einer Vereinbarung zwischen dem Reichsrath und dem ungarischen Reichstage, eine Aenderung erfahren könne, und dass die staatsrechtlichen Verhältnisse der nicht-ungarischen Königreiche und Länder durch die Staatsgrundgesetze ihre Regelung gefunden haben.

Die Deutlichkeit dieses Allerhöchsten Reskriptes war, sobald der bisher betretene Weg verlassen wurde, durch die Lage geboten, sollte nicht Misstrauen auf beiden Seiten in die Halme schiessen. Allein für den Kaiser war es eine harte Nothwendigkeit, seine Unterschrift zweimal innerhalb von sechs Wochen zu geben, das eine Mal für Weiss, das zweite Mal für Schwarz. Ich fühlte dies tief, obschon ich das Reskript weder zu verfassen noch vorzulegen in der Stellung gewesen war. Nicht nur deshalb, sondern auch weil mich der Gedanke leitete, es müsse unter so gestalteten Umständen das jetzt zu bildende Ministerium ein streng verfassungstreues, nicht aber ein ausgesprochenes Partei-Ministerium sein, solle ein erfolgreiches Betreten des in dem zweiten Reskripte vorgezeichneten Weges erhofft werden, erlaubte ich mir, als meine nächste Audienz dazu Gelegenheit bot, eingedenk des kaiserlichen Wortes, dass ich stets ungescheut meine Meinung sagen solle, in diesem Sinn, auch ohne dazu aufgefordert zu sein, mich auszusprechen und meine Anschauung damit zu charakterisiren, dass selbst ein Mann wie der frühere Statthalter von Böhmen, General Baron Koller, als Minister-Präsident mit Vertrauen aufgenommen werden würde. Wie ein Jahr früher nach dem Verlöschen des Ministeriums Potocki meine Anwürfe wegen einer im Sinne der Mässigung verbesserten Auflage des Bürger-Ministeriums, so wurden auch jetzt meine Worte mit bedeutsamem Schweigen vernommen. Allein unmittelbar darauf ereignete sich ein bemerkenswerther Zwischenfall. Als ich von dieser Audienz zurückkam, fand ich im Vorzimmer den Abgeordneten Dr. Rechbauer. Ich bat ihn, sofort einzutreten, und was sagte dieser der vorgeschrittensten Fraktion der Verfassungspartei angehörige Abgeordnete: „Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, dass wir bei der Bildung des Ministeriums keinerlei Ansprüche auf Betheiligung erheben und jetzt vollkommen zufrieden sind, wenn verfassungsmässig regiert wird.“

Bald darauf kam Zweierlei zu meiner Kenntnis — dass Baron Kellersperg berufen sei zur Bildung des neuen Ministeriums, und

dass Graf Andrassy sich wieder in Wien befinde. Letzterer liess sich nicht bei mir blicken (er kam erst, nachdem seine Ernennung an meiner Stelle erfolgt war, um mir zu sagen, wie peinlich seine Lage sei und wie schwer es ihm werde, Pest mit Wien zu vertauschen). Wohl aber erschien Baron Kellersperg, welcher mir zu meiner Ueberraschung, denn unsere letzte Begegnung hätte es nicht hoffen lassen, auf das Freundlichste entgegenkam, und meine Aeusserung, er werde sich nicht über die Einmischung des Reichskanzlers in innere Angelegenheiten zu beklagen haben, mit den Worten erwiderte: Im Gegentheile sei es seine Absicht, dass ich fortan zu allen wichtigen Sitzungen des Ministeriums eingeladen werde. — Mit gutem Gewissen konnte ich ihm die Versicherung geben, der Reichskanzler werde sich nicht in die inneren Angelegenheiten mischen, denn ich war bereits durch das was um mich herum vorging, darüber belehrt, dass es mit dem Reichskanzler zu Ende gehe, so wie es vielleicht auch Baron Kellersperg wissen mochte, dass es keine Gefahr habe, mir so schöne Dinge zu sagen.

Der Tag der Aufklärung liess nicht lange auf sich warten. Es hatte etwas Ergreifendes, das derselbe Staatsrath von Braun, welcher mir 1866 die völlig ungeahnte Berufung überbrachte, jetzt mit dem entgegengesetzten Auftrag bei mir erscheinen musste. „Ich solle,“ das waren seine Worte, „es dem Kaiser leicht machen,“ was nur bedeuten konnte, ich wolle meine Entlassung einreichen. Als Gründe hatte Baron Braun damals Zweierlei anzuführen, dass der Titel Reichskanzler Schwierigkeiten bereite, und dass ich zu viele Feinde habe. Irgend ein weiteres Motiv der Enthebung wurde mir auch seitdem und insbesondere auch nicht vom Kaiser selbst eröffnet. Dagegen gedachte Baron Braun zweier Aeusserungen des Kaisers, die mir als neuer Beweis Seiner edlen Denkungsart galten und meinem Herzen wohl thaten. Sie lauteten: „Jetzt ist er ja wieder populär, da wird es für ihn leichter sein;“ die andere: „Es ist mir lieb, wenn er Botschafter wird, denn dann bleibt er mir erhalten.“ — Wie es mir als

Wunsch ausgedrückt war, begab ich mich am nächsten Tage zu Seiner Majestät. Der Kaiser kam mir freundlich entgegen, drückte mir die Hand und sprach: „Ich danke Ihnen, dass Sie es Mir leicht machen; es hat Mir einen schweren Kampf gekostet. Ich muss aber auf Ihre Dienste verzichten.“ Dies die streng wahrheitsgemässe Erzählung dessen was wirklich gesprochen wurde. Ich hielt dieselbe für nöthig in Erinnerung dessen was damals von angeblicher Erregung, von Szenen u. s. w. gefaselt worden ist. Der Kaiser lud mich hierauf zum Sitzen ein und sprach noch über verschiedene Gegenstände, allein dabei fiel nicht ein einziges Wort über die Veranlassung meines Rücktritts und daher auch nicht über irgend etwas was ausserhalb der grossen Tagesfrage gelegen hätte. Diese Worte empfahl ich dem Pester Lloyd für die in späteren Jahren gemachte Insinuation einer weit abgelegenen Ursache. Dagegen erwies mir der Kaiser die hohe Ehre, mich einige Tage darauf mit Seinem Besuch zu beehren und denselben eine halbe Stunde dauern zu lassen. Von der Seite welche mir nicht geneigt war, suchte man diese Gunst mit der Behauptung abzuschwächen, es habe sich um Einsicht und Rückerstattung von Dokumenten gehandelt — als ob der Kaiser nöthig gehabt hätte, Sich deshalb Selbst in meine Amtswohnung zu begeben.

Inzwischen hatte ich mein Entlassungsgesuch überreicht, auf welches das Allerhöchste Handschreiben eintraf, das ich hier folgen lasse:

Lieber Graf Beust!

Indem Ich Sie auf die Mir vorgetragene, durch Gesundheits-Rücksichten begründete Bitte von dem Amte eines Reichskanzlers, Ministers des kaiserlichen Hauses und des Aeussern in Gnaden enthebe, spreche Ich Ihnen für die ausdauernde und selbstlose Hingebung, mit der Sie Ihren Pflichten obgelegen, Meinen aufrichtigen Dank aus, und werde der Dienste nie vergessen, welche Sie in der fünfjährigen, ereignisreichen Epoche Ihrer Wirksamkeit Mir, Meinem Hause und dem Staate geleistet haben.

Wien, 1. November 1871. Franz Josef m. p.

Gleichzeitig erfolgte meine Ernennung zum lebenslänglichen Mitglied des Herrenhauses und zum Botschafter in London.

XLVII. Kapitel.

1871.

Die Aufnahme meines Rücktrittes. — Presse und Adressen.

An und für sich war der in meiner Laufbahn eingetretene Wechsel für mich keineswegs etwas Unvorhergesehenes oder gar Erschreckendes. Ein Jahr zuvor hatte ich einem Freunde in Sachsen geschrieben: „Der Tag des Sturzes wird der Tag der Erlösung,“ und wenige Wochen vor dem Eintritt dessen was kommen sollte, hatte ich gegen den mir stets befreundet gebliebenen Staatsrath von Braun mich über die Zweckmässigkeit einer eventuellen Ernennung zum Botschafter ausgesprochen, wofür ich eben so wohl sachliche als persönliche Gründe hatte. Ein Reichskanzler ausser Dienst, wie es Minister a. D. gibt, ist etwas, was nicht wohl angehen will. Fürst Metternich — *si licet parva componere magnis,* oder richtiger *si licet magna componere parvis* — überlebte wohl seine Staatskanzlerschaft, allein er begab sich nach seinem Rücktritt ins Ausland und kehrte erst vier Jahre später nach Oesterreich zurück. Eine Versetzung in das Ausland in einer hohen Stellung — der Botschafter wird als persönlicher Vertreter des Souveräns betrachtet — war die beste Lösung.

Wie schon gesagt, an den Gedanken meines Scheidens war ich gewöhnt, allein Zweierlei war, als es dazu kam, hart. Wohl hatte ich den Augenblick kommen sehen, wo meines Bleibens neben Hohenwart nicht mehr sein könne, damals aber handelte es sich mehr um das unvermeidliche Ende einer unhaltbaren Lage. Allein jetzt, wo diese Lage zu bestehen aufgehört hatte, wo nach Jahre langen Mühen, Kämpfen und Sorgen endlich nach innen wie

nach aussen ein fester Boden gewonnen war, auf dem nur ruhig fortgearbeitet zu werden brauchte, wo Alles glatt gehen musste, wo die ungetrübteste Harmonie zwischen dem gemeinsamen und den beiden Landes-Ministerien gesichert war, wo ich einstimmige Vertrauensvoten der parlamentarischen Körperschaften, denen ich verantwortlich war, für mich hatte, wo Kundgebungen des öffentlichen Vertrauens mir von allen Seiten entgegenkamen, in einem solchen Augenblick vom Schauplatz meiner bisherigen Thätigkeit abtreten zu müssen, das war ein Schlag aus heiterem Himmel. Schmerzlicher aber als dies berührte mich die Heimlichkeit, in der sich die Sache vollzog, ohne mir verborgen zu bleiben. Wie gern, wie freudig hätte ich Folge geleistet, wäre an meine Ergebenheit Berufung eingelegt und mir gesagt worden, dass aus der durch den Widerspruch der beiden Reskripte geschaffenen unerquicklichen Lage sich ein Ausweg biete, das gleichzeitige Demissioniren von Hohenwart und von mir. Ich hätte ihm den vollsten Charakter der Spontaneïtät zu bewahren gewusst.

Zieht man die von mir angeführten Umstände in Betracht, unter welchen meine Enthebung erfolgte, so begreift man, dass die Ueberraschung für Andere bei weitem fühlbarer sein musste als für mich selbst. Gern denke ich heute daran, dass diese Ueberraschung in eben so sympathischer als ehrenvoller Weise mir zu erkennen gegeben wurde. War ich doch sogar genöthigt, mässigend entgegenzutreten und die Wiener Studenten von einem Fackelzug zurückzuhalten. Wie rasch hat der dem lieben Wien eigene Luftzug des Vergessens die Erinnerung an jene Tage verweht! — Wenn ich sie auffrische, so geschieht es nicht, weil ich über jenes Vergessen klage oder als ob ich glaubte verwelkte Kränze wieder grünen machen zu können. Mir liegt hier wie überall an der geschichtlichen Richtigstellung. Die nachstehenden zahlreichen Citate sollen nur dazu dienen, Eines anschaulich zu machen — wie in jenen Tagen das Gefühl des Bedauerns über mein Scheiden und des Erkennens dessen was ich nach den Worten des kaiserlichen Schreibens geleistet, ein

allgemeines und lebendiges, gleichwie es die Ueberzeugung war, dass die eingetretene Wendung mein Werk gewesen sei. Die Kundgebungen waren bereits verstummt, als im Neujahrs-Artikel von 1872 die „Neue freie Presse“ schrieb: „Es musste sich ein Curtius finden, der in den offenen Schlund in voller Rüstung sich stürzte, damit er sich über ihm schliessen konnte.“ Das ist auch die Wahrheit. Wie oft hat man gelesen: „An dem zähen Widerstand der Deutschen, an der festen Haltung, an dem entschiedenen Auftreten der Deutschen scheiterten Belcredi und Hohenwart.“ Freilich, hätten die Deutschen sich passiv verhalten, so würden meine Worte wenig Eindruck gemacht haben, was nicht hindert, dass sie allein den Ausschlag gaben und ohne sie alles Demonstriren nichts geholfen hätte.

Ich beginne mit den damals erschienenen Artikeln der Wiener Blätter, welche sämtlich mit einziger Ausnahme des mir persönlich feindselig und gehässig gebliebenen „Vaterland“ nur Worte des Bedauerns und der Anerkennung hatten. Vor Allem erinnere ich an verschiedene Stellen in der „Neuen freien Presse“. Bekanntlich durfte dieses Blatt nicht zu den offiziösen gezählt werden; es hatte im vorausgehenden Jahre mir die schärfste Opposition gemacht, aber ich muss es noch heute anerkennen, dass seine Haltung stets eine wirklich unabhängige und deshalb seine Anerkennung eine doppelt schätzenswerthe war. Ich gedenke gern meiner Beziehungen zu dem verstorbenen Friedländer. Seine Wittwe hat unlängst Erinnerungen an ihn herausgegeben, woselbst mein Kondolenz-Brief sich findet, den ich nach seinem Tode im April 1872 an sie richtete. Ich entnehme daraus folgende Stelle:

„Jetzt aber ist es mir Bedürfnis, Ihnen zu sagen, wie unendlich tief mich die Trauerkunde erschütterte und wie aufrichtig mein Antheil an Ihrem Verlust ist. Er bedurfte meiner nicht, nie konnte ich etwas für ihn thun, und doch war er nicht nur gerecht, er war auch wohlwollend und hülfreich für mich, und wie Viele, die es mir schuldeten, waren es nicht!“

In der Nummer vom 7. November 1871 heisst es:

„Fast auf den Tag fünf Jahre behauptete sich Graf Beust in seinem Amte, das er in schwerer Stunde, am 30. Oktober 1866, nach dem Prager Frieden übernahm. Er hat die Ministerien Belcredi, Auersperg, Taaffe, Hasner, Potocki und Hohenwart überdauert und steht vorläufig am Ende einer Laufbahn, auf welcher er bisweilen gestrauchelt sein mag, auf die er aber dennoch heute mit einigem Stolze zurückblicken kann. Er hat wirklich etwas gethan, und mit der Erinnerung an die hoffnungsfreudigsten Tage dieser fünfjährigen österreichischeu Geschichte ist sein Name untrennbar verknüpft. Zerschmettert lag Oesterreich nach dem Kriege mit Deutschland und Italien darnieder. Er richtete es auf, er beseitigte Belcredi's Sistirungspolitik, kehrte zur Verfassung zurück, überwand die ungarische Feindschaft durch den Ausgleich, förderte die freisinnige Revision unserer Staatsgrundgesetze, installirte das erste parlamentarische Ministerium, befreite Oesterreich vom Konkordate, stellte die Freundschaft mit Italien her, erhielt uns den Frieden während des deutsch-französischen Krieges, führte die Versöhnung Oesterreichs mit Deutschland herbei und brachte endlich das czechische Verfassungsprojekt zu Falle.

„Das ist eine Reihe staatsmännischer Leistungen, auf welche sich ein staatsmännisches Renommée schon stützen kann und welche nicht aufgehoben werden durch die Irrthümer, von denen Graf Beust wohl auch nicht frei war, als er anfangs meinte, die Czechen gewinnen zu können. Anklagen und hassen dürfen ihn die Gegner der Verfassung, die Anwälte des Konkordats, die Partisane einer auf Rache wider Deutschland sinnenden Abenteurerpolitik. Die Anderen, welche Friede und Freiheit für Oesterreich ersehnen, sind diesem Staatsmanne am Ende seines Ministeriums die Anerkennung schuldig, dass er für sie und die Sache Unschätzbares geleistet, dass seine Tugenden weitaus seine Schwächen überwogen haben, sowie dass seine Erfolge gross genug sind, um heute den leisesten Vorwurf zum Schweigen zu bringen.“

An einer anderen Stelle des Artikels liest man:

„Und was man auch sage, dieser letzte Sieg, den die Sache der Verfassung vorläufig durch die Beseitigung Hohenwart's errungen, war vornehmlich dem Reichskanzler zu danken; um das Reskript, welches den czechischen Plänen zustimmen wollte, zu vereiteln, hatte er sich eingesetzt, so ganz eingesetzt, wie nie zuvor. Aber damit

scheint er auch seinen Einfluss verspielt zu haben, und für den Fernstehenden sieht es aus, als ob nun des Grafen Beust Entlassung lediglich noch die Genugthuung sein soll, die dem Grafen Hohenwart für sein Scheitern zu Theil wird."

In einer späteren Nummer verdient folgende Stelle Erwähnung:

„Die Huldigungen und Sympathie-Bezeugungen deren Graf Beust jetzt theilhaftig wird, sind ein Schicksal, dessen sich in der neueren Geschichte Oesterreichs unseres Erinnerns noch kein abtretender Minister erfreut hat. Es gab unter ihnen gar Manchen der, mit lauter Freude begrüsst, unbetrauert aus dem Amte schied; gar Manchen der, inmitten seiner amtlichen Laufbahn mit Ehren überhäuft, sang- und klanglos von der Bühne verschwand, gar Manchen der sich einer unverwüstlichen Popularität zu erfreuen schien und schliesslich ruhmlos abtreten musste. Graf Beust hat in allen den fünf Jahren, während deren er österreichischer Minister war, manchen politisch grossen Sieg erlebt, manchen geschichtlich gewordenen Erfolg gefeiert, dessen Verdienst ihm die Ungunst des erlittenen Parteikampfes mitunter vergällt, ja er schien sogar manchmal die Bitternisse der Wandelbarkeit der Volksgunst erfahren zu müssen; aber in keinem Momente der selbst nach dem Zeugnis des Kaisers so ereignisreichen Epoche seiner Wirksamkeit stand sein politisches Ansehen im Lande wie anderwärts höher als gerade jetzt."

Das „Wiener Fremdenblatt" schrieb:

„Graf Beust scheidet nicht aus dem Dienst des Staates, er bleibt ihm, wenn auch in einer anderen Stellung die ihm nicht die gleiche Gelegenheit bietet, sein Talent und seine Gewandtheit geltend zu machen, erhalten, und — die Rückkehr ist ihm nicht auf immer verschlossen, worauf es von gewisser Seite abgesehen war. Er scheidet, was wenigen Staatsmännern gegönnt war, in einem Momente aus seinem schwierigen und verantwortlichen Amte in welchem er auf der Höhe seines Erfolges stand. Inmitten einer Politik des Friedens konnte das Ansehen des Staates nach aussen nicht höher steigen als das jetzt der Fall ist. Er hinterlässt seinem Nachfolger eine Reihe der werthvollsten Verbindungen, welche die Sicherheit unseres Staates verbürgen. Er übergibt ihm die Durchführung eines politischen Systems, das in Zeiten der Gefahr Garantien dafür bietet, dass wir einen Kampf nicht zu scheuen haben würden, wenn ein solcher uns aufgedrungen werden sollte. Wie in einem Hauswesen das wohl

eingerichtet ist, ist Alles auf seinem Platze, ist für Alles vorgesorgt, befindet sich Alles in Harmonie und Ordnung. Und keinen besseren Wunsch haben wir für den Nachfolger des Grafen Beust, als dass, wenn für ihn einmal die Stunde schlägt, das Gleiche ihm nachgerufen werden könnte."

Das „Fremdenblatt" schrieb:

„Der Rücktritt dieses Staatsmannes ist für Oesterreich ein schwer zu ersetzender Verlust. Die Monarchie ist nicht reich an wirklichen Staatsmännern, während zugleich der Verbrauch staatsmännischer Kräfte in diesem Reiche bedenkliche Dimensionen annimmt. Graf Beust hat in seiner Stellung Ungewöhnliches geleistet, unter allen Umständen mehr als die Staatsmänner, die in den letzten Dezennien mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut waren. Wer ohne Vorurtheil seine Leistungen würdigt, wird anerkennen müssen, dass seine konsequente Friedenspolitik Oesterreich-Ungarn nicht allein vor schweren Verwicklungen zu bewahren wusste, sondern auch auf eine Stufe erhob, die es nach den furchtbaren Schlägen des Jahres 1866 kaum noch zu erreichen hoffen durfte. Es war eine den Interessen und Bedürfnissen der Monarchie in allen Punkten entsprechende Politik, die Graf Beust festhielt, obwohl dieselbe viele Anfeindungen zu erfahren hatte. Im vergangenen Sommer feierte diese Politik auch sichtbare Erfolge, als die freundschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zum Deutschen Reiche in Salzburg durch die persönliche Zusammenkunft der Herrscher bekräftigt wurden. Die Stellung des Reichskanzlers schien nach diesem Ereignis unerschütterlich zu sein, und als auch das Ministerium Hohenwart, welches die deutschfreundliche äussere Politik zu durchkreuzen drohte, gestürzt war, konnte man unmöglich erwarten, dass Graf Beust die Bemühungen denen dieses Resultat vorzugsweise zu verdanken ist, mit seinem Rücktritt büssen werde. Weder auf dem Gebiete der äusseren noch auf dem der inneren Politik lässt sich ein sachliches Motiv der Demission des Grafen Beust erkennen die trotzdem eine unwiderrufliche Thatsache ist."

Die „Morgenpost" enthielt folgende Stelle:

„Graf Beust geht in dem Augenblick, wo Oesterreich seinen vollen Werth erkannte. Von der Höhe des Ruhms stürzt er hinab in den Abgrund der Ungnade. ‚Graf Beust fällt zum Verderben des Staates'; dies Wort stammt aus dem czechischen Parteiblatte „Pokrok" und von dieser Seite darf man gewiss ein unparteiisches Urtheil erwarten.

„Es ist indessen nicht allein die Sorge um die Zukunft des Staates, welche in diesem Augenblicke die Gemüther beeinflusst. Der Oesterreicher ist wesentlich Gefühlspolitiker. Graf Beust ist in den fünf Jahren seiner Anwesenheit in Wien vielfach und in der Regel auch ungerechterweise angegriffen worden. Allein trotzdem ist er eine populäre Persönlichkeit geblieben; gerade was die Aristokratie an ihm auszusetzen hatte: die Verletzung aller grossen und kleinen Regeln der spanischen Etiquette, das Hinwegsetzen über jedes Vorurtheil, gerade das hat den in seinem Auftreten so bescheidenen und liebenswürdigen Mann uns noch lieber und werther gemacht. Wir haben vergessen, ihn als Fremden zu betrachten, mit Ausnahme des einen Punktes, dass man dem aus der Ferne Berufenen gastliche Rücksichten schuldet."

In einer anderen Nummer desselben Blattes fand sich Folgendes:

„Hätte Graf Beust keine andere That aufzuweisen, als die Beseitigung der Hohenwart'schen Fundamental-Artikel, so würde er doch eine dankbare Stelle in den Herzen der Oesterreicher, Deutschen und aller Liberalen verdienen. Graf Beust hat in seiner letzten Aktion Oesterreich aus den Umschlingungen einer verderblichen Politik gerettet, hat die Deutschen vor der Gefahr der Unterdrückung bewahrt. Eben dieser Sieg wird von seinen Gegnern als unverzeihlicher Fehltritt hingestellt. Graf Beust wird von jenen verrathen, welche seine Bundesgenossen in dem Kampfe für die Verfassung waren. Der Sieger wird das Opfer eines Erfolges welcher seinen Feinden die grösste Genugthuung bereiten muss. Schon diese Kontraste weisen auf die Ursachen und Bedeutung eines Ereignisses hin das in seiner Entwicklung in der Geschichte der modernen Regierungen fast ohne Beispiel ist.

„Graf Beust ist der Koalition der Ungarn und Klerikalen unterlegen. Schon bei Beginn des Jahres 1869 hatten wir Gelegenheit, die zwischen dem Grafen Beust und dem Grafen Andrassy bestehenden Differenzen zu konstatiren. Die Sache wurde beigelegt; aber bei Zusammentritt der Delegationen im Jahre 1870 erhielt die Reichskanzlerkrise wieder einen ernsten Hintergrund. Im Palaste des Grafen Andrassy wurden Vorbereitungen zur Abreise nach Wien getroffen. Der Reichskanzler sollte mit Hülfe der deutschen Abgeordneten gestürzt werden. Da vollzog sich die erfolgreiche Annäherung an Preussen und die Aussöhnung mit Andrassy. Das Manöver war zum zweiten Male vereitelt. Die Ernennung des Ministeriums Hohenwart liess die

Stellung des Grafen Beust nahezu unhaltbar erscheinen. Damals tauchte die Kombination auf, dass Lonyay zum Minister-Präsidenten in Ungarn, Andrassy zum Reichskanzler ernannt und Beust nach London geschickt werden solle. Mit Recht behauptete man, es sei auf eine allgemeine Reaktion mit voller Parität für beide Hälften der Monarchie abgesehen; aber noch besass der Reichskanzler das Vertrauen des Kaisers.

„Wir haben gesagt, dass eine geheime Feindschaft zwischen Beust und Andrassy seit Jahren bestanden hat, obwohl der letztere erst vor acht Tagen versicherte, dass er die freundlichsten Gesinnungen für den Grafen Beust hege. Die Seele des gegen den Reichskanzler geschmiedeten Komplottes war nichts desto weniger Graf Lonyay. Er rechnete darauf, dass der Konflikt zwischen Beust und Hohenwart unvermeidlich sei. Zwei Fälle waren möglich: Unterlag Graf Beust, so war das anfängliche Projekt realisirt. Siegte aber Graf Beust, so hatte man ihm mächtige Feinde geschaffen, die bald genug seinen Sturz herbeiführen mussten. Die Berechnung des Grafen Lonyay hat sich als richtig erwiesen.

„Schon am Tage, wo Hohenwart seine Demission überreichte, erhielt Graf Beust Beweise, dass zwischen ihm und dem Monarchen nicht die volle Harmonie bestehe. Wie ein hiesiges Blatt erzählt, äusserte sich der Monarch dem Grafen Beust gegenüber beiläufig folgendermassen: ‚Ich befinde mich jetzt in derselben Situation, in welcher Sie sich befanden, als die Memoranden der Majorität des Ministeriums Taaffe (Hasner, Giskra, Herbst, Plener, Brestel) und der Minorität dieses Ministeriums (Potocki, Taaffe, Berger) vorlagen. Damals sagten Sie, Ihr Herz sei bei der Minorität, aber Ihre Pflicht rufe Sie auf die Seite der Majorität.‘ Das Wort, für dessen Authentizität wir nicht einstehen wollen, kennzeichnet die Situation nur in höchst unvollkommener Weise. Graf Beust fiel nicht, weil er sich gegen den czechischen Ausgleich erklärt hatte, überhaupt nicht eines politischen Prinzips wegen, sondern sein Sturz wurde beschleunigt — weil er gesiegt hatte. Die Czechen haben den Grafen Beust einen Vice-Kaiser genannt, sie haben damit sagen wollen, dass seine Einmischung dem Prinzip der monarchischen Autorität nicht zuträglich sei. Nun ist der Beweis geliefert, dass Oesterreich keinen Vice-Kaiser kennt. Der Reichskanzler hat seine Strafe empfangen; durch die Gnade des Kaisers emporgehoben, ist er durch Entziehung der Allerhöchsten Gnade gestürzt worden. Das ist die unmittelbare Ursache des Ereignisses.“

Die ‚Vorstadtzeitung' schrieb:

„Graf Beust ist kein schöpferischer Staatsmann nach der Art der Cavour und Bismarck. Er brachte Oesterreich keine neuen und grossen Ideen. Den Ruhm — und auch dieser ist ein grosser — muss ihm jedoch jeder Unbefangene, auf der Höhe der Zeit Stehende zugestehen, dass er in der Abwehr der uns drohenden inneren und äusseren Gefahren stets das Rechte traf, dass er zum Wohle des Staates immer dasjenige vorgekehrt, was unter den gegebenen Umständen möglich war. In ihm waltete an der Spitze der österreichischen Staatsgeschäfte der gesunde Menschenverstand und die Kultur der Zeit. Eigensinn, Verachtung der Volksmeinung, bureaukratische Brutalität und aristokratisches Vorurtheil standen nicht mit am Staatsruder; das waren wir in Oesterreich nicht gewohnt, und deshalb sehen wir Beust mit Bedauern scheiden. Schade, dass der Mann krank geworden ist! Wir besitzen Viele, deren Verstand krank ist und auf deren körperliches Wohlsein wir gerne verzichtet hätten, wenn uns Graf Beust gesund geblieben wäre. Das Staatsinteresse steht eben höher als die Humanität."

An letzter Stelle gedenke ich der Worte eines Blattes, welches ein mir befreundetes nicht sein konnte, denn es war das Organ des Kardinal Rauscher. Im „Volksfreund" las man Folgendes:

„Beust trat in den österreichischen Staatsdienst, als dieses Reich zerschmettert und fast hülflos am Boden lag; es war damals nicht gewöhnlicher Muth vonnöthen, um die Aufgabe, diesen Staat wieder aufzurichten und einzurecken, zu übernehmen. Beust hatte ihn; auch der redliche Wille, sein Bestes dabei zu thun, wird ihm von unparteiischer Seite nicht bestritten werden, eben so wenig, dass er den Versuch mit Talent und Gewandtheit gemacht und in mancher Hinsicht den Erfolg auf seiner Seite gehabt hat. Was den Reichskanzler jetzt, nachdem er eben einen scheinbaren Sieg errungen, zu Falle gebracht hat, ist ein schwer lösliches Räthsel."

Fast noch schwung- und ehrenvoller, beinahe möchte ich sagen noch überschwänglicher als die Stimmen der öffentlichen Blätter waren die Kundgebungen der Gemeinde-Vertretungen, Handelskammern und anderen Korporationen sowie der Vereine. Neue und zahlreiche Ehrenbürger-Diplome kamen, auch von grösseren Städten wie Linz, Salzburg, Klagenfurt, Laibach, Bud-

weis [1]). Daneben Telegramme und Adressen, letztere in solcher Anzahl, dass dieselben in meinen Papieren ein ganzes Fascikel ausfüllen. Ich citire daraus einige Stellen:

„Wer den Besten seiner Zeit genug gethan, der hat gelebt für alle Zeiten," so beginnt die Adresse der Handels- und Gewerbe-Kammer für Schlesien.

„Zahllos sind die Aussprüche" — so lautet der Eingang der Adresse der Stadtgemeinde-Vertretung von Enns — „des grössten Dankes und der Anerkennung, welche Sie, Herr Graf, für den Wiederaufbau des seinem Zerfalle nahen Oesterreichs, für die Schaffung freiheitlicher Institutionen und Beseitigung der jeden geistigen Aufschwung und wahre Volksbildung hemmenden Verträge, für die Erhaltung des Friedens, wodurch die Wiedererstarkung unseres lieben Vaterlandes und die Abwendung eines in seinen Folgen unabsehbaren Unglücks ermöglicht wurde, in so hervorragender Weise sich erworben haben."

„Eure Excellenz betraten" — so heisst es in der Adresse des Stadtrathes von Liebenau bei Reichenberg — „unseren Kaiserstaat zu einer Zeit wo derselbe beinahe zum Gegenstande des Mitleidens für seine Freunde, zum Gegenstande des Spottes, der höhnischen Schadenfreude seiner Feinde herabgesunken war; Oesterreich, noch blutend an den frisch geschlagenen Wunden eines unseligen Krieges,

---

[1]) Heiter auch in ernster Zeit. Damit auch dies nicht fehle, geschah mir Folgendes: Ich komme nach Haus und finde zwei Telegramme. Ich öffne das eine und lese: „Der Gemeinderath von Budweis hat Ihnen das Ehrenbürgerrecht votirt." Ich öffne das andere und lese: „Die Einwohnerschaft von Budweis hat mit Entrüstung vernommen, dass der Gemeinderath Sie zum Ehrenbürger machte." Inzwischen konnte ich nicht anders als dem Oberbürgermeister schreiben, es sei mir zwar peinlich zu wissen, dass ich, dessen Streben auf Frieden und Versöhnung gerichtet gewesen, selbst zum Zankapfel geworden sei, gleichwohl könne ich nur die mir erwiesene Ehre dankbar annehmen. Damit aber fand die Sache noch nicht ihren Abschluss. Als ich auf dem Wege nach London in Folkestone landete, überreichte man mir ein Telegramm aus Budweis, worin zu lesen war: „*Ten Thousand Bohemians protest against your nomination,*" was der englische Leser nicht auf den Ehrenbürger, sondern auf den Botschafter beziehen musste. Bezeichnend aber für unseren Telegraphendienst war es, dass ein solches Telegramm angenommen und befördert werden konnte.

im Innern vom wilden Parteihader unbefriedigter und sich als unbefriedigt geberdender Nationalitäten zerklüftet, mit einer zur Fiktion herabgesunkenen Verfassung, seine Bürger schmachvoll unter die Oberhoheit eines fremden Souveräns durch das Konkordat untergeordnet. Dieses Oesterreich mit seinen ehemals sprichwörtlich gewesenen unerschöpflichen Hülfsquellen war in seiner Macht, in seiner Kraft, in seinem Ansehen gebeugt, lahmgelegt, gebrochen.

„Da gelang es Eurer Excellenz durch den Ausgleich mit Ungarn, durch Einführung freisinniger, verfassungsmässiger Gesetze, Lösung des widernatürlichen, zu Unrecht bestehenden Bündnisses mit Rom, Oesterreich neues Leben einzuflössen, ihm nach und nach den alten Rang im Rathe der Grossmächte zurück zu erobern, seinen Kredit zu kräftigen, und ihm durch kluge Neutralität Verwicklungen von unabsehbarer Tragweite zu ersparen.

„So wie Seine Majestät der Kaiser durch das Handschreiben vom 8. November 1871 erklärt hat, niemals zu vergessen, welch' grosse Verdienste sich Eure Excellenz um ihn, sein Haus und den Staat erworben haben, eben so wird das Andenken an diese Verdienste, so lange Oesterreich besteht, in dem Herzen eines jeden aufrichtigen Oesterreichers fortleben."

Diese Worte finden sich in der Adresse des Gemeinderathes von Iglau.

„Die Stadtgemeinde von Troppau" — so heisst es in deren Adresse — „würdigt vollkommen die hohen Verdienste, welche Eure Excellenz sich durch die wiederholte Rettung der Verfassung, der einzig möglichen Grundlage zur Gewinnung geordneter ruhiger Zustände und weiteren erspriesslichen Entwicklung des staatlichen Lebens, durch die Sprengung der geistigen Fesseln des Konkordates, durch Erhaltung des Friedens unter höchst schwierigen Zeitverhältnissen und Herstellung eines freundschaftlichen Verhältnisses zu andern Staaten, insbesondere zu dem geeinigten, mächtigen Deutschen Reiche, um unser Vaterland und das Allerhöchste Kaiserhaus erworben haben, und spricht dafür Eurer Excellenz den aufrichtigsten, wärmsten Dank aus."

„Jeder wahre Patriot, dem Oesterreichs Bestand und würdige Stellung nach aussen und dessen gesunde, kräftige, alle Angehörigen beglückende Entwicklung im Innern am Herzen liegt" — so äusserte sich das Stadtverordneten-Kollegium der königlichen Stadt Kaaden — „muss die hohen unschätzbaren Verdienste anerkennen und preisen,

welche sich Eure Excellenz als Reichskanzler um Oesterreich erworben haben."

Der Reformverein der Wiener Kaufleute liess sich also vernehmen: „Oft ist der österreichische Kaufmann in den abgelaufenen fünf Jahren durch äussere oder innere Gefahren aus seiner Arbeit aufgeschreckt worden, aber jedesmal konnte er wieder beruhigt an sein Tagewerk zurückkehren, weil er in Eurer Excellenz den Schutzgeist der friedlichen Arbeit erblickte."

„Als vor sechs Jahren" — so schrieb der Schützenverein von Gablonz in Böhmen — „das alte Oesterreich in Folge der gewaltigen Stürme eines unglücklichen Krieges in allen Fugen krachte, als das Reich aus zahllosen Wunden blutete und neben den äusseren Gefahren und Unfällen auch noch innere Wirren mit der allgemeinen Auflösung drohten, da waren es Eure Excellenz welche, durch das erhabene Vertrauen unseres Allergnädigsten Monarchen zur höchsten politischen Stellung in Oesterreich berufen, das Schiff des Staates mit fester und kundiger Hand durch die stürmische Brandung in den sicheren Hafen lenkten.

„Eurer Excellenz ist es zu danken, dass unser Oesterreich, welches zu einer Macht zweiten oder dritten Ranges herabzusinken drohte, wieder zu Ansehen und Einfluss gelangte, dass wenigstens mit der anderen Hälfte des Reiches der innere Friede wieder hergestellt wurde, dass den berechtigten Ansprüchen des Volkes durch freisinnige, zeitgemässe Gesetze Rechnung getragen und die Bande gelöst wurden, womit die Bevormundung früherer Jahrhunderte das freie Streben des Geistes gefesselt hatten.

„Das allgemeine Vertrauen in den Bestand und die Zukunft Oesterreichs kehrte innerhalb und ausserhalb seiner Marken wieder."

„Die Stadt Olmütz" — so spricht der Bürgermeister im Namen des Stadtverordneten-Kollegiums — „welche Eurer Excellenz den höchsten Ausdruck der Anerkennung, den ein Gemeinwesen freier Bürger kennt, bereits vor Jahren gewidmet hat, fühlt sich in diesem Augenblicke gedrungen, ihrem scheidenden Ehrenbürger die ungeschwächte Sympathie, die dankbare Hochachtung der Bevölkerung durch deren gesetzliche Vertretung hiemit auszusprechen."

Ein Telegramm der Handelskammer von Triest meldete: „Die Kammer hat beschlossen, in Würdigung kräftiger Förderung österreichisch-ungarischer und namentlich auch Triester Handelsinteressen, durch mich lebhaftes Bedauern und wärmsten Dank auszusprechen."

Wie gerne überfliege ich heute noch das nachstehende Schreiben des Bürgermeisters von Brünn. Meine Leser werden darüber urtheilen, ob darin des Anerkennenden zu viel gesagt war:

„Als nach schwerer Kriegsnoth und bitterer Kränkung das Herz des Oesterreichers der Zukunft entgegenbangte und schier Muthlosigkeit die Oberhand gewinnen wollte, da hatte Oesterreichs Schutzgeist den Sinn des Landesvaters gelenkt, dass er einen Mann in den Rath der Krone berief, der aus befreundetem und durch die bewährte Treue gleichfalls hart betroffenem Lande opferwillig das Wagnis zu bestehen unternahm, dem bedrängten Nachbar das zerrüttete Haus zu verwalten. Und wahrlich, zerrüttet war Oesterreich. Geschlagen die Armee, gebeugt das Selbstbewusstsein, gefährdet durch Indolenz und Unmuth der innere Bestand.

„Dass unser Vaterland sich wiederfand, dass die dumpfe Betäubung wich und das Vertrauen in die unversiegte Kraft des Reiches schnell erstarkte, die freisinnige und milde Regierung war es, durch deren versöhnendes Walten die gelösten Elemente sich fügten und neues Dasein in allen Sphären des Volkslebens geweckt wurde.

„Und wie Eure Excellenz die Spannung im Reiche gelöst hatten und beiderseits der Leitha die Gewähr reicher Verfassungsrechte froh empfunden ward, da hatte die Repräsentanz der Stadt Brünn in der höchsten Ehrenbezeigung allein die ihr zu Gebote stand, Genüge gefunden, ihren Dank auszudrücken, indem sie dem Urheber der Neugestaltung des Reiches, durch welche er langjährigen Bruderzwist gebannt und geschlichtet, unter dem Beifalle aller Mitbürger die Ehrenbürgerschaft votirte.

„Segensreich entfaltete sich das Staatsleben, die Möglichkeit eines Bürger-Ministeriums, die erfolgreichen Bestrebungen desselben für das Volksrecht, die konfessionellen Gesetze, die Anbahnung der Schulreform und nach aussen blickend die ungeschwächte Achtung Oesterreichs welche das Land vor neuen Verwicklungen bewahrte und ihm den Einfluss auf die Beziehungen Europas erhielt; endlich die allmähliche Versöhnung mit dem Staate der erst vor Kurzem das Land befehdet, und die offene Befreundung mit dem neu geschaffenen Deutschen Reiche: es sind dies die hervorragendsten Verdienste, welche die einflussreiche Aera mit dem hochgefeierten Namen Eurer Excellenz für immer verknüpfen.

„Eure Excellenz gestatten uns, dem bisherigen Lenker der bedrohten Geschicke unseres Vaterlandes auszusprechen, dass wir die edle Selbst-

verleugnung nachfühlen, mit der Eure Excellenz es sich versagten, auf dem unter den schwierigsten Verhältnissen ehrenvoll behaupteten Posten des ersten Ministers Oesterreichs die angebahnte Ordnung aufblühen zu sehen, dass wir uns über den Verlust, der die Krone wie das Reich durch den Austritt Eurer Excellenz aus der Regierung gleich empfindlich trifft, nur in dem Gedanken zu trösten vermögen, dass Eure Excellenz die Genugthuung erfuhren, noch in der letzten Stunde Ihrer Amtswirksamkeit die Angriffe auf die Verfassung durchkreuzt und den erhabenen Monarchen in der unverkürzten Aufrechterhaltung des seinen Völkern gegebenen Wortes bestärkt und sich den wärmsten Dank unseres geliebten Landesfürsten erworben zu haben.

„Mögen Eure Excellenz von der Aufrichtigkeit der Anerkennung und des Dankes überzeugt sein, welche die Vertretung der mährischen Landeshauptstadt zu dem einstimmigen Beschlusse bewogen haben, Eurer Excellenz diese Gefühle, gestützt auf die volle Uebereinstimmung mit der Bürgerschaft, darzulegen.

„Die Verehrung für Eure Excellenz, welche die Bewohner der Stadt Brünn beseelt und allenthalben in Oesterreichs Landen Widerhall findet, lassen uns den Wunsch nicht verschweigen, dass Eure Excellenz unserem Vaterlande zur Wohlfahrt des Reiches erhalten bleiben mögen."

Auch aus dem mir trotz vorübergehender Trübung werth und theuer gebliebenen Reichenberg kam eine Adresse, aus der ich die nachfolgende Stelle ausschreibe:

„Die Vertretung der Stadt Reichenberg spricht hiemit aus, dass sie Eure Excellenz noch immer jene Sympathien im vollsten Masse bewahrt, mit denen sie Ihren Eintritt in den österreichischen Staatsdienst begrüsste, dass sie Eurer Excellenz fortan dieselbe Verehrung zollt, die Ihre Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Reichenberg zur Folge hatte, dass sie die ruhmreichen Verdienste nie vergessen wird die sich Eure Excellenz um Oesterreich, um die Verfassung, um die Freiheit, um das Deutschthum erworben haben. Die Vertretung der Stadt Reichenberg wird sich, so oft Ihr Name genannt werden wird, insbesondere daran erinnern, dass Sie, Excellenz! Oesterreich retteten, als Ihnen der Monarch das Staatsruder anvertraute, und dass Sie dieselbe patriotische That zum zweiten Male vollbrachten, kurz bevor Sie das Ruder des Staats aus der erprobten Hand legten."

Gleichzeitig sandte mir auch die einst von mir im Reichsrath vertretene Reichenberger Handelskammer einen Abschiedsgruss, der mir Ersatz für das im Jahre früher Erlittene zu bieten geeignet und eine Art Ehrenerklärung war, denn in der Adresse verdient die nachstehende Stelle hervorgehoben zu werden:

„Indem die gesamte Kammer mich beauftragte, Eurer Excellenz den Inhalt dieses Beschlusses zur geneigten Kenntnis zu bringen, machte sie mir zugleich zur Pflicht, in der diesbezüglichen Zuschrift insbesondere auch derjenigen Verdienste zu gedenken, welche Eure Excellenz speziell um die mannigfachen Interessen des Bezirkes dieser Kammer sich in hohem Grade erworben haben. Die Kammer anerkennt hiebei vor Allem einerseits die unleugbar sehr erspriessliche Thätigkeit Eurer Exellenz als ihres ehemaligen Abgeordneten in den böhmischen Landtag, andererseits die angestrengte, nicht genug zu dankende Bemühung Eurer Excellenz zur endlichen Beseitigung eines der gedeihlichen Entfaltung des hochwichtigen Verkehrswesens unübersteiglich erschienenen Hindernisses, der vielberufenen österreichisch-sächsischen Konvention vom 24. April 1853."

Zuletzt — *last not least* — die Adresse des Gemeinderathes von Wien, die ich mir nicht versagen kann, ihrem ganzen Inhalt nach folgen zu lassen:

„In dem Augenblicke, in welchem die ganze Bevölkerung Oesterreichs sich drängt, in zahllosen Kundgebungen Eurer Excellenz die wärmsten Sympathien darzubringen, sei es auch der Gemeinde-Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, welche Eure Excellenz mit Stolz zu ihrem Ehrenbürger zählt, gestattet, im Namen der Bevölkerung Wiens dem Gefühle der innigsten Verehrung und des aufrichtigsten Bedauerns über den Rücktritt Eurer Excellenz von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der österreichisch-ungarischen Monarchie Ausdruck zu geben.

„Die Bevölkerung Wiens verehrt in Eurer Excellenz einen hochbegabten erleuchteten Staatsmann, dessen wohlthätigem Einflusse es gelungen ist, den inneren Zwiespalt der beiden Reichshälften zu bannen, die sistirte Verfassung wieder aufzurichten, das Vaterland von dem Drucke des Konkordats zu befreien, dem Reiche den schwer bedrohten Frieden zu erhalten und Beziehungen aufrichtiger Freundschaft mit den beiden grossen Kulturnationen im Norden und Süden des Kaiserstaates anzubahnen.

„Wollen Eure Excellenz die Versicherung der Fortdauer der aufrichtigsten Sympathien, welche die Bewohner Wiens Eurer Excellenz für dieses segensreiche Wirken, sowie für Ihr mannhaftes Eintreten für Deutschthum und Verfassung, für Freiheit, Recht, Fortschritt stets gewidmet haben, gütigst entgegennehmen und der Stadt Wien auch in Ihrem neuen einflussreichen Wirkungskreise ein freundliches Andenken bewahren."

Der Gemeinderath der k. u. k. Reichshaupt- und Residenzstadt

Wien, am 14. November 1871.

Der Bürgermeister: Dr. Cajetan Felder.

Wilhelm Gunesch, Gemeinderath.

Dr. Wilhelm v. Mauthner, Gemeinderath.

In jenen Tagen kam auch zu meiner Kenntnis, dass eine Subskription beabsichtigt werde, was mir Veranlassung gab, das nachfolgende Schreiben an den Dr. Max Friedländer zu richten. Die an dessen Schluss dem Dr. Friedländer persönlich gewidmete Anerkennung war eine wohlverdiente. Dass eine dem Inhalt meines Schreibens entsprechende Kundgebung in der „Neuen freien Presse" nicht erfolgte, wurde dadurch veranlasst, dass ich, an Missdeutungen gewöhnt, mich der Besorgnis nicht ganz entschlagen konnte, es möchte von übelwollender Seite in der Ablehnung eine Aufforderung erblickt werden.

Hochgeehrter Herr!

Es ist zu meiner Kenntnis gekommen, dass man in mir befreundeten Kreisen mit dem Gedanken umgeht, durch Zeichnung von Beiträgen die Kosten einer mir bestimmten Widmung als sichtbares Zeichen des Vertrauens und der Anerkennung aufzubringen. So sehr ich die einem solchen Unternehmen zu Grunde liegende sympathische Absicht zu würdigen weiss, zumal sie in dem Lande, in dem ich meinen Wohnsitz aufzuschlagen im Begriffe bin, mehr als einmal in ganz ähnlicher Weise Ausdruck gefunden hat, so sehr namentlich auch es mich angesprochen hat zu hören, man wolle durch Erwerbung von Grundbesitz mich an das Land fesseln, dem auch ohne ein solches Band mein Herz und mein Leben angehören, so bestimmen doch gewichtige Gründe mich zu dem Wunsche, dass einem Gedanken keine Folge gegeben werden möchte, dessen Ausführung auch im

Fall glänzenden Erfolges leicht dazu dienen könnte, mir sowohl als meinen Freunden die damit beabsichtigte Genugthuung zu verkümmern. Frieden dem Lande, Ruhe für mich selbst, das ist jetzt mein einziges Verlangen.

Ich erlaube mir, diese meine Anschauung darum zu Ihrer Kenntnis zu bringen, sehr verehrter Herr, weil ich weiss, dass Sie am besten in der Lage sind, die entsprechende Aufklärung in die betreffenden Kreise zu bringen. Gern aber benütze ich diesen Anlass, um Ihnen für die vielfachen Beweise freundlicher Gesinnung herzlich zu danken. Ich werde es nie vergessen, dass Sie Ihre Stimme am entschiedensten an dem Tage für mich erhoben haben, wo ich aufgehört hatte, erster Beamter des Reiches zu sein.

XLVIII. Kapitel.

1883.

Donec eris felix multos numerabis amicos.

Heute, wo ich den Epilog zu den Erinnerungen an mein Wiener Ministerium niederschreibe, sind zwölf Jahre seit jenen Novembertagen mit dem oben geschilderten Uebermass des Lobes über mein fünfjähriges Wirken und des Schmerzes über mein plötzliches Scheiden vergangen. In einer so ereignis- und wechselvollen Zeit, wie die unserige es ist, wird schnell geliebt und schnell vergessen, und dass man heute wenig oder gar nicht an das mehr denkt was damals gesprochen, geschrieben und gedruckt wurde, kann für mich weder ein Gegenstand der Ueberraschung, noch ein Gegenstand der Klage sein. Was mich aber unsanft berühren musste, ohne Verbitterung in meinem Herzen aufkommen zu lassen, das war, dass es zu diesem Vergessen nicht erst der Jahre bedurfte.

1871 hatte ich der österreichischen Delegation in ausführlicher Rede die von der Regierung eingeschlagene Politik dar-

gelegt, und die Delegation hatte ihrer Befriedigung durch einstimmiges Votiren des Budgets und ohne dass ein Wort des Tadels oder des Zweifels laut geworden wäre, Ausdruck gegeben. Ein Jahr darauf ist wieder Delegations-Sitzung, und man ist über die von dem neuen Minister befolgte Politik, die genau der von mir dargelegten entspricht, in einem Entzücken und zwar so als sei sie die beste, zugleich aber das gerade Gegentheil der meinigen. Und doch hatte man für diese ein absolutes Vertrauens-Votum gehabt! Dass solche Uebergänge — ich drücke mich sehr parlamentarisch aus — Diejenigen mehr schädigen welche sie vollziehen, als Den gegen welchen sie vollzogen werden, davon gibt man sich leider keine Rechenschaft. Ein einziger Redner hatte Gedächtnis — es war Giskra, dem ich es nie vergessen habe, dass er gelegentlich des Dispositionsfonds die nachfolgenden Worte fand:

„Niemand wird in Abrede stellen können, dass die Verhältnisse, unter denen der frühere Minister der auswärtigen Angelegenheiten sein Amt geleitet hat, viel schwierigere waren, als sie glücklicher Weise jetzt sind. Ich bitte zurückzublicken, dass er zur Führung der auswärtigen Geschäfte in einer Zeit gekommen ist, wo unsere Verhältnisse zu dem vergrösserten Preussen und dem neuentstandenen norddeutschen Bund zu den peinlichsten und unangenehmsten gehörten; wo unser Verhältnis zu Russland sehr verwirrt war, und kaum mehr den Charakter der Freundnachbarlichkeit hatte; ich bitte zu erwägen, dass um jene Zeit das schwierige Verhältnis zu dem italienischen Königreich auf der Tagesordnung stand, und es mehr denn je nothwendig war, durch richtige Erkenntnis der reellen Interessen Oesterreichs auch der Entwicklung jenes Staates förderlich zu sein und auf der anderen Seite nicht die Lohe anzufachen, welche man anzuzünden versuchte, um auf die Gemüther in Oesterreich nachtheilig einzuwirken. Wenn nun unter solchen schwierigen Verhältnissen eine Politik erfolgreich befolgt worden ist, welche von den Delegationen ausdrücklich und wiederholt gebilligt wurde, und von Seiten des Ministers mit einer weit geringeren Summe das Auslangen gefunden wurde, dann, glaube ich, könnte auch jetzt mit einer geringeren das Auslangen gefunden werden.“

Zum Schlusse bemerkte der Redner ausdrücklich, dass in seinem Votum keineswegs ein Akt des Misstrauens gegen den gegenwärtigen Minister oder ein Mangel an Hochachtung und Würdigung desselben erblickt werden dürfe. Nach dieser Erklärung und angesichts dessen, was zwischen mir und dem Bürger-Ministerium vorgegangen war, durfte, so meine ich, das eben citirte Urtheil als ein unbefangenes und unparteiisches von mir in Bezug genommen werden [1]).

Hatte denn nun aber vielleicht in der Zwischenzeit etwas sich ereignet, welches geeignet sein konnte, die zuvor bestandene gute Meinung zu ändern und zu entgegengesetzten Anschauungen bezüglich meiner Thätigkeit zu führen? Absolut nicht, denn der Zwischenfall mit Gramont, der so stark gegen mich ausgebeutet wurde und den ich erst in einem der vorhergehenden Kapitel meiner Aufzeichnungen in das rechte Licht stellen konnte, trat ein Jahr darauf, im Jahr 1873, ein. Dagegen hatten meine ersten Londoner Depeschen, welche im Rothbuch abgedruckt waren, in den Blättern eine sehr günstige und anerkennende Aufnahme gefunden. Allein wozu denn nach den Ursachen eines Umschwunges forschen, der sich längst zuvor vollzogen hatte? Nicht nach Monaten, sondern nach Tagen. Ich habe mehr als einmal mir in Freundeskreisen den Scherz erlaubt, dass innerhalb der drei Wochen vom Ende Oktober bis Mitte November 1871 drei Tableaux auf einander folgten, wie sie einem Bühnenspiel als Vorwurf dienen könnten.

---

[1]) Giskra ist später noch einmal im Reichsrath für mich, das heisst für die Wahrheit eingetreten entgegen einem Ausfall des Baron Kellersperg, der ein Wort des verstorbenen Grafen Anton Auersperg über meine Betheiligung am Dualismus in völlig entstellender Weise citirt hatte. Nach Giskra's Tode schrieb ich seiner Wittwe einen herzlichen Kondolenzbrief, worin ich dieser Vorgänge rühmend gedachte. Dass der Brief bekannt werden sollte, war keineswegs meinen Absichten entgegen, nur hätte ich gewünscht, er wäre nicht in willkürlich Sinn und Worte ändernder Fassung publizirt worden, was mir die unliebsame Nothwendigkeit einer Berichtigung auferlegte.

Erstes Tableau: Beust gesiegt, Hohenwart gefallen, Vivat Beust!

Zweites Tableau: Was? Beust auch gefallen? Weh, weh, was soll aus uns werden?

Drittes Tableau: Was? Wie? Wir sind drin und ihn sind wir los? Juchhei!

Etwas drastisch, darum nicht minder von geschichtlicher Treue.

Noch bevor ich Wien verliess, war das Ministerium ernannt. Fürst Adolph Auersperg — *terza riscossa* — diesmal endlich wirklich Präsident, daneben Lasser, Unger, Stremayr, ja das änderte die Situation. Und wie erklärte sich, oder vielmehr wie erklärt man den jähen Uebergang? Die Spatzen schrieen es auf den Dächern, dass damit dem ganz ungeahnten und nichts weniger als willkommenen Beustlärm rasch ein Ende gemacht werden sollte, was auch vollständig gelang. Von diesem Moment an verstummten die deutsch-liberalen Klaggesänge, obschon jetzt nur ein Grund mehr vorhanden war, mein Andenken zu ehren und mir dankbar zu sein. Und wie rasch vollzog sich die Wandlung! „In dem Augenblick, wo die ganze Bevölkerung Oesterreichs sich drängt," so beginnt ja die Adresse des Wiener Gemeinderaths. Als ich den Westbahnhof verliess, drängte sich gar nichts. Wohl hatte ich mir schon lange zuvor jede Abschieds-Demonstration verbeten, allein das hindert nicht, dass acht Tage früher trotzdem die Leute zu Hunderten, wenn nicht zu Tausenden gekommen wären.

Kurz gefasst: Man hatte geglaubt, ich sei unersetzlich; sobald ich nachgewiesenermassen aufgehört hatte es zu sein oder, wenn man will, es zu scheinen, hörten auch Begeisterung und Bestürzung gleichzeitig und gleichmässig auf[1]).

[1]) Man hat versucht, den Umschwung mit gewissen, mir zur Last gelegten Geldgeschäften zu erklären. Ich will diesen widrigen Gegenstand nicht ganz unbeachtet lassen. Denen, welche jene Behauptung aufstellten, ist zunächst vorzuhalten, dass selbst wenn die angebliche Verschuldung

„Wir leben im Reich der Unwahrscheinlichkeiten", wie oft hörte ich dieses Wort, wenn unerwartete Entschlüsse an höchster Stelle gefasst wurden. Ja, aber in den Kreisen, welche über die Unwahrscheinlichkeit klagten, geschieht denn da immer nur

---

eine wirkliche gewesen wäre, die Schuld der Dankbarkeit, eine Schuld die ich nie eingeklagt, zu der man aber bei meinem Rücktritt, wie ich nachgewiesen habe, massenhaft sich bekannt hat, unter keinen Umständen damit getilgt werden konnte, gleichwie im Privatleben der Schuldner nicht durch ein Vergehen des Gläubigers liberirt wird. Ferner aber ist nicht zu vergessen, dass die „Hetze", welche aus diesem Anlasse gegen mich in Szene gesetzt wurde, im Jahre 1870 vor sich ging, also nicht n a c h, sondern v o r dem Sympathiesturm von 1871. Es ist ferner daran zu erinnern, dass zu Anfang des Jahres 1871 von dem Herausgeber des mich angreifenden „Oeconomist" ein Pressprozess gegen den Herausgeber eines anderen Blattes angestrengt wurde, welcher den „Oeconomist" der Verleumdung beschuldigt hatte. Bei Gelegenheit des Prozesses wurden alle gegen mich erhobenen Anklagen durch die Zeugenaussagen widerlegt und seine Verurtheilung hatte der belangte Redakteur nur dem Umstand zu danken, dass er sehr unnöthigerweise den Herausgeber des „Oeconomist" beschuldigt hatte, im Solde der preussischen Regierung geschrieben zu haben, was nachzuweisen er nicht im Stande war. Fragt man aber, warum ich selbst nicht den Prozess angestrengt? so habe ich auch darauf die Antwort. Kaum war ich in Oesterreich als Minister eingetreten, so erschien in einem Prager Blatt ein Artikel, worin ich des Bezugs russischer Rubel beschuldigt wurde. Ich mache den Prozess, der Redakteur des Blattes entschuldigt sich damit, dass er das Manuskript des Artikels nicht genau angesehen, und er wird verurtheilt — zu 15 fl., wegen Mangels an Obsorge. Nach dieser Erfahrung habe ich es verschworen, wieder einen Pressprozess zu machen, wobei ich noch daran erinnere, dass ich eben so wenig wegen eines politisch-persönlichen Angriffes gegen mich je einen Prozess gemacht noch gestattet habe — was von einem anderen und sehr grossen Minister der Gegenwart nicht gesagt werden kann. Es ist eine eben so allgemeine als berechtigte Anschauung, dass ein Pressprozess vor Geschworenen ein Lotteriespiel ist, und man wird begreifen, dass ein Reichskanzler sich dem auszusetzen Bedenken trug. In dem Augenblick meines Rücktrittes fiel diese Betrachtung hinweg und in diesem Augenblick hätte ich im Voraus gewonnenes Spiel gehabt. Mir aber genügte, dass das kaiserliche Wort meine s e l b s t l o s e Hingebung anerkannt hatte.

das Wahrscheinliche allein? Und spricht man im Gegensatz zu anderen Ländern vom häufigen Wechsel der Strömungen, wo ist denn dieser Wechsel am häufigsten zu finden? Da, wo am meisten darüber geeifert wird. Der Belcredi'sche Ministerwechsel war Folge des vorausgegangenen Stimmungswechsels gegen Schmerling, und der Hohenwart'sche Ministerwechsel war wiederum Folge eines Stimmungswechsels, an den ich nicht zu erinnern nöthig habe.

Ich wiederhole, was ich eben sagte: Verbitterung habe ich nie in meinem Herzen aufkommen lassen, und dass mir der Humor nicht ausging, dafür zeugen die in den Beilagen aufgenommenen dichterischen Ergüsse; ich bin Philosoph und nehme die Menschen wie sie sind, und ich bin selbst Gemüthsmensch der für empfangenes Gute mehr Gedächtnis hat als für erlittene Unbill. Aber eben weil ich mich von jedem Gefühl der Kränkung und des Nachtragens frei weiss, weil ich nach wie vor ein guter Oesterreicher geblieben bin, scheue ich mich nicht, den lieben Landsleuten Betrachtungen zu widmen, die ihnen vielleicht unangenehm sein können, deren Beherzigung aber ihnen von Nutzen sein würde.

In einem früheren Kapitel habe ich mich über die heikle Frage der Deutschen in Oesterreich nach 1866 und 1870 verbreitet. Indem ich daran erinnere, möchte ich als guter Patriot, der nur ein starkes Oesterreich mit dessen deutscher Bevölkerung wünschen kann, zwischen die Deutschen in Oesterreich und die Bewohner des Deutschen Reiches treten. Zu den Einen würde ich dann sagen: „Bleibt wo Ihr seid, Ihr würdet den Tausch bereuen und Euch bald aber zu spät nach den Fleischtöpfen Egyptens zurücksehnen;" zu den Andern aber: „Lasst sie wo sie sind, sie können Euch, wie sie es sind, verlässliche Bundesgenossen sein, aber in Euren Rahmen passen sie nicht. Ihr findet dort viel Gemüth, viel Intelligenz, auch viel Fleiss und Arbeitsfähigkeit, Tüchtigkeit und Tapferkeit, dann hohen Sinn für Kunst und Wissenschaft, aber das eine Wort, das bei Euch Alles bedeutet,

das kennt und versteht man dort nur im Soldatenrock — das Wort: ‚stramm‘.“

„Ja,“ so höre ich im Geist einen der vereinigten Linken angehörigen Leser ausrufen, „lässt unsere Partei es etwa daran fehlen und wer war es, der uns das Nachlassen zumuthete?“ Bitte, verehrter Herr, vielleicht ehemaliger Kollege, auf ein Wort. — Allen Respekt vor dem zähen Widerstand der Deutschen! Hätte ich ihre Sache nicht hoch gehalten, wäre ich nicht wiederholt dafür eingetreten. Wo es sich aber um die Durchführung einer Verfassungsfrage handelt, gibt es zwei Arten von Ausharren; die eine besteht darin, dass man auf dem Fleck, auf den man der Ansicht ist, dass die Gesamtheit sich stellen muss, stehen bleibt und sich nicht weiter darum bekümmert, ob die Anderen ebenfalls dahin kommen; die andere besteht darin, dass man die undankbare und beschwerliche Mühe nicht scheut, die Anderen dazu zu vermögen. Das letztere war meine Anschauung, und hätte man, anstatt sie zu verdächtigen und zu bekämpfen, die Hand dazu geboten, so befände sich heute die vereinigte Linke nicht in der Minorität. Wie man von dem Wechsel in dem höchsten Regime spricht, so liebt man an gleicher Stelle das „Justament“ zu entdecken, das Justament ist aber eben so wenig ausschliessliches Privilegium der höchsten Regionen, als es der Wechsel ist. „Schrittweise den Widerstand beugen,“ so lautete das Programm des Majoritäts-Memorandums des Bürger-Ministeriums. Aber die Czechen waren schlau genug, auf die Seite zu treten und abzuwarten, bis der Zeitpunkt des Beugens für sie selbst komme.

Ich habe mir manchmal die Frage vorgelegt: Gesetzt, Bismarck hätte das, was er für Deutschland geleistet, für Oesterreich geleistet, wäre man hier so treu und fest zu ihm gestanden, wie man es dort trotz zeitweise starker Zumuthungen zu thun nie aufgehört hat? Ich überlasse es Andern zu antworten, bitte aber, aufrichtig zu sein.

Zu den irrigen Voraussetzungen, denen ich in Zeitungsartikeln gleichwie in Geschichtsbüchern bezüglich meiner Person und meiner

Thätigkeit mehr als einmal begegnete, gehört auch die „ohnmächtige Rivalität“ mit Bismarck. Nur der Gedanke der Rivalität ist mir nie in den Sinn gekommen. Nicht allein deshalb konnte es mir nicht begegnen, weil ich der persönlichen Ueberlegenheit des vermeintlichen Nebenbuhlers die rückhaltsloseste Anerkennung zollte und, ich möchte fast sagen, auch physisch mich der ihm eigenen herkulischen Natur nicht rühmen konnte, sondern auch deshalb, weil eine Parallele zwischen uns durch die Verschiedenheit des Materiales, mit dem ein Jeder arbeitete, von vornherein ausgeschlossen war. Eine wohlvorbereitete Armee, eine staatliche und nationale Einheit, überdies eine nationale in einer und derselben Richtung treibende expansive Bewegung, das hiess vierspännig mit kräftigen Stangenpferden und feurigen Riemenpferden fahren. Der Kutscher muss in diesem Fall nicht minder ein geschickter sein, und ob ich an solcher Stelle es gewesen wäre, bin ich weit entfernt mir einzubilden; was ich aber zu bezweifeln mir die Freiheit nehme, ist, dass der angebliche Rival mit *meinem* Gespann weiter gekommen sein würde als ich.

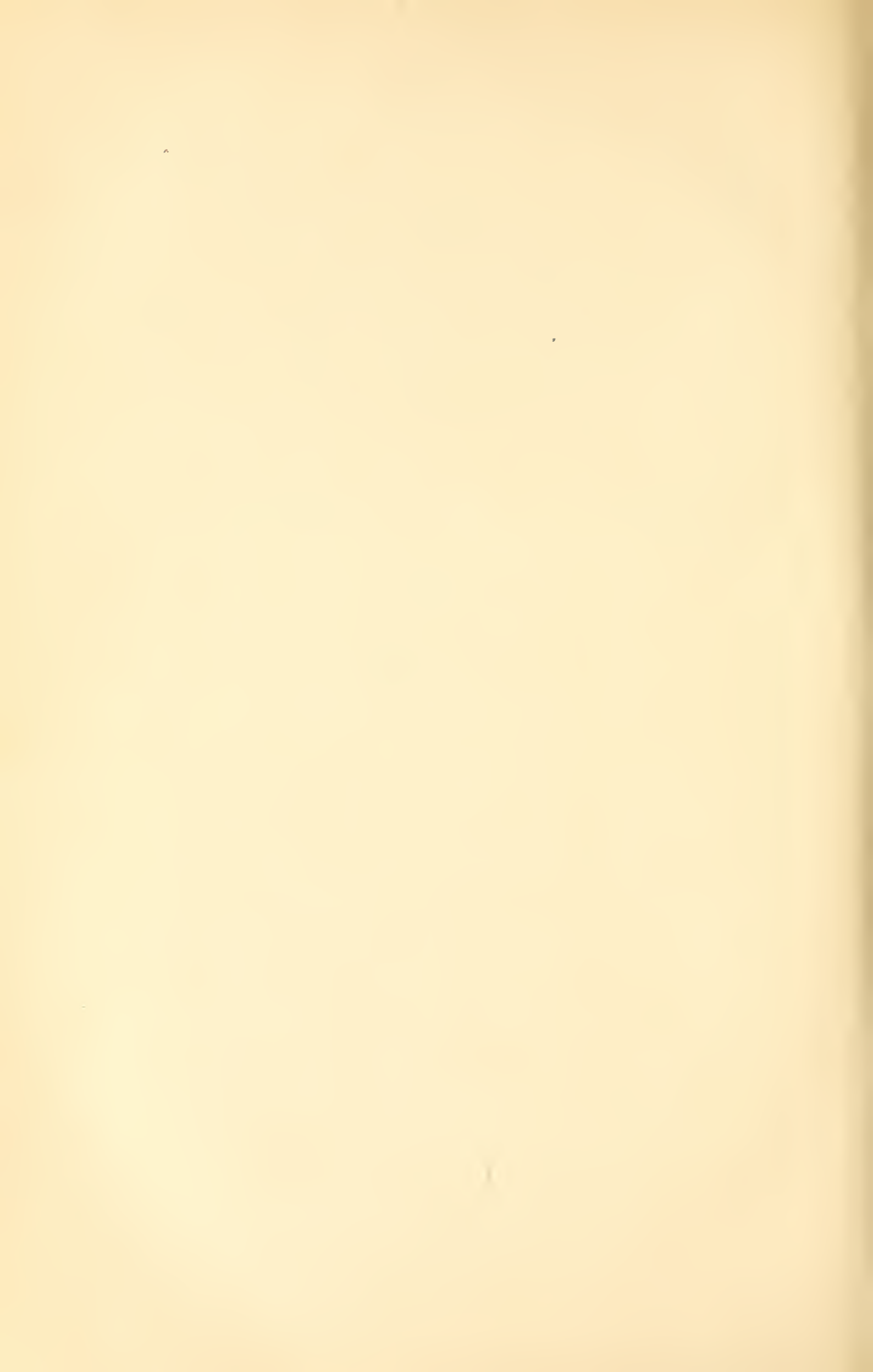
Die Hoffnung bewahre ich, dass die gewissenhafte und parteilose Geschichtsschreibung bei der Beurtheilung meiner fünfjährigen ministeriellen Thätigkeit in Oesterreich, gleichwie ich selbst immer gemässigt geblieben, die rechte Mitte zwischen vorausgegangener zeitweiser Verhimmelung und zeitweiser Verdammung zu finden wissen wird.

„Friede seiner Asche, Gerechtigkeit seinem Andenken!“ Diese Worte habe ich für meinen Grabstein bestimmt, möge dereinst diese Berufung keine vergebliche sein.

Dritter Abschnitt.

London und Paris.

1871—1882.



I. Kapitel.

1871—1873.

Ankunft in London. — Nebel doch kein Spleen. — *Old England for ever.* — Lord Granville. — Diplomatisches Corps. — Graf Bernstorff und Graf Münster. — Der Hof. — Königin. — Prinz und Prinzessin von Wales. — Herzogin von Cambridge.

Es war ein grauer kalter Novembertag, an welchem ich Wien verliess; in einen dichten Nebel gehüllt, betrat ich London. Wenn der Spleen nicht über mich kam, so hatte ich es dem Umstand zu danken, dass ich nicht dem Ungekannten entgegenging und dass ich, wie ich es gelegentlich meines ersten Aufenthaltes in England hervorzuheben nicht unterliess, jene sympathische Anziehungskraft, welche das an Unterhaltungen und Zerstreuungen arme Land auf das Gemüth des Fremden ausübt, längst an mir erfahren hatte. Die sieben Jahre meiner Londoner Botschaft konnten bei der mir allseits zu Theil gewordenen mehr als wohlwollenden Aufnahme diese Empfindung der Werthschätzung und Zuneigung nur bestärken. So ist denn begreiflich, dass ich dem lieben Old England ein treues Andenken bewahrte, dass ich aber auch an seinen Geschicken lebhaft Antheil zu nehmen fortfuhr und mich nicht von ihm abzuwenden vermochte, als Misserfolge und Widerwärtigkeiten seinen Horizont zu verdüstern begannen. Ja, ich sage mehr, nicht ohne ein Gefühl des Unwillens konnte ich wahrnehmen, wie dieser Wandlung gegenüber eine Anschauung sich Bahn brach, welche der Schadenfreude näher war als der Gleichgiltigkeit, und zwar am meisten in der liberalen

Presse. Wie man Russland den Rücken kehrte, als es im Krimkrieg schwach wurde, so geschah Gleiches, als es England in Asien und in Egypten schlecht erging. Bei Russland konnte man es begreifen, da Russland als Vertreter des Absolutismus galt, aber konnte man so schnell vergessen, wie lange und wie oft England das Asyl politischer Flüchtlinge gewesen und wie zur Zeit der heiligen Allianz die selbstgewählte Sonderstellung Englands ein nicht zu unterschätzender Hemmschuh für den blinden Absolutismus war? Allein auch in den konservativen Kreisen hatte man kein Gedächtnis mehr dafür, dass Europa ohne englische Subsidien und ohne Englands Kämpfe in Spanien trotz russischen Winters, trotz deutscher Begeisterung und deutscher Thatkraft mit Napoleon nicht fertig geworden sein würde. Und noch Eines: Gab es ein Land, in dem man England nachzutragen Ursache hatte, so war es Oesterreich. Denn den Verlust seiner italienischen Provinzen hatte es England vielleicht mehr als Frankreich zu verdanken. Anders in Deutschland. Wie viel dieses England schuldet, ist in meinen Ausführungen über den deutsch-französischen Krieg und die Zerreissung des Pariser Vertrags durch Russland zu finden.

Und wie ich in meinen Gedanken England seiner jetzigen Schwächung wegen nicht den Rücken kehre, so auch zweifle ich nicht an seiner Wiedererstarkung, sofern man, wie dies bei dem praktischen Sinn des Volkes angenommen werden darf, von der Erfahrung zu lernen versteht und endlich aufhört, den grösseren oder geringeren Erfolg Anderer zur alleinigen Richtschnur für deren Behandlung zu nehmen. Anstrengungen wird es kosten, aber an Opferwilligkeit wird es nicht fehlen.

Mein guter Stern wollte, dass in dem englischen Minister, mit welchem zuerst ich zu thun hatte, ich einen langjährigen Bekannten wiederfand. Wir hatten uns dreissig Jahre früher in Paris gesehen, als ich dort Legations-Sekretär und sein Vater englischer Botschafter war. Damals Lord Leweson, war er jetzt Earl Granville. Die geschäftlichen sowohl als die geselligen Be-

ziehungen zu ihm gehören zu meinen angenehmsten Erinnerungen. Er gehörte zu den nicht allzu häufig vorkommenden Individualitäten, bei denen Anspruchslosigkeit der Deckmantel der Tüchtigkeit ist. Die Schattenseite der Bescheidenheit blieb freilich auch ihm nicht ganz ferne; der an und für sich so achtungswerthen Neigung, besserem Ermessen nicht das Ohr zu verschliessen, hatte man es zu danken, dass der ersten so entschieden Stellung nehmenden Antwort Lord Granville's auf die Zerreissung des Pariser Vertrags durch Russland eine zweite fast auf dem Fuss folgte, aus welcher man nicht seine, sondern Gladstone's Stimme vernahm. Im geschäftlichen Verkehr hatte er eine Uebung, welche allen Ministern der auswärtigen Angelegenheiten zu empfehlen wäre. Nach jedem amtlichen Gespräch setzte er sofort ein kleines Protokoll auf, worin sowohl das was der auswärtige Vertreter, als das was er selbst gesagt hatte, kurz resümirt war und was er seinem Mitredner zur Genehmigung vortrug *(Count Beust called on me and made the following statement etc.)*. Ich habe in der Regel wenig oder nichts zu erinnern gehabt, trotzdem dass einige Schwerhörigkeit hätte störend sein können. Nach dem Tode des Herzogs von Wellington hatte die Königin Lord Granville die von dem Siegesherzog innegehabte Würde des Wardeins der fünf Häfen (*Lord Warden of the cinque* [nicht *five*] *ports*) verliehen, womit die Benutzung des äusserst romantisch gelegenen abseits Dover bei Deal auf einem ins Meer reichenden Vorsprung gebauten Schlosses Walmer verbunden war, woselbst auch der alte Herzog von Wellington starb. Dort war ich wiederholt Gast von Lord und Lady Granville [1]).

Gladstone war damals Premier, mit ihm hatte ich wenig

[1]) Lady Granville ist eine schöne Dame von hohem Wuchs. Ich schrieb in Walmer in ihr Handbuch:

Alors qu'un grand et noble Lord
Commande en Roi dans les cinq ports,
On voit pourquoi la noble Châtelaine
A pour elle-même un port de Reine.

geschäftliche Berührungen, in späteren Jahren aber manches interessante Gespräch. Unter den übrigen Ministern kannte ich bereits den Right Honorable Fortescue, späteren Lord Carlingford. Er war der Gemahl der verwittweten Countess Waldegrave, welche nach englischer Sitte den Titel des früheren Mannes fortführte und deren gastlichem Landsitz Strawberry Hill bei Twickenham ich gelegentlich meiner Londoner Mission im Jahre 1864 im ersten Abschnitt eine dankbare Erinnerung widmete.

Mehr als einen Bekannten fand ich im diplomatischen Corps; dahin gehörte vor Allem mein deutscher Kollege. Die Aufzeichnungen über den Verlauf der dänischen Konferenz gaben mir Gelegenheit, seine in Berlin nicht immer gewürdigten Leistungen rühmend hervorzuheben. Graf Bernstorff war mir befreundet. Er sollte nicht lange mein Kollege bleiben, denn er schied schon 1873 aus diesem Leben. Aber auch mit seinem Nachfolger trat ich bald in befreundete und dauernde Beziehungen. Die Wahl des Grafen Münster für London erregte anfangs einiges Erstaunen, denn er war nicht nur Hannoveraner, sondern hatte auch bis kurz vor der Katastrophe von 1866 als Diplomat in hannöverschem Dienst gestanden. Eine Beanstandung seiner Beglaubigung war Seitens des Hofes nicht zu besorgen, da grundsätzliche Tradition jede Wechselwirkung zwischen Verwandtschaft und Politik ausschloss. Begreiflich war aber die Abneigung der dem Hause Cambridge angehörigen Mitglieder der königlichen Familie, wobei jedoch der Herzog sich vollkommen zu bemeistern wusste. Dagegen war die Persönlichkeit des Grafen Münster eine für den Posten in mehr als einer Beziehung geeignete. Sohn des in der Geschichte Deutschlands oft genannten Grafen Münster, welcher für Hannover als Adlatus des Königs in London fungirte, war er in England geboren und erzogen, daher der Sprache vollkommen mächtig und daneben Sportsman, endlich auch durch Heirath der englischen Aristokratie verbunden. Wir wurden bald Freunde und wie ich nie über ihn, so hat er nie über mich zu klagen gehabt.

Dieser befriedigenden Beziehungen zu der deutschen Bot-

schaft zu gedenken, habe ich noch einen besonderen Grund. Sie standen im grellen Gegensatz zu den Verdächtigungen, welchen ich von Zeit zu Zeit wegen vermeintlicher Umtriebe und Inspirationen der Presse in deutschen sowohl als russischen Blättern ausgesetzt war und welche einmal dem „Standard" zu der Bemerkung Anlass gaben: Graf Beust müsste hundert Hände besitzen, um Alles das zu schreiben, was man ihn in Deutschland und Russland schreiben lasse. Ich weiss, dass Graf Münster selbst darüber geklagt und nach Berlin geschrieben hat: „Man solle doch endlich einmal den Mann in Ruhe lassen."

Mein damaliger russischer Kollege Graf Brunnow war ebenfalls gelegentlich meiner Erinnerungen an die Konferenz von 1864 bereits Gegenstand eingehender Erwähnung. Unsere Beziehungen blieben kühl, wofür mich später der anregende Verkehr mit seinem liebenswürdigen Nachfolger, dem Grafen Schuwalow, reichlich entschädigte.

Nicht minder angenehme Kollegen fand ich an den französischen Botschaftern, die jedoch nur zu oft wechselten, denn binnen vier Jahren hatte ich deren nicht minder als fünf gehabt — Herzog von Broglie, Graf d'Harcourt, Herzog von Larochefoucauld-Bisaccia, Graf Jarnac, Marquis d'Harcourt; schönere Namen konnte die Republik nicht senden und Alle durften *hommes de valeur* genannt werden; für die französisch-englischen Beziehungen aber würde ein einziger bleibender Vertreter zuträglicher gewesen sein. Interessant und zugleich sehr ansprechend war mir eine neue Bekanntschaft, jene des ottomanischen Botschafters Musurus Pascha. Ein türkischer Würdenträger, der sich dreissig Jahre auf seinem Posten behauptet, ist ein Phänomen. Ich habe seiner gelegentlich der kaiserlichen Orientreise gedacht. Er war den Engländern sympathisch und sein Haus wurde durch die musikalische Virtuosität seiner schönen Tochter, der jetzigen Fürstin Brancovano, belebt. Sein Irrthum war, dass er das England des Krimkriegs zwanzig Jahre später noch immer vor sich zu haben glaubte. So wurde die Haltung Englands bei

dem abermaligen Angriff Russlands für ihn eine Ueberraschung, wie er denn auch jene Oesterreich-Ungarns nicht begreifen wollte und insbesondere meinem Herrn Chef zürnte, welcher, wie er meinte, nicht vergessen dürfe, dass die Türkei einst seine Auslieferung verweigert habe.

Ich kann meine diplomatische Revue nicht schliessen, ohne auch einigen der Gesandten Worte freundschaftlichen Andenkens zu widmen. Dies gilt namentlich von dem Gesandten der Niederlande, Graf Bylandt, und dem Gesandten Belgiens, Baron Soloyns. Beide sind noch heute auf ihrem damaligen Posten und ihnen gilt, so oft ich nach London komme, mein erster Besuch. Graf Bylandt hat eine Russin, eine Dame von seltenem Geistesreichthum, zur Frau. Italien war erst während der letzten Jahre meines Aufenthalts durch einen Botschafter, den mir sehr werth gebliebenen General Menabrea, vertreten, den ich in Florenz als Minister-Kollegen gekannt hatte.

Der englische Hof war eben so wenig für mich etwas Ungekanntes. Ich hatte die Königin als sächsischer Gesandter in den glücklichen Jahren ihrer Ehe, ich hatte als Vertreter des Deutschen Bundes sie in den Tagen der tiefsten Trauer und Zurückgezogenheit nach dem Tode des theuren Gemahls gesehen, und fand sie jetzt in schwerer Sorge um den geliebten Sohn, denn ich kam während der sehr ernsten Typhuskrankheit, woran der Thronerbe in Sandringham daniederlag. Wenn meine geneigten Leser nicht die Erinnerung an Osborne während jener deutschen Mission übersehen haben, werden sie meine Verehrung für die Königin noch besser begreifen. Aus der Tiefe meines Herzens kamen die Worte, die ich, als ich im letzten Jahre meiner Londoner Botschaft in Begleitung Seiner k. k. Hoheit des Kronprinzen zwei Tage in Osborne verlebt hatte, in das mir vorgelegte Gedenkbuch schrieb:

„Die stolze Insel, wo der Dreizack thront.
Die hab' ich gern zum Leben mir erkoren;
Doch seit ein kleines Eiland ich bewohnt,
Hat Treue ihm mein dankend Herz geschworen.
An seinen grünen Matten hängt mein Sinn,
Hoch lebe Englands grosse Königin!"

Ich gedachte der schweren Krankheit des Prinzen von Wales im Jahre 1871. Die öffentliche Theilnahme daran war eine allgemeine und im hohen Grade demonstrative. Man sah massenhaft vor Marlborough House die Leute stehen, welche kamen, nach den neuesten Nachrichten aus Sandringham zu fragen. Zum Theil war es nicht zu verkennender Weise die nicht nur in der englischen Gesellschaft, sondern auch im englischen Volke gleich lebendige loyale Gesinnung und die Unruhe um die Zukunft im Falle eines schlimmen Ausgangs der Krankheit, welche diese Theilnahme hervorriefen; nicht minder aber auch trug dazu die grosse Beliebtheit dessen bei, um den man in Sorge war. Der Prinz von Wales gehört zu den glücklichen und glücklich-machenden Menschen, denen es Bedürfnis ist, Anderen Angenehmes zu sagen und Angenehmes zu erweisen, was seiner allbekannten Liebenswürdigkeit den wohlthuenden Stempel der Aufrichtigkeit verleiht. Durfte ich eben deshalb in dem gnädigen Wohlwollen, mit dem Seine k. Hoheit mich beglückten, keine Bevorzugung erblicken, so ist darum meine dankbare Erinnerung eine nicht minder lebendige geblieben. Die Popularität des Prinzen von Wales ist aber namentlich Folge dessen, dass er in seinem ganzen Wesen durch und durch Engländer ist, an Allem was England angeht, lebhaften Antheil nimmt und dies namentlich auch dadurch bethätigt, dass er den gemeinnützigen und wohlthätigen Zwecken dienenden Festessen präsidirt und dabei eine ungewöhnliche Gewandtheit und Eleganz der Rede entwickelt. Dieses Eintreten ist überhaupt für die englischen Prinzen ein nicht zu unterschätzender Vortheil. Ich war einmal bei einem von dem Prinzen von Wales präsidirten Festessen für das deutsche Hospital in der Lage, es rühmend

hervorzuheben, indem ich ausführte, in welcher glücklichen Weise die englischen Prinzen das *Honny soit qui mal y pense* in Anwendung zu bringen wüssten.

Der nicht geringeren Beliebtheit der Prinzessin von Wales gedachte ich ebenfalls bei meinen Erinnerungen an meine deutsche Mission von 1864. Damals, wo ich für den schlimmsten aller Dänenfeinde galt, durfte ich mich der schönen und leutseligen Prinzessin nicht nahen; jetzt war dies anders geworden, und von Anfang bis zu Ende meiner Botschaftszeit war ich — wohl darf ich es sagen — in Marlborough House ein wohlgelittener Gast. So durfte ich es denn wagen, als im Jahre 1876 der Prinz die Reise nach Indien unternahm, das Wort hinzuwerfen, ich würde fähig sein, bei der Rückkehr des Prinzen zu deren Feier einen Walzer zu komponiren. Ich hatte dies noch nie unternommen, hielt gleichwohl Wort, und so konnte ich denn zu rechter Zeit meinen ersten Walzer *„Return from India“* der Prinzessin widmen [1]). Jener Bann, welcher auch 1864 am Hof des Thronfolgers über mich verhängt war, lastete auf mir damals in noch verstärktem Masse in der Residenz eines anderen Zweiges der königlichen Familie. Die verwittwete Herzogin sowohl als die Prinzessin Mary von Cambridge würdigten mich damals bei keiner Gelegenheit eines Wortes und kannten mich nicht mehr, was mich um so mehr schmerzte, als ich zur Zeit meiner sächsischen Mission viel und gern im Hause Cambridge gesehen worden war und die Herzogin mein Haus in Dresden beehrt hatte. Im Jahre 1867 war die Herzogin in Paris während der Anwesenheit Seiner Majestät des Kaisers. Ich vermied, mich zu nähern. „Sie sind pardonnirt,“ sagte mir Seine Majestät. — „Ja, aber ich habe nicht pardonnirt.“

---

[1]) Der Walzer wurde beim nächsten Hofball gespielt und, wie stets das Musikprogramm des Hofballs in der „Morning Post“ zu lesen ist, erschien auch dort mein Name. „Haben Sie sich gelesen?“ frug mich die Prinzessin. — „Zu Befehl,“ antwortete ich, „das ist meine neue Stellung; früher zwischen Bismarck und Gortschakow, stehe ich jetzt zwischen Strauss und Waldteufel.“

war meine Antwort. Als ich aber nach London als Botschafter kam, war Alles vergessen; ich begegnete einer sehr sympathischen Aufnahme sowohl bei der Frau Herzogin und deren Töchtern, der Grossherzogin von Mecklenburg-Strelitz und der Herzogin von Teck, als auch Seitens des Herzogs von Cambridge. Ich fand stets grossen Genuss in der Unterhaltung mit der Herzogin von Cambridge, deren weitreichende Erinnerungen stets durch geistreiche Einkleidung gewürzt waren. Bewundern aber musste ich diese geistige Frische in den letzten Jahren meiner Londoner Mission, wo die hoch in die Achtzig vorgerückte Dame sich gleich geblieben war, trotzdem dass ihr Zustand sie zur Bewegungslosigkeit verurtheilt hatte.

II. Kapitel.

1872—1882.

Die Erinnerung des Botschafters im Allgemeinen. — Salzburg und Wien. — Grillparzer-Requiem. — *Human Imperfection.* — Genesung des Prinzen von Wales. — *Thanksgiving.* — Holland House. — Prinz Liechtenstein. — Mein Debut als Chairman. — *Dinners* und *Speeches.* *An anxious moment.*

Bevor ich in den Erinnerungen an die Zeit meiner zwei Botschaften weiter schreite, darf ich Eines nicht unberührt lassen. Meine Leser werden zwischen ihnen und den früheren Abschnitten einen wesentlichen Unterschied wahrnehmen. Sie werden Beschreibungen von Land und Leuten und zeitweisen Vorkommnissen finden, selten jedoch eine Beleuchtung der eigenen Thätigkeit. Es war dies die natürliche Folge der veränderten persönlichen Verhältnisse. Der welcher leitend oder wenigstens selbstständig in den Gang der Dinge einzugreifen in der Lage war, hat mehr als Berechtigung, er hat Beruf, hierüber Aufklärungen zu ertheilen, denn es handelt sich dabei nicht blos um seine Vergangenheit sondern auch um das Ansehen der Regierung, welcher

er angehört. Anders verhielt es sich mit dem Rückblick auf eine unselbstständige, mehr oder minder ausübende Thätigkeit, die noch dazu eine beschränkte bleibt. Der Untergebene hat Rücksichten zu nehmen, die seinen Mittheilungen gewisse Grenzen ziehen.

Der Kaiser hatte die Gnade gehabt, mir eine Begünstigung zu gewähren, welche ich bei Uebernahme des Londoner Postens mir erbeten hatte, die nämlich, zweimal im Jahre die nicht nur gesellschaftlich, sondern auch geschäftlich todten Monate, welche dort nach Ende der *Season* und zur Weihnachtszeit eintreten, bei meiner Familie zubringen zu dürfen, nachdem die Gesundheit meiner Frau die Uebernahme der für eine Dame sehr anstrengenden Pflichten des Londoner Lebens nicht gestattete. So konnte ich denn, sobald ich meine Kreditive überreicht hatte, meinen normalen Winterurlaub antreten und mich nach Salzburg begeben, woselbst ich meine Familie nach den bedeutsamen Novembertagen etablirt hatte. Es begegnete mir dabei der Unfall, dass mein Reisekoffer in Dover bei der Einladung in das Meer fiel, aber glücklich wieder herausgefischt wurde. Das Malheur blieb nicht unbekannt und gab den Zeitungen zu manchem harmlosen Witz erwünschten Anlass.

Von Salzburg aus kam ich denn auch zum erstenmal wieder auf kurze Zeit nach Wien, wo ich abermals den 1866 unter so wechselnden Umständen gekannten „Römischen Kaiser“ mit neuen Eindrücken bewohnte. Grillparzer war soeben gestorben und ich fand mich in Folge Einladung bei dem in der Michaelerkirche abgehaltenen Requiem ein. Die Bänke waren dicht besetzt, ich bemerkte manches bekannte Gesicht, aber nirgends den Versuch, mir einen Platz anzubieten oder denselben durch Zurücken zu ermöglichen, so dass ich während der heiligen Handlung im Durchgang unangefochten stehend blieb.

Inzwischen wartete meiner ein wohlthuender Gegensatz. Ich unternahm alsbald darauf mit Frau und Sohn einen kurzen Ausflug nach Oberitalien, und als ich bei der Rückkehr die erste

österreichische Station passirte, fand ich den Statthalter von Tirol zu meinem Empfang. Es war Graf Taaffe, der von Innsbruck gekommen war, um mich zu begrüssen. Ich habe es ihm nie vergessen. Ein Jahr später war ich Gast des Lord Carnarvon auf dessen prachtvoller Besitzung Highclere. Die Gesellschaft machte einen Spaziergang und wir traten in eine einfache Dorfkirche, in der sich jedoch ein stattliches Grabdenkmal befand. Die Aufschrift lautete: „*He was an honest man as far as it is consistent with human imperfection.*“ Dieser originelle Nachruf blieb mir im Gedächtnis und war mir von Nutzen. Auch an die treue Gesinnung lässt sich der Massstab menschlicher Unvollkommenheit anlegen, und das hilft manche bittere Erfahrung verschmerzen.

Bei meiner Rückkehr fand ich London in Vorbereitung für das grosse *Thanksgiving*, den feierlichen Dankgottesdienst, welchen der Erzbischof von Canterbury aus Anlass der Genesung des Prinzen von Wales in der Paulskirche in Gegenwart der Königin, der königl. Familie, des Parlamentes und auch des diplomatischen Corps abhielt, ein Akt dessen nationaler und aufrichtig loyaler Charakter sich an den dichtgefüllten Strassen erkennen liess.

Einige Monate später war es mir vorbehalten, Zeuge eines ausserordentlichen kirchlichen Ereignisses in sehr verschiedener Richtung zu sein. Die verwittwete Lady Holland, Besitzerin des an Fox'schen Reminiscenzen reichen Holland House und des dazu gehörigen fürstlichen Parks, verheirathete ihre Adoptivtochter mit dem Prinzen Aloys Liechtenstein. Die Trauung fand in der katholischen Kirche von Kensington (*Procathedral*) statt, und zwar unter Theilnahme des Prinzen und der Prinzessin von Wales. Es war das erstemal, dass ein englischer Prinz einer Messe in England selbst beiwohnte. Lord Granville sagte zu mir nach Beendigung des Gottesdienstes: „*I had my eyes kept on you to see how a good protestant must behave.*“ So ungewohnt und ungekannt war das Ausserordentliche, bemerkenswerth aber, dass der Vorgang in der Presse unbesprochen blieb. Gladstone, welcher

nicht dabei anwesend gewesen war, sagte mir, als ich ihn auf diese mir auffällige Erscheinung später aufmerksam machte: *„Well, if I were come you may be sure there would have been an outcry.“*

Zu meinen „Inkorrektheiten“, d. h. Emanzipationen von der Tradition meiner Vorgänger, gehörte auch, dass ich in England wiederholt bei den *public charity dinners* mich betheiligte und dabei nicht allein in den Fall kam, zu sprechen, sondern auch einigemal den Vorsitz übernahm, was gleich zu Anfang meiner Mission geschah. Ist mir diese Art der Thätigkeit aus Gründen, die ich vorziehe nicht näher zu beleuchten, verübelt worden, so hat sie mir andererseits manches Wort aufrichtigen und ich darf hinzufügen verdienten Dankes eingetragen, denn, wie ich es sogleich weiter ausführen werde, sind dadurch den mildthätigen Gesellschaften und namentlich jener deren Prosperität meinen bedürftigen Landsleuten zu gut kam, nicht zu unterschätzende Zuflüsse zu Theil geworden. Kaum habe ich nöthig hinzuzufügen, dass ich mich zu jener Betheiligung bereit finden liess, weil ich dazu dringend aufgefordert wurde, denn vermessen wäre es gewesen, sie aufzusuchen, nachdem mir die nöthige Uebung noch vollständig gebrach und ich selten in den Fall gekommen war, nur konversationsweise Englisch zu sprechen. Dass ich nicht ganz Neuling war, verdankte ich einem sympathischen Gesandten der nordamerikanischen Freistaaten in Wien, Mr. Jay, welcher jedes Jahr bei sich zwei Zweckessen veranstaltete, das eine am Jahrestag der Unabhängigkeits-Erklärung, das andere am Geburtstag Washington's, wobei auch der Reichskanzler nicht fehlen konnte und antworten musste. *„Jay has trained you,“* sagte in London Lady Bloomfield, die Gemahlin des damaligen englischen Gesandten in Wien. Das Hauptverdienst bei meinen Leistungen gebührt inzwischen einem Anderen, einem mir befreundeten *Anglo-Austrian*, dem jetzigen Parlamentsmitglied Baron Henry Worms, Schwiegersohn des Baron Tedesco in Wien. Da er eben so gut Deutsch als Englisch sprach, konnte ich die von mir verfassten

Reden mit seiner Hülfe verbessern. Nun darf ich nicht unerwähnt lassen, dass ich mich neben einer *memoria tenax* auch einer nicht schwächeren *memoria capax,* d. h. eines rasch aufnehmenden Gedächtnisses, jederzeit erfreute, was mir das Einlernen einer Rede ungemein leicht machte.

Kaum in London angekommen, wurde ich zu dem Jahresdiner des deutschen Hospitals eingeladen, bei welcher Gelegenheit mein Toast ausgebracht wurde. In England hat man die anderwärts nicht immer wahrzunehmende Gewohnheit, Gutes und befreundet Gewesenes nicht zu vergessen, und so gab es denn auch Worte der Erinnerung daran, dass ich als sächsischer Gesandter bei der Gründung des Hospitals nicht unthätig gewesen und als österreichischer Reichskanzler dasselbe der Botschaft wiederholt empfohlen hatte. Meine Antwort fand sympathische Aufnahme: bald darauf aber kam ich in den Fall, vor einer sehr vornehmen Tafelrunde zu sprechen, deren Vorsitzender ein gekröntes Haupt war. König Leopold der Belgier präsidirte das Dinner des *Literary Fund*, zur Rechten und Linken einen königlichen Prinzen, die Herzöge von Edinburgh und Connaught. So hatte ich die Ehre, wie man bei dieser Gelegenheit zu sagen pflegt, *to support the royal chairman,* was nicht ohne eine Rede abging.

Nachdem nun die Zeitungen die Ehre vollständiger Reproduktion mir erwiesen hatten, wendete sich die *Society of Friends of Foreigners in Distress* an mich mit dem Ersuchen, das bevorstehende *Annual Dinner* zu präsidiren. Ohne die darin sich offenbarende sympathische Gesinnung zu verkennen, durfte ich mir nicht verhehlen, dass eine verzeihliche Spekulation im Interesse des wohlthätigen Gesellschaftszweckes das hauptsächliche Motiv der Ehrenbezeugung sei, und weil ich eben diese Spekulation als eine nicht verfehlte betrachten musste, war ich kühn genug zuzusagen. Alles was Sehenswürdigkeit ist, kann in England auf Besuch rechnen, und so war denn auch ein abgetretener Reichskanzler, von dem die Zeitungen viel geschrieben hatten, eine *Attraction.* Die Einnahme bei dem Diner kam nahe an 4000 Pfund

und obschon die jährlichen Spenden darin einbegriffen waren, blieb doch das Erträgnis etwas Ausserordentliches. Der Diplomatie ist in England auf diesem Gebiet ein weites und dankbares Feld der Thätigkeit geöffnet. Ich habe mich demselben nicht ferne gehalten. Bald nach jenem Festessen, bei dem ich nicht weniger als sechsmal zu sprechen hatte, wurde ich von einer deutschen Gesellschaft, bei welcher auch einige Oesterreicher sich befanden, ersucht, ein Zweckessen im Crystal Palace zu präsidiren, und es gab ein ganz hübsches Resultat, wie es zuvor nicht gekannt gewesen war. Bei dieser Gelegenheit kam etwas zur Erscheinung was Fürst Bismarck gelegentlich seiner grossen Rede in der Polenfrage jüngst an den Deutschen auszusetzen hatte, nämlich deren bekannte Neigung zur Assimilirung mit anderen Nationen und Verleugnung der eigenen Herkunft und Sprache. In England namentlich wird man selten einen Deutschen finden, welcher nach einigen Jahren und weniger nicht allein vorzieht, Englisch zu sprechen, sondern auch sich Mühe gibt, Deutsch mit englischem Accente und englischen Wendungen, daher fehlerhaft, zu reden, und wenn ihn ein Engländer Deutsch anredet, ist er beleidigt. Anders der Engländer. Er hält seine eigene Sprache hoch und selbst wenn, was jetzt sich viel häufiger findet als dies früher der Fall war, der Engländer gut Französisch spricht, zieht er es vor, Englisch mit dem Fremden zu sprechen, der es vielleicht weniger gut zu sprechen versteht als er das Französische. Mir war bekannt, dass bei der Versammlung jener deutschen Gesellschaft (*Benevolent German Society*), die ich zu präsidiren hatte, nicht ein einziger Engländer anwesend sein werde, man aber gewohnt sei, immer Englisch zu sprechen. Hier nun trat ich als Reformator auf und nachdem ich den Toast auf die Königin und die königliche Familie auf Englisch ausgebracht, begann ich meine Hauptrede mit den Worten: „Geehrte Damen und Herren." Grosse Ueberraschung, aber nicht unsympathisch. Darauf führte ich nun den Zuhörern mit warmen Worten zu Gemüthe, wie unrecht es sei, wenn eine grosse Nation, die soeben so Grosses

vollbracht habe, sich ihrer Sprache schäme. In Dresden, sagte ich, besteht eine englische Kolonie: wenn da Einer vorschlagen wollte, dass Deutsch gesprochen werde, der würde sofort hinausgeworfen. Lauter Beifall lohnte meine Rede. Der unmittelbare Erfolg aber bestand darin, dass ein Mitglied, ein sehr angesehener Gewerbsmann, mir in nicht ganz probehaltigem Englisch antwortete. Auch in Frankreich hatte ich oft Gelegenheit wahrzunehmen, wie trotz des deutsch-französischen Krieges heute noch der Deutsche, wenn er in Paris Verwendung findet, weit schneller Pariser wird, als dies bei Italienern und Spaniern, der spröden Engländer gar nicht zu gedenken, der Fall ist. Diese Leichtigkeit der Assimilirung hat man ja nirgends mehr vor Augen als in Oesterreich. In Ungarn wird der Deutsche unter Verleugnung seines ererbten ehrlichen Namens Magyar, in Galizien in gleicher Weise Pole. Als Kolonisator wird er hoffentlich von jener angeborenen Neigung sich zu befreien wissen, denn sonst könnte es geschehen, dass die Deutschen in Afrika eher Neger werden als die Neger Deutsche.

Einer anderen bis dahin von der Botschaft vernachlässigten kleinen Gesellschaft, welche gleichwohl derselben näher stand als die letzterwähnte, reichte ich ebenfalls hülfreiche Hand. Es war eine ungarische Gesellschaft, ursprünglich gegründet von den ungarischen Flüchtlingen von 1849. Ihre Mittel waren so beschränkt, dass, wie mir ein Mitglied bei dem ersten durch mich veranstalteten Diner, welchem andere folgten, es selbst erzählte, man den Scherz gemacht hatte sie die *hungry society* zu nennen. Mein Vorgänger war gleich meinem Nachfolger ein Ungar; ich darf eben keinen Widerspruch Seitens der ungarischen Hülfsgesellschaft befürchten, wenn ich behaupte, dass dieselbe mit dem „Schwob“ als Botschafter sich nicht am schlechtesten befand.

In späteren Jahren kam ich noch öfter in die Lage zu sprechen, so auch einmal in der „Geographical Society“ aus Anlass und zur Vervollständigung eines von einem unserer Nordpolfahrer in deutscher Sprache gehaltenen Vortrags, und einmal

bei einem in Stafford House abgehaltenen *Antislavery Meeting*, wobei es Glück machte, dass ich die Schiller'schen Verse: „Vor dem Sclaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Manne erzittere nicht," mit den Worten übersetzte: *„Tremble when slaves by force may break their chain, not when by thy hand their freedom they regain."* Dieser mein Sport hätte mir aber bei einem Haar einen recht bösen Streich gespielt. Ich erhielt eine Einladung zu einem Zweckessen der „Royal Academy". Nun war es bei solchen Gelegenheiten üblich, dass auf das diplomatische Corps ein Toast ausgebracht wurde, welchen zu beantworten ich den Beruf hatte, nachdem ich zum zweiten der Botschafter aufgerückt war und der erste, Musurus Pascha, selten oder nie erschien. Das Diner fand an einem Sonnabend statt, und bekanntlich erscheinen in London am Sonntag keine Zeitungen, mit einziger Ausnahme des „Observer". Des Vormittags erhalte ich den Besuch des mir bekannt gewordenen Herausgebers des „Observer", Herrn Diecey. „Sie werden," sagte er, „heute Abend sprechen und könnte ich nicht Ihre Rede erhalten?" — „Nun," erwiderte ich: „Sie ist nicht lang und ich habe sie gerade aufgesetzt." — „O, bitte, dann lassen Sie mich eine Abschrift nehmen!" Ich fand kein Bedenken, es zu thun. Das Diner begann spät, es kamen auch spät die Toaste, aber keiner auf das diplomatische Corps. Man kann sich meine Lage vorstellen. Welche Ausbeute für die kleinen Wochenblätter neben Gladstone's *unspeakable Turk Count Beust's unspoken Speech* zu haben. Ich entfernte mich und fuhr eilends in die City, wo ich das Office des „Observer", obschon Mitternacht vorüber war, noch offen fand. Die Rede war gesetzt, aber noch nicht abgezogen. Ich erreichte mit Mühe, dass der Satz wieder herausgenommen wurde, und begab mich mit voller Gemüthsruhe nach Hause. Einigen meiner Kollegen bereitete ich mit der Erzählung jenes *Anxious Moment* viel Vergnügen; ob sie sich nicht noch mehr gefreut haben würden, wenn ich die Druckerei verschlossen gefunden hätte, lasse ich dahingestellt.

So habe ich denn doch von meiner Thätigkeit gesprochen. Neue Geheimnisse habe ich wenigstens nicht damit verrathen.

Bevor ich meine Erinnerungen beschliesse, habe ich noch als Nachtrag zum IX. Kapitel des zweiten Abschnitts einer Zuschrift zu gedenken, welche ich aus Anlass einer in der „Times“ erschienenen Berliner Korrespondenz unter dem Titel „Austria and Russia“ privatim an den k. k. Botschafter Grafen Apponyi erlassen habe. Dieser Artikel enthielt Verdächtigungen gegen mich und meine Politik in Sachen Galiziens, welche bis auf die beabsichtigte, aber unterbliebene galizische Reise Sr. Majestät des Kaisers und den Rücktritt des Fürsten Carlos Auersperg vom Ministerium zurückgriffen und von Unrichtigkeiten und Unwahrheiten ausgiebigen Gebrauch machten. Ich sah mich dadurch veranlasst, jene unrichtigen Behauptungen zurückzuweisen und die ganze Sachlage klarzustellen, und das nachstehende Privatschreiben erläutert die ganze galizische Frage und dürfte daher einigen historischen Werth beanspruchen.

Privatschreiben an den Botschafter Grafen Apponyi.

Wenn ich von der erbetenen Erlaubnis Gebrauch mache, auf den Inhalt des unterm 3. d. M. eingesandten, die Ueberschrift *„Austria and Russia“* tragenden Berliner Korrespondenz-Artikels der „Times“ zurückzukommen, so verhehle ich mir nicht, dass ich Gefahr laufe, Eurer Excellenz Aufmerksamkeit für einen besonderer Beachtung nicht werth befundenen Gegenstand in Anspruch zu nehmen, und dem Einwand zu begegnen, meine Aufgabe bestehe nicht in einer kritischen Beleuchtung der auf die Vergangenheit Bezug habenden Veröffentlichungen, sondern in der Beobachtung der der Gegenwart angehörigen Ereignisse; dennoch unternehme ich die vorbehaltene Richtigstellung, weil ich andererseits mich davon überzeugt halte, dass es für Gegenwart und Zukunft nicht gleichgiltig ist, wenn irrige, nicht blos persönliche, sondern auch staatliche Interessen berührende Vorstellungen über die Vergangenheit Wurzel fassen, was dann zu besorgen ist, wenn solche Vorstellungen mit einer erkennbaren Tendenz verbreitet werden und den Stempel einer gewissen Authentizität an sich tragen.

Beides ist im vorliegenden Fall vorhanden. Ich habe nicht nöthig hervorzuheben, nach welcher Seite hin jene Korrespondenz Misstrauen zu erwecken bestimmt war, und ich denke, die von mir aufgestellte Behauptung, es habe deren Verfasser mehr als das gewöhnliche Zeitungsmaterial zur Verfügung gestanden, werden Eure Excellenz nicht zu gewagt gefunden haben. In dieser Beziehung erlaube ich mir nur an das zu erinnern, was über die Monarchen-Begegnung in Warschau im Jahre 1860 gesagt ist, namentlich aber an die meinen Erinnerungen zu Folge wortgetreu wiedergegebene Ansprache des Kaisers Alexander an den Feldmarschallieutenant Fürsten Taxis im Jahre 1868.

Ich unternehme es nicht, alle in dem langen Times-Artikel unterlaufenden Ungenauigkeiten nachzuweisen, was insbesondere in Bezug auf die mit der Unterstützung des ungarischen Aufstandes zusammenhängenden historischen Momente nothwendig sein würde. Vielmehr beschränkte ich mich auf die Beleuchtung einer Episode, über welche ich am besten in der Lage bin Aufschluss zu geben, indem ich von der Voraussetzung ausgehe, dass diese meine Aufzeichnung unter Umständen einmal für meine hohe Regierung ein willkommenes Material werden kann. Ich meine die angeblich in den Jahren 1867 und 68 gegen Russland zwischen Wien und Paris geschmiedeten Pläne. Hier ist die ganze Erzählung des Berliner Times-Korrespondenten nicht nur Entstellung, sondern grösstentheils reine Erfindung. Es ist zwischen Wien und Paris eben so wenig ein Krieg gegen Russland als die Organisation einer gegen diese Macht gerichteten polnischen Bewegung verabredet oder nur verhandelt worden.

Euer Excellenz sind im Besitze der in den Jahren 1868 und 69 zwischen Wien und Paris gepflogenen vertraulichen Korrespondenz. Täuscht mich mein Gedächtnis nicht ganz, so wird darin irgendwo der Gedanke einer gegenseitigen eventuellen Kriegsunterstützung in der Richtung Ausdruck gefunden haben, dass, im Falle eines preussisch-französischen Krieges ein Eintreten Russlands für Preussen das Eintreten Oesterreichs für Frankreich und eben so, im Falle eines österreichisch-preussischen Krieges ein Eintreten Preussens für Russland, das Eintreten Frankreichs für Oesterreich zur Folge haben werde. Von einer die Spitze gegen Russland richtenden österreichisch-französischen Allianz wird sich sicherlich darin kein Ausdruck finden.

Ich erlaube mir an das zu erinnern, was ich im verwichenen Jahre gelegentlich der im Pariser „Temps“ erfolgten Veröffentlichung meiner Depesche an Fürst Metternich aus dem Jahre 1870 in einer längeren retrospektiven Auseinandersetzung in dieser Beziehung zu

erwähnen hatte. Es gehörte zu den für den Kaiser Napoleon verderblich gewordenen Illusionen, bis zum Ausbruch des Krieges von 1870 an eine ihm befreundete und hülfreiche Haltung Russlands zu glauben, und so unterliess er nie, ein Zusammengehen mit Russland in die Kombinationen hineinzuziehen, welche eine Verständigung mit Oesterreich und Italien bezweckten, nachdem er das einzige Mittel, welches diesem Gedanken einen praktischen Erfolg sichern konnte und welches ich ihm in der vielberufenen Depesche vom 1. Jänner 1867 an die Hand gab, unbenutzt gelassen hatte. Als wir uns in Salzburg mit dem kretensischen Aufstand und der Frage beschäftigten, wie der von Russland in Szene gesetzten Parteinahme für die griechische Unterstützung jenes Aufstandes und andererseits der Passivität der Pforte gegenüber den begründeten Klagen der Kretenser zu begegnen sei, sagte Kaiser Napoleon wiederholt: „*Ma politique consiste à avoir le moins d'ennemis possible; ne touchons pas à la Russie!*“ Er bestand darauf, dass vor Allem das Petersburger Kabinet zu begrüssen sei, und nur mit Widerstreben gab er die Zusicherung, dass, falls, wie es damals in Aussicht stand, eine abermalige russische Ueberschreitung der moldauischen Grenze stattfinden sollte, ein gleiches Vorgehen Oesterreich-Ungarns in der Walachei Frankreichs Zustimmung im Voraus sicher sein sollte. Die inneren Angelegenheiten Galiziens waren nie Gegenstand einer Vernehmung mit Frankreich eben so wenig wie mit einer anderen Macht. Die oft angeführte Depesche von 1870 an Graf Apponyi bezüglich Galiziens war nur die Folge einer an letzteren von Lord Clarendon gerichteten Warnung in Betreff der Behandlung Galiziens und deren Rückwirkung auf die Beziehungen zu Russland und Preussen.

Was nun die galizische Angelegenheit betrifft, so ist es unwahr, dass den österreichischen Polen eine besondere Verfassung versprochen wurde, dass man die polnischen auf Wiederherstellung gerichteten Hoffnungen genährt habe, und dass, als Alles reif gewesen, die Reise Seiner Majestät aufgelassen worden sei. Vielmehr ist folgender Verlauf allein der Wahrheit gemäss:

Als im Jahre 1867 die Landtage zur Wahl für den engeren Reichsrath aufgefordert und jene von Böhmen, Mähren und Krain wegen deren Verweigerung, beziehendlich bedingter Vornahme aufgelöst worden waren, beauftragte ich als damaliger Ministerpräsident den Statthalter Grafen Goluchowski, dem galizischen Landtag bei gleicher Haltung gleiches Schicksal in Aussicht zu stellen, ein Wink den Graf Goluchowski mit vielem Erfolg zu verwerthen verstand. Die galizi-

schen Abgeordneten kamen nach Wien, dies aber genügte nicht; es kam darauf an, sie festzuhalten. In Folge dessen fanden in Gegenwart des Grafen Goluchowski zwischen mir und drei angesehenen Führern der galizischen Deputation Verhandlungen statt, welche mit einigen Zugeständnissen endeten, die sich auf den Gebrauch der polnischen Sprache und das Schul- und Universitätswesen bezogen. Ich erinnere mich noch der Bedeutung jenes Abends, wo diese Verhandlungen zum Schluss gelangten und ich gegen zwölf Uhr Nachts auf die leeren Bänke im Abgeordnetenhause sämtliche Galizianer zurückführte, welche sodann für die von Herbst verfasste Adresse stimmten. Dass die Wünsche und Begehren der Polen hiermit nicht ihr Ende haben würden, obschon die Durchführung der ihnen gemachten Konzessionen im Reichsrath, namentlich im Herrenhaus, dem Ministerium schwere Stunden kostete, war vorauszusehen, und auch die Ernennung des Grafen Potocki zum Ackerbauminister genügte ihnen nicht; indessen geschah weiter nichts von Seiten der Regierung. Als ich im August 1868 auf der Rückkehr von Gastein Seiner Majestät dem Kaiser in Salzburg aufwartete, geruhten Allerhöchstdieselben mir von der beabsichtigten Reise nach Galizien Eröffnung zu machen. Ueber meine Meinung befragt, erwiderte ich in vollster Ueberzeugung, dass ich dagegen nichts einzuwenden habe, vielmehr wünsche, dass allen Königreichen und Ländern der Allerhöchste Besuch nach und nach zu Theil werden möchte. Bald darauf traten jedoch die Landtage zusammen und ein Ausschuss des galizischen nahm eine Resolution an, die, wäre sie zur Geltung gekommen, allerdings dem Königreich eine eigene Verfassung gegeben, zugleich aber die Dezember-Reichsverfassung in Frage gestellt hätte und auf Böhmen und Tirol von den unmittelbarsten Rückwirkungen werden musste, wenn sie der Landtag votirte.

Zuvor schon hatte ich vernommen, dass die Reise in Petersburg mit Misstrauen und Uebelwollen betrachtet werde. Ich gestehe, dass ich hierin keinen genügenden Grund erkannt hätte, die Reise zu beanstanden. Es kam mir aber ferner zu Ohren, dass bei dem Erscheinen der Majestät demonstrative Kundgebungen, die bis zum Ruf „König von Polen“ gingen, in Vorbereitung wären. Dies sowohl als besonders der die inneren Angelegenheiten in Verwirrung bringende Charakter obiger Resolution bestimmte mich, dazwischen zu treten. Diese Einmischung in die inneren Angelegenheiten ist nicht in das Register der reichskanzlerischen Sünden eingetragen, sondern dankbar acceptirt worden. Keiner der übrigen Minister, obschon sie in grosser

Besorgnis waren, regte sich. Fürst Carlos Auersperg, der sein Entlassungsgesuch aller Vorstellungen ungeachtet nicht zurückgenommen hatte, aber noch im Amte war, zog sich boudirend zurück, bezeichnete die Reise als einen Grund mehr für die Nothwendigkeit seines Rücktritts, that aber dagegen keine Vorstellung. So entschloss ich mich denn, einen allerunterthänigsten Vortrag an den Kaiser, Allerhöchstwelcher sich gerade zur Jagd in Neuperg befand, zu erstatten. Im Wesentlichen erlaubte ich mir die Alternative hervorzuheben, in welche Seine Majestät im Fall der Annahme der Resolution durch den Landtag versetzt werde, nämlich entweder die Resolution zu missbilligen und damit den Zweck der Reise, nämlich den einer dem Lande zu erweisenden Gunstbezeugung, zu vereiteln, oder dieselbe ausdrücklich oder stillschweigend gut zu heissen, was den sofortigen Rücktritt des cisleithanischen Ministeriums und damit unter den vorwaltenden Umständen eine allgemeine Verwirrung zur Folge haben müsse. Seine Majestät geruhten meine ehrerbietige Vorstellung begründet zu finden und an den Statthalter Grafen Goluchowski zu telegraphiren, dass die Annahme der Resolution die Aufgabe der Reise zur Folge haben werde. Die Sache war leider so weit gediehen, dass selbst Graf Goluchowski sie nicht mehr aufhalten konnte. Der Landtag votirte die Resolution und so unterblieb die von Russland mit so scheelem Auge und von Fürst Auersperg als ein seinen Rücktritt beschleunigendes Moment betrachtete Reise, was aber nicht hinderte, dass der Fürst auf seiner Entlassung bestand und ich in Petersburg als Urheber der Reise und als Förderer ihrer feindlichen Zwecke gestempelt wurde.

Diese letztere, Obigem zu Folge so verfehlte Anschauung konnte nur insofern einen scheinbaren Hintergrund haben, als ich mich wiederholt für eine wohlwollende Behandlung Galiziens ausgesprochen hatte. Diese meine Ansicht gründete sich auf eine Betrachtung, die damals freilich mehr Anspruch auf praktischen Werth machen konnte, als dies heute der Fall ist, die nämlich, dass, so lange wie dies das Wahrscheinlichere war, die Unmöglichkeit einer Wiederherstellung Polens und dessen Territorial-Theilung fortbestehe, keine Gefahr sei, den Galizianern einige nationale Zugeständnisse zu machen, da nicht zu erwarten wäre, dass sie trachten würden, ihren germanisirten Brüdern in Posen oder ihren russifizirten Brüdern in Russisch-Polen sich zuzugesellen, wogegen, wenn je die Konstellation einer polnischen Resurrektion möglich wäre, es gerathener sein würde, ihr mit zufriedenen als mit unzufriedenen polnischen Unterthanen gegenüberzustehen.

Eine gegen Russland gerichtete Propaganda oder eine auf die Wiederherstellung Polens zielende Bewegung ist aber damals nie von Wien aus begünstigt worden. Wohl hat mir Graf Goluchowski mehr als einmal gesagt: „*Vous n'en viendrez pas à bout si vous ne leur montrez pas la poire,*“ — ein Wink den ich sehr wohl verstanden, dem ich aber nie Folge gegeben habe.

Die in der „Times“ erschienene berichtigende Wiener Korrespondenz zeigt im Zusammenhalt mit der vorstehenden Darlegung einige Abweichungen, welche jedoch auf historisch nachweisliche Begründung keinen Anspruch machen dürften.

Genehmigen etc.

III. Kapitel.

1883—1885.

Abgerissene Gedanken aus Vergangenheit und Gegenwart.

Einer meiner Londoner Kollegen, welcher zur Zeit des zweiten Kaiserreichs in Paris akkreditirt gewesen war, erzählte mir, der Kaiser habe einmal zu ihm gesagt: „*Un homme d'état est comme une colonne, tant que celle-ci est débout personne ne peut mesurer sa grandeur, du moment qu'elle est en bas chacun peut le faire.*“ — Der Ausspruch hat viel Blendendes, wird aber bei näherer Prüfung kaum Stand halten, und zwar deshalb nicht, weil das, was man die Grösse des Staatsmannes zu nennen pflegt, selbst in den prägnantesten Fällen nicht aus Stein oder Erz ist, sondern vielmehr in einem dehnbaren Stoff besteht, welchen, so lange die Säule aufrecht bleibt, die öffentliche Meinung je nach Umständen hinauf- oder hinabzieht, während, sobald die Säule zu Boden sinkt, Alles bei der Hand ist, ein Stück nach dem anderen abzureissen, bevor noch der genaue Meterstab der Geschichte angelegt wird.

* * *

Ein Minister, der geht, wird in den seltensten Fällen sagen können: „*Fama crescit eundo*".

Dr. von Kaiserfeld, der einstige Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, hat einmal, bald nach dem Amtsantritt des Ministeriums Auersperg-Lasser, ich weiss nicht mehr bei welcher Gelegenheit, in Graz den Ausspruch gethan, die Hauptaufgabe des Ministeriums müsse sein, sich im Amt zu erhalten. Kaiserfeld, der nie selbst Minister war und es auch nie selbst zu werden beanspruchte, konnte sich dieses Wort erlauben, obschon es etwas cynisch klingt. Ich selbst — dieses Zeugnis kann ich mir wohl ertheilen — habe bei Allem was ich gethan und gerathen, nie daran gedacht, ob und inwiefern meine Stellung darunter leiden könnte, sondern immer nur an die Sache. Das Wort Kaiserfeld's hatte gleichwohl seine sehr objektive Berechtigung. Ein Minister soll bei seinem Thun Derer sich erinnern, die zu ihm stehen und auf ihn zählen, und es zu unterlassen, ist ein unbewusster Egoismus.

* * *

Bekannt ist das Wort Voltaire's: *Qui n'a pas l'esprit de son âge n'en a que les chagrins.*" Man könnte mit gleichem Recht sagen: „*Qui n'a pas la conscience de sa position n'en a que des ennuis.*" Diese Wahrheit wäre besonders Denen zu empfehlen, welche einmal oben waren und es nicht mehr sind. Für einen Herabgestiegenen gibt es, im Allgemeinen gesprochen, nur zwei Klassen von Menschen: Schadenfrohe und Verlegene; die Ersteren sind vorzuziehen. Erfreuliche Ausnahmen sind nicht ausgeschlossen, bestärken aber, wie immer, die Regel.

Claretie hat in seinem vor einigen Jahren erschienenen Roman „*Monsieur le Ministre*" einen köstlichen Beitrag dazu geliefert. Es ist die Geschichte eines glänzenden Ministeriums von kurzer Dauer. Der gefeiert gewesene Minister bemerkt bei dem Eintreten in einen Salon einen Mann, der sich abwendet, in dem er aber einen oft gesehenen Sollizitanten erkennt. Einer

gewissen Entrüstung nicht Meister, geht er auf ihn mit den Worten zu: „*Monsieur, lorsque j'étais au Ministère vous étiez tous les jours dans l'antichambre,*“ worauf der Andere mit der grössten Gemüthsruhe antwortet: „*Mais, Monsieur, j'y suis toujours.*“ Vernommen habe ich dieses Wort nicht, wohl aber mehr als einmal errathen.

Man erzählt, Massimo d'Azeglio habe nach seinem Rücktritt auch einmal bemerkt, wie jemand ihm den Rücken kehrte, worauf er an seinen Nachbar die Worte gerichtet habe: „*Dites-moi, pouvez-vous peut-être me dire quel service j'ai rendu à cet homme?*“

* * *

Napoleon III. sagte zu mir in Salzburg: „*Ma politique consiste à avoir le moins d'ennemis possible.*“ Wie oft hätte ich mir sagen mögen: „*Ma politique aurait dû consister à avoir le moins d'amis possible.*“

Man weiss im Allgemeinen die guten Seiten des Feindes nicht zu schätzen. Er hat so Manches vor dem Freund voraus. Der Feind ist aufrichtig, was der Freund nicht immer zu sein pflegt, ja nicht immer sein zu dürfen glaubt. Der Feind bereitet keine Enttäuschungen, was dem Freund zuweilen begegnet. Der Feind macht keine Ansprüche, während der Freund sich dazu berufen glaubt. Der Feind ist endlich für erwiesenes Gute dankbar, was dem Freund nicht immer als eine Nothwendigkeit erscheint.

* * *

Im Anfang meiner Aufzeichnungen habe ich des Umstandes gedacht, dass ich, dem eine kurze Lebensdauer prophezeit worden war, längst und meist seit Jahrzehnten meine Zeitgenossen von Schule und Universität mit wenigen Ausnahmen überlebte. — Das Ueberleben wäre ganz gut, wenn man nur bei dieser Gelegenheit sich nicht selbst überlebte.

* * *

On m'a souvent dit que j'avais de l'esprit. Si seulement j'avais eu le bon esprit de ne pas faire de sottises.

* * *

In Wallensteins Tod spricht Max Piccolomini zu seinem Vater:

„Ach, hättest besser du von Menschen doch gedacht,
Du hättest besser auch gehandelt.“

Ich möchte zu mir selbst sagen:

„Ach, hättest schlechter von den Menschen du gedacht,
Sie hätten besser dich behandelt.“

* * *

Während meiner Pariser Botschaft liess einmal ein hochgestellter Republikaner, als vom deutsch-französischen Krieg und dessen unheilvollem Ausgang für Frankreich die Rede war, das Wort fallen: *„Ces chosès arrivent quand il se trouve là un imbécile qui s'imagine être la providence,“* worauf ich nicht umhin konnte ihm zu entgegnen: *„Mais alors, n'oubliez pas qu'il s'était trouvé sept millions d'imbéciles pour lui confier cette mission.“* Es erinnerte mich daran der spanisch-deutsche Konflikt wegen der Karolinen. Dieser liefert den Gegenbeweis gegen die Annahme, die Republik erschwere den Krieg. Wäre Spanien Republik gewesen, wäre es unwiederbringlich in einen in seinen Folgen nicht zu berechnenden Krieg verwickelt worden, indem die Machthaber die Ausbrüche der Volksleidenschaft nicht zu mässigen vermocht hätten, und die deutsche Regierung auf sie keine Rücksicht genommen haben würde, was Beides Spanien dem Königthum verdankt.

* * *

Von den Wiener Blättern lese ich doch immer noch am liebsten die „Neue freie Presse“, obschon ich bei ihr nicht mehr gleichwie sonst in Gnaden stehe; aber neben der anziehenden Schreibweise finde ich doch mehr Gediegenheit und Objektivität

des Urtheils. Um so mehr beklage ich die periodischen Missgriffe, womit sie der Partei, deren Interessen sie vertritt, unendlich schadet. Da erschien im Jahre 1883 ein Leader, beginnend mit den Worten: „Beneidenswerthes Italien!“ — Warum beneidenswerth? Weil ein neapolitanischer Prinz dem König von Italien seine Unterwerfung notifizirt und im Quirinal eingezogen ist. — Also unabweisliche weil logische Nutzanwendung: — Oesterreich hätte Italien an dem Tage nicht mehr zu beneiden, wo Kaiser Wilhelm in der Wiener Burg residirte, und ein Erzherzog ihm dort seine Aufwartung machte.

Noch mehr zu beklagen war das ganz unnöthige Eintreten der „Neuen freien Presse“ in der Braunschweigischen Frage. Dieselben Stimmen, welche das österreichische Staatsbewusstsein in Pacht genommen haben, vergessen, dass der König von Hannover sein Land verlor, weil er im entscheidenden Augenblick sich auf Seite Oesterreichs gestellt hatte. Dass man nicht den Beruf fühlt, für den Herzog von Cumberland einzutreten, begreift sich: aber was in aller Welt hat man sich überhaupt mit Braunschweig zu beschäftigen, nachdem Oesterreich seit 1866 sich mit deutschen Angelegenheiten nicht mehr befassen darf? Und wenn man schadenfroh hervorhebt, dass die deutschen Fürsten genöthigt werden, gegen ihr eigenes Prinzip zu stimmen, weil es so der Nation gefällt, dann wundere man sich nicht, wenn höheren Orts die Gegner der Partei geneigtes Ohr finden. Es genügte aber dieser erste Artikel nicht, ein zweiter musste folgen (Juli 1885), welcher den Gegensatz von Legitimität und Volkswille schärfer betont und dabei von den harten volksfeindlichen Regierungen von Ernst August und Georg spricht, dabei aber vergisst, dass von allen achtundvierziger März-Ministerien dasjenige Stüve's am längsten dauerte.

In das gleiche Kapitel gehört ein Feuilleton aus der Feder Blind's, worin Sand welcher, wie immer man die Motive der That beurtheilen mag, ein Meuchelmörder war (dem ich beiläufig nie verziehen habe, dass er das deutsche Volk um ein halbes Dutzend

gelungener Lustspiele gebracht hat) als Heros verhimmelt wird — und zwar in einem Augenblick, wo die Reaktion im Aufgang begriffen ist, und nichts als von Republik, Revolution, Attentat u. dgl. m. ohrengeblasen wird.

Es ist ein offenbarer Fehler der Verfassungspartei, dass sie wenig oder keinen Einfluss auf die Presse nimmt. Weder in England noch in Frankreich wird man ein ähnliches Gehenlassen wahrnehmen.

Von einem anderen sehr verbreiteten Wiener Blatt, welches sich „Demokratisches Organ“ nennt, schweige ich lieber, um auch den Schein persönlicher Verstimmung zu meiden. Aber der Absonderlichkeit wegen habe ich es mir notirt, dass dieses Blatt, welches doch die Verfassungspartei vertritt, als im Verlauf der letzten Jahre der deutsche Reichskanzler sich einmal über diese Partei in öffentlicher Sitzung sehr wenig schmeichelhaft geäussert und sie geradezu als regierungsunfähig bezeichnet hatte, den darauf bezüglichen Leitartikel mit den Worten begann: „Fürst Bismarck hatte einen glücklichen Tag als Staatsmann und als Redner.“

Da war freilich die Sprache der „Neuen freien Presse“ eine etwas verschiedene. Man las unterm 25. Juli 1884 Folgendes: „Die Slaven Oesterreichs haben keinerlei Gründe, mit Bismarck unzufrieden zu sein. Durch seine Politik ist Oesterreich politisch aus Deutschland geschieden, sind aus deutschen Bundesländern czechische, slovenische Provinzen geworden, ist die innere und äussere Politik vom Gesichtspunkt des Slavismus beherrscht, der Schwerpunkt nach seinem Rezept nach dem Osten verlegt; Oesterreich ratifizirt so das Resultat seiner Politik.“ — Das hindert freilich nicht, dass im nächsten Jahre gelegentlich seines siebzigsten Geburtstages dasselbe Blatt den Mann gleich einem Wohlthäter Oesterreichs feierte.

* *
*

Bei Gelegenheit des 1865 in Dresden stattfindenden deutschen Sängerfestes war ich im Fall, einige Worte sprechen zu müssen, und ich endete mit einem „Hoch“ auf das „Deutsche Lied“, welches dereinst noch eine Macht werden könne. Darüber moquirten sich die Berliner und die nationalvereinlichen Blätter weidlich. Gelegentlich der jüngsten Fahrt der Wiener Sänger nach Berlin gebrauchten dieselben Blätter dieselben Worte.

* * *

Wenn ich die Konjekturen der Zeitungen über die Entrevue von Skiernewice lese, denke ich unwillkürlich an den „beschränkten Unterthanenverstand“. Wie oft ist dieses Wort laut geworden, sobald man andeuten wollte, dass bevorzugte Kreise sich das Monopol tieferen und thatkräftigeren Verständnisses der Dinge anmassten. Nun aber wird ein solches Monopol von Denen, die darüber klagen, selbst anerkannt, denn wenn wirklich in ein paar Tagen zwischen Besuchen, Diners und Jagden alle schwebenden Fragen geregelt werden konnten, so gehörte dazu allerdings mehr als ein „beschränkter Unterthanenverstand“.

* * *

Ich lese jetzt so viel von Wien, welches Reichshauptstadt bleiben soll und nicht zur Hauptstadt von Niederösterreich werden darf, jedoch eine deutsche Stadt sein muss. Ja, aber wenn es die Hauptstadt des Reiches ist, ist es die Hauptstadt für alle Theile des Reiches, nicht blos für die deutschen. Dabei ist Eines merkwürdig. In früheren Zeiten, wo man in Wien eben so viel Italienisch und Französisch als Deutsch sprechen hörte, hatte kein Wiener Gasthof einen französischen Namen. Man kannte nur einen „Römischen Kaiser“, einen „Erzherzog Karl“, eine „Stadt Frankfurt“, einen „Oesterreichischen Hof“ und ein „Goldenes Lamm“. Seit man urdeutsch sein will, haben wir ein „Hôtel Impérial“, ein „Grand Hôtel“, ein „Hôtel Royal“, ein „Hôtel Métropole“.

Und während Paris eine „Rue de Berlin“ hat, gibt es in Wien keine „Stadt Berlin“.

* * *

Mehr als einmal sagte man zu mir: „Wie glücklich mussten Sie sein, so vielen Menschen nützen zu können!“ Ob ich Vielen genützt habe, müssen Andere entscheiden; dass ich viel benutzt wurde, weiss ich.

* * *

Oft hat man mir nachgerühmt, dass ich stets guter Laune geblieben sei. Ich möchte das nicht unbedingt bestätigen, allein abgesehen davon, dass ich jederzeit es als von guter Erziehung untrennbar betrachtete, Andere nicht unter der eigenen Stimmung leiden zu lassen, hielt ich mir stets Eines gegenwärtig: Mit guter Laune beruhigst Du Deine Freunde und beunruhigst Deine Feinde: mit schlechter Laune betrübst Du Deine Freunde und bereitest Deinen Feinden ein unsägliches Vergnügen.

* * *

Anhänglichkeit, treue Anhänglichkeit! Ach, mit der steht es nicht besser als mit der Freundschaft. Auch hier müssen die Ausnahmen für die Regel entschädigen. Diese aber ist „Anhänglichkeit nach Umständen“ oder — die schlimmste und häufigste Gattung — „Anhänglichkeit unter vier Augen“.

* * *

An einigen Stellen meiner Erinnerungen hatte ich Anlass genommen, mich gegen das landläufig gewordene Wort, „Oesterreich sei das Reich der Unwahrscheinlichkeiten“, zu erheben, und insbesondere zu betonen, wie Die welche dieses Wort als Vorwurf im Munde führen, am wenigsten dazu berechtigt seien. Nicht minder jedoch sprach ich die Ansicht aus, dass man Oesterreich eher das Land der Widersprüche nennen könnte, und wie

ich in jener Beziehung hervorhob, dass die vermeintliche Unwahrscheinlichkeit nicht als ausschliessliches Privilegium der Regierungskreise, sondern als Gemeingut zu betrachten sein würde, so auch gilt Gleiches von der viel leichter nachzuweisenden Eigenthümlichkeit der Widersprüche.

Ich hatte bereits Gelegenheit, daran zu erinnern, dass, während man sich dafür erwärmt, dass Wien die Reichshauptstadt sei, man die Disposition darüber nur einem der verschiedenen Volksstämme des Reichs vindizirt. Das machte sich in recht auffälliger Weise bei Gelegenheit der 200jährigen Feier der Türkenbefreiung bemerkbar, wo kein Volksfest stattfinden durfte, weil die deutsche Bevölkerung in gedrückter Stimmung sich befinde.

Ende.

Alphabetisches Register

des I. und II. Bandes.

Die fürstlichen Personen sind unter den Namen der betreffenden Länder aufgeführt.



Druckfehler und Verbesserungen.

Band	S.		Zeile		von		lies:	
Band I.	S.	21,	Zeile	11	von	unten	lies:	„unternommen“ statt nnternommen.
	„	89,	„	10	„	„	„	„avancirte“ statt anvancirte.
	„	96,	„	9	„	„	„	„sächsische“ statt sächsiche.
	„	159,	„	13	„	„	„	„Verlauf“ statt Verlau.
	„	208,	„	6	„	oben	„	„les plus“ statt le plus.
	„	307,	„	19	„	unten	„	„der“ statt des.
	„	452,	„	12	„	„	„	„zu“ statt zn.
Band II.	„	6,	„	11	„	oben	„	„Unabhängigkeit“ statt Unabhäuigkeit.
	„	37,	„	15	„	unten	„	„der“ statt des.
	„	106,	„	1	„	oben	„	„Wüllerstorff“ statt Wüllerstorf.
	„	109,	„	13	„	„		desgleichen.
	„	148,	„	20	„	„	„	„Bedeutung“ statt Bedeutnng.
	„	259,	„	8	„	unten	„	„Gortschakow“ statt Gorrschakow.
	„	268,	„	7	„	„	„	„osât“ statt osat.
	„	284,	„	13	„	„	„	„Bischofs“ statt Erzbischofs.
	„	327,	„	4	„	„	„	„Banhans“ statt Banhaus.
	„	334,	„	1	„	„	„	„überhaupt“ statt überhanpt.
	„	337,	„	12	„	„	„	„französischer“ statt franzözischer.
	„	430.	„	15	„	„	„	„Conseil“ statt Conseils.

